

Zwischen britischer Souveränität und europäischem Führungsanspruch.
Europapolitische Leitbilder in der Konservativen Partei, Labour Partei und
Liberaldemokratischen Partei von Maastricht bis Nizza.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Philosophischen Fakultät
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster (Westfalen)
vorgelegt
von
Monica Hildegard Heitz
aus Coesfeld/Westfalen
geboren am 1. Januar 1974
2008

Tag der mündlichen Prüfung: 27. April 2009

Dekan: Prof. Dr. Christian Pietsch

Referent: Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke

Koreferent: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers

Vorwort

„Was lange währt, das wird auch gut“, heißt es so schön im Volksmund. Diese Dissertation war wahrlich ein Langzeitprojekt, da sie überwiegend parallel zur beruflichen Tätigkeit entstanden ist. Ob sie gut ist, blieb und bleibt – zum Glück – dem Urteil der Gutachter und jetzt dem des geneigten Lesers vorbehalten. Eine Dissertation hat zwar nur einen Verfasser, sie ist aber letztlich immer auch ein Gemeinschaftswerk, an dem viele „helfende Hände“ unterstützend beteiligt waren. An dieser Stelle möchte ich daher ein herzliches Dankeschön sagen:

- meinen Gutachtern Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Meyers von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für ihre langjährige Betreuung, ihre guten und konstruktiven Anregungen und natürlich ihre Geduld,
- der Friedrich-Naumann-Stiftung für die ideelle und materielle Unterstützung meines Dissertationsprojekts,
- dem gesamten Team des Deutschen Historischen Instituts in London (DHI) für hilfreiche Vorschläge, Ideen und Impulse und eine schöne Zeit am DHI, in dem ich bei *seminar lectures*, Institutskolloquien und Konferenzen immer willkommen war,
- Mary Bone und den Bibliotheksmitarbeitern des *Royal Institute of International Affairs* in London für Ihre freundliche, unkomplizierte und effektive Unterstützung meiner Presserecherchen,
- sämtlichen Interviewpartnern für ihre Zeit, ihr Interesse und ihre Mithilfe. Mein besonderer Dank geht hier an Lord Geoffrey Howe, die Abgeordneten Ian Taylor und William Cash sowie an Greg Simson von den Liberaldemokraten, die zusätzlich Quellenmaterial bereitgestellt haben, darüber hinaus an Derek Scott für seine Mithilfe bei der Organisation einzelner Interviews,
- Steven Bird und Janette Martin vom *Labour History and Study Centre*, ohne deren gute und schnelle Beschaffung sämtlicher Materialien ich sicherlich wesentlich länger in Manchester geforscht hätte,
- Jill Sherman und Colin Harris vom *Conservative Party Archive* in Oxford, die nicht müde wurden, zusätzlich zum vorhandenen Archivmaterial, weitere Unterlagen aus London zu organisieren,
- Susan Donolly und den Mitarbeitern des *Liberal Democrats*-Archivs in London, die den Kampf durch die vielen Materialboxen zusammen mit mir gerne und sehr engagiert aufgenommen haben,

- Joanna Liddle vom *German British Forum* für die Organisation von Interviews,
- Dr. Sixt von Schultzdorff und Dr. Bernd Becker für ihren guten wissenschaftlichen und organisatorischen Rat,
- Christian Moon, Helen Belcher und Marianne Sladowsky von der *Liberal Democrat Policy Unit* in der Londoner Cowley Street für die Bereitstellung von Unterlagen und
- Maria Bonhoff für das schnelle, gewissenhafte und für mich äußerst gewinnbringende Korrekturlesen.

Mein besonderer Dank gilt meiner besten Freundin Dr. Uta Andrea Balbier, die meine Dissertation von der ersten Konzeptionierung bis zum letzten geschriebenen Wort eng und konstruktiv begleitet hat und vor allem in den kritischen Phasen eine wahre Motivationskünstlerin war.

Last, but not least möchte ich ebenfalls ganz besonders meiner Familie und dem gesamten Freundeskreis danken. Sie alle haben mich mit großer Geduld unterstützt und mir immer wieder gezeigt, dass es wahrlich Wichtigeres als die Promotion gibt.

Münster, im Mai 2009

Monica Heitz

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	10
1.1	Fragestellung und Erkenntnisinteresse der Arbeit	10
1.2	Forschungsstand und Quellenlage	15
1.3	Methodendiskussion und Gliederung der Arbeit	17
2	Theoretischer Rahmen der Arbeit	21
2.1	Europäische Integration und Europapolitik	21
2.2	Welt- und Leitbilder	22
2.3	Integration im Spiegel der Großtheorien der Internationalen Beziehungen	27
2.3.1	Der Neorealismus	27
2.3.2	Der neoliberale Institutionalismus	28
2.3.3	Der Idealismus.....	30
2.4	Leitbilder zur Weiterentwicklung und Finalität der EU: Europa der Nationalstaaten, Europa als Föderation und Europa à la carte	32
2.4.1	Das Europa der Nationalstaaten	32
2.4.2	Europa als Föderation.....	33
2.4.3	Europa à la carte	34
3	Rahmenbedingungen britischer Europapolitik in den neunziger Jahren ...	36
3.1	Prämissen und Bestimmungsfaktoren britischer Europapolitik	36
3.1.1	Historisch-politische Überlegungen	37
3.1.2	Institutionell-verfassungsrechtliche Überlegungen.....	44
3.2	Konstanten britischer Europapolitik	49
4	Die Entstehung der EU: Der Maastrichter Vertrag	55
4.1	A Major Change of Direction? – Europapolitik unter John Major	55
4.1.1	Thatchers Erbe - Voraussetzung für Majors europapolitischen Ansatz	55
4.1.1.1	Konservative Streitpunkte: Sozialcharta, Wechselkursmechanismus und Wirtschafts- und Währungsunion	57
4.1.1.2	Die parlamentarische CP nach der EEA: Beginn der Fragmentierung.....	60
4.1.1.3	Wechsel von Thatcher zu Major: Neue Substanz in der Europapolitik?	65
4.1.2	Das Vertragswerk von Maastricht aus der Sicht der Konservativen Partei.....	68
4.1.2.1	Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EG	68
4.1.2.2	Die Ergebnisse von Maastricht aus Sicht der Konservativen Partei.....	75
4.1.3	Der knappe Sieg der Konservativen bei der Parlamentswahl 1992: Wachsender Spielraum für die europapolitischen Faktionen.....	79

4.1.4	Britische Ratspräsidentschaft und <i>Black Wednesday</i> : Wendepunkte für die Stellung des Premierministers in seiner Partei	81
4.1.5	Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages: Konservativer Meinungskampf.....	87
4.1.5.1	Game, set and match Britain: Majors Verteidigung des Vertrages und die Argumentation der Pro-Europäer.....	87
4.1.5.2	A Treaty too far: Die Argumentation der Euro-Skeptiker	91
4.1.6	Die innerparteiliche Ebene: Zunehmende Spaltung der CP und europapolitischer Spagat des Premierministers.....	98
4.2	„Aus der Ideologie in die Realität“: Labours Europapolitik unter Neil Kinnock und John Smith.....	103
4.2.1	Labours Wandel von der <i>Patriotic Party</i> zur <i>Party of Europe</i> unter Neil Kinnock	103
4.2.1.1	Die Verknüpfung von Sozialpolitik und Binnenmarkt	106
4.2.1.2	Vorsichtige Neuorientierung in der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik.....	108
4.2.1.3	Der innerparteiliche Wandel: Annäherung an die EG als Teil eines neuen programmatischen Profils....	109
4.2.2	Der Maastrichter Vertrag aus der Sicht der Labour Partei.....	113
4.2.2.1	Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EG	113
4.2.2.2	Die Ergebnisse von Maastricht aus der Sicht der Labour Partei	121
4.2.3	Der Wechsel von Kinnock zu Smith: Europapolitische Konsolidierung.....	125
4.2.4	Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages: Labour zwischen Strategie und Überzeugung	128
4.2.4.1	Der offizielle Parteikurs: Maastricht-Bekenntnis oder taktische Wahl zum Sturz der konservativen Regierung?	128
4.2.4.2	Eigenständiger Kurs: Labours Euro-Skeptiker stimmen mit den konservativen Euro-Skeptikern gegen das Maastrichter Vertragswerk.....	133
4.2.5	Die innerparteiliche Ebene: Pro-europäischer Gesamtkurs und offener Kampf der marginalisierten Parteilinken	138
4.3	A Citizens' Europe: Die Europapolitik der Liberaldemokraten	141
4.3.1	Von der Allianz zu den Liberaldemokraten: Ein offenes Europabekenntnis	141
4.3.2	Der Maastrichter Vertrag aus der Sicht der Liberaldemokraten	149
4.3.2.1	Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EG	149
4.3.2.2	Die Ergebnisse von Maastricht aus der Sicht der Liberaldemokraten.....	158
4.3.3	Die Parlamentswahlen 1992: Etablierung als dritte politische Kraft und taktische Zurückhaltung in der Europapolitik.....	160
4.3.4	Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages: Die Liberaldemokraten als Zünglein an der Waage.....	165
4.3.5	Die innerparteiliche Ebene: Europapolitische Ge- und Entschlossenheit....	172
4.4	Zwischenfazit.....	175
4.4.1	Die Konservative Partei	175
4.4.2	Die Labour Partei	178
4.4.3	Die Liberaldemokraten.....	180

5	Zwischen Erweiterung und Vertiefung: Der Weg nach Amsterdam	183
5.1	Run by the Backseat Driver? – Die Konservative Partei reorganisiert sich unter euro-skeptischen Vorzeichen	183
5.1.1	Eine europapolitisch tief gespaltene Partei: Die Konservativen auf dem Weg in die Opposition (1994-1997).....	183
5.1.1.1	Wachsender Einfluss der Euro-Skeptiker nach Maastricht	183
5.1.1.2	Majors Leiden-Rede: Ein zweites Brügge?	190
5.1.1.3	Der Führungsstreit in der Konservativen Partei 1995.....	193
5.1.1.4	BSE-Krise und Wahlkampf: Die Europapolitik als Achillesferse der CP. 197	
5.1.2	Der Amsterdamer Vertrag aus der Sicht der Konservativen Partei.....	204
5.1.2.1	Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU	204
5.1.2.2	Die Ergebnisse von Amsterdam aus der Sicht der Konservativen Partei ..	215
5.1.3	Die Wahl William Hagues zum Parteiführer und die Rolle der Europapolitik während des parteiinternen Wahlkampfes	217
5.1.4	Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages: Konservative Fundamentalopposition.....	221
5.1.4.1	Der offizielle konservative Parteikurs	221
5.1.4.2	Die Argumentation der konservativen Pro-Europäer	226
5.1.5	Die innerparteiliche Ebene: Die Marginalisierung der Pro-Europäer	227
5.2	“A Constructive Engagement in Europe”: Die Rolle der Europapolitik in Tony Blairs New Labour Party	235
5.2.1	<i>A Landslide for a united Party</i> : Die Rolle der Europapolitik in der Labour Partei von der Wahl Tony Blairs bis zum Wahlsieg 1997.....	235
5.2.1.1	Wechsel in der Führung der Labour Partei von Smith zu Blair.....	235
5.2.1.2	Labours Europapolitik zwischen programmatischer Überzeugung und zunehmendem euro-skeptischen Meinungsklima in Großbritannien	238
5.2.2	Der Amsterdamer Vertrag aus der Sicht der Labour Party	250
5.2.2.1	Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU	250
5.2.2.2	Die Ergebnisse von Amsterdam aus der Sicht der Labour Party.....	260
5.2.3	Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages im britischen Unterhaus	264
5.2.4	Die innerparteiliche Ebene: Heterogenes Meinungsspektrum zur EU bei Dominanz der Parteiführung	269
5.3	Euro-Reformists: Der Reformgedanke rückt ins Zentrum der Europapolitik der Liberaldemokraten	281
5.3.1	Liberaldemokratische Europapolitik zwischen Maastricht und Amsterdam	281
5.3.1.1	Konsolidierung und Wandel: Zunehmender Kampf um die politische Mitte und strategische Annäherung an New Labour	281
5.3.1.2	Stellung und Ausgestaltung der Europapolitik zwischen 1993 und 1997 .	286
5.3.2	Der Amsterdamer Vertrag aus der Sicht der Liberaldemokraten.....	296
5.3.2.1	Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU	296
5.3.2.2	Die Ergebnisse des Amsterdamer Vertrages aus der Sicht der LD	304
5.3.3	Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages: Die pro-europäische Opposition	306
5.3.4	Die innerparteiliche Ebene: Geschlossenheit in der Rolle als <i>Euro-Reformists</i>	309
5.4	Zwischenfazit.....	311
5.4.1	Die Konservative Partei	311

5.4.2	Die Labour Partei	313
5.4.3	Die Liberaldemokraten.....	314
6	Die EU erweiterungsfähig machen: Der Vertrag von Nizza	316
6.1	A stronger Britain in a wider Europe: New Labour und die EU-Reform	316
6.1.1	Die ersten Regierungsjahre: Europapolitische Initiativen der Blair-Regierung und anhaltende Ambivalenz in der Euro-Frage	316
6.1.2	Europawahl 1999: New Labour gerät in die europapolitische Defensive....	327
6.1.3	Der Vertrag von Nizza aus der Sicht der Labour Party.....	329
6.1.3.1	Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU	329
6.1.3.2	Die Ergebnisse von Nizza aus der Sicht der Labour Party	335
6.1.4	Die Ratifizierung des Nizzaer Vertrages: Nüchterne Fürsprache der Parlamentsfraktion	337
6.1.5	Die innerparteiliche Ebene: Geschlossenes europapolitisches Auftreten und anhaltendes heterogenes Meinungsspektrum	344
6.2	Die Konservative Partei: Euro-Skeptizismus aus Überzeugung und als Oppositionsstrategie.....	347
6.2.1	<i>Save the Pound</i> : Euro-Frage und Europawahl 1999	347
6.2.2	Der Vertrag von Nizza aus der Sicht der Konservativen Partei.....	355
6.2.2.1	Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU	355
6.2.2.2	Die Ergebnisse von Nizza aus der Sicht der Konservativen Partei	360
6.2.3	Die Ratifizierung des Nizzaer Vertrages: Konservatives ‚Nein‘ zur Vertiefung der Integration	361
6.2.4	Die innerparteiliche Ebene: Euro-Skeptizismus als dominierendes Strukturprinzip.....	365
6.3	Local where possible, European where necessary: Die Liberaldemokraten und der Vertrag von Nizza	369
6.3.1	Die Europapolitik der Liberaldemokraten nach Amsterdam: Forderung nach einer europäischen Verfassung und einer Teilnahme an der EWU.....	369
6.3.2	Der Führungswechsel von Ashdown zu Kennedy: Kontinuität in der Europapolitik	374
6.3.3	Der Nizzaer Vertrag aus der Sicht der Liberaldemokraten	377
6.3.3.1	Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU	377
6.3.3.2	Die Ergebnisse von Nizza aus der Sicht der Liberaldemokraten.....	381
6.3.4	Die Ratifizierung des Vertrages von Nizza: Liberaldemokratisches ‚Ja‘ zu einem moderaten Vertragswerk	383
6.3.5	Die innerparteiliche Ebene: Pro-europäischer Konsens und geschlossener Wille zur EU-Reform.....	386
6.4	Zwischenfazit.....	388
6.4.1	Die Konservative Partei	388
6.4.2	Die Labour Partei	389
6.4.3	Die Liberaldemokraten.....	391
7	Zusammenfassung	393
7.1	Die interparteiliche Ebene	393
7.2	Die parteiinterne Ebene	396

8	Literaturverzeichnis	400
8.1	Quellen und Dokumente.....	400
8.1.1	EG/EU-Dokumente, britische Regierungspapiere und Parliamentary Debates	400
8.1.2	Konservative Partei	403
8.1.3	Labour Party	411
8.1.4	Liberaldemokraten	415
8.2	Sekundärliteratur	421
8.3	Ausgewertete Zeitungen und Zeitschriften	441
8.3.1	Großbritannien	441
8.3.2	Deutschland	441
9	Abkürzungsverzeichnis.....	442
10	Abbildungsverzeichnis	443
11	Verzeichnis der Interviewpartner.....	444

1 Einführung

1.1 Fragestellung und Erkenntnisinteresse der Arbeit

In einem 1992 veröffentlichten Artikel über die Haltung des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Union hat der Brite Jim Bulpitt die Entwicklung dieser Partnerschaft anhand folgender britischer Strategien beschrieben:

„*We wanna get in (1961-1964; 1970-1973) (...), We wanna be awkward (1975-1979) (...), We wanna be loved (1985-1987), We wanna be our own boss (1988-1990) and (...) We wanna be at the heart of Europe (1990-1992).*“¹

Bulpitts Strategien zur Systematisierung britischer Europapolitik zeigen deutlich ein bis heute schwieriges, oftmals sogar widersprüchliches Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union auf. Für die neunziger Jahre lassen sie sich durchaus erweitern – etwa durch die Strategien *We wanna have the right to choose (1992-1997)* und *We wanna be a leader in Europe (1997-2001)*.

Seit seinem Beitritt im Jahr 1973 hat sich Großbritannien als ein äußerst kritisches und zögerliches Mitglied der Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union (EG/EU) erwiesen. Seine kühle insulare Distanz brachte dem Vereinigten Königreich so manchen wenig schmeichelhaften Titel ein: Noch immer wird es als der „unbequeme Partner“ und als „Problemkind“ innerhalb der Europäischen Union bezeichnet, lange Zeit galt es als der „Maverick“, der Einzelgänger. Als „Fußnotenland“ provozierte der Inselstaat in den achtziger und neunziger Jahren immer neue Ausnahmeregelungen zu den gemeinschaftlichen Beschlüssen der neun, zwölf und schließlich 15 EG-/EU-Mitglieder. Gleichzeitig gilt Großbritannien bis heute als ein „Bremsen“ bei dem Streben nach einer weiteren Vertiefung der politischen Integration.

Großbritanniens Europapolitik und das schwierige Verhältnis der Briten zum europäischen Integrationsprozess werden im Wesentlichen von Kräften beeinflusst, „deren Ursprung und Wirksamkeit lediglich in historischer Perspektive verständlich werden.“² Schon bei den Anfängen der europäischen Einigung war das Vereinigte Königreich ein Außenseiter, der sich noch immer auf seine Weltrolle berief und sich lediglich mit einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der europäischen Staaten anfreunden konnte. Die Außen- und Europapolitik des ehemaligen Weltreichs blieb nach dem Zweiten Weltkrieg global und so konzipiert, dass sie sich im Zentrum dreier Interessensphären bewegte, die Winston Churchill 1948 als das Konzept der

¹ Bulpitt 1992: 259.

drei Kreise beschrieben hatte: die Vereinigten Staaten, das Commonwealth und Europa.³ Die Reihenfolge der drei Interessensphären war dabei gleichzeitig auch Rangfolge, so dass das Verhältnis zu Europa distanziert blieb. Erst als die ersten beiden Kreise als zentrale außenpolitische Elemente in den späten fünfziger und sechziger Jahren zunehmend wegbrachen, wandte sich Großbritannien der EG zu. Der Inselstaat verfolgte den Anschluss an den Kontinent dabei aus ausschließlich wirtschaftlichen Gründen – statt Überzeugung lautete das Schlüsselwort Vernunft.⁴ Heute ist Großbritanniens Mitgliedschaft in der EU im Vereinigten Königreich nicht mehr umstritten, durch drei Eckpfeiler allerdings eindeutig definiert: die Betonung der EU als wirtschaftliche, freihändlerische Interessengemeinschaft, die Betonung intergouvernementaler Zusammenarbeit, die dem Souveränitätsanspruch der Nationalstaaten gerecht wird und eine pragmatische Politik jenseits finaler Integrationsvisionen.⁵

Bislang wurde die britische Europapolitik in der Forschung vor allem unter dem Gesichtspunkt der spezifischen nationalen Vorbehalte Großbritanniens gegenüber dem europäischen Integrationsprozess dokumentiert.⁶ Die vorliegende Studie hingegen betrachtet die britische Europapolitik primär aus der parteilichen und innerparteilichen Perspektive. Diese konzeptionelle Entscheidung erscheint deshalb sinnvoll, weil die Parteien als zentrale Akteure des britischen Regierungssystems eine Schlüsselstellung bei der Formulierung und Umsetzung von politischen Entscheidungen, wie eben auch der Ausrichtung der Europapolitik, einnehmen.

Parties do matter: Die für die Studie relevanten Parteien

Parteien werden in Großbritannien vorrangig als Regierungs- und Herrschaftsinstrumente begriffen, die eine stabile Regierung ermöglichen und geeignetes politisches Führungspersonal hervorbringen sollen. Darüber hinaus sind die britischen Parteien aber auch ein intervenierendes Scharnier, sie fungieren als „channeling agencies“ und „political canalization“ zwischen den Regierungsinstitutionen und der Gesell-

² Meier-Walser 1994: 11.

³ Vgl. zur Kreistheorie Churchills vor allem George 1994: 14-16, Kaiser 1996: 212, White 1992: 9ff. Schwarz 1997: 20-22 und Schmidt 1995: 202-217. Churchill hatte zwar 1946 die „*Vereinigten Staaten von Europa*“ als wünschenswerte Vision genannt, zielte damit aber auf eine Aussöhnung Frankreichs und Deutschlands ab. Die Briten sah er nur als einen wohlwollenden, nicht direkt beteiligten Partner des Projektes ‚Europa‘ an. Vgl. Schultze 1993: 15.

⁴ Vgl. dazu Schultze 1993: 35-37 und Young, J. 2000: 185.

⁵ Meier-Walser 1994: 12. Vgl. auch George 1994: 21.

⁶ Vgl. exemplarisch George 1994, Greenwood 1992, Bulmer/George/Scott 1992, Reynolds 1990, Young, J. 1993 und Porter 1983.

schaft.⁷ Zudem sind sie Verbindungsglied zwischen nationaler und europäischer Ebene: „As the chief aggregators of interests in Europe, political parties are at the interface of national and European arenas“.⁸ Insofern haben die britischen Parteien gerade in Fragen des in Großbritannien zum Teil noch immer mit Argwohn verfolgten Europäischen Integrationsprozesses einen großen Einfluss auf den öffentlichen Meinungsbildungsprozess und determinieren diesen bisweilen sogar.

Gerade in Großbritannien ist die Staatsmacht aufgrund der internen Organisation des Staates extrem hoch konzentriert, da sie in einer einzigen Institution verankert ist: dem Parlament von Westminster. Die Suprematie des Parlaments und die damit einhergehende unitarische Staatsform weisen das Vereinigte Königreich als einen starken Staat aus, schränken sie doch „die Zahl der Arenen, innerhalb derer politische Gruppierungen staatliche Aktivitäten in die Wege leiten können, stark (ein) (...)“.⁹ Die Chancen, im Rahmen politischer Initiativen europapolitische Konzepte auf den Weg zu bringen und zu realisieren, sind im Inselreich „aufgrund des monozentrischen Charakters politischer Bühnen, einer instabilen Kompetenz- und Finanzausstattung der lokalen Ebene sowie der starken Zentrierung von Entscheidungsmacht auf wenige Personen innerhalb der Exekutive weitgehend eingeschränkt“.¹⁰ Die Parlamentsfraktionen, insbesondere die Mehrheitsfraktion, haben somit im politischen System Großbritanniens eine sehr starke Stellung.¹¹ „Nationale Regierungen sind auf einer parteilichen Basis organisiert, wobei die Parteien auf den unterschiedlichen Aktionsebenen von Regierung und Opposition operieren, und die Vertreter nationaler Regierungen wiederum auch im Kontext intergouvernementaler Verhandlungen Parteipolitiker bleiben.“¹² Weinmann stellt zudem heraus, dass sich gerade an europapolitischen Konflikten in den britischen Parteien wiederholt „Diskussionen über die ideologischen Grundlagen der eigenen Programmatik und Politikgestaltung, des Verständnisses von Gesellschaft und Staat sowie der Auffassung von nationaler Souveränität“ entzündeten.¹³

⁷ Maor 1997: 2 und Sartori 1976: 41. Vgl. auch Maurer 1998: 305/306 sowie Jasmut 1995: 23. Ihm zufolge wirken Parteien „als Zwischenglieder, welche die komplexen gesellschaftlichen Vorstellungen und Bedürfnisse kondensieren, die hiermit verbundene Reduktionsleistung in Gestalt generalisierender Handlungsprogramme für den Staat zur Auswahl stellen und auf der Grundlage des vom Volk mehrheitlich ausgewählten Programms den staatlichen Entscheidungsprozeß mitprägen“.

⁸ Marks/Wilson 1999: 113.

⁹ Héritier/Mingers/Knill/Becka 1994: 96.

¹⁰ Ebd.: 97.

¹¹ Vgl. u.a. Forster 2002: 302.

¹² Ladrech 2002: 390 (Übersetzung der Verfasserin).

¹³ Weinmann 1999: 13.

Eine Betrachtung und Einordnung der vielfältigen innerparteilichen Motive, die die Haltung der Parteien sowie deren pro-europäische, euro-skeptische oder anti-europäische Ausrichtung bestimmen, liegt somit nahe. Diese Motive werden in der vorliegenden Studie für die Konservative Partei (CP), die Labour Partei (LP) und die Liberaldemokraten (LD) Großbritanniens geprüft. Die Analyse geht dabei stärker auf die CP und die LP ein, da diese beiden Parteien die markanten Eckpfeiler des britischen Parteiensystems bilden und sich seit 1945 in der Regierungsverantwortung abwechselten. Die CP und LP prägten somit in hohem Maße die Richtung und Entwicklung britischer Europapolitik sowie das Verhältnis Großbritanniens zur EG/EU. Trotz der Dominanz der CP und der LP im britischen politischen System wurden auch die Liberaldemokraten in die Untersuchung einbezogen. Diese Entscheidung erfolgte aus zwei Gründen:

1. Die wachsende Bedeutung der britischen „third party politics“¹⁴:

Die 1988 aus einem Zusammenschluss der Liberalen und der Sozialdemokratischen Partei (SDP) hervorgegangenen Liberaldemokraten erkämpften 1997 unter ihrem damaligen Parteivorsitzenden Paddy Ashdown ihren bis dahin größten Wahlerfolg. Trotz des Mehrheitswahlrechts konnte die Partei ihre Parlamentssitze mehr als verdoppeln und errang mit 46 Mandaten die höchste Anzahl an Sitzen einer so genannten *third party* im britischen Unterhaus seit 1929.¹⁵ Dieser Erfolg, der den Höhepunkt der Wiederbelebung der britischen *third party politics* seit 1979 markierte, wurde bei den Unterhauswahlen 2001 (52 Sitze) und 2005 (62 Sitze) sogar noch übertroffen. Auf der lokalen Ebene sind die Liberaldemokraten, die in den achtziger und neunziger Jahren im Durchschnitt ein knappes Fünftel der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten, oft an den Konservativen vorbeigezogen und überwiegend zur zweiten politischen Kraft im Land geworden.¹⁶ Aufgrund der starken Stellung der Liberalen, vor allem nach ihrer Fusion mit dem Großteil der SDP zu den *Liberal and Social Democrats* 1988, hat sich das für Großbritannien als charakteristisch angesehene Zweiparteiensystem endgültig als Mythos erwiesen.¹⁷ Heute wird daher eher von einem „dominant-party system“ im Vereinigten Königreich gesprochen.¹⁸

¹⁴ Vgl. zur *Third Party Politics* Ingle 1994: 93/94.

¹⁵ Vgl. „*Constructive Ashdown doubles seats*“ in: The Guardian vom 3. Mai 1997: 3 (Election Special).

¹⁶ Vgl. Becker 1999: 55.

¹⁷ Ab 1974 lag der Anteil der auf die beiden großen Parteien entfallenden Stimmen deutlich unter 90 Prozent, zudem standen in fast jedem Wahlkreis mindestens drei Kandidaten zur Wahl.

¹⁸ Vgl. Heywood 1994: 13/14 und Becker 1999: 51.

2. Die Europapolitik der Liberaldemokraten:

Die Liberaldemokraten, die von 1994 bis 1999 eine informelle und auf einzelne Politikfelder beschränkte Zusammenarbeit mit der Labour Party eingingen, zeichnen sich im britischen Unterhaus als überzeugte Verfechter einer Fortschreibung und vor allem Vertiefung des Europäischen Einigungswerkes aus und bilden damit einen markanten Gegensatz zu den beiden großen britischen Parteien. Der Wille zu einer europafreundlichen Politik war ein zentrales Motiv für die Gründung der SDP durch ehemalige Labour-Politiker im Jahr 1981 und schließlich auch ein zentrales programmatisches Bindeglied für den Zusammenschluss von SDP und Liberaler Partei zu einer neuen Partei Ende der achtziger Jahre.

Die parteiliche und innerparteiliche Ebene: Forschungsleitende Fragen

Wie Maor in seiner Abhandlung über die Parteien und das Parteiensystem des Vereinigten Königreichs betont, sind die britischen Parlamentsparteien keine „unitary actors“, sondern „party systems in themselves“.¹⁹ Als komplexe Institutionen sind sie „(...) weit mehr als ihre Parteiführung“.²⁰ Gerade große Parteien gleichen daher oftmals einem heterogenen Flickenteppich. Es gibt sowohl organisatorisch verfestigte als auch mehr oder weniger informelle Teileinheiten innerhalb einer Partei, „die gleichwohl (...) von erheblicher Bedeutung sind: die Flügel, Faktionen, Gefolgschaften und Strömungen.“²¹ Die Formulierung parteipolitischer Leitlinien und der offizielle Parteikurs werden somit nicht allein durch die Parteiführung, sondern auch durch die einzelnen Abgeordneten und die nach Parteiströmungen zu differenzierenden Subgruppen innerhalb einer Partei bestimmt.²² Alistair Jones und Robert Ladrech monieren daher zu Recht, dass der Betrachtung von „intra-party-movements“ und des „party factionalism“ in der Wissenschaft zu wenig Beachtung geschenkt wird.²³ Gerade für die Europapolitik der britischen Parteien bietet sich eine solche Analyse an, denn im Gegensatz zur den eher geschlossen auftretenden Liberaldemokraten zeichnen sich die Konservative Partei und die Labour Partei durch periodisch wiederkehrende tiefe Risse und Zerwürfnisse über den europapolitischen Kurs und seine Implikationen für Großbritannien aus. In der britischen Europapolitik ist „die Konfliktlinie innerhalb der Parteien (oft) intensiver angelegt als zwischen den Partei-

¹⁹ Maor 1997: 10.

²⁰ Maor 1997: 12 (Übersetzung der Verfasserin).

²¹ Naßmacher 1994: 227.

²² Vgl. Maor 1997: 8-10.

²³ Vgl. Jones 1994: 75-92 und Ladrech 2002: 390.

en“.²⁴ Es gibt keinen eindeutigen parteiübergreifenden europapolitischen Grundkonsens.

Auf der offiziellen Parteebene ist es das Ziel der Dissertation, Aussagen darüber zu treffen, wie die britischen Parteien den Europäischen Integrationsprozess von Maastricht bis Nizza bewerteten und wie sie eigene Positionen zu dessen Fortgang formulierten:

- Auf welcher Grundlage konzipieren die Parteien ihre europapolitischen Vorstellungen und inwieweit erfahren diese Veränderungen oder bleiben in ihren Kernpunkten konstant? Welche Leitbilder liegen der Europapolitik zugrunde?
- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind bei den drei zu untersuchenden Parteien hinsichtlich ihrer europapolitischen Konzepte festzustellen?
- Inwiefern beeinflussen sich die drei Parteien in ihren europapolitischen Positionen gegenseitig oder grenzen sich bewusst voneinander ab?
- Gibt es in der Europapolitik ein „cross-party networking“?²⁵

Auf der innerparteilichen Ebene richtet sich das Augenmerk der Analyse stärker auf das Parteigefüge und den Einfluss einzelner Gruppen innerhalb von Parlamentsfraktion und Partei auf die europapolitische Linie und Ausrichtung der Gesamtpartei:

- Wie entscheidend ist das Phänomen des „party factionalism“ für die Herausbildung der europapolitischen Leitlinien der britischen Parteien?²⁶
- Welche parteiinternen europapolitischen Gruppen lassen sich definieren und innerhalb des Gesamtgefüges der jeweiligen Partei gewichten?
- Welche zentralen Themen, Streitpunkte und Argumentationsstränge gibt es in der innerparteilichen Diskussion um die Europapolitik?
- Welche parteiinterne Subgruppe konnte sich bei welchen Entscheidungen durchsetzen?
- Welche Subgruppe konnte welche Entscheidungen verhindern?

1.2 Forschungsstand und Quellenlage

In der bisher vorliegenden Forschungsliteratur zur britischen Europapolitik wurden vorrangig spezifische nationale Vorbehalte des Vereinigten Königreichs gegenüber dem europäischen Integrationsprozess herausgearbeitet. Im Mittelpunkt standen etwa

²⁴ Naßmacher 1994: 239.

²⁵ Vgl. Jones 1994: 75-92. Jones konstatiert, dass die Europapolitik in Großbritannien ein „*unique issue*“ sei, da nur europapolitische Themen, wie etwa die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages, die Parteien derart spalten würden, dass es zu einem „*Cross-Party Networking*“ - in diesem Falle der Europagegner von CP und LP - komme.

die historische Entwicklung, tradierte außenpolitische Denkmuster sowie anders gelagerte politische und ökonomische Interessen.²⁷ Die Untersuchung blieb dabei vorrangig der europäischen und der nationalen Ebene verhaftet, innen- und parteipolitische Einflüsse auf europapolitische Konzepte wurden eher marginal beleuchtet. Auf den Einfluss der Parteien auf die britische Europapolitik gehen viele der genannten Publikationen nur insofern ein, als sie die Uneinigkeit und die Zerwürfnisse innerhalb der CP und der LP erwähnen. So weisen viele der Darstellungen zwar auf den seit 1983 zu beobachtenden Wandel der Labour Partei zu einer pro-europäischen Politik wie auch auf die gleichzeitige Richtungsänderung in der CP zu einem stärker euro-skeptischen Kurs hin; sie gehen dabei aber überwiegend nur ansatzweise auf den innerparteilichen Meinungsbildungsprozess und Dissens ein. Zur Europapolitik der Liberaldemokraten gibt es bislang keine umfassenden Studien.

Trotz der vielen überblickartigen Publikationen zur Europapolitik des Vereinigten Königreichs ist das wissenschaftliche Interesse am innerparteilichen Meinungsbildungsprozess der britischen Parteien insgesamt gering. Bis heute ist die vergleichende Analyse der innerparteilichen und parteilichen Ebene britischer Parteien im Hinblick auf die Entwicklung und Formulierung europapolitischer Konzepte ein eher unterentwickelter Bereich der Forschung geblieben.

In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren wiesen Ashford und Morgan erstmals auf die Heterogenität der europapolitischen Gruppierungen innerhalb der Konservativen Partei hin.²⁸ In den neunziger Jahren erschienen einige wenige Abhandlungen zur innerparteilichen Bewertung der europäischen Integration, wobei Abhandlungen über die regierende Konservative Partei dominierten.²⁹ Hilfreich für diese Arbeit ist insbesondere eine Publikation Wolfram Kaisers, der die europapolitischen Strategien der beiden großen britischen Parteien anhand der Images der „patriotischen Partei“ und der „Partei Europas“ analysierte und somit ein ordnendes dicho-

²⁶ Vgl. ebd. und Maor 1997: 147-168.

²⁷ Vgl. hierzu exemplarisch die Werke von George 1991 und 1994, Volle 1989 und 1994, Reynolds 1990, Pilkington 1995, Greenwood 1992, Young, J. 1993 und 2000, Johnson 1997, Young, H. 1998, Porter 1983 und Childs 1995.

²⁸ Ashford 1983 unterteilte die CP in vier europapolitische Gruppen: die *Föderalisten*, die *Konföderalisten*, die *Sympathisiers* und die *Anti-Marketeters*. Morgan 1982 analysierte liberale und nationale Prioritäten der CP bei der Formulierung europapolitischer Standpunkte.

²⁹ Baker, Gamble und Ludlam führten von 1993 bis 1995 mehrere Befragungen in der regierenden CP durch, wobei sie die Trennungslinien der Subgruppen anhand der Achsen Souveränität/Interdependenz und Minimalregierung/Interventionismus aufzeigten. Berrington/Hague 1998 zeichneten die europapolitischen Lager in der CP zur Zeit der Maastricht-Ratifizierung nach. Aldermans Studien von 1991, 1993, 1995 und 1997 konzentrierten sich auf die innerparteiliche Struktur der

tomisches Schema entwarf.³⁰ Ferner sind besonders die Forschungsarbeiten von Paterson, Henson und Shipley, die Mitte der neunziger Jahre analog zur Dichotomie Kaisers eine vergleichende Darstellung der Europapolitik von CP und LP erarbeiteten und die europapolitische Aufsatzsammlung von Baker/Searwright, die wichtige Abschnitte zu den drei relevanten Parteien dieser Studie beinhaltet, sowie auch die Arbeiten von Turner, Weinmann und Fella einzubeziehen.³¹ Gewinnbringend für diese Arbeit ist darüber hinaus die Dissertation Sixt von Schultendorffs, der in einer Mischung aus ereignisgeschichtlicher Betrachtung und themenbezogener Analyse für den Zeitraum von 1975 bis 1990 die Europapolitik der Konservativen Partei und der Labour Partei verglichen und den Schwerpunkt der Betrachtung bewusst auf die parteiinterne Entwicklung gelegt hat. Schultendorff blendet allerdings die Liberaldemokraten aus seiner Untersuchung aus, was im Zuge des Erstarkens dieser dritten politischen Kraft in Großbritannien heute nur schwer möglich ist.

Insgesamt ist der Quellen- und Literaturbestand zur Forschungsthematik als zufriedenstellend einzuschätzen. Die Verfasserin konnte aufgrund des aktuellen Untersuchungszeitraums aber nur auf den Bestand bereits veröffentlichter Quellen in den Parteiarchiven zurückgreifen.

1.3 Methodendiskussion und Gliederung der Arbeit

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, die europapolitischen Ansätze der CP, LP und LD seit den Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag zu untersuchen und die ihnen zugrunde liegenden Leitbilder zur weiteren Entwicklung und Finalität der EU zu bestimmen (*siehe Kapitel 2*). Da Leitbilder nicht immer explizit benannt oder formuliert werden, sollen die Leitbilder der drei zu untersuchenden Parteien aus den Präferenzen der Akteure, also aus den „subjektiven Interessen“, die „dem Akteur per Definition bewusst“ sind, rekonstruiert werden.³² Wie der große Teil der Forschung über Parteien und Partieliten stützt sich dabei auch diese Dissertation gleichermaßen auf eine Auswertung von Dokumenten und Sekundärliteratur. Methodologisch betrachtet handelt es sich bei dieser Arbeit um eine Forschungsarbeit, bei der das her-

CP, insbesondere auf die Parteiführung, und untersuchten das Verhalten der Mandatsträger während der Parteiführer-Wahlen 1990, 1995 und 1997.

³⁰ Vgl. Kaiser 1994.

³¹ Vgl. Paterson/Henson/Shipley 1995, Baker/Seawright 1998, Weinmann 1999, Turner 2000 und Fella 2002.

³² Jachtenfuchs 2002: 32. Vgl. auch ebd.: 52 sowie Rinke 2006: 33-35.

hermeneutische Verfahren des Textverstehens und Textinterpretierens angewendet wird.³³ Im Vordergrund der Betrachtung stehen vor allem Materialien der jeweiligen Parteiarchive wie *Campaign Guides*³⁴ und Wahlmanifeste, parlamentarische Regierungs- und Oppositionserklärungen, Publikationen zu europapolitischen Themen, Redesammlungen und ausgewählte Protokolle der Unterhaus-Debatten. Berücksichtigung finden zudem die Biographien einzelner Regierungsmitglieder und Parlamentsabgeordneter sowie Pamphlete und Erklärungen von Subgruppen oder Parlamentariern der zu untersuchenden Parteien. Um die Auseinandersetzungen, Standpunktentwicklungen und Entscheidungsprozesse innerhalb der Parteien genau nachvollziehen zu können, hat die Verfasserin darüber hinaus die britische Presseberichterstattung des Untersuchungszeitraums ausgewertet und in den Jahren 2001 bis 2004 einzelne Leitfaden-Interviews mit Abgeordneten, ehemaligen Ministern und Fachexperten geführt.³⁵ Durch sie konnten etwaige Informationsdefizite abgebaut sowie Eindrücke aus der Quellenanalyse überprüft werden.

Sich an die Methodik Bernhard Rinkes anlehnend, erfolgt die hermeneutische Analyse der Leitbilder der drei ausgewählten britischen Parteien in dieser Studie in drei Schritten: „Zunächst werden theoriegeleitet die die politische Auseinandersetzung sowie die politikwissenschaftliche Diskussion bestimmenden Leitbilder konzeptionalisiert und kategorisiert. Im weiteren Verlauf der Untersuchung werden daraufhin die Präferenzen (..) (der) Parteien aus den vorliegenden Quellen ermittelt. Schließlich werden auf dieser Grundlage die Leitbilder (...) (der Parteien zur Weiterentwicklung und Finalität der EU) (...) rekonstruiert bzw. (...) deduktiv zugeordnet.“³⁶

Den Untersuchungszeitraum der Studie bildet die letzte Dekade des 20. Jahrhunderts, da gerade in diesem Jahrzehnt eine entscheidende Weiterentwicklung und Vertiefung des europäischen Einigungswerkes erfolgte. Die Analyse setzt mit dem Jahr 1990 ein, in dem infolge der tiefgreifenden Umwälzungen in Europa die Weichen für den Maastrichter Vertrag gestellt wurden und in Großbritannien mit John Major ein neuer konservativer Premierminister für eine Veränderung des politischen Kräftefeldes in der regierenden Konservativen Partei sorgte. Der Maastrichter Vertrag und seine Fortschreibung im Amsterdamer Vertrag bilden als Eckdaten den Bezugsrahmen für

³³ Vgl. u.a. Alemann/Tönnemann 1995: 50-56, Patzelt 1997: 198, Mols/Lauth/Wagner 1996: 362 und von Alemann/Fornrdan 1995: 66.

³⁴ *Campaign Guides* sind detaillierte Argumentations- und Erklärungshilfen für die eigenen Parteikämpfer im Wahlkampf.

³⁵ Einen guten Überblick über die Presseberichterstattung bietet insbesondere die *Press Library* des *Royal Institute of International Affairs* in London.

³⁶ Rinke 2006: 35.

einzelne Kapitel der chronologisch aufgebauten Untersuchung. Den Schlusspunkt stellt die Ratifizierung des Nizzaer Vertrages im britischen Unterhaus im Herbst 2001 dar. Dieser Vertrag bildet bis heute die aktuelle Arbeitsgrundlage der EU. Zudem stellte das Nizzaer Vertragswerk – zumindest zum damaligen Zeitpunkt – die letzte über die bis dato traditionelle Methode der Intergouvernementalen Regierungskonferenzen (IGR) erarbeitete Vertragsrevision dar. Im Post-Nizza-Prozess wurde die Intergouvernementale Regierungskonferenz erstmals durch einen Konvent abgelöst.³⁷

Zu den wichtigsten Akteuren der Untersuchung zählen die jeweiligen britischen Premierminister, Außenminister und Parteivorsitzenden des Untersuchungszeitraumes sowie führende Mitglieder der parlamentarischen Fraktionen und der einzelnen pro-europäisch, euro-skeptisch oder anti-europäisch ausgerichteten Fraktionen.

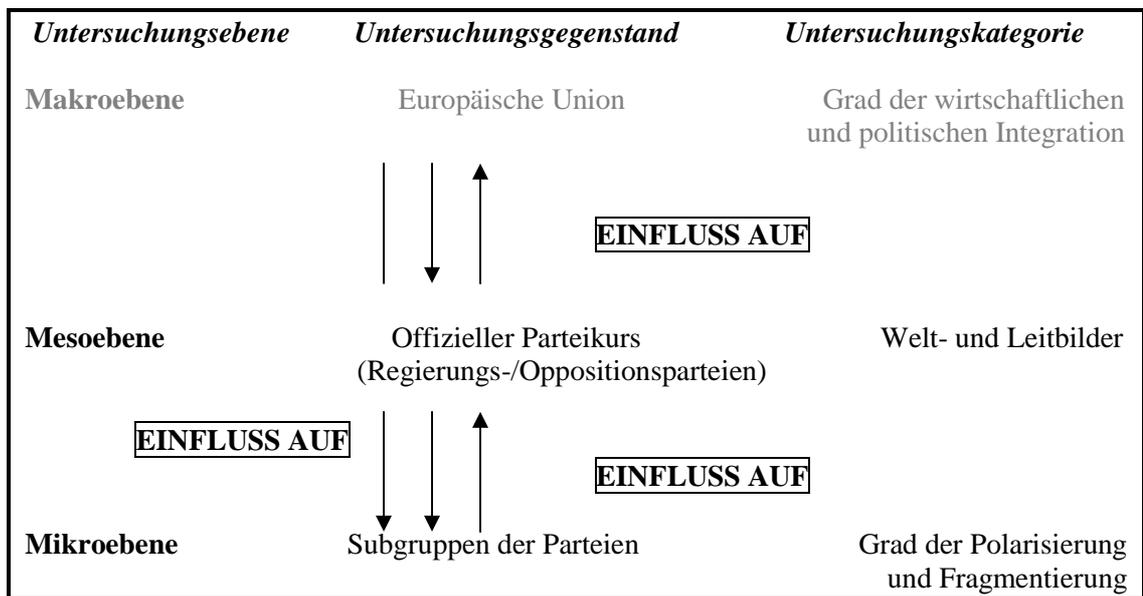
Die Leitbild-Zuordnung des europapolitischen Kurses der drei zu analysierenden Parteien findet sich in dieser Studie jeweils am Ende eines Kapitels in einem Zwischenfazit. Zudem weist jedes Kapitel ein Unterkapitel auf, welches sich speziell mit der innerparteilichen Ebene und deren Einfluss auf die Akzentuierung der Europapolitik der Parteien beschäftigt. Hier sollen die Heterogenität und Komplexität der europapolitischen Vorstellungen anhand der internen Strukturen und der Argumentationsstränge der einzelnen Subgruppen aufgezeigt werden. Die Arbeit kann somit sowohl als Beitrag zur vergleichenden Parteienforschung als auch als Beitrag zur europapolitischen Leitbilddebatte angesehen werden.

In der Studie werden drei unterschiedliche Ebenen beleuchtet – die innerparteiliche, parteiliche und europäische Ebene: Die britischen Parteien sind europapolitisch nicht zwangsläufig geschlossen, ihre Flügel und Fraktionen formulieren mitunter unterschiedliche Ansätze zur Europapolitik. Über den von ihnen nach außen vertretenen europapolitischen Kurs versuchen die jeweiligen Parteiführungen, der Mehrheit ihrer Partei gerecht zu werden. Auf europäischer Ebene strebt die jeweilige britische Regierung an, ihre Position weitgehend gegenüber den anderen Mitgliedstaaten zu behaupten. Umgekehrt wirkt sich die wirtschaftliche, politische und institutionelle Weiterentwicklung der Europäischen Union wiederum auf die parteiliche und innerparteiliche Ebene aus. Der Einfluss von Parteien und Europäischer Integration ist ein

³⁷ Nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden zu dem vom Konvent ausgearbeiteten Verfassungsentwurf für die EU erfolgte die Rückkehr zur Methodik der Intergouvernementalen Regierungskonferenz.

reziproker Prozess.³⁸ Es ergibt sich für diese Dissertation daher das folgende Untersuchungsschema:

Abbildung 1: Untersuchungsschema der Dissertation



© Monica Heitz 2001³⁹

³⁸ Vgl. Ladrech 2002: 389.

³⁹ Die Makroebene wurde in dem Untersuchungsschema schwächer gekennzeichnet, da sie Reflexionsgegenstand der Untersuchung ist. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Mikro- und Mesoebene.

2 Theoretischer Rahmen der Arbeit

2.1 Europäische Integration und Europapolitik

Diese Studie geht der Frage nach, wie die ausgewählten britischen Parteien den europäischen Integrationsprozess beurteilen, bewerten und ihre eigenen Positionen formulieren. Es sollen der Wandel und/oder die Kontinuität der Leitbilder dieser Parteien zur Ausgestaltung und Finalität der EU dargestellt und analysiert werden.

Um den Rahmen der Untersuchung abzustecken, muss zunächst der Begriff der Europapolitik genauer bestimmt werden. Heinrich Schneider definiert in seiner richtungweisenden Arbeit zur Leitbildkonzeption die Europapolitik sehr allgemein als „Bestrebungen zum Zusammenschluss der europäischen Staaten und Völker“.⁴⁰ Sein Europapolitikverständnis umfasst sämtliche Erscheinungsformen der Integrationspolitik wie EGKS, Zollunion, Gemeinsame Agrarpolitik oder Wirtschafts- und Währungsunion. Die Europapolitik ist dabei steten Veränderungen unterworfen, die eng mit den wechselnden realpolitischen Situationen und der politischen Konjunktur sowie den damit einhergehenden unterschiedlichen Präferenzen der Akteure verknüpft sind:

„Mit den Konjunkturschwankungen und Akzentverlagerungen der Europapolitik selber und mit dem Umschwung der Stimmungslagen (wechseln) auch die Beurteilungen dessen, was entworfen und geplant (wird).“⁴¹

„Prinzipiell setzt Schneider Europapolitik mit Integrationspolitik und damit mit der Gemeinschaft selbst gleich.“⁴² Einen ähnlichen Ansatz liefert auch Claus Giering, der Europapolitik in erster Linie anhand der im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses entstandenen Institutionen definiert und sie dadurch mit der Europäischen Union gleichsetzt.⁴³ Das europäische Zusammenwachsen hat ihm zufolge vier verschiedene Dimensionen: die Dimension der „politisch-staatlichen Ebene der gemeinsamen Entscheidungsfindung (...), die gesellschaftliche Verflechtung, die gemeinsame Identität sowie die Außenbeziehungen der europäischen Union.“⁴⁴ An diese Dimensionen anknüpfend definiert Holger Münch einen sehr weit gefassten Begriff der Europapolitik, dem in dieser Arbeit gefolgt werden soll. Er umschreibt Europapolitik als

⁴⁰ Schneider 1977: 14.

⁴¹ Schneider 1977: 15.

⁴² Münch 2007: 14.

⁴³ Vgl. Giering 1997: 25 und Münch 2007: 14/15.

⁴⁴ Giering 1997: 17.

„die Prozesse der gemeinsamen und individuellen Entscheidungsfindung im Hinblick auf die inneren und äußeren Aktivitäten und die Entwicklung des Institutionengefüges der EU in ihren Wechselwirkungen mit der mitgliedstaatlichen Ebene einerseits und der internationalen Ebene andererseits sowie die gesellschaftlichen Bedingungen dieser Prozesse.“⁴⁵

Zimmerling und Maurer heben neben dieser Vielschichtigkeit der Europapolitik auch ihre Dynamik, bedingt durch den Prozesscharakter, das „prozessurale Verlaufselement“ der Europäischen Union, hervor.⁴⁶ Die Europäische Union ist ein „moving target“: Seit 1980 hat sich die Zahl der Mitgliedstaaten verdreifacht (von 9 auf 27), vier Vertragsrevisionen „mit umfassenden institutionellen Veränderungen und Kompetenzerweiterungen“ wurden erarbeitet, der Lissaboner Vertrag ist derzeit in der Ratifizierungsphase.⁴⁷ „Die Einheitliche Europäische Akte (EEA, 1986) sowie die Verträge von Maastricht (1992), Amsterdam (1997) und Nizza (2000) haben aus der Wirtschaftsgemeinschaft eine politische Union mit staatsähnlichen Befugnissen in vielen Politikbereichen werden lassen.“⁴⁸ Sämtliche Verträge zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft/Europäischen Union werden bis heute stets nur als Stufe oder Etappe eines Weges begriffen, dessen Finalität nach wie vor nicht feststeht oder klar gedeutet werden könnte. Durch diese Unbestimmtheit der Verträge öffnen sich bis heute „Interpretationsspielräume“ für die einzelnen Akteure; es gibt eine „produktive Mehrdeutigkeit“ zur Weiterentwicklung und Finalität der EU.⁴⁹ Die jeweilige Interpretation wird dabei stark von den Vorverständnissen und Leitbildern der Akteure bestimmt.

2.2 Welt- und Leitbilder

Ende der siebziger Jahre legte der Politikwissenschaftler Heinrich Schneider ein eigenes Leitbildkonzept vor, um damit „die dem europäischen Integrationsprozess zugrunde liegenden unterschiedlichen Zielvorstellungen und Wahrnehmungsmuster zu beschreiben“.⁵⁰ Schneider verweist darauf, dass die Vorstellungen einer erwünschten Zukunft immer auch die Wahrnehmung der Gegenwart stark prägen. Für ihn sind Leitbilder daher „nicht nur Zielvorstellungen, sondern auch Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der je gegebenen Situation und beide Dimensionen sind dialekt-

⁴⁵ Münch 2007: 15.

⁴⁶ Maurer 1998: 301.

⁴⁷ Bieling/Lerch 2005: 9.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Vgl. Maurer 1998: 301 und 303.

⁵⁰ Giesel 2007: 74.

tisch aufeinander bezogen“.⁵¹ Für Schneider sind Leitbilder somit nicht nur Vorstellungen eines angestrebten Zustandes („Sollwert“), der mit den tatsächlichen Gegebenheiten mehr oder weniger kontrastiert, sondern auch Vorstellungen der gegenwärtigen Situation („Istwert“/Ist-Zustand). Dabei beeinflussen die Sollwerte grundsätzlich die Art und Weise, wie die Akteure die jeweiligen Ist-Zustände wahrnehmen, also die Realität deuten.⁵² „Schneider erweitert den Leitbildbegriff schließlich noch insofern, als Leitbilder nicht nur Vorstellungen der gegebenen und erstrebten Zustände zum Ausdruck bringen, sondern auch die Vorstellung vom Weg zwischen dem faktischen und dem erstrebten Zustand. Damit können in diesem Konzept auch Strategien und Maßnahmenentwürfe in Leitbildern zum Ausdruck kommen.“⁵³ Josef Janning unterstreicht vor diesem Hintergrund die große Bedeutung, die Leitbilder in der Europapolitik einnehmen:

„Leitbilder bündeln die Erwartungen der Akteure an die Integrationsentwicklung und vermitteln somit Orientierung; Leitbilder erlauben die Ableitung von Maßstäben und Aufgaben für Akteure und Institutionen der europäischen Politik (...); Leitbilder messen der aktuellen Europapolitik Bedeutung zu und wirken damit stabilisierend in den umstrittenen Situationen europäischer Entscheidungen.“⁵⁴

Die Debatte um die Weiterentwicklung und Finalität der Europäischen Union, die für diese Arbeit maßgeblich ist, ist vor allem eine Auseinandersetzung um Leitbilder.⁵⁵ Europapolitische Leitbilder, die sich auf den gesamten Integrationsprozess beziehen und Zielvorstellungen für die EU und ihren Endzustand formulieren sind etwa die seit den Anfängen der Gemeinschaftsbildung formulierten Leitbilder „Europa als Bundestaat“ (die „Vereinigten Staaten von Europa“), „Europa als Staatenbund“ sowie das „Europa der Vaterländer“ (das „Europa der Nationalstaaten“).⁵⁶ Seit der Vollendung des Binnenmarktes und der Diskussion um den Maastrichter Vertrag (siehe Kapitel 4) hat vor allem das bundesstaatliche Leitbild stark an Bedeutung eingebüßt, da die mit ihm verbundene Entwicklung der EU von vielen Mitgliedstaaten als Entwicklung hin zu einem unitarischen „Superstaat“ gedeutet und abgelehnt wurde.⁵⁷ Janning verweist daher völlig zu Recht darauf, dass dieses Leitbild in seinem

⁵¹ Schneider 1992: 4.

⁵² Vgl. Schneider 1977: 22.

⁵³ Giesel 2007: 75.

⁵⁴ Janning 2006: 304/305. Vgl. zu den Funktionen von Leitbildern auch Schneider 1977: 8 und Hörnlein 2000: 38ff.

⁵⁵ Schneider 1998: 71. Vgl. auch Schneider 1977: 41/42.

⁵⁶ Vgl. Schneider 1977: 24.

⁵⁷ Vgl. Maurer 1998: 304/305.

vollen Umfang heute nur noch eher selten propagiert wird.⁵⁸ Das traditionelle Leitbild des „Europa der Nationalstaaten“ erfuhr indes in den neunziger Jahren im Zuge der stärker werdenden Debatte um Erweiterung und Vertiefung der EU sowie das Verhältnis von Integration und Nationalstaat wieder eine Neubelebung. Im Mittelpunkt dieses Zielmodells steht die Kooperation souveräner Nationalstaaten. Die heutige sowohl supranational als auch intergouvernemental geprägte Struktur der EU weist Merkmale beider Leitbilder auf.

Mit zunehmender Komplexität der EU und der Perspektive einer Osterweiterung der EU nach dem Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90 stand die EU in den neunziger Jahren weitaus stärker im Spannungsverhältnis von Vertiefung und Erweiterung. Um den an einer Vertiefung der Integration interessierten Mitgliedstaaten eine Fortschrittsperspektive zu geben, ohne dabei den auch für künftige Mitglieder verbindlichen gemeinschaftlichen Besitzstand der EU zu verändern und so die Erweiterung zu erschweren, rückten nun vor allem Überlegungen zur Flexibilisierung der Integration in den Mittelpunkt. Entsprechend wurden die oben genannten, schon in der Gründerzeit entwickelten Leitbilder nun um weitere Leitbilder wie das „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, das „Kerneuropa“, das „Europa à la carte“ oder auch das „Europa der variablen Geometrie“ ergänzt, die die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union sämtlich als parallele Prozesse konzipieren.⁵⁹

Wie entstehen nun Leitbilder und woraus entwickeln sie sich?

In Anlehnung an Reinhard Meyers und Gert Krell folgt diese Studie der Annahme, dass Großtheorien der internationalen Beziehungen als Weltbilder verstanden werden können. Gert Krell definiert Weltbilder dabei als

*„allgemeine wissenschaftliche Gedankengebäude darüber, was die Welt im Innersten zusammenhält (....) Gemeint ist (...) der Kern des Politischen, diesmal der internationalen Beziehungen und der Weltordnung. Großtheorien der Internationalen Beziehungen formulieren allgemeine Annahmen über die entscheidenden Akteure und ihre Ziele sowie Präferenzen, über die Qualität der Struktur des Handlungsumfeldes dieser Akteure, über die zentralen Antriebsmomente der internationalen Politik, ihre grundlegenden Probleme und ihre Entwicklungsperspektiven“.*⁶⁰

Weltbilder dienen somit „in einer sozialen Situation zur Sinngebung, d.h. zur Erklärung und Einordnung der Realität innerhalb gegebener Kontexte. Sie sind also die

⁵⁸ Janning 2006: 305. Vgl. auch Maurer 1998: 322ff, der in seiner Untersuchung zu den Leitbildern der europäischen Parteien zur EU und ihren Politiken im Laufe der neunziger Jahre eine deutliche Abnahme föderaler Leitbilder und Grundverständnisse beobachtet hat.

⁵⁹ Vgl. Janning 2006: 308-310 und Rinke 2006: 52/53.

⁶⁰ Krell 2004: 34. Vgl. auch ebd. 51 sowie Meyers 1994: 36-42.

kognitiven Filter der Handelnden, um Ereignisse, Fakten, Symbole usw. zu selektieren und zu interpretieren und damit Umweltkomplexität zu reduzieren“.⁶¹ So sieht es auch Markus Jachtenfuchs, der Weltbilder als „stabile Muster der Wahrnehmung und Interpretation der Welt“, die der „Sinnggebung in einer sozialen Situation“ dienen und relevante Informationen aus der Umwelt selektieren, bezeichnet.⁶² Nach Jachtenfuchs müssen Weltbilder „von den Akteuren nicht explizit vertreten werden; viel wahrscheinlicher ist, dass die einzelnen Elemente von Weltbildern (...) den Akteuren nur zum Teil bewusst sind. Da Weltbilder im hier vertretenen Konzept Referenzpunkte des Handelns sind, müssen sie nicht unbedingt kommuniziert werden, sondern lassen sich auch in politischem Handeln nachweisen (...). Damit ist das Konzept (...) auch für die Untersuchung von Politikfeldern geeignet.“⁶³

In dieser Studie wird nun von der These ausgegangen, dass Leitbilder grundsätzlich in Weltbilder eingebettet sind, welche die Leitbilder fundieren und prägen.⁶⁴ Anders ausgedrückt: Die für diese Studie relevanten Leitbilder zur Weiterentwicklung und Finalität der EU lassen sich jeweils einer spezifischen Großtheorie der Internationalen Beziehungen zuordnen bzw. aus dieser ableiten. Die Großtheorien/Weltbilder liefern also quasi die „zugrunde liegende Hintergrundphilosophie“, ein konstruiertes Bild der Wirklichkeit für die Leitbilder der Akteure.⁶⁵ Leitbilder sind dabei weitaus handlungs- und praxisorientierter als Weltbilder, weil sie konzeptionelle Antworten auf die Frage suchen, wie die Realität im Hinblick auf bestimmte Ziele gestaltet werden kann. Sie bieten eine Orientierungshilfe für das Handeln, weil sie im Gegensatz zu den Weltbildern nicht nur eine Erklärung dafür liefern, wie die Welt zu sehen ist, sondern auch wie sie sein sollte. Leitbilder haben eine starke normative Komponente, im Vergleich zum Ideal sind sie aber weitaus praxisorientierter und damit anpassungsfähiger.⁶⁶

„Gehen wir nun abschließend davon aus, dass in Parteien verschiedene Weltbilder gleichzeitig, möglicherweise sogar in Konkurrenz zueinander existieren können, so ist ebenfalls zu erwarten, dass dies in aller Regel und aufgrund der (...) gegenseitigen Bedingtheit von Welt- und Leitbildern genauso für Leitbilder gilt.“⁶⁷

⁶¹ Hörnlein 2000: 33.

⁶² Jachtenfuchs 1993: 9.

⁶³ Ebd. 10.

⁶⁴ Vgl. Krell 2004, Münch 2007: 17 und Bieling/Lerch 2005: 23.

⁶⁵ Schneider 1977: 35. Vgl. auch Sauder 1995: 35.

⁶⁶ Vgl. Hörnlein 2000: 33-35. vgl. auch Rinke 2006: 52-56.

⁶⁷ Rinke 2006: 56. Vgl. auch Hörnlein 2000.

Abbildung 2 stellt die Unterscheidung von Großtheorien/Weltbildern und Leitbildern noch einmal vor:

Abbildung 2: Großtheorien und Leitbilder – Gegenstand und Funktion

Analysebegriff	Gegenstand/Thema	Funktion	Sphäre / Adressat
Großtheorien/ Weltbilder	Formulierung allgemeiner Annahmen über die entscheidenden Akteure und ihre Ziele sowie Präferenzen, über die Qualität des Handlungsumfeldes dieser Akteure, über die zentralen Antriebsmomente internationaler Politik, ihre grundlegenden Probleme und Entwicklungstendenzen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Interpretationsfunktion ▪ Orientierungsfunktion ▪ Handlungslegitimierungsfunktion ▪ Epistemologische Funktion ▪ Normative Funktion 	<p>als Großtheorien: (Politik-) Wissenschaft</p> <p>als Weltbilder: Individuen sowie deren gesellschaftliche Zusammenschlüsse (umfasst politische Parteien ebenso wie andere Akteure des politischen Systems)</p>
(Europa-politische) Leitbilder	<p>„Realitätsbeschreibung“: Inhaltliche Bestimmung der Politik bzw. einzelner Politiken der EU.</p> <p>„Normative Orientierung“: Formulierung (normativer) Handlungsorientierungen für Individuen und deren gesellschaftliche Zusammenschlüsse (z.B. politische Parteien) in Richtung auf ein für erstrebenswert gehaltenes integrationspolitisches Ziel hinsichtlich der gesamten EU oder auch einzelner Organe bzw. Politikfelder</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Inhaltliche Politikbestimmung ▪ (normative) Handlungsorientierung ▪ Kollektive Projektion 	(Politik-) Wissenschaft und Individuen sowie gesellschaftliche Zusammenschlüsse (umfasst politische Parteien ebenso wie andere Akteure des politischen Systems); die Öffentlichkeit

Quelle: Rinke 2006, in Anlehnung an Meyers 1993, Hörnlein 2000 und Krell 2004 (ausgewählte Auszüge)

2.3 *Integration im Spiegel der Großtheorien der Internationalen Beziehungen*

Um die Europapolitik der ausgewählten britischen Parteien und die ihnen zugrunde liegenden Leitbilder analysieren und zuordnen zu können, wird im Folgenden der Begriff der Integration im Spiegel ausgewählter Großtheorien der Internationalen Beziehungen betrachtet. In Anlehnung an Bernhard Rinke wird Integration verstanden als Bestimmung des Verhältnisses von Nationalstaat und einer im Gefolge des Integrationsprozesses entstehenden und sich schrittweise entwickelnden internationalen Gemeinschaft mit eventuellem Staatscharakter.⁶⁸

2.3.1 **Der Neorealismus**

Der Neorealismus geht von der Annahme aus, dass das Staatensystem anarchisch strukturiert ist, also keine übergeordnete Regelungs- und Sanktionsinstanz besitzt. Die Vertreter des Neo-Realismus halten diese Anarchie der Staatenwelt für unveränderlich. In diesem internationalen System „müssen sich die Staaten selbst helfen, wenn sie überleben wollen, durch Vorsorge für die Verteidigung, durch Abschreckung oder durch Bündnisse“.⁶⁹ Die Staaten als Einheiten des internationalen Systems treten zwar aktiv zueinander in Beziehung, aber das System ist nicht die Summe dieser Interaktionen. In einem anarchischen System, in dem es grundsätzlich keine Garantie für die Sicherheit der einzelnen Staaten gibt, „wird das Überleben zur Grundlage und Voraussetzung für die Realisierung aller weiteren Ziele“ der Staaten.⁷⁰ Sie stehen alle vor der gleichen Aufgabe der Selbsterhaltung, sie haben aber unterschiedliche Stärken und Machtpotenziale, woraus sich unterschiedliche Konfigurationen des Staatensystems ergeben.⁷¹ Krell spricht daher davon, dass das internationale System mit dem Arrangement seiner Einheiten, seiner Struktur, variiert.⁷² Um sich selbst zu erhalten, streben die einzelnen Staaten nach einem Gleichgewicht der Mächte und der „Bewahrung der (eigenen) unbedingten Unabhängigkeit: Der Staat darf sich keiner anderen Organisation unterordnen und keine Souveränität abgeben.“⁷³ Die Staaten versuchen also, ihre Autonomie zu wahren, „und sie achten, wenn sie schon kooperieren darauf, dass die anderen nicht mehr dabei gewinnen, als sie selbst“.⁷⁴ Der

⁶⁸ Vgl. Rinke 2006: 59/60 und Hrbek 1989: 108.

⁶⁹ Krell 2004: 163.

⁷⁰ Ebd.: 162.

⁷¹ Waltz 1979: 96.

⁷² Krell 2004: 164.

⁷³ Rinke 2006: 61.

⁷⁴ Krell 2004: 165.

Neorealismus ist keine Theorie, die auf Veränderung, auf Integration abzielt. Im Gegenteil: „Neorealisten schätzen die Chance der Bewerkstelligung dauerhafter, nachhaltiger und erfolgreicher regionaler bzw. internationaler Integration äußerst pessimistisch ein.“⁷⁵ Die europäische Integration ist demnach nur eine „qualitative Steigerung des kooperativen Gleichgewichts (...); (...) eine Intensivierung der Kooperation durch integrative Elemente (...)“.⁷⁶ Die Europäische Union ist folglich ein

*„integratives Gleichgewichtssystem (mit einer Mischung aus präföderalen und intergouvernementalen Elementen), in dem die Hauptmächte Deutschland, Frankreich, Großbritannien sich wechselseitig begrenzen und beschränken und in dem institutionelle Regelungen (...) den Machtunterschieden Rechnung tragen (...)“.*⁷⁷

Den Annahmen des Neorealismus folgend, ist die EU folglich nicht als eigenständiger Akteur im internationalen System anzusehen, zumal sie nicht über ein handlungsfähiges politisches System verfügt. Die Europäische Union ist somit in erster Linie das, was die Mitgliedstaaten mit Blick auf ihre jeweiligen nationalen Interessen aus ihr machen.

2.3.2 Der neoliberale Institutionalismus

Ebenso wie der Neorealismus geht auch die Theorie des neoliberalen Institutionalismus davon aus, dass die Staaten als Hauptakteure des internationalen Systems unter Bedingungen internationaler Anarchie agieren. Der neoliberale Institutionalismus geht aber nicht davon aus, dass die Akteure des internationalen Systems lediglich um das eigene Überleben und ihre Position im System kämpfen, sondern dass sie auch nach der Maximierung des eigenen Nutzens, nach der „Netto-Mehrung“ von Wohlfahrt streben.⁷⁸ Der neoliberale Institutionalismus zeichnet sich demnach durch eine positivere Einschätzung der Kooperationsmöglichkeiten der Akteure im internationalen System aus. Kooperation ist dieser Theorie zufolge durchaus dauerhaft möglich.⁷⁹ Sie entsteht aus der Einsicht, dass das internationale System durch Interdependenz gekennzeichnet ist, welche die Handlungsfähigkeit der einzelnen Staaten einschränkt.⁸⁰ Diese müssen folglich Kooperationen suchen, um Gewinne zu erzielen. „Resultat (der wachsenden Interdependenz) ist ein wachsender Zwang zur politi-

⁷⁵ Rinke 2006: 60.

⁷⁶ Link 2001: 312.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Meyers 2004a: 486.

⁷⁹ Ebd.

schen Koordination, um Lösungen für Interessenkonflikte zu finden. Es entsteht ein zunehmender Regelungsbedarf“ im internationalen System.⁸¹ An dieser Stelle kommt nun die Bedeutung von Institutionen ins Spiel: Es lässt sich „ein enger (wechselseitiger) Zusammenhang zwischen Interdependenzen und der Entstehung von Institutionen im internationalen System beobachten“.⁸² Entsprechend konstatiert Robert Keohane: „The ability of states to communicate and cooperate depends on human-constructed institutions (...)“.⁸³ Der Großtheorie des neoliberalen Institutionalismus zufolge schafft somit „nicht der Naturzustand der Anarchie, sondern der geschaffene Kulturzustand der – über Zeit durchaus schwankenden und sich verändernden Institutionalisierung – internationaler Beziehungen (...) die maßgeblichen strukturellen Effekte, die das Verhalten der Akteure beeinflussen.“⁸⁴ Robert Keohane unterscheidet drei Formen von Institutionen: formale intergouvernementale oder transnationale Nichtregierungsorganisationen, Internationale Regime und Konventionen.⁸⁵ Regime als kooperative Institutionen „eröffnen Möglichkeiten zur Bewältigung der aus Interessenüberschneidungen der Akteure resultierenden Probleme (...) durch die Ausarbeitung eines Sortiments von Verfahrensweisen und Verfahrensregeln, die in je bestimmten Sachbereichen Zusammenarbeit institutionalisieren“.⁸⁶ Folgen wir nun Heinrich Schneiders Ansatz, der Integration als „die Schaffung eines Systems des gemeinsamen Interdependenzmanagements der beteiligten Staaten“ interpretiert, so geht der Begriff der Integration im neoliberalen Institutionalismus im Institutionen- oder Regimebegriff auf. Die zwischenstaatliche Anarchie wird hier aber letztlich nicht aufgehoben, sondern nur überlagert bzw. zurückgedrängt:⁸⁷

„Das internationale Regime (...) (bleibt) – auch dann, wenn sich die Kooperation im Laufe der Zeit zunehmend verdichtet – ein intergouvernementales System, das die Souveränität der partizipierenden Staaten nicht grundsätzlich antastet und das ihnen auch nicht übergeordnet ist.“⁸⁸

Ebenso wie bei den Überlegungen des Neorealismus wird die EU auch dieser Theorie zufolge maßgeblich von den Mitgliedstaaten bestimmt, die Tempo und Richtung

⁸⁰ Vgl. Krell 2004: 183.

⁸¹ Rinke 2006: 65.

⁸² Ebd. Vgl. auch Meyers 2004a: 486/487 und Menzel 2001: 172.

⁸³ Keohane 1989: 2.

⁸⁴ Meyers 2004a: 487.

⁸⁵ Vgl. Keohane 1989: 3-20.

⁸⁶ Meyers 2004a: 489.

⁸⁷ Vgl. Rinke 2006: 66f. und 78 sowie Sauder 1995: 87ff.

⁸⁸ Tömmel 1997: 55.

der Entwicklung der Union vorgeben.⁸⁹ Sie ist nur so handlungsfähig, wie die Mitgliedstaaten es zulassen.

2.3.3 Der Idealismus

Die Vertreter des Idealismus folgen Grundgedanken der Aufklärung und definieren den Menschen demnach als vernunftbegabtes Wesen, das sich von rationalen Vorstellungen leiten lässt und harmonisch mit seinen Mitmenschen koexistieren kann. Sie verbinden „diese Tradition mit der klassischen liberalen Volkswirtschaftslehre, die davon ausging, dass eine arbeitsteilig und freihändlerisch organisierte Weltwirtschaft die Grundlage für eine dauerhafte internationale Friedensordnung schaffen könne“.⁹⁰ Der Großtheorie des Idealismus folgend kann der „anarchische zwischenstaatliche Naturzustand“ durch Integration als höchste Stufe internationaler Zusammenarbeit vollständig überwunden werden.⁹¹ Hauptakteure nach der Großtheorie des Idealismus sind nicht die Staaten, sondern Individuen und gesellschaftliche Zusammenschlüsse. Das Ziel einer internationalen Friedensordnung soll dadurch erreicht werden, dass

*„das Staatensystem aufgelöst (wird) in eine eher aus Individuen denn aus politischen Gruppen aufgebaute kosmopolitische Gesellschaft. Eine auf dem Völkerrecht beruhende Weltorganisation verschafft dem Idealisten jenes überstaatliche Instrument, das in Anwendung der Prinzipien der kollektiven Sicherheit internationale Konfliktquellen eliminiert und Friede und Harmonie durch die Ausschaltung konventioneller Machtpolitik herstellt“.*⁹²

Im Rahmen der Großtheorie des Idealismus werden zwei Bereichstheorien unterschieden, die im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess wiederholt angewandt und diskutiert worden sind: der Föderalismus und der Neofunktionalismus. Der Föderalismus wird vielfach als stark „normatives Konzept“ und „utopisches Leitbild für die Errichtung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘“ kritisiert.⁹³ Tatsächlich sehen die Vertreter des Föderalismus in der Gründung eines europäischen Bundesstaates den idealen Endzustand der europäischen Integration. Da sie davon ausgehen, dass der traditionelle Nationalstaat viele seiner Aufgaben nicht mehr selbst bewältigen kann, halten sie den föderalen Zusammenschluss der europäischen Staaten für den geeigneten Rahmen, um Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürger zu ge-

⁸⁹ Vgl. Schulze 1994: 339 und Grande 1993: 64.

⁹⁰ Krell 2004: 147. Vgl. auch Meyers 1997: 470/471.

⁹¹ Rinke 2006: 67/68.

⁹² Meyers 1997: 418.

⁹³ Große Hüttmann/Fischer 2005: 42/43.

währleisten. Dabei soll der europäische Bundesstaat durch einen konstitutionellen Akt, eine Verfassung gegründet werden, da „der nationalstaatliche Machtanspruch nur durch eine starke föderale Macht auf internationaler bzw. europäischer Ebene gebrochen werden“ werden kann.⁹⁴ Der Bundesstaat würde eine neue staatliche Einheit darstellen und sich im Inneren durch ein System der horizontalen und vertikalen Gewaltenteilung, der *checks and balances* auszeichnen.⁹⁵ Der Föderalismus hat eine konstitutionell-formalistische Ausrichtung: „Graduelle Veränderungen des Aggregatzustandes, wie der prozesshafte Übergang von einem zunächst eher konföderal geprägten zu einem stärker föderal aufgebauten System“ werden kaum berücksichtigt.⁹⁶ Integration stützt sich auf einen föderalen Vertrag und bleibt eine Angelegenheit der *high politics*.⁹⁷ Sie ist somit eine politische Willensentscheidung von Eliten, Souveränität im Rahmen eines angestrebten Einigungsprozesses abzugeben. Integration ist demnach ein Nullsummenspiel: Was das neue (supranationale) System an Zuständigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten gewinnt, geben die Mitgliedstaaten als Teile dieses Systems an Souveränität ab.

Der Neofunktionalismus stellt im Gegensatz zum Föderalismus nicht konstitutionelle Aspekte in den Mittelpunkt, sondern den Prozesscharakter der Integration. Sein Ausgangspunkt sind „die sich aus der zunehmenden grenzüberschreitenden (transnationalen) gesellschaftlichen Interdependenz ergebenden politischen Handlungszwänge für die mit der Entscheidungsfindung betrauten politischen Akteure.“⁹⁸ Integration wird als Kooperation politischer Akteure, als dynamischer Prozess ohne abschließende Zielvorstellung interpretiert. „Aus der einmal begonnenen Integration resultiert im Erfolgsfall (...) ein nahezu automatischer Ausweitungsmechanismus, der weitere Politikfelder erfasst und integriert. Die enge sachliche Verknüpfung einzelner Aufgabenbereiche führt schließlich auch in benachbarten Bereichen zu Integrationsdruck“: Es kommt zum so genannten *Spill-over*-Effekt.⁹⁹ Der *Spill-over*-Effekt wird zum zentralen Movers der Integration, da er eine „Art politische Kettenreaktion“¹⁰⁰ bewirkt, so dass sukzessive eine supranationale Organisation entstehen kann, „welche zunächst das klassisch-konfliktreiche Staatensystem schrittweise überwölbt

⁹⁴ Rinke 2006: 69.

⁹⁵ Vgl. ebd.

⁹⁶ Große Hüttmann/Fischer 2005: 52.

⁹⁷ Vgl. ebd.: 55.

⁹⁸ Wolf 2005: 67.

⁹⁹ Rinke 2006: 71. Vgl. auch Große Hüttmann/Fischer 2005: 71ff.

¹⁰⁰ Platzer 1993: 38.

und endlich auch überwindet, so dass der Nationalstaat seine beherrschende Rolle als zentraler Akteur im internationalen System verliert.“¹⁰¹

2.4 Leitbilder zur Weiterentwicklung und Finalität der EU: Europa der Nationalstaaten, Europa als Föderation und Europa à la carte¹⁰²

Die erneute EU-Finalitätsdebatte zu Beginn des neuen Jahrhunderts mit den zentralen Beiträgen des deutschen Außenministers Joschka Fischer, des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und des britischen Premierministers Tony Blair, die Verfassungsdiskussion und das jetzige Ringen um den Lissaboner Vertrag zeigen, dass die Frage der Finalität des weiter wachsenden EU-Systems von hoher Aktualität ist. Wie in Kapitel 2.2 kurz aufgezeigt, gibt es bereits seit den Anfängen der Gemeinschaftsbildung konkurrierende Leitbilder zur Finalität der EG/EU, die mit zunehmender Entwicklung und Komplexität des EU-Systems durch weitere Leitbilder ergänzt wurden, so dass es einen Vielklang unterschiedlicher Leitbilder gibt. Nachfolgend werden die drei in der britischen Diskussion vorherrschenden Leitbilder kurz skizziert und auf ihren großtheoretischen Hintergrund zurückgeführt.

2.4.1 Das Europa der Nationalstaaten

Die Anhänger dieses Leitbildes vertreten eine staatenzentrische Perspektive. Sie sehen die EU-Mitgliedstaaten und deren Regierungen als die zentralen Akteure im europäischen Integrationsprozess an, zumal letztere gewählt und somit demokratisch legitimiert sind. Die Vertreter des Europa der Nationalstaaten betonen folglich die intergouvernementale Kooperation der Mitgliedstaaten als leitendes Strukturprinzip der EU. Ihre Zusammenarbeit macht den Kern des Integrationsprozesses aus, die Mitgliedstaaten sind Schrittmacher und/oder Bremser der Integration. Die Mitgliedstaaten bewahren ihre politische Souveränität. Die völkerrechtliche Kategorie der Souveränität, die die rechtliche Unabhängigkeit eines Staates im internationalen System manifestiert, hat nach wie vor Gültigkeit:

„Die so verstandene Souveränität schließt das Recht ein, als formal gleichberechtigter Akteur in bestimmten Politikfeldern international zusammenzuarbei-

¹⁰¹ Rinke 2006: 72.

¹⁰² Europa wird hier stets als Synonym verwendet „für jenen hoch integrierten Teil Europas, der durch ein Set von Institutionen zusammengebunden ist, das heute in den übergeordneten Rahmen der Europäischen Union eingebettet ist“. Bieling/Lerch 2005: 12.

ten, diese Kooperation aber auch zu verweigern bzw. an Bedingungen zu knüpfen. In diesem Sinne ist die staatliche Souveränität keineswegs obsolet geworden. Sie stellt gewissermaßen die formale Eintrittskarte für zwischenstaatliche Kooperation dar, verleiht aber ebenso die Handhabe, die Eintrittskarte nicht, oder nur unter bestimmten Bedingungen einzulösen.“¹⁰³

An diese Überlegungen anknüpfend, argumentiert Hoffmann, dass der Nationalstaat durch eine Verlagerung seiner Kompetenzen auf andere Ebenen als politisches Zentrum keineswegs an Stärke verliert, sondern mitunter sogar an Stärke gewinnt und sich selbst bewahrt, da er gerade durch die Verlagerung und Abgabe von Aufgaben seine vielfältigen Aufgaben überhaupt noch erfüllen kann:¹⁰⁴

„Wenn es eine Lehre gibt, die sich aus den zahlreichen Fehlschlägen der europäischen Einigungsbemühungen herauskristallisiert, so die, dass die europäische Einigung nur mit, nicht gegen die Nationalstaaten und ihre legitimen Eigenheiten von sich gehen kann.“¹⁰⁵

Gemeinschaftspolitik wird aus der Perspektive des Staates somit sach- und nutzenorientiert verfolgt und durchaus auch akzeptiert. Sie wird dann angestrebt und mitgetragen, wenn sie dem Mitgliedsland vorteilhaft und gewinnbringend erscheint.¹⁰⁶ Integrationsfortschritte gründen sich auf bewusste politische Entscheidungen der beteiligten Mitgliedstaaten. Diese akzeptieren beschränkte Souveränitätsübertragungen an die EU, gehen aber von der Letztentscheidungsgewalt der Staatsregierungen und/oder ihrer Parlamente aus.¹⁰⁷ Das Leitbild des Europa der Nationalstaaten ist auf die Großtheorie des neoliberalen Institutionalismus zurückzuführen.

2.4.2 Europa als Föderation

Die Anhänger dieses Leitbildes betonen prozessurale Elemente der europäischen Einigung und verbinden diese mit einem föderalen Bekenntnis. Für sie ist die Mitgliedschaft in der EU mehr als eine zusätzliche Arena der nationalen Politikgestaltung, mehr als eine zwischenstaatliche Kooperation von Partnerstaaten und mehr als ein ökonomisches Projekt. Für sie bedeutet die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft Partizipation in einem eigenen politischen System. Die Anhänger des Föderationsziels setzen auf eine klar definierte Kompetenz- und Arbeitsverteilung des EU-Systems und seiner unterschiedlichen Ebenen, wobei der Nationalstaat nur eine von

¹⁰³ Knelangen, zitiert aus Varwick 1998: 32.

¹⁰⁴ Hoffmann 1983: 33-35. Vgl. auch Hrbek 1989: 82/83 und Milward 1992.

¹⁰⁵ Schulze 1994: 339.

¹⁰⁶ Vgl. Woyke 1998: 385, Janning 2006: 305/306 und Bieling 2005: 91-99.

¹⁰⁷ Vgl. Maurer 1998: 320.

mehreren Ebenen bildet. Die Anhänger des Föderationsgedankens plädieren dafür, die Grundlagen und Kompetenzen der EU in ein verfassungsähnliches Dokument zu gießen. Dieses Leitbild kann dem Idealismus zugerechnet werden.

2.4.3 Europa à la carte

Die Anhänger dieses Leitbildes vertreten ebenso wie die Anhänger des Leitbildes eines Europa der Nationalstaaten eine staatenzentrische Perspektive: Die Mitgliedsstaaten sind die zentralen Akteure des europäischen Integrationsprozesses. Allerdings verneinen die Vertreter des „Europa à la carte“ weitgehend die Bedeutung des bereits erreichten Besitzstandes der EU, des so genannten *acquis communautaire*. Sie betonen eine notwendige und radikale Flexibilisierung der Europäischen Union: Jedes Mitgliedsland soll nach diesem Konzept frei darüber entscheiden können, an welchen Bereichen der Gemeinschaftspolitik es sich beteiligen will. Dabei gibt es kein Mindestmaß an Gemeinschaftspolitik, „ein Rückzug aus bereits bestehenden Integrationspolitiken wäre möglich (z.B. Gemeinsamer Agrarmarkt) wie auch das Entstehen völlig neuer Formen von Kooperation.“¹⁰⁸ Bei diesem Modell entscheidet jeder Mitgliedstaat ausschließlich für sich; „breite, jeden Staat in mehreren Bereichen zufrieden stellende Verhandlungspakete (werden) deutlich reduziert“.¹⁰⁹ Es entstehen eine sektorale Differenzierung und viele unterschiedliche Kooperations- und/oder Integrationszirkel. „Ein Europa à la carte würde den bisherigen Integrationsprozess nicht nur zum Stillstand bringen, sondern müsste auch bisherige Integrationsergebnisse in Frage stellen.“¹¹⁰ Den großtheoretischen Bezugsrahmen dieses Leitbildes bildet der Neorealismus.

Abbildung 3 fasst die skizzierten Leitbilder zusammen:

¹⁰⁸ Woyke 1998: 385. Vgl. auch Giering 1997a: 76.

¹⁰⁹ Ebd.: 386.

¹¹⁰ Ebd.

Abbildung 3: Britische Leitbilder zur Weiterentwicklung und Finalität der EU

Leitbild	Kerngedanke und Hauptakteure	Großtheoretischer Bezugsrahmen/ Weltbild
Europa der Nationalstaaten	<p>zwischenstaatliche Kooperation souveräner Nationalstaaten als Kern des Integrationsprozesses</p> <p>Akzeptanz von Souveränitätsübertragungen ist begrenzt</p> <p>Nationalstaaten bleiben die zentralen Akteure der EU</p>	Neoliberaler Institutionalismus
Europa als Föderation	<p>Fortbestehen der Nationalstaaten im Rahmen einer Föderation</p> <p>Mitgliedschaft in der Gemeinschaft ist Partizipation in einem eigenen politischen System</p> <p>klar definierte Kompetenz- und Arbeitsverteilung innerhalb des EU-Systems und seiner unterschiedlichen Ebenen (verfassungsähnliches Dokument)</p>	Idealismus
Europa à la carte	<p>Unterschiedlicher Integrationswille der Mitgliedstaaten</p> <p>Radikale Flexibilisierung: Jedes Mitgliedsland kann frei darüber entscheiden, an welchen Bereichen der Gemeinschaftspolitik es sich beteiligt</p> <p>Kein Mindestmaß an Gemeinschaftspolitik</p> <p>Infragestellung bisheriger Integrationsergebnisse</p>	Neorealismus

© Monica Heitz 2008, in Anlehnung an Rinke 2006

3 Rahmenbedingungen britischer Europapolitik in den neunziger Jahren

3.1 Prämissen und Bestimmungsfaktoren britischer Europapolitik

Jeder Mitgliedstaat der EU hat eine eigene historisch gewachsene wirtschaftliche, kulturelle und politische Entwicklung, charakteristische politische Institutionen und Prozesse sowie daraus resultierende politische Präferenzen. An diesen länderspezifischen Faktoren richtet er sich bei seinen politischen Entscheidungen in hohem Maße aus, so dass sie seinen Zugang zu und seinen Umgang mit dem Akteur EU bestimmen.¹¹¹ Die EU ist mithin kein geschlossenes, sondern ein zu den Mitgliedstaaten offenes System.

Großbritannien haftet bis heute im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess das Stereotyp des zögerlichen Partners mit fast eigensinnig gelagerten ökonomischen und politischen Interessen an. Stephen George bezeichnet Großbritannien aufgrund seines „nationalen Politikprofils“¹¹² und der in Maastricht erzielten Ausnahmeregelungen sogar als „semi-detached member“¹¹³, als halb-abgesonderter Partner innerhalb der EU. In der Tat ist kaum ein Land in der Europäischen Union derart verunsichert und zerstritten über seine Rolle in der Gemeinschaft. Die Debatte über die Vor- und Nachteile des europäischen Integrationsprozesses wird in Großbritannien grundsätzlicher als in den meisten Mitgliedstaaten geführt. Es mangelt offenkundig an einem stabilen Grundkonsens, eine parallele britische und europäische Identität scheint nur schwer vorstellbar.¹¹⁴

Warum hat das Vereinigte Königreich solche Probleme mit dem europäischen Integrationsprozess? Diese Frage ist eng mit dem britischen „Selbst- und Weltverständnis“ verknüpft und soll im Folgenden durch eine Analyse der geo- und realpolitischen, statusorientierten, wirtschaftlichen sowie verfassungsrechtlichen Faktoren des Inselstaates beantwortet werden, da diese Erklärungsmuster für die spätere Betrachtung und Bewertung der parteipolitischen Konzepte zur Weiterentwicklung der EU in den neunziger Jahren liefern.

¹¹¹ Vgl. van Waarden 1993: 195 und 206 sowie Marks 1996: 345.

¹¹² Schmidt 1994: 422.

¹¹³ George 1992: 202.

¹¹⁴ Vgl. dazu exemplarisch Heath 1996: Official Report vom 21. März. Der ehemalige Premierminister bezog sich auf eine von der BBC 1995 in Auftrag gegebene Erhebung. Auf die Frage, „*How European do you feel?*“ antworteten 8 Prozent der Briten „*a great deal*“, 15 Prozent „*a fair amount*“, 25 Prozent „*a little*“ und 49 Prozent „*not at all*“. Zur Frage einer europäischen Identität siehe auch Lord 1992: 432.

3.1.1 Historisch-politische Überlegungen

*„We are with Europe, but not of it.
We belong to no single continent, but to all.“¹¹⁵*
Winston Churchill 1930

Niemand geringerer als der spätere britische Premierminister Winston Churchill prägte 1930 im Verlauf der Diskussionen über den Europaplan des französischen Außenministers Aristide Briand die oben angeführte Positionsbestimmung Großbritanniens, die die „historisch-klassische Grundauffassung britischer Europapolitik“¹¹⁶ sehr präzise widerspiegelt und auch nach dem Zweiten Weltkrieg die britische Außen- und Europapolitik prägte. Zentrale Kategorien für die Entwicklung des ehemaligen Weltreichs und seine distanziert-vorsichtige Beziehung zum europäischen Kontinent stellen insbesondere die politische Geographie des Inselstaates und seine imperiale Geschichte dar.¹¹⁷

Der Inselstaat Großbritannien nahm über Jahrhunderte hinweg eine „Sonderstellung“¹¹⁸ in Europa und schließlich auch im europäischen Integrationsprozess nach dem Zweiten Weltkrieg ein, da er trotz mannigfacher „Wechselwirkungen“¹¹⁹ in relativer Unabhängigkeit vom und zum Kontinent agierte. Die Briten fassten diese selbstgewählte Distanz zum Festland stets als großen Vorteil, als „splendid isolation“ auf.¹²⁰ Sie veranlasste bereits William Shakespeare zu der pathetischen Aussage, Großbritannien sei ein „island built by nature for herself, against infection and the hand of war“.¹²¹ War die Entwicklung des Kontinents durch politische Unruhen, Kriege und Revolutionen gekennzeichnet, so blieb Großbritannien in „1000 Jahren Geschichte“¹²² von keiner fremden Macht besetzt. Innerhalb des Landes erschütterte und schwächte keine Revolution die traditionelle Staatsform der konstitutionellen Monarchie, was vor allem mit Hilfe gezielter und frühzeitiger politischer Maßnahmen wie etwa der großen Wahlrechtsreform von 1832 zur stärkeren Einbindung der Mittelklasse und der Arbeiterschaft verhindert wurde.¹²³

Durch die von anderen Staaten kaum beeinflusste Entwicklung und die Abwendung revolutionärer Bewegungen haben sich Großbritannien und seine „ungeschriebene“

¹¹⁵ „*The United States of Europe*“, in: Saturday Evening Post vom 15. Februar 1930.

¹¹⁶Schmidt 1989: 1.

¹¹⁷Vgl. Williams 1995: 6 und Schwarz 1997: 19.

¹¹⁸Wallace, W. 1992a: 124 und Kimmel 1994: 25.

¹¹⁹Wallace, W. 1992a: 123.

¹²⁰Vgl. Wollenweber 1998: 17 und Denman 1995: 36.

¹²¹Shakespeare, zitiert aus Williams 1995: 6.

¹²²Labour-Führer Hugh Gaitskell, zitiert aus Paterson/Henson 1995: 17 und MacShane 1995: 24.

¹²³Vgl. Lehmkuhl 1995: 296 und „*The case for reform*“, *The Economist* vom 14. Oktober 1995: 28.

Verfassung somit bis heute als „Sonderfall“¹²⁴ innerhalb der europäischen Staaten konserviert.¹²⁵ Die Qualität der demokratischen Institutionen, das stabile und gleichzeitig äußerst flexible Westminster-Modell des ‚Mutterlandes der Demokratie‘ haben entscheidend zur Festigung der britischen Überzeugung eines „british exceptiona-
lism“¹²⁶ und einer „intrinsic superiority of English liberty, democracy and law over their continental counterparts“¹²⁷ beigetragen.

Gefestigt und erweitert wurde dieser britische „Überlegenheitsanspruch, der sich (im 19. Jahrhundert; die Verf.) zu einer Quasi-Ideologie verdichtete“¹²⁸ zusätzlich durch den immensen Vorsprung Großbritanniens auf wirtschaftlichem Gebiet als Seemacht und als Pionier des industriellen Zeitalters. So fasst Smith die monopolartige Zentralstellung des britischen Empires in der Weltwirtschaft bis ins frühe 20. Jahrhundert mit den Worten zusammen:

*„Eine kleine Insel, deren Bevölkerungszahl nur halb so groß war wie die Frankreichs, förderte zwei Drittel aller Kohle in der Welt, produzierte mehr als die Hälfte allen Eisens und Baumwolltuches (...) Großbritannien war der industrielle Schrittmacher der Welt. Auf fast allen Gebieten war es überlegen: im Verkehrswesen, beim Schiffsbau, in der Telegraphie und im Finanzwesen.“*¹²⁹

Europa lag für die Weltmacht England mit ihrer überseeischen, globalen Ausrichtung somit weder im Mittelpunkt ihres Interesses noch stellte es je ein exklusives Politikfeld an sich dar.¹³⁰ Im Gegenteil: Mit Europa verband das britische Empire eine permanente Gefahr, die sich in der historischen Zeitspanne vom katholischen Absolutismus Spaniens bis hin zum sowjetischen Kommunismus zog. Die Weltmacht warf daher insbesondere im 19. und frühen 20. Jahrhundert getreu dem Prinzip der *splendid isolation* ihr Gewicht nur dann in die europäische Waagschale, wenn das Mächtegleichgewicht auf dem Kontinent und damit ein ungestörtes Umsetzen britischer weltweiter Interessen ernsthaft gefährdet waren. Britische Außenpolitik bewegte sich nie in europäischen, sondern grundsätzlich in globalen Dimensionen – ein Gedankengut, das auf der britischen Insel bis heute stark erhalten geblieben ist.¹³¹ Das nationale Interesse des Landes an Europa war über mehrere Jahrhunderte hinweg faktisch ausschließlich darauf ausgerichtet, hegemoniale Bestrebungen eines Kontinentalstaates und damit eine Einigung Europas unter dessen Vorherrschaft durch fein

¹²⁴Kimmel 1994: 24 und Döhring 1997: 10.

¹²⁵Vgl. Schulze Südhoff 1999: 8.

¹²⁶Williams 1995: 5.

¹²⁷Wallace, W. 1991: 70.

¹²⁸Lehmkuhl 1995: 296.

¹²⁹Smith 1996: 72/3.

¹³⁰ Vgl. dazu Schwarz 1997: 7 und Schultendorff 1993: 10.

abgestimmte Paktsysteme zu verhindern.¹³² Während Großbritannien so quasi mit der einen Hand Europa im Gleichgewicht hielt, schuf es sich mit der anderen seine koloniale und maritime Hegemonie, das britische Empire.¹³³

Dieses traditionelle auf das Prinzip der *balance of power* ausgerichtete Mächtesystem endete mit dem Zweiten Weltkrieg, aus dem Großbritannien zwar als Siegermacht hervorging, gleichzeitig aber sein Empire und seinen Weltmachtstatus verlor. Die Transformation der britischen Weltmacht durch die schleichende Auflösung ihres Kolonialreiches und wirtschaftlichen Niedergang zeichnete sich zwar schon Dekaden vor dem Zweiten Weltkrieg ab, doch markierte das Jahr 1945 – der sogenannte „lost victory“¹³⁴ – für die Briten endgültig die schmerzvolle Zäsur, die den linearen Abstieg von der Weltmacht zu einer europäischen Macht manifestierte.¹³⁵

Nach 1945 waren die Prämissen und die Definition britischer Außenpolitik „nicht länger von der ideologisch verfestigten, technologisch und politisch begründeten moralischen Überlegenheit Großbritanniens geprägt, sondern von der prekären Balance zwischen Niedergangserfahrung und zukunftsoptimistischem Machterhaltungsstreben bestimmt.“¹³⁶ Gerade nach 1945 blieben für den Inselstaat die Aufrechterhaltung der globalen Rolle und die „habituelle Nutzung“¹³⁷ der weltweiten Kontakte maßgeblich. „Britische Außenminister, Ernest Bevin nicht weniger als Anthony Eden, dachten in Kategorien globaler Macht und globaler Verantwortung (...)“¹³⁸ – ein Vermächtnis des Imperialismus und des daraus hervorgegangenen „historisch tradierten Selbstbehauptungswillen(s)“¹³⁹ der politischen Elite Großbritanniens. Betonte Außenminister Anthony Eden 1950, dass Großbritannien sich immer für das offene Meer entscheiden werde, wenn es denn zwischen diesem und Europa entscheiden müsse, so reihte sich Labour-Führer Hugh Gaitskell nahtlos in diese globale Denkweise ein, als er 1962 eine einseitige Zuwendung des Vereinigten Königreiches zu Europa als einen Verrat an „tausend Jahren britischer Geschichte“ bezeichnete.¹⁴⁰ Auch Margaret Thatchers Abheben auf die Kontinuität und den besonderen Charak-

¹³¹Schulze Südhoff 1999: 9.

¹³²Vgl. Schulze 1994: 319.

¹³³Vgl. Schulze 1994: 318/319, Schwarz 1997: 19 und Wright 1995: 171-173.

¹³⁴Deighton 1990: 15 und Bulmer 1994: 632. Vgl. zum Decline der britischen Weltmacht vor allem Ebershold 1995: 139-145 und Gamble 1994.

¹³⁵Vgl. dazu vor allem Reynolds 1990, George 1994: 12ff., Hearl 1994: 515, Seldon 1994: 26 und Kaiser 1996: 245.

¹³⁶Ebershold 1995: 140 und Lehmkuhl 1995: 299.

¹³⁷Kaiser 1996: 261.

¹³⁸Wallace, W. 1992a: 142/143.

¹³⁹Lehmkuhl 1995: 299/300.

¹⁴⁰Eden und Gaitskell, zitiert aus Wallace 1992: 124.

ter des 700 Jahre alten Parlaments in ihrer Brügge-Rede 1988 zielte vor allem darauf ab, englische Freiheiten und Traditionen gegenüber dem Kontinent zu betonen und zu behaupten.¹⁴¹ So ist auch die viel beachtete Züricher Rede des konservativen Premierministers Winston Churchill vom September 1946, in der dieser die „Vereinigten Staaten von Europa“ einforderte, keineswegs als progressiver Schritt hin zu einer Europäischen Einigung unter britischer Ägide zu verstehen. Der britische Politiker hob vielmehr auf die Versöhnung Frankreichs und Deutschlands ab, ließ Großbritannien aber bewusst außen vor: Churchills Plan für Europa „war (noch ganz) im Geist der klassischen britischen Balance-of-Power-Politik gedacht, die das unruhige Europa vor den Toren Englands durch Paktsysteme ruhigzustellen suchte, um sich selbst den überseeischen Interessen (...) zu widmen.“¹⁴² Als ehemalige Weltmacht sah sich Großbritannien allenfalls als „Pate“¹⁴³, niemals aber als Partner oder Mitglied einer europäischen Einigung.

Die Dekaden bis zum Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft (EG) waren durch einen entsprechend schweren, langsamen und zögerlichen Anpassungsprozess an die veränderte politische Realität geprägt, den der amerikanische Außenminister Dean Acheson 1961 treffend umschrieb: „Britain had lost an Empire and had not yet found a new role.“¹⁴⁴ Allerdings „gab (es) Ersatzrollen, die Großbritannien Auswege beim Abstieg in die Mittelmäßigkeit boten: das Commonwealth und die *special relationship* mit den USA, die das Königreich zum Juniorpartner in der ‚Anglo-Saxon-World-Order‘ des Kalten Krieges macht(e)“.¹⁴⁵ Die Aufrechterhaltung der tradierten „imperial preferences“¹⁴⁶ durch den freiwilligen und lockeren Bund des *Commonwealth of Nations* war für die Briten maßgeblich, war doch die weltumspannende Handels- und Wirtschaftsgemeinschaft Ausdruck des „Überlebens der Reste des britischen Empires“.¹⁴⁷ Auch wenn das *Commonwealth* im Zuge der fortschreitenden Dekolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg rasch eher den „Confettis de l’Empire“¹⁴⁸ ähnelte und unter seinen Mitgliedern zudem der Gleichheitsgrundsatz galt, verstand sich das Vereinigte Königreich dennoch als Kopf der

¹⁴¹ Thatcher 1988a: D 682.

¹⁴² Schulze 1994: 328.

¹⁴³ Schmidt 1989: 1.

¹⁴⁴ Schwarz 1997: 11. Vgl. dazu auch Kaiser 1996: 213. Er spricht vom „*Mythos Weltmacht*“, der selbst heute noch im britischen Denken verankert und gerade in der Nachkriegsdekade exzessiv gepflegt worden sei.

¹⁴⁵ ebd.

¹⁴⁶ Schultendorff 1993: 16.

¹⁴⁷ Schulze Südhoff 1999: 24.

¹⁴⁸ Ansprenger 1998: 405.

Gemeinschaft. Es vertrat daher die Auffassung, dass es das Recht habe, in internationalen Auseinandersetzungen mit einer lauterer Stimme sprechen zu dürfen.¹⁴⁹ Aus wirtschaftlicher Sicht gab das ökonomische Potenzial der *Commonwealth*-Gemeinschaft den Briten nach 1945 zunächst Recht, an den engen Beziehungen zum ehemaligen Empire auf Kosten einer Anbindung an Europa festzuhalten. Im Zuge der Dekolonialisierung wandten sich jedoch viele *Commonwealth*-Mitglieder zunehmend Nicht-Mitgliedern zu. So knüpften Australien und Neuseeland bereits Anfang der fünfziger Jahre enge wirtschaftliche Kontakte mit den USA. 1970 hatte sich der Anteil des britischen Exports in das *Commonwealth* bereits um die Hälfte reduziert: Nur noch 24,4 Prozent – verglichen mit über 40 Prozent im Jahr 1960 – gingen in die Mitgliedstaaten des *Commonwealth of Nations*.¹⁵⁰ Dennoch wurden die mit dem *Commonwealth* verbundenen „Kith and Kin-Sentiments“¹⁵¹ bis weit in die siebziger Jahre von den britischen Regierungen aufrechterhalten und sind auch heute noch ebenso wie die Idee der *special relationship* Teil der britischen Nationalidentität.

Mehr noch als das *Commonwealth* diente die *special relationship* mit der neuen Supermacht USA in den Dekaden des Ost-West-Konflikts als „politischer Rahmen“, welcher den „würdevollen Rückzug“¹⁵² der Briten von der globalen zur regionalen Macht ermöglichte. Die anglo-amerikanische Sonderbeziehung bot den Briten einen respektablen dritten Rang in der Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Vereinigte Königreich nahm die Rolle des Vermittlers, des atlantischen Managers in der bipolaren Ordnung des Kalten Krieges ein und versuchte so, über die Kooperation mit den USA seine internationale Geltung fortzusetzen. Herzstück dieser Kooperation war eindeutig der gemeinsame Kampf gegen den Kommunismus.¹⁵³

Wirklich speziell, eng und von beiden Seiten ähnlich hoch geschätzt war das amerikanisch-britische Verhältnis indes wohl nur in der Verteidigungszusammenarbeit. Im Vergleich zu den übrigen NATO-Partnern betrieb das britische Königreich als Partner der USA einen an seinen Ressourcen gemessen extrem hohen Aufwand, „indem (es) (...) sich Streitkräfte im verkleinerten amerikanischen Supermacht-Maßstab zulegte (...)“.¹⁵⁴ Letztlich erwies sich gerade dieses „Wettrüsten“ als die „Achillesferse

¹⁴⁹ Vgl. George 1994: 15.

¹⁵⁰ Vgl. Seldon 1994: 31-37.

¹⁵¹ Vgl. Edwards 1993: 208.

¹⁵² Coker 1992: 407.

¹⁵³ Schulze Südhoff 1999: 17. Vgl. auch Dobson 1998: 424.

¹⁵⁴ Schwarz 1997: 23.

der Beziehung¹⁵⁵, da die hohen britischen Verteidigungsausgaben die ökonomische Gesundung Großbritanniens aushöhlten, seinen Niedergang vielmehr beschleunigten und somit den Wert des Inselreiches für die Amerikaner minderten.

Die Perzeptionen und Einschätzungen von Briten und Amerikanern zur Bedeutung des anglo-amerikanischen Beziehungsmusters lagen ohnehin weit auseinander. Das Selbstverständnis der britischen Diplomatie, sie habe entscheidenden Einfluss auf die amerikanische Politik, wurde von den Amerikanern keineswegs geteilt oder honoriert, schließlich waren die USA längst „in Britain’s place“¹⁵⁶ als wirtschaftliche und militärische Supermacht. Die Sonderbeziehung, wenn es sie denn tatsächlich gab¹⁵⁷, war ambivalent, da das Vereinigte Königreich trotz der Realität der wirtschaftlichen und militärischen Abhängigkeit an einer Gleichheit, einer „partnership in leadership“¹⁵⁸ festhielt. Dies war offenkundig eine Fehleinschätzung der britischen Spitzendiplomatie:

„Beyond language, sentiment and nostalgia, the specialness was often rather more apparent in British eyes than in American.“¹⁵⁹

So war Großbritannien nur bei Kongruenz der Interessen wirklich Amerikas „most valued ally“, während der für Großbritannien traumatischen Suez-Krise von 1956 galt das Bündnis hingegen wenig.¹⁶⁰ Die USA sahen Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend als einen Teil Europas und befürworteten daher eine Integration des Vereinigten Königreiches in den europäischen Einigungsprozess. Entsprechend beurteilt Coker die „renewed atlanticist predisposition“ unter Margaret Thatcher in den achtziger Jahren keineswegs als Wiederbelebung der *special relationship*, sondern als von britischer Seite motivierte „sentimental relationship“.¹⁶¹

Die beiden aufgezeigten außenpolitischen Ersatzrollen *Commonwealth* und *special relationship* machen jedoch deutlich, dass die britische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg in ihren wesentlichen Komponenten global und so konzipiert blieb, dass sie sich im Zentrum dreier Interessensphären bewegte, die Churchill 1948 als das

¹⁵⁵ Dobson 1998: 424.

¹⁵⁶ Osterhammel 1993: 46. Vgl. auch Jansen 1992: 256-261 und Gamble 1994: 105-109.

¹⁵⁷ Vgl. zum Streit über die Existenz der *special relationship* Dobson 1998: 420, der die unterschiedlichen Bewertungen zum anglo-amerikanischen Beziehungsmuster seit 1945 einander gegenüber stellt.

¹⁵⁸ Der amerikanische Außenminister Dean Acheson nutzte diesen Begriff, um die Beziehungen zwischen den USA und Großbritannien zu charakterisieren. Vgl. Dobson 1998: 425 und Seldon 1994: 34.

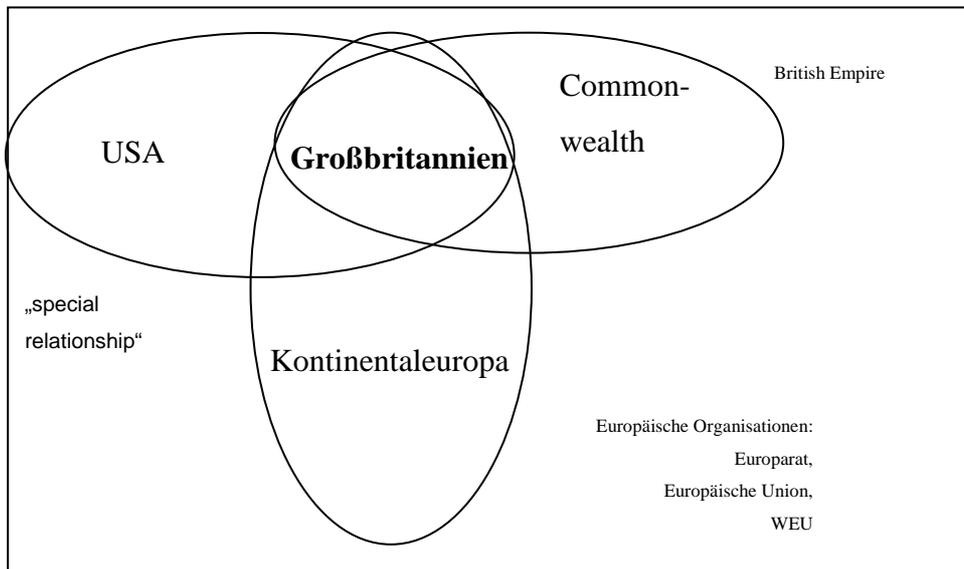
¹⁵⁹ Edwards 1993: 209.

¹⁶⁰ Ebd. Vgl. zudem Osterhammel 1993: 42-55, Johnson 1997: 185/186 und Reynolds 1991: 205.

¹⁶¹ Coker 1992: 408. Vgl. dazu auch Edwards 1993: 210 sowie Williams 1995: 9, die die *special relationship* als „Anachronism“ und nicht mehr existent ansieht.

Konzept der drei Kreise beschrieben hatte: die Vereinigten Staaten, das Commonwealth und Europa.¹⁶²

Abbildung 4: Interessensphären Großbritanniens



Quelle: Pfetsch 1997

Die Reihenfolge der drei Interessensphären war dabei gleichzeitig auch Rangfolge, das Verhältnis zu Europa blieb folglich distanziert. „with Europe“, wie Churchill es umschrieben hatte, bedeutete demnach: Die Briten betrachteten sich durchaus als traditioneller Verbündeter der westeuropäischen Kontinentalstaaten bei der Verteidigung gegen einen gemeinsamen Feind, in diesem Fall den Kommunismus. Das „not of Europe“ des Premierministers stand hingegen für die Ablehnung einer Teilnahme an den Experimenten einer tiefer greifenden Integration, da sie die Gleichbehandlung der drei Kreise Großbritanniens massiv stören würde.¹⁶³

„Although Britain played an active part in all the European initiatives, she clearly saw her own role elsewhere, in a much wider context. Yes, Britain was in Europe but not only in Europe. She was a major World power (...) To think of Britain as just a western European nation would have been to belittle her national and international status.“¹⁶⁴

Tatsächlich zeigt Großbritannien, wie Schwarz treffend feststellt, bis heute ein an seinen Ressourcen gemessen auffallend hohes Profil auf der weltpolitischen Bühne: Es ist als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges ständiges Mitglied im Sicherheitsrat

¹⁶² Vgl. zur Kreistheorie Churchills vor allem George 1994: 14/15 und 23, Schultzendorff 1993: 11-15, Kaiser 1996: 212, White 1992: 9/10, Schwarz 1997: 20-22 und Schmidt 1995: 202-217.

¹⁶³ Edwards 1993: 208.

¹⁶⁴ Jowell/Hoinville 1976: 6. Vgl. dazu auch George 1994: 22/23.

der Vereinten Nationen, Mitglied der G7/G8 und der NATO, Nuklear- und Militärmacht, deren Streitkräfte auch außerhalb Europas operieren, Mitglied im *Commonwealth of Nations* mit Sitz des Sekretariats in London, Mitglied der Europäischen Union und durch die Londoner City zudem Zentrum des internationalen Devisen- und Kapitalmarktes – „insgesamt also ein in der internationalen Politik beachtliches „Portefeuille“, das Her Majesty’s Government zu verwalten und im Dienst englischer Interessen zu gestalten hat.“¹⁶⁵ Es erscheint somit plausibel, dass Großbritannien noch immer große Probleme hat, seine Restbestände imperialer Weltgeltung in die Europäische Union zu integrieren. Ein politischer Konsens über Europa als notwendige Ergänzung oder sogar mögliche Alternative zum Vereinigten Königreich fehlt bis heute. „What is the right sort of Europe?“¹⁶⁶ ist die zentrale Frage, die sich die Briten mit Blick auf ihren Staat stellen. Im Gegensatz zu Frankreich hat die britische Politik bis zum Regierungswechsel durch *New Labour* 1997 nicht den Ehrgeiz entwickelt, Motor und Führungsmacht des europäischen Einigungswerkes zu werden, sie war allerdings auch nicht bereit, Frankreich und Deutschland als europäische Führungsmächte zu akzeptieren.¹⁶⁷

3.1.2 Institutionell-verfassungsrechtliche Überlegungen

Britische Vorbehalte gegenüber einem sich stetig vertiefenden europäischen Einigungsprozess sind eng mit der Sorge um die Bewahrung der nationalen und parlamentarischen Souveränität verknüpft. Als Attribute nationaler Identität perzipieren die Briten vorrangig ihr vergangenes Empire, die geopolitische Insellage, das ‚Mutterland der Demokratie‘, englisches Freihändlertum und englische Freiheiten sowie das vorherrschende „semi-feudale Staatsgebilde“ der repräsentativen Monarchie mit der gesamten Bandbreite seiner historisch-nationalen Symbolik.¹⁶⁸

William Wallace definiert die *british nationhood* und die nationale Identität der Briten als wesentliche Elemente, die die internationalen Beziehungen Großbritanniens prägen und determinieren.¹⁶⁹ Die *british nationhood* und die nationale Identität begründen demnach die Unterscheidung und Unterscheidbarkeit zwischen der nationalen Gemeinschaft und anderen Akteuren des internationalen Systems, mehr noch, sie

¹⁶⁵Vgl. Schwarz 1997: 20/21 Hurd 1991: Rede Parteikonferenz: 12 und LP 2001: 39.

¹⁶⁶ Vgl. Major 1994.

¹⁶⁷ Vgl. Schwarz 1997: 21.

¹⁶⁸ Schwarz 1997: 27.

¹⁶⁹Vgl. Wallace, W. 1991: 66 und Gamble 1994: 509.

legitimieren die Handlungsweise der Regierung durch den Hinweis auf die Verteidigung des „nationalen Interesses“.¹⁷⁰

Je mehr die Staaten im 19. Jahrhundert die Leistungsanforderungen an ihre Bürger – Steuern, Beiträge zur nationalen Wirtschaft und zum Militärdienst – erhöhten, umso mehr verstärkten sie auch die Symbole des Nationalstaates und den Mythos einer nationalen Solidarität. Nationale Souveränität markierte nun die Grenze zwischen Innen- und Außenpolitik und verband Nation und Staat, so dass die Bevölkerung für nationale Interessen und Ziele mobilisiert werden konnte.¹⁷¹ Die Erfahrungen aus zwei Weltkriegen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, die die Grenzen staatlicher Souveränität und vor allem die Gefahr eines Abdriftens nationaler Symbolik in einen übertriebenen aggressiven Nationalismus aufgezeigt hatten, führte bei den besetzten und besiegten Staaten Kontinentaleuropas zu einer Abwertung des Nationalstaates und einer damit verbundenen Neudefinierung der Basis von *nationhood*. Nicht so in Großbritannien, das eine Ausnahme in diesem Prozess darstellt.¹⁷²

Überwog auf dem Kontinent nach 1945 die Auffassung, dass das Konzept des Nationalstaates gescheitert sei und ein neuer, verstärkt integrativ-länderübergreifender Ansatz auf europäischer Ebene gefunden werden müsse, wie ihn schließlich die Entstehung der EG in den fünfziger Jahren bot, so zeichnete sich das unbesiegte britische Königreich durch einen unabdingbaren „faith in the sovereign and independent state as the basic unit of political organisation“¹⁷³ aus. Diese Überzeugung von der Unabhängigkeit, Effizienz und Eigenständigkeit des Nationalstaates wurde in Großbritannien trotz der zunehmenden Internationalisierung vieler Politikbereiche und der weitreichenden Interdependenz, die die staatliche Souveränität mehr und mehr aufweicht, nicht in Frage gestellt.¹⁷⁴

Einer engen – nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen – Integration Europas stand die britische politische Elite daher stets eher skeptisch gegenüber:

„(...) Governments led by both major parties were reluctant to participate in new forms of European integration that seemed to challenge national sovereignty. The nation state was still an object of pride.“¹⁷⁵

Unter dem Eindruck des Luxemburger Kompromisses von 1966 und abweichend von den tatsächlichen Bestimmungen der Europäischen Verträge präsentierte die

¹⁷⁰Zum Konzept des nationalen Interesses vgl. vor allem Wollenweber 1998.

¹⁷¹Vgl. Schulze 1994: 338/339 und Wallace, W. 1991: 66-69.

¹⁷²Wallace, W. 1991: 67.

¹⁷³White 1992: 14. Vgl. dazu auch Schwarz 1997: 27 sowie zum Gegensatz 'kontinentales Europa versus Großbritannien' auch Hearl 1994: 516/517 und Schulze 1994: 329.

¹⁷⁴Vgl. Wallace, W. 1991: 67.

britische Regierung bei ihrem Beitritt 1973 die EG gegenüber der britischen Öffentlichkeit daher als eine Organisation, die keine Bedrohung für die nationale und insbesondere die parlamentarische Souveränität ihres Landes darstellte.¹⁷⁶ Sie tat dies vor allem vor dem Hintergrund des besonders gelagerten britischen Verfassungsrechts, das keine Teilungsmöglichkeiten der Souveränität vorsieht.¹⁷⁷

Verfassungsrechtlich ist das britische Parlament der einzige legale Souverän. Seine Souveränität ist unteilbar, so dass es jedes Gesetz mit einfacher Mehrheit beschließen, ändern oder abschaffen kann.¹⁷⁸ Neben ihm existiert keine andere eigenständige Staatsgewalt oder Verfassungsinstitution wie sie beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland von den Bundesländern und ihrem Verfassungsorgan, dem Bundesrat ausgeht. Die höchstrichterliche Funktion wird in Großbritannien mangels kodifizierter Verfassung nicht von einem autonomen Verfassungsgericht wahrgenommen, sondern verbleibt im *House of Lords*, also in der politischen Sphäre. Sie wird dort von den so genannten *Law Lords* wahrgenommen.

Auch die Verankerung einer *Bill of Rights*, eines Grundrechte-Katalogs, fehlt im britischen Verfassungsgefüge.¹⁷⁹ Zwar wird die *Bill of Rights* aus dem Jahr 1689 oftmals als wesentlicher Pfeiler der britischen Verfassung zitiert, sie sichert jedoch die Rechte des Parlaments und nicht etwa die der britischen Bürger, da sie die in der *Glorious Revolution* erstrittenen Freiheitsrechte ausschließlich dem Parlament zuweist.¹⁸⁰ Traditionalisten in Großbritannien argumentieren zugunsten eines weiteren Verzichts einer *Bill of Rights* gerne, dass englische Freiheiten und Rechte besser durch das Parlament und das über Jahrhunderte entstandene *Common Law* als durch eine abstrakte Auflistung bürgerlicher Rechte geschützt würden.¹⁸¹ Dagegen spricht jedoch schon alleine die negative Bilanz, die Großbritannien vor dem Europäischen

¹⁷⁵Bulmer 1994: 633.

¹⁷⁶ So hieß es im Weißbuch der konservativen Heath-Regierung: „*The Community is no federation (...). There will be no question of eroding any national sovereignty.*“ Vgl. Command Paper 4751 vom 7. Juli 1971, in Auszügen abgedruckt in: Europa-Archiv 15/1971: D357/358.

¹⁷⁷ Vgl. Jowell/Hoinville 1976: 57 und Bulmer 1994: 634.

¹⁷⁸Vgl. „*Why Britain needs a Bill of Rights*“, in: *The Economist* vom 21. Oktober 1995: 44.

¹⁷⁹Vgl. zur Besonderheit der britischen Verfassung Schauer 1997: 8, Howe 1990: 676/77, Schwarz 1997: 28 und Kimmel 1994: 23-51 sowie vor allem die *Economist*-Serie vom Oktober 1995, deren Artikel „*Britain's Constitution*“, „*Why Britain needs a Bill of Rights*“ und „*The Democratic Deficit*“ den nach Meinung der Verfasser unzufriedenstellenden Zustand der britischen Demokratie beleuchteten und hinterfragten. Die Autoren plädierten für eine stärkere Annäherung an die kontinental-europäischen Verfassungen.

¹⁸⁰Vgl. Sturm 1997: 236.

¹⁸¹Vgl. „*Why Britain needs a Bill of Rights*“, in: *The Economist* vom 21. Oktober 1995: 44 und Kimmel 1994: 29.

Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg aufzuweisen hat.¹⁸² Erst unter Premierminister Tony Blair wurde angedacht und für die erste Legislaturperiode der Labour-Regierung angestrebt, die Europäische Menschenrechtskonvention in nationales Recht zu übertragen.

Die alleinige Souveränität des britischen Parlaments fußt im Übrigen auf dem relativen Mehrheitswahlrecht, das nicht die Mehrheit der Wähler, sondern die Mehrheit der Wahlkreisgewinne einer Partei repräsentiert. In einer Art „Hebeleffekt“ bewirkt es die Multiplikation der nur relativen Mehrheit der gültigen Stimmen in eine absolute Gesetzmehrheit des Unterhauses. Diese Struktur des britischen Wahlrechts hat Konsequenzen für den Parteienwettbewerb. Parteien mit einer breiten Unterstützung, aber wenigen Hochburgen, werden deutlich benachteiligt, da durch das sogenannte *First Past the Post*-System in fast allen Wahlkreisen die für sie abgegebenen Stimmen unberücksichtigt bleiben.¹⁸³ Dieser „Verstärkereffekt“¹⁸⁴ für große Parteien, namentlich die Konservativen und die Labour Partei, wird in Großbritannien im Wesentlichen akzeptiert, da er für stabile und effiziente Regierungen sorgt.¹⁸⁵ De facto ist die britische Parlamentssoveränität durch die Herausbildung der Parteiendemokratie längst zu einem Synonym für die Souveränität der Regierung mit Hilfe ihrer Parlamentsmehrheit geworden:

*„Die Demokratie wurde in Großbritannien auf eine traditionelle Staatsform aufgepfropft, deshalb blieb die Rechenschaftspflicht gering, während Verschwiegenheit und Machtbefugnis der Exekutive groß sind. Das Parlament ist zwar noch immer die zentrale Institution im Staat, die die Macht legitimiert, es hat aber nur noch wenig Anteil an der Gesetzgebung.“*¹⁸⁶

Die eigentliche Macht und Souveränität liegt allein bei der Exekutive, die aufgrund der fehlenden geregelten Gewaltenteilung ohne eine formale Einschränkung ihrer Macht und ohne Gegengewichte agiert. Lobte Walter Bagehot diese Verschränkung von exekutiver und legislativer Funktion 1867 als „efficient secret“ der britischen Verfassung, so stufte Lord Hailsham die Macht der Zentralregierung im britischen Regierungssystem in den siebziger Jahren hingegen als „elective dictatorship“ ein.¹⁸⁷

¹⁸²Vgl. Marr 1995 und „*Why Britain needs a Bill of Rights*“, in: The Economist vom 21. Oktober 1995: 44. Großbritannien hat rund die Hälfte aller von britischen Staatsbürgern gestellten Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verloren. Mitte der neunziger Jahre wies das Vereinigte Königreich, damals noch nicht Unterzeichner der Menschenrechtskonvention, eine im Vergleich zu den 35 Unterzeichner-Staaten der Konvention sehr schlechte Bilanz auf.

¹⁸³Vgl. „*The case for reform*“, in: The Economist vom 14. Oktober 1995: 27 und „*Democratic deficit*“, in: The Economist vom 28. Oktober 1995: 47 und Jesse 1994: 185.

¹⁸⁴Jesse 1994: 178.

¹⁸⁵Vgl. „*Democratic deficit*“, in: The Economist vom 28. Oktober 1995: 46 und Jesse 1994: 185.

¹⁸⁶Gamble 1994a: 514.

¹⁸⁷„*The case for reform*“, in: The Economist vom 14. Oktober 1995: 27 und 28.

Ganz von der Hand zu weisen ist diese Charakterisierung nicht, zumal die Exekutive „als Handlungsbevollmächtigte der Krone auch internationale Verträge schließen und Kriege erklären (kann), ohne das Parlament zu fragen“.¹⁸⁸

Die unangefochtene Souveränität des Westminster-Parlaments bzw. der britischen Regierung wirkt sich weitreichend auf die britische Europapolitik aus. Bedingt durch seine uneingeschränkte Autorität könnte das britische Parlament jederzeit den *European Communities Act* von 1972, der den Beitritt des *United Kingdom* zur EG regelt und durch den die Europäische Gesetzgebung Eingang in das britische nationale Recht gefunden hat, durch einen neuen *Act of Parliament* ändern oder widerrufen. Solange das Unterhaus diese Möglichkeit allerdings nicht in Anspruch nimmt, erhalten die Verordnungen und Richtlinien der EU ohne die Zustimmung des britischen Parlaments im Vereinigten Königreich Gesetzeskraft. „Dies stellt einen tiefen Einschnitt in der britischen Verfassungsgeschichte dar. England hat anders als alle anderen Nationen in Europa (...) nie eine Phase der Volkssouveränität oder der republikanischen Demokratie erlebt. Souveränität ist mithin nicht in der Verfassung (,die es gar nicht gibt) verankert, sondern im Unterhaus.“¹⁸⁹

Im kontinentalen Europa entwickelte sich Souveränität dagegen meist durch die Monarchien und war untrennbar mit wirtschaftlichen wie sozialen Aspekten verbunden. Sie war konzipiert als die Souveränität der Nation, nicht als die Souveränität einer Institution wie in Großbritannien. Souveränität war auf dem Kontinent somit leichter teilbar:

„Diese unterschiedlichen Konzeptionen von Souveränität wirken sich bis heute in der Frage der europäischen Integration aus. Wo Enoch Powell und Tony Benn die Souveränität des Parlamentes als Garant politischer Freiheit in Großbritannien verteidigen, verteidigen Jacques Delors oder Ralf Dahrendorf die kollektive Souveränität der Regierungen der EG, um die politische Kontrolle aller Kräfte, die die Nationen Europas beeinträchtigen, zu wahren.“¹⁹⁰

Eine „funktionale Mehr-Ebenen-Sichtweise der Kontrolle über Staatsausgaben“ und damit die Möglichkeit der Aufspaltung parlamentarischer Kontrollaufgaben würde in Großbritannien somit eine Neudefinition von Souveränität und „(...) demokratischer Kontinuität durch eine nach europäischem Vorbild geschriebene Verfassung erfordern. (...) Solange dies nicht geschieht, bleibt die Gretchenfrage, welcher Ebene der

¹⁸⁸ Schwarz 1997: 29.

¹⁸⁹ Schultze 1993: 83. Vgl. zum Bruch mit der Verfassungstradition auch Wallace, W. 1992a: 125.

¹⁹⁰ Fischer 1996: 15. Vgl. auch Clarke 1992: 6 und Dahrendorf 1982: 28.

Willensbildung – der europäischen oder der britischen – im Konfliktfall in bestimmten Fragen höhere Legitimität zukommt“.¹⁹¹

Die Bedenken britischer Parlamentarier gegen eine weitere Vertiefung der europäischen Integration haben somit auf verfassungsrechtlicher Ebene eine plausible Begründung. Die Übertragung von britischen Hoheitsrechten auf supranationale Institutionen ist für das britische Parlament gleichbedeutend mit einer Erosion seiner formalen legislativen Macht.¹⁹² „(...) Sollte sich das britische Unterhaus (...) nach einem Europäischen Parlament mit erweiterten Kompetenzen richten müssen, dann würde die zentrale Doktrin der britischen Demokratie, die Oberhoheit des Parlamentes, (zunehmend) negiert.“¹⁹³

Jeder Akt der Souveränitätsbeschränkung, wie sie beispielsweise die Einheitliche Europäische Akte sowie die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza nach sich ziehen, wird daher im britischen Parlament sorgfältig ge- und überprüft, oft sogar Punkt für Punkt abgewogen und diskutiert. Das *European Legislation Committee* der britischen Regierung wurde 1990 eigens dazu eingerichtet, sämtliche EU-Verordnungen genauestens zu sichten, ehe sie in nationales Recht übernommen werden.

Aufgrund der weitreichenden Beschneidung britischer Parlaments- und damit Regierungsmacht durch die EU-Gesetzgebung tendieren britische Parlamentarier eher dazu, die Kooperation souveräner Staaten als Gestaltungs- und Arbeitsprinzip für die EU zu befürworten.

Letztlich umfasst der streng überwachte britische Souveränitätsanspruch aber nur die politische Dimension des Staates, wohingegen in der kontinentalen Konzeption der Volkssouveränität auch die ökonomische und soziale Dimension erfasst wird. So lässt es sich auch erklären, dass insbesondere konservative Regierungen in Großbritannien mit dem Bereich der europäischen Wirtschaftspolitik lediglich dann Schwierigkeiten haben, wenn EU-Beschlüsse protektionistische Maßnahmen einleiten und damit der freihändlerischen Wirtschaftsideologie der Partei zuwiderlaufen.¹⁹⁴

3.2 *Konstanten britischer Europapolitik*

Großbritanniens Haltung zur europäischen Integration und sein Beitrag zum europäischen Einigungswerk weisen grundsätzliche Unterschiede zu denen der kontinental-

¹⁹¹ Sturm 1992: 257.

¹⁹²Vgl. Hearl 1994: 526.

¹⁹³ Schultendorff 1993: 84.

europäischen Partner auf. Die oben aufgezeigten Prämissen und Bestimmungsfaktoren „finden ihren Niederschlag in konkreten Inhalten britischer Europapolitik“¹⁹⁵, so dass sich seit dem Beitritt 1973 wichtige Konstanten herausgebildet haben¹⁹⁶:

REAKTION

Britische Europapolitik ist insgesamt eher durch Reaktion denn Aktion, eher durch Bremsen denn Schritt machen gekennzeichnet, was insbesondere auch mit dem späten Beitritt der Briten im Jahr 1973 zusammenhängt. Zu diesem Zeitpunkt war die politische und ökonomische Agenda durch die sechs Gründerstaaten bereits gesetzt. Die von britischen Regierungen verfolgten Ziele waren überwiegend dergestalt, „Schaden für den eigenen Staat einzudämmen“, indem sie auf Vorschläge der Kontinentaleuropäer und EG/EU-Vorgaben mit Kritik reagierten bzw. vehement Reformen bestehender Politikfelder, vor allem der Gemeinsamen Agrarpolitik, einforderten.¹⁹⁷

Die Einwände Großbritanniens trugen oftmals durchaus Züge konstruktiver Kritik. So wären die Agrarreform und die Hinwendung zu einer strikten Haushaltsdisziplin Anfang/Mitte der achtziger Jahre ohne das hartnäckige Engagement der Briten kaum verwirklicht worden. Auch sollte nicht übersehen werden, dass so mancher britischer Protest – zumindest inoffiziell – von anderen EG/EU-Partnern durchaus befürwortet wurde. Wollenweber urteilt daher treffend, wenn er konstatiert, dass „die britische Rolle des Mahners und Kritikers zwar häufig unbequem (war), aber vielleicht fast ebenso wichtig wie die eines Motors der europäischen Einigung“¹⁹⁸ – eine Rolle, die im wesentlichen Frankreich und Deutschland zugesprochen wurde.

INTERGOUVERNEMENTALISMUS

Die Befürwortung eines intergouvernementalen Rahmens für die EU und damit einer Kooperation souveräner Staaten war und ist wesentliches Leitschema aller britischen Regierungen – von Harold Wilson über James Callaghan, Margaret Thatcher und John Major bis hin zu Tony Blair. Die von den Briten bevorzugte zwischenstaatliche Zusammenarbeit innerhalb der EU spiegelt sich in allen maßgeblichen Positionspapieren der britischen Regierungen wider. Entsprechend antwortete auch Premierminister Blair in einer Rede vor der polnischen Börse in Warschau im Oktober 2000 auf

¹⁹⁴ Vgl. Schwarz 1997: 29, Clarke 1992: 6 und Edwards 1993: 211.

¹⁹⁵ Wollenweber 1998: 21. Vgl. auch Volle 1994: 383, Lynch 1997: 13-23 und Smith 1992: 155-170.

¹⁹⁶ Die hier angeführten Konstanten britischer Europapolitik gehen auf die Systematik Angelika Volles zurück. Vgl. Volle 1994: 383-386, Volle 1998: 459-463 und Volle 2000: 1-2.

¹⁹⁷ Vgl. Edwards 1993: 212.

die vom deutschen Außenminister Joschka Fischer und Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac geäußerten Entwürfe zur Weiterentwicklung der Union mit einer entschiedenen Absage an eine weitere supranationale Ausgestaltung. Dabei bildete der Begriff der „Kooperation“ den zentralen Kern seiner Ausführungen. Blair nannte ein „pooling of sovereignty“, „nicht aber eine supranationale europäische Entscheidungsebene“.¹⁹⁹ Europa sei ein „Europe of free, independent sovereign nations (...). A superpower, but not a superstate“.²⁰⁰

PRAGMATISMUS & PRAXISORIENTIERUNG

Den Briten sind visionäre Bekenntnisse deutscher und französischer Prägung hinsichtlich eines „grand design“²⁰¹ für Europa eher fremd. Fordern die kontinentaleuropäischen Mitgliedstaaten Bekenntnisse zur Vertiefung der Integration, so reagieren die Briten in der Regel mit Skepsis und Zögern und sind nicht bereit, ohne genaue Kenntnis der Entwicklung, ohne handfeste Daten und Fakten unmittelbar mitzumischen. Nicht die Idee, sondern das praxisorientierte Detail steht für britische Regierungen im Fokus ihrer Betrachtung. Entsprechend beklagte Margaret Thatcher in regelmäßigen Abständen, dass ihre europäischen Partner in einem visionären „cloud cuckoo land“²⁰² lebten. Die dazu konträre Rolle Großbritanniens als Pragmatiker umschrieb der ehemalige Außenminister Douglas Hurd dagegen treffend mit den Worten: „We are the carpenters, the craftsmen of Europe, not the architects.“²⁰³

BEGRIFFSVERSTÄNDNIS

Entsprechend tun sich die Briten mit Konzepten zu einer weiteren Ausgestaltung und möglichen Finalität der EU schwer. Dies hängt eng damit zusammen, dass „Begriffe wie (...) nationale Souveränität, Zentralismus, Föderalismus, Union (oder Unity) (...) im englischen Sprachgebrauch einen anderen „Beigeschmack“ (haben) als im französischen oder im deutschen“.²⁰⁴ Verbinden Deutsche, Franzosen oder Italiener mit dem Begriff des Föderalismus eine dezentrale Organisationsstruktur, so ist er für die Briten gleichbedeutend mit einem Bundesstaat mit zentraler politischer Führung. Die Abneigung britischer Regierungen gegen einen europäischen *federalism* mit dem

¹⁹⁸ Wollenweber 1998: 21.

¹⁹⁹ Volle 2000: 1.

²⁰⁰ Ebd. und Volle 2000: 6.

²⁰¹ Volle 1998: 460.

²⁰² Thatcher, zitiert aus The Times vom 29. Oktober 1990.

²⁰³ Hurd, zitiert aus Financial Times vom 5. Juni 1995: 3.

²⁰⁴ Volle 1998: 463.

Zentrum Brüssel ist seit ihrem Beitritt 1973 konstant geblieben.²⁰⁵ Dies macht vor allem John Majors Einschreiten bei den Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag deutlich, bei denen er die für die Präambel geplante Formulierung „A Union with a federal goal“ streichen und durch den Ausdruck „ever closer union“ ersetzen ließ.²⁰⁶ Der von den Briten favorisierte Begriff der „Union“ markiert im Gegensatz zum kontinentaleuropäischen Verständnis eine lockere Verbindung auf intergouvernementaler Ebene, wohingegen „Unity“ die Konzeption einer föderalen Einheit bedeutet. Die britischen Assoziationen der genannten Begriffe spiegeln sich vor allem in Großbritanniens Bestreben, das Subsidiaritätsprinzip während der Maastricht-Verhandlungen zu einem elementaren Gestaltungsprinzip der EU zu machen. Dies wurde von den Kontinentaleuropäern begrüßt, ist Subsidiarität doch ein wesentliches Merkmal ihres Föderalismusverständnisses. Für die Briten hingegen ist Subsidiarität damit verknüpft, dass möglichst viele Entscheidungen auf der nationalen Ebene verbleiben und somit einer Aushöhlung der Kompetenzen des britischen Parlaments vorgebeugt wird. Die subnationale Ebene des Subsidiaritätsprinzips wird im Zentralstaat Großbritannien dagegen ausgeklammert.²⁰⁷

SOUVERÄNITÄT

Nationale Souveränität wird in Großbritannien einer europäischen Verflechtung und Integration vorgezogen, was vor allem mit dem Versuch, „die Kontrolle über die EU-Politik im eigenen Land zu behalten“ zusammenhängt.²⁰⁸ So sprachen sich die Regierungen des Vereinigten Königreiches im Hinblick auf das besonders für die neunziger Jahre charakteristische Entwicklungstriptychon „Vollendung – Vertiefung – Erweiterung“ in konstanter Fortführung der Politik kooperierender Nationalstaaten immer für eine schnelle Erweiterung der Gemeinschaft um die EFTA- und Visegrad-Staaten sowie weitere Beitrittskandidaten aus. Gerade die Erweiterung der Gemeinschaft wird als Möglichkeit gesehen, engere politische Strukturen zu verhindern und den Vertiefungsprozess zu verwässern. Während der britischen Ratspräsidentschaften 1992 und 1998 wurden entsprechend Prioritäten zugunsten der Erweiterung der EU gesetzt.²⁰⁹

²⁰⁵ Wollenweber 1998: 24.

²⁰⁶ Vgl. Wincott 1996: 403, Pfetsch 1997: 66, Ware 1996: 250 sowie Otto Nass, zitiert aus: FAZ vom 30. Dezember 1997: 9.

²⁰⁷ Scott/Peterson/Millar 1994: 61.

²⁰⁸ Wollenweber 1998: 23.

²⁰⁹ Vgl. unter anderem Wessels/Lippert 1993: 444, Meier-Walser 1994: 15, Meier-Walser 1994a: 98 und Volle 1992: 183.

WIRTSCHAFTLICHE INTEGRATION

Eine weitere Konstante britischer Europapolitik ist, dass Großbritanniens Mitgliedschaft in der EG/EU in erster Linie durch damit verbundene wirtschaftliche Vorteile, nicht aber durch politischen Integrationswillen motiviert ist. „Handel, wirtschaftlicher Wettbewerb, freies Unternehmertum waren und sind die wichtigsten Ziele, die britische Regierungen mit der europäischen Einigung seit jeher verbunden haben.“²¹⁰

Dies macht vor allem das Binnenmarkt-Projekt Mitte der achtziger Jahre deutlich, für das sich die Briten wie für kein zweites EG-Projekt begeisterten und an dessen Gesetzgebung sie durch ihren konservativen EG-Kommissar Lord Cockfield entscheidend mitwirkten. Für die Initiierung des Binnenmarktes nahm Premierministerin Thatcher die politische Tragweite der Einheitlichen Europäischen Akte in Kauf, „verlangte der Binnenmarkt doch eine konsequente Umsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze, die gerade Margaret Thatcher mit ihrem Kabinett zu einem Markenzeichen der konservativen Regierungspolitik seit 1979 gemacht hatte.“²¹¹ Deregulierung und Liberalisierung waren und sind die Schlüsselbegriffe, die das britische Verständnis für das ‚Projekt Binnenmarkt‘ prägen, durch sie sollen die Marktkräfte freigesetzt und mit Hilfe europäischer Standards der Wettbewerb noch intensiviert werden, so dass die Unternehmen noch effizienter arbeiten müssen.²¹² Auch Labour-Premierminister Tony Blair machte während seiner Amtszeit immer wieder deutlich, dass „die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und die wirtschaftliche Aspekte für seine Politik Vorrang haben.“²¹³

WELTMACHTSTATUS

Globale Aspirationen blieben in den Nachkriegsdekaden immer ein wesentlicher Bestandteil britischer Außen- und Europapolitik. Das Vereinigte Königreich wollte nicht nur Teil der EG/EU sein, sondern vielmehr durch diese ihre einstige internationale Bedeutung zurückgewinnen. Dies zeigt vor allem das große Engagement der Briten zur Weiterentwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)

²¹⁰ Volle 1998: 461. Siehe auch die Ausführungen der ehemaligen Staatsministerin im Foreign Office, Linda Chalker zur den britischen Interessen an der EG. Vgl. Chalker 1988: 356.

²¹¹ Schultze 1993: 272/273.

²¹² Vgl. Moravcsik 1991: 31/32.

²¹³ Volle 1998: 461.

ab Mitte der siebziger Jahre.²¹⁴ Gerade in der konservativen Partei, aber auch in den Reihen Labours, gab es die so genannten „surrogate imperialists“²¹⁵, die die Mitgliedschaft in der EG nicht nur mit wirtschaftlichen Vorteilen begründeten, sondern sie auch als Möglichkeit sahen, über die EG/EU den Weltmachtstatus wieder zu erlangen. Das Inselreich sucht bis heute eine weitere außenpolitische Rolle, obwohl seine Außenpolitik inzwischen längst „europeanized“²¹⁶ ist. Bis weit in die neunziger Jahre herrschte noch immer eine Kluft zwischen Empire-Rhetorik und eher europäischem Handeln. Eine Redefinition nationaler Identität, die mit Europa verbunden ist, ist in Großbritannien noch immer nicht abgeschlossen, sondern höchstens ansatzweise eingeleitet.²¹⁷

Britische Regierungen waren daher kaum bereit, einen deutsch-französischen Führungsanspruch anzuerkennen, sie forderten ihn vielmehr für sich selbst ein.²¹⁸ Mahnte schon Labour-Premier Harold Wilson 1967 den deutschen Außenminister Willy Brandt in geheimen Gesprächen: „Willy, you must get us in so we can take the lead (...)“²¹⁹, so hat Premierminister Blair diesen Anspruch auf einen vorderen Platz in der EU seit seinem Amtsantritt 1997 wiederholt aufgegriffen. Er forderte für die zukünftige Ausgestaltung der Gemeinschaft eine trianguläre Führungsspitze, bestehend aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland, um ein Gegengewicht zum deutsch-französischen Verhältnis zu schaffen.²²⁰ Entsprechend konstatierte er im April 1997, noch vor seiner Wahl zum Premierminister: „Britain should be (...) the leading power in Europe or holding the balance of power in Europe“.²²¹

²¹⁴ Vor allem der konservative Außenminister Lord Carrington zeigte sich sehr entschlossen, die europäische Solidarität im Bereich einer enger gefaßten Außen- und Sicherheitspolitik zu festigen. Vgl. Conservative Party, *The Conservative Manifesto 1979*: 30 und Young, J. 1993: 137.

²¹⁵ Edwards 1993: 209.

²¹⁶ Edwards 1993: 223.

²¹⁷ Vgl. Wallace, W. 1991: 68/69.

²¹⁸ Vgl. Schwarz 1997: 21.

²¹⁹ Wilson, zitiert aus Childs 1995: 191.

²²⁰ Vgl. Volle 1998: 462.

²²¹ Blair, in: *Time Magazine* vom 28. April 1997.

4 Die Entstehung der EU: Der Maastrichter Vertrag

4.1 *A Major Change of Direction? – Europapolitik unter John Major*

4.1.1 **Thatchers Erbe - Voraussetzung für Majors europapolitischen Ansatz**

Im Vereinigten Königreich galt die Konservative Partei bis in die späten achtziger Jahre hinein stets als die pro-europäische Partei des britischen Unterhauses, die eine Zusammenarbeit mit den kontinentaleuropäischen Partnern befürwortete und förderte.²²² Nigel Lawson, Schatzkanzler der konservativen Regierung während der achtziger Jahre, schrieb entsprechend in seinen Memoiren:

„Es waren die Konservativen unter Harold Macmillan, die sich erstmals um die Aufnahme in die EG bewarben, die Konservativen unter Edward Heath, die Großbritanniens Beitritt sicherten, und die Konservativen unter Margaret Thatcher, die das Problem der budgetären Ungerechtigkeit lösten und dadurch Großbritanniens Position in der Gemeinschaft untermauerten. (...) Es war die Konservative Partei, die immer als die Party of Europe galt.“²²³

Premierministerin Margaret Thatcher führte Mitte der achtziger Jahre in der Tat eine in ihrem europapolitischen Kurs geschlossene Partei. Sie verkörperte mit ihrem klaren Bekenntnis zur britischen Mitgliedschaft in der EG bei gleichzeitiger harscher Kritik an der Budget- und Agrarpolitik den *mainstream* der parlamentarischen CP. Ihre europapolitische Haltung stimmte mit der großen Mehrheit der pro-europäischen Konföderalisten ihrer Parlamentarier überein.²²⁴ Die europapolitische Kernfrage lautete für die konservative Regierung und weite Teile ihrer Partei ab Mitte der achtziger Jahre daher nicht „Europa – ja oder nein?“, sondern vielmehr „Welches Europa?“.

Die britische konservative Regierung begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Weiterentwicklung der EG durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) und ratifizierte diese sehr zügig mit fast allen Stimmen der konservativen Abgeordneten im britischen Unterhaus. Dies hing vorrangig mit dem in der EEA festgeschriebenen Projekt eines Europäischen Binnenmarktes zusammen. Mit ihm stand zum ersten Mal ein Projekt auf der europäischen Agenda, dessen Realisierung von

²²² Vgl. Shipley 1995: 62.

²²³ Lawson 1993: 922 (Übersetzung der Verfasserin).

²²⁴ Der Begriff der Konföderalisten geht auf eine Studie Nigel Ashfords zurück, der Anfang der achtziger Jahre vier verschiedene europapolitische Gruppen innerhalb der parlamentarischen CP unterschied: die Mehrheit der Konföderalisten, die Föderalisten um den ehemaligen Premierminister Edward Heath, die inaktiven Sympathisanten, die aus einer Art „*common-sense Europeanism*“ heraus den Kurs der Thatcher-Regierung stützten und schließlich die sehr gut organisierte Minderheit der

nahezu allen Teilen der CP vorbehaltlos und mit aller Kraft unterstützt wurde. Für die Premierministerin selbst stellte es das Herzstück ihrer Europapolitik dar. Gerade die britischen Konservativen „hatten sich immer als Speerspitze der Bemühungen zur Vollendung des Binnenmarktes verstanden“, da er große Parallelen zur konservativen Wirtschaftspolitik aufwies: Zum einen versprach der Binnenmarkt gerade für die Briten enorme wirtschaftliche Vorteile. Ohne ihn, so die nüchterne Einschätzung der Staatsministerin im Foreign Office (FO), Linda Chalker, versage man sich dem wichtigsten Vorteil der EG-Mitgliedschaft.²²⁵ Zum anderen „verlangte der Binnenmarkt eine konsequente Umsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze, die gerade Margaret Thatcher mit ihrem Kabinett zu einem Markenzeichen konservativer Regierungspolitik seit 1979 gemacht hatte.“²²⁶ Christopher Prout, der Fraktionsführer der Konservativen im Europäischen Parlament, nannte den Binnenmarkt daher „Conservatism on a European scale“²²⁷, Lord Young sprach schlicht von der „Thatcherization of Europe“.²²⁸

Diese Einschätzungen unterstreichen deutlich die europapolitischen Prioritäten der britischen Konservativen: So wie Thatcher in der Innenpolitik die Grenzen des Staates zugunsten einer freien Wirtschaft sukzessive abbaute, so sollten auch auf der europäischen Ebene durch Deregulierung und Freihandel die Marktkräfte freigesetzt und mit Hilfe europäischer Standards der Wettbewerb intensiviert werden. Nicht der Terminus der „wirtschaftlichen Integration“, sondern die eigenen programmatischen Schlüsselbegriffe „Liberalisierung“ und „Deregulierung“ waren es, die das Verständnis der Konservativen Partei für das Projekt des Binnenmarktes prägten.²²⁹

Vor allem im Zuge des Binnenmarkt-Projektes Mitte der achtziger Jahre betrieb die CP daher eine konstruktive Europapolitik, gestaltete die Agenda der EG energisch mit und setzte diese zügig um.²³⁰ Mit den durch die EEA festgeschriebenen institutionellen Veränderungen zur Stärkung der EG-Organe tat sich die britische Regierung indes schwer. Die Einschätzung, dass das vom britischen EG-Kommissar Arthur Cockfield maßgeblich mitgestaltete Binnenmarktprogramm einer effizienteren Entscheidungsstruktur der EG bedurfte, teilten die britische konservative Regierung und

EG-Gegner. Die Konföderalisten waren überwiegend Thatcheristen, die sich für eine konstruktive Mitarbeit in der EG auf der Grundlage des Europas der Nationalstaaten einsetzten. Vgl. Ashford 1983.

²²⁵ Vgl. CP 1988: 356 und Schultendorff 1993: 272.

²²⁶ Schultendorff 1993: 272/273. Vgl. Wallace, H. 1988/89: 364.

²²⁷ Prout, zitiert aus Fischer 1996: 20.

²²⁸ CP 1988: 354.

²²⁹ Vgl. Moravcsik 1991: 31/32.

²³⁰ Vgl. Woyke 1998: 351, White 1992: 26, Wallace, H. 1988: 157, dies. 1988/89: 368 und Rasmussen 1997: 117.

weite Teile der CP nicht. Wie der langjährige Schatzkanzler und Außenminister Geoffrey Howe später betonte, hätte die Regierung der EEA noch weit mehr Aufmerksamkeit schenken müssen.²³¹ Die meisten Abgeordneten der CP hatten die Tragweite der institutionellen Veränderungen bei der Ratifizierung der Akte im Unterhaus nicht erkannt, da sie zu sehr auf den Binnenmarkt konzentriert waren. In der Öffentlichkeit wurde zudem weder von Politikern noch von der Presse der Eindruck erweckt, dass es sich bei dem Vertragswerk der EEA um einen zentralen Schritt hin zu einer politischen Gemeinschaft handelte. Den weiteren politischen Schritten zur Europäischen Union konnten sowohl die britische Öffentlichkeit als auch viele parlamentarische Hinterbänkler der CP daher nur unter Schwierigkeiten folgen, zumal die Akte von der konservativen Regierung in erster Linie als notwendige Voraussetzung zur Schaffung des Binnenmarktes präsentiert worden war.²³² Die institutionellen Veränderungen der Akte machten es Großbritannien jedoch zunehmend schwerer, sich als nationale Regierung innerhalb der Gemeinschaft zu behaupten, denn die Schaffung des Binnenmarktes entfaltete eine von Margaret Thatcher nicht beabsichtigte politische Eigendynamik, „die fast zwangsläufig (gemeinsame Währung, Sozial-Charta, Recht und innere Sicherheit) (...) in Richtung Maastricht führte.“²³³

4.1.1.1 Konservative Streitpunkte: Sozialcharta, Wechselkursmechanismus und Wirtschafts- und Währungsunion

Die durch die Einheitliche Europäische Akte manifestierte und beschleunigte Dynamik des Europäischen Integrationsprozesses führte im Verlauf der späten achtziger Jahre verbunden mit innenpolitischen Problemstellungen zu massiven Divergenzen und einer beginnenden europapolitischen Fragmentierung in der britischen Konservativen Partei, die sich in den neunziger Jahren unter der Führung John Majors noch weiter intensivieren sollte. Dabei bildeten zwei europapolitische Themenkomplexe den Kern der britischkonservativen Diskussion: die Sozialcharta als Grundstein einer sozialen Dimension des Binnenmarktes und das Europäische Währungssystem mit seinem Wechselkursmechanismus (EWKM), das die Basis für die avisierte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) darstellte.²³⁴ Beide Themen waren für die CP doppelt schwierig, denn „beide stell(t)en eine Herausforderung für wohlbehütete

²³¹ Vgl. Young, H. 1998: 335-337.

²³² Vgl. Volle 1994: 390, Gilmour/Garnett 1998: 334, Pilkington 1995: 42 und Wallace, H. 1985/86: 380.

²³³ Schwarz 1997: 26. Vgl. auch Reynolds 1990: 269.

Schwerpunkte des Wahlprogramms der Konservativen und für die Grundsätze der Thatcher-Strategie dar; beide (schienen) die so sorgsam gehütete verbleibende Souveränität in vermeintlichen Schlüsselbereichen der Innenpolitik zu bedrohen.²³⁵

Im Gegensatz zum Konflikt über den Beitritt des Pfundes zum Wechselkursmechanismus, bei dem vorrangig die Bewahrung der nationalen Souveränität zur Disposition stand, rief die Sozialcharta innerhalb der Konservativen Partei aus rein wirtschaftspolitischer Überzeugung blanke Ablehnung hervor. Die Charta war wie kaum ein anderes europapolitisches Thema geeignet, um die Emotionen und Stereotype der britischen Konservativen gegen die EG zu schüren, da nicht nur Thatchers liberale, von Deregulierung geprägte Binnenmarkt-Vision durch eine mögliche Sozialcharta angetastet wurde, sondern „auch das Schreckgespenst der Gewerkschaften wieder auf der Tagesordnung zu erscheinen (drohte), deren Zerschlagung im Minenarbeiterstreik 1984/85 Thatcher als einen ihrer größten Regierungserfolge (angesehen hatte).“²³⁶

Im Mai 1989 legte die Europäische Kommission ihren Entwurf für eine Europäische Sozialcharta vor, deren minimale Bestimmungen im Bereich der Berufsausbildung, Arbeit und sozialen Sicherheit Großbritannien größtenteils einfach hätte erfüllen können. Mit ihrer kontinentalen Vorstellung eines sozialen Marktes, in dem die Auswirkungen des Kapitalismus durch staatliche Interventionen und soziale Reformen gedämpft werden, stellte die Charta aber einen Gegenentwurf zu Thatchers Wirtschaftsphilosophie dar. Es waren daher weniger die einzelnen Details der Sozialcharta als vielmehr ihre Symbolik, die zur strikten konservativen Absage führte: Die Sozialcharta stand für ein sozialdemokratisches und interventionistisches EG-Modell; die Entwicklung der EG war keine *Thatcherization of Europe* mehr.

Der Streit um die europäische Sozialcharta war ein interparteilicher und programmatisch ausgerichteter Streit zwischen den Konservativen auf der einen und der Labour Partei und den Liberaldemokraten auf der anderen Seite. Der zunehmende Konflikt um einen britischen Beitritt zum Europäischen Wechselkursmechanismus und die Haltung zur Wirtschafts- und Währungsunion insgesamt spielte sich hingegen vorwiegend auf der innerparteilichen Ebene der CP ab. Wechselkursmechanismus und Währungsunion wurden zum Kristallisationspunkt für Thatchers zunehmende Schwierigkeiten innerhalb der eigenen Partei, denen sie sich vor allem nach dem

²³⁴ Vgl. Gilmour/Garnett 1998: 339, Fischer 1996: 21-23 und Schultendorff 1993: 277/78.

²³⁵ Wallace, H. 1989/90: 365.

²³⁶ Fischer 1996: 26.

Hannover-Gipfel des Europäischen Rates im Juni 1988 ausgesetzt sah. Die fortlaufende Abwesenheit des britischen Pfundes vom EWKM bis Oktober 1990 untermauerte nicht nur Großbritanniens Ruf, in der Gemeinschaft ein „halb abgewandter“ Partner zu sein, sondern schürte auch die stärker werdenden Kontroversen innerhalb der Partei über die grundsätzliche Entwicklung der EG nach der EEA.²³⁷ Auch wenn sich die anti-inflationäre Ausrichtung des Europäischen Währungssystems durchaus mit der wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption des Thatcherismus deckte, sprachen nach Auffassung der britischen Regierung sowohl wirtschaftspolitische als auch ein politische Gründe gegen einen Beitritt des Pfundes zum Wechselkursmechanismus zum jetzigen Zeitpunkt.²³⁸ Nach Ansicht der konservativen Regierung hatte der EWKM nur einen sehr begrenzten Einfluss auf eine fortschreitende und langfristige Konvergenz zwischen den Wirtschaftspolitiken der EG-Partner, so dass konträr orientierte Wirtschaftspolitiken anderer Mitgliedstaaten einen negativen Effekt auf Großbritannien haben könnten. Zudem stufte die Thatcher-Regierung das britische Pfund als Öl-Währung ein, die anderen Einflüssen als die Währungen der nicht Öl produzierenden Länder unterlag und sich somit antizyklisch zu den anderen EG-Währungen verhielt. Darüber hinaus war Premierministerin Thatcher aber auch viel zur sehr Realpolitikerin und Pragmatikerin, als dass sie im Rahmen der monetären EWKM-Disziplin auf das effektive Mittel verzichtet hätte, durch eine Zinssenkung vor der nächsten Wahl eine rechtzeitige Konjunkturbelebung zu entfachen, was sie noch 1987 tat. Der wichtigste Grund für das Hinausschieben des WKM-Beitritts war indes, dass sich die konservative Regierung in der nationalen Wirtschafts- und Währungspolitik ein maximales Maß an Handlungsfreiheit erhalten wollte. Thatcher zählte zu „den überzeugten Verfechtern der klassischen Rolle des Staates als der zentralen Ebene von Regierung und Politik. Hierin (sah) (...) sie sich in völliger Übereinstimmung mit General de Gaulle und seiner Formel vom ‘Europa der Vaterländer’.“²³⁹ Entsprechend betonte die Premierministerin: „Eine Wirtschafts- und Währungsunion (...) – also der Verlust des Rechts, eine eigene Währung herauszugeben, Zustimmung zu einer europäischen Einheitswährung und einer einheitlichen Zentralbank sowie zu gemeinsamen Zinssätzen – ist das Ende der wirtschaftlichen

²³⁷ George 1992: 55.

²³⁸ Vgl. zum Stellenwert der Inflationsbekämpfung CP 1984: 121-123 und Schultendorff 1993: 279/280.

²³⁹ Wallace, H. 1988/89: 365.

Unabhängigkeit eines Landes und führt folglich zu einer zunehmenden Bedeutungslosigkeit seiner parlamentarischen Demokratie.“²⁴⁰

In ihrer Ablehnung der WWU befand Thatcher sich in großem Einklang mit ihrer Partei. Ihre Ablehnung eines EWKM-Beitritts Großbritanniens hingegen, den sie als einen ersten irreversiblen Schritt zu einer Wirtschafts- und Währungsunion einstufte, stieß in der CP hingegen auf ein geteiltes Echo. Der Großteil der britischen Wirtschafts- und Finanzwelt, die *Bank of England*, aber auch die Mehrheit ihres eigenen konservativen Kabinetts sprachen sich im Verlauf der späten achtziger Jahre für die Eingliederung des Pfundes in den Europäischen Wechselkursmechanismus aus. Die Möglichkeit einer vollen britischen Beteiligung gewann gerade im Zuge des Binnenmarkt-Projektes mehr Ansehen auf der Insel; es bestand ein wachsendes Interesse an einer erweiterten Verwendung des ECU.²⁴¹ Thatchers Ablehnung einer Eingliederung des britischen Pfundes in den EWKM führte indes nicht nur zu Spannungen in ihrem eigenen Kabinett, sondern auch zu der ironischen Situation, dass die britische Premierministerin zur vereinigenden Kraft der EG wurde – einer Einheit gegen das Vereinigte Königreich.²⁴² Am 6. Oktober, vier Wochen vor Thatchers Rücktritt, trat Großbritannien auf Geheiß des neuen Schatzkanzlers John Major schließlich dem EWKM bei.²⁴³

4.1.1.2 Die parlamentarische CP nach der EEA: Beginn der Fragmentierung

Auf die zweite Hälfte der achtziger Jahre und die Entwicklung der konservativen Europapolitik zurückblickend unterstreicht der ehemalige Schatzkanzler Nigel Lawson in seinen politischen Memoiren, dass „das Jahr 1985 in vielerlei Hinsicht eine Wasserscheide war: In diesem Jahr entstanden alle Elemente, die Margaret Thatchers Sturz fünf Jahre später bewirkten. Europa gehörte definitiv dazu.“²⁴⁴ Zwischen 1984 und 1989/90 vollzogen sich massive Veränderungen im europapolitischen Meinungsspektrum der konservativen parlamentarischen Fraktion, die sowohl auf die

²⁴⁰ Thatcher 1993: 952.

²⁴¹ Vgl. Stephens 1997: 79/80, Wallace, H. 1985/86: 383, Wallace, H. 1987/88: 413, Wallace, H. 1988: 165, Derbyshire/Derbyshire 1990: 210, Thatcher 1993: 954 und Young, J. 1993: 137. Gemäß einer MORI-Umfrage sprachen sich im Juni 1989 93 Prozent der britischen Spitzenunternehmer für einen Beitritt zum Europäischen Wechselkursmechanismus aus.

²⁴² Vgl. Lawson 1993: 889.

²⁴³ Vgl. Volle 1992: 178, Volle 1994: 392, Shipley 1995: 77, Gilmour/Garnett 1998: 350 und Fischer 1996: 25. Das britische Pfund Sterling trat dem EWKM bei einer Parität 1£ = 2,95 DM und einer Bandbreite von sechs Prozent bei. Stephens moniert, dass der Zeitpunkt ob der hohen Inflation schlecht gewählt worden sei. Vgl. Stephens 1997: 151.

²⁴⁴ Lawson 1993: 888 (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. auch Morris 1996: 131-133.

Streitthemen Sozialcharta und Währungsunion als auch auf die dadurch bedingten personellen Querelen und Umbildungen im Kabinett Thatcher zurückzuführen sind.²⁴⁵

Die Partei war während der ersten Hälfte der Dekade in „ruhigeres Fahrwasser“ gelangt, da Thatcher die große Mehrheit der europapolitischen Konföderalisten an sich und ihre Politik hatte binden können. Nach Thatchers vielzitierte Grundsatz-Rede vor dem Europa-Kolleg in Brügge am 20. September 1988 flammte der alte europapolitische Dissens in der CP jedoch erneut auf. Innerparteiliche Konflikte der CP über die EG und ihre Weiterentwicklung lösten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre den interparteilichen Konflikt mit der Labour Party endgültig ab.

Margaret Thatchers so genannte Brügge-Rede gilt heute als die wichtigste Rede, die sie als Premierministerin über die Zukunft der EG gehalten hat – und das nicht nur wegen ihres kristallklaren ideologischen Tons. Vielmehr legte die britische konservative Premierministerin in dieser Rede ihre grundsätzlichen politischen Interessen an der EG in aller Deutlichkeit offen. Als prägnante Leitsätze ihrer Europa-Vision nannte Thatcher in Brügge eine Kooperation unabhängiger Nationalstaaten, eine pragmatische problemorientierte Europapolitik, Freihandel und Anti-Protektionismus sowie weiterhin eine vorrangig durch die NATO garantierte Verteidigung Europas.²⁴⁶ Thatcher vertrat für die Zukunft der EG eine handlungsorientierte und vom gaullistischen Europaansatz des Europa der Vaterländer tief durchdrungene Vision.²⁴⁷ In ihrer Rede griff die Premierministerin konservative Ängste vor föderalistischen Entwicklungstendenzen der Gemeinschaft, die in Großbritannien immer als zentralistische Bestrebungen gewertet werden, auf. Gleichzeitig verteidigte sie spezifische programmatische Aspekte des Thatcherismus, der die nationale Souveränität mit einer freihändlerischen Wirtschaftsphilosophie verband.²⁴⁸ Die Premierministerin legte den Euro-Skeptikern und EG-Gegnern ihrer Partei mit ihrer Rede ein europapolitisches Manifest vor und polarisierte damit die CP:

„Im Rückblick scheint die Brügge-Rede ein Wendepunkt gewesen zu sein, da der immer ausfallendere Ton der Premierministerin in europäischen Fragen sich auf die Partei selbst auszuwirken begann. Es wurde einfacher für die in jüngster Zeit ruhig gewordenen Europa-Gegner, ihr Haupt wieder zu erheben;

²⁴⁵ Insbesondere die Kabinettsumbildung nach dem Madrid-Gipfel 1989, durch die Thatcher versuchte, auch weiterhin die konservative Europapolitik zu dominieren, rief Kritik innerhalb der CP hervor. Geoffrey Howe verlor seinen Außenministerposten, Euro-Skeptiker wie Thatchers Vertrauter Nicholas Ridley, aber auch John Redwood und Francis Maude rückten in die Kabinettsreihen. Dadurch wurde der innerparteiliche Streit über die Europapolitik allerdings nicht beigelegt.

²⁴⁶ Vgl. Thatcher 1988a: D682-D687.

²⁴⁷ Vgl. Evans 1997: 85, George 1994: 194/195 und Wallace, H. 1988/89: 362.

²⁴⁸ Vgl. Young, J. 1993: 156.

*latente Spaltungen in der Partei brachen erneut auf. Andererseits blieben viele Konservative, vermutlich die Mehrheit der parlamentarischen Partei, weiterhin zuverlässige Europäer. Viele von ihnen waren entsetzt über die Wende der Ereignisse.*²⁴⁹

Je stärker die Frage nach der Entwicklung und Finalität der EG im Zuge der EEA den Kern der konservativen Diskussion bildete, desto mehr Auftrieb erhielten die Euro-Skeptiker und EG-Gegner, die sich mit der in Brügge dargelegten europapolitischen Haltung ihrer Premierministerin identifizieren konnten. Zudem drifteten viele Thatcher-treue europolitische Konföderalisten aufgrund der strikten Opposition der Premierministerin zur Europäischen Währungsunion in das Lager der Euro-Skeptiker und EG-Gegner ab.²⁵⁰

Der Premierministerin fiel in der europapolitischen Debatte ihrer Partei eine Schlüsselrolle zu, zumal ihre Dominanz und Durchsetzungsfähigkeit bei der Bestimmung der politischen Richtlinien ganz entscheidend von der Loyalität ihrer Abgeordneten abhing. Dennoch steuerte Thatcher in den späten achtziger Jahren ohne große Rücksicht auf ihr eigenes Kabinett und ihre Parlamentsfraktion einen kompromisslosen euro-skeptischen Kurs. Resultat dieser Politik, die sich insbesondere in einem ausführlichen Interview mit der BBC 1988, in der Brügge-Rede und in ihren Äußerungen nach dem Europäischen Sondergipfel in Rom 1990 spiegelte, war die Isolation Großbritanniens innerhalb der Gemeinschaft und die Polarisierung ihrer eigenen Parlamentsfraktion.²⁵¹ Entscheidend für die stärker werdenden Friktionen innerhalb der CP war dabei, dass Thatcher, vor allem durch den offen mit Außenminister Howe und Schatzkanzler Lawson ausgetragenen Streit über den Beitritt des Pfundes zum Europäischen Wechselkursmechanismus vor dem Europäischen Gipfel in Madrid 1989, den Mehrheitsblock der europapolitischen Konföderalisten aufbrach:

*„Pragmatiker, die sich weiterhin für eine konföderalistische Entwicklung der EG einsetzten, aber einen kooperativen europapolitischen Kurs innen- und außenpolitisch für erfolgversprechender hielten, begannen sich nun von ihrer Führerin zu distanzieren. Sie gaben hierdurch der Mehrheit der konservativen Parlamentarier, die keinen festen Standort in der Europadebatte hatten und in der Vergangenheit der Führung stets loyal gefolgt waren, ein Signal, die eigene Position zu(r) (Parteiführerin) (...) aus Gründen der Parteiräson zu überdenken.“*²⁵²

²⁴⁹ Hearl 1994: 524. Vgl. Shipley 1995: 73.

²⁵⁰ Vgl. Sowemimo 1996: 83.

²⁵¹ Vgl. Thatcher 1988: D454-D457, Thatcher 1988a: D682-D687 und Thatcher 1993: 1051-1062.

²⁵² George 1994: 206/207 (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. auch Schultendorff 1993: 308 und Sowemimo 1996: 81.

Die Pragmatiker, meist überzeugte Thatcher-Anhänger, saßen vor allem im Kabinett selbst: Geoffrey Howe, Nigel Lawson, Douglas Hurd, John Major und Kenneth Clarke kämpften während der dritten Amtsperiode Thatchers mit unterschiedlichen Mitteln für eine konstruktivere Europapolitik ihrer Premierministerin.²⁵³

Ebenso wie die europapolitischen Föderalisten um Edward Heath, vertraten die Pragmatiker den Ansatz, dass Großbritannien den Europäischen Integrationsprozess nicht mehr aufhalten könne und nun zwischen einem „Mitbestimmen in allen Bereichen“ oder aber einem „Zurückbleiben auf ganzer Linie“ wählen müsse.²⁵⁴ Der zentrale Streitpunkt, der die Thatcher-Anhänger innerhalb des konföderalen Blocks in die so genannten Thatcher-Pragmatiker und die dem unbedingten Souveränitätsanspruch ihrer Premierministerin folgenden Thatcher-Nationalen aufspaltete, war der monetaristische Aspekt der Europäischen Integration.²⁵⁵ Der Europäische Wechselkursmechanismus und die WWU wurden in den späten achtziger Jahren zum Symbol für die Spaltung des konservativen Kabinetts.

Von den Desintegrationstendenzen im Lager der Konföderalisten profitierten ab 1988 die beiden Minderheiten der CP: die europapolitischen Förderalisten und die Gruppe der harten Euro-Skeptiker und EG-Gegner um Sir Teddy Taylor. Letztere hatten bereits die EEA abgelehnt. Die zahlenmäßig kleine Gruppe der Föderalisten erhielt mehr Spielraum, da viele konföderale Thatcher-Pragmatiker stärker in ihre Nähe rückten. Zudem profitierten sie vom Charisma ihres Wortführers Michael Heseltine.²⁵⁶ Die Föderalisten kritisierten nach der Brügge-Rede vor allem die gleichgültige Haltung der Premierministerin gegenüber den Realitäten der Interdependenz. Eine effektive staatliche Souveränität konnte ihrer Meinung nach nicht durch Abschottung, sondern nur durch eine aktive Zusammenarbeit in Europa in möglichst vielen Politikbereichen – auch in der Währungspolitik – bewahrt werden.²⁵⁷ Als einen kleinen Erfolg konnte diese Gruppe schließlich für sich verbuchen, dass Großbritannien im Jahr 1990 dem EWKM beitrug.

Ebenso wie die Föderalisten erhöhten auch die Euro-Skeptiker und EG-Gegner gezielt ihren Wirkungsgrad innerhalb von Parlamentsfraktion und Partei. Thatchers Brügge-Rede führte zur Gründung der konservativen Brügge-Gruppe, einer ganz auf die Europapolitik ausgerichteten, so genannten *single issue*-Gruppe innerhalb der

²⁵³ Eine genaue Analyse zu Thatchers Kabinett ab 1987 liefert Stephens 1997: 80-99.

²⁵⁴ Schultendorff 1993: 295. Vgl. auch die Rücktrittsrede Geoffreys Howes: „*I can no longer serve your government with honour*“, in: The Times vom 2. November 1990: 2.

²⁵⁵ Vgl. Sowemimo 1996: 82/83.

²⁵⁶ Vgl. Fischer 1996: 33 und Reynolds 1990: 272.

parlamentarischen CP. Im Gegensatz zu der kleinen Gruppe der EG-Gegner lehnte die Brügge-Gruppe die EG nicht rundheraus ab, sie identifizierte sich vielmehr mit Thatchers Vision eines Europa der Nationalstaaten und machte sie zum Grundstein ihrer Europapolitik.²⁵⁸ Die nahezu ausschließlich von Thatcher-Nationalen gegründete Brügge-Gruppe gewann schnell bedeutenden Einfluss innerhalb der Parlamentsfraktion, vor allem bei den konservativen Hinterbänkern: 130 Abgeordnete traten der Gruppe bei. Durch ihre Aktivitäten machte die Brügge-Gruppe die Meinungsverschiedenheiten zwischen den konservativen Konföderalisten für die Öffentlichkeit transparent.²⁵⁹ Der große Einfluss der Thatcher-Nationalen auf die stark souveränitätsorientierte Kampagne der Partei zu den Europawahlen 1989 hatte wiederum die Gründung einer neuen Subgruppe innerhalb der CP zur Folge. Neben den traditionellen pro-europäischen Gruppen wie der *Conservative Group for Europe (CGFE)* mit ihrem parlamentarischen Arm, der *Jubilee Group*, der *Tory Reform Group* und dem informellen *Blue-Chip*-Kreis um John und Chris Patten stärkte ab 1989 die aus Konföderalisten und Föderalisten entstehende *Positive Europe Group* das Lager der Pro-Europäer.²⁶⁰

Die beiden neuen parlamentarischen Gruppen – Brügge und *Positive Europe* – waren der stärkste Indikator für die unter Thatcher entstandenen Zentrifugalkräfte und die europapolitische Lagerbildung in der CP. Die jeweiligen Gruppen der Euro-Skeptiker und EG-Gegner sowie der Pro-Europäer machten sich dabei innerhalb ihres eigenen Lagers keine Konkurrenz, da sich ihre Anhängerschaft in weiten Teilen überlappte und die programmatische Ausrichtung sich höchstens in Nuancen unterschied. Der europapolitische Graben innerhalb der Partei trennte aber erstmals die Thatcher-Anhänger innerhalb des ehemals homogenen konföderalistischen Blocks. John Major trat somit 1990 kein leichtes Erbe an. Zwar waren die europapolitischen Subgruppen noch nicht zum „organisierenden Mechanismus der konservativen Europadebatte“ geworden, aber der Grundstein dazu war bereits Ende der achtziger Jahre gelegt.²⁶¹

²⁵⁷ Vgl. Heseltine 1989: 70-90, Heath 1988: 203, aber auch Howe 1994: 701.

²⁵⁸ Vgl. Young, H. 1998: 423 und No Turning Back Group 1989: 4-27. In ihrem Pamphlet sprachen sich die Thatcheristen für eine Entwicklung der Gemeinschaft nach dem Brügge-Weg aus: Freihandel, aber keine Politische Union; Wettbewerb der Währungen, aber keine Einheitswährung; keine weitere Ergänzung der Europäischen Verträge und die Erhaltung der Letztentscheidung des Rates.

²⁵⁹ Vgl. Reynolds 1990: 272 und Wallace, H. 1989/90: 368.

²⁶⁰ Vgl. Pilkington 1995: 217/218. Vgl. zur neuen Subgruppe Derbyshire/Derbyshire 1990: 216.

²⁶¹ Young, H. 1998: 416.

4.1.1.3 *Wechsel von Thatcher zu Major: Neue Substanz in der Europapolitik?*

Dem an Geschwindigkeit gewinnenden Europäischen Integrationsprozess hatten Premierministerin Thatcher und weite Teile der CP Ende der achtziger Jahre konzeptionslos und auch unvorbereitet gegenübergestanden. Andere Staaten und deren Repräsentanten, besonders die deutsch-französische Achse, hatten die Agenda gesetzt, während Großbritannien an der Peripherie verharrte und eine eher hemmende als konstruktive Rolle einnahm. Thatcher hatte es nicht vermocht, eine „eigene Wunschliste für die Verfassungsreform der EG“ zu entwickeln.²⁶² Vielmehr hatte sie nur diejenigen Aspekte präzise auf den Punkt gebracht, die sie nicht wollte. Hierzu zählten die WWU, die soziale Dimension des Binnenmarktes und Schritte in Richtung einer Politischen Union.

Die für die britische Europapolitik prägnanteste Frage nach der Thatcher-Ära war somit, „ob ein neuer britischer Premierminister sowohl neue Substanz als auch einen neuen Stil in die britische EG-Politik einbringen würde.“²⁶³ Mit großer Erleichterung nahmen die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union Ende 1990 die ungewohnt entgegenkommenden und von einem positiven Europaansatz geprägten Stellungnahmen des neuen britischen Premierministers John Major zur Kenntnis. Dieser unterstrich während seines Antrittsbesuchs in Bonn die aktive Rolle Großbritanniens in der Gemeinschaft und versprach, sich auf den beiden anstehenden Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union engagiert und konstruktiv einbringen zu wollen.²⁶⁴ Nicht nur für die kontinentalen Partner in der EU, auch für weite Teile der konservativen Partei selbst, galt Major als der große Hoffnungsträger der Post-Thatcher-Ära.²⁶⁵ Zunächst blieb jedoch offen, ob die Wahl Majors zum Parteiführer und damit zum Premierminister tatsächlich eine Neuverortung der britischen Europapolitik bedeutete oder ob sich die Veränderungen letztlich doch nur auf einen Wechsel des Verhandlungsstils beschränkten, wie schon bald vermutet wurde.²⁶⁶

Hilfreich für die europapolitische Einordnung John Majors ist eine Betrachtung der Umstände, die zu seiner Wahl zum Parteiführer im November 1990 führten. Die CP hatte Margaret Thatcher insbesondere wegen ihres doktrinären Führungsstils, der

²⁶² Fischer 1996: 17. Vgl. Young, J. 1993: 160.

²⁶³ Wallace, H. 1991/92: 369.

²⁶⁴ Vgl. Major 1991: 12. Vgl. auch „Major stresses positive policy towards Europe“, in: Financial Times vom 30. November 1990 und Stuart 1998: 283.

²⁶⁵ Vgl. Maier-Walser 1994a: 96.

²⁶⁶ Vgl. Allen 1990: 172.

umstrittenen *poll tax* und ihrer Europapolitik die weitere Unterstützung versagt.²⁶⁷ Obwohl die Europäische Integration zum wichtigsten ideologischen Streitpunkt in der Konservativen Partei geworden war, versuchten die drei um die Thatcher-Nachfolge konkurrierenden Kandidaten Michael Heseltine, Douglas Hurd und John Major jedoch, sie nicht zum Kernthema der parteiinternen Wahlkampf-Agenda werden zu lassen. Keiner der Kandidaten wollte Spannungen in der Partei auslösen. Rein taktisch betrachtet waren mit der Ablehnung der *poll tax* zudem mehr Stimmen zu gewinnen als mit einem beherzten Eintreten für die EG.²⁶⁸ Die ausgeprägte pro-europäische Gesinnung Michael Heseltines, aber auch des in seiner Europapolitik stark durch Edward Heath geprägten Konföderalisten Douglas Hurd, war indes in der Partei nur allzu bekannt. Sie spielte somit zumindest unterschwellig eine wichtige Rolle bei der Wahl, die letztlich Schatzkanzler John Major zugute kam. Trotz seines Eintretens für den Beitritt des Pfundes zum WKM im Oktober 1990 galt dieser innerhalb der Konservativen Partei als eine europapolitisch unbekannte Größe und – mindestens ebenso wichtig – als ein Mann ohne nennenswerte Feinde innerhalb der Partei: „In der Thatcher-Ära der Überzeugungspolitiker blieb (...) (Major) ein Mann mit wenigen Überzeugungen, ein Chamäleon. (Der spätere Schatzkanzler) Kenneth Clarke, bezeichnete es einmal als Majors Talent, ‘bei jedem den Eindruck zu hinterlassen, dass er auf seiner Seite stünde’.“²⁶⁹ Major wurde von allen Fraktionen der CP als ein Mann der Mitte eingestuft – ohne ideologische Eigenschaften, aber mit hohen taktischen Fähigkeiten.²⁷⁰ Er schien ein geeigneter Kandidat zu sein, um das Image der CP als in der Europapolitik zutiefst zerstrittene Partei zu bereinigen und einen Sieg bei den nächsten Parlamentswahlen herbeizuführen. Galt der diplomatische und erfahrene Douglas Hurd als der beste Premierminister und der charismatische durchsetzungsstarke Michael Heseltine als der am besten geeignete Parteiführer, so war John Majors wichtigstes Pfund, dass er der absolute Wunschkandidat Thatchers war – für ihre nach wie vor zahlreichen Anhänger das wichtigste Auswahlkriterium.²⁷¹ Douglas Hurd sah in dem Signal der ehemaligen Premierministerin an die Thatcher-Nationalen, dass Major einer der ihren sei, bereits den Grundstein für die späteren europapolitischen Spaltungsprobleme in der parlamentarischen CP gelegt, da Major

²⁶⁷ Vgl. Clark 1998: 485.

²⁶⁸ Vgl. Cowley/Garry 1998: 494-496 und Fischer 1996: 43.

²⁶⁹ „Mann ohne Feinde, ohne Freunde“, in: Die Zeit vom 25. April 1997. Vgl. ebenso Gilmour/Garnett 1998: 351 und Schwarz 1997: 43.

²⁷⁰ Vgl. Young, H. 1998: 422.

²⁷¹ Vgl. Thatcher 1993: 1192, Lamont 1999: 27, Clark 1998: 487 und Cowley/Garry 1998: 479.

letztlich mit dem „Brügge-Ticket“ gewählt wurde.²⁷² Nach Einschätzung Andersons war Major zudem Thatchers „Stop Heseltine“-Kandidat.²⁷³ Während die Wahl Heseltines oder Hurds eine Neuorientierung in der konservativen Europapolitik bedeutet hätte, „war diese durch die Entscheidung für Major im besten Fall nicht eindeutig.“²⁷⁴ Major wurde zum Nachfolger Thatchers bestimmt, weil er weder als zu europhil noch als zu europhob galt. Was er seiner Partei vorrangig bieten sollte, war ein politischer und stilistischer Wechsel bei gleichzeitiger Konsolidierung der wichtigsten programmatischen Errungenschaften der Thatcher-Ära. In der Europapolitik waren das Binnenmarkt, Freihandel, Deregulierung, Wettbewerb sowie eine zwischenstaatliche Kooperation, besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik. Das sollte sich allerdings als unerreichbare Anforderung herausstellen, obwohl John Major während seiner ersten Regierungsphase als Premierminister und Parteivorsitzender recht erfolgreich war. Er mühte sich vorrangig, die Einheit der Partei wiederherzustellen, alle europapolitischen Gruppen einzubinden und ein ausgewogenes Kabinett zu stellen, in dem mit Douglas Hurd und Kenneth Clark bedeutende Pro-Europäer einen immensen Gestaltungsraum erhielten.²⁷⁵ Als guter Netzwerker füllte Major die Rolle des Parteimanagers anfangs überzeugend aus.²⁷⁶

In der Europapolitik versuchte der neue Premierminister seine Erkenntnisse aus der Thatcherzeit für eine konstruktivere Europapolitik zu nutzen, ohne allerdings ein dezidiert eigenes Konzept zu bieten. Seine Deklaration, dass Großbritannien im Herzen Europas seinen Platz haben solle, ist rückblickend auch nicht als sentimentale oder föderalistische Deklaration zu verstehen, sondern als eine rein politische, die darauf abzielte, durch konstruktives Einmischen die weitere Entwicklung der EG stärker im Sinne der britischen intergouvernementalen Vorstellungen zu beeinflussen.²⁷⁷ Major hielt Thatchers aggressiven Verhandlungsstil für falsch, da er offenkundig für eine Isolierung des Vereinigten Königreichs verantwortlich war und darüber hinaus nicht das Ziel erreicht hatte, die europäische Integrationsdynamik nach

²⁷² Vgl. Stuart 1998: 266 und Interview mit Lord Douglas Hurd vom 28. Februar 2002.

²⁷³ Vgl. Anderson 1991: 180.

²⁷⁴ Fischer 1996: 44. Vgl. Cowley/Garry 1998: 180.

²⁷⁵ Vgl. Wallace, H. 1990/91: 362 und Gilmour/Garnett 1998: 353.

²⁷⁶ Vgl. Riddell 1992: 427 und Anderson 1991: 72.

²⁷⁷ Vgl. Ionescu 1994: 188 und Major 1991: 9/10 sowie 13/14. Major bekannte sich in seiner Bonner Rede zum Europa der Nationalstaaten und des Freihandels. Er kündigte eine späte Entscheidung der Briten zur WWU an und betonte seine Präferenz einer intergouvernementalen Außen- und Sicherheitspolitik.

der EEA zu verlangsamen.²⁷⁸ Er zog daher eine pragmatische Interessenpolitik dogmatischer Prinzipientreue vor.²⁷⁹ Einen tatsächlich von Thatchers europapolitischer Linie abweichenden Kurs verfolgte Major nur in seiner Deutschlandpolitik. Ebenso wie Thatcher betonte auch Major den europapolitischen Führungsanspruch der Briten. Da sich die britische Isolation in der EG durch die ablehnende Haltung Thatchers zur deutschen Wiedervereinigung nur noch vertieft hatte, war Major verstärkt um ein gutes Verhältnis zur Bundesrepublik bemüht. „Dadurch sollte eine Marginalisierung Großbritanniens verhindert und die deutsch-französische (Führungs-) Achse zu einem Dreieck Bonn-London-Paris erweitert werden.“²⁸⁰

Abgesehen von seinem Stil und seiner Deutschlandpolitik folgte der neue britische Premierminister exakt Thatchers europapolitischer Agenda. Er vermied Zusagen zur WWU, befürwortete die zügige Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, zeigte sich aber zurückhaltend gegenüber weiteren institutionellen Reformen zur Stärkung der Gemeinschaft, da er eine zwischenstaatliche Kooperation bevorzugte.²⁸¹ Zum Teil agierte Major aus Überzeugung heraus, zum Teil warf jedoch auch seine Vorgängerin lange Schatten auf seine Amtszeit, die sich einschränkend auf Majors europapolitischen Gestaltungsspielraum auswirkten.

4.1.2 Das Vertragswerk von Maastricht aus der Sicht der Konservativen Partei

4.1.2.1 Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EG

Die britische konservative Regierung hatte sich stets gegen die Einberufung der beiden Intergouvernementalen Regierungskonferenzen zu einer Wirtschafts- und Währungsunion und einer Politischen Union ausgesprochen und präsentierte daher im Vorfeld der Konferenzen kein eigenes öffentliches Papier mit konkreten britischen Forderungen oder Zielvorstellungen. Da Überlegungen zu einer weiteren Vertiefung der Europäischen Integration und einer Stärkung der Gemeinschaftsorgane bei weiten Teilen der eigenen Partei, insbesondere bei den Thatcher-Nationalen und den langjährigen EG-Gegnern auf große Ablehnung stieß, waren Premierminister John Major und sein Verhandlungsteam schon im Vorfeld der Regierungskonferenzen „in

²⁷⁸ Vgl. Dunleavy 1993: 130/131.

²⁷⁹ Vgl. Meier-Walser 1994: 14 und George 1994a: 55.

²⁸⁰ Meier-Walser 1994: 13. Vgl. Wallace, H. 1991/92: 372, Shipley 1995: 78, Young, H. 1998: 422-424 und George 1994a: 45, der das Scheitern dieser deutsch-britischen Annäherung insbesondere an der anti-deutschen und anti-europäischen Haltung weiter Teile der CP sowie an den Ereignissen des so genannten *Black Wednesday* im Oktober 1992 festmacht.

²⁸¹ Vgl. Kaiser 1994: 386 und Young, J. 1993: 161.

einer reaktiven Position“.²⁸² Major wusste, dass er während der Konferenzen sowohl den Druck der kontinentalen Partnerstaaten als auch die Erwartungen der eigenen Partei austarieren musste. „(Thatchers) Anhänger in der Konservativen Partei (...) machten schnell deutlich, dass ihre Unterstützung in bezug auf John Majors Führung nicht uneingeschränkt vorausgesetzt werden konnte, sondern vor allem in den Kernfragen der EG-Politik geprüft werden würde. (...) Verwiesen wurde dabei auf die spezifisch britischen Souveränitätsinteressen, so etwa im Bereich der von Frau Thatcher geprägten Weichenstellungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik (...), die durch gemeinschaftliche Bestimmungen hätten unterlaufen werden können.“²⁸³ Die britischen Verhandlungen in den Regierungskonferenzen zur WWU und zur Politischen Union waren also von vornherein unter strikte Vorbehalte gestellt.

▪ **Erweiterung der Gemeinschaft**

Für die breite Mehrheit der konservativen Partei stand die EG Anfang der neunziger Jahre an einer entscheidenden Weggabelung: Die Mitgliedsstaaten mussten ihrer Ansicht nach zwischen einer offenen, freihändlerischen und anti-protektionistischen Gemeinschaft mit globalen Wirtschaftsbeziehungen oder aber einer zentralistischen, bürokratisch-regulierenden und sich nach außen abschottenden Gemeinschaft wählen.²⁸⁴ Die Konservativen standen nahezu geschlossen für die erste Variante und sprachen sich daher wiederholt für eine offene Haltung gegenüber Drittstaaten und eine schnelle Erweiterung der EG um die EFTA-Staaten und die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas aus. So war es auch die britische konservative Regierung, die den ersten Entwurf für die späteren Europaabkommen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas vorlegte.²⁸⁵

Sowohl Major als auch Außenminister Hurd hoben auf den Parteikonferenzen 1990 und 1991 die Priorität der Erweiterung gegenüber einer Vertiefung der EG hervor. Sie verbanden mit der sukzessiven Erweiterung der Gemeinschaft eine politische und wirtschaftspolitische Konsolidierung der neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas sowie grundsätzlich große wirtschaftliche Vorteile durch zunehmende Handelsverflechtungen für alle EG-Partner.²⁸⁶

²⁸² Wallace, H. 1990/91: 359.

²⁸³ Wallace, H. 1991/92: 370. Vgl. Riddell 1992: 422.

²⁸⁴ Vgl. Duncan u.a. 1991: 21 und 23, Major, in CP 1991: 8/9 und No Turning Back Group 1989.

²⁸⁵ Vgl. Wallace, H. 1990/91: 357. Vgl. CP 1991a: 635-638.

²⁸⁶ Vgl. Major, in: CP 1991: 9, Hurd, in: CP 1990: 5 und ders. in CP: 1991: 8. Vgl. auch CP 1990a: 1.

▪ **Wirtschafts- und Währungsunion**

Große Übereinstimmung herrschte in der CP auch darüber, dass die britischen Konservativen den Übergang von der von ihnen vehement vorangetriebenen Marktintegration zu einer Währungsintegration nicht beschreiten wollten. Der Binnenmarkt galt für die meisten Abgeordneten als wichtigste Errungenschaft und zugleich Endstufe des Europäischen Integrationsprozesses.²⁸⁷ Im März 1991 unterschrieben 105 konservative Abgeordnete einen Antrag gegen eine Europäische Einheitswährung. In einem mit großer Mehrheit verabschiedeten Parteitagebeschluss drängten die konservativen Delegierten, dass die Regierung ihre „vorsichtige und vernünftige Haltung zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft“ unbedingt beibehalten sollte.²⁸⁸ Major griff in seiner Rede den Terminus „vorsichtig“ wiederum besonders mit Blick auf die geplante Währungsunion auf. Er unterstrich, dass eine Europäische Währung bestenfalls eine „unsichere Aussicht“ biete. Die konservative Regierung werde daher darauf achten, dass ein künftiges europäisches Vertragswerk Raum für „separate Entscheidungen“ der Mitgliedstaaten über den Beitritt selbst und den Zeitpunkt eines Beitritts zu einer Europäischen Währungsunion (EWU) lasse.²⁸⁹ Die meisten Konservativen sahen die EWU nicht als ein wirtschaftliches, sondern als ein rein politisches EG-Projekt an, das langfristig zu einem europäischen Bundesstaat führen sollte.²⁹⁰ Die Währungsunion wurde als fester Bestandteil einer Politischen Union gedeutet, die automatisch mit einem weiteren britischen Souveränitätsverlust einherging, da eine Europäische Währungspolitik die Kontrolle nationaler Regierungen über ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik beenden würde.²⁹¹ Der Großteil der Konservativen, unter ihnen auch viele Thatcher-Pragmatiker, hatten gegenüber der dritten Stufe des Delors-Plans zu einer WWU aber auch ökonomische Vorbehalte. Der inflexible strikte Zeitplan zur WWU beachtete ihrer Ansicht nach die großen Divergenzen in der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedstaaten nicht und führte darüber hinaus zu einer massiven Steigerung der europäischen Regionalförderung auf Kosten Großbritanniens. Je nach Verhalten einzelner Mitgliedstaaten konnte sogar eine hohe Inflationsrate nicht ausgeschlossen werden.²⁹²

²⁸⁷ Vgl. CP 1992a: 313.

²⁸⁸ CP 1991b: 1.

²⁸⁹ Major, in: CP 1991: 9. Vgl. auch Lamont 1991: Official Report vom 24. Januar: 470 und Lamont 1999: 111. Für Lamont stand das britische *Opt-out* Majors bereits vor den Verhandlungen fest.

²⁹⁰ Vgl. Duncan u.a. 1991: 23 und Lamont 1999: 10/11.

²⁹¹ Vgl. CP 1991a: 631/632.

²⁹² Vgl. ebd.

Premierminister Major schlug daher als einen eigenen britischen Programmpunkt für die Intergouvernementale Regierungskonferenz und als Alternative zur avisierten Europäischen Währungsunion die Einführung einer sogenannten „harten ECU“ vor, die parallel zu den anderen Währungen existieren, sie aber nicht ersetzen sollte. Major hatte an diesem, eigentlich für Margaret Thatcher erarbeiteten Alternativplan bereits als Schatzkanzler entscheidend mitgewirkt. Die parallele Währung musste – so die britische Vorstellung – gegen nationale Währungen ausgetauscht werden, so dass sich die grundsätzliche Geldmenge nicht erhöhte. Auf diese Weise sollte die ECU als „anti-inflationary discipline“ operieren.²⁹³ Die Parallelwährung, so die britische Regierung, könne langfristig durchaus in eine Europäische Einheitswährung münden: „But that would (then) be matter for the Government, Parliament, and people to decide“.²⁹⁴ Das Alternativkonzept der harten ECU ermöglichte nach Ansicht der CP ein gemeinsames und einheitliches Voranschreiten des Europa der Zwölf. Dies war der britischen Regierung besonders wichtig, da sie fürchtete, in einem Europa der zwei Geschwindigkeiten in der zweiten Reihe der Mitgliedstaaten zu stehen.

Die Ausführungen des konservativen britischen EG-Kommissars Leon Brittan verdeutlichen indes, dass die von Kommissionspräsident Jacques Delors geplante Währungsunion durchaus auch vereinzelt Anhänger in der CP hatte. Brittan nannte einen Binnenmarkt ohne Europäische Währung ausschließlich einen teuren Anachronismus und sprach sich daher für eine Einheitliche Europäische Währung und eine unabhängige Europäische Zentralbank aus.²⁹⁵

▪ **Sozialkapitel**

Eine soziale Dimension des europäischen Binnenmarktes hielt die überwältigende Mehrheit der CP für überflüssig. Die konservative Regierung hatte daher im Jahr 1989 die Europäische Sozialcharta trotz ihrer mangelhaften Rechtsverbindlichkeit nicht unterzeichnet. Das Sozialprotokoll zur Umsetzung der Ziele der Sozialcharta stieß auf die uneingeschränkte Ablehnung der CP. Die Konservativen erklärten, dass soziale Standards und Rechte von Arbeitnehmern auf nationaler Ebene geregelt werden sollten. Ihrer Ansicht nach berücksichtigten die EG-Vorgaben die großen Unterschiede von Beschäftigungsrecht und Arbeitsmärkten innerhalb der Gemeinschaft überhaupt nicht. Zudem verwiesen die Tories darauf, dass viele Vorgaben des Sozi-

²⁹³ CP 1991a: 634.

²⁹⁴ Ebd.: 633.

²⁹⁵ Vgl. Brittan 1990: 5. Vgl. auch Heseltine 1989: 90.

alkapitels, etwa die Regulierung von Teilzeit-Beschäftigungen oder die Arbeitszeitbestimmungen, zusätzliche Kosten für britische Unternehmen verursachten und dadurch Arbeitsplatzperspektiven zunichte machen könnten.²⁹⁶

Die Europaabgeordneten der CP warben hingegen um eine flexiblere Haltung in den anstehenden Verhandlungen, da die totale Ablehnung des Sozialprotokolls die Beziehungen zu den bis auf die britischen Konservativen in der EVP organisierten christdemokratischen und konservativen Schwesterparteien im EP zusätzlich erschwerte. Viele konservative Europaparlamentarier unterstützten darüber hinaus die in ihren Augen moderaten Vorgaben des Sozialprotokolls. Die Stellung der konservativen MEPs in der CP und ihre organisatorische Einbindung in die Mutterpartei waren allerdings viel zu schwach, als dass ihr Einwand ein großes Echo erfahren hätte.²⁹⁷

▪ **Budget- und Agrarpolitik**

Ergänzt wurden die Überlegungen der britischen CP zur weiteren Ausgestaltung einzelner Politikfelder der Gemeinschaft durch die klassischen Bereiche konservativer europapolitischer Reformpolitik: die Agrar- und Budgetpolitik. Hier verwiesen die Tories vor allem auf ihr Anliegen einer stärkeren Haushaltsdisziplin und -kontrolle und den forcierten Abbau staatlicher Subventionen.²⁹⁸ In der Agrarpolitik reichte das Spektrum konservativer Überlegungen von moderaten Reformen bis hin zu einer vollständigen Repatriierung der Agrarpolitik.

▪ **Politische Union**

Obwohl John Major während seiner Antrittsrede in Bonn von eigenen britischen Ideen und Konzepten zur Regierungskonferenz über eine Politische Union gesprochen hatte, schien sein Konzept lediglich vage „Evolution, nicht Revolution“ zu lauten.²⁹⁹ Außenminister Douglas Hurd stellte klar: „Our approach is straightforward: on matters monetary, we will go with the grain of the market, on matters political with the grain of national tradition“.³⁰⁰ In ihrem *Campaign Guide* nannte die Konservative Partei die „Politische Union“ einen „imposanten und ziemlich irreführenden Ti-

²⁹⁶ Vgl. CP 1991a: 645/646.

²⁹⁷ Vgl. Wallace, H. 1990/91: 358 und Smith 1993: 230-233.

²⁹⁸ Vgl. CP 1991a: 647-650.

²⁹⁹ Vgl. Major 1991: 12 und CP 1991a: 626.

³⁰⁰ CP 1991a: 626.

tel“.³⁰¹ Letztlich gehe es nur darum, die Arbeit der EG effizienter zu gestalten und sich auf „praktische und positive Schritte“ der Zusammenarbeit zu besinnen. „We want to be sure that the Community is doing efficiently the tasks already assigned to it before deciding on new ones.“³⁰² Großbritannien sei Vorreiter einer schnellen Implementierung von EG-Vorgaben und erwarte diese rasche Umsetzung europäischer Entscheidungen auf der nationalen Ebene auch von seinen kontinentalen Partnern.³⁰³ Daher sollte der Europäische Gerichtshof – ansonsten von vielen Konservativen als „politisches Gericht“ äußerst kritisch beäugt – die Möglichkeit zu Sanktionen gegenüber vertragsbrüchigen Mitgliedstaaten erhalten.

▪ Weiterentwicklung der EG-Institutionen

Mit Blick auf die Weiterentwicklung der EG-Institutionen sprachen sich die Konservativen für die prinzipielle Beibehaltung und Konsolidierung der bestehenden Balance der europäischen Institutionen bei einer gleichzeitigen Ausweitung ihrer Kontrolle und Verantwortlichkeit aus. Außenminister Douglas Hurd nannte als Hauptaufgabe des Europäischen Parlaments ausdrücklich nicht dessen Legislativfunktion, sondern seine Kontrollfunktion:

*„The Government is pressing for an enhanced role for the European Parliament in the vital area of monitoring Community expenditure: for example, by reinforcing the role of the European Parliament’s Budgetary Control Committee and the European Court of Auditors.“*³⁰⁴

Der britische Außenminister Douglas Hurd forderte zudem eine aktivere Rolle der nationalen Parlamente bei der europäischen Gesetzgebung und deren Kontrolle.³⁰⁵ Die konservative Regierung sah Großbritannien mit seinen *European Standing Committees* in beiden Häusern des britischen Parlaments hier erneut bereits in einer Vorreiterrolle.³⁰⁶

³⁰¹ Ebd.: 627.

³⁰² Ebd.: 626.

³⁰³ Vgl. ebd.: 628.

³⁰⁴ Ebd.

³⁰⁵ Vgl. Hurd, in: CP 1991: 7.

³⁰⁶ Vgl. CP 1991a: 629/630.

▪ Subsidiarität

Den Konservativen war eine eindeutigere Kompetenzabgrenzung zwischen europäischer und nationaler Ebene besonders wichtig.³⁰⁷ Ein großer Teil der Regierungsvorschläge zur Politischen Union zielte daher auf eine Weiterentwicklung des Subsidiaritätsprinzips, „um der Ausdehnung der Kompetenzen der EG stärkere Schranken entgegenzusetzen und um die Ausübung der bestehenden Kompetenzen – entsprechend des britischen Prinzips der weitestmöglichen Einschränkung der Rolle des Staats – einzugrenzen.“³⁰⁸ Das Subsidiaritätsprinzip war in der parlamentarischen CP hingegen höchst umstritten. Viele Abgeordnete, besonders im euro-skeptischen und anti-europäischen Lager, zweifelten eine effektive Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der EG an und fürchteten eine Auslegung des Prinzips zugunsten der EG-Ebene in Brüssel.

▪ Die EG als internationaler Akteur

In der Außenpolitik setzten die Konservativen auf eine verstärkte intergouvernementale Zusammenarbeit der EG-Partnerstaaten im Rahmen der gerade auch von Großbritannien maßgeblich mitgestalteten Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Premierminister Major betonte auf der Parteikonferenz 1991, dass die konservative Regierung unter keinen Umständen das Recht, wichtige Entscheidungen über die britische Sicherheits-, Außen und Verteidigungspolitik national zu treffen, aufgeben werde.³⁰⁹ Dieses Plädoyer für die Beibehaltung des Konsensprinzips sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die enge europäische Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik traditionell ein Bereich war, in dem sich britische konservative Regierungen stets sehr aktiv und engagiert eingebracht hatten, um ihren internationalen Einfluss zu stärken.³¹⁰ Im Vorfeld der Maastrichter Verhandlungen sprach sich die Major-Regierung daher – gerade vor dem Hintergrund der Jugoslawien-Krise – für eine stärkere europäische Sicherheitspolitik, die in enger Verbindung mit dem US-amerikanischen Bündnispartner vorangetrieben werden sollte, eine intensiviertere Koordinierung der Außenpolitik und den Aufbau einer „europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität in den neunziger Jahren“

³⁰⁷ Vgl. Stuart 1998: 285.

³⁰⁸ Wallace, H. 1990/91: 360. Vgl. Garel-Jones 1991: 3/4.

³⁰⁹ Vgl. Major, in: CP 1991: 9. Vgl. auch Duncan u.a. 1991: 23/24.

³¹⁰ Vgl. exemplarisch Lord Carrington 1981 sowie den Londoner Bericht aus dem Jahr 1981 zur Entwicklung der EPZ.

aus.³¹¹ Die WEU sollte von London und Paris nach Brüssel verlegt werden, da sie von den Konservativen als ein „möglicherweise geeignetes Instrument“, das als Brücke zwischen der EG und der NATO agieren könnte, eingestuft wurde. Die Major-Regierung nahm in Fragen zur weiteren Ausgestaltung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik somit keineswegs eine dogmatische Haltung ein.³¹²

4.1.2.2 Die Ergebnisse von Maastricht aus Sicht der Konservativen Partei

Im Verlauf der beiden Regierungskonferenzen zum Maastrichter Vertrag bewegte sich die britisch-konservative Regierung insgesamt in einer defensiven Verhandlungsposition, da sie darauf abzielte, die von den anderen Mitgliedstaaten befürwortete Stärkung der supranationalen Entscheidungsstruktur der EG und eine damit verbundene Ausweitung ihrer Kompetenzen zu verhindern oder zumindest so weit wie möglich einzuschränken.³¹³ Die britische Delegation war sehr gut auf die inhaltlichen Aspekte beider Konferenzen vorbereitet.³¹⁴ Auch der von Premierminister Major und Außenminister Hurd vorgegebene kooperative Stil der Briten erwies sich als Vorteil während der Maastrichter Diskussion, da er es dem Vereinigten Königreich erlaubte, als „normaler“, nicht isolierter Partner zu verhandeln.³¹⁵ Die konservative Regierung konnte daher darauf setzen, Unterstützung von anderen Regierungen wie etwa der dänischen oder der griechischen Regierung zu erhalten, die ebenfalls Zweifel an einzelnen Aspekten des Konferenzprogramms hatten. In den zentralen konservativen Streitfragen, der Währungsunion und der Sozialcharta, handelte die konservative Regierung entscheidende Sonderregelungen aus, durch die das Maastrichter Vertragswerk letztlich zu einem „Europa à la carte“ für die Briten wurde.³¹⁶ In der Diskussion um die Währungsunion suchte die britische Regierung nach dem frühen Scheitern ihres Alternativkonzepts der „harten ECU“ auf der Konferenz nach einer den eigenen Interessen möglichst nahe kommenden Lösung, die den Briten eine möglichst späte Entscheidung über eine Teilnahme an der WWU ermöglichte. Um eine Blockade des Vereinigten Königreichs zu verhindern, einigten sich die Mitgliedstaaten der EG auf eine *Opt-in-later*-Klausel für die Briten, so dass diese den Zeitpunkt des Beitritts und die dafür erforderliche Abstimmung im Parlament selbst

³¹¹ CP 1991a: 629. Vgl. auch ebd.: 651/65 und Hurd, in: CP 1991: 11/12.

³¹² Vgl. zur WEU CP 1991a: 629 sowie 598/99. Vgl. Wallace, H. 1990/91: 360/361.

³¹³ Vgl. Jachtenfuchs 1992: 279.

³¹⁴ Vgl. Ware 1996: 244 und Wallace, H. 1991/92: 370.

³¹⁵ Vgl. zum konstruktiven Verhandlungsstil der britischen Regierung Hurd, in: CP 1990: 4 und Hurd, in: CP 1991: 11/12.

bestimmten konnten. Für den konservativen Premierminister war diese Freistellungs-klausel ein wichtiger Gewinn, da sie den Großteil seiner parlamentarischen Partei, vor allem den national orientierten Thatcher-Flügel, der dem Konzept der Wäh-rungsunion aus Souveränitätsgründen grundsätzlich feindlich gegenüber stand, beschwichtigte.³¹⁷

Auch für das in Großbritanniens CP einhellig abgelehnte Sozialkapitel erzielte John Major während der intergouvernementalen Verhandlungen in Maastricht ein briti-sches *Opt-out*. In diesem Feld blieb die Haltung des Premierministers bis zur er-kämpften Freistellungsklausel eigensinnig und hartnäckig gegen alle Initiativen.³¹⁸

Die EG-Partner hatten offenkundig gerade in der Frage der Sozialpolitik übersehen, „(...) wie sensibel der Nerv der konservativen Doktrin (...) (war).“³¹⁹

Die Debatte um die Politische Union wiederum zeigte, dass sich die konservative Regierung auch unter Premierminister Major schwer tat, in diesem Bereich eigene Grundsätze oder Konzepte zu formulieren. Daher „beschränkte sich die Bereitschaft zu einer föderalen Ausrichtung der Gemeinschaft auf die Verankerung des Subsidia-ritätsprinzips sowie bescheidene institutionelle Reformen.“³²⁰ Als eigenen Ansatz für die weitere institutionelle Ausgestaltung der EG präsentierten die Briten lediglich eine Betonung der intergouvernementalen Zusammenarbeit und eine Stärkung des ebenfalls intergouvernementalen Europäischen Rates.³²¹ Als Schutzmechanismus vor weiteren Zentralisierungsbestrebungen und einer damit einhergehenden weiteren Aushöhlung der Kompetenzen des britischen Parlaments sah Major vor allem das im Maastrichter Vertrag verankerte Subsidiaritätsprinzip an, durch das die Gemeinschaft „in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, (...) nur tätig (wird), sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden kön-nen.“³²² Für viele Konservative war dies gleichbedeutend damit, dass möglichst viele Entscheidungen in der nationalen Kompetenz verbleiben sollten. Der Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten konnte also durch das Subsidiaritätsprinzip ent-

³¹⁶ Vgl. Ware 1996: 243.

³¹⁷ Vgl. George 1994a: 53 und Ware 1996: 250.

³¹⁸ Vgl. Wincott 1996: 411, Shell 1992: 9 und CP 1992a: 318/319.

³¹⁹ Wallace, H. 1991/92: 375. Vgl. auch Nugent 1993: 50/51.

³²⁰ Wallace, H. 1991/92: 375.

³²¹ Vgl. Jachtenfuchs 1992: 279 und Ware 1996: 250.

³²² Vertrag über die Europäische Union 1993: 23. Vgl. CP 1992a: 315 und Hurd, in: CP 1992: 6/7.

gegengewirkt werden. Sie unterstützten die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips daher massiv.

Die Diskussion um Dezentalisierungsmaßnahmen zur Beseitigung des Demokratie-defizits in der EG brachte die Konservativen jedoch zugleich in eine Zwangslage: „Während mit Hilfe des Subsidiaritätsprinzips zwar einerseits der Allzuständigkeit der EG ein Riegel vorgeschoben wird, birgt eine konsequente Interpretation dieses Prinzips gleichzeitig die Möglichkeit der Stärkung subnationaler (regionaler) Systeme gegenüber der nationalen Ebene in sich. Die Regierung Major sträubte sich jedoch gleichermaßen dagegen, Autorität „nach unten“ innerhalb des Königreichs wie „nach oben“ an Institutionen abzugeben“³²³, da sie den Status Quo des Zentralstaats und der Britischen Union nicht verändern wollte. Die Major-Regierung blendete die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips für die regionale und lokale Ebene somit aus, während sich Politiker aller Parteien in Schottland, Wales und Ulster von gerade diesem Aspekt des festgeschriebenen Dezentalisierungsprinzips angesprochen fühlten.³²⁴

Das Strukturprinzip des Föderalismus lehnte Major im Gegensatz zur eng damit verwobenen Subsidiarität rundheraus ab. Föderalismus wird im öffentlichen Diskurs im Vereinigten Königreich als „Synonym für Zentralismus und Willkürherrschaft einer demokratisch unverantwortlichen Eurokratie“³²⁵ gewertet. Es umfasst, „was Europa aus britischer Sicht nicht sein soll und doch in England selbst politische Wirklichkeit ist; ein zentralistisches Gebilde, welches das Parlament in Westminster auf ähnliche Weise zu entmachten droht, wie dieses die Selbstverwaltung der Regionen und Kommunen (in Großbritannien) weitgehend beseitigt hat.“³²⁶ In der Präambel des Maastrichter Vertrages wurde somit auf britisches Verlangen ein föderales Ziel für die EU gestrichen und durch die Angabe einer immer engeren Union der Völker Europas ersetzt.³²⁷ Die Konservativen sahen es als ihren Erfolg an, dass der ursprüngliche föderale Entwurf der Niederlande zugunsten eines Vertrags mit einer Säulenstruktur, die supranationale und intergouvernementale Elemente verband, verändert worden war.³²⁸

³²³ Meier-Walser 1994: 14. Vgl. dazu auch Scott/Peterson/Millar 1994: 48 und 61.

³²⁴ Vgl. Ware 1996: 253, Nugent 1993: 50, Schwarz 1997: 30, Williams 1995: 17 und Ionescu 1994: 184.

³²⁵ Jachtenfuchs 1992: 280. Vgl. dazu auch Judge 1986: 321, Bulpitt 1992: 267/68 und Shell 1992: 8.

³²⁶ Schwarz 1997: 30.

³²⁷ Vgl. Wincott 1996: 403, Pfetsch 1997: 66 und „Verpönt und vergöttert. Der Föderalismus wird zu einem Strukturprinzip der Europäischen Union“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Dezember 1997.

³²⁸ Vgl. Hurd, in: CP 1992: 3.

Eigene Akzente setzte die britische Regierung in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wo die Briten sich selbst in einer „Führungsrolle“ sahen und ein britisch-italienischer Vorstoß schließlich die Verhandlungen entscheidend vorantrieb.³²⁹ Die konservative Regierung sprach sich für eine stärkere Außenpolitik auf intergouvernementaler Basis aus, erkannte aber an, dass die Politische Union „eine graduelle Ausarbeitung und Implementierung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ und „die Langzeitperspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik“, die sich mit der NATO ergänzen sollte, implizierte.³³⁰

Premierminister John Major war mit den für Großbritannien ausgehandelten Sonderkonditionen insgesamt zufrieden, und „hatte das Gefühl, auf dem Weg zur Ausweitung der Politikbereiche mit Mehrheitsentscheidung, der Rechte des Europäischen Parlaments und des Europäischen Gerichtshofs den anderen EG-Mitgliedern ein gutes Stück entgegengekommen zu sein.“³³¹ Die britische Regierung hatte sich in allen für die CP besonders strittigen Fragen – Währungsunion, Sozialcharta, föderalistisches Ziel der EU – augenscheinlich durchgesetzt, so dass John Majors Verhandlungsführung in seiner eigenen Partei zunächst als großer „diplomatischer Coup“³³² angesehen wurde:

„Die konservativen euro-skeptischen Hinterbänkler schienen anfangs bereit zu sein, die vom Premierminister nach Hause gebrachte Vereinbarung voll zu akzeptieren; die europapolitische Kritik innerhalb der Partei verstummte. Selbst Margaret Thatcher verhielt sich zunächst ruhig. Beobachter kamen generell überein, dass John Major einen beachtlichen diplomatischen und politischen Erfolg erzielt hatte, welcher sein Ansehen in der Partei deutlich verbessern würde.“³³³

Die Konzessionen der Briten im Bereich der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen und der Stärkung des EP wurden von der konservativen Major-Regierung – wie Mitte der achtziger Jahre bei der Einheitlichen Europäischen Akte – bewusst wenig thematisiert oder verdrängt.³³⁴

³²⁹ CP 1992a: 315. Vgl. Blair, A. 1998: 92-95.

³³⁰ Blair, A. 1998: 93.

³³¹ Wallace, H. 1991/92: 375.

³³² Young, J. 1993: 162/163. Vgl. auch Knopf 2003: 238.

³³³ George 1994: 242. Vgl. CP 1992a: 314 und Stuart 1998: 287. In den Parteidokumenten wird Maastricht übereinstimmend als ein Triumph Majors und seines Verhandlungsteams bezeichnet.

³³⁴ Vgl. CP 1992a: 317. Im Campaign Guide verwies die CP darauf, dass lediglich die Kontrollmöglichkeiten, nicht aber die Legislativfunktion des EP gestärkt worden seien.

4.1.3 Der knappe Sieg der Konservativen bei der Parlamentswahl 1992: Wachsender Spielraum für die europapolitischen Faktionen

Die Wahlprognosen im Frühjahr 1992 signalisierten deutlich, dass John Majors regierende CP es schwer haben würde, sich den vierten Sieg in Folge bei den britischen Parlamentswahlen zu sichern. Die Partei war durch die hartnäckige Debatte um den Rücktritt Margaret Thatchers verunsichert und trat in der Europapolitik nicht geschlossen auf. Die Meinungsumfragen offenbarten eine stetig schwindende Popularität der Konservativen, wobei die Beliebtheit des neuen Premierministers allerdings ermutigend hoch war. Das lag vorrangig daran, dass Major sich in seiner Außendarstellung und Tonlage merklich von seiner radikalen Amtsvorgängerin abhob. Darüber hinaus brachte ihm sein sicheres Auftreten während des Golfkriegs große Unterstützung innerhalb der britischen Bevölkerung ein.³³⁵ Major war als Nachfolger Thatchers vor allem deshalb gewählt worden, weil er der CP einen Sieg bei den Parlamentswahlen sichern sollte. Entgegen der öffentlichen Erwartungen erfüllte er diese Aufgabe am 9. April 1992 – allerdings mit einer knappen Mehrheit von nur 21 Sitzen im Unterhaus.³³⁶ Durch den Wahlsieg schien der Wechsel in der konservativen Parteiführung vom Herbst 1990 im Rückblick gerechtfertigt zu sein. Obwohl John Major nach allgemeiner Einschätzung einen äußerst schwachen Wahlkampf geführt hatte, überragte er seinen Konkurrenten Neil Kinnock in den Augen der Wähler offenkundig in der ihm zugestandenen Kompetenz für das Amt des Premierministers.³³⁷ Major hatte sich für den späten Wahltermin im April 1992 vor allem deshalb entschieden, weil er in der für die Briten schwersten Rezession seit der Nachkriegszeit noch auf eine Verbesserung der ökonomischen Situation hoffte. Ein später Wahltermin bot darüber hinaus die Chance, die nach außen gedrungenen Zerwürfnisse in der Partei durch die Ablösung Thatchers abklingen zu lassen. Obwohl die britische Wirtschaft im Frühjahr 1992 keine Anzeichen einer Erholung zeigte, wirkte sich dies für die Konservativen nicht negativ auf das Wahlergebnis aus. Para-

³³⁵ Vgl. George 1994: 234.

³³⁶ Die Unterhauswahl vom 9. April 1992 stellte folgende Sitzverteilung im Parlament her: CP 336, Labour Party 271, Liberal Democrats 20, SNP 3, Plaid Cymru 4, Ulster Unionist 9, Democratic Unionist 3, Ulster Popular Unionist 1, Social Democratic and Labour 4. Gewählt wurden die Konservativen mit 41,9 Prozent, Labour mit 33,9 Prozent, die Liberal Democrats mit 17,8 Prozent und andere mit 5,8 Prozent der Stimmen.

³³⁷ Vgl. George 1994: 235: „(Major’s) own performance was not highly rated; Michael Hesltine was the real star of the campaign for the Conservatives.“ Vgl. zur Kompetenz Majors Brown 1992: 550/551 und 561 sowie GALLUP Report No. 380 vom April 1992, in dem sich 54 Prozent der Wähler mit Major als Premierminister zufrieden zeigten.

doxerweise schien gerade die schwere Rezession die Wähler dazu zu bewegen, kein zusätzliches Risiko einzugehen und einen Regierungswechsel abzulehnen.³³⁸

Riddell beschreibt das Wahlmanifest der Konservativen für die Parlamentswahl 1992 als „cautious document, carefully costed, but with few surprises or radical promises“.³³⁹ Dennoch gestaltete die Major-Regierung ihren Wahlkampf im Hinblick auf die Europapolitik überraschend offen und positiv. Da die Bestrebungen, Margaret Thatcher abzusetzen auch durch ihre harsche Kritik an der EG bedingt waren, sahen die Kampagnenplaner der CP die Präsentation einer erfolgreichen und konstruktiven Europapolitik als ein wichtiges Element des Wahlkampfes an. Dies wurde selbst von den Euro-Skeptikern und EG-Gegnern der CP nur hinter vorgehaltener Hand kritisiert, da sie nicht für eine verlorene Wahl verantwortlich gemacht werden wollten.³⁴⁰

Das Wahlmanifest der Konservativen betonte in der Europapolitik vor allem die führende Rolle als „strong and respected partner“, die Großbritannien unter konservativer Führung seit 1979 bei der Entwicklung der EG eingenommen habe.³⁴¹ Als europapolitische Prioritäten in den neunziger Jahren nannte es überwiegend traditionelle konservative Themen: Britische Interessen sollten vor den „beasts of federalism, bureaucracy and ‚socialism through the backdoor‘“ geschützt, die Macht der Europäischen Kommission und der Haushalt der EG in Schranken gehalten und die gemeinsame Agrarpolitik weiter reformiert werden.³⁴² Zentrale Anliegen der CP waren zudem die Vollendung des Binnenmarktes, die schnelle Erweiterung der Gemeinschaft um die EFTA-Staaten sowie eine rasche Annäherung an die mittel- und osteuropäischen Länder.³⁴³ Den Maastrichter Vertrag stufte die CP als einen für Großbritannien zufriedenstellenden Kompromiss ein. Entgegen der Thatcherschen Europapolitik strebte die Partei nun die Eingliederung des britischen Pfundes in den EWKM an, die als zentraler Baustein der konservativen Politik zur Inflationsbekämpfung angesehen wurde.³⁴⁴

Die Europäische Integration spielte bei den Parlamentswahlen allerdings keine hervorgehobene Rolle. Im Vergleich zur Labour Party und den Liberal Democrats, die mit einem weitreichenderen pro-europäischen Programm in die Unterhauswahl gingen und die Sozialcharta, respektive ein föderales Konzept zur Weiterentwicklung der

³³⁸ Vgl. George 1994: 235 und Lamont 1999: 189/190. Lamont hält rückblickend den Wunsch der Wähler nach politischer Stabilität in der Rezessionszeit 1992 für wahlentscheidend.

³³⁹ Riddell 1992: 422.

³⁴⁰ Vgl. Wallace, H. 1992/93: 356.

³⁴¹ CP 1992b: 4.

³⁴² Ebd.: 3.

³⁴³ Vgl. ebd.: 4.

EG offen unterstützten, stellte sich die durch Parteidisziplin vor der Wahl zusammengeschweißte CP „als die beste Hüterin britischer Interessen bei einem gleichzeitigen Engagement im Herzen Europas“ dar.³⁴⁵

Die gewonnene Parlamentswahl hätte John Major eigentlich die Option eröffnet, nun ein dezidiert eigenes Programm für die konservative Regierung bestimmen und vorwärtsbringen zu können. Der Premierminister konnte den Sieg bei der Parlamentswahl in der Folgezeit jedoch nicht dazu nutzen, seine Führungsautorität in der Konservativen Partei zu festigen und auszubauen und den Einfluss des Thatcher-Flügels, insbesondere der Thatcher-Nationalen, in der Europapolitik zu beschneiden. Ursache hierfür war die überaus knappe Mehrheit der Konservativen im britischen Parlament.³⁴⁶ „(...) (Sie) bedeutete, dass durch das Abspringen oder (...) (Opponieren) von nur wenigen konservativen Abgeordneten die Regierung verwundbar war.“³⁴⁷ Dies erhöhte den Gestaltungsspielraum und die Macht der einzelnen Subgruppen beträchtlich. Der erste Beweis hierfür zeigte sich direkt nach der Parlamentswahl, als die Euro-Skeptiker und EG-Gegner sich gegen die Maastricht -Ratifizierung zu organisieren begannen.

4.1.4 Britische Ratspräsidentschaft und *Black Wednesday*:

Wendepunkte für die Stellung des Premierministers in seiner Partei

Nach den gewonnenen Unterhauswahlen im Frühjahr 1992 sah die Major-Regierung die wichtigste europapolitische Herausforderung in der britischen Ratspräsidentschaft, durch die sie sich wirklich im Herzen Europas platzieren und als zuverlässiger konstruktiver Partner präsentieren wollte.³⁴⁸ Die erste Rede der britischen Königin vor dem Europäischen Parlament im Mai 1992 galt daher als Akt mit großer Symbolkraft und als positiver Auftakt für die im Juli beginnende Ratspräsidentschaft. Außenminister Hurd und sein Minister für europäische Angelegenheiten, Tristan Garel-Jones, betonten wiederholt, dass die konservative Regierung hinter dem Maastricht-Prozess stehe und dessen Ratifizierung während der britischen Präsidentschaft vorantreiben werde.³⁴⁹ Das Programm der Major-Regierung für die britische

³⁴⁴ Vgl. ebd.: 6.

³⁴⁵ Shipley 1995: 80. Vgl. zur untergeordneten Rolle der Europapolitik im Wahlkampf Young, J. 1993: 163.

³⁴⁶ Im direkten Vergleich hatte Margaret Thatcher 1987 durch das britische Mehrheitswahlrecht bei 42,3 Prozent der Stimmen (Major 41,9 Prozent) noch eine komfortable Mehrheit von 102 Sitzen erzielt.

³⁴⁷ Wallace, H. 1992/93: 357 und George 1994: 235/36.

³⁴⁸ Vgl. CP 1992c: 244 und Ludlow 1993: 248-250.

³⁴⁹ Vgl. Hurd 1992: 2/3 und Garel-Jones 1992: 2-5.

Ratspräsidentschaft wies insgesamt traditionelle konservative Themen auf: Da die Präsidentschaft in die zweite Hälfte des Jahres 1992 und damit in die Abschlussphase der Binnenmarktvorbereitungen fiel, der schon immer ein zentraler Bestandteil der konservativen Europapolitik gewesen war, bot dieser Zeitpunkt der konservativen Regierung eine vielversprechende Aussicht zur eigenen Profilierung als „praxisorientierte Handwerker“ der EG.³⁵⁰ Ergänzt wurde der britische Aufgabenkatalog durch das konservative Anliegen einer zügigen Erweiterung der EG um die EFTA-Staaten und eine schnellere Umsetzung der Europa-Abkommen mit den MOE-Staaten, um deren Vollmitgliedschaft in der Gemeinschaft zu beschleunigen.³⁵¹ Die konservative Regierung unterstützte die Beitrittsgesuche der EFTA- und MOE-Staaten aus wirtschaftlichen und politischen Gründen: Sie verknüpfte gerade mit einem Beitritt der EFTA-Staaten die Hoffnung, dass diese aufgrund ihrer starken Volkswirtschaften künftige Nettozahler der EG werden würden, so dass die bisherigen Nettozahler wie Großbritannien dadurch enorm entlastet werden könnten.³⁵² Die Regierung sah zudem den wirtschaftlichen Vorteil zusätzlicher Handelsverflechtungen, die durch eine stete Erweiterung der Gemeinschaft entstanden. In konsequenter Fortsetzung der Strategie Margaret Thatchers versuchten die Konservativen aber auch, durch die Aufnahme neuer Mitglieder und die damit verbundene wachsende Heterogenität der EG einer Vertiefung entgegenzuwirken und eine Verwässerung föderalistischer Tendenzen zu erreichen.³⁵³ Die Verteidigung des von Thatcher in Fontainebleau ausgehandelten britischen Beitragsrabatts und die aktive Stärkung und Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips bildeten weitere konservative Schwerpunkte für die Ratspräsidentschaft.³⁵⁴

Der Aktionsplan der britischen Regierung geriet jedoch schon kurz nach Beginn der Ratspräsidentschaft durch den negativen Ausgang des dänischen Referendums zum Maastrichter Vertrag durcheinander. Das dänische Referendum ließ unmittelbar Forderungen der konservativen Euro-Skeptiker und EG-Gegner laut werden, die eine Rücknahme des Europäischen Vertragswerkes, zumindest aber eine britische Volksabstimmung über den Maastrichter Vertrag forderten. Sie trugen damit zu einer nicht vorhersehbaren Verschärfung der britischen Maastricht-Ratifizierung bei.

³⁵⁰ Vgl. CP 1992c: 244, Lamont 1999: 203, und Ludlow 1993: 247.

³⁵¹ Vgl. CP 1992b: 5, Hurd 1993: 8, und Ludlow 1993: 248.

³⁵² Vgl. Pilkington 1995: 56.

³⁵³ Vgl. Wessels/Lippert 1993: 444, Meier-Walser 1994: 15 und Volle 1992: 183.

³⁵⁴ Vgl. CP 1992b: 5/6 und Scott/Peterson/Millar 1994: 47. Vgl. zur gesamten Agenda der britischen Ratspräsidentschaft CP 1992c: 245-255, Garell-Jones 1992a: 5-12 und Hurd 1992: 1-8.

Noch stärker wurde die Ratspräsidentschaft jedoch vom so genannten *Black Wednesday* am 16. September 1992, an dem Großbritannien aus dem Europäischen Währungssystem austrat, überschattet. Die britische Regierung hatte während der Ratspräsidentschaft wiederholt die notwendige enge Bindung des Pfund Sterling an den EWKM betont. Dies geschah aus rein wirtschaftlichen Gründen, ohne daraus Konsequenzen für die künftige britische Europapolitik, besonders eine eventuelle Teilnahme an der WWU, abzuleiten.³⁵⁵ Mit Hilfe der EWKM-Politik gelang es Major über längere Zeit hinweg sehr erfolgreich, die Inflation trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage Großbritanniens zu kontrollieren. Überzeugt von den positiven Auswirkungen der britischen Mitgliedschaft im EWKM betonte der Premierminister daher noch im September 1992 vor der *Confederation of British Industries* die Effektivität seiner Inflationspolitik.³⁵⁶ Knapp eine Woche später stand Major vor den Scherben dieses Kurses.

Zusammengenommen führten drei Entwicklungen zum Scheitern der EWKM-Politik Majors. Erstens entsprachen die Wechselkursparitäten nach Warnung von Fachleuten schon seit etwa zwei Jahren nicht mehr den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten – ein Trend, der durch die deutsche Wiedervereinigung noch weiter verschärft worden war. „Realignments wurden (aber) aus verschiedenen Gründen unterdrückt, beispielsweise im Falle Großbritanniens, weil es sich weigerte zuzugeben, dass das britische Pfund im Verhältnis zur deutschen Mark auf einem zu hohen Niveau in den Wechselkursmechanismus eingetreten war.“³⁵⁷ Darüber hinaus zeigten die strukturellen Schwächen in der britischen Wirtschaft und der Einfluss der anhaltenden Rezession ihre Wirkung. Zudem reagierten die Finanzmärkte nach dem dänischen Referendum mit starken Spekulationen über den Franc auf das französische Referendum am 20. September 1992.³⁵⁸

Die dadurch verursachten finanzpolitischen Spannungen im Herbst 1992 konnten auf einer Tagung der EU-Finanzminister in Bath kurz vor dem *Black Wednesday* nicht beseitigt werden. Während des Treffens übten die Finanzminister großen Druck auf Bundesbankpräsident Schlesinger aus, die Zinsen zu senken. Schatzkanzler Lamont berichtete der Presse entgegen den zuvor getroffenen Übereinkommen, dass Schlesinger die deutschen Zinssätze nicht weiter anheben werde. Schlesinger hingegen schloss in einem Interview mit dem deutschen Handelsblatt eine Überbewertung des

³⁵⁵ Vgl. Seldon 1997: 117 und 293-300.

³⁵⁶ Vgl. Fischer 1996: 52 und Knopf 2003: 239.

³⁵⁷ Wallace, H. 1992/93: 359/360.

ohnehin schon schwachen Pfund Sterling nicht aus.³⁵⁹ Diese Bewertung stürzte das Pfund in seine schwerste Krise. Der freie Fall der britischen Währung wurde erst mit dem Austritt aus dem EWKM am 16. September 1992 beendet. Majors ökonomische Strategie der Inflationsbekämpfung durch eine Bindung des Pfundes an die Deutsche Mark war gescheitert. Der *Black Wednesday* schien zudem Margart Thatchers Vorbehalte gegen die EWKM-Politik ihres damaligen Schatzkanzlers und jetzigen Premierministers im Nachhinein zu rechtfertigen, so dass die Position der Thatcheristen in der parteiinternen Debatte der CP deutlich gestärkt wurde.³⁶⁰ Obwohl die Krise mit dem Austritt des Pfundes aus dem EWKM beseitigt und die Konsequenzen für die wirtschaftliche Erholung vorteilhaft waren, markierte der *Black Wednesday* – auch aufgrund der hohen symbolischen Bedeutung des Pfundes – einen nicht zu unterschätzenden Wendepunkt für die Autorität und das Ansehen des konservativen Premierministers in Großbritannien.³⁶¹ Er schwächte sowohl Majors Position in der EG und in Großbritannien als auch die Beziehungen des Vereinigten Königreichs zu Deutschland. In seiner Konsequenz wies der *Black Wednesday* sowohl Major als auch seinen Schatzkanzler Norman Lamont als wirtschaftspolitisch inkompetent aus. Major selbst hatte als Finanzminister für die Eingliederung des Pfund Sterling in den EWKM gesorgt, unter seiner Ägide als Premierminister war die Anbindung des britischen Pfundes an die Deutsche Mark im Rahmen des EWKM zum Herzstück der britischen Inflationsbekämpfung geworden.³⁶² Abbildung 1 dokumentiert den hohen Prestigeverlust, den John Major für seine Politik in Kauf nehmen musste.³⁶³

³⁵⁸ Vgl. ebd., Stephens 1997: 226-255 und Pilkington 1995: 51-53.

³⁵⁹ Vgl. Fischer 1996: 53 und Gilmour/Garnett 1998: 358/359.

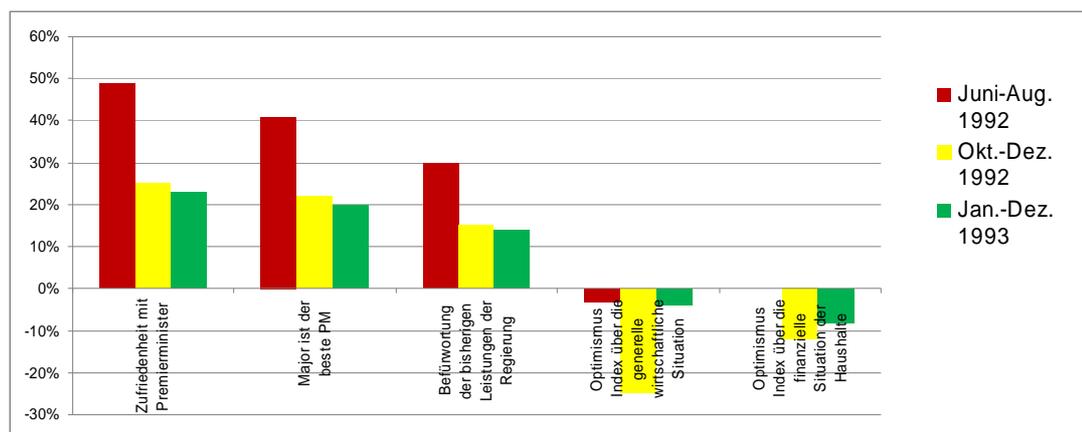
³⁶⁰ Vgl. George 1994: 248, Gilmour/Garnett 1998: 360, Stephens 1997: 240-255, Wincott 1996: 413, Shipley 1995: 81 und Pilkington 1995: 52.

³⁶¹ Vgl. Wincott/Buller/Hay 1999: 104 und Schönwälder 1997: 682.

³⁶² Für eine detaillierte Übersicht zu den Ereignissen des *Black Wednesday* siehe Stephens 1997: 193-255.

³⁶³ Vgl. Garnett 1997: 15, Meier-Walser 1994a: 103 und „Mann ohne Feinde, ohne Freunde“, in: Die Zeit vom 25. April 1997.

Abbildung 5: Einfluss des ‚Black Wednesday‘ auf das öffentliche Vertrauen in John Major, die Leistungen der Regierung und die wirtschaftlichen Aussichten



Quelle: GALLUP 1994, eigener Entwurf

Der ehemalige Außenminister Douglas Hurd, der konservative Parlamentarier Alan Clark und der Journalist Hugo Young bezeichnen den *Black Wednesday* rückblickend übereinstimmend als Wendepunkt für die Stellung Majors, aber auch für die Stellung der Euro-Skeptiker und EG-Gegner in der CP.³⁶⁴ Die seit der gewonnenen Unterhauswahl in einer defensiven Position verharrenden Euro-Skeptiker und EG-Gegner feierten den Austritt des britischen Pfundes als einen wichtigen Sieg in ihrem Kampf für eine national bestimmte Wirtschafts- und Währungspolitik. Unter Führung von Norman Tebbit nutzten sie die Parteikonferenz in Brighton nur wenige Wochen später zu einem fundierten Angriff auf den Premierminister. Tebbit forderte unter lautem Applaus „a drive for Maastricht II – a treaty with no mention of more power for Brussels, no mention of economic, monetary or political union“.³⁶⁵ Befürworter der britischen EWKM-Mitgliedschaft wie der frühere Schatzkanzler Nigel Lawson und Geoffrey Howe machten zwar vor allem den verspäteten Beitritt des Pfundes für das Desaster des *Black Wednesday* verantwortlich, da Großbritannien bei einem Beitritt 1985 über fünf Jahre lang von den Vorteilen der Anbindung an den Stabilitätsanker der Deutschen Mark hätte profitieren können. Ebenso wie Schatzkanzler Norman Lamont sah Lawson die Schuld aber auch bei der deutschen Regierung und der Bundesbank, die die Konsequenzen der deutschen Einheit nicht adäquat

³⁶⁴ Vgl. Stuart 1998: 299 und 303, Clark 1998: 505 und Young, H. 1998: 452/453.

³⁶⁵ Norman Tebbit, in: The Times vom 7. Oktober 1992. Vgl. Dunleavy 1993: 131. Die Euro-Skeptiker feierten den *Black Wednesday* als *White Wednesday*. Vgl. Thatcher 1995: 492 und Young, H. 1998: 440.

bedacht hätten.³⁶⁶ Diese Meinung wurde von der Mehrheit der CP geteilt und stellte Majors Bemühungen um gute Beziehungen zu Bonn in Frage.³⁶⁷

Auch der EG-Gipfel in Edinburgh zum Abschluss der britischen Ratspräsidentschaft konnte über die europapolitischen Rückschläge der Major-Regierung nicht hinwegtäuschen, obwohl er aus Sicht der konservativen Regierung sogar recht erfolgreich verlief: In Edinburgh erhielten die Dänen nach britischem Vorbild ein *Opt-out* für die Europäische Währungsunion und den Bereich der Verteidigungspolitik, so dass die dänische Regierung mit Hilfe dieser Sonderregelungen ein neues Referendum über den Maastrichter Vertrag für 1993 anpeilen konnte. Die von den Briten vorangetriebenen Erweiterungsverhandlungen erhielten grünes Licht. Mit über 90 Maßnahmen war die konservative Regierung zudem die Vollendung des Binnenmarktes sehr couragiert angegangen.

Der Edinburgh-Gipfel ist jedoch eher als ein Erfolg für die gesamte EG denn speziell als Erfolg für die Briten zu werten, da sich die Gemeinschaft „aus den ärgsten Problemen hinsichtlich des Maastrichter Vertrages selbst herauslavierte. Die Minister aller Mitgliedstaaten erkannten, dass ein Scheitern in Edinburgh ein zu großes Risiko für die weitere Entwicklung der EU gewesen wäre.“³⁶⁸ Der Edinburgh-Gipfel übertünchte zudem die herbe Kritik der europäischen Partnerländer an der britischen Handhabung der Ratspräsidentschaft nur schwach, die vor allem darauf abzielte, dass die britische Regierung die Rolle des *honest broker* aufgrund nationaler Interessen nicht genügend beachtet habe.³⁶⁹ Dieser Eindruck der Partnerländer wurde durch Majors betont nationale Rhetorik des „Britain first“ gegenüber den Parlamentariern seiner eigenen Partei zusätzlich verstärkt.³⁷⁰

³⁶⁶ Vgl. Lawson 1993: 1024, Lamont, in: CP 1992: 5 und Lamont 1999: 208-250.

³⁶⁷ Vgl. Meier-Walser 1994a: 101 und George 1994a: 54.

³⁶⁸ Wallace, H. 1992/93: 361/362.

³⁶⁹ Vgl. George 1994a: 54. Der Minister für Europaangelegenheiten Tristan Garel-Jones wies diese Kritik mehrfach zurück, indem er auf die positiven Erweiterungsverhandlungen und die Fortschritte bei der Vollendung des Binnenmarktes verwies. Vgl. Garel-Jones 1993: 263-266. Er konnte die Vorwürfe allerdings nicht entkräften.

³⁷⁰ Vgl. Meier-Walser 1994a: 102 und George 1994a: 54.

4.1.5 Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages: Konservativer Meinungskampf

4.1.5.1 *Game, set and match Britain: Majors Verteidigung des Vertrages und die Argumentation der Pro-Europäer*

Direkt nach Abschluss der Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag nahm John Major „Spiel, Satz und Sieg für Großbritannien“³⁷¹ für sich in Anspruch, da er sich auf der europäischen Ebene als Pragmatiker empfohlen, gleichzeitig aber die zu erwartende innerparteiliche Kritik am europäischen Vertragswerk durch eine bemerkenswerte Kombination aus *Opt-in-later*- und *Opt-out*-Klauseln für Großbritannien entschärft zu haben glaubte. Dennoch verfolgten Major und sein Kabinett während der gesamten Maastricht-Ratifizierung aufgrund ihrer knappen Parlamentsmehrheit und der daraus resultierenden Abhängigkeit von den konservativen Euro-Skeptikern und EG-Gegnern eine sehr defensiv angelegte Befürwortung des Vertragswerkes. „Britische Minister drückten ihre Anerkennung des Maastrichter Vertrages wiederholt aus, indem sie ihn als geringstes Übel der vorangegangenen Verhandlungen und gleichzeitig als einen deutlichen Wandel zu einer dezentralisierten Europäischen Gemeinschaft bezeichneten mit zunehmend geringeren Schranken der britischen Souveränität. Dieser Wechsel im Sprachgebrauch erschwerte es der Regierung, als überzeugt pro-europäisch zu gelten. Es wurde zugelassen, dass die Begriffe in der Debatte eher von den Gegnern als von den Befürwortern des Maastrichter Vertrages bestimmt wurden.“³⁷²

John Major konzentrierte seine Argumentation vorrangig auf die Frage nach der richtigen Entwicklung der EG/EU in den neunziger Jahren.³⁷³ In dem Zusammenhang bezeichneten er und sein Kabinett den Maastrichter Vertrag als einen entscheidenden Schritt, der die Gemeinschaft von ihren Zentralisierungs- und Föderalisierungstendenzen wegführe.³⁷⁴ Während die Einheitliche Europäische Akte aufgrund der in ihr festgehaltenen deutlichen Ausweitung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen für eine europäische Zentralisierung stehe, sei Maastricht ein Vertrag der Dezentrali-

³⁷¹ Shell 1992: 5/6. Vgl. auch Wallace, H. 1992/93: 355, Ware 1996a: 262 und Kaiser 1994: 391.

³⁷² Wallace, H. 1993/94: 362. Vgl. Alderman 1993: 512/513.

³⁷³ Vgl. Major 1992: Official Report vom 4. November: 284/285 und Major, in: CP 1992: 5.

³⁷⁴ Vgl. Major 1991: Official Report vom 20. November: 274/275, ders. 1992: Official Report vom 20. Mai: 265-267 und ders. 1992: Official Report vom 4. November: 284/5, Clarke 1993: Official Report vom 27. Januar: 1109, Garell-Jones 1992: 3, Garell-Jones 1992a: 2, Major, in: CP 1992: 5/6, CP 1992c: 256 und Young, H. 1998: 451.

sierung und die Gemeinschaft gehe endlich den „britischen Weg“.³⁷⁵ Die konservative Regierung bewertete die Säulenstruktur des Vertrages und den mit ihr verbundenen intergouvernementalen Ansatz in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Innen- und Justizpolitik, ganz besonders aber auch die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips als wichtige Anzeichen dafür, dass die europäischen Partner sich dem britischen „alternativen Modell“ des Europas der Nationalstaaten und des Freihandels annäherten.³⁷⁶ Das von vielen EG-Partnern angepeilte Ziel eines föderalen europäischen Superstaates sei erfolgreich verhindert worden. Das Subsidiaritätsprinzip wurde im britischen Unterhaus zu einer Garantie für eine ausgewogene Balance zwischen Gemeinschafts- und nationalen Kompetenzen und zu einem Schutzmechanismus vor einem europäischen Super-Staat stilisiert. Es verhindere jede unnötige Aktion Brüssels und lasse Entscheidungen wieder verstärkt den Nationalstaaten zukommen. Das erklärten sowohl die konservative Regierung als auch viele pro-europäische Abgeordnete.³⁷⁷ Diese „britische“ Entwicklung der Gemeinschaft befinde sich zudem in Einklang mit den Interessen der europäischen Bürger. Außenminister Hurd bemerkte daher: „The debates in national parliaments and in referendums (...) have given the more visionary of our partners a lesson in the dangers of getting too far ahead of public opinion.“³⁷⁸ Tristan Garel-Jones, der Minister für europäische Angelegenheiten im FO, fügte hinzu: „Maastricht gives Britain the chance to stamp our vision on Europe.“³⁷⁹ Der Vertrag müsse deshalb unbedingt zügig ratifiziert werden.

Als ein weiteres wichtiges Argument für die Ratifizierung des Vertrages nannten Regierung und konservative Pro-Europäer Großbritanniens Einfluss auf der europäischen Ebene, deren Bedeutung seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes noch wichtiger geworden sei. Großbritannien müsse seinen Einfluss wahren und das Netzwerk zu den EG-Partnern intensivieren, um die Richtung des Integrationsprozesses weiter-

³⁷⁵ Major 1993: 2. Vgl. auch Hurd 1992: Official Report vom 4. November: 374, Hurd 1993: 5, Hurd 1993a: 3, Howell 1992: Official Report vom 4. November: 330, Ancram 1992: Official Report vom 4. November: 342, Garel-Jones 1993a: 3 und Garel-Jones 1992a: 3.

³⁷⁶ Hurd 1993: 6. Vgl. Major 1991: Official Report vom 20. November: 275.

³⁷⁷ Vgl. Major 1991: Official Report vom 20. November: 279, ders. 1991: Official Report vom 11. Dezember: 873, Major 1992: 2/3, Garel-Jones 1993a: 3; Garel-Jones 1993b: 1, Garel-Jones 1992: 3/4, Channon 1992: Official Report vom 4. November: 321, Howell 1992: Official Report vom 4. November: 331, ders. 1992: Official Report vom 2. Juli: 1000, Milligan 1992: Official Report vom 24. November: 815-817, Shaw 1993: Official Report vom 23. Juli: 676 und Lamont 1992: 10.

³⁷⁸ Hurd 1993: 5.

³⁷⁹ Garel-Jones 1993c: 4.

hin entscheidend im eigenen Sinne mitzubestimmen.³⁸⁰ Außenminister Hurd verwies mehrfach auf den 1996 anstehenden Revisionsprozess zum Maastrichter Vertrag, in dem das Vereinigte Königreich stärker eigene Ideen zur Ausgestaltung der Gemeinschaft entwickeln müsse, statt in einer passiven Rolle zu verharren.³⁸¹ Großbritannien könne es sich nicht leisten, an die Peripherie der europäischen Entwicklung gedrängt zu werden, was bei einer Ablehnung des Maastrichter Vertrages unweigerlich der Fall sei. Die europäischen Partner, warnte *Chief Whip* Tim Renton, würden in diesem Falle ohne das Vereinigte Königreich in der Integration voranschreiten.³⁸² Premierminister Major betonte in diesem Zusammenhang, dass die konservative Regierung die Entstehung eines Europa der zwei Geschwindigkeiten mit einem festen Kern entschiedener Integrationisten und damit Großbritannien in der zweiten Reihe erfolgreich verhindert habe. Er lenkte das Augenmerk auf die geplante Erweiterung der Gemeinschaft um die EFTA- und die MOE-Staaten denn „mit der Aufnahme neuer Mitglieder in die Zwölfer-Gemeinschaft, die auch im Maastrichter Vertrag verankert war, wurde (...) das Ziel der Schaffung einer Europäischen Union in Form einer hochintegrierten Gemeinschaft mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend in Frage gestellt.“³⁸³ Die Erweiterung der Gemeinschaft erforderte nach Majors Ansicht denn auch keine weitere Vertiefung, sondern eine Flexibilisierung der Integration: „I want Britain to work in the '90s for a wider and wiser Community.“³⁸⁴

Von den Euro-Skeptikern und EG-Gegnern nach dem dänischen Referendum zunehmend unter Druck gesetzt, plädierte der Premierminister dafür, die Debatte endlich vom Mythos zurück in die Realität zu holen. Major erklärte mit Blick auf die britischen Freistellungsklauseln zur WWU und zum Sozialkapitel, dass alle Regierungen Zugeständnisse gemacht hätten, Großbritannien aber dabei dennoch sehr erfolgreich gewesen sei.³⁸⁵ Er hatte nach eigenem Bekunden Schlüsselemente der konservativen Programmatik – eine zwischenstaatliche Kooperation der EG-Partner,

³⁸⁰ Vgl. Major 1993: Official Report vom 22. Juli: 520 und 523, Major 1993: 3, Hurd 1993a: 3, Major 1992: 7, Garel-Jones 1992: 5, Channon 1992: Official Report vom 4. November: 321 und Taylor 1991: Official Report vom 20. November: 337.

³⁸¹ Vgl. Hurd 1993a: 5 und Hurd 1993: 5 und 10/11. Hurd nannte als zentrale konservative Ziele für die Revisionskonferenz 1996 die Vollendung des Binnenmarktes, eine Eindämmung der EG-Gesetzgebung, eine schnelle Erweiterung, eine flexiblere Gestaltung der Integration und eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Sinne eines offenen und demokratischen Europas.

³⁸² Vgl. Renton 1992: Official Report vom 4. November: 326, Hurd, in: CP 1992: 5 und Howe 1991: Official Report vom 20. November: 307.

³⁸³ Volle 1994: 392.

³⁸⁴ Major, in: CP 1992: 8. Vgl. Major 1992: 6.

³⁸⁵ Vgl. Major, in: CP 1992: 7 und Hurd 1993: 5.

das Recht des britischen Parlaments, über die Zukunft der eigenen Währung zu bestimmen und die Ablehnung jeglicher Stärkung und Legitimierung der Gewerkschaften – bewahrt.³⁸⁶ Die Argumentation und Terminologie des seit dem *Black Wednesday* stark angeschlagenen Premierministers und seines Kabinetts für den Maastrichter Vertrag waren fast während der gesamten Ratifizierungsphase auf die Gruppe der Euro-Skeptiker und EG-Gegner ausgerichtet, die seit dem dänischen Negativvotum öffentlich gegen den Maastrichter Vertrag vorgingen und in ihrem Protest gegen das Vertragswerk vereint waren. John Major präsentierte sich im *House of Commons* über weite Strecken euro-skeptisch: Er unterstrich, dass er die Regierungskonferenzen nicht initiiert habe, der Maastrichter Vertrag aufgrund seines Engagements aber dennoch die Zentralisierungsängste der Euro-Skeptiker auffange.³⁸⁷ Dieses defensive Vorgehen der konservativen Regierung veranlasste den Föderalisten Edward Heath gar zu der Kritik, dass die Maastricht-Debatte im britischen Unterhaus durch eine feindliche Atmosphäre schändlich pervertiert werde und die Regierung in großem Ausmaß selbst dafür verantwortlich sei.

Innerhalb der Konservativen Partei gab es nur wenige Stimmen, die eine europäische Entwicklung jenseits einer streng konföderalistischen Struktur befürworteten. Dabei waren es eher die Parteigranden wie der ehemalige Premierminister Edward Heath und Ex-Außenminister Geoffrey Howe, die auf den seit ihrer Gründung essentiellen politischen Charakter der Europäischen Gemeinschaft aufmerksam machten. Die EG sei immer weit mehr als eine wirtschaftliche Gemeinschaft gewesen. Die konservative Regierung, forderten Geoffrey Howe, aber auch Außenminister Hurd, brauche endlich eine neue Einstellung, die anstatt des adversativen Nullsummenspiels den Win-Win-Charakter der Zusammenarbeit für beide Seiten – die Gemeinschaft als Ganzes und Großbritannien – herausstelle.³⁸⁸ Ebenso wie Leon Brittan warb Howe für eine aktive Beteiligung Großbritanniens an der WWU.³⁸⁹ Einige wenige Abgeordnete befürworteten zudem die langfristige Entwicklung einer einheitlichen Au-

³⁸⁶ Vgl. Morris 1996: 132. Majors Argumentation zum Sozialkapitel wurde von vielen Parlamentariern aufgegriffen. Vgl. exemplarisch Renton 1993: Official Report vom 22. Juli: 542, Onslow 1993: Official Report vom 23. Juli: 548/549, Howell 1993: Official Report vom 23. Juli: 554/555, Knight 1993: Official Report vom 23. Juli: 686/687, Hordern 1993: Official Report vom 23. Juli: 694, Oppenheim 1993: Official Report vom 23. Juli: 697 und Hunt 1993: Official Report vom 22. Juli: 602.

³⁸⁷ Vgl. Major 1993: Official Report vom 22. Juli: 520, Garel-Jones 1992a: 1/2, der von einem konstruktiven Euro-Skeptizismus Majors spricht, sowie Howell 1993: Official Report vom 22. Juli: 553, Alderman 1993: 512/13 und Meier-Walser 1994a: 101.

³⁸⁸ Vgl. Heath 1992: Official Report vom 4. November: 311-314, ders. 1993: Official Report vom 23. Juli: 702, Howe 1991: Official Report vom 20. November: 306/307, Hurd 1993: 5 und Taylor, I. 1993: 53.

³⁸⁹ Vgl. Howe 1991: Official Report vom 20. November: 210 und Brittan 1992: 1/2.

Ben-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei einer gleichzeitigen engen Kooperation mit der NATO und sprachen sich für eine zukünftige Form der EG „between federation and a union of states“ aus.³⁹⁰ Allerdings konnte sich diese kleine Gruppe von Föderalisten und Teilen der Konföderalisten im innerparteilichen Diskurs – wenn überhaupt – nur mit ihren Vorstellungen zu einer konstruktiveren Beteiligung Großbritanniens in der EG, nicht aber mit ihren konkreten Forderungen in einzelnen Politikfeldern behaupten.

4.1.5.2 *A Treaty too far: Die Argumentation der Euro-Skeptiker*

Hatte die CP „in der Einigkeit der Partei und dem Austragen von Streitigkeiten unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit (immer) den Schlüssel zu ihrer Dominanz in der Gunst des Wählers (...)“ gesehen, so wurde dieses Erfolgsrezept ebenso wie die klassische Parteihierarchie während der Debatte zur Ratifizierung des Maastrichter Vertrages vollkommen auf den Kopf gestellt.³⁹¹ Die Debatte zog sich bei über 600 Änderungsanträgen (amendments), mehr als 210 Stunden Plenardiskussion und 23 Komitee-Tagen sechs qualvolle Monate hin, woran die euro-skeptischen und anti-europäischen Hinterbänkler mit ihrer offenen Rebellion stark mitgewirkt hatten. Bei einer Betrachtung der Argumentationsstränge der konservativen Euro-Skeptiker gegen den Maastrichter Vertrag muss an dieser Stelle allerdings vorangestellt werden, dass während der langen Ratifizierungsphase zum einen ausschließlich Themen der ersten Säule des Vertragswerkes debattiert wurden, da nur sie der parlamentarischen Zustimmung in Großbritannien bedurften.³⁹² Zum anderen war die zahlenmäßig eher kleine Gruppe der Euro-Skeptiker beider großen Parteien in der offenen Debatte des Unterhauses, in der bewusst keine *guillotine*, also kein fixes Debattenende, verhängt wurde, deutlich überrepräsentiert.

Dem Kern der konservativen Euro-Skeptiker und EG-Gegner, der lediglich rund 30 Abgeordnete umfasste, kam dennoch aufgrund der kleinen parlamentarischen Mehrheit des Premierministers eine strategische Bedeutung für die Ratifizierung zu, die er sich nach dem dänischen Negativvotum im Sommer 1992 öffentlichkeitswirksam zu Nutze machte.³⁹³ Mit ihrer Kampagne gegen den Maastrichter Vertrag wollten die Euro-Skeptiker eine Ratifizierung des Vertragswerkes verhindern oder aber zumin-

³⁹⁰ Knopf 2003: 261. Vgl. Whitney 1991: Official Report vom 20. November: 374, Barnes 1992: Official Report vom 20. Mai: 427 und Taylor, I. 1993: 4-13.

³⁹¹ Fischer 1996: 49. Vgl. auch Berrington 1998: 6/7.

³⁹² Vgl. Alderman 1993: 516, Knopf 2003: 243 und Blair, A. 1998: 97.

dest das britische Volk selbst über den Maastrichter Vertrag abstimmen lassen. Euro-Skeptiker und EG-Gegner waren in ihrem Protest gegen das Vertragswerk nahezu eins. Allerdings waren die konservativen Euro-Skeptiker im Gegensatz zu den Anti-Europäern keineswegs dafür, die EG zu verlassen.³⁹⁴ Schließlich war die überwältigende Mehrheit – vor allem die vielen Thatcher-Nationalisten – zu überzeugt von der europäischen Marktintegration durch das Binnenmarktprojekt. Eine wirtschaftliche Integration im Sinne des Freihandels wurde von ihnen daher nicht nur akzeptiert, sondern unterstützt. Der Maastrichter Vertrag hingegen markierte für die Euro-Skeptiker der CP eine neue integrationspolitische Qualität, er war „a treaty too far“.³⁹⁵

Das allen weiteren Argumentationssträngen übergeordnete Hauptargument der konservativen Euro-Skeptiker gegen den Vertrag war der mit ihm assoziierte weitere Verlust der britischen parlamentarischen Souveränität, die für viele der Euro-Skeptiker grundsätzlich nicht teilbar war. Eine Stärkung der europäischen Entscheidungskompetenz kam somit generell einer Abwertung und langfristigen Erosion des britischen Parlaments gleich. So erklärte Michael Spicer:

*„In the United Kingdom it (the Maastricht Treaty) would have the profoundest possible consequences for the very foundations of the constitution. This rests above all on the notion that the people exert their sovereignty through a Parliament which is the supreme authority in the land. An essential element of this supremacy is that Parliament can effect whatever changes it chooses (...) the commitment to Maastricht (...) is in direct contradiction to this (...) sovereignty is an absolute: you either have it or you don't. In this sense, Maastricht is a torpedo aimed but not yet fired at the keel of British democracy.“*³⁹⁶

Andere Euro-Skeptiker tolerierten ein *pooling of sovereignty* wiederum nur in den Bereichen, die der wirtschaftlichen Integration zugute kamen. Eine politische Integration lehnten sie dagegen entschieden ab. Zahlreiche Konservative hatten die durch die EEA festgeschriebene Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen allein deshalb akzeptiert, weil sie für den Erfolg des Binnenmarktes essenziell war.³⁹⁷ Bill Cash erklärte etwa, er unterstütze den Verbleib Großbritanniens in der Binnenmarkt-EG, kämpfe aber gegen eine weitergehende Integration in anderen Politikbereichen

³⁹³ Vgl. Baker/Seawright 1998: 2 und Baker/Gamble/Ludlam 1994: 37.

³⁹⁴ Vgl. Howe 1991: Official Report vom 20. November: 311, Portillo 1992: 13, Hannan 1993: 3 und Lamont 1992: 6.

³⁹⁵ So lautete der Titel des 1992 erschienen Buches des konservativen Euro-Skeptikers und Mitbegründers der *Fresh Start*-Gruppe, Michael Spicer. Vgl. auch Hannan 1993: 3.

³⁹⁶ Spicer 1992: 13/14. Vgl. auch Spicer 1992: Official Report vom 21. Februar: 639, Gill 1992: Official Report vom 20. Mai: 414/415 und Butcher 1992: Official Report vom 1. Dezember: 185.

³⁹⁷ Vgl. Interview mit William Cash vom 5. Februar 2002, Lamont 1999: 124 und Lamont 1992: 12.

wie etwa der Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik, die dem Nationalstaat vorbehalten seien. Er fürchtete, dass sonst andere Staaten eine zu große Macht und Kontrolle über Großbritannien erlangen könnten.³⁹⁸

Eng mit der Sorge um die parlamentarische Souveränität war die Überzeugung der Euro-Skeptiker verwoben, dass der Maastrichter Vertrag den Weg zu einem europäischen Super-Staat ebne, in dem Großbritannien nur noch das Gewicht und Mitbestimmungsrecht eines nachgeordneten *county councils* habe. Die Euro-Skeptiker sahen die von Premierminister Major ausgehandelten *Opt-outs* über die Währungsunion und das Sozialprotokoll somit keineswegs als britische Errungenschaften zur Bewahrung der nationalen Handlungsfähigkeit an. Da alle anderen Mitgliedstaaten sich auf eine WWU und deren Fahrplan geeinigt hätten, könne sich Großbritannien dieser Entwicklung trotz der erzielten Freistellungsklauseln langfristig nicht entziehen: „We will be drawn in by the gravitational pull.“³⁹⁹ Statt britische Sonderregelungen auszuhandeln, hätte die konservative Regierung der WWU ein endgültiges und direktes Nein entgegengesetzen müssen, befand daher Margaret Thatcher.⁴⁰⁰ Maastricht sei das beste Beispiel dafür, dass die Politik des „arguing from within“ nicht funktioniere.⁴⁰¹ Den Vorgaben in der europäischen Sozialpolitik konnte das Vereinigte Königreich nach Meinung der Euro-Skeptiker ebenfalls langfristig nicht entgehen. Sie stimmten zwar grundsätzlich mit dem Premierminister überein, dass die europäische Sozialgesetzgebung überflüssig sei und darüber hinaus eine Belastung für die britische Wirtschaft darstelle.⁴⁰² Auch waren sie der Meinung, dass die Sozialpolitik grundsätzlich nationalstaatlich geregelt werden müsse.⁴⁰³ Gleichwohl verwiesen sie aber auch auf die bereits bestehenden Vorgaben der EEA zur Sozialpolitik und ihre Sorge, dass die europäische Sozialgesetzgebung über den Weg von Direktiven „durch die Hintertür“ trotz des *Opt-outs* nach Großbritannien komme: „Precisely because we agreed to articles 2 and 3 of the treaty changing the directives, when it comes to interpretation, the courts will say where there are doubts ‘You agreed to social protection, you agreed to social cohesion, you agreed to economic cohesion’“.⁴⁰⁴ Die Ablehnung des Maastrichter Vertrages im britischen Unterhaus stellte für die Euro-Skeptiker und

³⁹⁸ Vgl. Cash 1993: Official Report vom 23. Juli: 682.

³⁹⁹ Cash 1993: Official Report vom 23. Juli: 680. Vgl. auch Knopf 2003: 257. Michael Portillo sprach bewusst von einem langfristigen *Opt-in* der Briten. Vgl. Portillo 1992: 14.

⁴⁰⁰ Vgl. Thatcher 1991: Official Report vom 20. November: 298.

⁴⁰¹ Hannan 1993: 7.

⁴⁰² Vgl. Portillo 1992: 14.

⁴⁰³ Vgl. Lamont 1992: 11.

⁴⁰⁴ Cash 1993: Official Report vom 23. Juli: 681. Vgl. Taylor 1993: Official Report vom 23. Juli: 542 und Butcher 1993: Official Report vom 22. Juli: 577.

EG-Gegner somit quasi die Notbremse dar, um der Entwicklung zu einem europäischen Staat mit Kompetenzen in nahezu allen Politikbereichen Einhalt zu gebieten.⁴⁰⁵

Die Struktur des Maastrichter Vertrages mit einer supranationalen, aber auch zwei intergouvernementalen Säulen erachteten die Euro-Skeptiker somit keineswegs als eine diplomatische Errungenschaft ihres Premierministers, sondern lediglich als eine Bestätigung der traditionellen Kompetenzen des Nationalstaates in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik und der Innen- und Justizpolitik.⁴⁰⁶

Als einen wichtigen Indikator für die langfristige Etablierung eines europäischen Staates sahen die Euro-Skeptiker die im Maastrichter Vertrag verankerte Unionsbürgerschaft an, die sie in eine unmittelbare Konkurrenz zur eigenen britischen Staatsbürgerschaft setzten.⁴⁰⁷ Die europäische Unionsbürgerschaft bewirkte in ihren Augen einen Loyalitätskonflikt zwischen der nationalen und der europäischen Staatsbürgerschaft. Selbst die britische Königin, so Richard Shepherd, werde zu einer Staatsbürgerin reduziert, was sich mit der konstitutionellen Tradition Großbritanniens nicht vereinbaren lasse.⁴⁰⁸

Auch das von Premierminister Major positiv hervorgehobene Subsidiaritätsprinzip stieß in den Reihen der Euro-Skeptiker auf Ablehnung. Michael Cartiss mahnte den Premier und seinen Außenminister, die Sorgen der euro-skeptischen Hinterbänkler ernst zu nehmen. Das Subsidiaritätsprinzip sei nicht ausgereift. Die *Financial Times* nannte es eine „intellektuelle Qualle“⁴⁰⁹; Bill Cash bezeichnete es als schlecht definiertes Konzept „which means whatever anyone wants it to mean“.⁴¹⁰ Das Subsidiaritätsprinzip könne somit sowohl zugunsten der Gemeinschaftsebene als auch der nationalstaatlichen Ebene ausgelegt werden. Bei Streitigkeiten über die richtige Auslegung des Prinzips entscheide aber der Europäische Gerichtshof, den die Euro-Skeptiker als ein politisches Gericht mit einer „integrationistischen Neigung“ hin zur europäischen Ebene einstufen.⁴¹¹ Das Subsidiaritätsprinzip war für sie somit das Feigenblatt einer verschleierte Zentralisierung.

Hatten die Euro-Skeptiker eine Alternative zum Maastrichter Vertrag? Sie selbst bejahten dies und nannten die Vision eines „free-trading commonwealth of self-governing nations, accountable to their people and open (...) to the rest of the

⁴⁰⁵ Vgl. Baker/Gamble/Ludlam 1994: 38 und Ware 1996a: 282.

⁴⁰⁶ Vgl. Hannan 1993: 9.

⁴⁰⁷ Vgl. Lamont 1999: 133/134.

⁴⁰⁸ Vgl. Shepherd 1993: Official Report vom 1. Februar: 107 und ders. 1992: Official Report vom 21. Februar: 581.

⁴⁰⁹ Vgl. Cartiss 1992: Official Report vom 4. November: 337-339 und Knopf 2003: 251.

⁴¹⁰ Interview mit William Cash vom 5. Februar 2002.

world“. Das war die Quintessenz der Brügge-Rede Margaret Thatchers.⁴¹² Der Nationalstaat war und blieb für die Euro-Skeptiker die zentrale Einheit politischen Handelns. Durch Maastricht sahen sie die Errungenschaften britischer Staatlichkeit – Mehrheitswahlrecht, Parlamentssouveränität, Zusammenhalt der britischen Union und Status der Monarchie – gefährdet.⁴¹³ Symbole ihrer Politik waren das Parlament, das Pfund Sterling und die britische Königin.⁴¹⁴ Das Demokratiedefizit in der EG konnte ihrer Ansicht nach nur über eine Stärkung der nationalen Parlamente, eine Stärkung des Ministerrats als Gremium gewählter Regierungen und eine Reduzierung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen behoben werden.⁴¹⁵ Darüber hinaus wehrten sie sich – ganz im Sinne des Thatcherismus – gegen die ihrer Ansicht nach protektionistische Politik der EG gegenüber Nicht-Mitgliedstaaten und die zunehmende Regulierung des Marktes etwa durch die europäischen Strukturfonds.⁴¹⁶ Während der Ratifizierungsphase des Maastrichter Vertrages setzten sich die konservativen Euro-Skeptiker unablässlich für ein Referendum über den Maastrichter Vertrag ein, obwohl diese Forderung mit der Rolle der Konservativen als Hüter der parlamentarischen Souveränität kaum in Einklang zu bringen war, wie viele konservative Föderalisten und Konföderalisten spitz bemerkten.⁴¹⁷ Trotz dieser Kritik ließen sich die Euro-Skeptiker nicht von ihrer Forderung abbringen, zumal sie von Teilen der Labour Party und der Liberal Democrats unterstützt wurden.⁴¹⁸ Auch Margaret Thatcher selbst, seit Mitte 1992 Mitglied im *House of Lords*, sah es nun als ihre Verpflichtung an, den Briten eine Volksabstimmung zu ermöglichen:

*„To ratify the treaty I personally could never have signed, without a referendum would be to betray the trust as guardian of the parliamentary institutions, of the courts and of the constitution (...) to betray the trust the voters have placed in us.“*⁴¹⁹

Nachdem der Antrag des Labour-Politikers Bryan Gould über eine Volksabstimmung im April 1993 im House of Commons abgelehnt worden war, konzentrierten sich die

⁴¹¹ Hannan 1993: 2/3. Vgl. auch Knopf 2003: 251.

⁴¹² Hannan 1993: 4. Vgl. Portillo 1992: 14/15.

⁴¹³ Vgl. Lamont 1992: 7.

⁴¹⁴ Vgl. Knopf 2003: 257.

⁴¹⁵ Vgl. Shepherd 1993: Official Report vom 23. Juli: 664, Lamont 1992: 17, Jenkin 1993: Official Report vom 4. Februar: 518 und Winterton 1993: Official Report vom 28. Januar: 1281.

⁴¹⁶ Vgl. Butcher 1993: Official Report vom 22. Juli: 577-579, der sich in klassisch-konservativer Argumentation sowohl auf Adam Smith als auch auf Edmund Burke berief.

⁴¹⁷ Vgl. Pilkington 1995: 49, Ware 1996: 255, Morris 1996: 134 und Shell 1992: 7.

⁴¹⁸ Die Euro-Skeptiker fühlten sich besonders durch eine von Thatcher organisierte und gesponserte Telefonkampagne bestätigt, in der sich 94 Prozent der Befragten für ein Referendum über den Maastrichter Vertrag aussprachen.

⁴¹⁹ Thatcher 1992: Rede im britischen Oberhaus vom 2. Juli, zitiert aus Baker/Gamble/Ludlam 1994: 46.

Euro-Skeptiker schließlich auf einen Argumentationskampf und eine offene Rebellion im Parlament. Die Ratifikation des Maastrichter Vertrages stand dabei rückblickend zu keinem Zeitpunkt in Frage, da die Anzahl der Maastricht-Befürworter in sämtlichen Unterhausfraktionen zu groß war. Dennoch ließen das radikale Vorgehen der Euro-Skeptiker und ihre wechselnden Zweckkoalitionen mit Teilen der Labour Party oder sogar mit der gesamten Labour Party, die in der Maastricht-Ratifikation mehrfach eine Möglichkeit sah, die schwache Major-Regierung zu stürzen, den Ratifikationsprozess zu einer parlamentarischen „Schlacht“ werden.⁴²⁰

Das Ausmaß der Rebellion in der CP zeigte sich besonders während des parlamentarischen Schlagabtausches zur Wiederaufnahme der Maastricht-Debatte vom 4. November 1992, in der 32 Hinterbänker dem Premierminister die Loyalität versagten und gegen dessen *Paving Motion* stimmten, obwohl Major die Eingabe an eine informelle Vertrauensfrage gekoppelt hatte. Der Premierminister gewann letztlich nur durch die Stimmen der Liberaldemokraten.⁴²¹ Major reagierte auf diese offene Rebellion seiner euro-skeptischen Hinterbänker mit Zugeständnissen, indem er die eigentliche Parlamentsdebatte in das Jahr 1993 verschob. Vor der Ratifizierung wollte die konservative Regierung nun die Haltung der Dänen abwarten, was einer „höchst ungewöhnliche(n) Übertragung von Verantwortung für einen Eckstein britischer Außenpolitik auf die jütländischen Wähler“ gleichkam – noch dazu in einer Regierung, die ansonsten so eifersüchtig auf die Wahrung der Souveränität achtete.⁴²²

Zur gleichen Zeit zeigten sich erste Risse in Majors Kabinett selbst: Peter Lilley, Michael Portillo und teilweise auch Norman Lamont zeigten offen ihre Unzufriedenheit mit dem Maastrichter Vertrag; Lilley und Portillo trafen sich zum Austausch mit den euro-skeptischen Hinterbänkern.⁴²³ Der Premierminister kämpfte somit fortan an zwei Fronten innerhalb der CP. In der Folgezeit war die Major-Regierung daher sehr darum bemüht, Abstimmungen über einzelne *amendments* zum Maastrichter Vertrag so lange zu vermeiden, bis die *Party Whips* sicher gestellt hatten, dass es eine Mehrheit für den Antrag gab. Diese Strategie verhinderte jedoch nicht, dass die Regierung mehrfach Abstimmungsniederlagen hinnehmen musste. Am Ende der Komitee-Phase hatten 24 konservative Abgeordnete mehr als 20 Mal gegen die eigene Regierung gestimmt, einige sogar mehr als 40 Mal. Weitere 21 Abgeordnete der

⁴²⁰ Vgl. Meier-Walser 1994: 15, Baker/Gamble/Ludlam 1993: 421 und George 1994a: 53.

⁴²¹ Vgl. Meier-Walser 1994a: 103 und Shipley 1995: 83.

⁴²² Wallace, H. 1992/93: 359.

⁴²³ Vgl. Lamont 1999: 200, Wallace, H. 1993/94: 363, Baker/Gamble/Ludlam 1993: 433, Nugent 1993: 51, George 1994: 244 und Blair, A. 1998: 20.

CP blieben den Abstimmungen mehr als 20 Mal fern. Die *Whips* reagierten zunehmend zurückhaltend auf die Euro-Skeptiker, da sie es auf jeden Fall vermeiden wollten, über den Entzug der Fraktionsmitgliedschaft „Märtyrer“ zu schaffen, die dann noch schwieriger zu kontrollieren waren.⁴²⁴ Am 20. Mai 1993 stimmten bei der dritten Lesung zum Maastrichter Vertrag 41 konservative Abgeordnete gegen das Vertragswerk – mehr als doppelt so viele wie bei der zweiten Lesung.

Die konservativen Euro-Skeptiker stellten die Ablehnung des Maastrichter Vertrages und die mit ihr perzipierte Schwächung der Handlungsfähigkeit des britischen Staates sogar über die eigene Parteiprogrammatik. Das verdeutlicht vor allem ihr Votum bei der Abstimmung über die von der Labour Party eingebrachten Ergänzungen zum Sozialkapitel, die Major mit einer zeitgleichen Abstimmung über sein in Maastricht ausgehandeltes *Opt-out* zum Sozialkapitel verband.⁴²⁵ Die Euro-Skeptiker hofften, die Ratifizierung des gesamten Vertragswerkes noch aufzuhalten, da Major aufgrund der eigenen Parteiprogrammatik zu keinen Konzessionen gegenüber der Labour Party bereit sein werde. Bei der Abstimmung wurde somit nicht nur der Labour-Antrag abgelehnt, sondern auch Majors *Opt-out*. Der Premierminister war daher gezwungen, für den folgenden Tag erneut das Instrument der Vertrauensfrage einzusetzen.⁴²⁶ Die Major-Regierung konnte diese knapp für sich entscheiden.

Die Euro-Skeptiker kapitulierten an diesem Punkt, da sie sich nur allzu bewusst waren, dass sie keine alternative politische Heimat hatten. Mit zwei pro-europäischen Oppositionsfraktionen konfrontiert, forcierten sie somit im Anschluss an die Maastricht-Ratifizierung ihre Versuche, die Europapolitik der CP von innen heraus zu ändern.⁴²⁷ John Major selbst gab den Euro-Skeptikern die Zusicherung, dass sie trotz der Maastricht-Rebellion keine Sanktionen zu befürchten hätten und künftig die Europapolitik der Partei wesentlich stärker mitbestimmen dürften.⁴²⁸ Der ehemalige Premierminister Sir Edward Heath und viele konföderalistische Pro-Europäer der CP lehnten diese Konzessionen strikt ab, da die Euro-Skeptiker in der Frage des Sozialkapitels sogar gegen die eigene Parteiprogrammatik gestimmt hatten. Sie gingen daher davon aus, dass Major infolge seiner Konzessionsbereitschaft nun noch schwerer

⁴²⁴ Vgl. Alderman 1993: 512 und „Government onslaught on Eurosceptics“, in: The Financial Times vom 9. März 1993.

⁴²⁵ Vgl. Taylor 1993: Official Report vom 22. Juli: 558 und Shepherd 1993: Official Report vom 23. Juli: 664.

⁴²⁶ Vgl. Major 1993: Official Report vom 22. Juli: 613.

⁴²⁷ Vgl. Sowemimo 1995: 79 und Carlisle 1993: Official Report vom 22. Juli: 564. Dieser betonte, der Premierminister habe durchaus erkannt, dass er keine Politik gegen die Hinterbänkler machen könne.

⁴²⁸ Vgl. Volle 1994: 393 und Morris 1996: 132.

die Kontrolle über die Partei behalten, geschweige denn den europäischen Kurs werde bestimmen können.⁴²⁹

4.1.6 Die innerparteiliche Ebene: Zunehmende Spaltung der CP und europapolitischer Spagat des Premierministers

„It is now clear that what was elected on April 9th was not a Conservative Government with a majority of 21, but a hung Parliament in which the parties that most loathe one another, the Thatcherites and Majorites, stand beneath the Tory flag.“⁴³⁰

Dieses Bild einer von innerparteilichen Spannungen dominierten CP skizzierte die europafreundliche britische Tageszeitung *The Financial Times* Ende 1992 unter dem Eindruck des *Black Wednesday* und der begonnenen „Ratifizierungsschlacht“ von Maastricht. In der Konsequenz, so urteilte die Zeitung, zeige die Entwicklung der Konservativen, dass es Premierminister Major keineswegs gelungen sei, die als Thatchers Erbe eingestuften Zerwürfnisse in der Partei über den europapolitischen Kurs abzumildern oder gar zu beseitigen. Das sich erneut vergrößernde Spektrum an parlamentarischen konservativen Subgruppen und die sich zunehmend professionalisierende Organisation der Euro-Skeptiker und Anti-Europäer, belegen die Aussage der *Financial Times*.⁴³¹

John Major: Mehr Parteimanager als Premierminister?

Nach einer erfolgreichen ersten Regierungphase, die von dem Glauben geprägt war, die konservative Regierung durch eine konziliante Vorgehensweise aus der Isolation in die Mitte der EG zurückholen zu können, verschob sich John Majors europapolitischer Kurs während des Ratifizierungsprozesses des Maastrichter Vertrages deutlich zugunsten der Euro-Skeptiker und EG-Gegner in seiner Partei. Großbritanniens EU-Partner mussten Ende 1992 einen deutlichen Kontrast zwischen dem pro-europäischen Diskurs, den Major in privaten Gesprächen bevorzugte, und den weit-aus euro-skeptischeren Tönen, die er in der britischen Öffentlichkeit anschluss, feststellen. Die Maastrichtverhandlungen hatten überdies längst offenbart, dass Major in

⁴²⁹ Vgl. Heath 1992: Official Report vom 4. November: 310/311, ders. 1993: Official Report vom 23. Juli: 704, Hordern 1993: Official Report vom 23. Juli: 692, Emery 1993: Official Report vom 23. Juli: 647, Channon 1993: Official Report vom 23. Juli: 658, Onslow 1993: Official Report vom 22. Juli: 549 und Renton 1993: Official Report vom 22. Juli: 545.

⁴³⁰ *Financial Times* vom 27. Oktober 1992, zitiert aus Baker/Gamble/Ludlam 1993: 432.

⁴³¹ Vgl. vor allem Baker/Gamble/Ludlam 1994: 47.

der politischen Substanz kaum Differenzen zu Thatchers europapolitischem Ansatz aufwies. Obwohl Major zu den Thatcher-Pragmatikern um Geoffrey Howe, Nigel Lawson und Kenneth Clarke gezählt wurde, konnte – von der EWKM- und Deutschlandpolitik in der frühen Regierungsphase abgesehen – kaum von einem nennenswerten Substanzwechsel gesprochen werden, was auch daran lag, dass der Premierminister die Parteieinheit zunehmend über seine politischen Überlegungen stellen musste. So kann rückblickend durchaus konstatiert werden, dass Major in erster Linie nur einen Wechsel in Tonfall und Stil vollzog. Sein Versuch, Brücken zwischen den einzelnen europapolitischen Gruppen seiner Partei und den EU-Partnern zu bauen, schlug fehl. Die Strategie, einerseits den Maastrichter Vertrag mitsamt seinen britischen Sonderregelungen auszuhandeln, andererseits aber wiederholt entschiedenen Zweifel an einer weiteren politischen Integration der EU zu äußern, wurde ihm als „Schlingerkurs“ ausgelegt.⁴³² Die derart kleine Mehrheit, wie sie sich dem Premierminister seit der Wahl im April 1992 bot, begrenzte die Manövrierfläche seiner Führungskompetenz und damit einer eigenen Europapolitik.⁴³³

Die Parlamentsfraktion:

Stille Pro-Europäer – öffentlichkeitswirksam agierende Euro-Skeptiker

Die Mehrheit der Konservativen Partei hatte – ebenso wie Margaret Thatcher selbst – kein ausgereiftes und vor allem kein auf europäischer Ebene mehrheitsfähiges Konzept für die Weiterentwicklung der EU zu bieten. So ersetzte bei den Euro-Skeptikern und Anti-Europäern überwiegend die Negation die Konzeption: keine Währungsunion, keine Sozialcharta, keine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, keine Vertiefung der Integration. Ihr Eintreten für eine im Vergleich zum Maastrichter Vertrag weitaus geringere Integrationsstufe drängte Major, wollte er ein Auseinanderbrechen der CP vermeiden, stärker in die Rolle des Parteimanagers denn in die Rolle des Premierministers. In der Europapolitik konnte er somit letztlich nur eine Politik des „muddling through“ verfolgen.⁴³⁴ Majors Politik der Kompromissfindung und der offenen Kollegialität innerhalb des Kabinetts, die bis zum Wahlsieg 1992 von den Abgeordneten als richtige Strategie zur Harmonisierung

⁴³² Vgl. in diesem Zusammenhang stellvertretend die Rede Majors vor der *Conservative Group for Europe* (CGFE), in welcher der Premier sich für eine führende Rolle Großbritanniens in der EG aussprach, und seinen im Gegensatz dazu sehr kritischen und defensiven Beitrag für das Wirtschaftsmagazin *The Economist*, der als zeitlicher Vorgänger seiner Leiden-Rede im Jahr 1994 gilt. Vgl. Major 1993: 1-3, Major 1993a: 19-29, Lamont 1999: 409 und Young, H. 1998: 448.

⁴³³ Vgl. Smith 1995: 5.

⁴³⁴ Sturm 1992: 256. Vgl. auch George 1994: 231.

der Konservativen Partei gefeiert worden war, wurde dem Premierminister nach der Wahl als Führungsschwäche ausgelegt. Thatcher-Nationale wie Peter Lilley, Michael Portillo und der später entlassene Schatzkanzler Norman Lamont zeigten trotz Kabinettsrang deutlich ihr Unbehagen über das Maastricht-Europa; Sozialminister Howard stand ihnen gedanklich nah.⁴³⁵ Der Premierminister hatte bis zur Wahl noch das Gefühl gehabt, in den Maastricht-Verhandlungen auch ein für die Euro-Skeptiker zufriedenstellendes Ergebnis erzielt zu haben. Dies wies der Ratifizierungsprozess, der den Riss zwischen Maastricht-Befürwortern und -Gegnern deutlich werden ließ, nun als Fehleinschätzung aus.⁴³⁶ Eine Umfrage unter konservativen Abgeordneten über die Europapolitik ihrer Regierung hatte bereits 1991 offenbart, dass diese seit den späten Thatcher-Jahren zum größten ideologischen Trennungsfaktor in der traditionell durch große Einheit und Loyalität zum Parteiführer gekennzeichneten CP avanciert war. Gemäß der Erhebung waren vor allem die Thatcher-Nationalen zu den überzeugten Euro-Skeptikern zu zählen.⁴³⁷ Deren zentrale und am besten organisierte Gruppe war bis zur Formierung der *Fresh-Start*-Gruppe Mitte 1992 die Brügge-Gruppe. Sie umfasste sowohl gestandene Anti-Europäer wie z. B. Sir Teddy Taylor, die bereits seit Jahren gegen die EG insgesamt angingen, als auch solche Abgeordnete, die zwar das Binnenmarkt-Europa aktiv unterstützt hatten, zugleich aber über die durch Kommissionspräsident Delors geprägte weitere Entwicklung der EG bestürzt und hochgradig misstrauisch gegenüber möglichen föderalen Finalitätsüberlegungen der EG-Partner waren. Die Brügge-Gruppe nutzte sowohl die öffentliche wie auch die parlamentarische Plattform, um ihre EG-Vision eines Europas der Nationalstaaten mit ausschließlich wirtschaftlicher Integration einzufordern.⁴³⁸ Sie drohte dem Premierminister offen mit der Aufkündigung ihrer Loyalität, sollte dieser sich von ihrem eigenen, von der Mehrheit der Partei nicht mitgetragenen europapolitischen Kurs, zu weit entfernen. Dies kam einem radikalen Bruch in der britischen Parteipolitik gleich, der für die neunziger Jahre in der CP typisch werden sollte: Die vielbeschworene Solidarität mit dem Premierminister und seinem Kabinett wurde nach

⁴³⁵ Vgl. Young, H. 1998: 436- 446. Lamont schloss sich nach seiner Entlassung den in der *Fresh-Start*-Gruppe organisierten euro-skeptischen Hinterbänkeln an. Vgl. Lamont 1999: 381-384, 399 und 524.

⁴³⁶ Vgl. dazu Bulpitt 1992: 261, der darauf hinweist, dass die Euro-Skeptiker nach Majors Präsentation der Maastrichter Sonderregelungen für Großbritannien als die großen Verlierer angesehen wurden, tatsächlich aber nur die Unterhauswahlen abwarteten, um gegen das Vertragswerk gezielt angehen zu können.

⁴³⁷ Vgl. Garry 1995: 175-183.

⁴³⁸ Vgl. Thatcher 1991: Official Report vom 26. Juni: 1026-1031, Tebbit 1991: Official Report vom 20. November: 290-298, Spicer 1991: Official Report vom 21. November: 480-483 und 502-504 sowie Thatcher 1995: 479/480 und Ware 1996: 252.

dem Maastrichter Ratifizierungsprozess fast immer zugunsten der europapolitischen Subgruppen des euro-skeptischen Lagers aufgegeben. Bereits im März 1991, noch während der Maastricht-Verhandlungen, unterschrieben auf Initiative der Brügge-Gruppe 105 Abgeordnete einen Antrag gegen eine einheitliche Europäische Währung.⁴³⁹

Im Juni 1992, direkt nach dem negativen Maastricht-Votum der Dänen, formierte sich zudem eine neue euro-skeptische Subgruppe in der CP, die zunächst als loser Verbund agierte, ab September 1992 aber einen formelleren Charakter entwickelte. Die *Fresh-Start*-Gruppe nannte sich nach einer *Early Day Motion*, in der über neunzig konservative Abgeordnete einen Wandel in der Europapolitik der konservativen Regierung einforderten. Dem Kern der Gruppe gehörten jene 22 Abgeordneten an, die bereits bei der zweiten Lesung gegen den Maastrichter Vertrag gestimmt hatten. Ihre prominentesten Gesichter waren Michael Spicer, Bill Cash und Christopher Gill.⁴⁴⁰ Viele der *Fresh Start*-Mitglieder waren gleichzeitig auch Mitglieder der Brügge-Gruppe. Die *Fresh Start*-Gruppe konzentrierte sich aber ausschließlich auf den Maastrichter Vertrag. Die neue Gruppe stellte eindeutig die stärkste Faktion, nahezu gar „eine Partei in der Partei“ dar: Sie umfasste fast alle Hinterbänkler, besaß die größten Ressourcen, eine professionell geführte Zentrale und baute schnell gute Kontakte zu den Medien und den Euro-Skeptikern der Labour Partei auf. Auch gewann sie unbestritten großen Einfluss auf das Kabinett. Durch die stärker gewordene Organisation der Euro-Skeptiker und die knappe Parlamentsmehrheit der CP war eine breitangelegte Rebellion gegen die eigene Regierung ab Sommer 1992 somit jederzeit möglich.⁴⁴¹ Die Euro-Skeptiker profitierten zudem, auch wenn sie nicht die Mehrheit in der eigenen Partei stellten, von dem 1992 erfolgten Influx neuer Abgeordneter, die stark von der Thatcher-Dekade geprägt waren und die nun anstelle altgedienter Föderalisten und Konföderalisten der Heath-Zeit im House of Commons Platz nahmen:

„Of particular concern to the party’s whips were those Tory MPs elected in 1992. Instead of being among the most loyal and compliant, many have proved

⁴³⁹ Vgl. Wallace, H. 1991/92: 370.

⁴⁴⁰ Vgl. Clark 1998: 504, Lamont 1999: 199, Alderman 1993: 509, Dunleavy 1993: 131, Kelly 1995: 11, Meier-Walser 1994: 12, Shell 1992: 6, Gilmour/Garnett 1998: 358, Berrington/Hague 1998: 52/53 und Sowemimo 1995: 83. In ihrer *Early Day Motion* forderte die zwischen 70 und 90 Mitglieder zählende Gruppe: *„We urge the government to use the decision to postpone the passage of the European Communities (Amendment) Bill as an opportunity to make a fresh start, with the future development of the EC, and in particular to concentrate its efforts on the chosen agenda of the British presidency which is to extend the borders of the EC and to create a fully competitive common market.“* Zitiert aus Baker/Gamble/Ludlam 1993a: 166.

⁴⁴¹ Vgl. Garry 1995: 185 und Shell 1992: 6.

among the most troublesome. Of those who signed the „early day“ motion, 25 had been in the Commons only a few weeks (...).It could be argued that the new generation of Tory MPs represent Thatcher’s children (...).“⁴⁴²

⁴⁴² Kelly 1995: 12. Vgl. auch Berrington/Hague 1998: 50/51 und 60/61 sowie Fella 2002: 11.

4.2 „Aus der Ideologie in die Realität“:

Labours Europapolitik unter Neil Kinnock und John Smith

4.2.1 Labours Wandel von der *Patriotic Party* zur *Party of Europe* unter Neil Kinnock

Während der achtziger Jahre vollzog sich in der britischen Labour Partei ein fundamentaler Wandel in der Europapolitik. Die Politik des Austritts aus der Gemeinschaft, festgehalten im Wahlmanifest der Partei zu den Unterhauswahlen 1983, wurde unter dem Parteivorsitz Neil Kinnocks vorsichtig und graduell durch eine Politik der Annäherung an die EG und schließlich durch eine offene pro-europäische Ausrichtung Labours ersetzt.⁴⁴³

Ebenso wie in der Konservativen Partei war die Europäische Gemeinschaft in der Labour Party grundsätzlich ein Politikfeld schärfster innenpolitischer Kontroversen, wobei die britischen Sozialisten, die im Gegensatz zu ihren kontinentalen Schwesterparteien sehr stark dem Nationalstaat und dem Commonwealth verhaftet waren, insgesamt einen eher skeptischen, zumindest in ihren Regierungsphasen aber zögerlich pragmatischen Ansatz vertraten.⁴⁴⁴ Pro- und anti-europäische Gruppen zogen einen Riss durch alle Gremien der Partei; bis 1980 konnte zu keiner Zeit von einem eindeutigen anti- oder pro-europäischen Kurs gesprochen werden, auch wenn die Labour-Basis deutlich euro-skeptisch orientiert war. Die Gründe der Labour Party für oder gegen ein Engagement Großbritanniens in der Gemeinschaft waren sowohl politischer als auch ökonomischer Natur. Für die Europagegner des rechten und des linken Flügels stand insbesondere die britische Souveränität im Mittelpunkt ihrer politischen Argumentation. Beide Gruppen wollten den britischen Einheitsstaat nicht gefährden und „eine Erosion der politischen Institutionen des Landes durch den Einfluss der supranationalen Ebene“ verhindern.⁴⁴⁵ Das britische Parlament wurde von ihnen als die einzig anerkannte politische Arena zur Umsetzung der politischen Vorstellungen Labours angesehen.⁴⁴⁶ Die *Anti-Marketeters* des linken Spektrums verwiesen zudem auf den internationalistischen Anspruch Labours sowie auf ihre Solidarität mit anderen sozialistischen Ländern und der dritten Welt, die durch eine Mitgliedschaft in der EG nicht mehr im gleichen Maße aufrechterhalten werden könnten.

⁴⁴³ Vgl. Paterson/Henson 1995: 10 und 22/23 sowie Holden 2002: 1.

⁴⁴⁴ Vgl. George/Haythorne 1996: 112.

⁴⁴⁵ Weinmann 1999: 25.

⁴⁴⁶ Vgl. Grahl/Teague 1988: 72.

Die Europagegner des rechten Flügels pochten hingegen auf die nicht zu gefährdenen traditionell engen Beziehungen zu den USA und den Staaten des Commonwealth.⁴⁴⁷

Stark an ideologischen Überzeugungen ausgerichtet, verfocht die Linke der Partei zudem die wirtschaftspolitische Auffassung, dass die EG ein *capitalist club* sei und eine nationalstaatlich geplante interventionistische Wirtschafts- und Industriepolitik Labours verhindere.⁴⁴⁸ Insbesondere in der Oppositionszeit von 1979 bis 1983 begriff die Mehrheit der Labour Party unter Parteiführer Michael Foot die EG als „Hemmschuh für die Verwirklichung sozialistischer Politik in Großbritannien“.⁴⁴⁹

Die Pro-Europäer der Partei verwiesen dagegen auf die Vorteile der Gemeinschaft für das Vereinigte Königreich. Während die EG-Befürworter des linken Flügels die Gemeinschaft von innen heraus verändern und auf diese Weise die eigene sozialistische Politik auf die europäische Ebene übertragen wollten, betonten die Pro-Europäer des rechten sozialdemokratischen Flügels und der Parteimitte der Labour Party, dass die Einbindung Großbritanniens in die EG die notwendige wirtschaftliche Modernisierung des Vereinigten Königreichs vorantreibe und zudem eine Neuorientierung von der alten Weltmachtrolle hin zu einer europäischen Macht ermögliche. Die integrationsfreundlichen Kräfte innerhalb der Labour Party wurden jedoch durch den Austritt ihrer prominentesten Europapolitiker 1981 deutlich geschwächt.⁴⁵⁰

Der Wandel Labours zu einem nach außen hin geschlossenen pro-europäischen Kurs unter dem 1983 gewählten neuen Parteiführer Neil Kinnock erfolgte daher graduell und in zwei Phasen. Kinnock versuchte zunächst, der Europadebatte innerhalb seiner Partei die Schärfe zu nehmen und weitere öffentliche Flügelkämpfe zu vermeiden. Damit leitete er ab 1987 schließlich einen offenen Kurswechsel in der Europapolitik ein.⁴⁵¹ Zeichnete sich in der Konservativen Partei Ende der achtziger Jahre eine immer stärkere Zerrissenheit in der Europapolitik ab, so „hielten sich die britischen Sozialisten zwischen 1984 und den dritten Europawahlen (1989) (zunächst) ge-

⁴⁴⁷ Vgl. ebd., Broad 2001: 1-4 und George/Haythorne 1996: 114.

⁴⁴⁸ Vgl. Schultendorff 1993: 108-112 und Paterson/Henson 1995: 11.

⁴⁴⁹ Weinmann 1999: 34. Vgl. Paterson/Henson 1995: 20, Leitolf 1995: 275, George/Haythorne 1996: 114, Fella 2002: 20/21 und Daniels 1998: 73/74.

⁴⁵⁰ 1981 gründete die sogenannte „*Gang of Four*“ – Shirley Williams, Bill Rodgers, David Owen und der ehemalige britische Finanzminister und EG-Kommissionspräsident Roy Jenkins – die europafreundliche *Socialdemocratic Party* (SDP). Die Europapolitik, so erklärte David Owen, sei einer der wichtigsten Beweggründe für die Gründung der neuen Partei gewesen. Der Vierergruppe schlossen sich rasch rund 20 Unterhaus-Abgeordnete der Labour Party an. Vgl. Young, H. 1998: 476 und George/Haythorne 1996: 115.

⁴⁵¹ Vgl. Daniels 1998: 74/75.

schickt im Windschatten dieser Ereignisse auf.“⁴⁵² Die schwerste Wahlniederlage seit Ende des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1983 hatte zwar die Überzeugung des rechten Flügels der Partei bestätigt, dass die Briten die „Alternative Ökonomische Strategie“ Labours und die starre Verweigerungshaltung gegenüber der EG ablehnten, sie führte aber keineswegs zu einer konsequenten und „klaren Reorientierung“ Labours in der Europapolitik.⁴⁵³ Vielmehr konfrontierte die gescheiterte Europapolitik des Austritts aus der EG die Labour Party mit einem strategischen und politischen Vakuum, denn die Partei sollte nun plötzlich überzeugend auf die Institutionen und Praktiken der EG antworten, die sie in den vergangenen Jahren kategorisch abgelehnt hatte. Dies ließ schnell deutlich werden, dass der Partei ein eigenständiges und kohärentes europapolitisches Profil fehlte.⁴⁵⁴

Die britischen Sozialisten versuchten daher zunächst Debatten zur Europapolitik schlicht zu vermeiden. So konstatiert Schultendorff, dass auf den Parteikonferenzen der Jahre 1984 bis 1987 gerade einmal zwei europapolitische Ereignisse und Themen auf die Tagesordnung gesetzt wurden.⁴⁵⁵ Die Entwicklung eines eigenständigen europapolitischen Profils wurde zudem dadurch erschwert, dass die Parteiführung das Feld der Europapolitik personell nicht in Neil Kinnocks Schattenkabinett verankerte.⁴⁵⁶ Darüber hinaus war die Partei nach wie vor keineswegs geschlossen in ihrer Europapolitik. In weiten Teilen dominierten noch immer die euro-skeptischen oder *Anti-Marketeer-Kräfte* die interne Debatte.⁴⁵⁷ Die Signale der Parteiführung waren entsprechend ambivalent. So sprach sich Parteichef Neil Kinnock im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 1984 zwar für ein gemeinsames Wahlmanifest mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Schwesterparteien der Gemeinschaft aus und deutete damit die Bereitschaft seiner Partei an, sich auf der Gemeinschaftsebene zu engagieren. Nahezu gleichzeitig forderte er aber eine zweite Messina-Konferenz zur EG, die den supranationalen Charakter der Gemeinschaft vollstän-

⁴⁵² Schultendorff 1993: 325.

⁴⁵³ Weinmann 1999: 35. Die „Alternative Ökonomische Strategie“ der Labour Party stand für eine unabhängige nationale Planung im wirtschaftlichen und sozialen Bereich und für den Rückzug Großbritanniens aus der internationalen Wirtschaft. Sie galt als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der EG, die die Mehrheit der Labour-Anhänger als Kapitalistenklub und Idee der Konservativen brandmarkte.

⁴⁵⁴ Vgl. Grahl/Teague 1988: 79.

⁴⁵⁵ Vgl. Schultendorff 1993: 325 und Labour Party 1984: 111-114: 1984 diskutierten die Labour-Delegierten den Ausgang der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament, wobei das gute Ergebnis als Protest der britischen Wähler gegen die Politik der konservativen Regierung gewertet wurde. 1986 wurde erstmals ein positiver Grundsatzantrag zur EG gestellt, 1987 hielt mit David Martin erstmals ein Vorsitzender der britischen Labour-Gruppe im EP ein Grußwort auf dem Labour-Parteitag.

⁴⁵⁶ Vgl. Grahl/Teague 1988: 79.

dig beseitigen sollte. Ihm schwebten stattdessen ein Europäischer Rat mit alleiniger Initiativfunktion und eine Europäische Versammlung anstelle des direkt gewählten Europäischen Parlaments vor.⁴⁵⁸ Die Labour Party lehnte die Einheitliche Europäische Akte ab, weil sie einen „Triumph des Euro-Thatcherismus“, also des Freihandels ohne eine kompensierende Stärkung der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik darstellte. Außerdem kämpfte vor allem die Parteilinke, die in weiten Teilen in der *British Anti-Common Market Campaign* engagiert war, entschieden gegen einen weiteren Souveränitätstransfer von Westminster nach Straßburg. Ebenso wie die Konservativen konnten sich jedoch auch die britischen Sozialisten ab Mitte der achtziger Jahre dem beschleunigten europäischen Integrationsprozess nicht mehr entziehen. „Die europapolitische Ambivalenz der Labour Party seit 1983 wich im Programm zur Unterhauswahl 1987 einem eindeutigen Bekenntnis zur EG-Mitgliedschaft Großbritanniens.“⁴⁵⁹ Auch bei den britischen Sozialisten stellten das Binnenmarktprojekt und die europäische Sozial- und Währungspolitik in den späten achtziger Jahren das thematische Zentrum der europapolitischen Debatte dar.

4.2.1.1 Die Verknüpfung von Sozialpolitik und Binnenmarkt

In der Binnenmarkt-Diskussion arbeitete die Labour Partei mit grundsätzlich anderen Argumentationsmustern als die Konservative Partei. Im Gegensatz zu den Tories, in deren Focus die wirtschaftlichen Vorteile des Projektes standen, hinterfragte die Labour Party, ob die britische Wirtschaft überhaupt genügend auf den Binnenmarkt vorbereitet sei, um dessen Chancen zu nutzen. Schließlich seien „im Vergleich zu den wichtigsten europäischen Wettbewerbern (...) beträchtliche Rückstände in der Ausbildung und den Investitionen der Unternehmen auf den Gebieten der Grundlagenforschung und Entwicklung neuer Technologien feststellbar“.⁴⁶⁰ Die Arbeiterpartei befürchtete zudem, dass hauptsächlich die großen multinationalen Konzerne vom Binnenmarkt profitieren würden.

Aus dieser kritischen Analyse leitete die Labour-Parteiführung jedoch keine grundsätzliche Ablehnung des Binnenmarkt-Projektes mehr ab, sie entwickelte vielmehr Konzepte für eine interventionistische Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der europäischen Ebene, um den Binnenmarkt sozial abzufedern. Zentrale Instrumente sollten

⁴⁵⁷ Vgl. Broad 2001: 157-166, Hix 1996: 316-318 und Weinmann 1999: 68.

⁴⁵⁸ Vgl. Kinnock 1994: *New Deal for Europe*: 2-4. Vgl. auch George/Haythorne 1996: 111.

⁴⁵⁹ Weinmann 1999: 39.

⁴⁶⁰ Schultendorff 1993: 327. Vgl. auch Labour Party 1989a: 4.

hierbei der Regional- und Sozialfonds sein, für die eine finanzielle Besserstellung angestrebt wurde.⁴⁶¹ Während die Konservative Partei auf Deregulierung und die freie Entfaltung der Marktkräfte setzte, forderte Labour eine Verknüpfung von Sozialpolitik und Binnenmarkt und damit eine aktive regulierende Rolle von EG und Mitgliedstaaten, denn, so Tony Blair, „a free market is not the same as a ‚fair‘ one.“⁴⁶² Entsprechend argumentierte Parteichef Kinnock, dass die EG die Labour Party als aktive Gestaltungskraft brauche. „Die Partei sah die Ursachen für die Marginalisierung britischer Interessen in der supranationalen Politikarena vor allem in (den) gegensätzlichen Regierungsphilosophien (der Konservativen und der EG-Partnerländer) begründet“.⁴⁶³ Die britischen Sozialisten fühlten sich durch die Zielsetzung der EG, durch regulierende Initiativen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Gemeinschaft beizutragen, in ihrer überarbeiteten Programmatik bestätigt. Das zentrale Element dieser „konzeptionellen Parallelität“ zwischen der Labour Party und der EG war die von Kommissionspräsident Jacques Delors vertretene Zielsetzung einer europäischen Sozialcharta, die der Franzose 1988 auf dem *Trade Union Congress* in Bournemouth vorstellte. Delors präsentierte vor den Gewerkschaftern seine Vision eines sozialen Europa und nannte in seiner Rede drei Prinzipien, die die soziale Dimension des ‚Projektes 1992‘ prägen sollten: Erstens dürfe es keine weitere Reduzierung des Rechts auf sozialen Schutz und Leistungen sozialer Sicherheit geben, zweitens sollte eine Erhöhung der Gesundheits- und Sicherheitsstandards erfolgen und drittens müssten die Koalitionsfreiheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und das Recht auf Tarifverhandlungen sowie die Freizügigkeit eines jeden Arbeitnehmers künftig gewährleistet sein.⁴⁶⁴ Delors’ Rede wurde von den Gewerkschaftern mit stehenden Ovationen gefeiert. Seine Ausführungen über das soziale Europa sorgten in ihrer Konsequenz für eine „historische Annäherung“⁴⁶⁵ zwischen den britischen Gewerkschaften und der Labour Party auf der einen Seite und der Europäischen Gemeinschaft auf der anderen Seite, da die Vision des Kommissionspräsidenten ein ureigenes Politikfeld der Labour Party aufblühen ließ. Das Engagement für eine europäische Sozialpolitik begriff die Labour-Parteiführung als Chance, ihrer Europapolitik einen „konstruktiv-kritischen Anstrich“⁴⁶⁶ zu geben und

⁴⁶¹ Vgl. dazu Labour Party 1988: 131-140 und Sassoon 1991: 369.

⁴⁶² Blair 1988. Vgl. auch Sassoon 1991: 369.

⁴⁶³ Weinmann 1999: 39. Vgl. Schultendorff 1993: 354/5.

⁴⁶⁴ Vgl. Tindale 1992: 293, George 1994: 193, Roberts 1989: 77, Broad 2001: 170-176, Hearl 1994: 523 und Evans 1997: 85.

⁴⁶⁵ Wallace, H. 1989/90: 367.

⁴⁶⁶ Schultendorff 1993: 333/334.

sich als gestaltende politische Kraft auf nationaler und supranationaler Ebene zu empfehlen. „Erstmals seit dem britischen EG-Beitritt fand sich die Partei auf der Seite der nicht nur von Sozialisten, sondern auch von Christdemokraten des Festlands vertretenen Mehrheitsmeinung in der Gemeinschaft. Das enthusiastische Eintreten für die Sozialcharta stieß zum einen auf eine große Resonanz in der breiten öffentlichen Meinung, zum anderen erschwerte es die Position der (konservativen) Regierung, die sich den ‚sozialistischen‘ Ideen aus Brüssel widersetzte.“⁴⁶⁷

In ihrem zentralen Reformdokument *Meet the Challenge. Make the Change* bekannte sich die Labour Partei somit 1989 offen zum europäischen Binnenmarktprojekt, das sie als Herausforderung und Chance für das Vereinigte Königreich begriff. In dem Positionspapier zeigte die Parteiführung auf, dass „die zunehmende Globalisierung einen erhöhten Regulierungsbedarf für die europäische Politikebene mit sich bringe (...)“ und die britischen Sozialisten verpflichtet seien, zu einer sozialen Flankierung des Projekts beizutragen.⁴⁶⁸

4.2.1.2 Vorsichtige Neuorientierung in der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik

„Hatte die Labour Party in der Frage des Binnenmarktes, die sie untrennbar mit der Forderung nach einer europäischen Sozialcharta verband, eine geradezu enthusiastische und vor allem eine ungewohnt einige Haltung eingenommen, ließ sie dagegen in Fragen der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik große Vorsicht und Zurückhaltung walten.“⁴⁶⁹ Ebenso wie bei den Tories gehörte die Frage eines britischen Beitritts zum Europäischen Währungssystem zu den umstrittensten europapolitischen Themenfeldern innerhalb der Labour Party, da hier entscheidende Punkte der nationalen Wirtschaftspolitik berührt wurden.⁴⁷⁰ Entsprechend ungeschlossen trat die Labour Party auf. So lehnte Bryan Gould, einer der führenden Euro-Skeptiker, Wortführer der Parteilinken und Schatten-Handels- und Industrieminister der Labour Party, eine Vollmitgliedschaft des Vereinigten Königreichs im EWKM kategorisch ab,

⁴⁶⁷ Wallace, H. 1989/90: 367. Vgl. auch Young, J. 1993: 157, MacShane 1991: 351-364, Paterson/Henson 1995: 24/25 und Sassoon 1991: 370.

⁴⁶⁸ Weinmann 1999: 40. Vgl. LP 1989: 75-82.

⁴⁶⁹ Schultendorff 1993: 335. Nach dem Scheitern der Alternativen Ökonomischen Strategie der frühen achtziger Jahre favorisierten weite Teile der Partei noch immer einen keynesianistischen Kurs. Gleichzeitig wuchs aber auch die Erkenntnis, dass eine ausschließlich nationale Wirtschaftsstrategie angesichts der zunehmenden Interdependenz nicht mehr ausreichte. Vgl. Holden 2002: 46-49.

⁴⁷⁰ Der Nationalstaat als zentrale politische Handlungsebene hat in der Parteiideologie Labours eine große Bedeutung. Dieser betont nationale Ansatz unterscheidet die britischen Sozialisten von ihren kontinentalen Schwesterparteien. Vgl. Paterson/Henson 1995: 11 und Schwarz 1997: 73.

da die Arbeiterpartei dann den Wechselkurs und den ‚Zinshebel‘ nicht mehr als Instrumente nationaler Wirtschaftspolitik benutzen könne und der Handlungsspielraum künftiger Labour-Regierungen empfindlich eingeschränkt werde.⁴⁷¹ Auch Neil Kinnock äußerte sich zurückhaltend zum Europäischen Währungssystem, das er zwar nicht ablehnte, aber mit der Forderung nach einer „Belebung der wirtschaftlichen Dynamik durch eine koordinierte expansionistische Fiskal- und Währungspolitik der EG und ihrer Mitglieder“ und nach „(s)taatliche(n) Hilfsaktionen zugunsten benachteiligter Wirtschaftsregionen und -zweige“ verband.⁴⁷² Der stellvertretende Parteivorsitzende Roy Hattersley hingegen plädierte für einen Beitritt zum ERM, weil er sich dadurch einen stabileren Pfundkurs erhoffte.⁴⁷³ In der Labour Party herrschte Einigkeit in den späten achtziger Jahren somit nur darüber, was die Partei auf keinen Fall wollte: Sie lehnte die Pläne zu einer gemeinsamen europäischen Währung und einer Europäischen Zentralbank entschieden ab.

Erst nach dem eindrucksvollen Sieg der Labour Party bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1989 näherte sich die Parteiführung auf ihrem Parteitag in Brighton einem Beitritt des EWKM deutlich an. Vor allem der pro-europäische Schatten-Schatzkanzler John Smith verwies auf die durch das Europäische Währungssystem seit über zehn Jahren erzielte Währungsstabilität und die niedrige Inflationsrate. Da die Labour Party und ihre europäischen Schwesterparteien in der Wirtschafts- und Sozialpolitik konform gingen, seien die Verwirklichung von Binnenmarkt und Sozialcharta sowie eine „engere, langfristig ohnehin unvermeidliche Koordination der Währungspolitik der EG-Länder absolut wünschenswert“, betonte Smith.⁴⁷⁴

4.2.1.3 Der innerparteiliche Wandel:

Annäherung an die EG als Teil eines neuen programmatischen Profils

Labours Annäherung an die Europäische Gemeinschaft war letztlich ein „von oben“ initiiertes Prozess. Parteiführung, Unterhaus-Abgeordnete, Schattenkabinett und die sich stärker transnational ausrichtenden Gewerkschaftsspitzen waren die Reform- und Antriebskräfte der sogenannten *Policy Review*, einem nach der verlorenen Par-

⁴⁷¹ Vgl. Grahl/Teague 1988: 80.

⁴⁷² Schultendorff 1993: 336. Vgl. „Kinnock urges stronger intervention for EEC“, in: *The Guardian* vom 31. Januar 1989.

⁴⁷³ Vgl. Grahl/Teague 1988: 80/81.

⁴⁷⁴ John Smith, Rede am 16. April 1990 in New York, zitiert aus Schultendorff 1993: 338. Vgl. auch Holden 2002: 100.

lamentswahl 1987 gestarteten programmatischen Modernisierungsprozess der Labour Party. Der ab 1987 aktive und offene Umschwung der britischen Sozialisten zu einer pro-europäischen Ausrichtung war somit Teil eines „wider fundamental political-cultural shift within the Labour Party“, der sie von der sozialistischen Arbeitertradition hin zur Sozialdemokratie führte.⁴⁷⁵ Ziel war es, die britische Labour Party nach dem „Bankrott ihrer sozialistischen Ideen“ durch eine Anpassung und Modernisierung ihres Profils wieder wählbar zu machen.⁴⁷⁶ Die *Policy Review* war die pragmatische Antwort auf eine sich wandelnde nationale Politikarena, wobei sie aber nicht vollkommen mit dem programmatisch-ideologischen Erbe der Labour Party brach. Anstelle umfassender Verstaatlichungen bekannte sich die Arbeiterpartei nun vorsichtig zu Markt- und Privatwirtschaft. Ihre interventionistischen Maßnahmen im Bereich von Bildung, Gesundheit, Wissenschaft, Forschung und Umwelt sah sie fortan als einen wichtigen „Katalysator ‚to make the market work‘“.⁴⁷⁷

Die „Europäisierung“ Labours erfolgte sowohl aus wahltaktischen Gründen als auch aus inhaltlich-programmatischer Überzeugung heraus; sie war ein entscheidendes Instrument des Wandels.⁴⁷⁸ So nutzte die Labour Partei in den späten achtziger Jahren den immer stärker in der Öffentlichkeit ausgetragenen Streit der Konservativen über deren europapolitischen Kurs, um sich als konstruktiv-pragmatische, geschlossenen pro-europäische Partei Großbritanniens positiv abzugrenzen und zu profilieren.⁴⁷⁹ Die Stilisierung als *Party of Europe* des Vereinigten Königreichs half den britischen Sozialisten darüber hinaus, ihre Partei im unmittelbaren Vergleich mit den europäisch isolierten Konservativen als modern und regierungsfähig zu präsentieren. Die supranationale und die lokale Ebene boten den britischen Sozialisten dabei wichtige öffentliche Arenen, um die Vorherrschaft der Konservativen angreifen zu können. Durch ihr offenes Bekenntnis zum EWKM versuchte die Partei ihre wirtschafts-

⁴⁷⁵ Paterson/Henson 1995: 23. Vgl. dazu auch Shaw 1993: 126, der von der größten programmatischen Richtungsänderung in der Labour Party seit über 30 Jahren spricht, und Tindale 1992: 276/282, der die *Policy Review* als das „Bad Godesberg“ der britischen Sozialisten bezeichnet. Vgl. zur genauen Struktur der *Policy Review* und den verschiedenen Arbeitsgruppen besonders Shaw 1993.

⁴⁷⁶ Holden 2002: 8. Vgl. auch George/Haythorne 1996: 116 und Daniels 1998: 79

⁴⁷⁷ LP 1989: 6. Vgl. auch Weinmann 1999: 73, Shaw 1993: 118-123, Smith, M. 1994: 708-710 und Broad 2001: 197.

⁴⁷⁸ Vgl. vor allem Daniels 1998: 78/79, der den Wandel in der Europapolitik mit veränderten innenpolitischen Rahmenbedingungen, dem zunehmend transnationalen Verständnis der Gewerkschaften, der Dynamik des Europäischen Integrationsprozesses in den achtziger Jahren und dem Wandel der Partei in Fragen der Wirtschaftspolitik und der Rolle des Nationalstaates begründet.

⁴⁷⁹ Die Labour Party startete 1988 eine achtmonatige Fernsehkampagne zu ihrer revidierten, aus der *Policy Review* hervorgegangenen Europapolitik.

und finanzpolitische Kompetenzen in der britischen Wirtschaft, insbesondere der City of London, stärker zu demonstrieren.⁴⁸⁰

Neben diesen taktisch-pragmatischen Überlegungen wuchsen aber auch die inhaltlichen Übereinstimmungen mit Zielen der Europäischen Gemeinschaft durch einen Wandel der Gemeinschaft selbst.⁴⁸¹ Das zentrale Politikfeld bildete hierbei die Sozialpolitik, der die Labour Party ein großes Potential für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung Großbritanniens beimaß. Sie entwickelte sich daher zum „Kristallisationspunkt ihres Oppositionsverhaltens“.⁴⁸² Die Partei arbeitete nun stärker daran, eigene Politikziele – besonders in der Sozial-, Umwelt- und Strukturpolitik – über die europäische Ebene durchzusetzen und somit über den „Umweg EG“ Einfluss auf die Entwicklung Großbritanniens zu nehmen: „Europeanisation was (...) a reaction to domestic failure.“⁴⁸³ Entsprechend konstatiert Weinmann, dass sich die supranationale Politikebene seit den Reformbestrebungen unter Neil Kinnock zu einem wichtigen Bezugspunkt im Modernisierungskonzept der Partei entwickelte.⁴⁸⁴ Ende der achtziger Jahre hatte eine große Mehrheit der Labour Party ebenfalls akzeptiert, dass infolge der zunehmenden Interdependenz wirtschaftliches Wachstum besser in einem integrierten europäischen als weiterhin in einem nationalstaatlichen Rahmen erzielt werden konnte.⁴⁸⁵ Darüber hinaus gab es aber auch positiven Druck von der Basis, die den Wechsel in der Europapolitik nicht nur mittrug, sondern sich in einer Befragung sogar fünf zu eins für mehr Integration aussprach und damit gedanklich bereits weiter als ihre Parteiführung war.⁴⁸⁶ Die direkte Verbindung zwischen kommunalen Einrichtungen und der EG und die finanzielle Unterstützung von kommunalen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsprojekten der *Labour Councils* durch die Sozial- und Regionalfonds der Gemeinschaft hatten somit durchaus zu einer europafreundlicheren Haltung der lokalen Labour-Gremien beigetragen.⁴⁸⁷

Trotz der zunehmend engeren Kontakte der Labour Party und der Gewerkschaften zu ihren kontinentalen Schwesterparteien und den EG-Institutionen, blieb die britische Labourpolitik insgesamt stark der nationalen Ebene verhaftet. Die Partei präsentierte

⁴⁸⁰ Vgl. Tindale 1992: 277/278, Helms 1995: 451, Grahl/Teague 1988: 75, Schultendorff 1993: 365 und Daniels 1998: 80 und 85.

⁴⁸¹ Vgl. Fella 2002: 25 und Tindale 1992: 292: „During the 1980s, the EC moved from negative to positive integration, from neo-liberalism to welfarism and from stagnation to dynamism“.

⁴⁸² Weinmann 1999: 83. Vgl. auch Herbrink 1997: 12/13.

⁴⁸³ Tindale 1992: 291.

⁴⁸⁴ Vgl. Weinmann 1999: 80 und Schultendorff 1993: 355 und 361/362.

⁴⁸⁵ Vgl. Fella 2002: 25, Broad 2001: 160 und Tindale 1992: 280 und 285.

⁴⁸⁶ Vgl. Seyd/Whiteley 1992: 125 und Broad 2001: 182/183 und 188.

⁴⁸⁷ Vgl. Grahl/Teague 1988: 83/84 und Tindale 1992: 295/296.

sich vorrangig als pragmatische „Sachverwalterin der britischen Interessen“.⁴⁸⁸ Dabei hob sie besonders hervor, dass sie umstrittene Politikfelder der Gemeinschaft, etwa die Gemeinsame Agrarpolitik oder das EU-Budget einer unverändert strikten Kontrolle unterziehen wolle.⁴⁸⁹ Missverständnisse wollte die Labour Party auch nicht über ihre Haltung zu der Frage der zukünftigen Form und Finalität der EG entstehen lassen. Daher fand die Politische Union in den Reihen der Labour-Partei kaum Aufmerksamkeit, zudem hielten die britischen Sozialisten sie für eine nicht diskussionswürdige utopische Vision. Im Europa-Manifest der Partei von 1989 hieß es dazu schlicht: „We see the path to future progress as being one of closer and closer cooperation, rather than an attempt to create a United States of Europe.“⁴⁹⁰

Parallel zur programmatischen *Policy Review* kam es in den achtziger Jahren zu einer Veränderung der Parteiorganisation, durch die besonders Parteispitze, Schattenkabinetts und Unterhausfraktion gestärkt wurden, die stark links ausgerichteten Wahlkreisgliederungen und die Gewerkschaften jedoch Einbußen verzeichnen mussten.⁴⁹¹ Ab 1987 wurden ferner die Europaabgeordneten stärker in die nationalen Parteigremien eingebunden, was zu einer wachsenden gegenseitigen Beeinflussung der nationalen Partei und der unter David Martin zunehmend pro-europäisch orientierten Labour-Abgeordneten im Europäischen Parlament (EPLP) führte.⁴⁹² Die sogenannte *Soft Left* unter Neil Kinnock hatte sich nach der Wahlniederlage 1983 eine strategische Schlüsselposition innerhalb der Partei erkämpft und die vormals tonangebende Parteilinke stärker an den Rand gedrängt. Nun rückte der moderate rechte sozialdemokratische Flügel deutlich in den Vordergrund, der sich stark in der *Policy Review* engagierte. Das politische Kräftefeld der Labour Party wurde im Laufe der achtziger Jahre außerdem durch den Influx vieler Labour-Pragmatiker ins Parlament weiter zuungunsten der Parteilinken verschoben. Diesen jungen Pragmatikern war jegliche Form eines „konzeptionellen Dogmatismus“ fern.⁴⁹³

*„They included rising political stars, such as Gordon Brown, Tony Blair and Margaret Beckett – highly articulate, polished performers with a ready grasp of their portfolios, unencumbered by much ideological baggage and animated by a single-minded determination to secure electoral victory.“*⁴⁹⁴

⁴⁸⁸ Schultendorff 1993: 367. Vgl. Holden 2002: 4 und 10.

⁴⁸⁹ Vgl. LP 1989a: 3-6 und Tindale 1992: 298.

⁴⁹⁰ LP 1989a: 7.

⁴⁹¹ Vgl. Helms 1995: 451, Shaw 1993: 127 und Grahl/Teague 1988: 82/83.

⁴⁹² Vgl. Fella 2002: 28, Tindale 1992: 289 und Weinmann 89/90. Seit der Europawahl 1989 waren die Europaabgeordneten der Labour Party nahezu ausschließlich Kinnock-Anhänger. Sie spielten fortan auch eine größere Rolle in der Fraktion der Sozialisten und Sozialdemokraten im EP.

⁴⁹³ Weinmann 1999: 75. Vgl. auch Holden 2002: 13.

⁴⁹⁴ Shaw 1993: 127.

4.2.2 Der Maastrichter Vertrag aus der Sicht der Labour Partei

4.2.2.1 Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EG

Im Gegensatz zur britischen konservativen Regierung, die 1991 im Vorfeld der beiden Intergouvernementalen Regierungskonferenzen wiederholt dafür plädierte, die Europäische Gemeinschaft nach der Implosion der sozialistischen Staatenwelt schnell um die mittel- und osteuropäischen Staaten zu erweitern, statt eine Vertiefung der Integration voranzutreiben, begrüßte die Labour Party die inhaltliche Weiterentwicklung der Gemeinschaft. Die dramatischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa und das Binnenmarkt-Projekt, so Schatten-Schatzkanzler John Smith während einer Rede im *Royal Institute of International Affairs*, machten eine engere wirtschaftliche und finanzpolitische Integration nicht nur wünschenswert sondern unausweichlich. Großbritannien dürfe nicht schon wieder das Potenzial der Gemeinschaft und die Entschlossenheit der europäischen Partner zur Weiterentwicklung des Integrationsprozesses unterschätzen und dadurch seinen Einfluss leichtfertig verspielen.⁴⁹⁵ Die britische Regierung müsse sich vielmehr „vollkommen und konstruktiv“ in die Intergouvernementalen Regierungskonferenzen einbringen.⁴⁹⁶ Entgegen der CP, die ohne Initiative und Vision für die weitere Entwicklung der EU sei und bei der sich immer deutlicher eine Mentalität des Abblockens abzeichne, wollte sich die Labour Partei in der Öffentlichkeit bewusst als die modernere, europafreundliche und regierungsfähige Partei präsentieren.⁴⁹⁷ Unter Labour, so die Parteirhetorik, werde das Vereinigte Königreich ein „leader (...) in Europe, not a follower“.⁴⁹⁸ Die Parteiführung betonte, dass der Maastricht-Prozess für die britische Arbeiterpartei lediglich einen Anfang, für die regierende Konservative Partei hingegen den absoluten Schlusspunkt der Europäischen Integration darstellte.⁴⁹⁹ Die britische Arbeiterpartei diskutierte somit endgültig nicht mehr über einen Austritt aus oder ein Verbleiben in der Gemeinschaft, sondern über deren genaue Ausgestaltung und Weiterentwicklung.⁵⁰⁰ Labours Schwerpunkte für die „neue“ Europäische Gemeinschaft der neunziger Jahre bildeten dabei vor allem das traditionelle Politikfeld der Sozialpolitik,

⁴⁹⁵ Vgl. Smith 1991: 1/2, Smith 1991a: 146 und zum Binnenmarkt Kinnock, in: LP 1990: 129.

⁴⁹⁶ Smith 1991: 3.

⁴⁹⁷ Vgl. Robertson, in: LP 1990: 184/185 und Read und Robertston, in: LP 1991: 123.

⁴⁹⁸ LP 1991d: 10. Vgl. LP 1991a: 52.

⁴⁹⁹ Vgl. LP 1990a: 7, EPLP 1991: 1 und LP 1991b: 4.

⁵⁰⁰ Vgl. Broad 2001: 180.

Überlegungen zur Ausgestaltung der Europäischen Währungsunion sowie alternative Vorschläge zu einer europäischen Regional-, Industrie-, Umwelt- und Agrarpolitik.

▪ **Wirtschafts- und Währungsunion**

In der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik hatte die Labour Party seit ihrer programmatischen *Policy Review* in den späten achtziger Jahren den weitesten Weg zurückgelegt. Vor dem Hintergrund des Binnenmarktes und der zunehmenden wirtschaftlichen Interdependenz unterstützte sie zu Beginn der Regierungskonferenzen nicht nur Großbritanniens Eintritt in den Europäischen Wechselkursmechanismus, sondern revidierte schließlich auch vorsichtig ihre Haltung zu einer Gemeinschaftswährung und einer unabhängigen Europäischen Zentralbank.⁵⁰¹ Auf der Parteikonferenz in Blackpool im Jahr 1990 stand lediglich der Beitritt des britischen Pfund Sterling zum Europäischen Wechselkursmechanismus im Mittelpunkt der Debatte, zumal die konservative Regierung diesen zeitgleich mit dem letzten Konferenztag Labours verkündet hatte. Neil Kinnock und John Smith begrüßten Großbritanniens Teilnahme, verbanden sie aber erneut mit der Forderung nach einer interventionistischen Politik, besonders einer sozial- und regionalpolitischen Flankierung.⁵⁰² Der Gewerkschafter John Edmonds warnte davor, dass das britische Pfund im Verhältnis zur deutschen Mark auf einem zu hohen Niveau in den Wechselkursmechanismus eingetreten sei, was sowohl den Export als auch die britische Industrie nachhaltig schädigen könne.⁵⁰³

Kurz nach dem Europäischen Gipfel in Rom, auf dem die zweite Phase der WWU ab Januar 1994 beschlossen worden war, tat die Labour Party einen weiteren Schritt in Richtung Gemeinschaftswährung. Im November 1990 veröffentlichten zunächst das *National Executive Committee* (NEC), anschließend das Büro des Oppositionsführers Neil Kinnock jeweils eine Stellungnahme zur Intergouvernementalen Regierungskonferenz über eine Wirtschafts- und Währungsunion, in denen eine zunehmend engere Koordination der Währungspolitiken hin zu einer Währungsunion befürwortet wurde.⁵⁰⁴ In seinem *Policy Document* zur Parteikonferenz 1991 bekannte das NEC: „Eine gemeinsame Europäische Währung könnte Großbritannien beträchtliche Vorteile bringen, da sie Währungsspekulationen beseitigt und Wirtschaftskosten in der

⁵⁰¹ Vgl. Schultendorff 1993: 339, Smith 1991a: 146 und Ford, in: LP 1991: 115.

⁵⁰² Vgl. Kinnock, in: LP 1990: 128 und Smith, in: LP 1990: 29.

⁵⁰³ Vgl. Edmonds, in: LP 1990: 30.

⁵⁰⁴ Vgl. Broad 2001:179 und Office of the Leader of the Opposition 1991: D1-D3.

Gemeinschaft verringert.“⁵⁰⁵ Bei einer Absage an die Währungsunion riskiere Großbritannien hingegen, wichtige Investitionen von Unternehmen zu verlieren, die innerhalb des Binnenmarktes und einer gemeinsamen Europäischen Währung operieren wollten. Den britischen Unternehmen würden darüber hinaus zusätzliche Kosten beim Handel mit dem Rest der Europäischen Gemeinschaft entstehen. Das Vereinigte Königreich werde letztlich, so die Parteiführung in einer Broschüre zur Wirtschaftspolitik, „von Entscheidungen betroffen sein, auf die die britische Regierung keinen Einfluss nehmen kann.“⁵⁰⁶

Die Labour Party sprach sich ab 1989 auch in keinem offiziellen Dokument mehr expressis verbis gegen die langfristige Etablierung einer Europäischen Zentralbank aus. Der Delegierte Jim King bekräftigte auf der Parteikonferenz 1991: „A European central bank will come into existence in the wake of European monetary union and we need to have in place a well planned strategy to deal with that new reality.“⁵⁰⁷ Sitz der Zentralbank sollte nach Ansicht Labours unbedingt London sein. Die britische Metropole, befand die Partei, sei als europäische Finanzhauptstadt „the natural home for the bank.“⁵⁰⁸

Allerdings hatte die Labour Party durchaus Vorbehalte gegenüber einer Europäischen Zentralbank. Eine solche zentrale, nicht durch Wahlen legitimierte Institution dürfe nicht in einem unsicheren politischen Vakuum agieren, sondern benötige einen politischen Handlungsrahmen.⁵⁰⁹ Daher plädierten die britischen Sozialisten dafür, die Koordination der Währungspolitik dem Wirtschafts- und Finanzministerrat (ECOFIN) zu übertragen, da dessen Mitglieder den nationalen Parlamenten gegenüber verantwortlich seien. Die Währungspolitik sollte aber unbedingt unter demokratischer Kontrolle bleiben:

*„The Labour Party has argued consistently for the bank to operate in a stronger framework of political accountability (...) Like the French Government, we believe that ECOFIN (...) should play a crucial role in determining overall economic and monetary policy. We believe that it is important, for example, that the setting of the external exchange rate for a single currency should be a matter for ECOFIN.“*⁵¹⁰

⁵⁰⁵ LP 1991a: 15. (Übersetzung der Verfasserin).

⁵⁰⁶ LP 1991b: 9.

⁵⁰⁷ King, in: LP 1991: 119.

⁵⁰⁸ LP 1991a: 15. Vgl. auch LP 1991b: 10 und Kinnock 1991: Official Report vom 20. November: 286.

⁵⁰⁹ Vgl. den Antrag zur Wirtschafts- und Währungsunion auf der Parteikonferenz 1991, in: LP 1991c: 46. Vgl. ebenfalls Smith 1991: 8 und LP 1990a: 8.

⁵¹⁰ Smith 1991a: 148. Vgl. auch Broad 2001: 179.

Eine solche, mit einer Aufwertung des ECOFIN verbundene Währungsunion markierte nach Ansicht des Schatten-Schatzkanzlers John Smith keineswegs den vollständigen Verlust der nationalen Haushalts- und Fiskalpolitik.⁵¹¹ Als Bedingung für weitere Fortschritte auf dem Weg zur WWU forderte die Labour Party zudem ein, dass ein strikter verbindlicher Zeitplan für diese unbedingt vermieden werden müsse: „Monetary union, in the absence of adequate levels of convergence, would create unbearable strains within the Community, threatening fragmentation rather than integration.“⁵¹² Um echte wirtschaftliche Konvergenz zu erzielen, mahnte die Parteiführung eine Wirtschaftspolitik an, die ein gutes Klima für Investitionen schaffen, Innovation, Aus- und Weiterbildung und neue Technologien fördern und die Regionen stärken sollte. Die britischen Sozialisten setzten sich vor allem dafür ein, die Regional- und Strukturfonds der EG deutlich aufzustocken, um die Belastungen der schwächeren Regionen durch eine einheitliche Währung auszugleichen.⁵¹³

Die Labour Party stellte somit konkrete Bedingungen für ihre Zustimmung zu einer gemeinsamen Europäischen Währung, machte aber gleichzeitig entschieden deutlich, dass sie in diesem Bereich eine pragmatische Politik betreiben und sich unter keinen Umständen wie die CP der Entwicklung der WWU in der EG verschließen wollte: „Die Richtung der EG steht und wir werden pragmatisch einen Weg der Mitgestaltung finden“, lautete die zentrale Botschaft der britischen Arbeiterpartei.⁵¹⁴ Den Plänen der konservativen Regierung für eine Parallelwährung, den sogenannten harten ECU, erteilte die Labour Partei daher eine klare Absage. Der Vorschlag der Konservativen bot nach Ansicht der britischen Sozialisten keine wirkliche Alternative zu einer Europäischen Einheitswährung, sondern stellte lediglich einen weiteren, ausschließlich marktorientierten Weg zu einer gemeinsamen Europäischen Währung dar.⁵¹⁵

Die Labour Party stellte sich mit ihrem eindeutigen Bekenntnis zum Wechselkursmechanismus und zu einer gemeinsamen Europäischen Währung deutlich gegen ihre frühere Politik, den Wechselkurs und den Zinshebel als Instrumente nationaler Wirtschaftspolitik einzusetzen – eine Politik, die vor allem die Parteilinke um Bryan Gould noch immer befürwortete. Entsprechend wandte sich das euro-skeptische *La-*

⁵¹¹ Vgl. Smith 1991: 10/11.

⁵¹² Smith 1991: 11. Vgl. zum Zeitplan auch den Antrag zur Wirtschafts- und Währungsunion auf der Parteikonferenz 1991, in: LP 1991c: 46 und LP 1991a: 15.

⁵¹³ Vgl. Smith, in: LP 1991: 121, Ford, in: LP 1991: 115, LP 1990a: 7, LP 1991a: 53 und Schultendorff 1993: 340.

⁵¹⁴ Vgl. Schultendorff 1993: 339/40.

⁵¹⁵ Vgl. zur Debatte um den harten ECU Smith 1991: 4-8, Smith 1991a: 149-151 und LP 1991a: 14.

bour Common Market Safeguards Committee (LCMSC) entschieden gegen die WWU-Politik der Parteiführung. In einer Erklärung vom Oktober 1990 machten ihre prominentesten Mitglieder, die Parlamentarier Peter Shore, Nigel Spearing und Austin Mitchell deutlich, dass jegliche Verpflichtung der Parteiführung gegenüber der Wirtschafts- und Währungsunion die Spaltung der Partei unweigerlich vorantreibe. Das LCMSC hatte noch immer 80 Befürworter in den Labour-Reihen des Unterhauses, allerdings belief sich der aktive Kern der Gruppe lediglich auf rund 25 bis 30 Parlamentarier. Ihr Einfluss war durch *die Policy Review* und die parlamentarischen Neuzugänge nach der Unterhauswahl 1987 deutlich geschwächt worden.⁵¹⁶

▪ **Sozialkapitel**

Die britischen Sozialisten waren sich auch über ein Sozialprotokoll zur Umsetzung der Ziele der Europäischen Sozialcharta einig, da sich die Partei geschlossen mit der Forderung nach verbesserten Arbeitsbedingungen und höheren sozialen Standards identifizierte. Die Sozialcharta hatte Ende der achtziger Jahre den Wendepunkt Labours hin zu einer pro-europäischen Politik markiert. Ihre Ziele ließen sich innenpolitisch gut als Katalog für soziale Rechte und Mindeststandards – insbesondere Mindestlöhne – verkaufen und eigneten sich somit hervorragend zur Abgrenzung von den Tories.⁵¹⁷ So kritisierte John Smith 1991 im britischen Unterhaus: „It is staggering that the Government will apparently take the negotiations at Maastricht to the brink of failure because of their obstinate, dogmatic insistence that they will have nothing to do with competence in the social field or with majority voting in that area.”⁵¹⁸ Die Labour Party verkaufte sich als „Partei des kleinen Mannes“ und bezeichnete die Umsetzung der Sozialcharta in ihren Parteidokumenten und auf Parteitagen als Herzstück für ein „social Britain in a social Europe“.⁵¹⁹ Binnenmarkt und Sozialcharta waren für die britischen Sozialisten zwei Seiten der gleichen Medaille: „(Europe) (...) must be a people’s community where economic goals proceed in tandem with social goals, and where the Social Charter is accepted and welcomed by Britain.”⁵²⁰

▪ **Umwelt- und Agrarpolitik**

⁵¹⁶ Vgl. zum LCMSC vor allem Broad 2001: 179.

⁵¹⁷ Vgl. zur Forderung nach Mindestlöhnen in Großbritannien vor allem Honeyball, in: LP 1990: 31 und Blair, in: LP 1990: 74.

⁵¹⁸ Smith 1991a: 153.

⁵¹⁹ Ford, in: LP 1990: 183. Vgl. auch LP 1990a: 7 und LP 1991d: 6/7.

Darüber hinaus erwarteten die britischen Sozialisten, dass der Bereich der Umweltpolitik durch die Intergouvernementalen Regierungskonferenzen deutlich aufgewertet würde. Die Labour Party hatte sich dieses Politikfeld nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl und dem Erstarren der Grünen-Bewegung im Vereinigten Königreich im Rahmen ihrer *Policy Review* Ende der achtziger Jahre neu erschlossen und mit der Forderung nach einer Europäischen Umweltcharta sowie qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat in diesem Bereich verknüpft.⁵²¹ Auch hier kreierte die Labour Party bewusst einen starken Gegensatz zu den britischen Tories, die nach ihrer Ansicht eine effektive Umweltpolitik auf europäischer Ebene seit Jahren blockierten und Großbritannien zum „dirty man of Europe“ machten.⁵²² Die Labour Party verband ihren Einsatz für eine integrierte Umweltpolitik auf europäischer Ebene mit ihrer alten Forderung nach einer Reform der gemeinsamen Agrarpolitik und einer stärkeren Berücksichtigung der Verbraucherinteressen der europäischen Bürger. „Our plans to establish an integrated Ministry of Food and Farming, bringing together the consumer’s view alongside that of the producer’s, is a model for Europe“, betonte der Labour-Politiker David Clark.⁵²³ Die alte Agrarpolitik, zugeschnitten auf die sechs Gründerstaaten der EG, sollte nach Ansicht der britischen Sozialisten durch ein neues Konzept ersetzt werden, in dem die Unterstützung der Landwirte nicht an die Produktionsmenge, sondern an den Erhalt und die Pflege der Landschaft gekoppelt werden sollte. Die EG sollte nur noch die Rahmenbedingungen für die Agrarpolitik schaffen, die wesentlichen Entscheidungen wollte Labour hingegen auf nationaler Ebene angesiedelt wissen:

„(...) (T)here needs to be a shift from the highly interventionist and centralist policy, towards a looser relationship of freely traded agricultural goods within the Community framework.. (...) (M)ore decisions must be made at a national level.“⁵²⁴

▪ Politische Union

Mit Blick auf die Intergouvernementale Regierungskonferenz zu einer Politischen Union sprach sich die Labour Party entschieden gegen den niederländischen Entwurf einer vollständigen Föderalisierung und einer einheitlichen Struktur der EG aus:

⁵²⁰ Read, in: LP 1990: 123. Vgl. LP 1991b: 9/10.

⁵²¹ Vgl. LP 1991a: 21/22, LP 1990a: 7 und Shaw 1993: 124/125.

⁵²² Vgl. Ford, in LP 1990: 183.

⁵²³ Clark, in: LP 1991: 121.

⁵²⁴ Ebd.: 122.

*We (...) believe that it would not be right to tie all decision-making into one structure. Whereas much of the political and economic integration of the Community will require Treaty-based procedures, other matters will continue to be more relevant to intergovernmental processes.”*⁵²⁵

Das Ziel der Gemeinschaft seien auf keinen Fall ein „unitary European superstate“ oder eine „single European socialist party“, betonte der schottische Labour-Politiker Mark Lazarowicz auf der Parteikonferenz 1991, vielmehr wolle Labour eine engere Partnerschaft und Verflechtung der Mitgliedstaaten.⁵²⁶ Die britischen Sozialisten begriffen die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft vor dem Hintergrund der sanften Revolution in Osteuropa als parallele, jedoch bei näherer Betrachtung nicht als gleichwertige Prozesse.⁵²⁷ Die Arbeiterpartei kündigte daher an, der Erweiterung um die EFTA-Staaten während der britischen Ratspräsidentschaft ab Sommer 1992 oberste Priorität einräumen zu wollen, sollte sie dann in der Regierungsverantwortung stehen.⁵²⁸ Eine ganzheitliche Europäische Gemeinschaft, so die Labour Party in ihrem *Policy Document „Looking to the future“* müsse auch die mittel- und osteuropäischen Staaten umfassen:

*„All Europeans have an interest in promoting political stability, economic prosperity, expansion of markets and the gradual integration of the reforming countries in the EC. The Community cannot afford to permit failure in the East. Nor can Britain afford to leave it all to our European partners (...).“*⁵²⁹

Die britischen Sozialisten forderten daher einen Marschall-Plan und den Aufbau einer festen Hilfsstruktur für die ehemals sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa.⁵³⁰ Einen genauen Handlungsplan für den Wandel und die Umgestaltung der ehemaligen Ostblock-Staaten und ihre Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft lieferte die Labour Party allerdings in keiner ihrer zentralen Veröffentlichungen zur Europapolitik.⁵³¹ Zwar forderte der Labour-Politiker Alex Smith auf der Parteikonferenz 1991 ein konkretes EG-Angebot an die Staaten Mittel- und Osteuropas und effiziente Strukturen für eine künftige EG der 25 oder 30 Mitgliedstaaten, ein genaues Entwicklungsszenario blieb er aber ebenso wie seine Parteiführung schuldig.⁵³²

⁵²⁵ LP 1991d: 1.

⁵²⁶ Lazarowicz, in: LP 1991: 118.

⁵²⁷ Vgl. Dykes, in: LP 1990: 181.

⁵²⁸ Vgl. LP 1991d: 2.

⁵²⁹ LP 1991a: 53.

⁵³⁰ Vgl. LP 1990a: 45/46.

⁵³¹ Donald Sassoon spricht gar von einer programmatischen Ideenlosigkeit der Labour Party hinsichtlich der Erweiterung der EG nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und einem offenkundigen Mangel an Entwicklungsszenarien für die veränderte Rolle der EG. Vgl. Sassoon 1991: 373/374.

⁵³² Vgl. Smith, in: LP 1991: 121.

▪ **Ausgestaltung der Gemeinschaftsorgane**

Im Zentrum der Labour-Forderungen zur weiteren Ausgestaltung der Gemeinschaftsorgane stand zu Beginn des Maastricht-Prozesses vor allem eine größere „scrutiny and accountability“ bei europäischen Entscheidungen.⁵³³ Maastricht entstehe ebenso wie viele bisherige Entscheidungen der EG hinter verschlossenen Türen, diese mangelnde Transparenz sei dem Bürger nicht zu vermitteln, klagten etwa die Parteitagsdelegierten Lord Clinton-Davis und Mark Lazarowicz.⁵³⁴ Die britische Arbeiterpartei befürwortete daher insbesondere die Aufwertung des Europäischen Parlaments, das die Arbeit der nationalen Parlamente allerdings keineswegs ersetzen, sondern ergänzen und die nicht gewählte Kommission streng kontrollieren sollte. Die Sozialisten forderten eine engere, institutionell verankerte Verzahnung von nationalen Parlamenten und EP. Namentlich setzten sie sich dafür ein, ein *European Community Grand Committee* nach dem Vorbild und gemäß der Erfahrung der zwei britischen parlamentarischen *European Standing Committees* zu bilden. Diese waren 1989 entstanden, um Vorgaben aus der EG umfassend prüfen zu können.⁵³⁵ Dem EP als demokratisch legitimiertem Organ der EG gestand die Labour Party ebenso wie der Kommission ein Initiativrecht für Gesetzesvorhaben zu; zwischen EP und Ministerrat unterstützte sie „eine Form der Mitentscheidung“.⁵³⁶ Im Ministerrat selbst sollten nach Ansicht Labours mehr Entscheidungen mittels qualifizierter Mehrheit getroffen werden – explizit nannte die Partei dabei die Bereiche der Sozial- und Umweltpolitik. Der Ministerrat müsse zudem offener gestaltet werden, um eine effiziente öffentliche Kontrolle zu ermöglichen.⁵³⁷ Die britischen Sozialisten beantragten darüber hinaus eine EG-Rechte-Charta, in der besonders die politischen Rechte der EG-Bürger festgehalten werden sollten.⁵³⁸

▪ **Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Für eine integrierte Außen- und Sicherheitspolitik sprach sich hingegen nur eine sehr kleine Minderheit der Labour Party, unter ihnen einzelne Mitglieder des Europäischen Parlaments, aus. Die Mehrheitsmeinung tendierte deutlich zu einer langsamen Annäherung in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen seien in diesem Politikfeld verfrüht und daher unge-

⁵³³ LP 1991d: 3 und 11.

⁵³⁴ Vgl. Lazarowicz, in: LP 1991: 117 und Lord Clinton-Davis, in: LP 1991: 120.

⁵³⁵ Vgl. LP 1991d: 4.

⁵³⁶ LP 1991d: 3. Vgl. auch LP 1990a: 45 und LP 1991a: 53.

⁵³⁷ Vgl. LP 1991d: 2/3. Vgl. zur Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen Dykes, in: LP 1990: 181.

eignet, betonte die Parteiführung. Vielmehr müsse die intergouvernementale Zusammenarbeit in diesem Bereich besser koordiniert werden.⁵³⁹

Vor allem bei der Verteidigungspolitik pochte die britische Arbeiterpartei geschlossen auf eine zwischenstaatliche Kooperation. Es gebe, so der Parteitagsdelegierte Jim King, Politikfelder, in denen das britische Parlament auf jeden Fall seine volle Souveränität behalten müsse. Zu diesen Bereichen zähle vor allem die Verteidigungspolitik.⁵⁴⁰ Ebenso wie die Tories betonte die Labour Party den zentralen Stellenwert der NATO für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik:

*„NATO's existence makes it unnecessary for the European Community to have a military role – something which Labour would implacably oppose. (...) Labour believes that NATO remains the principal defence organisation for Western Europe, linking as it does the US and Canada to the security interests of Europe. In the foreseeable future NATO will have to retain the role of the territorial defence of Western Europe.“*⁵⁴¹

Insgesamt erklärte die Labour Party die beiden Intergouvernementalen Regierungskonferenzen zur Wirtschafts- und Währungsunion und zur Politischen Union als gleichwertig und einander ergänzend.⁵⁴² Allerdings weist allein die deutlich höhere Zahl der Veröffentlichungen und Stellungnahmen zur WWU darauf hin, dass die Labour Party der wirtschaftlichen Integration weiterhin einen höheren Stellenwert als einer politischen Integration zumaß. Als Oppositionspartei konnte sie gerade mit Blick auf die zerstrittene und zunehmend euro-skeptische CP weitaus leichter Maximalforderungen aufstellen oder ihre Unterstützung für institutionelle Veränderungen zugunsten der europäischen Ebene signalisieren, um sich so als uneingeschränkt pro-europäische Partei zu präsentieren. Labours Europapolitik musste sich nicht an der Realität einer Regierungsverantwortung messen lassen.

4.2.2.2 Die Ergebnisse von Maastricht aus der Sicht der Labour Partei

Die Labour Party tat sich – gerade in ihrer Funktion als Opposition – zunächst überwiegend leicht mit dem Maastrichter Vertragswerk, das sie insgesamt unterstützte, wobei sie die von der britischen konservativen Regierung ausgehandelten Sonderregelungen zur WWU und zur Sozialcharta allerdings ablehnte. Die britischen Sozialis-

⁵³⁸ Vgl. Selby, in: LP 1990: 182.

⁵³⁹ Vgl. zu diesem Abschnitt Ford, in: LP 1991: 114 und LP 1991d: 7/8.

⁵⁴⁰ Vgl. King, in: LP 1991: 119 und Kaufman 1991: Official Report vom 21. November: 451.

⁵⁴¹ LP 1991d: 8/9. Vgl. auch Sassoon 1991: 373 und LP 1990a: 46. Die Labour Party verwies vor allem darauf, dass eigene Verteidigungsstrukturen der EG sich mit den neutralen Staaten der EG schwer in Einklang bringen ließen. Zudem werde durch die Aussicht eines Beitritts der mittel- und osteuropäischen Staaten zu einer EG mit integrierter Verteidigungsstruktur ein unnötiges Bedrohungsszenario für die Sowjetunion /GUS geschaffen.

⁵⁴² Vgl. LP 1991d: 10.

ten warnten davor, dass die britische konservative Regierung durch dieses „Europa à la carte“ riskiere, dass Großbritannien weiterhin ein halb abseits stehender und in der zweiten Reihe der EG verharrender Partner bleibe.⁵⁴³ Allerdings konnte die Labour Party gerade aus den von den Tories ausgehandelten *Opt-outs* einen großen Profit für die eigene parteiinterne Debatte ziehen. Vor allem die Entscheidung des britischen Premierministers John Major, eine Einbindung der Sozialcharta in den Maastrichter Vertrag zurückzuweisen und hier ein *Opt-out* für Großbritannien auszuhandeln, reduzierte und vereinfachte die Maastricht-Debatte innerhalb der britischen Arbeiterpartei, denn die Ablehnung der Sozialcharta einte nahezu alle Labour-Anhänger in ihrem Widerstand gegen die konservative Regierung.⁵⁴⁴

Die Dominanz der Sozialcharta in der Maastricht-Debatte sorgte zudem dafür, dass Neil Kinnock und später John Smith andere heikle Themengebiete wie etwa die Überlegungen zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, zur Stärkung der Gemeinschaftsorgane oder zur WWU, die innerhalb der Labour Party weiterhin durchaus umstritten waren, bewusst vernachlässigen und von der parteiinternen Agenda verdrängen konnten.

Neben der Sozialcharta rückte die Parteiführung daher das erstmals verankerte Subsidiaritätsprinzip und die Entwicklung eines „Europa der Regionen“ in den Vordergrund, da diese in völligem Einklang mit der Labour-Programmatik einer Renaissance der Kommunal- und Regionalpolitik im Zentralstaat Großbritannien standen.⁵⁴⁵

Die Labour Party stellte das Subsidiaritätsprinzip ebenso wie die regierende CP als eine der wesentlichen Errungenschaften des Maastrichter Vertragswerkes heraus. Sie tat das jedoch mit einer gänzlich anders gelagerten Perspektive als die regierenden Konservativen. So verwiesen die britischen Sozialisten darauf, dass die Tories das Subsidiaritätsprinzip bewusst falsch auslegten und bei der Frage nach der Entscheidungskompetenz lediglich zwischen der europäischen und der nationalstaatlichen Ebene unterschieden.⁵⁴⁶ Die Labour Party hingegen fühlte sich durch die Einführung eines Ausschusses der Regionen im Maastrichter Vertrag in ihrer Programmatik einer besonderen Stärkung der subnationalen Ebene bestätigt:

“The unit of government in other parts of Europe which is most obviously increasing in power and influence is not the old nation state (...), but regional government (...). It is these levels of government which are increasingly important in providing the best means of intervention in industry, and for

⁵⁴³ Vgl. George 1994: 241, George 1992: 202 und Grimble, in: LP 1992: 43.

⁵⁴⁴ Vgl. Paterson/Henson 1995: 36.

⁵⁴⁵ Vgl. Smith 1992: 180/181.

⁵⁴⁶ Vgl. LP 1991d: 5.

dealing with issues such as health, education and the reorganisation of local government. (...)The Committee of the Regions, which is envisaged in the Maastricht Treaty, is but a start of (...) a dynamic process."⁵⁴⁷

Vor allem der Schotte John Smith, seit Juli 1992 neuer Labour-Parteichef, betonte wiederholt den engen Zusammenhang zwischen dem durch den Maastrichter Vertrag eingeschlagenen Pfad eines dezentral orientierten europäischen Mehr-Ebenen-Systems und der in Großbritannien dringend erforderlichen konstitutionellen Reform und einer mit ihr verbundenen Aufwertung der Regionen des Vereinigten Königreichs. Es wäre jedoch verfehlt, dem Labour-Parteichef ausschließlich ein Europabekenntnis jenseits der nationalen Ebene zu unterstellen. So sehr ihm – gerade auch aufgrund des starken Parteidrucks aus Schottland und Wales für eine Devolutionspolitik – an einer stärkeren Rolle der Regionen als politischen Arenen in Großbritannien lag, so wenig übersah er die weiterhin essentielle Bedeutung der nationalen Ebene – gerade auch im Verständnis seiner eigenen nach wie vor stark nationalstaatlich verhafteten Partei. Der sich aufdrängende Gegensatz zwischen LP und CP zum Subsidiaritätsprinzip ist somit zumindest in Teilen eher konstruiert: Labour blieb in der Europapolitik nach wie vor pragmatisch und nationalstaatlich orientiert, denn „(u)nter innerparteilichen Gesichtspunkten ermöglichte der Rekurs auf das Subsidiaritätsprinzip die Vereinbarung einer europafreundlichen Grundhaltung mit dem Bekenntnis zur Wahrung britischer Interessen in Europa.“⁵⁴⁸

Trotz der harschen Kritik der Labour Party an der intransparenten Entstehung des Vertragswerkes und der mangelnden Information der Opposition durch die konservativen Minister, lautete die zentrale Botschaft der Labour Party zum Maastrichter Vertrag: Wir können mit dieser Entwicklung leben, wollen aber langfristig ein „Maastricht plus“.⁵⁴⁹ Dieses Plus sollte nach Ansicht der Parteiführung und der Europaparlamentarier folgende politische Forderungen beinhalten: ein europäisches Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprogramm, eine politisch kontrollierte Europäische Zentralbank, deutlich erhöhte Investitionen in Aus- und Weiterbildung, einen Abbau des Demokratiedefizits durch eine weitere Stärkung der Entscheidungsbefugnisse des EP, ausgeweitete regionale und soziale Projekte sowie höhere Technologiestandards und Kohäsionsfonds, um die Disparitäten der Volkswirtschaften innerhalb der EG besser auszugleichen.⁵⁵⁰

⁵⁴⁷ Smith 1992: 184/185. Vgl. auch Brown 1992: 1-5 und 11-12.

⁵⁴⁸ Weinmann 1999: 80.

⁵⁴⁹ Ford, in: LP 1992: 37. Vgl. auch Smith 1991a: 148 und Burlison, in: LP 1992: 40.

⁵⁵⁰ Vgl. ebd.

Die Labour-Abgeordneten im Europäischen Parlament betonten hingegen besonders die Vorteile des vorliegenden Vertragswerkes und seine Übereinstimmung mit der aktuellen Labour-Programmatik. In ihrer zentralen Broschüre zum Maastrichter Vertrag zielten sie dabei vor allem auf die erweiterten Rechte für das Europäische Parlament, die verbesserte Kontrolle der Kommission, den erhöhten Stellenwert für Struktur-, Regional- und Umweltpolitik und die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips ab.⁵⁵¹ Sie appellierten daher an ihre Kollegen im Unterhaus, die Vertragsratifikation keinesfalls scheitern zu lassen. Jede Neu- oder Nachverhandlung werde keinen Mehrwert bringen und insbesondere die Sozialcharta zwangsweise verwässern, um die britischen Konservativen doch noch mit ins Boot zu holen.⁵⁵² Wie die Parteiführung schlossen auch die Labour-Abgeordneten im EP ein Referendum zum Maastrichter Vertrag aus, da dieses schnell in eine nationalistische und xenophobische Kampagne ausarten könne. Den Maastrichter Vertrag auf diese Weise zu verlieren, werde zentrale Labour-Ziele zerstören, denn „(it) will allow free rein to the market at the cost of equality, fairness and justice.“⁵⁵³

Trotz des offiziellen Maastricht-freundlichen Kurses der Labour Party, stand die britische Arbeiterpartei keineswegs geschlossen hinter der Bewertung des Vertragswerkes. Viele Anhänger des linken Parteiflügels, aber auch einige Parteitagsdelegierte aus den Wahlkreisen nutzten 1992 das Forum der Parteikonferenz, um ihre Kritik offen zu äußern und ein Referendum über das Vertragswerk einzufordern. Sie lehnten die WWU und die Etablierung einer nicht demokratisch legitimierten und politisch kontrollierten, unabhängigen EZB weiterhin ab. Aus ihrem sozialistischen Wirtschaftsverständnis heraus protestierten einzelne Maastricht-Gegner zudem gegen die strikten Konvergenzkriterien, die harte Einschnitte in den öffentlichen Ausgaben nach sich ziehen würden.⁵⁵⁴ Maastricht, so der Parteitagsdelegierte Paul Gallett, sei letztlich „eine Zwangsjacke für jede künftige Labour-Regierung“.⁵⁵⁵ Gerade vor dem Hintergrund des *Black Wednesday* kritisierte der Parteitagsdelegierte Malcolm Crane die rigide finanzpolitische Ausrichtung der Europäischen Gemeinschaft, die typische Labour-Politikfelder, vor allem eine starke Sozialpolitik, von der Agenda verdränge:

„There is a lot of concern in the party about the Maastricht Treaty and it reflects the concerns of the people in Britain and Europe, especially when £ 10

⁵⁵¹ Vgl. EPLP 1992: 6/7.

⁵⁵² Vgl. EPLP 1992: 3 und Bury 1992: Annual Conference Report: 47.

⁵⁵³ EPLP 1992: 8.

⁵⁵⁴ Vgl. Gallett, Grimble und Miller, in: LP 1992: 42-45.

⁵⁵⁵ Gallett, in: LP 1992: 42.

billion has been wasted in propping up the pound in the ERM, when health, housing, education, and social services are all facing further cuts (...).⁵⁵⁶

Der linke Parlamentsabgeordnete Tony Benn verwies darüber hinaus auf den Souveränitätsaspekt, denn Maastricht bringe die größten konstitutionellen Veränderungen für Großbritannien seit über einem Jahrhundert mit sich. Wie die große Mehrheit der Maastricht-Gegner in der Labour Party plädierte er daher für ein Referendum über das Vertragswerk, „um seiner einschneidenden Bedeutung gerecht zu werden.“⁵⁵⁷ Im Nationalen Exekutivkomitee der Partei (NEC) waren die Alt-Parteilinken Tony Benn und Dennis Skinner allerdings völlig marginalisiert. Ihre Forderung nach einem Referendum wurde mit 24 zu zwei Stimmen abgelehnt. Auch auf der Parteikonferenz fiel der Dringlichkeitsantrag für ein Referendum über den Maastrichter Vertrag bei einem eindeutigen Stimmenverhältnis durch. Die Referendumbefürworter formten daraufhin mit den Maastricht-Gegnern der Konservativen Partei eine *cross-party-referendum-campaign*, die jedoch nur wenig Unterstützung jenseits des „customary anti-European sentiment“ erhielt.⁵⁵⁸

4.2.3 Der Wechsel von Kinnock zu Smith: Europapolitische Konsolidierung

Nach der vierten Wahlniederlage der Labour Party in Folge, gab Neil Kinnock 1992 sein Amt als Parteiführer auf und drängte auf eine schnelle Entscheidung für einen Nachfolger, um auf diese Weise rasch die Aufstellung eines neuen Schattenkabinetts und eine effektive Oppositionsarbeit Labours zu ermöglichen.⁵⁵⁹ Neuer Parteichef wurde Schatten-Schatzkanzler John Smith, der von vielen Parteimitgliedern von Beginn an als der wahrscheinlichste Nachfolger gehandelt worden war. Smith, der zum moderaten rechten Flügel der Partei gehörte und sich vor allem während des Wahlkampfes ein hohes mediales Profil als kompetenter Finanzpolitiker erworben hatte, wurde mit einem überwältigenden Ergebnis zum neuen Parteichef gewählt.⁵⁶⁰ Mit

⁵⁵⁶ Crane, in: LP 1992: 41.

⁵⁵⁷ Weinmann 1999: 42. Vgl. auch Murphy, in: LP 1992: 43.

⁵⁵⁸ Broad 2001: 186.

⁵⁵⁹ Vgl. Alderman/Carter 1993: 50. Vgl. zur Wahlniederlage Labours, die im Wesentlichen auf Labours Steuer- und Wirtschaftspolitik, strategische Fehler Kinnocks und die „Thatcher-Treue“ vieler Medien zurückgeführt wurde, insbesondere Berry 1992: 565-581, Thomas 1998: 80-104, Wallace, H. 1992/93: 359 und Helms 1995: 450. Die Europapolitik hatte in Labours Wahlkampf keine nennenswerte Rolle gespielt. Im Wahlmanifest der Partei wurde sie als letzter Programmpunkt aufgeführt. Vgl. LP 1992a: 26/27.

⁵⁶⁰ Gemeinsam mit John Smith bewarben sich Bryan Gould und der als Außenseiter gehandelte Ken Livingston, der ausschließlich von der linken *Campaign Group* unterstützt wurde, um das Amt des Parteiführers. Livingston erhielt nicht genug Unterschriften und schied somit vorzeitig aus dem Wettbewerb aus. Smith erhielt 90,9 Prozent der Stimmen des *Electoral College*, bestehend aus Delegierten

seinem Abstimmungserfolg übertraf Smith die Wahlergebnisse Kinnocks deutlich und verschaffte sich eine „(...) solide Ausgangsbasis. Die Stärkung der innerparteilichen Geschlossenheit und die Vermittlung von Regierungskompetenz gegenüber den Wählern standen während seiner gesamten Amtszeit im Vordergrund.“⁵⁶¹

In seiner ersten Rede als neuer Parteichef der britischen Arbeiterpartei bekräftigte Smith, dass er den von Neil Kinnock eingeschlagenen Weg der programmatischen und strukturellen Parteierneuerung weitergehen wolle, um die konservative Regierung abzulösen und den mir ihr verbundenen Stillstand in Großbritannien aufzubrechen.⁵⁶² In dieses Bekenntnis schloss Smith, selbst ein konsequenter EG-/EU-Befürworter, seit er 1971 im Unterhaus als „Labour-Rebell“ für den Beitritt Großbritanniens zur EG gestimmt hatte, vor allem den pro-europäischen Kurs der Labour Party ein: „The patriot of today is an internationalist. I want Britain to take the lead in a Europe that has overcome the divisions of the Cold War“.⁵⁶³

Es ist Brivatis Einschätzung zuzustimmen, dass 1992 mit John Smith der letzte kollektivistische Labour-Parteiführer, der eine betont aktive, steuernde und interventionistische Form des Regierens befürwortete, gewählt wurde.⁵⁶⁴ Gleichzeitig aber war gerade Smith als einer der engsten Mitstreiter der *Policy Review* Kinnocks und als gestandener Pro-Europäer ein sehr glaubwürdiges Symbol der Parteitransformation Labours und ihres Wechsels zu einer dezidiert europafreundlichen Politik.⁵⁶⁵ Durch die Wahl des Schotten zum Parteiführer erhielten die moderaten, sozialdemokratischen Kräfte innerhalb der Labour Party weiteren Auftrieb. Das zeigte sich auch daran, dass Smith nicht nur eine große Unterstützung bei den Abgeordneten, sondern auch einen besonders großen Rückhalt bei den Wahlkreisdelegierten der Partei erfahren hatte, die bis dahin immer als „feste Bank“ der Parteilinken gegolten hatten. Die Niederlage Bryan Goulds und sein Rückzug aus Smiths Schattenkabinett im Herbst 1992 spiegelten somit die seit Mitte der achtziger Jahre fortschreitende Marginalisierung der Parteilinken und die Schwächung „einer signifikanten Opposition zu Labours Europapolitik“ durchaus wider.⁵⁶⁶ Die Schwächung des linken, überwiegend euro-skeptisch orientierten Flügels manifestierte sich auch in der Abwahl Tony Benns aus dem Nationalen Exekutivkomitee der Partei (NEC). Benn verlor 1993 –

der Gewerkschaften (40 Prozent), der *Constituency Party* (30 Prozent) sowie der Unterhaus- und Europaabgeordneten (30 Prozent).

⁵⁶¹ Weinmann 1999: 77. Vgl. auch Jeffreys 1993: 130, Helms 1995: 452/3 und Smith 1992a: 160.

⁵⁶² Vgl. Smith 1992b: 169.

⁵⁶³ Smith 1992b: 173. Vgl. auch Paterson/Henson 1995: 26/27.

⁵⁶⁴ Vgl. Brivati 2000: 283-85, Smith 1992a: 161 und Tindale 1992: 285.

⁵⁶⁵ Vgl. Brivati 2000: 283-85 und Daniels 1998: 78.

ebenso wie Dennis Skinner ein Jahr zuvor – nach 34 Jahren seinen Sitz in diesem zentralen Schlüsselgremium der Labour Party.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass John Smith während seiner nur zweijährigen Amtszeit die von Neil Kinnock eingeleitete Parteitransformation und damit Labours zunehmend sozialdemokratisches Profil konsolidierte. Immer an einem Ausgleich der innerparteilichen Gruppen der Labour Partei arbeitend, befriedete der konsensorientierte Schotte die Partei stärker als sein Vorgänger. Nach der programmatischen *Policy Review* Kinnocks leitete Smith eine Phase der programmatischen Festigung, gleichzeitig aber auch der organisatorisch-strukturellen Reform ein.⁵⁶⁷ So berücksichtigte Smith die Entwicklung, dass die europäische Dimension zu einem elementaren Bestandteil des Selbstverständnisses der Labour Party geworden war, vor allem unter organisatorischen Gesichtspunkten, indem er die Europaabgeordneten noch stärker in die nationale Parteiarbeit und ihre Gremien einband.⁵⁶⁸ Hatte sich der Einfluss der Europaabgeordneten auf die nationale Parteiebene bereits durch die Änderung der Statuten auf der Parteikonferenz 1991 deutlich vergrößert, so wurden die MEPs unter John Smith „zu einem wichtigen Faktor bei der Gestaltung der innerparteilichen Machtverhältnisse“.⁵⁶⁹ Die Veränderung des Abstimmungsmodus hin zum *One Member, One Vote-Prinzip* trug eindeutig dazu bei, die europafreundliche Strömung der Partei zu stärken. Das von Parteiführung, Gewerkschaften, EPLP und der Mehrheit der Unterhaus-Abgeordneten vorgegebene pro-europäische Profil der Partei wurde unter Smith auch konzeptionell ergänzt, etwa durch die vom Parteichef ins Leben gerufene *Commission on Social Justice*, die sich mit der Reform des britischen Wohlfahrtsstaates befasste und in deren Abschlussbericht Überlegungen zur Verknüpfung nationaler und europäischer Sozialpolitik Eingang fanden.⁵⁷⁰ „Veränderungen in der Sozialpolitik, dem Steuersystem und in den Arbeitsbeziehungen

⁵⁶⁶ Vgl. Alderman/Carter 1993: 55, Broad 2001: 187 und Daniels 1998: 91.

⁵⁶⁷ Vgl. Weinmann 1999: 78/79, Helms 1995: 452/453 und Holden 2002: 17.

⁵⁶⁸ Vgl. Butler/Westlake 1995: 121. Unter Smith wurde zudem der Informationsaustausch zwischen nationaler Parteiführung und EPLP weiter institutionalisiert. Ab 1993 referierte die neue Vorsitzende der EPLP, Pauline Green, einmal im Monat vor der Parteispitze über die parlamentarische Arbeit der Europaabgeordneten in Brüssel und Straßburg. Kamen die Impulse für die Arbeit der EPLP zunächst überwiegend aus der nationalen Parteiführung, so entwickelte sich in den frühen neunziger Jahren in der europäischen Parlamentariergruppe durchaus eine Eigendynamik. Der europafreundliche Kurs der Labour Party führte zu einem weitaus größeren Engagement der EPLP in den Gremien des EP. Darüber hinaus wurde 1992 die PES, die Partei der Europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten gegründet. Vgl. Fella 2002: 29 und Weinmann 1999: 91.

⁵⁶⁹ Weinmann 1999: 91. Vgl. zur Änderung der Parteistatuten Rosser, in: LP 1991: 124/125. Die EPLP wurde durch diese Änderung der Statuten auch formell in die Formulierung des Europawahl-Programms eingebunden. Darüber hinaus erhielten die MEPs das Stimmrecht bei der Wahl des Parteivorsitzenden und seines Stellvertreters und das Recht zur Teilnahme an und Mitarbeit in den regionalen Parteiorganen.

sollten dazu beitragen, das Ziel von mehr sozialer Gerechtigkeit mit einem ökonomischen Modernisierungskonzept zu verknüpfen. Dabei wurde bewusst an Entwicklungen auf der supranationalen Politikebene angeknüpft. Dem Sozialkapitel des Vertrages von Maastricht kam dabei herausragende Bedeutung zu.⁵⁷¹ Die Europapolitik und das Europa der Regionen nahmen gerade unter John Smith eine bedeutende Funktion in der Oppositionsstrategie Labours ein.

4.2.4 Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages: Labour zwischen Strategie und Überzeugung

4.2.4.1 *Der offizielle Parteikurs: Maastricht-Bekanntnis oder taktische Wahl zum Sturz der konservativen Regierung?*

Die Ratifizierungsdebatte zum Maastrichter Vertragswerk beherrschte die gesamte britische Parlamentssession 1992/93. Der Schlagabtausch über die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft wurde dabei weitgehend von den internen Streitigkeiten der CP dominiert. Die Labour Party kam nun in den Genuss des Vorteils, den früher die Tories für sich genutzt hatten: Sie konnte den eigenen, latent schwelenden internen Streit über die europäische Integration durch den Verweis auf die Zerwürfnisse in der anderen großen Partei herunterspielen.⁵⁷² Aufgrund der knappen Mehrheit der konservativen Regierung von nur 21 Stimmen kam der Labour Party als Oppositionspartei jedoch ein ungewöhnlich hoher Einfluss auf die Ratifikation zu, der nicht nur Vorteile mit sich brachte.⁵⁷³

Maastricht blieb aus Sicht der Labour Party der thematische Fokus der unterschiedlichen britischen Parteimodelle zur weiteren Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft. „Dem ihrer Meinung nach destruktiven Ansatz der Konservativen stellte (...) (die britische Arbeiterpartei) ihren Politikentwurf gegenüber, der eine aktive Rolle des Landes in der künftigen Gestaltung der europäischen Integration (...)“⁵⁷⁴ und eine Unterstützung des gesamten Maastrichter Vertragswerkes vorsah. Majors Strategie der *Opt-outs* sah die Führung der britischen Sozialisten als eine verfehlte Politik an, die in ihrer Konsequenz nur zu einer weiteren Marginalisierung des Vereinig-

⁵⁷⁰ Vgl. Lestor 1993: Official Report vom 23. Juli: 696/697 und Weinmann 1999: 77.

⁵⁷¹ Weinmann 1999: 79.

⁵⁷² Vgl. Baker/Gamble/Ludlam 1994: 51 und Broad 2001: 185.

⁵⁷³ Vgl. Alderman 1993: 500.

⁵⁷⁴ Weinmann 1999: 41.

ten Königreichs auf der europäischen Ebene führe⁵⁷⁵: „If we give mixed signals, the train can come off the track“, betonte der europapolitische Sprecher George Robertson; „inside the track“ könne man kaum mit Hilfe zweier *Opt-outs* sein, befand Parteiführer John Smith.⁵⁷⁶

Dass die Labour Party während der Maastricht-Ratifizierung dennoch über weite Strecken zwischen inhaltlicher Überzeugung und taktischen Überlegungen zum Sturz der konservativen Regierung schwanken würde, machen die Ausführungen des NEC-Mitglieds Gerald Kaufman auf der Parteikonferenz 1992 deutlich. Dort fragte Kaufman seine Parteifreunde einerseits: „How can we oppose a treaty which contains more Labour Party policy than Tory party policy?“, betonte aber andererseits aus dem klassischen britischen Oppositionsverständnis heraus, dass es allein das Problem der konservativen Regierung sei, den Vertrag durch das Unterhaus und damit zur Ratifikation zu bringen.⁵⁷⁷ Die britische Tradition des *putting party before issue* in dem auf einen Antagonismus zwischen Regierung und Opposition angelegten Westminstermodell hatte somit auch während der Maastricht-Ratifizierung uneingeschränkt Bestand: „(...) Labour's incessant parliamentary manoeuvres, against a government without a majority, almost succeeded in destroying the Treaty of Maastricht.“⁵⁷⁸

In dem zunächst schnellen Ratifizierungsverfahren bemühte sich die Führung der parlamentarischen Labour Party anfangs allerdings um einen glaubwürdigen, nicht von taktischen Erwägungen geprägten Umgang mit dem Maastrichter Vertragswerk. Aus diesem Grund schlug das Schattenkabinett vor der zweiten Lesung im Mai 1992 ein Prozedere vor, dem zufolge sachorientierte Ergänzungs- und Änderungsanträge (*amendments*) gestellt werden sollten, die vor allem die von der Regierung erzielten *Opt-outs* angriffen.⁵⁷⁹ Ansonsten, so das Schattenkabinett um Parteiführer John Smith, solle sich die Labour Party der Stimme enthalten. Das Schattenkabinett begründete seine vorsichtige Haltung damit, dass ein absolutes Oppositionsverhalten nicht mit dem offenen Europabekenntnis der Partei in Einklang zu bringen sei und die Labour Party daher an Glaubwürdigkeit verliere. Darüber hinaus gefährde eine Ablehnung des Vertragswerkes die guten Beziehungen zu den kontinentalen Schwesterparteien. Die Vorgaben des Schattenkabinetts wurden zur offiziellen Parteilinie

⁵⁷⁵ Vgl. Baker/Gamble/Ludlam 1994: 38.

⁵⁷⁶ Robertson 1993: Official Report vom 23. Juli: 707 und Smith 1993: Official Report vom 23. Juli: 632.

⁵⁷⁷ Kaufman, in: LP 1992: 38/39. Vgl. Holden 2002: 96.

⁵⁷⁸ Young, H. 1998: 478. Vgl. auch Paterson/Henson 195: 31.

erhoben, auch wenn die Maastricht-Gegner des linken Flügels keinen Hehl daraus machten, dass sie eine harte Oppositionsstrategie der totalen Ablehnung bevorzugten. Sie argumentierten dabei sowohl mit ihren Bedenken gegen die WWU und die mit Maastricht verbundene Einschränkung der parlamentarischen Souveränität als auch mit taktischen Überlegungen zur Schwächung der Regierung.⁵⁸⁰

Der negative Ausgang des dänischen Referendums im Juni 1992 sorgte sowohl in Regierungskreisen als auch in der Labour Party für eine große Unsicherheit; in der Oppositionspartei zeigte sich der parteiinterne Dissens über den Maastrichter Vertrag nun deutlicher.⁵⁸¹ Die Abgeordneten der gemäßigt linken *Tribune Group*, die bereits bei der zweiten Lesung der *Maastricht-Bill* gegen diese gestimmt hatten, weil der Vertrag ihnen nicht weit genug ging, forderten jetzt eine offene und strikte Oppositionsstrategie. In einem Papier der Gruppe erklärte Peter Hain, dass der Maastrichter Vertrag in seiner jetzigen ungenügenden Form im Unterhaus abgelehnt werden müsse. Nur ein stärkeres Sozialkapitel und dessen Integration in das Vertragswerk sowie eine Behebung des Demokratiedefizits und eine transparentere Organisation der Zuständigkeiten, also eine demokratische und föderale Zukunft der EU, ermöglichten eine Zustimmung der *Tribune*-Abgeordneten.⁵⁸² Bei den Euro-Skeptikern der Partei wurden gleichzeitig Rufe nach einem Referendum über den Vertrag laut, was von der Parteiführung jedoch entschieden abgelehnt wurde. Die Labour Party sprach sich nach dem dänischen Referendum allerdings für eine Unterbrechung der Unterhaus-Debatte bis zur Klärung der dänischen Unstimmigkeiten aus.

Die Differenzen über die richtige Vorgehensweise und Taktik waren noch keineswegs ausgeräumt, als die parlamentarische Labour Party nach ihrer Parteikonferenz im Oktober 1992 erneut mit der Maastricht-Debatte konfrontiert wurde. Die Parteikonferenz hatte sich zwar der Meinung der Parteiführung angeschlossen, dass das Maastrichter Vertragswerk das Beste sei, das derzeit auf der europäischen Ebene erreicht werden könne. Auch ein Dringlichkeitsantrag über ein Referendum war mit großer Mehrheit gescheitert, nachdem führende Labour-Größen mit Blick auf die Referendumsphase von 1975 vor einem erneuten Aufbrechen der alten europapoliti-

⁵⁷⁹ Vgl. Fella 2002: 30/31.

⁵⁸⁰ Vgl. zu diesem Abschnitt besonders Alderman 1993: 513, „Europe once more an issue“, in: *The Guardian* vom 14. Mai 1992, „Labour plans to abstain in Maastricht vote“, in: *The Financial Times* vom 14. Mai 1992 und Baker/Gamble/Ludlam 1994: 51, die gar von einer „loyalen Opposition“ sprechen.

⁵⁸¹ Vgl. „Labour Schisms on Europe widen“, in: *The Financial Times* vom 9. Juni 1992 und „Labour dissaray over Maastricht“, in: *The Independent* vom 4. Juli 1992.

⁵⁸² Vgl. zu den Forderungen der *Tribune Group* „Labour torn three ways on Maastricht“, in: *The Guardian* vom 20. Mai 1992, Fella 2002: 32 und Broad 2001: 186.

schen Grundsatzdebatte Labours gewarnt hatten.⁵⁸³ Dennoch setzte der linke Parteiflügel die Parteiführung erfolgreich unter Druck, sich stärker auf ihre Oppositionsrolle im Unterhaus zu besinnen und den konservativen Euro-Skeptikern nicht das Feld der „wahren Opposition“ zu überlassen.⁵⁸⁴ Entsprechend stimmte die Labour Party beim parlamentarischen Schlagabtausch über die Wiederaufnahme der Maastricht-Debatte im November 1992 geschlossen gegen die entsprechende *Paving Motion* der Regierung, zumal diese nach Ansicht der Parteiführung indirekt mit einem Vertrauensvotum des Premierministers verbunden war. Da die Debatte eher zu einer generellen Aussprache über die Performanz der Regierung hinsichtlich der britischen Ratspräsidentschaft und des *Black Wednesday* geriet, sah die Labour Party hier eine konkrete Chance, die konservative Regierung mit Hilfe der Euro-Skeptiker und Euro-Phobiker der CP, die überwiegend auf eine absolute Negation des Vertragswerks fixiert waren, zu stürzen.⁵⁸⁵ Die Abstimmung fiel schließlich aufgrund der liberaldemokratischen Stimmen knapp zugunsten der Regierung aus; die eigentliche Auseinandersetzung über den Maastrichter Vertrag wurde in das Jahr 1993 verschoben.⁵⁸⁶ Dies veranlasste vor allem die gestandenen Pro-Europäer der Labour Party zu offener Kritik an der Parteiführung. So rügte etwa Andrew Faulds die *Labour Front Bench* im Parlament für ihre Verzögerungstaktik:

*„(...) Enough is really enough. As we fought the election as ardent Europeans and our conference heartily endorsed that stance (...) I now expect the parliamentary Labour Party and its Front Bench spokesmen in particular, to support strongly the progress of the Maastricht Bill. There must be no erosion of our European position.“*⁵⁸⁷

Insgesamt 85 Labour-Abgeordnete, unter ihnen der ehemalige Parteiführer Neil Kinnock und sein Stellvertreter Roy Hattersley, unterzeichneten Ende 1992 einen Antrag, in dem sie auf eine schnelle Ratifizierung des Maastrichter Vertrags drängten. Sie versuchten auf diese Weise, den Druck der Parteilinken zu entkräften und die Parteiführung wieder auf ihren ursprünglichen Kurs zurückzubringen: Die Maastricht-Ratifizierung sollte ihrer Ansicht nach durch konsequente Enthaltung bei den Abstimmungen gewährleistet werden. Darüber hinaus regten sie an, ausschließlich Änderungsanträge zu stellen, die den Vertrag nicht gefährdeten. In einer Sitzung der

⁵⁸³ Vgl. Ford und Kaufman, in: LP 1992: 36-39 und Broad 2001: 187.

⁵⁸⁴ Vgl. Alderman 1993: 514 und Holden 2002: 112.

⁵⁸⁵ Vgl. Cunningham 1992: Official Report vom 4. November: 365-370 und Mandelson 1992: Official Report vom 4. November: 359.

⁵⁸⁶ Vgl. Broad 2001: 187, Sowemimo 1996: 79 und Alderman 1993: 501.

⁵⁸⁷ Faulds 1992: Official Report vom 4. November: 337.

parlamentarischen Labour Party vom Januar 1993 setzten sich die Ratifizierungsbefürworter deutlich durch.⁵⁸⁸

In der Komitee-Phase der *Maastricht-Bill* konnte die Labour Party schließlich bei der Debatte über den Besetzungsmodus der britischen Mitglieder des neuen Ausschusses der Regionen einen Abstimmungssieg erringen. Gemeinsam mit den Liberaldemokraten und 42 Tory-Rebellen setzten die Labour-Abgeordneten durch, dass kommunale Ratsmitglieder anstelle der von der Regierung bestimmten politischen Kandidaten für den europäischen Ausschuss nominiert werden sollten. Diese Forderung stand in Einklang mit Labours Programmatik einer Stärkung der Kommunen und eines dezentralen Europas der Regionen und sicherte der Oppositionspartei zudem Einfluss auf der europäischen Ebene.⁵⁸⁹ Um einer weiteren Abstimmungsniederlage vorzugreifen, akzeptierten die britischen Konservativen daraufhin drei weitere Änderungsanträge der britischen Sozialisten, in denen diese verlangten, dass britische Minister und Vertreter der *Bank of England* künftig regelmäßig im Unterhaus über die Entwicklung der WWU berichten sollten.⁵⁹⁰ In der Endphase der Maastricht-Ratifizierung versuchten Abgeordnete der Labour Party und der Liberaldemokraten verstärkt, im Ausschuss das *Opt-out* der britischen konservativen Regierung über das Sozialprotokoll doch noch rückgängig zu machen. Der Premierminister sah dies jedoch als seine größte Errungenschaft bei den Verhandlungen an und war zudem aus Gründen der Parteiprogrammatik nicht bereit, in diesem Politikfeld Zugeständnisse jeglicher Art zu machen. Deshalb gewann die soziale Dimension für Labour vor allem aus taktischen Gründen erhebliches Gewicht.⁵⁹¹

Am 22. Juli, weit nach der dritten Lesung des Maastrichter Vertrages, wurden schließlich der Labour-Antrag auf Integrierung des Sozialkapitels in den Vertrag und der Antrag der Konservativen zur Bestätigung des von Premierminister Major ausgehandelten *Opt-outs* verhandelt, da der Gesetzentwurf nur nach der Abstimmung über den Labourantrag endgültig verabschiedet werden konnte.⁵⁹² Die parlamentarischen Spitzen der Labour Party bezeichneten das Sozialkapitel im Unterhaus als eine „extrem milde Prinzipienklärung“. Durch sie würden aber künftig zumindest qualifizierte Mehrheitsentscheidungen „auch auf die Arbeitsbedingungen (...) (und) die

⁵⁸⁸ Vgl. vor allem Alderman 1993: 515.

⁵⁸⁹ Vgl. Wallace, H. 1993/94: 363.

⁵⁹⁰ Vgl. Alderman 1993: 503.

⁵⁹¹ Vgl. Weinmann 1999: 86, Fella 2002: 31 und Alderman 1993: 502.

⁵⁹² Vgl. Alderman 1993: 506.

Information und Beratung von Arbeitnehmern“ ausgeweitet. Die Parteiführung warf der konservativen Regierung eine ausschließlich politische Argumentation gegen das Sozialkapitel vor: „The social opt-out exists because it was used to buy the support of the Thatcherites at the time of Maastricht.“⁵⁹³ Premierminister Major habe auf Kosten der eigenen Parteiprogrammatik darauf verzichtet, einen Kompromiss mit den elf europäischen Partnern zu finden und Großbritannien dadurch isoliert.⁵⁹⁴ Die Labour Party hingegen sah das Sozialprotokoll als einen Schritt zur Behebung des „sozialen Defizits in Europa“ und als „integralen Bestandteil“ der EU an.⁵⁹⁵ Das Sozialkapitel stehe für ein politisches „caring about the people“⁵⁹⁶ durch stärkere europaweite „Investition in die Fertigkeiten, Talente und die Motivation unserer Arbeitskräfte“.⁵⁹⁷ Das Sozialprotokoll, so die Abgeordnete Joan Lestor, könne nur der Anfang sein, die EG müsse langfristig eine stärkere Sozialgesetzgebung auf den Weg bringen.⁵⁹⁸ Letztlich konnte sich die Labour Party am 22. und 23. Juli zwar über Zwischenerfolge bei der Abstimmung freuen, die Integration des Sozialkapitels in das Vertragswerk erreichte sie aufgrund der Vertrauensfrage des Premierministers aber nicht.

4.2.4.2 *Eigenständiger Kurs: Labours Euro-Skeptiker stimmen mit den konservativen Euro-Skeptikern gegen das Maastrichter Vertragswerk*

Auch wenn die Labour Party sich während der Maastricht-Ratifizierung um Geschlossenheit und Einigkeit bemühte, um auf diese Weise ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, blieb der „Quantensprung der europäischen Einigung“ durchaus ein „Gradmesser für den innerparteilichen Widerstand in der Labour Party“.⁵⁹⁹ Bereits nach der zweiten Lesung am 21. Mai 1992 waren die Stimmen der Labour Party zum Maastrichter Vertrag in drei Gruppen gespalten. Während die große Mehrheit der Parteilinie folgte und sich bei der Abstimmung enthielt, trotzten 61

⁵⁹³ Radice 1993: Official Report vom 22. Juli: 592. Vgl. auch Cook 1993: Official Report vom 22. Juli: 586, Livingston 1993: Official Report vom 23. Juli: 690, Mandelson 1993: Official Report vom 22. Juli: 581 und Smith 1993: 227-229 und 238/239.

⁵⁹⁴ Vgl. Hoon 1993: Official Report vom 23. Juli: 568/569, Smith 1993: 230 und Hutton 1993: Official Report vom 23. Juli: 575.

⁵⁹⁵ Enright 1993: Official Report vom 22. Juli: 566 und Dalyell 1993: Official Report vom 23. Juli: 665.

⁵⁹⁶ Smith 1993: Official Report vom 23. Juli: 633.

⁵⁹⁷ Mandelson 1993: Official Report vom 22. Juli: 582. Vgl. auch Cunningham 1993: Official Report vom 22. Juli: 596 und Bell 1993: Official Report vom 23. Juli: 673.

⁵⁹⁸ Vgl. Lestor 1993: Official Report vom 23. Juli: 696.

⁵⁹⁹ Weinmann 1999: 42. Vgl. auch Baker/Gamble/Ludlam 1994: 51.

Labour-Parlamentarier dem höchsten Fraktionsdruck der so genannten *three-line whip*: Tam Dalyell und Andrew Faulds stimmten aus Überzeugung für den Maastrichter Vertrag, 59 Abgeordnete stimmten ebenfalls aus Überzeugung gegen ihn. Diese „Gegner“ spalteten sich wiederum in jene der *Tribune Group*, denen der Vertrag besonders in demokratischer Hinsicht nicht weit genug ging, und jene, die ihn bereits als zu weitreichend und als inkompatibel mit ihren Vorstellungen einer sozialistischen Wirtschaftspolitik und zur parlamentarischen Souveränität bewerteten. Kristallisationspunkte der Kritik am Vertragswerk waren wie bereits auf der Parteikonferenz 1992 vor allem die WWU und die mangelnde demokratische Legitimation und Transparenz der europäischen Organe, das Subsidiaritätsprinzip und die Sorge um die künftige Entscheidungskraft des britischen Parlaments.

Obwohl Parteiführer John Smith wiederholt deutlich gemacht hatte, dass die Labour Party Fortschritte hin zu einer Wirtschafts- und Währungsunion unterstütze und eine einheitliche Europäische Währung durchaus im britischen Interesse sei, schleuderten ihm die Euro-Skeptiker im Parlament nun offen ihre politischen und wirtschaftlichen Bedenken gegen die WWU entgegen.⁶⁰⁰ Maastricht, so betonten etwa Peter Shore, Bryan Gould und Denzil Davies, aber auch der Pro-Europäer Ken Livingston entspreche überhaupt nicht der Parteilinie politisch kontrollierter europäischer Finanzinstitutionen:

“I do not believe (...) that we should pass many of those most vital and important powers to a committee of unelected bankers to take decisions that effectively govern and control our economy.(...) Maastricht is about winding down our democratic rights. It is about a major shift of power from ordinary people to great and unaccountable financial institutions.”⁶⁰¹

Neben dem Demokratiedefizit der WWU-Institutionen bemängelte die Parteilinke den zunehmenden Kontroll- und Gestaltungsverlust über die nationale Währungs- und Wirtschaftspolitik, der mit der WWU einhergehen würde. Jede britische Regierung, kritisierte Bryan Gould, verliere künftig ihren politischen Handlungsrahmen zugunsten einer ausschließlich an der Preisstabilität orientierten Währungspolitik. Maastricht schreibe letztlich genau jene Fehler des Wechselkursmechanismus fest „which created a deepening recession, destroyed jobs, homes and businesses (in Britain).“ Dies könne nicht im Sinne der Labour Party sein.⁶⁰² Die strengen Maastricht-Kriterien, vor allem die Grenze des Budgetdefizits von drei Prozent, wären nicht

⁶⁰⁰ Vgl. „Smith takes step closer to EMU“, in: The Independent vom 6. Februar 1992.

⁶⁰¹ Livingston 1992: Official Report vom 4. November: 353/354. Vgl. Davies 1992: ebd.: 344, Gould 1992: ebd.: 323 und Shore 1992: ebd.: 315/316.

⁶⁰² Gould 1992: Official Report vom 4. November: 323.

tolerierbar für eine Labour-Regierung, die in die Wirtschaft eingreifen wolle, warnte der prominenteste Euro-Skeptiker des rechten Labour-Flügels, Peter Shore, seinen Parteivorsitzenden John Smith. Folglich fragte er im Parlament: „Was bleibt übrig? Was sind die wirtschaftlichen Regulierungsmöglichkeiten, die wir nutzen können, um den Kurs der Wirtschaft zu leiten, um die Nachfrage zu beeinflussen und die Arbeitslosenquote zu senken?“ Seine Antwort: Nichts sei mehr übrig. Großbritannien gebe seine wirtschaftspolitischen Instrumente völlig aus der Hand, wenn es sich der WWU nicht entziehe.⁶⁰³

Auch das Subsidiaritätsprinzip fand in der Labour Party während der parlamentarischen Debatte um den Maastrichter Vertrag keine einheitliche Resonanz. Der schottische Labour-Abgeordnete John Home Robertson etwa verknüpfte ebenso wie Parteiführer John Smith das Subsidiaritätsprinzip mit der Labour-Programmatik eines dezentralen Europas der Regionen und einer Politik der Devolution in Großbritannien:

*„I hope indeed, that the Community will develop in ways that will give smaller countries like Scotland a stronger and more direct input into the affairs of the Community, as well as their own affairs. (...) Subsidiarity must not stop at Westminster”.*⁶⁰⁴

Die Maastricht-Gegner hingegen bezeichneten das Subsidiaritätsprinzip hingegen ebenso wie die konservativen Euro-Skeptiker als Feigenblatt, da zentralisierende Tendenzen durch das im Maastrichter Vertrag verankerte Prinzip keineswegs aufgehoben würden. Die Euro-Skeptiker prangerten an, dass das Subsidiaritätsprinzip während der parlamentarischen Debatte sowohl von der *Front Bench* der eigenen Partei als auch von den Konservativen bewusst falsch ausgelegt werde. So bemerkte Bryan Gould:

*I shall vote against Government (...) because the Prime Minister has consistently misled his own party, the House and the country about the true effect of the treaty. The Prime Minister claims that it is a decentralising treaty. He says that the provision about subsidiarity has real and precise meaning. (...) (But) it is plain as a pikestaff to anyone that the treaty is designed to be a major step towards a federal Europe.”*⁶⁰⁵

Eng mit der Ablehnung einer föderalen organisierten Europäischen Union war vor allem die Angst vor einer Dominanz des Europäischen Gerichtshofes verbunden, dem die Euro-Skeptiker einen rein politischen Charakter zu- und damit seine Unpar-

⁶⁰³ Shore 1991: Official Report vom 20. November: 315. Vgl. Shore 1993: 185.

⁶⁰⁴ Home Robertson 1992: Official Report vom 4. November: 328.

⁶⁰⁵ Gould 1992: Official Report vom 4. November: 323. Vgl. auch Livingston 1993: Official Report vom 23. Juli: 688/689, Shore 1992: Official Report vom 4. November: 334, Shore 1991: Official Report vom 20. November: 315/316.

teillichkeit absprachen.⁶⁰⁶ Zudem warnten Peter Shore und Nigel Spearing, dass der fortschreitende Integrationsprozess die Säulenstruktur des Vertrages zunehmend aufweichen würde. Letztlich werde dadurch auch die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Großbritanniens, eine der wichtigsten Domänen des Nationalstaates, mittelfristig über die europäische Ebene bestimmt. Der Weg in den europäischen Super-Staat sei nach der Maastricht-Ratifizierung nicht mehr aufzuhalten.⁶⁰⁷

Die Euro-Skeptiker der Labour Party verbanden ihre Kritik an dem ihrer Meinung nach falsch interpretierten Subsidiaritätsprinzip daher mit einem Appell an die Bewahrung der parlamentarischen Souveränität und der Selbstverwaltung des Vereinigten Königreichs.⁶⁰⁸ Der Vertrag über die Europäische Union, kritisierte der langjährige Labour-Parlamentarier und Befürworter eines Maastricht-Referendums, Tony Benn, sei ein Vertrag mit großem Interpretationsspielraum, der es letztlich allen Recht mache: den Verfechtern einer dezentralen Gemeinschaft ebenso wie den Befürwortern einer EU mit starken Gemeinschaftsorganen, den Verfechtern eines sozialen Europas ebenso wie den Befürwortern eines Europas des Freihandels. Dies dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Maastricht den Handlungs- und vor allem Entscheidungsspielraum des britischen Parlaments entscheidend einschränke. Schließlich würden europäische Direktiven und Verordnungen gänzlich ohne parlamentarische Abstimmung in nationales Recht umgesetzt:

*„I think that the House is dying. (...) (If we ratify that will be another nail in our coffin because, whatever we decide to do, even if we decided to defy a Government next time round, it would not be effective because the power would have passed to others. (...) We destroy democracy in Britain.“*⁶⁰⁹

Die Euro-Skeptiker der britischen Arbeiterpartei verweigerten sich darüber hinaus auch der im Vertragswerk erstmals festgehaltenen Unionsbürgerschaft, die sie ausschließlich aus einer Perspektive der Konkurrenz zur britischen Staatsbürgerschaft betrachteten. Eine parallele britische und europäische Bürgerschaft schlossen sie aus. Durch die Unionsbürgerschaft werde selbst die Queen, „the supreme citizen of Britain’s political entity (...) reduced to a sub-monarch in a sub-state.“⁶¹⁰

⁶⁰⁶ Vgl. Barnes 1992: Official Report vom 29. Juni: 598, Winnick 1992: Official Report vom 2. Dezember: 298 und Shore 1991: Official Report vom 20. November: 314.

⁶⁰⁷ Vgl. Spearing 1992: Official Report vom 4. November: 364, Shore 1992: ebd.: 334 sowie Abrahams 1992: Annual Conference: 47.

⁶⁰⁸ Cryer 1992: Official Report vom 21. Februar: 632, Winnick 1993: Official Report vom 27. Januar: 1051, Davies 1992: Official Report vom 4. November: 344, Shore 1992: Official Report vom 21. Februar: 591-594 und Carrington 1992: Official Report vom 21. Februar: 641.

⁶⁰⁹ Benn 1993: Official Report vom 23. Juli: 651/652 und 655/656.

⁶¹⁰ Knopf 2003: 267.

Labours parteiinterne Spannungen zeigten sich am deutlichsten während des parlamentarischen Schlagabtausches über ein mögliches Referendum und bei der dritten Lesung des Maastrichter Gesetzentwurfes: 62 Labour-Abgeordnete stimmten für ein Referendum, 66 stimmten bei der dritten Lesung gegen den Vertrag – knapp ein Viertel der Parlamentsfraktion.⁶¹¹

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es bei den Euro-Skeptikern der britischen Konservativen und der britischen Sozialisten eine große Argumentationskongruenz gegenüber dem Maastrichter Vertrag – besonders in Fragen der Souveränität und Subsidiarität – gab. Die Euro-Skeptiker beider Parteien spielten sich daher während der Ratifizierungsdebatte im britischen Unterhaus immer wieder gedanklich ihre „Bälle“ zu und trafen sich innerhalb und außerhalb des Unterhauses zum Gedankenaustausch, so dass durchaus von einem informellen *cross-party-networking* gesprochen werden kann.⁶¹² Auch die WWU lehnten die Skeptiker der beiden großen britischen Parteien aus ähnlichen Gründen ab: Ihnen fehlte die politische Kontrolle und Verantwortlichkeit der europäischen Gremien und sie trauten der langfristigen Wirkung des britischen *Opt-outs* nicht. Zugleich wehrten sie sich gegen eine Preisgabe ihrer nationalen Instrumentarien zur Wirtschaftspolitik – die dahinter stehenden Überlegungen zum wirtschaftspolitischen Kurs Großbritanniens waren dabei freilich unterschiedlicher Natur. Bei der Frage einer Eingliederung des Sozialkapitels in den europäischen Vertrag stimmten die Maastricht-Gegner der Labour Party mit ihrem Schattenkabinet, übten aber auch Kritik an diesem „europapolitischen Herzstück“ der Labour Party. Peter Shore warf sowohl den Konservativen als auch seiner eigenen Partei eine Instrumentalisierung des Sozialkapitels vor. Das Protokoll sei ein derart moderates Dokument, dass es weder die britische Industrie und Wirtschaft beeinträchtige, wie es die Konservativen behaupteten, noch einen direkt spürbaren Vorteil für die britischen Arbeitnehmer mit sich bringe, wie viele seiner Parteifreunde gerne erklärten. Shore bewertete das Sozialprotokoll als minimales Dokument, da der Aspekt der Löhne und Gehälter explizit aus dem Dokument ausgeschlossen sei. Fragen der sozialen Sicherung hingegen fielen generell unter das Einstimmigkeitsprinzip, so dass ein Veto jederzeit möglich sei. Die indirekten Kosten wiederum wie etwa Nachtzuschläge, bezahlter Urlaub oder Mutterschaftsurlaub „sind längst erlassen und in der Einheitlichen Europäischen Akte ergänzt worden. (...) Sie gelten be-

⁶¹¹ Vgl. Alderman 1993: 515.

⁶¹² Siehe exemplarisch die Debatte von Peter Shore, Nicholas Budgen und Tony Favell 1991: Official Report vom 20. November: 313/314.

reits im Vereinigten Königreich“.⁶¹³ Das Sozialprotokoll, so Shore, sei daher nahezu belanglos.

In ihrer eigenen Partei marginalisiert, konnten die Euro-Skeptiker der Parteilinken ihre politischen Zielsetzungen, die überwiegend auf eine Verhinderung oder Zurücknahme europapolitischer Entwicklungen abzielten, allerdings weder in ihrer eigenen Partei noch in der parlamentarischen Arena durchsetzen. Die *Maastricht Bill* der konservativen Regierung wurde letztlich ohne nennenswerte Änderungen ratifiziert.⁶¹⁴

4.2.5 Die innerparteiliche Ebene: Pro-europäischer Gesamtkurs und offener Kampf der marginalisierten Parteilinken

In den frühen neunziger Jahren zeichnete sich die britische Labour Party durch einen nach außen hin geschlossen vertretenen pro-europäischen Kurs aus. *Being pro-European* stellte im Rahmen der politischen Neuorientierung und der Machtverlagerung in der Partei eine zentrale programmatische Größe dar und wurde vorrangig aus einer nationalstaatlichen Perspektive gesehen: Taktisch konnte die Labour Party ihre europafreundliche Haltung zur Abgrenzung von den europapolitisch stark zerstrittenen Konservativen und damit als Oppositionsstrategie nutzen. Inhaltlich eröffnete die veränderte europa-programmatische Ausrichtung der Partei die Möglichkeit, zentrale Politikziele etwa im Sozial-, Regional- und Umweltbereich über die supranationale Ebene zu erreichen. Die überwiegende konzeptionelle Parallelität zwischen Labour Party und EG konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Partei – vor allem im Zuge der Maastrichtdebatte – keineswegs eine völlig homogene Gruppe darstellte. Paterson und Henson argumentieren daher zu Recht, dass das Potenzial für innerparteiliche Spannungen und Trennungen in der Labour Party nicht überschätzt, aber auch nicht übersehen werden sollte.⁶¹⁵ So kam die Tageszeitung *The Independent* im Oktober 1990 in einem Feature über die innerparteiliche europapolitische Orientierung der Labour-Abgeordneten zu dem Ergebnis, dass rund 50 Abgeordnete der Labour Party *integrationists* seien, also auch die politische Integration durchaus befürworteten. Die große Mehrheit der Parlamentsabgeordneten (154 Abgeordnete) stufte die Tageszeitung hingegen als intergouvernemental orientierte Euro-Pragmatiker ein: Ähnlich wie die pro-europäischen Konföderalisten der Konservati-

⁶¹³ Shore 1993: Official Report vom 22. Juli: 551.

⁶¹⁴ Vgl. Alderman 1993: 516.

ven wollten diese den weiteren Integrationsprozess unbedingt als starker EG-Partner in ihrem Sinne von innen heraus mitgestalten. Lediglich 20 bis 30 MPs ordnete der *Independent* noch als harte Euro-Skeptiker oder gar Anti-Europäer ein. Die Tageszeitung verwies in diesem Zusammenhang ausführlich auf die schwindende Rolle des LCMSC als wichtigstem Indikator für die durch die *Policy Review* verstärkte Marginalisierung der überwiegend aus der Parteilinken kommenden Euro-Skeptiker um Dennis Skinner, Tony Benn, Nigel Spearing, Austin Mitchell, Denzil Davies sowie Peter Shore als Vertreter des rechten Parteiflügels.⁶¹⁶

Die Analyse der Tageszeitung erscheint insofern stringent, als die Parteiführung und ein Großteil der parlamentarischen Labour Party – ebenso wie die Mehrheit der britischen Konservativen – eindeutig ein intergouvernementales Modell der EU bevorzugten. Während die Parteiführung auf die Vorstellung einer föderalen Ausgestaltung nicht explizit einging, sprachen sich die Integrationisten in einer parlamentarischen *Early Day Motion* offen für eine Europäische Gemeinschaftswährung, eine Europäische Zentralbank, eine Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik und vor allem eine Europäische Föderation aus. Ihr Ziel: „A democratic, federal and social Europe on a pan-European basis“.⁶¹⁷ Michael Barratt Brown, Brian Sedgemore und Ken Livingston bekräftigten, eine demokratische und föderale Ausgestaltung der EU sei weitaus attraktiver und sinnvoller als das halbfertige Haus einer ausschließlich ökonomischen Gemeinschaft souveräner Staaten.⁶¹⁸

Diese Abkehr gestandener Parteilinker von einem anti-europäischen Kurs hin zu einer Befürwortung einer europäischen Integration mit föderalem Ziel macht deutlich, dass eine automatische Gleichsetzung des linken Parteiflügels mit einer euroskeptischen oder anti-europäischen Ausrichtung vereinfachend und unzulässig ist. Das föderale Europa-Bekenntnis der Gruppe der Integrationisten hinderte diese jedoch keineswegs daran, Kritik an der europäischen Entwicklung zu äußern und zum Teil sogar aus Überzeugung gegen den Maastrichter Vertrag zu stimmen, wie etwa das Beispiel Ken Livingston zeigt. Die Gruppe der Integrationisten konnte sich mit ihren europapolitischen Vorstellungen in der Labour Party in weiten Teilen nicht durchsetzen. Sie hatte aber durchaus großen Einfluss auf den innerparteilichen Diskurs, zumal ihre Überlegungen zu Demokratie, Transparenz und Verantwortlichkeit der EU-Organen sich mit der offiziellen Parteilinie deckten. Die große Enttäuschung

⁶¹⁵ Vgl. Paterson/Henson 1995: 37.

⁶¹⁶ Vgl. *The Independent* vom 23. Oktober 1990, zitiert aus Broad 2001: 183/184.

⁶¹⁷ *Early Day Motion* 193 vom 19. November 1991. Vgl. auch Knopf 2003: 262.

über das Demokratiedefizit der Europäischen Institutionen und die starke Gewichtung des „Europas der Banker“ gegenüber dem „sozialen Europa“ ließ einen großen Teil der Integrationisten schließlich gegen die Parteiführung und gegen das Vertragswerk stimmen. So erklärte Ken Livingston, er sei zwar ein „European federalist“, aber er habe nicht das geringste Problem, gegen einen in fataler Weise fehlerhaften Vertrag zu stimmen, der Europa in eine völlig falsche Richtung lenke.⁶¹⁹

Die marginalisierten Euro-Skeptiker und Anti-Europäer der Labour Party lehnten den Maastrichter Vertrag hingegen als Ganzes ab, da er eine Integrationsstufe markierte, die ihnen zu weit ging. Die wenigsten unter ihnen verlangten einen Austritt aus der EG. Stattdessen kämpften sie für ein „Einfrieren“ des alten Integrationsstandes. Ihre Argumentation, etwa gegen die europäische Staatsbürgerschaft oder gegen die WWU speiste sich dabei vorrangig aus ihrem Souveränitätsverständnis und ihrer Überzeugung, dass die EU die Entscheidungsgewalt des demokratisch gewählten britischen Parlaments immer weiter beschneidet. Die Euro-Skeptiker und Anti-Europäer der Partei sahen die britische Souveränität jedoch als ein wichtiges Element der britischen nationalstaatlichen Identität. Sie betrachteten ebenso wie die große Mehrheit der konservativen Maastricht-Gegner die Vergabe von Entscheidungsbefugnissen an die europäische Ebene letztlich als ein zwischen nationaler und europäischer Ebene stattfindendes Nullsummenspiel. Viele Labour-Politiker, die sich gegen den Maastrichter Vertrag aussprachen, lehnten die WWU aber auch aufgrund ihres programmatischen Verständnisses ab. Exemplarisch seien hier Bryan Gould und Denzil Davies genannt, die sich gegen die europäischen Vorgaben aussprachen, da sie durch diese eine nationalstaatliche interventionistische Wirtschafts- und Währungspolitik gefährdet sahen.

Die unterschiedlichen europapolitischen Orientierungen der Abgeordneten in der Labour Party waren in einem weitaus geringeren Maße als in der CP organisatorisch und strukturell gebündelt. So waren zwar die Mitglieder der linken *Campaign Group* überwiegend euro-skeptisch und die Mitglieder der gemäßigten *Tribune Group* eher pro-europäisch orientiert; es gab aber keine, den Gruppen der CP vergleichbare ausschließlich europapolitisch motivierte und fest organisierte Gruppe jenseits des euro-skeptischen LCMSC um Peter Shore.

⁶¹⁸ Vgl. Broad 2001: 184.

⁶¹⁹ Vgl. Livingston 1992: Official Report vom 4. November: 354.

4.3 *A Citizens' Europe: Die Europapolitik der Liberaldemokraten*

4.3.1 **Von der Allianz zu den Liberaldemokraten: Ein offenes Europabekenntnis**

Die britischen Liberaldemokraten sind eine junge Partei mit einem ausgeprägten „traditionellen Erbe“.⁶²⁰ Die Partei entstand erst Ende der achtziger Jahre durch einen Zusammenschluss der Liberal Party mit der Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei (SDP). Die Gründung der Liberaldemokraten und die ihr vorausgegangene mehrjährige Kooperation von Liberalen und SDP in der Allianz stehen dabei sinnbildlich für die sich seit 1979 abzeichnende Rückkehr der so genannten *Third Party Politics* in das lange als Zwei-Parteien-System charakterisierte, dominante Parteiensystem Großbritanniens.⁶²¹ Die bereits kurz nach der Gründung der SDP im Januar 1981 geformte sozialdemokratisch-liberale Allianz bezeichnete sich selbst als ein Reformbündnis der Mitte jenseits des fundamentalen Sozialismus der nach links abdriftenden Labour Party unter Michael Foot und der konservativen Philosophie des freien Marktes unter Margaret Thatcher. So unterstrich Roy Jenkins, der ehemalige Präsident der Europäischen Kommission und Mitbegründer der SDP, „die Notwendigkeit einer neuen Partei der Mitte mit einem Programm der radikalen, sozialen und konstitutionellen Reform.“⁶²² Tudor Jones spricht von drei fundamentalen politischen Bekenntnissen, die den zunächst skeptischen Liberalen und der neu gegründeten SDP genug Raum für eine politische Zusammenarbeit boten: das Bekenntnis zu einer radikalen Dezentralisierung Großbritanniens, zu einer marktorientierten *mixed economy* und zu einer konstitutionellen Reform im Vereinigten Königreich.⁶²³ Entsprechend betrachtete die Allianz ihre Kooperation als einen politischen „Neuanfang in Großbritannien“.⁶²⁴ Dieser fand bei den Wählern zunächst großen Anklang. Die Unterstützung für die Allianz übertraf in der Startphase alle Maßstäbe für Drittparteien: Das sozialdemokratisch-liberale Bündnis lag in den Umfragen zwischen 40 und 50 Prozent, sowohl Shirley Williams als auch Roy Jenkins siegten für die Allianz bei den parlamentarischen Nachwahlen in *Crosby* und *Hillhead*.⁶²⁵ Bei der Wahl zum britischen Unterhaus 1983 präsentierte die Allianz landesweit ihre wichtigsten Kernthemen: Wahlrechtsreform, Dezentralisierung, Informationsfreiheit,

⁶²⁰ Russell/Fieldhouse 2005: 1 (Übersetzung der Verfasserin).

⁶²¹ Vgl. Ingle 1994: 93/94 und 107.

⁶²² Stevenson 1996: 26 (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. auch Dutton 2004: 238.

⁶²³ Vgl. Jones 1996: 74/75 und MacIver 1996: 5.

⁶²⁴ Ingle 1994: 96 (Übersetzung der Verfasserin).

industrielle Partnerschaft und ein offenes Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Sie organisierte die erfolgreichste Drittparteien-Kampagne in der britischen Nachkriegszeit, konnte ihren Stimmenanteil von 25,4 Prozent jedoch kaum in Sitze (23) umwandeln. Während das Bündnis seine starke Position auf der lokalen Ebene durchaus festigen konnte, stand seine Rolle als alternative Regierungspartei zwischen 1983 und 1987 somit kontinuierlich in Frage. Zudem gab es sowohl organisatorische als auch programmatische Unstimmigkeiten in der sozialdemokratisch-liberalen Allianz. „The Liberals enjoyed strong organisation but were weak in ideological identity, while the SDP were a party boasting ideas and rhetoric but with little or no organisational substance, especially at grass-roots level.“⁶²⁶ Der dezentral ausgerichteten Liberal Party mit ihren starken autonomen kommunalen Parteigliederungen stand eine eher zentralistisch operierende SDP mit einer elitären Führung gegenüber. Auf persönlicher Ebene verursachte darüber hinaus die Wahl David Owens zum Nachfolger von Roy Jenkins als Parteiführer der SDP im Jahr 1983 große Probleme. Denn Owen opponierte im Gegensatz zu Jenkins und dem liberalen Parteivorsitzenden David Steel gegen einen mittelfristigen Zusammenschluss der beiden Parteien zu einer neuen Partei.⁶²⁷ Ihm schwebte vielmehr ein Ausbau der SDP zur alternativen dritten Kraft in Großbritannien vor.

Die offene Auseinandersetzung zwischen David Owen und weiten Teilen der Liberal Party in Fragen der Verteidigungspolitik stand daher Mitte der achtziger Jahre sinnbildlich für die programmatischen und personellen Kontroversen innerhalb der Allianz. Die starken pazifistischen Elemente der Liberal Party rebellierten auf der Parteikonferenz in Eastbourne 1986 gegen die von David Owen proklamierte Nuklearpolitik. Der große Schwund in der Wählergunst nach dieser öffentlichen Auseinandersetzung machte mehr als deutlich, wie fragil die Unterstützung für die Allianz auch drei Jahre nach dem Kooperationsbeschluss noch immer war.⁶²⁸ Das Ringen zwischen der von Owen dominierten Minderheit in der SDP auf der einen Seite und der großen Mehrheit aus SDP und der gesamten Liberal Party auf der anderen Seite beherrschte die Allianz letztlich noch weit über den Zusammenschluss der Parteien hinaus. Diese unguete Konkurrenz schwächte die neue Partei empfindlich.⁶²⁹

⁶²⁵ Vgl. Stevenson 1996: 27 und Dutton 2004: 241.

⁶²⁶ Rallings/Thrasher 1996: 205. Vgl. auch Stevenson 1996: 28.

⁶²⁷ Vgl. Russell/Fieldhouse 2005: 32.

⁶²⁸ Vgl. zur Rolle Owens und zu den programmatischen Streitpunkten zwischen SDP und Liberal Party vor allem Stevenson 1996: 29/30 und Brack 1996: 86-88.

⁶²⁹ Vgl. Stevenson 1996: 32/33, Cook 2002: 203, Dutton 2004: 242-244 und 254-260 und Russell/Fieldhouse 2005: 35.

Die Social and Liberal Democrats, wie sich die neue Partei zunächst nannte, wurden 1988 gegründet; im Herbst 1989 entschied sich die Partei für den gängigeren Namen Liberal Democrats.⁶³⁰ Aus heutiger Sicht ist die Partei im europäischen liberalen Spektrum insofern einzigartig, als sie – wie in schwächerer Form auch schon ihre Vorgängerin, die britische Liberal Party – sozialdemokratische Werte in einem liberalen Rahmen vereinigt.⁶³¹ In ihr wurden beide programmatischen Stränge, das traditionelle Erbe der britischen Liberal Party und sozialdemokratische Einflüsse der SDP bewahrt, wobei die Partei im Kern aber stärker durch liberale Werte geprägt ist. Die Liberaldemokraten hatten nach ihrer Gründung jedoch zunächst mit einem massiven Image- und Identitätsproblem zu kämpfen. Die Partei brauchte eine kohärente exklusive politische und ideologische Identität, die ihr genügend Alleinstellungsmerkmale bot, um sich erkennbar von den beiden großen Parteien abgrenzen und sich beim Wähler Aufmerksamkeit verschaffen zu können.⁶³² Die Partei bezeichnete ihren Politikansatz daher bewusst als eine „different vision“.⁶³³ Parteiführer Paddy Ashdown sprach von einer „neuen Übereinkunft“, die in der britischen Politik erzielt werden müsse, damit die Kluft zwischen Regierenden und Regierten im Zentralstaat Großbritannien nicht noch größer werde.⁶³⁴ In der Präambel der Parteiverfassung, betonten die Liberal Democrats vor allem ihr auf der untersten Ebene ansetzendes dezentrales Politikverständnis, das den Bürger- und Gemeinschaftsgedanken und eine in die unteren Gliederungen erfolgende Verteilung von Macht hervorhebt:

*„The Liberal Democrats exist to build and safeguard a fair, free and open society, in which we seek to balance the fundamental values of liberty, equality and community (...). We aim to disperse power, to foster diversity and to nurture creativity. We believe that the role of the state is to enable citizens to attain these ideals, to contribute fully to their communities and to take part in the decisions which affect their lives.“*⁶³⁵

In diesem Konzept des aktiven Bürgers in einer aktiven (lokalen) Gemeinschaft und einer partizipatorischen Gesellschaft sollten Staat und Regierung die Rolle eines „enabling state“ übernehmen, der seine Individuen fördert und befähigt.⁶³⁶ Um seine wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu erfüllen, musste der Staat nach Ansicht der Liberal Democrats in einem reformierten konstitutionellen Rahmen operieren,

⁶³⁰ Vgl. LD 1994f: 1, MacIver 1996: 1 und Steed 1996: 58/59.

⁶³¹ Vgl. MacIver 1996: 5 und 9-11 und Clarke/Curtis 1998: 103/104.

⁶³² Vgl. Jones 1996: 76, Fieldhouse/Russell 2001: 711 und Dutton 2004: 235.

⁶³³ Vgl. SLD 1989.

⁶³⁴ Ashdown 1994: 2/3 (Übersetzung der Verfasserin).

⁶³⁵ Präambel zur Verfassung der Liberal Democrats, in: MacIver 1996: 245. Vgl. auch Brack 1996: 90/1.

⁶³⁶ SLD 1989: 10. Vgl. auch Ashdown 1989: 22 und 43 sowie Ashdown 2000: 44.

der wiederum in Einklang mit dem dezentralen Verständnis der Partei stand.⁶³⁷ Die Philosophie der Liberaldemokraten eines föderalen Großbritanniens mit starken lokalen und regionalen Organen schlug sich indes auch in der föderalen Struktur der neuen Partei nieder. An die starken *grass roots* der Liberal Party anknüpfend, bekräftigten die Liberal Democrats ihre Pionierrolle als erste Partei, die durchgängig das *One Member One Vote-Prinzip* (OMOV) anwandte. Zudem verwiesen sie auf ihr Bekenntnis zur Subsidiarität und damit zu einer eigenständigen und einflussreichen Rolle der regionalen und lokalen Parteigliederungen.⁶³⁸

Welchen Platz nahm nun die Europäische Einigung im Programm dieser neuen Partei ein? Anders als etwa die Umwelt- oder die Verteidigungspolitik bildete die Europapolitik weder zu Zeiten der Allianz noch in der jungen liberaldemokratischen Partei einen programmatischen Streitpunkt. Besonders die Liberal Party zeichnete sich vielmehr durch eine konsequente Befürwortung des europäischen Einigungsprozesses seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1951 aus.⁶³⁹ Die Liberal Party unterstützte dabei explizit supranationale Formen jenseits der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Entsprechend sicherte die Liberal Party mit ihren Stimmen trotz harscher Kritik der Labour Party während der zweiten Lesung 1972 den britischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft.⁶⁴⁰ Während der Referendumskampagne 1975 knüpften die Liberalen parteiübergreifende pro-europäische Kontakte, wie etwa zum Labour-Politiker Roy Jenkins, der später die SDP mitgründete.⁶⁴¹ Die SDP wiederum hatte sich gerade auch wegen der zunehmend anti-europäisch ausgerichteten Europapolitik der britischen Arbeiterpartei von der Labour Party abgespalten. Insgesamt übernahmen die Liberaldemokraten in der Europapolitik in hohem Maße die Position der britischen Liberal Party.⁶⁴² Aufgrund der Uneinigkeit und Spannungen in den beiden großen britischen Parteien hinsichtlich der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft bot die Europapolitik der Allianz und später den Liberaldemokraten ein wichtiges Politikfeld zur Profilierung, da sie ihre pro-europäische Haltung und ihre sehr detaillierte Europaprogrammatik

⁶³⁷ Vgl. Jones 1996: 78.

⁶³⁸ Vgl. LD 1993d: 1/2, Ingle 1996: 113/114, Steed 1996: 57, Brack 1996: 86 und McKee 1996: 155.

⁶³⁹ Vgl. Clarke/Curtis 1998: 88.

⁶⁴⁰ Vgl. Steed 1996: 56, Clarke/Curtis 1998: 89 und Russell/Fieldhouse 2005: 80.

⁶⁴¹ Die Referendumskampagne „*Britain into Europe*“ galt als Katalysator für Veränderungen des britischen Parteiensystems, da die durch sie hervorgerufenen parteiübergreifenden Verbindungen mittelfristig zu einer neuen Partei und zu einer Aufwertung der Drittparteien geführt hatte. Vgl. Clarke/Curtis 1998: 90 und Dutton 2004: 245.

⁶⁴² Vgl. Dutton 2004: 240/1 und 264.

neben der Umweltpolitik als ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal für sich nutzen konnten.⁶⁴³

Bereits die Allianz setzte sich vehement für eine weitere ökonomische und politische Integration ein. Sie bewertete in ihrem Entwurf eines Aktionsprogramms die Einheitliche Europäische Akte als „einen kleinen und inadäquaten Schritt zu einer verbesserten Effizienz der europäischen Institutionen (...)“ und forderte weitere radikale Reformen der EG-Institutionen und Entscheidungsabläufe.⁶⁴⁴ Die Allianz sprach sich für eine deutliche Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, vor allem im Bereich der Regional- und Umweltpolitik, aus. Der Ministerrat sollte dem Europäischen Parlament gegenüber sowohl für seine legislativen als auch für seine Budgetentscheidungen verantwortlich sein und öffentlich tagen. Die Allianz sah das Europäische Parlament als direkt gewähltes und damit demokratisch legitimes Organ als zentrale Institution der Gemeinschaft an. Es sollte europaweit nach einheitlichem Verhältniswahlrecht gewählt und stärker an der Gesetzgebung beteiligt werden. Ebenfalls im Aktionsprogramm verankert war bereits der Gedanke einer Europäischen Staatsbürgerschaft, einer Weiterentwicklung der EPZ zu einer vergemeinschafteten Außenpolitik und eines stärkeren europäischen sicherheitspolitischen Pfeilers im Rahmen der NATO.⁶⁴⁵ Großbritanniens Beitritt zum Europäischen Wechselkursmechanismus gehörte ebenfalls zur festen europapolitischen Agenda der Allianz. Insgesamt forderte sie, dass Großbritannien endlich seinen Platz in der Gemeinschaft finden und Koalitionen innerhalb der EG bilden müsse, um Initiativkraft zu entfalten und die Entwicklung der Gemeinschaft aktiv mitzusteuern.⁶⁴⁶ Die Politik des *semi-detachment*, bemerkte Roy Jenkins in einem TV-Auftritt während des Europawahlkampfes 1989 sei der Feind jeglichen Einflusses.⁶⁴⁷

In ihrem *Federal White Paper „A Europe for Democrats“* hoben die Liberaldemokraten zudem die enge Verbindung zwischen einer Veränderung der britischen Staatlichkeit durch eine konstitutionelle Reform und der Weiterentwicklung der EG zu einer föderalen, dezentralen Gemeinschaft hervor:

„Social and Liberal Democrats take note of the bonds which link political reform of the EC to political reform of the UK (...). The trouble with Britain is that the nation state has arrogated to itself functions which should be carried out locally and regionally – and yet at the same time, clung on to myths of

⁶⁴³ Die föderale Europapolitik wurde von den Liberaldemokraten wiederholt als Alleinstellungsmerkmal hervorgehoben. Vgl. SLD 1989a: 2, Ashdown 1989b: 3, Ashdown 1989e: 1 und SLD 1989b: 24.

⁶⁴⁴ Alliance o.J. [1987/88]: 106.

⁶⁴⁵ Vgl. Alliance o.J. [1987/88]: 106-110 und Ashdown 1988: 10-14.

⁶⁴⁶ Vgl. Alliance o.J. [1987/88]: 105 und SLD 1989a: 1.

⁶⁴⁷ Vgl. Jenkins 1989: 1.

national sovereignty without pooling power internationally. A stronger and more democratic Europe with powers to act where it alone can act effectively, is thus an integral part of the far reaching constitutional reforms we regard an urgent necessity. ⁶⁴⁸

Die Liberal Democrats machten somit deutlich, dass sie „ardent advocates of a stronger European Community“ seien, solange die EG sich demokratischer und dezentraler weiterentwickle. „In effect the party wishe(d) to see power shifted both upwards and downwards from the centralised state.“⁶⁴⁹ Folglich sollten die anderen britischen Parteien die EG endlich als eine politische Gemeinschaft akzeptieren, die gemäß den Liberaldemokraten weit mehr war als nur eine zusätzliche Arena des Nationalstaates für internationale Verhandlungen.⁶⁵⁰

Die europapolitische Agenda der Liberal Democrats zur Europawahl 1989

Im Gegensatz zur Europapolitik der beiden großen britischen Parteien konzentrierte sich die Europapolitik der Liberaldemokraten nicht ausschließlich auf die Mitte der achtziger Jahre hervorstechenden Themen von Binnenmarkt, Währungs- und Sozialpolitik. Im ihrem Mittelpunkt stand vielmehr die Entwicklung der EG zu einer förderalen, an den Bürgerrechten und -interessen ausgerichteten Gemeinschaft. Dies ging einher mit Vorschlägen zu einer europäischen Staatsbürgerschaft, einer Verankerung eines Subsidiaritätsprinzips und einer direkten Verbindung zwischen den EG-Institutionen und kommunalen Einrichtungen, so dass diese einen unmittelbaren Einfluss auf die Programme der Sozial- und Regionalfonds gewannen.⁶⁵¹

Beim Zusammenspiel der EG-Institutionen forderten die Liberaldemokraten wiederholt eine Aufwertung des Europäischen Parlaments, das an allen politischen und legislativen Entscheidungen beteiligt werden und bei der Zusammenstellung der Kommission auch das Recht haben sollte, einzelne Kommissare abzulehnen. Analog zu einer Wahlrechtsreform in Großbritannien wollten die Liberaldemokraten auch die Mitglieder des EP nach einem einheitlichen, europaweiten Verhältniswahlrecht wählen lassen. Die Kommission hingegen sollte schlanker, in ihrem Initiativrecht allerdings gestärkt werden. Sowohl die Kommission als auch der Ministerrat sollten stärker durch das EP kontrolliert werden.⁶⁵²

⁶⁴⁸ SLD 1989a: 23.

⁶⁴⁹ Brack 1996: 93. Vgl. Ashdown 1989b: 13/14.

⁶⁵⁰ Vgl. SLD 1989a: 1 und Ashdown 1988: 3/4.

⁶⁵¹ Vgl. SLD 1989b: 8 und SLD 1989a: 5.

⁶⁵² Vgl. SLD 1989b: 6-8.

In Übereinstimmung mit ihren vorherigen Europa-Dokumenten sprachen sich die Liberal Democrats in ihrem Europa-Manifest 1989 ebenso wie die beiden großen britischen Parteien für eine schnelle Vollendung des Binnenmarktes aus. Hierbei legten sie allerdings Wert darauf, dass die bisherigen mikroökonomischen Maßnahmen zur Gestaltung des Binnenmarktes mit einer makroökonomischen Gesamtstrategie der EG verbunden werden müssten, um die Vorteile des Binnenmarktes voll auszuschöpfen. In diesem Zusammenhang forderten die Liberaldemokraten den sofortigen Beitritt Großbritanniens zum Europäischen Wechselkursmechanismus und einen „unified approach“ hin zu einer gemeinsamen Währungspolitik.⁶⁵³ Dazu gehörte auch die Schaffung einer Europäischen Zentralbank, die letztlich zu einer gemeinsamen europäischen Währung und einer Wirtschafts- und Währungsunion führen sollte. Die Vollendung des Binnenmarktes verbanden die Liberaldemokraten darüber hinaus mit dem Anspruch auf eine sozial- und regionalpolitische Abfederung und damit eine bewusst regulierende Rolle der EG. Großen Wert legte die Partei auf größere EG-Initiativen im Bereich von Wissenschaft, Forschung, Technologieentwicklung, Infrastruktur und Umweltschutz.⁶⁵⁴ Gerade in diesen Politikfeldern sind die Parallelen zur Politikagenda der unter Neil Kinnock reformierten Labour Party unverkennbar. Es ist Duncan Brack zuzustimmen, dass „Labours Entwicklung in ihrer Europapolitik und ihrer Politik der konstitutionellen Reform (...) ohne Zweifel stark von der Programmatik und den Vorschlägen der Liberal Democrats beeinflusst (wurde).“⁶⁵⁵ Die Tageszeitung *The Guardian* sprach mit Blick auf die Labour-Parteikonferenz von 1991 gar von einer „schamlosen Plünderung“ liberaler Programmatik durch die britische Arbeiterpartei.⁶⁵⁶ Entsprechend harsch fiel die Kritik der Liberaldemokraten an der gewandelten Europapolitik der Labour Party aus, die sie abwechselnd als „unconvincing“, „paper thin“ und ohne Vision bezeichnete.⁶⁵⁷ Die Labour Party, kritisierte der liberale Parteichef Paddy Ashdown, sei noch immer in der alten Idee einer Gemeinschaft der europäischen Regierungen gefangen und habe sich in einzelnen Politikfeldern der EG bewusst aus dem gemeinsamen Manifest der europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien ausgeklinkt.⁶⁵⁸

⁶⁵³ SLD 1989b: 11.

⁶⁵⁴ Vgl. SLD 1989b: 3/4 und 9/10, SLD 1989a: 1, 11, 14 und 18 sowie Ashdown 1989d: 7/8.

⁶⁵⁵ Brack 1996: 101. Vgl. auch Curtice 1996: 197, Stevenson 1996: 36 und Jones 1996: 79.

⁶⁵⁶ Ebd.

⁶⁵⁷ Jenkins 1989: 3 und Ashdown 1989b: 1/2. Vgl. auch LD 1990/91.

⁶⁵⁸ Vgl. Ashdown 1989b: 10-12.

Bei der Europawahl sahen sich die Liberaldemokraten somit sowohl der Konkurrenz der Labour Party als auch der Konkurrenz der Grünen ausgesetzt, die den Liberal Democrats vor allem deren angestammtes originäres Politikfeld der Umweltpolitik streitig machten. Letztlich wurde die Europawahl für die neue Partei zu einem Wahldesaster, aus welchem sie lediglich als viertstärkste Partei hinter den mit einer anti-europäischen und umweltzentrierten Kampagne kämpfenden Grünen hervorging. Die Wahl zeigte deutlich, wie fragil und regional weit gestreut die Unterstützung für die neue Partei war.⁶⁵⁹ Ashdown appellierte daher in einem persönlichen Brief an die Parteimitglieder in dieser Anfangsphase nicht aufzugeben, sondern den gemeinsamen Willen zur Umgestaltung Großbritanniens im Auge zu behalten. Der Europawahlkampf habe die Defizite der jungen Partei deutlich aufgezeigt: „We must be much more effective at defining our message and at getting it across to the public.“⁶⁶⁰ Er hob dabei erneut die Alleinstellungsmerkmale der Liberaldemokraten als Europa-, Umwelt- und Reformpartei hervor.⁶⁶¹

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die junge Partei der Liberaldemokraten in ihren ersten Jahren sehr geschlossen in ihrer Europapolitik zeigte. Die Partei ließ sich dabei auch von großen Rückschlägen wie dem schlechten Abschneiden bei der Europawahl 1989 nicht in ihrer Programmatik einer föderalen EG beirren. Rein strategisch gesehen konnte sie mit der Europapolitik aber auch recht gut punkten: Die britischen Medien schenkten Parteiführer Paddy Ashdown als Sprachrohr eines dezidiert anders gelagerten europapolitischen Ansatzes, vor allem vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung und der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa, zunehmend Gehör. Die Europapolitik der Liberaldemokraten war hinsichtlich der weiteren institutionellen Ausgestaltung der EG umfassender und detaillierter als die Vorschläge der beiden großen britischen Parteien. Die Verlinkung einer dezentral angelegten EU mit einer Dezentralisierung Großbritanniens in einem umfassenden Mehrebenensystem war ein eigenständiger und neuer Ansatz in der britischen Politik.

Bei ihren Überlegungen zur konkreten Reform einzelner EG-Politiken stand die Partei wiederum zwischen Konservativen und Labour. In der Sozial-, Regional-, Energie-, Agrar- und Umweltpolitik zeigten sie weitaus größere Übereinstimmungen mit der wieder stärker zur politischen Mitte strebenden britischen Arbeiterpartei. In öko-

⁶⁵⁹ Vgl. Rallings/Thrasher 1996: 220/221, Cook 2002: 204 und The Guardian vom 15. September 1990.

⁶⁶⁰ Ashdown 1989a: 2.

nomischen Fragen hingegen, vor allem in der Forderung nach einer Verstärkung der europäischen Wettbewerbspolitik, nach einer rigiden Subventionskontrolle sowie einer nicht-protektionistischen Außenhandelspolitik, zeigte sich das klassische liberale Erbe der neuen Partei. Hier waren eher inhaltliche Überlappungen mit der konservativen Programmatik zu erkennen.⁶⁶²

Bei dieser vorläufigen Bewertung darf allerdings nicht vergessen werden, dass die Liberaldemokraten als aufstrebende Drittpartei de facto kaum eine Chance des (Mit-)Regierens in Großbritannien besaßen, so dass ihnen das Aufstellen maximaler Forderungen sicherlich leichter geraten konnte.

4.3.2 Der Maastrichter Vertrag aus der Sicht der Liberaldemokraten

4.3.2.1 Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EG

Gerade in den späten achtziger Jahren und vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigung traten die beiden programmatischen Wurzeln der Liberal Party – Internationalismus und Dezentralisierung – in der Liberaldemokratischen Partei deutlich hervor. Parteichef Paddy Ashdown sprach gezielt von einem progressiven Internationalismus seiner Partei, für die eine europäische ökonomische und politische Zusammenarbeit jenseits des Nationalstaates selbstverständlich sei und gerade im veränderten Europa eine „moralische Verpflichtung“ darstelle, zumal das Konzept der nationalstaatlichen politischen und ökonomischen Souveränität überholt sei.⁶⁶³ Die Liberaldemokraten unterstützten daher die Pläne zu den Intergouvernementalen Regierungskonferenzen zu einer Wirtschafts- und Währungsunion und zu einer Politischen Union, da die Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa ihrer Ansicht nach eine europäische Lösung, ein „neues demokratisches Europa“ erforderten.⁶⁶⁴ Europa, so Paddy Ashdown, befinde sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks am Scheideweg und brauche gerade jetzt eine deutliche Vertiefung seiner politischen und wirtschaftlichen Integration.⁶⁶⁵ Aus taktischer Sicht betonte der Parteichef die große Bedeutung des uneingeschränkten Europabekenntnisses seiner Partei: „It is

⁶⁶¹ Vgl. Ashdown 1989a: 1/2 und Cook 2002: 206.

⁶⁶² Vgl. SLD 1989b: 10 und 17/18 sowie Clarke/Curtis 1998: 95.

⁶⁶³ Ashdown 1989b: 2-4.

⁶⁶⁴ Ashdown 1989c: 2 und 4/5 und Ashdown 1989e: 2.

⁶⁶⁵ Vgl. Ashdown 1989c: 1-4.

becoming increasingly clear that Europe now presents a very important opportunity for our party.“⁶⁶⁶

Die Liberaldemokraten gingen daher verstärkt in die europaolitische Offensive: Sie berieten über die Initiierung einer Grundsatzdebatte zum „neuen Europa“ im House of Lords. Verstärkt warfen die Liberaldemokraten den beiden großen britischen Parteien aufgrund der Ablehnung der Sozialcharta (Konservative) und der Ablehnung einer Währungsunion und einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (Labour Party und Konservative) ein exklusives „Europa-à la carte“-Denken und eine tradierten Denkmustern des Ost-West-Konflikts verhaftete defensive Europapolitik vor. Premierministerin Thatcher sei in ihrer unverbrüchlichen USA-Treue im Kalten Krieg gefangen und negiere die wichtige Rolle Großbritanniens als Brücke zwischen einer erstarkten Europäischen Gemeinschaft und den USA.⁶⁶⁷ In beiden Parteien hätte sich keine kohärente Vision für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft entfaltet, beide seien tief zerstritten über den europaolitischen Kurs.⁶⁶⁸

Im Mittelpunkt des ausdrücklich gewünschten engeren europäischen Zusammenschlusses stand dabei einerseits der rasche Beitritt Großbritanniens zum Wechselkursmechanismus und die Befürwortung der Wirtschafts- und Währungsunion, wobei die Liberaldemokraten hervorhoben, dass sie die konkreten Ziele des Delors-Pakets zur WWU grundsätzlich unterstützten.⁶⁶⁹ Andererseits forderte die Partei eine weitere Demokratisierung und eine höhere Transparenz der europäischen Institutionen, eine integrierte Außen- und Sicherheitspolitik und eine engere Verzahnung zwischen britischem Parlament und europäischer Gesetzgebung durch ein im Unterhaus angesiedeltes *European Grand Committee*. Diesem sollten sowohl nationale als auch europäische Parlamentarier angehören.⁶⁷⁰

In der Frage einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur zeigten sich die pazifistischen und internationalen Wurzeln der Liberaldemokraten. Sie setzen auf verstärkte Abrüstungsbemühungen und eine deutliche Aufwertung der OSZE „to explore the potential for a European regional security agreement.“⁶⁷¹ Die Europäische Gemeinschaft, so David Steel auf einer Pressekonferenz, sollte als Magnet wirken und den mittel- und osteuropäischen Ländern rasch koordinierte wirtschaftliche und finanziel-

⁶⁶⁶ Ashdown 1989e: 1. Vgl. auch Ashdown 1990a: 3.

⁶⁶⁷ Vgl. Ashdown 1989b: 13-15. Vgl. auch SLD 1989c: 1.

⁶⁶⁸ Vgl. LD 1992a: 18/19.

⁶⁶⁹ Vgl. Ashdown 1989c: 1/5.

⁶⁷⁰ Vgl. zu frühen Forderungen zur Weiterentwicklung der EG LD 1990a: 1.

le Hilfe sowie einen Assoziationsstatus gewähren, um aufkommenden Nationalismen vorzubeugen.⁶⁷² Mittelfristig setzten die Liberaldemokraten auf die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Sicherheitsstruktur im Rahmen der EG, da das Engagement der USA in Europa ihrer Ansicht nach keineswegs zeitlich unbegrenzt sei. Zu diesem frühen Zeitpunkt gingen die Liberaldemokraten sowohl von der Auflösung des Warschauer Pakts als auch von der Auflösung der NATO aus.

▪ **Verknüpfung von föderaler EG und konstitutioneller Reform**

Da die Europapolitik eines der wichtigsten Kernthemen der Liberaldemokraten bildete, versuchte die Partei frühzeitig, über ein eigenes Grundsatzzpapier zur bevorstehenden Vertragsrevision der EG die europapolitische Agenda in Großbritannien mitzugestalten. Das Federal Policy Committee (FPC) der Partei berief dazu im Jahr 1990 eine Arbeitsgruppe zu den EG-Institutionen ins Leben, die in einem knappen Jahr ein umfangreiches *Green Paper* erstellte. Im Gegensatz zu den beiden großen britischen Parteien lag in diesem Papier der Schwerpunkt eindeutig auf Überlegungen zu einer Politischen Union. Im Juni 1991 stellten Paddy Ashdown, Russell Johnston und der liberaldemokratische Europaexperte und spätere Europaabgeordnete Andrew Duff die zentralen Forderungen des liberaldemokratischen Papiers „Ein Europa der Bürger“ vor. Ashdown unterstrich dabei inhaltlich und taktisch zugleich, dass die Liberaldemokratische Partei die erste britische Partei sei, die detaillierte Richtlinien zu einer Politischen Union vorlege. Herzstück des Positionspapiers war – wie schon in den späten achtziger Jahren – die Verknüpfung einer föderal ausgestalteten EG mit einer konstitutionellen Reform im Vereinigten Königreich, die in ein föderales Großbritannien münden sollte, und die Einführung einer europäischen Staatsbürgerschaft.⁶⁷³ Das Papier spiegelte somit wider, was der europapolitische Sprecher der liberaldemokratischen Parlamentsfraktion, Russell Johnston, bereits im Sommer 1990 nachdrücklich gefordert hatte: „Within the UK, (...) we should now come out unequivocally in favour of a federal Europe (...). We must face up to the separation of powers that is implicit in a federal solution and the consequences of this upon the Westminster Parliament.“⁶⁷⁴

Auch Andrew Duff betonte in einem Memorandum, dass die Liberaldemokraten „die direkte und unauflösliche Verbindung“ zwischen einer Reform der EG-Institutionen

⁶⁷¹ Steel 1989: 1.

⁶⁷² Vgl. Johnston 1989: 1.

⁶⁷³ Vgl. LD 1991a: 1 und LD 1991: 7.

und der politischen Reform in Großbritannien etablieren und rechtfertigen müssten: „The EC cannot work without representative decentralised government within the UK, and the UK cannot work outside the EC.“⁶⁷⁵ Die europäische Einigung ging nach Ansicht der Liberaldemokraten vollkommen konform mit ihrer Forderung einer politischen Dezentralisierung Großbritanniens. Ein demokratisches, föderales Europa verhiess für sie einen Macht- und Souveränitätstransfer von der britischen nationalstaatlichen Ebene sowohl zur europäischen Ebene als auch zur subnationalen Ebene der Regionen und Kommunen. Dies sollte schließlich zu einem reformierten Vereinigten Königreich mit einem veränderten Wahlrecht, einer *Bill of Rights*, einem kommunalen Selbstverwaltungsrecht und Regionalparlamenten in (zunächst) Schottland und Wales führen.⁶⁷⁶

Die Liberaldemokraten sahen die europäische Staatsbürgerschaft als eine wertvolle Ergänzung zur bereits existierenden nationalen Staatsbürgerschaft an. Sie war sowohl mit Menschen- und Bürgerrechten, sozialen und kulturellen als auch mit umfassenden Wahlrechten innerhalb der EG verbunden, deren Erläuterung – nicht zuletzt aufgrund der eigenen Identifikation der Liberaldemokraten als dezentrale Bürgerpartei – einen großen Teil des *Green Papers* ausmachte.⁶⁷⁷

▪ Reform und Weiterentwicklung der EG-Institutionen

Ebenso wie die Labour Party und die Konservativen pochten auch die Liberaldemokraten auf eine stärkere Verantwortlichkeit und Kontrolle der EG-Institutionen. Sie leiteten daraus allerdings konträre Forderungen ab: Ihre Vorschläge zur Reform der EG-Institutionen zielte ausschließlich auf deren Stärkung. Im *Green Paper* hieß es dazu vorab:

*„We are faced with a fundamental choice. One approach will produce a liberal, pluralistic Europe in which all may participate and benefit. This involves strengthening the federal and parliamentary elements of the EC’s political process. The alternative approach relies on old-style diplomacy, and involves putting yet more power in the hands of national ministers and officials.“*⁶⁷⁸

Die Liberaldemokraten standen für die erste Variante einer demokratischen parlamentarischen EG. Gemäß ihrer Parteiverfassung sahen sie sich verpflichtet, die EG

⁶⁷⁴ Johnston 1990: 1.

⁶⁷⁵ Duff 1990a: 4. Vgl. auch LD 1991e: 1 und Ashdown 1990/1992: Korrespondenz mit Bürgern – Briefe vom 5. November 1990 und vom 8. Juni 1992.

⁶⁷⁶ Vgl. LD 1991: 3 und 21. Langfristig waren auch Regionale Vertretungen in Nordirland und innerhalb Englands vorgesehen. Vgl. LD 1990b.

⁶⁷⁷ Vgl. LD 1991: 3 und 9-13.

als „radikale Kraft einer demokratischen Erneuerung“ und Innovation in ihrer Entscheidungskraft zu stärken.⁶⁷⁹ Entsprechend machten die Liberaldemokraten – auch hier im Gegensatz zu den beiden großen britischen Parteien – eine Erweiterung der Gemeinschaft von einer vorherigen Stärkung ihrer Entscheidungsstrukturen und ihrer supranationalen Organe abhängig. Die Vertiefung der Integration war somit eine Vorbedingung für die Erweiterung der Gemeinschaft, auch wenn die Liberaldemokraten eine möglichst rasche Einbindung der EFTA-Staaten und langfristig auch der MOE-Staaten durchaus befürworteten.⁶⁸⁰ Vertragsveränderungen, die ausschließlich eine zwischenstaatliche Kooperation anstelle der supranationalen Vergemeinschaftungsmethode beinhalteten, wiesen die Liberaldemokraten zurück.⁶⁸¹ Sie verneinten zudem unter der Überschrift „Souveränität neu definiert“ die von den beiden großen britischen Parteien vorgebrachten Ängste eines Souveränitätsverlusts bei einer weiteren Vergemeinschaftung:

„Liberal Democrats are no more or less patriotic than our opponents. However, (...) (W)e are more concerned with effective political control than with sentiment about national sovereignty, and we are happy to transfer or to pool sovereignty with our EC partners if, by doing so, the quality of public policy that affects our daily lives improves.“

Die liberaldemokratische Institutionenarithmetik umfasste daher eine deutliche Aufwertung von Europäischem Parlament, Europäischer Kommission und Europäischem Gerichtshof bei einer gleichzeitigen Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat. Vor allem das Europäische Parlament als demokratische Vertretung der europäischen Bürger sollte ein vollwertiger Partner bei der europäischen Gesetzgebung werden und daher parallel zum Ministerrat ein volles Mitentscheidungsrecht erhalten:

„The EC has created a new European popular sovereignty which resides in and legitimates the European Parliament. The EP’s multinational democratic credentials are at least as persuasive as that of the old national sovereignty pooled in and exercised by the Council of Ministers.“⁶⁸²

Als alleinigen Sitz des EP sah die Partei Brüssel vor; das Parlament sollte ab 1994 nach einheitlichem Verhältniswahlrecht gewählt werden.⁶⁸³ Zudem befürworteten die Liberaldemokraten konform zu ihrer Parteiphilosophie die Berufung eines aus dem

⁶⁷⁸ LD 1991: 3.

⁶⁷⁹ LD 1991: 6 (Übersetzung der Verfasserin).

⁶⁸⁰ Vgl. LD 1991: 7/8. Vgl. auch Ashdown 1990: 3.

⁶⁸¹ Vgl. LD 1991: 3/4.

⁶⁸² LD 1991: 17.

⁶⁸³ Vgl. Ashdown 1992: Brief vom 12. Juni.

EP kommenden Europäischen Bürgerbeauftragten „with powers to investigate all EC institutions, organs and agencies.“⁶⁸⁴

Die Kommission sollte mit nur einem Kommissar pro Mitgliedstaat und einem „inneren Kabinett“ unbedingt schlanker werden. Diesem „inneren Kabinett“ sollten rotierend immer nur einige Kommissare angehören, während die anderen als Juniorpartner fungierten. Gleichzeitig setzten sich die Liberaldemokraten aber dafür ein, dass die Kommission als europäisches Organ in ihrer Initiativkraft gestärkt werden sollte. Die Partei betonte dazu: „Demokratische Verantwortlichkeit sollte nicht mit politischer Kontrolle verwechselt werden: Die Unabhängigkeit der Kommission ist ein sehr wertvoller Gewinn.“⁶⁸⁵ Entsprechend bekräftigten die Liberaldemokraten, wie wichtig ein gut ausgebildeter und qualifizierter Mitarbeiterstab gerade für die Kommission sei. Die von den beiden großen Parteien geäußerten Befürchtungen einer „Überbürokratisierung“ teilten die Liberaldemokraten im Fall der Kommission nicht. Allerdings sollte das EP eine stärkere Kontrollfunktion erhalten und die Möglichkeit haben, bei absoluter Mehrheit einzelne Kommissare zu rügen oder gar zu entlassen.

Das Hauptanliegen der Liberaldemokraten bei der zukünftigen Rolle des Ministerrats war eine stärkere Transparenz des Gremiums durch öffentliche Sitzungen. Zudem forderte die britische Partei eine deutliche Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen, vor allem im Regional- und Umweltbereich. Die Liberaldemokraten störten sich besonders an der bedeutenden Rolle des COREPER, des permanenten Repräsentativorgans des MR. Dieses Gremium, das dem Ministerrat vor- und zuarbeitet, repräsentierte in den Augen der Liberaldemokraten das ministerielle, nicht das demokratische Europa: „COREPER tends to downgrade the role of the politicians by protecting them from raw legislative material. (...) In our view, COREPER has become an overcomplicated apparatus of government control, whose role should be diminished“.⁶⁸⁶ Praktische Ausführungen zur täglichen Arbeit des Ministerrates bei einem stark verkleinerten COREPER legte die Partei allerdings nicht vor. Sie stand hier vielmehr ganz offenkundig vor dem unüberwindbaren Gegensatz von Transparenz und Effizienz.

Der Europäische Gerichtshof als Gemeinschaftsorgan sollte hingegen deutlich aufgewertet werden. Die Liberaldemokraten verwiesen in diesem Zusammenhang auf die gesteigerte Bedeutung des EuGH durch den Binnenmarkt und die wachsende

⁶⁸⁴ LD 1991: 22.

⁶⁸⁵ LD 1991: 14.

⁶⁸⁶ LD 1991: 15.

Europäische Gesetzgebung. Sie forderten eine größere Machtfülle des Gerichtshofes, der künftig Strafen und Bußgelder gegen öffentliche Einrichtungen, nationale Regierungen, Unternehmen oder Individuen sollte aussprechen können.⁶⁸⁷

▪ **Zusammenarbeit von nationalen Parlamenten und EP**

Vor dem Hintergrund der britischen Parlamentssouveränität und der starken Spannungen zwischen vielen britischen Parlamentariern und dem Europäischen Parlament räumte auch die liberaldemokratische Partei dem Verhältnis und der Zusammenarbeit von nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament viel Platz in ihrem Positionspapier ein. Aber auch in diesem Bereich setzte die britische Drittpartei einen deutlich anderen Akzent als die beiden großen Parteien. Sie verband ihre Überlegungen vorrangig mit einer Rüge an die nationalen Abgeordneten, die nach Ansicht der Liberaldemokraten vielfach ihren Aufgabenbereich überinterpretierten: „National parliaments should not pretend to play a legislative role in the EC other than that laid down for them in the Treaties – that is on enlargement and constitutional matters. (...) The fact is that the only parliamentarians who can amend EC legislation are MEPs.“⁶⁸⁸ Für die Liberaldemokraten stand daher nicht eine „Machtprobe“ zwischen MPs und MEPs im Vordergrund ihrer Überlegungen, sondern eine bessere Kooperation zwischen den Parlamenten über eine dauerhafte Vernetzung. Sie forderten die Einrichtung eines Komitees aus nationalen und europäischen Abgeordneten, in welchem Minister befragt und ausführliche Debatten geführt werden konnten. Die nationalen Abgeordneten wurden angehalten, stärker das Verhalten ihrer Regierungsmitglieder im Ministerrat zu kontrollieren anstatt eine punktgenaue Überprüfung bereits verabschiedeter europäischer Gesetzgebung vorzunehmen.⁶⁸⁹

▪ **Europa der Regionen**

Die dezentrale Philosophie der Liberaldemokraten fand besonders in den Ausführungen der Partei zum Europa der Regionen ihren Niederschlag. Die britische Drittpartei setzte sich für direkte, fest etablierte Konsultationsverbindungen zwischen dem EP und den regionalen Institutionen innerhalb der EG ein. Hier zogen die Liberaldemokraten eine direkte Verbindung zu der von ihnen geforderten langfristigen Reform des britischen Zentralstaats und der Stärkung subnationaler Entscheidungsgremien

⁶⁸⁷ Vgl. LD 1991: 22.

⁶⁸⁸ LD 1991: 27.

⁶⁸⁹ Vgl. LD 1991: 27/28.

über den „Umweg EG“. In diesem Zusammenhang sprachen sich die Liberaldemokraten für die Abschaffung des Wirtschafts- und Sozialausschusses aus und forderten an dessen Stelle einen starken europäischen Rat der Regionen.⁶⁹⁰ Ebenso wie die Labour Party forderten auch die Liberaldemokraten eine – allerdings temporär begrenzte – Anhebung der Sozial- und Regionalfonds zum Ausgleich von Disparitäten infolge des Binnenmarktes.⁶⁹¹

▪ Subsidiaritätsprinzip

Skeptisch zeigten sich die Liberaldemokraten jedoch gegenüber der Forderung der britischen konservativen Regierung, bei der Vertragsrevision ein Subsidiaritätsprinzip festzuschreiben, obwohl dieses eigentlich der Dezentralisierungsphilosophie der Drittpartei hätte entgegenkommen können. Die Liberaldemokraten begründeten ihre vorsichtige Haltung damit, dass das Subsidiaritätsprinzip zum einen kein neues Prinzip innerhalb der EG darstellte, wobei sie auf Artikel 235 der Römischen Verträge verwiesen, und das Subsidiaritätsprinzip darüber hinaus nur schwer eindeutig zu definieren sei. Die britische konservative Regierung, so die Drittpartei, lege das Subsidiaritätsprinzip bewusst nur auf der nationalstaatlichen Ebene aus, um den Zentralstaat Großbritannien zu stärken, die Regionen und Kommunen hingegen schwach zu lassen.⁶⁹² Zum anderen waren die Liberaldemokraten im Zweifel über die unmittelbaren Auswirkungen des Subsidiaritätsprinzips auf den Gesetzgebungsprozess:

*„There is always a danger in the Community adopting too legalistic an approach. For that reason we oppose the entrenchment of subsidiarity in a new Treaty article. (...) (T)he court would be dragged into making value judgements about policy content – in other words, to interfere in the democratic law-making processes.“*⁶⁹³

▪ Außen- und Sicherheitspolitik

In den Ausführungen der Liberaldemokraten zur bevorstehenden IGR nahm die Außen- und Sicherheitspolitik besonders großen Raum ein. Das geschah analog zur Schwerpunktsetzung der Partei, die sich nach Ansicht Paddy Ashdowns das liberale Politikfeld der internationalen Politik zurückerkämpfen musste.⁶⁹⁴ Seit 1989 arbeitete eine eigene Arbeitsgruppe zu den künftigen Ost-West-Beziehungen und einer neuen

⁶⁹⁰ Vgl. LD 1991: 17-20.

⁶⁹¹ Vgl. LD 1991d: 1.

⁶⁹² Vgl. Ashdown 1990: 4/5.

⁶⁹³ LD 1991: 23.

⁶⁹⁴ Vgl. Ashdown 1990a: 3.

europäischen Sicherheitsarchitektur.⁶⁹⁵ Als einzige britische Partei befürworteten die Liberaldemokraten eine vergemeinschaftete Außen- und Sicherheitspolitik. Sie befanden sich damit in Einklang mit dem ersten niederländischen Entwurf zum Maastrichter Vertrag. Sie forderten – besonders vor dem Hintergrund des Jugoslawienkonflikts – eine grundlegende Transformation der intergouvernemental angelegten Europäischen Politischen Zusammenarbeit zu einer integrierten Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.⁶⁹⁶ Grundsätzlich sollte der Europäische Rat die politischen Richtlinien vorgeben und der MR mit qualifizierter Mehrheit entscheiden. Im Bereich der Verteidigungspolitik sahen die Liberaldemokraten ein erhebliches Einspar- und Verbesserungspotential, dass in den Mitgliedstaaten durch eine fortschreitende Integration und eine damit zusammenhängende Zusammenlegung und Konzentration von Militärkräften erreicht werden könnte. Gleichzeitig forderte die Partei eine eigene schnelle Eingreiftruppe der EG, besonders für *peace-keeping*-Einsätze.⁶⁹⁷ Eine Eingliederung der WEU in die EG lehnten die Liberaldemokraten ab:

*„WEU, with its intergovernmental and non-democratic character, belongs to the old Europe. Although WEU may facilitate in the short term the building of the European pillar of NATO, long-term future European security arrangements lie with the EC and CSCE.“*⁶⁹⁸

Insgesamt räumten die Liberaldemokraten ein, dass ein schneller Souveränitätstransfer von den Nationalstaaten auf die europäische Ebene im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik keine realistische Option darstelle und somit in Maastricht vermutlich nicht erreicht werden könne.⁶⁹⁹

▪ **Wirtschafts- und Währungsunion**

Mit Blick auf die seit den späten achtziger Jahren forcierte Debatte über eine WWU signalisierten die Liberaldemokraten in ihrem Positionspapier zu den Regierungskonferenzen ihre uneingeschränkte Zustimmung zu diesem von Kommissionspräsident Delors vorangetriebenen Projekt. Die britische Drittpartei verband die Vollendung des Binnenmarktes unmittelbar mit einer einheitlichen Europäischen Währung: „We believe (...) that one market is best served by one money.“⁷⁰⁰ Zu diesem Zeitpunkt waren die Liberaldemokraten zu dem Urteil gekommen, dass die europäischen Partner mit großer Mehrzahl eine WWU im Prinzip befürworteten und sich Großbritan-

⁶⁹⁵ Vgl. SLD 1989d, SLD 1989e und LD 1990.

⁶⁹⁶ Vgl. LD 1991: 25.

⁶⁹⁷ Vgl. LD 1991: 26. Vgl. auch Ashdown 1990: 8.

⁶⁹⁸ LD 1991: 26.

⁶⁹⁹ Vgl. Duff 1990: 2.

nien somit langfristig nicht von der zweiten und dritten Stufe des Delors-Plans fernhalten könne.⁷⁰¹ Die Liberaldemokraten befürworteten den mit einer einheitlichen Währung einhergehenden Wegfall von Transaktionskosten und die Anti-Inflationspolitik. Ihre 1989 intern diskutierten Bedenken, etwa gegen die von Delors geplante zentralisierte Kontrolle der Fiskalpolitik, die ungenügende Einbeziehung von Arbeitsmobilität und Transportpolitik in die Pläne zur WWU oder die Inkompatibilität einzelner Forderungen der Sozialcharta mit der WWU, fanden allerdings keinen Eingang in das Positionspapier zu den Intergouvernementalen Regierungskonferenzen.⁷⁰² Die Liberaldemokraten legten hier vielmehr die Betonung auf ihre Forderung einer unabhängig operierenden Europäischen Zentralbank nach dem Vorbild der deutschen Bundesbank, um auszuschließen, dass die Bank von kurzfristigen (Wahl-)Interessen der Politik beeinflusst würde.⁷⁰³ Die Partei hob sich mit dieser Forderung sowohl von der Labour Party, die eine politisch kontrollierte Zentralbank befürwortete, als auch von den Konservativen ab, die das Ziel einer WWU ablehnten.

4.3.2.2 Die Ergebnisse von Maastricht aus der Sicht der Liberaldemokraten

Gemessen an ihren Erwartungen, insbesondere an eine Politische Union, stellte der Maastrichter Vertrag für die Liberaldemokraten lediglich einen Kompromiss dar. So schrieb ihr Europaexperte Andrew Duff in einem Brief an Parteichef Paddy Ashdown, dass die Intergouvernementale Regierungskonferenz das Demokratiedefizit keinesfalls löse. Duff sprach insbesondere die Ausweitung der Kompetenzen des EP an, die ihm nicht weit genug ging, zumal dem EP noch immer umfassende Kontrollrechte und das wichtige Budgetrecht versagt blieben.⁷⁰⁴ Die „einheitliche Natur“ sei durch die intergouvernementalen Säulen des Maastrichter Vertrages geschwächt worden; Maastricht sei ein „half-baked federal system“.⁷⁰⁵ Er empfahl daher, sich von den Ergebnissen zur Politischen Union unbedingt zu distanzieren. Die Parlamentsfraktion der Liberaldemokraten und die Mehrzahl der Delegierten der Parteikonferenz zeigten sich hier pragmatischer. „We are dissatisfied with Maastricht. But,

⁷⁰⁰ LD 1991: 5.

⁷⁰¹ Vgl. SLD 1989f: 1 und 4.

⁷⁰² Vgl. SLD 1989g: 6/7.

⁷⁰³ Vgl. LD 1991: 6 und 30. Vgl. SLD 1989g: 8 und LD 1991d: 1.

⁷⁰⁴ Duff 1991a: 1.

⁷⁰⁵ Duff 1991: 2.

we know that Maastricht can not be improved unless Maastricht is first ratified“, betonte Parteichef Ashdown.⁷⁰⁶

Die Liberaldemokraten begrüßten auf ihrer Parteikonferenz im Herbst 1992 das Vertragswerk und forderten in einem Antrag seine rasche Ratifizierung im britischen Unterhaus, da der Vertrag insgesamt eine neue Integrationsstufe markierte.⁷⁰⁷ Die Partei betonte dabei den Prozesscharakter der Europäischen Union und verband ihre Zustimmung zum Vertrag mit einem Ruf nach einer weiteren Vertragsrevision. Sie sprach sich dabei für einen Europäischen Verfassungskonvent aus, der ab 1995 anstelle einer Intergouvernementalen Regierungskonferenz die Weiterentwicklung der EU „into a fully-fledged parliamentary democracy“ erarbeiten sollte.⁷⁰⁸ Dem Verfassungskonvent sollten Vertreter der nationalen Regierungen, der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments angehören.

Die Errungenschaften und Enttäuschungen hielten sich aus Sicht der Liberaldemokraten in der Waage: Zwar waren das fehlende Bekenntnis zu einer föderalen Europäischen Union und die neue Säulenstruktur des Maastrichter Vertragswerkes nicht unbedingt im liberaldemokratischen Interesse, da nun einer starken föderativen ersten Säule zwei intergouvernemental organisierte Säulen gegenüberstanden. Auch war eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterhin unerreicht und das „ministerielle Europa“ in Form des weiterhin nicht-öffentlich tagenden Ministerrats nicht wesentlich zugunsten des „demokratischen Europa“ eingeschränkt worden.⁷⁰⁹ Dem gegenüber gelang jedoch die Einführung einer Europäischen Unionsbürgerschaft, eines aus dem EP kommenden Ombudsmannes und eines Europäischen Ausschusses der Regionen. Das Europäische Parlament sollte nun – wie von den Liberaldemokraten gefordert – nach einem einheitlichen Wahlrecht gewählt werden und hatte insgesamt eine Aufwertung seiner Kompetenzen und seiner Kontrollrechte erfahren. Die britische Drittpartei sprach sich daher für eine Ratifizierung des Maastrichter Vertrages aus, wobei sie in ihrem Konferenzantrag deutlich machte, dass sie ebenso wie die Labour Party die beiden von der konservativen Regierung erzielten *Opt-outs* zum Sozialprotokoll und zur zweiten und dritten Stufe der WWU ablehnte.⁷¹⁰ In ihrem Parteiantrag hoben die Liberaldemokraten nochmals ihre wich-

⁷⁰⁶ Ashdown 1992b.

⁷⁰⁷ Vgl. LD 1992b: 1, LD 1993: 15 und Wallace, H. 1992/93: 356/57.

⁷⁰⁸ LD 1992b: 1

⁷⁰⁹ Duff 1991a: 1. Vgl. zum ‚ministeriellen‘ und ‚demokratischen‘ Europa LD 1991: 14/15.

⁷¹⁰ Vgl. LD 1992b: 1.

tigsten Anliegen zur Weiterentwicklung der EU hervor. Dazu zählte vor allem eine bürgernahe, föderale EU:

*„Europe belongs to its citizens rather than to its national governments. The powers of the European Parliament should be strengthened to represent those citizens against the Council of Ministers. The principle of subsidiarity is best given effect by a federal system, including the devolution of power from Member State governments to the nations and regions within those Member States.“*⁷¹¹

Der konservativen britischen Regierung, die während ihrer Ratspräsidentschaft 1992 besonders stark auf die Erweiterung der EU abhob, setzten sie erneut die liberaldemokratische Überzeugung von einer Erweiterung und Vertiefung als zwei einander bedingende, parallele Prozesse entgegen.⁷¹²

Eine besondere Stellung in der weiteren Ausgestaltung der EU sollte die Umweltpolitik einnehmen. Die Liberaldemokraten setzten sich hier für eine eigene europäische Umweltagentur, eine umweltpolitische Frühwarnereinheit, eine stärkere Kooperation in der Klimaforschung und der Förderung erneuerbarer Energien ein. Sie forderten eine enge Verzahnung der Umweltpolitik mit einer europäischen Energie- und der Agrarpolitik. Kernpunkte waren hier die Einführung eines EU-weiten Systems von Emissionslizenzen und einer Energiesteuer. Im landwirtschaftlichen Bereich sollten Anreize für die Bauern geschaffen werden, um diese zu einer stärkeren Landschaftspflege anzuhalten.⁷¹³

Insgesamt war der Maastrichter Vertrag für die Liberaldemokraten ein wichtiger, aber keineswegs ausreichender Schritt zur Weiterentwicklung der EG.

4.3.3 Die Parlamentswahlen 1992: Etablierung als dritte politische Kraft und taktische Zurückhaltung in der Europapolitik

Für die Liberaldemokraten war die Wahl zum Unterhaus 1992 eine entscheidende Wahl. Bislang hatte sich die junge Partei lediglich auf der lokalen Ebene und bei den Nachwahlen zum Unterhaus in *Eastbourne* und *Kincardine & Deeside* als nicht zu unterschätzender Gegner für die beiden großen Parteien erwiesen. Den Liberaldemokraten kamen bei den parlamentarischen Nachwahlen in den beiden genannten Hochburgen der Konservativen unbestritten die unpopuläre *Poll Tax* und die umstrittenen Reformen in der Gesundheitspolitik zu Hilfe. Bei den Kommunalwahlen 1991 ge-

⁷¹¹ LD 1992b: 1.

⁷¹² Vgl. ebd.

⁷¹³ Vgl. LD 1993: 14/15.

wann die junge Partei aus eigener Kraft 520 Sitze und erkämpfte sich in 17 kommunalen Räten eine Mehrheit.⁷¹⁴ Dies, so hoben die Liberaldemokraten selbst hervor, waren Erfolge, die ausschließlich auf ihrer starken Kampagnen- und Rekrutierungsfähigkeit an der lokalen Basis beruhten.⁷¹⁵ Die Partei hatte sich daher zum Ziel gesetzt, mit ihren nun über 100.000 Mitgliedern ihr effektives *grass roots campaigning* auf die nationale Ebene zu übertragen und bei der Unterhauswahl endgültig ihren Status als einzige britische Drittpartei zu untermauern.⁷¹⁶ Parteichef Paddy Ashdown forderte daher von seiner Partei politische Initiativen noch weitaus innovativer, radikaler und vorausschauender zu erarbeiten, um sich positiv von den beiden großen Parteien abzuheben und Themen umfassend durch die Liberaldemokraten zu besetzen.⁷¹⁷ Er verwies in diesem Zusammenhang auf die alle innenpolitischen Bereiche umspannende *People first*-Kampagne der Partei, durch die ihr Image als dezentrale Bürgerpartei deutlich gestärkt worden sei. Gleichzeitig führte Ashdown an, dass das Bekenntnis zum europäischen Einigungsprozess weiterhin ein Schlüsselthema der Liberaldemokraten bleiben müsse, da die Bedeutung der Gemeinschaft stetig zunehme und die beiden großen britischen Parteien keinen festen Kurs in der Europapolitik verfolgten: „We were right to identify our European commitment as a key ingredient of our future prospects (...). This is a theme that we must make our own“.⁷¹⁸ Als weiteres, mit der europäischen Einigung verbundenes Kernthema nannte Ashdown die Wirtschaftspolitik: „Liberal Democrats must take the lead in shifting attention to the longer-term future of Britain’s economy – European, decentralised, environmentally sensitive, low in resource use, high in technology and value added, strong in long-term investment.“⁷¹⁹ Die Überlegungen zu einer langfristigen Wirtschaftspolitik sollten unbedingt mit den liberaldemokratischen Forderungen zu einer einheitlichen europäischen Währung und einer forcierten Bildungs- und Ausbildungspolitik in Großbritannien verknüpft werden. Da die Labour Party den Ruf einer Partei mit geringer Wirtschaftskompetenz hatte und der Thatcherismus sich in der öffentlichen Gunst deutlich im Niedergang befand, hoffte Ashdown, hier langfristig ein weiteres Alleinstellungsmerkmal für seine Partei zu entwickeln und den liberaldemokratischen Stammwählerkreis auszubauen.

⁷¹⁴ Vgl. Cook 2002: 206/207.

⁷¹⁵ Vgl. LD 1994f: 1/2 und Russell/Fieldhouse 2005: 38.

⁷¹⁶ Vgl. MacIver 1996a: 183.

⁷¹⁷ Vgl. Ashdown 1990a: 1.

⁷¹⁸ Ashdown 1990a: 2/3.

⁷¹⁹ Ashdown 1990a: 3/4. Vgl. auch Dutton 2004: 237.

Die Parteiführung begann bereits nach der Europawahl 1989 mit der Vorbereitung der Unterhauswahl 1992. Programmatisch setzten die Liberaldemokraten auf eine thematische Eingrenzung auf fünf Schlüsselbereiche, um so ihr Profil zu schärfen.⁷²⁰ Auf diese Weise entstanden die sogenannten fünf ‚E’s: Education, Environment, Economy, Europe und Electoral and constitutional reform. „The five ‘E’s were an attempt to show what the distinctiveness of the Liberal Democrat approach meant in practice and to establish Liberal Democrat ‘ownership’ or primacy within certain policy areas.”⁷²¹ Die Europapolitik sollte also auch im Wahlkampf weiterhin eines der wichtigsten Themen und gleichzeitig Erkennungsmerkmal der Liberaldemokraten bleiben. Im Entwurf des Wahlmanifests forderten die Liberaldemokraten auch sehr deutlich, dass Großbritannien sich von seiner defensiven Europapolitik lösen und die adversative Einstellung des „us and them“ endlich aufgeben müsse. Das konstitutionelle Gefüge Großbritanniens sei nicht kompatibel mit dem System der Europäischen Union. Die Liberaldemokraten sprachen daher von der zweifachen Herausforderung einer Wahlrechts- und konstitutionellen Reform im Vereinigten Königreich bei einer parallelen weiteren Ausgestaltung der EU zu einer demokratischen föderalen Gemeinschaft.⁷²² Im Wahlmanifest *Changing Britain for Good* fanden sich diese zentralen Punkte zur Europapolitik ebenso wieder wie eine erneute Erklärung des Föderalismusbegriffes in leicht abgeschwächter Form. Auch griffen die Liberaldemokraten sämtliche Eckpunkte ihres *Green Papers Citizens’ Europe* zu den EU-Institutionen und einzelnen europäischen Politikfeldern auf. Die Befürwortung einer einheitlichen Europäischen Währung, an der Großbritannien in erster Reihe teilnehmen sollte, verband die Partei nun nachdrücklicher mit der Forderung nach einer europäischen makroökonomischen Gesamtstrategie. Zudem forderten sie ein stärkeres europäisches Engagement im Bildungs- und Ausbildungsbereich und die Vollendung des Binnenmarktes mit einer temporären Aufstockung der Regional- und Sozialfonds.⁷²³ Kernpunkte der britischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1992 sollten nach Auffassung der Liberaldemokraten eine aktivere europäische Wirtschaftspolitik, die Bekämpfung des Demokratiedefizits der europäischen Institutionen, Impulse für eine bessere außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit und die mittelfristige Erweiterung der EU um die EFTA-Staaten sein.⁷²⁴ Die zentrale

⁷²⁰ Vgl. Wilson 1992a: 12.

⁷²¹ MacIver 1996a: 183. Vgl. Ashdown 1992b: 1.

⁷²² Vgl. LD 1991b: 1 und LD 1991c: 16/17.

⁷²³ Vgl. LD 1992b: 43/44 und LD 1992b: 10-12.

⁷²⁴ Vgl. LD 1992b: 43.

Forderung, eine politische Reform im Vereinigten Königreich mit der dezentralen Weiterentwicklung der EU zu verbinden, unterstrich die Partei durch die unmittelbare Verknüpfung dieser beiden Kapitel in ihrem Wahlmanifest.

Trotz dieser umfangreichen Ausführungen zur Europapolitik im Wahlmanifest der Partei und Ashdowns Ansage im Wahlkampf eine offensive Europapolitik zu vertreten, spielte diese de facto aber nur eine untergeordnete Rolle. Die fünf ‚E’s wurden sehr unterschiedlich gewichtet und eingesetzt, zumal der Wahlkampf während einer wirtschaftlichen Rezession stattfand. In seinem Verlauf rückten die Wirtschafts- und Bildungspolitik daher immer deutlicher in den Vordergrund. Die Liberaldemokraten schafften es zudem mit ihren Vorstellungen zu einer Wahlrechts- und einer konstitutionellen Reform in Großbritannien, erstmals das Verfassungsthema auf die nationale Agenda zu heben.⁷²⁵ Die direkte Verknüpfung mit einer demokratischen föderalen EU fand dabei jedoch kaum Eingang in die (mediale) Debatte. Der europapolitische Sprecher der Liberaldemokraten, Russell Johnston, äußerte daher seine große Sorge darüber, dass die Europapolitik im Wahlkampf bewusst heruntergespielt oder sogar von der Agenda genommen werde, weil sie kein „Stimmenfänger“ sei. Johnston hielt das für die falsche Strategie, da die Partei in diesem Politikfeld ein Alleinstellungsmerkmal besitze und die Partei ihre inhaltlichen Überzeugungen nicht verraten dürfe: „This is a great issue and we should assert our position with vigour and pride.“⁷²⁶

Johnstons Appell änderte die Stellung des EU-Themas innerhalb der Wahlkampfagenda der Partei jedoch nicht mehr. Offenkundig hatte sich anhand des Wahlkampfes 1992 eines zu deutlich gezeigt: Die Europapolitik war zwar durchaus ein gutes Politikfeld für die Liberaldemokraten, um sich von den beiden großen Parteien in der öffentlichen Debatte abzugrenzen, für den Wähler war es jedoch weder besonders interessant noch besonders wichtig. Mehr noch: Er honorierte es nicht.⁷²⁷ In einer Wahlstudie von 1992 zeigte sich darüber hinaus, dass die liberaldemokratischen Wähler nur marginal pro-europäischer als die Wähler der beiden großen Parteien eingestellt waren. Nur die Hälfte der liberaldemokratischen Wähler war davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der EU für Großbritannien vorteilhaft sei. Jeder dritte Wähler befürwortete sogar eine Reduzierung der EU-Kompetenzen zugunsten

⁷²⁵ Vgl. Stevenson 1996: 37 und Ingle 1994: 104/105. In der Bildungspolitik punkteten die LD vor allem mit ihrem Vorschlag einen Penny eines jeden Pfundes der Einkommenssteuer in das Bildungssystem zu investieren. Vgl. Russell/Fieldhouse 2005: 37.

⁷²⁶ Johnston 1992: 2.

⁷²⁷ Vgl. Clarke/Curtis 1998: 98/99.

des Nationalstaates.⁷²⁸ Wahlkampfmanager Des Wilson empfahl deshalb im Herbst 1992, dass die Partei ihren Europawahlkampf 1994 unbedingt dem britischen Stil anpassen und deutlichere Kritik an Missständen innerhalb der EU üben müsse:

*„I think that our Euro programme must have two strands: Use our enthusiasm for Europe consistent with party policy and position; but a very strong reforming aspect, hammering down on interference and bureaucracy etc. If the Liberal Democrats go in as the soft Europeans, this could be extremely bad news.“*⁷²⁹

Wilsons Einschätzung wurde kontrovers diskutiert, traf aber keineswegs nur auf ablehnende Stimmen innerhalb der Parteiführung.

Ingesamt betrachtet, hatte die Partei 1992 ihr Hauptziel nur bedingt erreicht: Zwar hatte sie – vor allem in der Bildungs- und der konstitutionellen Reformdebatte – eigene Akzente setzen und eine gute Medien- und Wählerresonanz erzielen können.⁷³⁰

Durch die Konzentration auf aussichtsreiche Sitze und Regionen fielen die Liberaldemokraten mit 18,3 Prozent der Stimmen zwar leicht hinter das Allianz-Ergebnis von 1987 zurück, sie gewannen aber mit 20 Sitzen im Verhältnis zur Stimmenzahl letztlich mehr Sitze als 1987. Die Liberaldemokraten hatten dennoch aufgrund des Mehrheitswahlrechts unzweifelhaft mit einem strukturellen Defizit, dem Syndrom der „verschenkten Stimme“ zu kämpfen, obwohl sie der Tageszeitung *The Guardian* zufolge die beste programmatische „show in town“ geliefert hatten.⁷³¹ Die Partei hatte sich konsolidieren, die Dynamik der auf die großen Parteien ausgerichteten britischen Politik aber nicht verändern können.⁷³² Auch der Popularitätsschub der unter Neil Kinnock reformierten Labour Party, deren politische Agenda nun deutliche Parallelen zu den Liberaldemokraten aufwies, erwies sich für die kleine Partei als nachteilig.⁷³³ Parteichef Ashdown, der aufgrund seiner großen Popularität und Medienwirksamkeit zur Trumpfkarte seiner Partei im Wahlkampf avanciert war, ging daher angesichts einer immer deutlicheren Wahlprognose zugunsten eines *hung parliament* kurz vor der Wahl in die Offensive.⁷³⁴ Mit der Begründung, dass die Labour Party die Unterhauswahl nicht aus eigener Kraft gewinnen könne, brachte Ashdown seine eigene Partei als Koalitionspartner ins Spiel und stärkte damit ungewollt die Konservativen. Denn die den Briten eher fremde Überlegung einer Mehr-Parteien-

⁷²⁸ Vgl. Clarke/Curtis 1998: 99/100.

⁷²⁹ Wilson 1992: 2.

⁷³⁰ Vgl. Wilson 1992a: 16 und Rallings/Thrasher 1996: 212/213.

⁷³¹ *The Guardian* vom 6. April 1992. Vgl. auch Dutton 2004: 274.

⁷³² Vgl. Russell/Fieldhouse 2005: 1.

⁷³³ Vgl. Stevenson 1996: 37.

⁷³⁴ Vgl. zu Ashdowns hoher Popularität Ingle 1994: 104, Stevenson 1996: 35, MacIver 1996a: 184 und Cook 2002: 212/3.

Regierung wurde vom Wähler nicht angenommen, zumal die Konservativen die Ängste gegen einen „Lib-Lab-Pakt der Steuererhöhung“ erfolgreich schüren konnten.⁷³⁵

4.3.4 Die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages:

Die Liberaldemokraten als Zünglein an der Waage

Während der langen Ratifizierungsphase des Maastrichter Vertrages im britischen Unterhaus hatte die liberaldemokratische Parlamentsfraktion vorrangig ein Ziel: dem Vertrag zur Ratifikation zu verhelfen und dadurch Großbritanniens „langfristige Interessen“ in Europa zu wahren.⁷³⁶ Parteichef Paddy Ashdown bewertete die Weiterentwicklung des Europäischen Integrationsprozesses und Großbritanniens Beitrag zur EG/EU als „most important issue which the House and the country will face in this Parliament.“⁷³⁷ Der liberaldemokratische Parteiführer skizzierte zu Beginn der Maastricht-Debatte erneut die europapolitische Vision seiner Partei eines dezentralen Großbritanniens in einer demokratischen und föderalen Europäischen Gemeinschaft. Er kritisierte die Labour Party für ihre Überlegungen einer politisch beeinflussten Europäischen Zentralbank und die konservative Regierung für die von ihr verhandelten *Opt-outs* zum Sozialprotokoll und zur WWU.⁷³⁸ Die mit diesen Angriffen auf beide großen Parteien verknüpfte Botschaft war eindeutig: Die Liberaldemokraten wollten in der Maastricht-Debatte völlig unabhängig und eigenständig agieren und sich von keiner der beiden großen Parteien vereinnahmen lassen. Schließlich bildete die liberaldemokratische Parlamentsfraktion aufgrund der kleinen Mehrheit der Konservativen Partei von nur 21 Stimmen und dem hohen Rebellionspotenzial der konservativen Hinterbänkler, bei nahezu allen wichtigen Abstimmungen zum Vertrag das Zünglein an der Waage.⁷³⁹ In einer internen Zwischenbilanz 1993 sprach die Partei daher von einem permanenten „Drahtseilakt“ der Parlamentsfraktion: Sie konnte sich einerseits einer gesteigerten medialen und damit öffentlichen Aufmerksamkeit sicher sein, da sie im „Zentrum der Aktion“ stand. Andererseits machte diese zentrale Rolle die Liberaldemokraten aber auch angreifbar, da sie immer Gegenstand genauester Kontrolle und wiederholtes Angriffsziel beider großen Parteien sein waren,

⁷³⁵ Vgl. Wilson 1992a: 13-15. Der Wahlkampfmanager bewertete das „Koalitionsproblem“ als eines der schwerwiegendsten Probleme des Wahlkampfes. Vgl. auch Cook 2002: 208.

⁷³⁶ Ashdown 1992b: 1 (Übersetzung der Verfasserin).

⁷³⁷ Ashdown 1991: Official Report vom 20. November: 299.

⁷³⁸ Vgl. Ashdown 1991: Official Report vom 20. November: 300-304.

⁷³⁹ Vgl. Interview mit Michael Moore vom 12. Februar 2002.

je nachdem, welche Fraktion sie unterstützten.⁷⁴⁰ Die Partei bemühte sich daher, ihr Abstimmungsverhalten frühzeitig zu koordinieren und eine einheitliche Sprachregelung für ihr nach außen sehr wechselhaft erscheinendes Stimmverhalten zu erarbeiten. Dies gelang der liberaldemokratischen Parlamentsfraktion, vor allem, da sie im Unterhaus und in den Medien nahezu ausschließlich über die Person Paddy Ashdowns wahrgenommen wurde.⁷⁴¹ Die dominante Stellung des Parteiführers und Fraktionsvorsitzenden spiegelte sich in der Maastrichtdebatte deutlich wider, da er in nahezu allen wichtigen Debatten als einziger Liberaldemokrat ein gesichertes Rede-recht besaß. Ashdown wurde während der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages somit noch stärker zum „Gesicht“ der Liberaldemokraten.⁷⁴² Für ihn persönlich war die Zustimmung zum Maastrichter Vertrag eine Sache des Prinzips, nicht der Parteipolitik.⁷⁴³ Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Parlamentsfraktion in allen Fragen geschlossen abstimmte. Ihre Abgeordneten vertraten etwa in der Frage eines Referendums zum Maastrichter Vertrag und zum Sozialprotokoll durchaus unterschiedliche Ansichten. Die übergeordnete Grundsatzentscheidung, den Maastrichter Vertrag im Parlament „durchzubringen“, teilten allerdings bis auf den Abgeordneten Nick Harvey alle liberaldemokratischen Abgeordneten der 20-köpfigen Fraktion. Sie stimmten daher bei allen Lesungen für das Vertragswerk und setzten sich für dessen schnelle Ratifizierung ein.

Der permanente „Drahtseilakt“ der Liberaldemokraten im Parlament entstand somit weniger aufgrund inhaltlicher Kontroversen als aufgrund taktischer Überlegungen zum „Durchbringen“ des Vertrages. Entsprechend konstatierte Paddy Ashdown: „The Liberal Democrats are looking carefully at each amendment and regardless of whether this is a Labour Party or Conservative amendment, we will vote for what we think is best for Britain.“⁷⁴⁴ Die liberaldemokratische Parlamentsfraktion focht daher bei vielen inhaltlichen Fragen an der Seite der Labour Party, der sie in der Europapolitik deutlich näher stand. Dies zeigte sich etwa bei einzelnen Änderungsanträgen zum Sozialkapitel, zur WWU und zum Besetzungsmodus der britischen Mitglieder des neuen Ausschusses der Regionen. Die Liberaldemokraten wehrten sich hier gemeinsam mit der Labour Party erfolgreich gegen den konservativen Versuch, von der

⁷⁴⁰ Vgl. LD 1993a: 1.

⁷⁴¹ Im Frühjahr 1993 monierte die Partei aber durchaus, dass viele Entscheidungen der Parlamentsfraktion in letzter Minute ad hoc getroffen würden. Hier sei eine noch bessere Vorbereitung und mediale Erklärung für das Abstimmungsverhalten der Fraktion notwendig. Vgl. LD 1993a: 1.

⁷⁴² Vgl. Ingle 1996: 119.

⁷⁴³ Vgl. Dutton 2004: 279.

⁷⁴⁴ Ashdown 1993: Brief vom 18. März.

Regierung bestimmte Kandidaten anstelle kommunaler Mandatsträger für den europäischen Ausschuss zu nominieren.⁷⁴⁵ Gefährdete die Labour Party in den Augen der Liberaldemokraten aus rein machtpolitischen Gründen jedoch die Ratifikation des Vertrages insgesamt, entschieden sich die Liberaldemokraten immer für den Vertrag und damit für eine Unterstützung der ansonsten von ihr scharf kritisierten Major-Regierung. Am deutlichsten zeigte sich das im Herbst 1992 in der Abstimmung über eine Wiederaufnahme der Maastricht-Debatte nach dem negativen dänischen Referendum.

Die Liberaldemokraten empfanden die durch die dänische Ablehnung des Maastrichter Vertrages ausgelösten Spannungen in der konservativen Partei und den daraus resultierenden Streit um eine Verschiebung der Ratifizierungsdebatte im Sommer 1992 als eine große Belastung. Die dänische Entscheidung zeigte ihrer Ansicht nach das Verfehlen der europäischen Staats- und Regierungschefs, eine bürgernahe Gemeinschaft zu schaffen und das Elitenprojekt EG in ein Bürgerprojekt umzuwandeln. Parteichef Ashdown forderte Premierminister Major auf, nun extern und intern Führungsstärke zu beweisen. Der Premierminister müsse die britische Ratspräsidentschaft nutzen, um mit den Dänen eine Einigung zu erzielen und gleichzeitig seine eigene Partei auf die Ratifizierung des Vertragswerkes einschwören. Trotz interner Streitigkeiten sprachen sich die Liberaldemokraten im Gegensatz zu Konservativen und Labour Party gegen eine Unterbrechung der Maastrichtdebatte im britischen Unterhaus aus.⁷⁴⁶ Die Parlamentsfraktion stimmte daher am 4. November 1992 – erneut bis auf Nick Harvey – geschlossen für die Wiederaufnahme der Maastrichtdebatte und damit für die *Paving Motion* der konservativen Regierung. Paddy Ashdown unterstrich in seiner Rede im Parlament, dass die Abstimmung für ihn und seine Parlamentsfraktion keine Vertrauensfrage der Regierung, sondern eine Abstimmung über Großbritanniens Zukunft in der EG/EU sei. Er bezeichnete Maastricht als Vertrag mit konservativen Fehlern, der aber letztlich nur nach einer Ratifizierung positiv verändert werden könne.⁷⁴⁷ Ihm sei ein nicht perfekter Vertrag lieber als gar kein Vertrag.⁷⁴⁸ Eine weitere Aufschiebung der Ratifizierung bis zu einer zweiten däni-

⁷⁴⁵ Vgl. Alderman 1993: 503, Wallace, H. 1993/94: 363 und Ingle 1996: 124. Vgl. zum Abstimmungsverhalten der LD bei einzelnen *amendments* die interne Liste zum Abstimmungsverhalten: LD 1993b.

⁷⁴⁶ Vgl. Ashdown 1992a: 1.

⁷⁴⁷ Vgl. Ashdown 1992: Official Report vom 4. November: 314-317 und Ashdown 1992b: 1.

⁷⁴⁸ So stellte Paddy Ashdown auch in einem Brief an die ELDR klar, dass es ihm und der Fraktion wichtiger sei, das „Überleben“ des Maastrichter Vertrages zu gewährleisten als nicht durchzubringende Maximalforderungen und -bedingungen zu stellen. Vgl. Ashdown 1992: Brief vom 24. Juni an R. Moore (ELDR). In seinen Memoiren gibt Ashdown allerdings zu, dass viele Fraktionskollegen seine

schen Entscheidung wie sie die Labour Party forderte, lehnten die Liberaldemokraten entschieden ab. So stellte Ashdown klar:

*„I cannot imagine a more demeaning attitude for the country to take than to have to shelter behind the skirts of the Danish people. Every other nation in the European Community has ratified or will ratify the agreement without waiting for the announcement from the Danish people in their reconsideration. (...) Only one question needs to be asked by the British people and the House: whether Maastricht is in Britain's interests.”*⁷⁴⁹

Die liberaldemokratische Parteiführung und die Parlamentsfraktion sahen sich selbst als Bewahrer des Maastrichter Vertrages, da nur durch ihre Stimmen zur *Paving Motion* eine Wiederaufnahme der Debatte erreicht worden war.⁷⁵⁰ Die Labour Party hingegen warf Ashdowns Parlamentsfraktion vor, mit ihren Stimmen zum Steigbügelhalter einer schwachen konservativen Regierung geworden zu sein und mögliche Neuwahlen verhindert zu haben.⁷⁵¹ Auch innerhalb der Partei gab es Gegenstimmen. Die Liberaldemokraten würden einen durch die konservativen *Opt-outs* stark verzerrten Maastrichter Vertrag mittragen und durch ihre Unterstützung für eine schwache konservative Regierung viel ihres mühsam gewonnenen Ansehens in Großbritannien verlieren, mahnte etwa der liberale Universitätsprofessor Vernon Bogdanor.⁷⁵² Außerdem befürchteten einige liberaldemokratische Kommunalpolitiker, dass eine auch nur kurz angelegte Partnerschaft mit den Konservativen wie bei der gemeinsamen Stimmabgabe für die *Paving Motion* zu einer Wählererosion an der Basis führe.⁷⁵³ Ashdown hingegen verwies darauf, dass die Befürwortung der *Paving Motion* den Liberaldemokraten zwar kurzfristig schade, langfristig aber deren Alleinstellung und Glaubwürdigkeit in ihrem Europabekenntnis deutlich unterstreiche.⁷⁵⁴ Die Mehrheit der Parteibasis trug daher das Abstimmungsverhalten der Parlamentsfraktion auch mit.⁷⁵⁵ Ashdown erhielt viel Zuspruch und vertrat den Standpunkt seiner Fraktion gegenüber den Medien sehr aktiv. Offensiv ging der Parteichef auch mit den Vor-

Haltung nur zähneknirschend mittragen: „*They said this was dotty. How could a Bill based on a Treaty continue, when the Treaty has just been broken by the Danish 'no' vote?*“ Vgl. Ashdown 2000: 168.

⁷⁴⁹ Ashdown 1992: Official Report vom 4. November: 317/318.

⁷⁵⁰ Vgl. Ashdown 1993: Official Report vom 22. Juli: 525, Ashdown 2000: 201 und Clarke/Curtis 1998: 90.

⁷⁵¹ Vgl. Smith 1992: Official Report vom 4. November: 301 und 306 sowie Livingston 1992: Official Report vom 4. November: 354.

⁷⁵² Vgl. Bogdanor 1992: 1.

⁷⁵³ Vgl. exemplarisch den Brief der Ratsmitglieder Freney und Jefferson Horsley (Taunton) an Parteichef Ashdown: Ashdown 1992: Brief vom 30. Oktober.

⁷⁵⁴ Vgl. Ashdown 2000: 198.

⁷⁵⁵ Vgl. exemplarisch die Briefe der Ratsmitglieder Peter Black (Swansea) und Andrew Ketteringham (Chesham Bucks) an Parteichef Ashdown: Ashdown 1992: Brief vom 5. November 1992 und Ashdown 1993: Brief vom 21. Januar 1993.

würfen der beiden großen Parteien um, dass das Abstimmungsverhalten Nick Harveys deutlich mache, dass auch die Liberaldemokraten in ihrer Europapolitik gespalten seien. Harvey, bemerkte Ashdown dazu im Unterhaus, „was elected on the basis that he opposed the treaty. I disagree with him, but he is entitled to his views as, indeed, are others. I accept that they have a case to put (...). At least they are doing what they believe to be in the national interest“.⁷⁵⁶ Nick Harvey selbst erklärte sein Abstimmungsverhalten nicht mit einer grundsätzlichen Ablehnung des EU-Projekts, sondern konkret damit, dass er das im Maastrichter Vertrag verankerte Konzept der WWU aus ökonomischen Gründen nicht gutheißen konnte.⁷⁵⁷

Deutlich gespalten war die liberaldemokratische Parlamentsfraktion allerdings in der Frage eines Referendums zum Maastrichter Vertrag. Parteichef Ashdown selbst gehörte innerhalb der Parlamentsfraktion zu den größten Verfechtern des Referendums, da seiner Meinung nach auf diese Weise eine intensive öffentliche Debatte über Großbritanniens Zukunft in der EG/EU ermöglicht wurde und der Bürger als eigentlicher Souverän die wichtige Entscheidung treffen konnte.⁷⁵⁸ Diesen Argumenten schloss sich Stuart Mole, Büroleiter des Abgeordneten David Steel, in seinem Positionspapier für ein Referendum an. Maastricht als konstitutioneller Meilenstein müsse in einer landesweiten Debatte geklärt werden.⁷⁵⁹ Demgegenüber argumentierte Andrew Duff, dass in einem solchen Referendum die konservative Regierung die zeitlichen und inhaltlichen Konditionen bestimmen werde. Hier stehe das konservative Maastricht-Modell zur Option, welches ohne Zweifel „exclusively in Brito-centric terms“ diskutiert werde; „our campaign for federal European Union will be imperceptible and regarded as irrelevant.“ Duff befürchtete, dass die Pro-Europäer aller Parteien ohnehin schnell in die Defensive gerückt würden, da die Euro-Skeptiker und Referendumsbefürworter der beiden großen Parteien eine weitaus erfolgreichere Medienpräsenz aufweisen konnten. Außerdem, so Duff, gebe es auch innerhalb der eigenen Partei genügend Mitglieder „who (...) would be quite willing to ditch the Europe ‘E’ as soon as the opinion polls suggest public bewilderment about the whole subject.“⁷⁶⁰ Auch Ashdown war sich des Risikos eines Referendums

⁷⁵⁶ Ashdown 1992: Official Report vom 4. November: 316. Vgl. auch Ashdown 2000: 200.

⁷⁵⁷ Vgl. Interview mit Nick Harvey vom 23. November 2004: „*The concept of the European Single Currency I thought was completely wrong and I still do. I think that – particularly as I was already at that stage hoping for and anticipating growth in the size of the EU – for 25 or so economies to throw away the economic leaver of currency revaluation is just wrong economically.*“

⁷⁵⁸ Vgl. Ashdown 1992: Brief vom 27. Juli, Ashdown 1992: Official Report vom 20. November: 305, Ashdown 1992: Official Report vom 4. November: 317 und Ashdown 1992a.

⁷⁵⁹ Vgl. Mole 1992: 3-6.

⁷⁶⁰ Duff 1991b: 1/2.

sehr wohl bewusst, hielt das Abhalten eines solchen letztlich aber für unwahrscheinlich, da die Labour-Parteiführung ein Referendum rundweg ablehnte.⁷⁶¹ Als Kopf einer dezentralen Bürgerpartei wollte er sich aber nicht gegen die Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung und –abstimmung stellen. Er vermied es allerdings sorgfältig, sich von den euro-skeptischen Referendumsbefürwortern der CP vereinnahmen zu lassen, die ihn mehrfach zu Kundgebungen einluden.⁷⁶² Bei der Abstimmung über einen Antrag des Labour-Politikers Bryan Gould für ein Referendum im April 1993 waren somit auch die Stimmen der Liberaldemokraten gespalten: 14 der 20 Liberaldemokraten stimmten für das Referendum, fünf dagegen, unter ihnen der europapolitische Sprecher Russell Johnston und der ehemalige liberale Parteichef David Steel.⁷⁶³

Interne Meinungsverschiedenheiten kennzeichneten zunächst auch die Debatte um das Sozialkapitel des Maastrichter Vertrages. Die Liberaldemokraten waren mehrheitlich für eine soziale Dimension des Binnenmarktes und der EU. Sie hatten sich daher stets für die Sozialcharta von 1989 ausgesprochen und in ihren Parteianträgen das *Opt-out* der konservativen Regierung zum Sozialprotokoll scharf gerügt.⁷⁶⁴ Parteichef Ashdown hingegen war skeptisch gegenüber dem Sozialprotokoll, da er eine zu starke Beeinträchtigung der britischen Wirtschaft befürchtete. Er war innerhalb seiner Partei und seiner Parlamentsfraktion damit aber in der Minderheit und schwenkte bald in die Reihen der Fürsprecher des Sozialkapitels ein. Ashdowns institutionelle Bedenken gegen das Sozialprotokoll teilten indes auch andere Mitglieder der Fraktion. In einem Memo wurde die Befürchtung laut, dass die Kommission in diesem Bereich zentralistischer als gewünscht agieren werde:

*„We had some anxieties about the draft Social Chapter of the Treaty which went to Maastricht. It included a section giving the Community competence on matters to do with the representation and collective defence of the interests of workers and employers. This is no business of the Community. It was centralist in nature, without proper safeguards, and also provided for the representatives of management and the Unions to have a privileged position in the legislative process. This would be bad news particularly since it may have been used to by-pass the Parliament.“*⁷⁶⁵

Nach Ansicht der Liberaldemokraten sollte die europäische Sozialpolitik unter das Subsidiaritätsprinzip fallen. Die von der EU gesetzten Standards müssten daher von

⁷⁶¹ Vgl. Ashdown 1992: Brief vom 3. Dezember.

⁷⁶² Vgl. exemplarisch Ashdowns Briefwechsel mit dem konservativen Abgeordneten Sir Teddy Taylor: Ashdown 1992: Briefe vom 10. und 14. Dezember.

⁷⁶³ Vgl. „Party lines are blown apart in referendum vote“, in: The Independent vom 23. April 1993. Vgl. ebenso Ingle 1996: 124.

⁷⁶⁴ Vgl. unter anderem LD 1992b: 1 und Leaman 1991: 1.

⁷⁶⁵ Leaman 1991: 2.

den Mitgliedstaaten oder subnationalen Gremien individuell für die einzelnen Staaten umgesetzt werden. Das Europäische Parlament dürfe auf keinen Fall im legislativen Prozess übergangen werden, da das einer „korporatistischen Sozialpolitik“ gleich käme und dem liberaldemokratischen Ziel einer dezentralen demokratischen Gemeinschaft entgegenstünde. Das *Opt-out* der konservativen Regierung hielt die Partei aber für den falschen Weg, da man besser einem unperfekten Club angehören könne, als ohne Entscheidungsgewalt außen vor zu bleiben.⁷⁶⁶ Die Liberaldemokraten waren daher prinzipiell für die Eingliederung des Sozialkapitels in den Maastrichter Vertrag – allerdings unter einer Bedingung: Sollte die Unterstützung eines *amendments* zum Sozialkapitel den gesamten Vertrag gefährden, wollten die Liberaldemokraten den Vertrag als Ganzes unter Preisgabe des Sozialprotokolls sichern.⁷⁶⁷

Schließlich schlossen sich die Liberaldemokraten während des finalen parlamentarischen Schlagabtausches in der langen „Ratifizierungsschlacht“ von Maastricht doch dem Versuch der Labour Party an, die konservativen Ausnahmeregelungen in der Sozialpolitik zu kippen. Ashdown erklärte im britischen Unterhaus, dass er durchaus Vorbehalte gegen das Sozialprotokoll habe, dieses inhaltlich aber für ein äußerst moderates und gleichzeitig notwendiges Dokument halte.⁷⁶⁸ Die britische Wirtschaft erfüllte seiner Ansicht nach ohnehin bereits größtenteils die Bestimmungen des Sozialkapitels. Ebenso wie der Labour-Politiker Peter Shore warf Ashdown den beiden großen Parteien bei gegensätzlichen Vorzeichen eine Instrumentalisierung und Überbewertung des Sozialprotokolls vor, um die eigene Partei zu befrieden und zu einen:

*„(The Social Chapter) is not the great monster of socialism stalking across Europe which the Government try to persuade us to believe it is. Nor is it the archangel of socialism about to return us to the 1970s, as the Labour Party would have us believe. It is an anodyne statement of broad intent.“*⁷⁶⁹

Insgesamt bemühten sich die Liberaldemokraten während der Maastricht-Debatte um eine Versachlichung der Unterhaus-Diskussion. Der europapolitische Sprecher Russell Johnston und Parteichef Ashdown wiesen wiederholt auf die ihrer Ansicht nach emotionalisierte „Pseudo-Debatte“ zur britischen Souveränität und zum Föderalis-

⁷⁶⁶ Vgl. zu diesem Abschnitt Ashdown 1992: Brief vom 16. Januar: 1/2 und Ashdown 1992: Brief vom 10. Dezember.

⁷⁶⁷ Vgl. u.a. Johnston 1993: Official Report vom 5. Mai: 207-209, Ashdown 1993: Brief vom 19. Juli, Ashdown 1992d sowie Ashdown 2000: 229.

⁷⁶⁸ Vgl. Ashdown 1993: Official Report vom 22. Juli: 546 und Ashdown 1993: Official Report vom 23. Juli: 642.

⁷⁶⁹ Ashdown 1993: Official Report vom 22. Juli: 546/547.

musbegriff hin. Sie erklärten, dass der Nationalstaat im Sinne des alten Konzepts einer absoluten Souveränität im Zeitalter der Interdependenz überholt sei.⁷⁷⁰

4.3.5 Die innerparteiliche Ebene: Europapolitische Ge- und Entschlossenheit

Eine Betrachtung und Analyse der innerparteilichen Ebene der liberaldemokratischen Parlamentsfraktion während der frühen neunziger Jahre gestaltet sich ob des kleinen Parlamentsteams von 20 Abgeordneten und der Dominanz des Parteiführers Paddy Ashdown schwierig. Die zur Verfügung stehenden und ausgewerteten Quellen geben über Dissonanzen innerhalb der Fraktion wenig Auskunft, zumal der bei den beiden großen britischen Parteien zu beobachtende öffentliche europapolitische Argumentationsaustausch im britischen Unterhaus in der liberaldemokratischen Parlamentsfraktion nicht stattfand: Das eingeschränkte Rederecht für die kleine Partei ermöglichte es fast ausschließlich dem Fraktionsvorsitzenden im britischen Parlament das Wort zu ergreifen. Es ist Russell und Fieldhouse aber zuzustimmen, dass die Liberaldemokraten in der gesamten Maastricht-Debatte ihren „pro-europäischen Instinkten“ folgten, „ohne auf die Konsequenzen zu achten“.⁷⁷¹ Zwei ausgewählte Episoden dürften indes dennoch deutlich machen, dass es dabei aber durchaus graduelle Abstufungen in Einzelfragen gab. So befand der walisische Abgeordnete Alex Carlisle, dass man die konservative Regierung durchaus in ihrer Absage an das Sozialprotokoll unterstützen könne, sollte die Regierung den Liberaldemokraten dafür einen zusätzlichen Sitz im Ausschuss der Regionen zubilligen. Parteichef Ashdown reagierte auf diesen Vorstoß verärgert, da er für derartige „Brotkrumen“ der Regierung keine Parteitagebeschlüsse torpedieren wollte. Er setzte sich innerhalb der Parlamentsfraktion schließlich auch durch.⁷⁷² Die Abgeordnete Liz Lynne konfrontierte den Parteichef im April 1993 damit, dass sie gegen die restlichen Maastricht-Abstimmungen stimmen werde, wenn sich die gegen das europäische Vertragswerk gerichtete Stimmung in ihrem Wahlkreis noch weiter verstärke. Ashdown dazu rückblickend: „I (...) said that if she voted against the Party in the Maastricht third reading debate I would have to reconsider her spokespersonship. She told me she was pretty bored with adhering to Parliamentary Party discipline (...).“⁷⁷³ An den Abstimmungsergebnissen zur Maast-

⁷⁷⁰ Vgl. Johnston 1991: Official Report vom 26. Juni: 1039, Bruce 1991: Official Report vom 15. November: 1365 und Ashdown 1992: Official Report vom 20. Mai: 291.

⁷⁷¹ Russell/Fieldhouse 2005: 81 (Übersetzung der Verfasserin).

⁷⁷² Vgl. Ashdown 2000: 221.

⁷⁷³ Ashdown 2000: 224.

richt-Debatte im britischen Unterhaus lässt sich letztlich aber ablesen, dass der Parteichef einzelne zwischenzeitlich zweifelnde Abgeordnete fast immer einfing. Bis auf den in ökonomischen Fragen eher euro-skeptisch auftretenden Abgeordneten Nick Harvey und die gesplante Stimmabgabe bei der Referendumsfrage präsentierte sich die Parlamentsfraktion als homogener pro-europäischer Block. Sie konnte sich gerade in den ersten Jahren nach ihrer Gründung große Zersplitterungen auch kaum leisten, da sie das Aushängeschild der Liberaldemokraten auf nationaler Ebene war. Innerhalb des dezentral organisierten Gefüges ihrer Partei bildete die Parlamentsfraktion hingegen lediglich einen – wenn auch sehr einflussreichen – Strang einer „dualen Identität“⁷⁷⁴ der Partei, dessen anderen Strang die starken lokalen Gliederungen und Aktivisten bildeten. Sie stellte zudem innerhalb der stark durch ihre radikale *Whig*-Tradition geprägten Partei deren konservativstes Element dar.⁷⁷⁵

Die große Mehrzahl der einzelnen Gruppen – kleine, auf ein Thema begrenzte Gruppen ebenso wie große institutionalisierte Gruppen wie beispielsweise die der kommunalen liberaldemokratischen Mandatsträger (ALDC) – ist in der Partei direkt an der Basis angesiedelt. Das Gegenstück dieser starken Basis bildet das vom Parteiführer geleitete *Federal Policy Committee*, dem eine herausgehobene Rolle zukommt, da es wichtigster Initiator der Politikagenda der Liberaldemokraten ist.⁷⁷⁶

Sollte sich in diesem Miteinander der verschiedenen aktiven Ebenen der Partei Anfang der neunziger Jahre ein Dissens über die Europapolitik entzündet haben, so lässt sich dieser nicht durch Quellen belegen. Zum einen gibt es keine *Verbatim Reports* der Parteikonferenzen. Zum anderen zirkulieren politische Arbeitspapiere der Liberal Democrats grundsätzlich bereits im Vorfeld der Parteikonferenzen auf allen Ebenen und werden dort kritisch diskutiert, so dass die letztlich vorgestellten Konferenzanträge in der Regel keine Kontroverse mehr auslösen. Die zweimal im Jahr stattfindende Parteikonferenz als „final, sovereign decision-making body“ diente somit vor allem in der Anfangsphase der Liberal Democrats eher zur Bestimmung und Bündelung der aktuellen politischen Schwerpunkte und weniger als Diskussionsforum.⁷⁷⁷

Vincent McKee weist darauf hin, dass es trotz der Vielfalt des Gruppennetzwerks an der Basis eigentlich keine feste gegen die grundsätzliche Programmatik der Liberal-

⁷⁷⁴ Russell/Fieldhouse 2005: 67.

⁷⁷⁵ Vgl. Brack 1996: 99.

⁷⁷⁶ Vgl. Brack 1996: 97, LD 1993d: 2 und LD 1994h: 1. Das FPC legt auf jeder Herbstkonferenz einen Katalog politischer Schwerpunkte für die kommenden drei bis vier Jahre zur Abstimmung vor.

⁷⁷⁷ LD 1993d: 2. Vgl. LD 1994h: 2 und Brack 1996: 99, der für die Frühphase der Liberal Democrats von eher harmonischen Parteitagen und einer wenig ausgeprägten Debattenkultur spricht. In späteren

demokraten operierende Gruppe gebe. Die Erfahrung der beinahe Auflösung der Partei nach der verlorenen Europawahl 1989 habe das Gefühl für die Notwendigkeit eines festen Images und einer geschlossenen Partei extrem gestärkt.⁷⁷⁸ „(A)lthough there is disagreement on particular policy details, there is wide consensus on the overall direction, and no coherent and consistent critique of the policy programme.“⁷⁷⁹

Auf der politischen Agenda der Liberaldemokraten nahm die Europapolitik in den frühen neunziger Jahren, nicht zuletzt aufgrund der langen Ratifizierungsphase des Maastrichter Vertrages, eine hervorgehobene Stellung ein.⁷⁸⁰ Die umfangreiche und detaillierte Europaprogrammatik der britischen Drittpartei lässt sich dabei unter anderem damit erklären, dass die Liberaldemokraten lediglich auf lokaler Ebene Exekutiverfahren sammeln konnten. Sie konnten sich daher nur über die Rolle eines programmatischen Vordenkers als alternative politische Kraft empfehlen:

*„The Liberal Democrats cannot promote their message or boost the morale of their own supporters in terms of their government record; they have to rely instead on developing, refining and publicising their policies.“*⁷⁸¹

Die Begeisterung der Liberaldemokraten für den Europäischen Integrationsprozess und ihre Konzentration auf dieses Politikfeld war dabei sowohl inhaltlich als auch taktisch motiviert. Die Europapolitik bildete programmatisch einen wichtigen Baustein in der liberaldemokratischen Philosophie eines dezentralen, bürgernahen Großbritanniens in einem dezentralen europäischen System. Zudem sah die britische Drittpartei durchaus die ökonomische Realität eines stetig wachsenden EG-Marktes und bekannte sich über ihre Europapolitik zu ihrem programmatischen Erbe des Internationalismus. Die Partei nutzte die Europapolitik als Alleinstellungsmerkmal und aus Eigeninteresse.⁷⁸²

Auch die Anbindung an die europäischen Schwesterparteien über die ELDR war für die Liberal Democrats sowohl finanziell als auch am politischen Einfluss gemessen ein Gewinn. Die Arbeit in der ELDR stellte zum Teil eine Kompensation für die geringe Bedeutung der Drittpartei in der britischen Politik dar.⁷⁸³

Jahren wurden die Aktivisten auf den Konferenzen wesentlich selbstbewusster, so dass Politikinhalt weitaus kontroverser diskutiert wurden.

⁷⁷⁸ Vgl. McKee 1996: 167/168.

⁷⁷⁹ Brack 1996: 98.

⁷⁸⁰ Vgl. exemplarisch LD 1990, LD 1990a, LD 1991d, LD 1991e, LD 1992b, LD 1993f, LD 1993g sowie mehrere Pocket Guides, Briefings, Green und White Papers.

⁷⁸¹ Brack 1996: 102.

⁷⁸² Clarke/Curtis 1998: 106.

⁷⁸³ Vgl. Clarke/Curtis 1998: 105.

Dass die dezentrale Philosophie der Partei indes durchaus auch einen kritischen Blick auf die EU zulässt, zeigt die Haltung des liberaldemokratischen Abgeordneten Nick Harvey, der 1992 konstatierte: „Our ideas on Europe are totally illiberal (...) (W)e want to create a bureaucratic and centralist nightmare.“⁷⁸⁴ Aus einer Befragung von Parteimitgliedern aus dem Jahr 1993 geht hervor, dass die liberaldemokratische Basis kaum pro-europäischer eingestellt war als die britischen Wähler. So befürworteten zwar 47 Prozent der Parteimitglieder größere Kompetenzen für die EU, 44 Prozent sprachen sich aber für einen Rückzug Großbritanniens aus der EU oder zumindest für eine deutliche Beschneidung der europäischen Kompetenzen aus. 36 Prozent lehnten eine Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in einer föderalen EU ab. Dies lässt zumindest die Überlegung zu, dass die Weiterentwicklung des Europäischen Integrationsprozesses als ein Kernthema der Partei durchaus das Potenzial haben könnte, die Liberaldemokraten – vor allem, wenn sie Teil der Exekutive wären – zu spalten oder schwere Dissonanzen zwischen Parteiführung und Parteibasis hervorzurufen.⁷⁸⁵

4.4 Zwischenfazit

4.4.1 Die Konservative Partei

„Die Haltung des neuen britischen Regierungschefs während der Eröffnung der Regierungskonferenzen verspricht zumindest einen neuen Stil in Sachen Europa, wenn nicht gar einen substantiell neuen politischen Ansatz, der die Vertiefung der EG (...) auf ein breiteres Fundament als die deutsch-französische Basis stellen könnte“, urteilte Angelika Volle 1991 optimistisch über die konservative Europapolitik der jungen Major-Regierung.⁷⁸⁶ Ihre Einschätzung, die sogar einen Leitbildwechsel in der britischen Europapolitik nicht ausschloss, bewahrheitete sich nicht. Auch der neue Premierminister John Major, der sich selbst zum pro-europäischen Lager der konservativen Konföderalisten zählte, betrieb ein Europadenken, das ausschließlich von nationalen Gesichtspunkten geleitet wurde. Ein wirkliches Augenmerk auf die EU als eigenständiges politisches System hatte er nicht. So urteilt Wolfram Kaiser:

⁷⁸⁴ Harvey, zitiert aus CP 1997: Campaign Guide: 826.

⁷⁸⁵ Vgl. Bennie/Curtice/Rüdig 1996: 141/142 und 150, MacIver 1996: 17 und Clarke/Curtis 1998: 102/103.

⁷⁸⁶ Volle 1992: 185.

„Conservative Governments have traditionally regarded and treated European integration matters as foreign policy and attempted to arrest the process of a domestication of EC issues (...). They are still doing so in the 1990s.“⁷⁸⁷

In der Konservativen Partei lag der Fokus der europäischen Zusammenarbeit stark auf der Marktintegration, nicht aber auf einer politischen Integration. Konservative Politiker betonten vorrangig die ökonomischen Vorteile des Binnenmarkt-Europas. Weite Teile der Partei waren gefangen im programmatischen Paradoxon Thatchers, die einen wirtschaftlichen Liberalismus mit einem starken, autoritären Nationalstaat verbunden hatte.⁷⁸⁸ Hans-Joachim Knopf stellt daher heraus, dass die meisten Konservativen zwar durchaus eine führende Rolle in der EG/EU einnehmen wollten, diese aber letztlich nicht mit inhaltlichen Entwicklungsszenarien füllen konnten. Auch standen die in Maastricht erzielten *Opt-outs* in einem deutlichen Widerspruch zu einer Führungsrolle in der Gemeinschaft.⁷⁸⁹

Mit Blick auf das für die EU der neunziger Jahre charakteristische Entwicklungstriptychon Vertiefung – Erweiterung – Vollendung sprach sich die konservative Regierung in einer Fortführung des von Margaret Thatcher geprägten programmatischen Konzepts einer europäischen Zusammenarbeit souveräner Nationalstaaten für eine Forcierung des Freihandels und eine schnelle Erweiterung der Gemeinschaft aus. Durch die Vergrößerung der Gemeinschaft sollte einer Vertiefung der EG/EU sowie damit verbundenen Entscheidungsverlagerungen von der nationalen Ebene auf die europäische Ebene vorgebeugt werden.⁷⁹⁰ Eine fortschreitende Integration „auf Kosten“ des Nationalstaates als dem zentralen Akteur internationaler Politik lehnte der Großteil der Major-Regierung und der CP ab, da sie als nicht kompatibel mit der eigenen konservativen Programmatik angesehen wurde:

„Intervention, centralisation and lack of accountability may appeal to Socialists. They have no place in our Conservative philosophy.“⁷⁹¹

Der Maastrichter Vertrag und die in ihm festgeschriebene Erweiterung des europäischen Zuständigkeitsbereichs stellten eindeutig eine Zäsur in der konservativen Europapolitik dar.⁷⁹² Die empfundene Bedrohung der parlamentarischen Souveränität avancierte durch den Vertrag zur größten europapolitischen Störungszone innerhalb

⁷⁸⁷ Kaiser 1994: 386.

⁷⁸⁸ Vgl. Berrington 1998: 12.

⁷⁸⁹ Vgl. Knopf 2003: 255/256.

⁷⁹⁰ Vgl. Wallace, H. 1989/90: 371 und Laurent 1994: 129 und 139.

⁷⁹¹ Vgl. Thatcher 1990: Rede Parteikonferenz: 24.

⁷⁹² Vgl. Berrington 1998: 5.

der CP.⁷⁹³ Norman Tebbit erklärte etwa, dass der Maastrichter Vertrag die mächtigste Kraft für eine Veränderung der britischen Verfassung und des britischen Regierungssystems darstelle.⁷⁹⁴ Gerade die CP sah sich aber – ganz im Sinne der konservativen Philosophie – als Hüterin dieses zentralstaatlichen, auf der Parlamentsouveränität fußenden Systems an. Die Souveränitätsdebatte, auch wenn sie häufig nur einen Schlagwortcharakter besaß, offenbarte somit das tiefe Unbehagen gegen die Zentralkraft der europäischen Entwicklung und die mit ihr einhergehende überbordende Zuständigkeit der EG/EU.⁷⁹⁵ Die Betonung des Nationalstaates ohne eine „union above“ und „devolution below“⁷⁹⁶ konfrontierte die Major-Regierung mit einem zusätzlichen programmatischen Dilemma: Sie interpretierte das im Maastrichter Vertrag verankerte Subsidiaritätsprinzip ausschließlich als einen Mechanismus, durch den fortan EU-Kompetenzen zurück auf die nationale Ebene geholt und neue Entscheidungen von vornherein in London getroffen werden konnten. Die von der Labour Party und den Liberal Democrats sehr wohl registrierte subnationale Ebene des Subsidiaritätsprinzips klammerte die Partei hingegen bewusst aus, da sie sich – auch hier ganz im Sinne der konservativen Philosophie – als Bewahrerin der aus verschiedenen Nationen bestehenden britischen Union sah.⁷⁹⁷ Eine Stärkung der einzelnen britischen Regionen verband sie direkt mit dem Verfall der Union.⁷⁹⁸ Mit dem zunehmenden Druck aus Schottland und Wales für eine Stärkung der Regionen konfrontiert, betonte Margaret Thatcher daher auf der Parteikonferenz 1990: „Europe cannot be built by ignoring or suppressing this sense of nationhood, by trying to turn us into regions rather than nations.“⁷⁹⁹

Die Conservative Party verfolgte in den ersten Jahren der Major-Regierung ein zwischenstaatliches EG/EU-Modell, eine konföderale Vision. Sie blieb ihrem Leitbild eines Europa der Nationalstaaten konsequent verhaftet.⁸⁰⁰

⁷⁹³ Vgl. Ludlam 1998: 41-49.

⁷⁹⁴ Vgl. Norman Tebbit, zitiert aus Robertson 1991: Annual Party Conference: 123.

⁷⁹⁵ Vgl. Howe 1991: Official Report vom 20. November: 311, Paterson 1990 und Jackson o.J. [1983]: 10-20.

⁷⁹⁶ Berrington 1998: 11.

⁷⁹⁷ Vgl. Scott/Peterson/Millar 1994: 61 und Bogdanor 1993: 296. Die Konservativen sprachen daher in einer Broschüre über die Liberaldemokraten davon, dass diese die Souveränität opferten, um sie nach oben an die EG/EU und nach unten an die Regionen und Kommunen zu verteilen. Vgl. CP 1993: Politics Today 5: 144.

⁷⁹⁸ Vgl. Berrington 1998: 19/29.

⁷⁹⁹ Thatcher 1990: Rede Parteikonferenz: 24.

⁸⁰⁰ Vgl. Knopf 2003: 258 und 260.

4.4.2 Die Labour Partei

Die pro-europäische Entwicklung der britischen Labour Party seit Mitte der achtziger Jahre ist als essenzieller Teil eines breitangelegten politisch-kulturellen Wandels der Partei zu werten, der sie von der sozialistischen Arbeitertradition hin zur Sozialdemokratie führte. Ziel war es, die Programmatik der britischen Labour Party zu modernisieren und der „europäischen Realität“ anzupassen, um die Partei wieder wählbar zu machen. Als Oppositionspartei verfolgte die Labour Party in den frühen neunziger Jahren eindeutig eine Europapolitik aus nationaler Sicht. Die Europapolitik diente der positiven Abgrenzung von den Konservativen und die Europäische Gemeinschaft als zusätzliche Arena für die eigene Politikgestaltung, wie die Ausführungen Gerald Kaufmans auf der Parteikonferenz 1992 zeigen:

„During these further years of Tory government the Labour Party should use the European Community as a countervailing force to redress Tory domestic policy (...). We can do that through the European Community.“⁸⁰¹

Zum Wandel der Labour Party in ihrer Europapolitik trug nicht nur die Einsicht bei, dass die europäische Dimension ein festes Element des britischen politischen Alltags geworden war, sondern auch der Wandel und die Weiterentwicklung der EG selbst. Durch die von Kommissionspräsident Jacques Delors vorangetriebene soziale Dimension des Binnenmarktes entstand eine für die Labour Party wichtige Überlappung ihrer sozialpolitischen Programmatik mit den Vorstellungen der Europäischen Gemeinschaft. Die Sozialpolitik wurde daher zum Kristallisationspunkt ihrer Europapolitik und zu einer „Projektionsfläche für Versäumnisse der konservativen Regierungen“.⁸⁰² Die europapolitische Debatte in der Labour Party hatte dabei oftmals einen Schlagwortcharakter. Die Auswirkungen unterschiedlicher europapolitischer Forderungen und mit ihnen verbundene mögliche Zielkonflikte mit der eigenen Programmatik wurden kaum diskutiert.⁸⁰³ So waren es ausschließlich die Euro-Skeptiker, die die mit einer strikten Umsetzung der Konvergenzkriterien für den Beitritt zur Währungsunion verbundenen möglichen sozialpolitischen Nachteile und damit einen Widerspruch zwischen Labours europäischer Sozial- und Wirtschaftspolitik thematisierten. Als Oppositionspartei konnte die Labour Party weitaus leichter Maximalforderungen aufstellen oder ihre Unterstützung für institutionelle Verände-

⁸⁰¹ Kaufman 1992: Annual Conference Report: 39. Vgl. auch Green 1993: Annual Conference Report: 226.

⁸⁰² Weinmann 1999: 87.

⁸⁰³ Der Euro-Skeptiker Austin Mitchell sprach daher sarkastisch von einer Partei „positively bubbling with enthusiasm“. Vgl. Baker/Gamble/Ludlam/Seawright 1996: 354.

rungen zugunsten der europäischen Ebene signalisieren. Labours Europapolitik musste sich nicht an der Realität einer Regierungsverantwortung messen lassen.

Dennoch ist Georg Weinmann zuzustimmen, dass die Labour Party trotz eines latenten europakritischen oder anti-europäischen Potentials in ihren Reihen die europäische Dimension in den frühen neunziger Jahren „zu einem elementaren Bestandteil ihres Selbstverständnisses entwickelte“.⁸⁰⁴ Dies belegen die wachsende Zahl der europapolitischen *fringe meetings* auf Parteikonferenzen, der sich vertiefende Kontakt zu den kontinentalen Schwesterparteien und die vor allem unter Parteichef John Smith vorgenommene strukturelle Einbindung der Europaabgeordneten in die nationalen Spitzengremien, durch die integrative Effekte entstanden.⁸⁰⁵ Smith selbst legte Wert darauf, dass die Kandidaten für die neue Parteispitze im Sommer 1992 nach Straßburg fahren, um sich den Europaabgeordneten ihrer Partei in einem persönlichen Gespräch vorzustellen.⁸⁰⁶ Durch den kontinentalen konsensual geprägten Politikstil des EP beeinflusst, unterstützten viele MEPs die in der Labour Party entstandene Debatte zu einer Verfassungsreform und damit zu einem Wandel von Staatlichkeit in Großbritannien. Parteichef Smith stellte ebenfalls eine direkte Verbindung zwischen dem supranationalen System der EG und einer notwendigen Veränderung von Staatlichkeit in Großbritannien her:

*„Three separate factors have convinced me that new structures have to be found for the reform of our democracy here in Britain. The first is the experience of recent years under a government that has centralised as much power as possible, largely at the expense of local democracy. The second is the European dimension – an additional layer of government which calls for a radical reappraisal of existing structures and competences. The third is a discreet but significant sociological shift: a movement away from the traditional perception of ourselves as subjects to a more modern view of ourselves as citizens.“*⁸⁰⁷

Smith, selbst Schotte, unterstützte das Konzept eines Europa der Regionen sowohl aus Wahlg Gesichtspunkten als auch aus Überzeugung heraus. Er hob wiederholt die demokratische und besonders die subnationale Bedeutung des europäischen Subsidiaritätsprinzips hervor. Die traditionelle Definition des unabhängigen Nationalstaates passte seiner Ansicht nach nicht mehr in die Zeit modernen Regierens. Dennoch blieb der Nationalstaat bei aller Berücksichtigung der Regionen und der europäi-

⁸⁰⁴ Weinmann 1999: 42.

⁸⁰⁵ Vgl. zu den *fringe meetings* Broad 2001: 188. Die Zahl der Redner aus den Reihen der Europaabgeordneten stieg zwischen 1987 und 1995 von 13 auf 62. Vgl. zu den Europaabgeordneten und ihrer Bedeutung vor allem Weinmann 1999: 89/90.

⁸⁰⁶ Vgl. Alderman/Carter 1993: 54/55.

⁸⁰⁷ Smith 1992: 180.

schen Ebene für Smith Nukleus seines Politikverständnisses.⁸⁰⁸ Für Labours europapolitischen Sprecher, George Robertson, war EG-Politik schlicht Innenpolitik, von der sowohl der Nationalstaat als auch die Regionen profitierten. Die absolute und unteilbare Auslegung der britischen Parlamentssouveränität sah er als einen hinderlichen Mythos an.⁸⁰⁹

An dieser Stelle muss allerdings hervorgehoben werden, dass Smith und Robertson zu den wenigen Stimmen in der Labour Party zählten, deren Vorstellungswelt sich auf ein Mehrebenen-System jenseits eines intergouvernementalen Modells der EG erstreckte. Die große Mehrheit der Labour Party verknüpfte die britische Verfassungsdebatte überhaupt nicht mit der europäischen Ebene, sondern sah sie als eine unter dem schottischen und walisischen Regionalisierungsdruck entstandene separate Thematik an.⁸¹⁰

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Labour Party die Weiterentwicklung der EG/EU vor allem aufgrund einer programmatisch-konzeptionellen Parallelität befürwortete. Sie sprach sich insgesamt für ein intergouvernementales Modell der Gemeinschaft aus und sah sich als „Sachverwalterin britischer Interessen“.⁸¹¹ Die Labour Party folgte somit mit großer Mehrheit dem Leitbild des Europa der Nationalstaaten. In Teilen der Partei zeichneten sich allerdings, vor allem während der Parteiführerschaft John Smiths, stärker integrationistische Tendenzen ab.

4.4.3 Die Liberaldemokraten

Die britischen Liberaldemokraten sind eine Partei, die stark dem Erbe des Internationalismus verhaftet ist, so dass die Mitgliedschaft in der EG/EU grundsätzlich immer ein die Partei definierendes Thema darstellte.⁸¹² Die Drittpartei zeichnete sich in den frühen neunziger Jahren durch einen konsistenten „integrationist approach“⁸¹³ aus; sie charakterisierte sich selbst als „the only federalist party in the House“.⁸¹⁴ Für die Liberaldemokraten war die Mitgliedschaft in der EG/EU mehr als eine zusätzliche Arena der nationalen Politikgestaltung, mehr als eine zwischenstaatliche Kooperation

⁸⁰⁸ Vgl. Weinmann 1999: 78 und Tindale 1992: 286/287.

⁸⁰⁹ Vgl. Robertson 1990: 699 und ders. 1991: Annual Conference Report: 123.

⁸¹⁰ Vgl. zu den Überlegungen der Labour Party zu einer konstitutionellen Reform und einer Wahlrechtsreform in Großbritannien exemplarisch die Debatte auf der Parteikonferenz 1993. LP 1993: Annual Party Conference: 100 und 182-186.

⁸¹¹ Schultendorff 1993: 367. Vgl. Knopf 2003: 267/268 und 271.

⁸¹² Vgl. die Interviews mit Lord William Wallace vom 19. Dezember 2001 und Duncan Brack vom 8. Februar 2002.

⁸¹³ Interview mit Lord Ralf Dahrendorf vom 17. Dezember 2001.

von Partnerstaaten und mehr als ein ökonomisches Projekt. Für sie bedeutete die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft „Partizipation in einem (...) eigenen politischen System“⁸¹⁵: „Membership of the Community is not so much about interdependence, which is obvious, but about integration (...)“⁸¹⁶

Kurz vor den Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag skizzierte Parteichef Ashdown in einer Rede im *Royal Institute of International Affairs* in London die liberaldemokratische Vision einer fortschreitenden Integration im Sinne des Funktionalismus:

„It is the elegant operation of what Jacques Delors has privately christened his ‘progressive institutional disequilibrium’; the process where reaching a solution in one area throws into relief the need to make a decision about another, so drawing us further and further down the track to integration.“⁸¹⁷

Diese durch *spill-over*-Effekte erzielte vertiefte Integration sollte nach Ansicht der Liberaldemokraten in einem Zeitraum von mindestens ein bis zwei Dekaden in eine „Europäische Regierung“ und einen „Europäischen föderalen Staat“ münden. Die Entscheidungsbereiche und Kompetenzen des Europäischen Staates als Teil eines effektiven Mehr-Ebenen-Systems sollten genau festgelegt und zugunsten der unteren Entscheidungsebenen eingegrenzt werden.⁸¹⁸

„It should be a government whose function is to enable and empower, not to interfere and direct. Europe must not be the excuse for re-creating the old corporatist structures we have spent ten years escaping from.“⁸¹⁹

Als institutioneller Rahmen schwebte den Liberaldemokraten eine Weiterentwicklung der Europäischen Kommission zu einer europäischen Regierung mit einem Präsidenten und einem Kommissionskabinett vor, wobei der Präsident mittels direkter Wahl legitimiert, sein Kabinett durch das EP anerkannt sein sollte. Die Legislative sollte in einem Zwei-Kammer-System strukturiert sein: Die erste Kammer leitete Ashdown aus dem die nationalen Regierungen repräsentierenden Ministerrat her. Die zweite Kammer sollte das EP bilden, dem die Vertretung der Regionen, Kommunen und Bürger obliegen sollte. Das Zwei-Kammer-System verband Ashdown mit der Forderung eines reformierten Legislativprozesses, bei dem das EP ein Initiativrecht

⁸¹⁴ Johnston 1990: Official Report vom 8. November: 181.

⁸¹⁵ LD 1991: 5. Vgl. auch Ashdown 1990: 3.

⁸¹⁶ Ashdown 1990: 3.

⁸¹⁷ Ebd.: 4.

⁸¹⁸ Vgl. ebd.: 4 und 5. Ashdown schwebte eine europäische Rahmengesetzgebung etwa in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vor, die in den unteren Ebenen individuell umgesetzt werden sollte. Zudem postulierte er eine europäisch koordinierte Politik etwa in der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Umweltpolitik.

⁸¹⁹ Vgl. ebd.: 6.

erhalten sollte. Zudem befürwortete Ashdown einen Europäischen Obersten Gerichtshof, eine unabhängige Europäische Zentralbank und eine geschriebene europäische Verfassung.⁸²⁰

Die Liberaldemokraten betonten wiederholt den Prozesscharakter der EG/EU. Ihre Weiterentwicklung sollte nach Ansicht der Partei künftig nicht mehr über eine Inter-gouvernementale Regierungskonferenz, sondern über einen Europäischen Konvent geregelt werden, dem Vertreter der nationalen Regierungen, der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments angehören sollten.⁸²¹ Sie verbanden die Veränderung auf europäischer Ebene unmittelbar mit einer konstitutionellen Reform in Großbritannien.⁸²² Die Lücke zwischen der „close Westminster world“ und der Europäischen Entwicklung dürfe nicht noch größer werden, die Interpretation einer nicht teilbaren britischen Parlamentssouveränität sei überholt.⁸²³ Großbritanniens Souveränität, so Paddy Ashdown mit Blick auf die europäische Währungsunion, sei nicht vom Erhalt des britischen Pfundes abhängig.⁸²⁴

Insgesamt kann konstatiert werden, dass die selbst föderal organisierten und international ausgerichteten Liberaldemokraten mit der EG/EU nicht nur eine konzeptionelle Parallellität zu ihrer nationalen Programmatik verband. Sie sahen in der EG/EU auch einen Hebel, um den britischen Zentralstaat im Sinne einer dezentralen Machtverteilung zu reformieren und somit einen Wandel von Staatlichkeit herbeizuführen. Ihr Ziel war ein dezentral organisiertes Großbritannien in einer dezentral organisierten Europäischen Union. Föderalismus durfte somit keine „Einbahnstraße“ sein: Was er im Sinn habe, so Paddy Ashdown, sei eine umfassende Neubewertung der Macht des Nationalstaates, indem dieser einen Teil seiner Souveränität „nach oben“ an die europäische Ebene, aber noch weitaus mehr Souveränität „nach unten“ an die Regionen, Kommunen und Bürger abgebe.⁸²⁵

Sicherlich nutzten die Liberaldemokraten die Europapolitik über weite Strecken durchaus taktisch als Alleinstellungsmerkmal, durch das sie sich von den beiden großen britischen Parteien abheben konnten. Dennoch vertraten sie ihr europäisches Bekenntnis fortlaufend, ohne inhaltliche Brüche und insgesamt überzeugend. Die Liberaldemokraten folgten eindeutig dem Leitbild der EU als Förderung.

⁸²⁰ Vgl. ebd.: 5-7.

⁸²¹ Vgl. LD 1992b: 1.

⁸²² Vgl. LD 1991: 8.

⁸²³ „Europe and the Myth of Westminster“, in: The Independent vom 24. Januar 1990.

⁸²⁴ Vgl. Ashdown 1990b: Brief vom 5. November.

⁸²⁵ Vgl. Ashdown 1990: 4.

5 Zwischen Erweiterung und Vertiefung: Der Weg nach Amsterdam

5.1 *Run by the Backseat Driver? – Die Konservative Partei reorganisiert sich unter euro-skeptischen Vorzeichen*

5.1.1 Eine europapolitisch tief gespaltene Partei: Die Konservativen auf dem Weg in die Opposition (1994-1997)

5.1.1.1 *Wachsender Einfluss der Euro-Skeptiker nach Maastricht*

In den Jahren 1994 bis 1996, dem Beginn der Revisionskonferenz zum Maastrichter Vertrag, zeichnete sich eine deutliche Verschärfung der europapolitischen Kontroversen in der Konservativen Partei ab. Der schon unter Margaret Thatcher Ende der achtziger Jahre unterschwellige, aber chronische Dissens über die weitere Ausgestaltung der EG/EU steigerte sich spätestens seit der Maastricht-Ratifizierung zu einem offenen Machtkampf zwischen Pro-Europäern und Euro-Skeptikern. Der Konflikt zwischen moderaten Befürwortern weiterer Integrationsschritte und entschiedenen Bewahrern des europäischen Status quo in der konservativen Partei brach nun offen aus. Auch das Ende der Vertragsdebatte im britischen Unterhaus im Sommer 1993 ließ die Differenzen nicht verblassen, vielmehr etablierte sich nun die europapolitische Zersplitterung der Parlamentsfraktion als ein „permanenter Charakterzug der Tory Partei“.⁸²⁶ Der sich steigende Euro-Skeptizismus in der CP reflektierte zudem eine wachsende Antipathie in der britischen Öffentlichkeit gegenüber dem Maastrichter Vertrag und der Europäischen Union insgesamt. Anti-europäische Kampagnen weiter Sektionen der britischen Presse heizten diese Antipathie regelmäßig weiter an.⁸²⁷ Entsprechend urteilte die britische Politikwissenschaftlerin Helen Wallace im Jahr 1995: „Die Meinungen innerhalb der Konservativen Partei und im Kabinett gingen immer weiter auseinander, und mit jeder neuen europäischen Frage wurden die jeweiligen Lager auf die Entscheidungsprobe gestellt: Wie weit würden die Euro-Skeptiker mit ihrer Kritik gehen können? Inwieweit müßten John Major und seine Minister Zugeständnisse machen, um die Regierungsmehrheit im Unterhaus zu behalten?“⁸²⁸

⁸²⁶ Turner 2000: 166 (Übersetzung der Verfasserin).

⁸²⁷ Vgl. Hix 2000: 53-58.

⁸²⁸ Wallace, H. 1994/95: 359.

Bereits 1994 machten vier herausragende Streitthemen deutlich, wie stark die Euro-Skeptiker nach Maastricht ihren Gestaltungsspielraum innerhalb der Parlamentsfraktion im Unterhaus vergrößert hatten und die Europapolitik der Major-Regierung zugunsten ihrer Positionen beeinflussten. Diese Streitthemen waren die Angleichung des Abstimmungsmodus im Ministerrat an die bevorstehende Erweiterung der EU um die EFTA-Staaten, die Positionierung der CP zur Europawahl, die Ernennung eines Nachfolgers für Kommissionspräsident Jacques Delors und die Umsetzung des Delors-II-Paketes zur Finanzierung der Europäischen Union.

Die von der EU im Zuge der Erweiterung um die EFTA-Staaten beabsichtigte Neugewichtung der Stimmen für qualifizierte Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat wurde von der britischen konservativen Regierung abgelehnt.⁸²⁹ Da die Konservativen den Ministerrat als das wichtigste EU-Organ im Europa der Nationalstaaten ansahen und einer Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit (QME) ohnehin äußerst kritisch gegenüberstanden, beharrten sie hier entschieden auf ihrer bisherigen Stärke als großes Mitgliedsland und auf einer gleichbleibenden Stimmenzahl für die Sperrminorität. Die britische Regierung wehrte sich dagegen, dass sich die bestehende Regelung, nach der zwei große und ein kleines EU-Land Entscheidungen blockieren konnten, nun zugunsten einer relativen Macht kleiner Mitgliedsstaaten verschieben sollte.⁸³⁰ Gerade für die konservativen Euro-Skeptiker war die Sperrminorität auf dem europäischen Parkett eine äußerst „vitale Rückzugswaffe zur Verteidigung des britischen nationalen Interesses“, die nicht entschärft werden sollte.⁸³¹ Letztlich stellten die verhärteten Fronten in der Frage der Sperrminorität den britischen Premierminister im Frühjahr 1994 vor die Grundsatzfrage, ob er tatsächlich bereit war, die von Großbritannien traditionell unterstützte Erweiterung der EU scheitern zu lassen, um einen erneuten Kampf mit den Euro-Skeptikern in der eigenen Parlamentsfraktion, die jegliche Modifizierung in der Stimmengewichtung bei QME ablehnten, zu verhindern. Obwohl sich mit der EFTA-Erweiterung eine Präferenz britischer Europapolitik – eine Ausweitung um gleichgesinnte Mitglieder, die weiteren Integrationsbestrebungen ebenfalls eher reserviert gegenüber standen – durchzusetzen schien, verließ Major somit den Weg der Diplomatie. Im Streit über die Stimmengewichtung bei QME machte er sich aufgrund des Drucks der Euro-

⁸²⁹ Im Rahmen der geplanten Neugewichtung sollte die die Sperrminorität, also die Stimmenzahl im MR, mit der ein Beschluss mit qualifizierter Mehrheit verhindert werden konnte, von 23 der insgesamt 76 Stimmen auf nunmehr 27 von insgesamt 90 Stimmen angehoben werden.

⁸³⁰ Vgl. Johnston 1995: 246.

⁸³¹ Young, H. 1998: 453 (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. auch Lamont 1999: 410.

Skeptiker zunehmend Margaret Thatchers Verhandlungsstil zu Eigen.⁸³² So betonte er im britischen Unterhaus, dass die Regierung entschlossen sei, in Brüssel streng zu verhandeln und dabei hart für Großbritanniens Standpunkt zu kämpfen. Er werde sich dabei auch nicht durch Drohungen, dass die EU-Erweiterung um die EFTA-Staaten verschoben werden müsse, beeindrucken lassen.⁸³³ Mit dieser harten Haltung in der Frage der QME und ihres Stimmenschlüssels konnte Major jedoch nur vorübergehend Pluspunkte bei den Skeptikern seiner Partei sammeln. Schon kurze Zeit später stimmte die isolierte britische Regierung während eines informellen Treffens der europäischen Regierungschefs im griechischen Ioannina notgedrungen einem Kompromiss zu, der die von ihr gestellten Forderungen nur ansatzweise erfüllte.⁸³⁴ Mit dem Kompromiss wurde die Sperrminorität auf 27 (26 nach dem „Nein“ Norwegens zum EU-Beitritt) festgesetzt. Bei einer entschlossenen Minderheit von 23 Stimmen sollte der Rat die Entscheidung jedoch verzögern und nach einem alternativen Entwurf suchen können. Für den britischen Premier bedeutete dieser Kompromiss, dass er wie schon während der Maastricht-Ratifizierung sowohl auf der innerparteilichen als auch auf der EU-Ebene harsche Kritik einstecken musste und letztlich keine Seite – weder die Euro-Skeptiker seiner Partei noch die EU-Partner – zufrieden stellen konnte.⁸³⁵ Vor allem die EFTA-Staaten reagierten enttäuscht.

Der sich an den Ioannina-Kompromiss anschließende Verlauf des Europawahlkampfes zeigte im Frühjahr 1994 deutlich auf, dass die Major-Regierung nun endgültig bereit war, auf die europapolitische Linie der Euro-Skeptiker einzuschwenken und ihren „ursprünglichen Wunsch, Großbritannien neben der deutsch-französischen Achse als dritte (Führungs-) Kraft für die Gestaltung der EU zu etablieren“, aufgegeben hatte.⁸³⁶ Das zuvor vielfach zitierte Ziel der Konservativen Partei, das schlechte Abschneiden bei der vergangenen Europawahl 1989 durch einen ausgesprochen pro-europäischen Wahlkampf umzukehren, wurde schon im Vorfeld des Wahlkampfes

⁸³² Vgl. Volle 1994: 393.

⁸³³ Vgl. Major 1994: Official Report vom 23. März: 134. Vgl. zur harten Verhandlungsposition der Euroskeptiker Cash/Duncan Smith 1996: 12 sowie Kaiser 1994: 395, Wallace, H. 1993/94: 367, Johnston 1995: 245 und Pilkington 1995: 57.

⁸³⁴ Gilmour/Garnett bezeichnen den Kompromiss als „humiliating climbdown“, Lamont als „humiliating rebuff“ für Major, durch den der Premierminister nun selbst zum „poodle of Brussels“ geworden sei. Zuvor hatte Major Oppositionsführer John Smith im britischen Unterhaus ungewöhnlich harsch als „Monsieur Qui, the poodle of Brussels“ beschimpft, da dieser die vorgeschlagene neue Stimmengewichtung im Ministerrat und die Sperrminorität von 27 Stimmen unterstützte. Vgl. Gilmour/Garnett 1998:12, Lamont 1999: 410 und Wallace, H. 1995: 56.

⁸³⁵ Vgl. Ludlam 1998: 37.

⁸³⁶ Fischer 1996: 73.

durch den parteiinternen Streit über das Programm der CP zur Europawahl ad absurdum geführt. Die Euro-Skeptiker bestanden auf einem britisch ausgerichteten Manifest anstelle des von den pro-europäischen Kabinettsmitgliedern befürworteten Manifestes der Europäischen Volkspartei, der seit 1992 auch die britischen konservativen Europaabgeordneten angehörten. Diese hatten im Gegensatz zu ihren europäischen Kollegen in der Labour Party auf den Europawahlkampf der CP allerdings keinen Einfluss.⁸³⁷ Die enge Verbindung der Europaabgeordneten der Labour Party zu ihrer nationalen Partei und insbesondere zur Parlamentsfraktion, war den Konservativen daher zutiefst suspekt.⁸³⁸ Wurden die konservativen Europaparlamentarier noch 1993 von Margaret Thatcher als ein ärgerliches „Überbleibsel“ aus der „europä-enthusiatischen“ Zeit des ehemaligen Premierministers Edward Heath gescholten, so waren die Kandidaten der CP für die 1994er Europawahl indes weitaus euro-skeptischer als ihre Vorgänger – auch hier machte sich also der wachsende Einfluss der Euro-Skeptiker bemerkbar.⁸³⁹

John Major versuchte während des Wahlkampfes zwar die Differenzen in der CP der Partei zu entschärfen, „indem er sich erstens für ein „flexibleres“ Europa aussprach und zweitens klarstellte, die Wahl heiße nicht „Europa richtig oder falsch“, sondern „Europa – rechts oder links“.⁸⁴⁰ Der von Major bewusst mit der neo-gaullistischen Kernaussage eines Europa der Nationalstaaten begonnene Wahlkampf, erzürnte gestandene Pro-Europäer wie Michel Heseltine zutiefst, war den Euro-Skeptikern der CP jedoch wiederum nicht eindeutig genug. So prangerten Lord Tebbit und der mittlerweile als Staatsminister im Finanzministerium agierende Michael Portillo mehrfach offen den Missbrauch von Subventionen in den EU-Partnerstaaten an und sprachen sich unter allen Umständen gegen eine britische Teilnahme an der geplanten EWU aus. Sie monierten, dass das britische *Opt-out* zur EWU während der Verhandlungen zum Maastrichter Vertrag bereits ein Schritt in die falsche Richtung gewesen sei, weil sich Großbritannien der EWU nun langfristig kaum noch entziehen könne.⁸⁴¹ Major reagierte auf diese Vorwürfe und versprach, dass die CP mit einem dezidiert britischen Manifest in die Europawahl gehen werde. Zentrale Schlagworte dieses Manifests waren Deregulierung, Freihandel, Subsidiarität, ein intergouverne-

⁸³⁷ Thomas 1992: 6.

⁸³⁸ Vgl. CP 1994c: 78/79.

⁸³⁹ Thatcher 1993: 749. Vgl. zum stärkeren Euroskeptizismus der konservativen Europa-Kandidaten Ludlam 1998: 41.

⁸⁴⁰ Wallace, H. 1994/95: 363. Vgl. zum flexiblen Europa CP 1994d: 218.

⁸⁴¹ Vgl. „Tebbit attacks illegal EU domestic subsidies“, in: Financial Times vom 9. Februar 1994 und „Backbench dismay over in-fighting on EMU“, in: Financial Times vom 4. Mai 1994.

mentales Management der EU und ein flexibel gestaltetes Europa. Wirtschaftspolitisch fokussierte das Manifest auf einem Vorrang für die Erweiterung und für eine europäische Job-Offensive, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch flexible Arbeitsmärkte und eine Senkung der Lohnnebenkosten, die Beibehaltung des nationalen Vetos, eine finanzpolitische Disziplin der EU und eine entschiedene Absage an das Sozialkapitel.⁸⁴² Mit Hilfe eines verstärkt euro-skeptischen Kurses und einer „low key strategy“ versuchten der Premierminister und Außenminister Douglas Hurd wenigstens für die Zeit des Wahlkampfes die Einheit der Partei nach außen zu wahren.⁸⁴³ So betonte der Außenminister: „Wir müssen den Gegensatz deutlich machen zwischen unserer Vision eines dezentralen, freihändlerischen Europas der Nationalstaaten und dem zentralistischen, eingreifenden, bürokratischen Superstaat, nach dem sich die Labour Party und die Liberaldemokraten sehnen. Ich bin mir sicher, dass wir uns hinter einem solchen Ansatz vereinen können.“⁸⁴⁴ Dass dies offenkundig nicht möglich war, zeigten die fortschreitenden öffentlichen Angriffe Michael Portillos gegen den Premierminister und dessen Europapolitik. Seine Hauptsorge war die Gefahr einer Europäischen Währungsunion für die britische Souveränität. Major kam Portillo, der seit der Maastricht-Debatte zu den führenden Euro-Skeptikern des Kabinetts zählte, während des Wahlkampfes wiederholt entgegen, indem er beispielsweise signalisierte, dass die regierende CP an einem weiteren Integrationsschritt der EU nicht mehr teilnehmen werde.⁸⁴⁵ Im Vorwort zum Europa-Manifest der Konservativen und in seinen Wahlkampfreden betonte der Premierminister wiederholt, dass er die „alte zentralistische Verordnung“ der Europäischen Union nicht befürworte und stattdessen für eine flexible Entwicklung der Gemeinschaft eintrete:

*„I have never believed that Europe must invariably act as one on every issue. Trying to make every country conform to every plan is a socialist way of thinking; it's not for us.“*⁸⁴⁶

Damit griff Major die von ihm noch während der Maastricht-Ratifikation so vehement abgelehnte Entwicklung eines Europa der zwei Geschwindigkeiten auf. Während führende Politiker der CP dies zwar verneinten, sahen die Labour Party und die

⁸⁴² Vgl. CP 1994b und CP 1994d: 216-222.

⁸⁴³ Turner 2000: 168.

⁸⁴⁴ „Hurd walks on Euro tightrope“, in: Financial Times vom 31. März 1994. (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. zum Gedanken einer dezentralen, erweiterten und durch freie Märkte gekennzeichneten Europäischen Union auch CP 1994b: 19/29, 36 und 46 und CP 1994d: 216/217.

⁸⁴⁵ Fischer 1996: 74. Vgl. auch Morris 1996: 135.

⁸⁴⁶ CP 1994d: 218 und „Primeminister signals readiness to opt out of EU integration“, in: Financial Times vom 1. Juni 1994. Vgl. auch MacShane 1995: 33 und das Vorwort des Premierministers in CP 1994b: 5-7.

Liberaldemokraten Majors Darlegungen als ein Eingeständnis des Scheiterns seiner Europapolitik an: Noch während der Maastricht-Debatte habe der Premierminister den Vertrag mit dem Argument verteidigt, dass Großbritannien nicht hinter den anderen EU-Staaten zurückbleiben dürfe. Es sei wichtig, den britischen Einfluss nicht zu verringern, damit die Vorstellungen des Vereinigten Königreichs in die weitere Ausgestaltung der EU einfließen könnten. Dieses Argument schien auf einmal mit Blick auf die Europawahl und die anstehende Intergouvernementale Regierungskonferenz 1996 nicht mehr zu gelten. Majors Wahlkampf brachte ihm somit erneut den Vorwurf ein, dass er parteipolitischen Überlegungen den Vorrang vor den Interessen Großbritanniens in der EU einräumte. Trotz des euro-skeptischen Umschwungs des Premierministers erlitt die CP am 9. Juni 1994 ihre bis dato größte nationale Niederlage, was vor allem mit der schlechten wirtschaftlichen Lage Großbritanniens und den offen ausgetragenen europapolitischen Richtungskämpfen der Tories begründet wurde.⁸⁴⁷ Obwohl viele konservative Politiker mit einer einstimmigen Sitzanzahl im Europäischen Parlament gerechnet hatten und die Wahl somit nicht als große Katastrophe werteten, ging die Spaltung der CP schon am Wahlabend während der Auszählung der Stimmen weiter. Die Föderalisten und konföderalistischen Pragmatiker warfen der Regierung vor, dass ihr nationalistischer und euro-skeptischer Kurs für das schlechte Ergebnis verantwortlich sei. Die Euro-Skeptiker wiederum beharrten darauf, dass es dem konservativen Wahlkampf an einer konsequenten britisch-nationalen Ausrichtung gemangelt habe.

Auch im Umgang mit personalpolitischen Entscheidungen auf europäischer Ebene zeigte sich im Jahr 1994, dass John Major immer stärker bereit war, europapolitische Fragen der Einigung der eigenen Partei unterzuordnen.⁸⁴⁸ Während der deutsch-britischen Konsultationen Ende April 1994 in London machte Major gegenüber dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl die Bedenken weiter Teile seiner Partei gegen den Belgier Jean-Luc Dehaene deutlich, der als Nachfolger von Kommissionspräsident Jacques Delors gehandelt wurde, und schlug seinerseits den britischen Kommissar Leon Brittan für das Amt vor. Auf dem EU-Gipfel in Korfu legte Major,

⁸⁴⁷ Die Konservativen errangen lediglich 18 der insgesamt 87 Sitze (28 Prozent der Stimmen). Die Labour Party gewann 44,2 Prozent der Stimmen und 62 Sitze. Die Liberaldemokraten gewannen 17 Prozent der Stimmen und zogen nach fünfjähriger Abstinenz wieder mit zwei Sitzen in das Europäische Parlament ein.

⁸⁴⁸ Vgl. Wincott/Buller/Hay 1999: 105 und „Für Premierminister Major beginnt in Korfu der Wahlkampf für die Wahl in zwei Jahren. Die konservativen Euroskeptiker bereiten sich auf eine neue Schlacht vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. April 1994.

der im Laufe des Gipfels aufgrund mangelnder Erfolgsaussichten die Kandidatur Brittans zurückgezogen hatte, schließlich ein Veto gegen den von Franzosen und Deutschen favorisierten Dehaene ein. Damit gab er den Euro-Skeptikern und Anti-Europäern seiner Unterhausfraktion nach, denen Dehaene als „too federalist“ erschienen war.⁸⁴⁹ So musste die Personalfrage auf einem Sondergipfel geklärt werden. Dort erhielt schließlich der Luxemburger Jacques Santer, dessen europapolitischer Ansatz sich von Dehaenes allerdings kaum unterschied, den Posten des Kommissionspräsidenten. Auch hier hatte Major wiederum seine europäischen Partner verärgert, ohne seine eigene Partei befriedet zu haben.⁸⁵⁰

Den Höhepunkt der europapolitischen Streitigkeiten innerhalb der CP im Jahr 1994 stellte im November die Auseinandersetzung um das so genannte Delors-II-Paket zur Finanzierung der Gemeinschaft dar. Es sah die Erhöhung des EU-Haushaltes auf 1,27 Prozent des Bruttosozialprodukts der Mitgliedstaaten vor. Auf dieses Finanzpaket hatte sich der Europäische Rat bereits während der britischen Ratspräsidentschaft auf dem Gipfel in Edinburgh 1992 geeinigt. Obwohl von Major bewusst mit der Vertrauensfrage verknüpft, mündete die Abstimmung über diese Gesetzesvorlage in einen Verlust der konservativen Parlamentsmehrheit. Acht Euro-Skeptiker, die schon während der Maastricht-Debatte gegen die eigene Regierung gestimmt hatten, brachen den Fraktionszwang, blieben der Abstimmung aus Protest fern und verloren dadurch ihre Mitgliedschaft in der Parlamentsfraktion (*Whip*).⁸⁵¹ Sir Richard Body, einer der führenden Köpfe der konservativen Euro-Skeptiker und Anti-Europäer, gesellte sich aus Solidarität zu ihnen. Durch den Entzug der Fraktionsmitgliedschaft hatte John Major nun eine von der regierenden Partei völlig unabhängige parlamentarische Subgruppe geschaffen. Wie Turner, aber auch Gilmour und Garnett stringent aufzeigen, profitierten die neun Euro-Rebellen als erste „ostrakizierte Abgeordnete“ enorm von diesem Disziplinierungsversuch der Parteiführung, da er ihnen eine große öffentliche Aufmerksamkeit bescherte.⁸⁵² Im Jahr 1995 kehrten die so genannten *Whipless Nine* ohne inhaltliche Zugeständnisse an den Premierminister in die Parlamentsfraktion zurück.⁸⁵³

⁸⁴⁹ Shipley 1995: 90. Vgl. auch Winter 1999: 80.

⁸⁵⁰ Vgl. Heydemann 1994: 371, Gilmour/Garnett 1998: 370/71 und „Offener Streit in der EU um die Delors-Nachfolge“, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Juni 1994. Details zur Wahl Santers liefern Wallace, H. 1994/95: 361/362 und Pilkington 1995: 58/59.

⁸⁵¹ Vgl. Major 1999: 602/603, Ludlam 1998: 31, Wallace, H. 1994/5: 362.

⁸⁵² Vgl. Shipley 1995: 85 und Turner 2000: 169.

⁸⁵³ Vgl. zu diesem Abschnitt Gilmour/Garnett 1998: 371 und Lynch 1995: 5.

5.1.1.2 *Majors Leiden-Rede: Ein zweites Brügge?*

Zwischen dem Ende der Maastricht-Ratifizierung und seiner Entscheidung im Sommer 1995, das Amt als Parteiführer der CP niederzulegen (*siehe Kapitel 5.1.1.3*) agierte John Major vorrangig als Parteimanager, der versuchte, eine Balance zwischen Pro-Europäern, Euro-Skeptikern und Anti-Europäern in der Parlamentsfraktion herzustellen. Das Rebellionspotenzial innerhalb der Fraktion war seit der Maastricht-Ratifizierung extrem angestiegen, im Kabinett selbst standen mächtige Pro-Europäer wie Kenneth Clarke, Michael Heseltine, John Gummer oder Stephen Dorrell euroskeptischen Thatcheristen wie Michael Howard, Michael Portillo oder Peter Lilley gegenüber. Majors Balanceakt zwischen diesen beiden europapolitischen Polen seiner Partei spiegelte sich auch in seinen Reden wider, in denen sich euro-phile und euro-skeptische Töne abwechselten, wobei letztere überwogen. So bezog er im Herbst 1993 in einem Gastbeitrag für das Wirtschaftsmagazin *The Economist* eine minimalistische, stark von Margaret Thatchers Europabild durchdrungene Position zur Weiterentwicklung der EU, womit er weiteren Integrationsbestrebungen eine Absage erteilte:

*„A powerful view – still dangerously fashionable among some continental politicians – is that the fault of Maastricht lay in not going far enough; that economic problems require corporatist solutions that the free market cannot supply; that instability, East and West, requires faster progress towards integration, and that full federation is the grand vision of the future around which public opinion can unite. I believe profoundly that this view is wrong.“*⁸⁵⁴

Major führte weiter aus, dass die Nationalstaaten die entscheidenden Akteure der EU seien und die EU nicht versuchen sollte, diese zu verdrängen. Wenn die EU sich weiter auf abstrakte Entwicklungskonzepte konzentriere, ohne die Bürger einzubeziehen, werde sie jede Glaubwürdigkeit verspielen.⁸⁵⁵

Gegenüber britischen Unternehmern – einem traditionell eher pro-europäischen Publikum – schlug der Premierminister 1994 hingegen weitaus europafreundlichere Töne an: Großbritanniens Zukunft liege selbstverständlich in der EU, und die Teilnahme des Vereinigten Königreichs an der EWU sei ausschließlich eine Frage ökonomischer, nicht aber politischer oder verfassungsrechtlicher Erwägungen. Die Europadebatte in Großbritannien dürfe nicht „von einer Handvoll Menschen“ bestimmt wer-

⁸⁵⁴ Major 1993a: 19. Major skizzierte eine britische Agenda für die Weiterentwicklung der EU, die auf einem intergouvernementalen Management der EU, einer raschen Erweiterung, Deregulierung, Freihandel, Budgetdisziplin und Subsidiarität fußte.

⁸⁵⁵ Vgl. Major 1993a: 23-27.

den, die ohnehin fundamental gegen die EU eingestellt sei, bekräftigte Major mit Blick auf die Euro-Skeptiker und EU-Gegner in seinen eigenen Parteilisten.⁸⁵⁶

Majors europapolitischer Kurs blieb aufgrund der Widersprüchlichkeit seiner Reden eher unklar. Auch sein zentraler Versuch, in einer Grundsatzrede an der Universität Leiden am 7. September 1994, „eine strategische Vision für Europa“ und seine weitere Entwicklung zu konstruieren, erscheint rückblickend inkohärent.⁸⁵⁷ Aufgrund der engen Anlehnung an das Brügge-Konzept seiner Vorgängerin Margaret Thatcher wurde die Rede Majors in der internationalen Presse mehrfach schlicht als „Brügge II“ bezeichnet.⁸⁵⁸ Ebenso wie Thatcher hob Major in seiner Rede in Leiden wiederholt das konservative Grundverständnis eines Europa der Nationalstaaten hervor:

„(...)Europe’s peoples in general retain their faith and confidence in the Nation State. (...) (T)he evidence is that our peoples are wary of over-centralisation and of over-ambitious blueprints for new European architecture.(...) I believe that the Nation State will be the basic political unit in Europe.“⁸⁵⁹

Ebenso wie Thatcher warb Major für eine pragmatische Politik der Weiterentwicklung der EU, die sich nicht an einem kontinentalen „futuristischen großen Design“, sondern an einer „realistischen Vision“ orientieren sollte, und die erreichbare und von den Bürgern unterstützte Ziele verfolgen müsse. Ebenso wie Thatcher sprach sich Major für Freihandel und Wettbewerb und gegen jegliche Form des Protektionismus in der EU aus.⁸⁶⁰ Ebenso wie Thatcher legte Major ein Bekenntnis zur NATO als dem zentralen Verteidigungsbündnis Europas ab.⁸⁶¹

Darüber hinaus entwarf der britische Premierminister in seiner Rede aber auch das Konzept eines flexiblen Europas, das mit Blick auf die Intergouvernementale Regierungskonferenz 1996 eine Antwort auf das europapolitische Positionspapier der deutschen CDU/CSU-Fraktion, kurz Schäuble-Lamers-Papier genannt, sowie das Konzept der konzentrischen Kreise des französischen Premierministers Edouard Balladur darstellen sollte. Das Schäuble-Lamers-Papier zur weiteren Entwicklung und Vertiefung der EU war in Großbritannien allgemein als Provokation empfunden worden, da es von einem „harten Kern“ der EU sprach, der in der weiteren Integration gezielt voranschreiten sollte; Großbritannien wurde nicht als Teil dieses europäischen Kerns

⁸⁵⁶ Vgl. Turner 2000: 166/167.

⁸⁵⁷ Wincott/Buller/Hay 1999: 105.

⁸⁵⁸ Vgl. u.a. „Major in der Europapolitik auf Frau Thatchers Spuren“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. September 1994.

⁸⁵⁹ Major 1994: 8.

⁸⁶⁰ Vgl. Major 1994: 5/13.

⁸⁶¹ Vgl. Major 1994: 7/12.

genannt. Darüber hinaus schlugen die deutschen Autoren ein „verfassungsähnliche(s) Dokument“ für die Europäische Union vor, das sich am „Modell eines föderativen Staatsaufbaus“ orientieren sollte.⁸⁶² Die Institutionen der EU sollten dem Schäuble/Lamers-Papier zufolge im Sinne einer stärkeren Supranationalität der Gemeinschaft reformiert werden – die Kommission als eine Art europäischer Exekutive, das EP als gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Ministerrat.⁸⁶³ Schäuble und Lamers betonten zwar, dass sie die Hoffnung nicht aufgegeben hätten, dass Großbritannien noch seinen Platz im Herzen Europas einnehme. Sie machten aber zugleich deutlich, dass ihrer Ansicht nach die „entschlossene Weiterentwicklung Europas das beste Mittel“ war, um endgültig das Verhältnis Großbritanniens zu Europa zu klären.⁸⁶⁴ Das Balladur-Szenario der konzentrischen Kreise stieß in der konservativen britischen Regierung ebenfalls auf Missfallen, da der französische Premierminister in seinem Konzept Deutschland und Frankreich im innersten Kreis, das Vereinigte Königreich jedoch erst im zweiten Kreis angesiedelt hatte. Der dritte Kreis sollte nach Balladurs Auffassung die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas umfassen. Weder das Konzept einer „flexible(n) Methode der Integration“ der deutschen CDU/CSU-Parlamentarier noch das Konzept des französischen Premiers entsprachen dem, was Major mit seinem Begriff des *multi-speed-Europe* gemeint hatte. Für ihn, so Major, sei das integrierte Europa der Gründergeneration ein auslaufendes und veraltetes Modell.⁸⁶⁵ Die Europäische Union müsse nun eine neue flexible Agenda erhalten:

„Greater flexibility is the only way in which we shall be able to build a Union rising to 16 and ultimately to 20 or more Member States. (...) It seems to me perfectly healthy for all Member States to agree that some should integrate more closely or more quickly in certain areas. (...) But the corollary is that no Member State should be excluded from an area of policy in which it wants and is qualified to participate. To choose not to participate is one thing. To be prevented from doing so is quite another (...). So I see real danger in talk of a ‘hard core’, inner and outer circles, of a two-tier Europe. I recoil from ideas for a Union in which some would be more equal than others (...).“⁸⁶⁶

Majors Kritik an der Idee eines inneren Integrationskerns der EU war letztlich schwach und inkohärent. Hatte er während des Europawahlkampfes noch selbst von einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten gesprochen, so hielt er es für

⁸⁶² Vgl. CDU/CSU-Fraktion des deutschen Bundestages 1994: 5. Vgl. Wallace, H. 1994/95: 364, Shipley 1995: 93/94 und George 1994: 252.

⁸⁶³ Vgl. CDU/CSU-Fraktion des deutschen Bundestages 1994: 5.

⁸⁶⁴ Ebd.: 13.

⁸⁶⁵ Vgl. Major 1993a: 23.

⁸⁶⁶ Major 1994: 9.

nicht akzeptabel, dass nun unterschiedliche Ebenen der Integration eingeführt werden sollten.⁸⁶⁷ Majors Vorschlag zur Flexibilisierung der Integration unterschied sich somit von den deutschen und französischen Vorstellungen insoweit, als er für Großbritannien und andere Mitgliedstaaten einforderte, dass diese an ungeliebten Politikfeldern der europäischen Integration wie etwa der EWU oder der Sozialcharta nicht teilnehmen müssten, aber dennoch über diese Politikfelder gleichberechtigt mitbestimmen könnten.⁸⁶⁸ Die britischen Konservativen wollten also nicht überall dabei sein, aber durchaus überall mitmischen. Die Major-Regierung suchte „das Beste beider Welten, indem sie ihr EU-Engagement minimierte, (...) zugleich aber eine permanente Ausgrenzung aus der vertieften Integration vermied“.⁸⁶⁹

Das politische Echo auf die Rede des britischen Premierministers fiel entsprechend aus. Der Labour-Politiker Denis MacShane erklärte, die EU könne den Doppelstandard der britischen Regierung nicht tolerieren, nur solche EU-Vorgaben, die dem britischen Konservatismus entgegenkämen, zu befolgen, andere aber abzulehnen. Der Rest der Europäischen Union sei schon jetzt zu Recht besorgt, dass die Ablehnung der sozialen Bestimmungen der Europäischen Union in Großbritannien dem Vereinigten Königreich einen unfairen Wettbewerbsvorteil eingebracht habe.⁸⁷⁰ Ähnlich urteilte der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche: „One wonders how (Major) differs from Thatcher. He remains faithful to the idea on an à la carte Europe, in which each chooses the sectors in which it will participate. This is a deadly danger for European integration.“⁸⁷¹

5.1.1.3 *Der Führungsstreit in der Konservativen Partei 1995*

Die Autoritätskrise, in der sich John Major bereits seit den Ereignissen des *Black Wednesday* 1992 befand, gipfelte im Sommer 1995 in seinem Rücktritt als Vorsitzender der CP. Dieser Präventivinitiative Majors waren ein Appell der pro-europäischen *Positive Europe*-Gruppe für eine konstruktivere Europapolitik des Premiers, ein medienwirksames Treffen Majors mit über 60 der mittlerweile rund 90 Tory-Abgeordnete umfassenden euro-skeptischen *Fresh-Start*-Gruppe und die Ver-

⁸⁶⁷ Vgl. zu diesem Widerspruch Major 1993a: 23-27, Lamont 1999: 415, Young, H. 1998: 456/457, Wincott/Buller/Hay 1999: 105 und Young, J. 2000: 166.

⁸⁶⁸ Vgl. Major 1994: 9 und „Major in der Europapolitik auf Frau Thatchers Spuren“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. September 1994.

⁸⁶⁹ Young, J. 2000: 166 (Übersetzung der Verfasserin).

⁸⁷⁰ MacShane 1995: 33.

öffentlichung der Thatcher-Memoiren *The Path to Power* vorausgegangen. Die ehemalige Premierministerin brandmarkte darin Majors Europapolitik als zu wenig konservativ und von ihrem Brügge-Konzept abweichend.⁸⁷² Major forderte mit seinem Rücktritt bei gleichzeitiger erneuter Kandidatur nun seine zahlreichen Kritiker innerhalb der Partei öffentlich auf, „to put up or to shut up“.⁸⁷³ Er tat dies „in der Hoffnung, sich durch diesen Bluff ein klares Mandat in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender und Premierminister zu verschaffen.“⁸⁷⁴ Major machte deutlich, dass – obwohl von der britischen Bevölkerung nur wenig beachtet – letztlich nur ein Politikfeld die massiven Spannungen in der CP dominierte: die Europapolitik.⁸⁷⁵ Der Führungsstreit innerhalb der CP markierte eindeutig eine neue Phase in der Entwicklung des *factionalism*, der zunehmenden Zersplitterung der konservativen Parlamentsfraktion.⁸⁷⁶ Es ist Sowemimos Analyse zuzustimmen, dass die seit den neunziger Jahren entstandenen und gefestigten europapolitischen Allianzen innerhalb der CP den alten Konflikt der *One Nation Tories* und der Thatcheristen um Makroökonomie und Sozialpolitik endgültig überlagert hatten:

„Europe has become so divisive for the Conservatives because it is a proxy for unresolved conflicts within the party over the Anglo-American alliance, the future of Thatcherism and conceptions of the British nationhood.“⁸⁷⁷

Viele Faktoren hatten dazu geführt, dass die Position des Premierministers und Parteivorsitzenden in der eigenen Partei nach der Maastricht-Ratifizierung fortschreitend unterminiert worden war: der Streit über die Stimmgewichtung im Ministerrat im Zuge der Erweiterung der EU um die EFTA-Staaten, die Bestellung des neuen Kommissionspräsidenten, die deutliche Niederlage der CP bei der Europawahl, die Verluste bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1995, vor allem aber der Entzug der *Party Whip* von acht konservativen Hinterbänklern, die sich bei der Abstimmung über den EU-Haushalt 1994 über den Fraktionszwang hinweggesetzt hatten. Dadurch war die Major-Regierung vorübergehend zu einer Minderheitsregierung geworden. Die Wiederaufnahme der Eurorebellen in die parlamentarische Partei wurde von den Euro-Skeptikern der CP als Sieg gefeiert, zumal die Hinterbänkler zuvor medienwirksam ein eigenes Positionspapier zur Europapolitik veröffentlicht hatten. In die-

⁸⁷¹ Rinsche, zitiert aus Williams 1995: 12.

⁸⁷² Vgl. zu Majors Entscheidung Major 1999: 612, zur Positive Europe Gruppe Ludlam 1998: 50 und zu den Euro-Skeptikern Thatcher 1995: 475 und Stephens 1997: 322.

⁸⁷³ Vgl. Major 1999: 608-615 und 626 sowie Seldon 1997: 571.

⁸⁷⁴ Wallace, H. 1995/96: 371. Vgl. auch Lynch 1995: 5.

⁸⁷⁵ Vgl. Major, zitiert aus Ludlam 1998: 53.

⁸⁷⁶ Vgl. Ludlam 1998: 31.

⁸⁷⁷ Sowemimo 1996: 77. Vgl. auch Gamble 2003.

sem lehnten die Eurorebelln sowohl die EEA als auch den Maastrichter Vertrag ab, und sprachen mit Blick auf die EU von einem „progressive transfer of the right to make our own laws to undemocratic and unaccountable foreign institutions. Indeed this process of political integration with Europe questions the very survival of the United Kingdom as a political entity (...).“⁸⁷⁸

Hinsichtlich der IGR 1996 forderten die Eurorebelln eine „substanzielle Repatriierung“ zahlreicher europäischer Politikbereiche, vor allem der Agrar- und Fischereipolitik, eine grundsätzliche Ablehnung der EWU, eine deutliche Beschneidung der Zuständigkeiten des EuGH und die Umwandlung des Europäischen Parlaments in eine Europäische Versammlung, in der Gesandte der nationalen Parlamente Platz nehmen sollten.⁸⁷⁹ Ludlam und Smith weisen jedoch zu Recht darauf hin, dass die sogenannten *Whipless Nine* nur die Spitze des Rebellions-Eisbergs der CP darstellten.⁸⁸⁰ Neun von zehn Hinterbänkeln votierten 1994 mit Blick auf die IGR 1996/7 gegen jegliche Ausweitung supranationaler Entscheidungsgewalt und gegen jegliche Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im MR. Über die Hälfte lehnten die EWU ab und verlangten ein Referendum zur Gemeinsamen Europäischen Währung ehe Großbritannien beitreten werde. 60 Prozent sprachen sich dafür aus, der Europäischen Kommission ihr Gesetzesinitiativrecht zu nehmen und forderten für die nationalen Parlamente Suprematie über jegliche EU-Gesetzgebung.⁸⁸¹

Major wollte nun mit seinem Rücktritt vor allem die „Ultra-Skeptiker“, also die Anti-Europäer in der konservativen Parlamentsfraktion, welche die EU grundsätzlich ablehnten, isolieren und zum offenen Angriff auf ihn zwingen. Ihm war bewusst, dass es schwer sein würde, diese von den vielen Euro-Skeptikern zu trennen, die zwar Großbritanniens Mitgliedschaft in der EU befürworteten, aber deren Entwicklung seit dem Maastrichter Vertrag entschieden ablehnten. Der Premierminister hielt das euro-skeptische Lager für weit weniger gefestigt als dies nach außen erschien.⁸⁸²

Als Herausforderer von John Major trat schließlich der Minister für Wales, John Redwood, an, da die führenden Euro-Skeptiker des Kabinetts, allen voran der als Wunschkandidat gehandelte Michael Portillo, sich ihre Regierungsposten nicht verscherzen wollten.⁸⁸³ Obwohl Redwood als der für Major am wenigsten gefährliche Gegner aus dem euro-skeptischen Lager eingeschätzt wurde, war seine Kandidatur

⁸⁷⁸ Body et al. 1995: 2.

⁸⁷⁹ Body et al. 1995: 3/4. Vgl. Kelly 1995: 11, Sowemimo 1996: 79 und Garry 1995: 186.

⁸⁸⁰ Vgl. Ludlam/Smith 1996: 119.

⁸⁸¹ Vgl. Baker/Fountain/Gamble/Ludlam 1994.

⁸⁸² Vgl. Major 1999: 608-610. Vgl. auch Clark 1998: 521

eine Blamage für den Premierminister. Dieser hatte zuvor verkündet das Kabinett stehe geschlossen hinter ihm.⁸⁸⁴ Redwood, ehemals Leiter der „No. 10 Policy Unit“ unter Margaret Thatcher und überzeugter Anhänger ihrer Politik, setzte in seiner Kampagne vor allem auf das zentrale europapolitische Streitthema der CP, eine gemeinsame Europäische Währung. Wo Major für einen pragmatischen und offenen Ansatz warb, der die Möglichkeit eines späteren Beitritts Großbritanniens nicht völlig ausschloss, forderte Redwood die kategorische Festschreibung einer Ablehnung der EWU und die Beibehaltung des britischen Pfundes. Er führte dabei vorrangig Thatchers Argumente der starken und souveränen Nation, die ihre eigene Wirtschafts- und Währungspolitik gestalten müsse, an. Der euro-skeptische Herausforderer betonte zwar, er wolle, dass Großbritannien Mitglied in der EU bleibe, verfolgte aber eine europapolitische Linie, die eine langfristige Mitgliedschaft nahezu unmöglich machte.⁸⁸⁵ Redwood gestaltete seine Kampagne sehr ideologisch, indem er wiederholt und ausführlich an Thatchers Conservative Party Code – strong state and free economy – appellierte. Major hingegen präsentierte sich als Mann der Mitte und derjenige Kandidat, der als einziger die Partei überhaupt noch einen konnte. Er versuchte moderate Euro-Skeptiker für sich zu gewinnen, indem er die Aussicht Großbritanniens hervorhob, Führungsmacht unter den nicht an der Währungsunion teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten zu werden.⁸⁸⁶ Gleichzeitig warnte der Premierminister, dass eine grundsätzliche Ablehnung der Europäischen Währung den Einfluss des Vereinigten Königreichs auf die EU weiter maßgeblich schwächen werde und dass Großbritannien sich daher die Option einer Teilnahme offen halten müsse.

Major gewann den Führungsstreit in der CP schließlich im ersten Wahlgang mit 218 zu 89 Stimmen. Sein Sieg ist allerdings vor allem darauf zurückzuführen, dass sich in einem zweiten Wahlgang die beiden wortgewaltigen Pro-Europäer Michael Heseltine oder Kenneth Clarke anstelle Majors hätten aufstellen lassen. In diesem Fall wäre es zu einer Kampfabstimmung gegen Michael Portillo gekommen – weitaus stärkere Zentrifugalkräfte hätten also ihre Wirkung entfaltet, was nach der Einschätzung zahlreicher konservativer Parlamentarier eine noch deutlichere Polarisierung und damit auch drohende Spaltung von Parlamentsfraktion und Partei bewirkt hätte.⁸⁸⁷ Zudem

⁸⁸³ Vgl. Clark 1998: 519. Vgl. zu Portillo als Wunschkandidat unter anderem Lamont 1999: 438.

⁸⁸⁴ Vgl. Wallace, H. 1995/96: 371 und Alderman 1996: 321.

⁸⁸⁵ Vgl. Gilmour/Garnett 1998: 372.

⁸⁸⁶ Vgl. Ludlam 1998: 53 und Stephens 1997: 326/327.

⁸⁸⁷ Vgl. Wincott/Buller/Hay 1999: 106 und Turner 2000: 170.

hatten mehrere pro-europäische Hinterbänkler der Konservativen gedroht, dass sie ihrerseits die *Party Whip* zurückgäben, würde Portillo zum Parteiführer gewählt.

Vor diesem Hintergrund kann daher nur von einem wenig schmeichelhaften Pflichtsieg des Premierministers gesprochen werden.⁸⁸⁸ Hatte er selbst von einer „kleinen Minderheit“ in der Partei gesprochen, die gegen ihn opponierte, so hatte ihm nun immerhin ein Drittel der parlamentarischen CP die Unterstützung verweigert. John Redwoods Stimmenanteil war weit höher als erwartet ausgefallen und reflektierte erneut die wachsende Stärke der Euro-Skeptiker innerhalb der Parlamentsfraktion.⁸⁸⁹ Entsprechend machte Sir Teddy Taylor deutlich, dass die Wahl für viele konservative Parlamentarier mehr eine Art Referendum über die Europäische Union als eine Wahl für oder gegen den Premierminister gewesen sei.⁸⁹⁰

Für Major wiederum war der gewonnene Führungsstreit strategisch wichtig, da der Sieg – zumindest vorübergehend – seine Position als Parteimanager stärkte. Major richtete sein Kabinett nun mit den beiden pro-europäischen Leitfiguren Heseltine (stv. Premierminister) und Clarke (Schatzkanzler) insgesamt deutlich pro-europäischer aus. Er holte aber auch Michael Portillo, diesmal auf dem Posten des Verteidigungsministers, zurück in die Regierungsmannschaft.⁸⁹¹ Gleichzeitig verlor Major mit Außenminister Douglas Hurd einen seiner wichtigsten europapolitischen Mitstreiter, was gerade mit Blick auf die Vorbereitungen zur IGR 1996 einen herben Verlust darstellte.

5.1.1.4 BSE-Krise und Wahlkampf: Die Europapolitik als Achillesferse der CP

Anders als Major es sich erhofft hatte, brachte die Klärung des Führungsstreits in der CP keinen klaren Schnitt in der Europapolitik mit sich. Mit Blick auf die näherrückende IGR zur Revision des Maastrichter Vertrages beherrschten die bereits seit der letzten Regierungsphase Margaret Thatchers zentralen europapolitischen Streitthemen der CP – politische Weiterentwicklung und Ausgestaltung der EU, Gemeinsame Europäische Währung und das soziale Europa – weiterhin die Themenagenda der Parlamentsfraktion.⁸⁹² Major schaffte es nicht, die gesamte Parlamentsfraktion hinter seine EWU-Politik der „offenen Option“, also einen möglichen späteren Beitritt

⁸⁸⁸ Vgl. Alderman 1996: 323.

⁸⁸⁹ Vgl. Lynch 1995: 5, Cowley 1999: 17/18 und Young, H. 1998: 458. Mehr als 85 Prozent der als euroskeptisch oder anti-europäisch eingestuft konservativen Parlamentarier unterstützten Redwood.

⁸⁹⁰ Sir Teddy Taylor, zitiert aus Alderman 1996: 323.

⁸⁹¹ Vgl. Schwarz 1997: 44/45, Alderman 1996: 329, Garnett 1997: 15 und Stephens 1997: 329.

⁸⁹² Vgl. Stephens 1997: 330 und Turner 2000: 170/171.

Großbritanniens zur Währungsunion, zu versammeln. Er machte weitere Zugeständnisse an die Euro-Skeptiker, indem er ihnen ein Referendum über die Entscheidung zum EWU-Beitritt zusagte.

Die Parteikonferenz in Blackpool im Herbst 1995 war ein Spiegel dafür, dass sich das Gravitationszentrum der Partei stark in Richtung eines patriotischen, bisweilen sogar nationalistischen Euro-Skeptizismus bewegte. Die vielen *fringe meetings* auf der Konferenz wurden völlig von der Europapolitik und hier von den Euro-Skeptikern beherrscht. Vor allem Majors Gegenkandidat aus dem CP-Führungsstreit im Sommer, John Redwood, und der ehemalige Schatzkanzler Norman Lamont, der bereits auf der Vorjahreskonferenz den Austritt Großbritanniens aus der EU gefordert hatte, taten sich hier hervor. Auch die Zahl der euro-skeptischen Anträge auf der Konferenz spiegelte den seit 1992 gewachsenen Einfluss der Skeptiker und Anti-Europäer, gerade auch bei den Aktivisten an der Parteibasis, wider:

Abbildung 6: Conservative Party Conference Motions on Europe 1992-1995

Conservative Party Conference	1992	1993	1994	1995
Motions in Foreign & European Section	188	91	83	134
Motions in other categories	47	68	47	83
Percentage of total motions	19,8 %	12,4 %	11,2 %	17,4 %
Position in subject ranking	1st	2nd	2 nd	1st

Quelle: Ball 1996

Kabinettsmitglied Michael Portillo hielt auf der Parteikonferenz eine offen euro-skeptische Rede, in der er darauf bestand, dass das Vereinigte Königreich niemals einer Europäischen Armee beitreten dürfe und engere Formen der Kooperation in der Europäischen Verteidigungspolitik ablehnen müsse.⁸⁹³ Darüber hinaus kritisierte er den EuGH als politisches Instrument Brüssels und sprach sich gegen jegliche Ausweitung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat aus.⁸⁹⁴ Sir Geoffrey Howe und Michael Heseltine attackierten zwar Portillos Redebeitrag, Major selbst hatte diesen aber zuvor gelesen und nicht beanstandet. Daher war Norman

⁸⁹³ Dies erstaunt, da es parallel zu einer britischen britisch-französischen Annäherung in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gekommen war. Vgl. dazu und zur 1995 geschaffenen gemeinsamen Luftverteidigungsgruppe vor allem Wallace, H. 1995/96: 369 und Winter 1999: 89-91.

⁸⁹⁴ Vgl. Portillo 1995.

Lamont zuversichtlich, dass die Partei sich weiter in die Richtung der Euro-Skeptiker bewegte.⁸⁹⁵

Im April 1996 unterstützten 66 konservative Abgeordnete eine *Private Member Bill* des führenden Euro-Skeptikers Iain Duncan-Smith, durch die das britische Unterhaus die Möglichkeit erhalten sollte, Entscheidungen des EuGH umzustürzen. Im Juni 1996 unterschrieben 78 konservative Abgeordnete einen vom Maastricht-Rebellen Bill Cash verfassten Gesetzentwurf, der ein Referendum über den Verbleib oder Austritt Großbritanniens in/aus der Europäischen Union anstrebte. Auch wenn diese Aktionen keine legislative Bedeutung hatten, waren sie dennoch ein Indikator dafür, dass eine nicht unerhebliche Sektion der konservativen Parlamentarier mittlerweile eine Abwendung des Vereinigten Königreichs von der EU befürwortete.⁸⁹⁶

Die Europäische Währungsunion als Brennpunkt des konservativen Streits

Bemerkenswert kritisch gegenüber der EU präsentierte sich auch der neue konservative Außenminister Malcolm Rifkind, der bislang als gestandener Pro-Europäer und Vertreter des linken Parteiflügels gegolten hatte.⁸⁹⁷ In einer seiner ersten Reden erinnerte er demonstrativ an Lord Palmerstons Ausspruch, dass die britische Außenpolitik ausschließlich durch die Interessen Großbritanniens bestimmt werden müsse. Allein das Bestreben, Einfluss in der EU zu wahren, könne daher für Großbritannien kein ausreichendes Kriterium mehr für ein weiteres Poolen von Souveränität auf der europäischen Ebene sein. Rifkind machte zudem keinen Hehl daraus, dass er einem Beitritt Großbritanniens zur EWU mehr als reserviert gegenüberstand. Er zeigte sich überzeugt, dass eine wiedergewählte konservative Regierung das Pfund während der nächsten Legislaturperiode des Unterhauses nicht aufgeben werde.⁸⁹⁸ Diese Einschätzung des neuen Außenministers wurde von der Mehrheit des neuen Major-Kabinetts getragen. Selbst der den pro-europäischen *One Nation*-Politikern zugerechnete Gesundheitsminister Stephen Dorrell schloss sich ihr an. Lediglich Schatzkanzler Kenneth Clarke und Michael Heseltine sprachen sich vehement für die Möglichkeit eines späteren EWU-Beitritts Großbritanniens aus. Als stellvertretender Premierminister konnte Heseltine Schatzkanzler Clarke jedoch zumindest öffentlich

⁸⁹⁵ Vgl. Lamont, in: The Independent vom 11. Oktober 1997. Der politische Korrespondent des Independent, Andrew Marr, schrieb, dass die CP sich nun „beinahe konsensual“ in ihrem Euroskeptizismus präsentiere.

⁸⁹⁶ Vgl. Ludlam 1998: 32, Stephens 1997: 351, Cowley 1999: 14 und Turner 2000: 172 und 189.

⁸⁹⁷ Vgl. zu Rifkinds Rolle im Dooge-Komitee zur Vorbereitung der EEA Young, H. 1998: 460.

⁸⁹⁸ Vgl. Rifkind 1995.

nicht mehr so stark wie zuvor als einfacher Kabinettsminister unterstützen, da seine Loyalität qua Amt nun in erster Linie Major galt.

Der Madrider EU-Gipfel im Herbst 1995 offenbarte schließlich, wie weit der Premierminister und sein Schatzkanzler in der EWU-Frage auseinander lagen. Clarke erkannte den klaren politischen Willen, vor allem Frankreichs und Deutschlands, die EWU im Jahr 1999 Realität werden zu lassen. Sprach Major von einem großen ökonomischen Chaos, das sich infolge der EWU durch die gesamte Gemeinschaft ziehen werde, so unterstrich Clarke demgegenüber, dass die Chancen zur Umsetzung des EWU-Projekts gut stünden und der avisierte Zeitplan realistisch sei.⁸⁹⁹ Für Clarke war offenkundig, dass die Mitglieder der EWU künftig eine eigene politische Kerngruppe innerhalb der EU bilden würden. Als einziges Kabinettsmitglied der Major-Regierung stellte der Schatzkanzler sich gegen Majors Vorschlag, die Frage eines Beitritts Großbritanniens zur EWU an ein Referendum zu binden. Kurz nach dem Madrid-Gipfel hatte der Premierminister im Unterhaus erstmals erklärt:

*„For a decision of such magnitude we shall certainly keep in mind the possibility of a referendum if the cabinet were to recommend entry.“*⁹⁰⁰

Diese Überlegung wurde durch die Ankündigung des britisch-französischen Unternehmers, Sir James Goldsmith, mit einer eigenen Partei bei der nächsten Unterhauswahl anzutreten und ein Plebiszit über Großbritanniens Teilnahme an der EWU zu erzwingen, in den konservativen Kabinettsreihen noch erheblich forciert.⁹⁰¹ Schatzkanzler Clarke und Michael Heseltine hingegen waren der Meinung, dass die Entscheidung, an der EWU teilzunehmen, nur durch eine Abstimmung im britischen Unterhaus getroffen werden könne. Da das britische politische System auf der Parlamentsouveränität fußt, hielt der Schatzkanzler Referenden grundsätzlich für eine Bedrohung der verfassungsrechtlichen Position des britischen Parlaments. Clarke fand es daher absurd, dass ausgerechnet die Euro-Skeptiker der Parlamentsfraktion, die so sehr auf die Parlamentsouveränität pochten, nun so vehement für ein Referendum in der EWU-Frage eintraten. Er war davon überzeugt, dass Majors Angebot eines Referendums an die Euro-Skeptiker nicht ausreichen werde, die Parlamentsfraktion ruhig zu halten, weil der Block der Euro-Skeptiker und Anti-Europäer die EWU kategorisch ablehne.⁹⁰² Der Premierminister und sein Schatzkanzler einigten sich schließlich auf den Kompromiss, dass die für Großbritannien in Maastricht aus-

⁸⁹⁹ Vgl. Stephens 1997: 333.

⁹⁰⁰ Major 1995: Official Report vom 18. Dezember: 1225.

⁹⁰¹ Vgl. Ludlam 1998: 32.

gehandelte Option, der EWU möglicherweise später beizutreten, zunächst offen gehalten wurde. Die Entscheidung sollte an ein Referendum gebunden werden.⁹⁰³ Das gesamte Kabinett behielt diese Linie während der Parteikonferenz 1996 bei.

BSE-Krise und britische Politik der Nicht-Kooperation

John Majors Hoffnungen, dass der Referendumkompromiss des Kabinetts die konservative Regierung und Parlamentsfraktion in der Europapolitik vorerst befrieden werde, wurden im Frühjahr 1996 durch die BSE-Krise zerstört. Der Konflikt zwischen Großbritannien und den kontinentalen EU-Partnerstaaten über die Rinderseuche BSE hatte aufgrund der hohen Konzentration von BSE-Fällen in englischen Rinderherden bereits seit Ende der achtziger Jahre latent geschwelt. Im Jahr 1996 führte ein wissenschaftlicher Bericht, der eine unmittelbare Verbindung zwischen der Rinderseuche und der menschlichen Erkrankung Creutzfeld-Jakob-Syndrom nachzuweisen schien, schließlich zur offenen Eskalation zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU. Nach der Publikation des Berichts reagierte der EU-Veterinärausschuss prompt, indem sie jeglichen Export britischen Rindfleisches und britischer Rindfleischprodukte untersagte. Eine mögliche stufenweise Aufhebung des Exportverbots koppelte die Europäische Kommission an ein britisches Programm zur Ausrottung der Rinderseuche im Vereinigten Königreich. Die britische Regierung hielt das Ausmaß des Exportverbots für maßlos übertrieben, auch wenn sie durchaus wusste, dass sie in den achtziger Jahren zu wenig auf ausreichende Sicherheitsanforderungen in der Landwirtschaft geachtet hatte. So erklärte ein Kabinettsmitglied in privatem Kreis:

„It is no use treating Europe as an alibi for our own failures. BSE is not a European issue. It is a British problem. Our partners have responded as independent nation states. And their consumers as consumers. The problem must be dealt with here. The US banned our beef years ago.“⁹⁰⁴

Trotz dieser internen selbstkritischen Einschätzung reagierte die britische Regierung auf das Exportverbot der EU nicht mit erhöhter Diplomatie, sondern mit einer Politik der direkten Konfrontation. In Anlehnung an de Gaulles ‚Politik des leeren Stuhls‘ in den sechziger Jahren verkündete John Major am 21. Mai 1996, dass die britische Regierung bis zur Aufhebung des Exportverbots für britisches Rindfleisch bei allen

⁹⁰² Vgl. Stephens 1997: 339-342 und Turner 2000: 177.

⁹⁰³ Vgl. Cabinet Statement on EMU vom 3. April 1996.

⁹⁰⁴ Stephens 1997: 345.

Entscheidungen im Ministerrat, die der Einstimmigkeit bedurften, eine Blockadepolitik betreiben werde.⁹⁰⁵ Eine „exit strategy“ aus dieser Blockadepolitik gab es nicht.⁹⁰⁶ Rund 72 Entscheidungen, unter Ihnen Vorschläge für ein Europäisches Jahr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit oder EU-Hilfen für den Niger, fielen unter diese paralyisierende Politik der Nicht-Kooperation. So brachte die BSE-Krise die schlimmste Seite der britischen Europapolitik zum Vorschein und spiegelte die zunehmende Entfremdung zwischen der britischen Regierung und ihren kontinentalen EU-Partnerstaaten wider.⁹⁰⁷ Der ehemalige britische Außenminister Sir Geoffrey Howe brachte diese Entwicklung folgendermaßen auf den Punkt:

*„(...) BSE is also a culmination. I very much doubt whether this single question of public health, important and sensitive as it undoubtedly is, would have generated such controversy had it not come into being against a background of growing estrangement between Germany and the United Kingdom over the general question of the future development of the European Union.“*⁹⁰⁸

Die britische Politik der Obstruktion endete erst auf dem EU-Gipfel in Florenz im Juni 1996, als der Premierminister seine Politik der Nicht-Kooperation im Gegenzug für einen vagen Plan zur progressiven stufenweisen Aufhebung des Exportverbots aufgab. Die EU-Partnerstaaten machten nun aber keinen Hehl mehr daraus, dass sie Major nicht mehr als verlässlichen Verhandlungspartner ansahen und auf eine Ablösung der konservativen Regierung in Großbritannien durch eine pro-europäischere Labour-Regierung warteten.⁹⁰⁹

Am 1. Mai 1997 erlitt die britische CP nach 18jähriger Regierungszeit ihre schwerste Wahniederlage seit 1832.⁹¹⁰ Die Europapolitik der konservativen Regierung spielte dabei eine entscheidende Rolle. Es waren die wachsende Widersprüchlichkeit ihrer EU-Politik und das wirtschaftspolitische Debakel des *Black Wednesday* fünf Jahre zuvor, die in erheblichem Maße dazu beigetragen hatten, bei den Wählern den Ein-

⁹⁰⁵ Vgl. u.a. Turner 2000: 171, Ludlam 1998: 55, Wallace, H. 1996/97: 372/73 und Young, J. 2000: 172.

⁹⁰⁶ Vgl. Stephens 1997: 346.

⁹⁰⁷ Vgl. Wallace, H. 1996/97: 372, Gilmour/Garnett 1998: 376/377, Westlake 1997: 16, „Fünfzehn Egoisten“, in: Die Zeit vom 27. September 1996, „London droht EU mit Fortsetzung der Blockadepolitik“, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Juni 1996 sowie „Riesenkrach mit den Briten“, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Juni 1996.

⁹⁰⁸ Howe 1996a: 5.

⁹⁰⁹ Ludlam 1998: 55, Westlake 1997 und Stephens 1997: 347.

⁹¹⁰ Die Labour Partei unter ihrem Parteiführer Tony Blair gewann 43,3 Prozent der Stimmen und 419 Sitze im Unterhaus, die Conservative Party erhielt bei 30,7 Prozent der Stimmen nur noch 165 Sitze. Mit Michael Portillo und Malcolm Rifkind verloren sogar zwei Kabinettsmitglieder ihr Abgeordne-

druck einer wirtschafts- und europapolitisch inkompetenten, profillosen und durch die Regierungsverantwortung verschlissenen Partei zu verstärken.⁹¹¹ 78 Prozent der Wähler kritisierten die tiefe Zerstrittenheit der Konservativen Partei und machten Korruption und inkohärente Europapolitik als wesentliche Schwachstellen der Tories aus.⁹¹²

War die Europapolitik aufgrund der großen Differenzen innerhalb der Partei zunächst bewusst nicht zu einem zentralen Wahlkampfthema gemacht worden, so setzten gerade die Euro-Skeptiker – unter ihnen viele Juniorminister – in den letzten Wochen vor der Wahl gezielt auf dieses Thema. Sie führten einen von der Parteiführung unabhängigen Wahlkampf und publizierten eigene europapolitische Stellungnahmen, in denen sie einen Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EWU kategorisch ablehnten. Damit unterwanderten sie endgültig den von Major vorgegebenen offenen EWU-Kurs, der eine spätere Teilnahme Großbritanniens nicht ausschloss.⁹¹³ Da sich mehr als 100 seiner Kandidaten offen gegen die Leitlinie der Parteiführung zur EWU gestellt hatten und schließlich selbst Kabinettsmitglieder wie Michael Howard und Peter Lilley aus der Parteidisziplin ausbrachen, sah Major sich schließlich gezwungen, den CP-Parlamentariern der nächsten Legislaturperiode noch im Wahlkampf eine freie Wahl zur EWU ohne jegliche Fraktionsdisziplin zuzugestehen.⁹¹⁴ Er selbst präsentierte sich in der letzten Wahlkampfwoche betont euro-skeptisch und versprach während des bevorstehenden Amsterdamer EU-Gipfels „den Fuß auf dem Bremspedal“ zu halten und keine weiteren Integrationsschritte zuzulassen.⁹¹⁵ Zusätzlich malte er das Schreckenszenario an die Wand, dass die Labour Party und die Liberaldemokraten das britische Parlament und die britische Union durch ihre Devolutionspläne und ihre föderale Europapolitik von unten und von oben aushöhlen würden. Major verband somit unter negativen Vorzeichen bewusst die Frage einer Dezentralisierung der politischen Macht in Großbritannien mit der weiteren supranationalen Entwicklung der EU. Labour werde, so Außenminister Malcolm Rifkind, das Land zwischen

tenmandat. Vgl. Margetts 1997: 185, Gilmour/Garnett 1998: 126-132 und 382 sowie Charmley 1998: 118-125.

⁹¹¹ Vgl. Ludlam 1998: 54, Clark 1998: 506-509, Wallace, H. 1996/97: 375, Turner 2000: 213/221 und Dorey 1999: 242.

⁹¹² Vgl. Harrop 1997: 314/315 und Dorey 1999: 246.

⁹¹³ Vgl. Turner 2000: 200-204, Paterson/Jeffery 1997: 8/9, Clark 1998: 530, Margetts 1997: 182, Forster 2002: 306 und Ludlam 1998: 32.

⁹¹⁴ Vgl. Seldon 1997: 720-727 und Major, in: The Guardian vom 18. April 1997.

⁹¹⁵ Turner 2000: 208. Vgl. auch „Central Office divided on tactics. Major takes command for the last week“, in: The Times vom 26. April 1997, „The Prime Minister gets that 1992 feeling“, in: The Sunday Telegraph vom 20. April 1997 und Gilmour/Garnett 1998: 377.

„dem Hammer eines fragmentierten, dezentralisierten Großbritanniens und dem Amboss einer sich ständig zentralisierenden Europäischen Union“ zerquetschen.⁹¹⁶

Die Trumpfkarte des wirtschaftlichen Aufschwungs konnten die Konservativen hingegen nur bedingt ausspielen. Der Verweis auf sinkende Arbeitslosenzahlen, die hohe Wachstumsrate und eine niedrige Inflationsrate wurde durch die für die CP weit aus ungünstigeren Themen Europapolitik und Korruption verdrängt.⁹¹⁷ Diese Entwicklung des Wahlkampfes macht deutlich, dass der Streit über die Europapolitik 1997 bereits alle anderen Politikfelder der CP überlagert hatte und die Partei nicht mehr in der Lage war, eine von allen Subgruppen akzeptierte Leitlinie für die Europapolitik Großbritanniens zu formulieren, geschweige denn generell als politische Einheit aufzutreten.

5.1.2 Der Amsterdamer Vertrag aus der Sicht der Konservativen Partei

5.1.2.1 Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU

Schon in ihrem Rückblick auf das europapolitische Jahr 1994/5 in Großbritannien hielt die Politikwissenschaftlerin Helen Wallace treffend fest, dass die Vorbereitungen der konservativen Regierung auf die IGR 1996/7 überwiegend aus internen Verhandlungen zwischen den Euro-Skeptikern und EU-Gegnern der konservativen Parlamentsfraktion einerseits und dem pro-europäischen Flügel der konservativen Föderalisten und Konföderalisten andererseits bestanden. Ein nationales Forum zur IGR über die Parteigrenzen hinweg gab es nicht.⁹¹⁸ Premierminister John Major machte mit Blick auf seine zerstrittene Parlamentsfraktion frühzeitig deutlich, dass die konservative Regierung auf der IGR ein Status quo-Ergebnis anpeilte – „'More Europe' is not the answer“.⁹¹⁹ Der Einflussbereich der europäischen Institutionen sollte auf keinen Fall gestärkt, stattdessen müssten lediglich „Aufräumarbeiten und die nötigsten Vorbereitungen zur Ausweitung der EU nach Osten“ und zur Vollendung des Binnenmarktes vorgenommen werden.⁹²⁰ Durch verlorene Nachwahlen und Aus- und Übertritte war die parlamentarische Mehrheit der konservativen Regierung nur noch

⁹¹⁶ Rifkind, in: The Independent vom 7. April 1997. Vgl. auch CP 1997a: 49-51, Paterson/Jeffery 1997: 11/12, Barry Jones 1999: 126, Kingdom 1999: 67 und CP 1994c: 68-72. Sowohl die Europapolitik als auch die Devolutionspolitik galten bei den Wählern jedoch als eher unwichtige Themen und kamen bei einer entsprechenden Umfrage nur auf den 9. bzw. 15. Rang. Vgl. The Independent on Sunday vom 6. April 1997.

⁹¹⁷ Vgl. Stephens 1997: 354.

⁹¹⁸ Vgl. Wallace, H. 1994/95: 365/366 und Wallace, H. 1997.

⁹¹⁹ CP 1997b: 726.

hauchdünn, so dass Major die fragile Konsensfähigkeit seiner Fraktion in der Europapolitik nicht durch ein integrationsfreundliches *White Paper* aufs Spiel setzen wollte.⁹²¹ Die britisch-konservative Regierung ging also mit einem minimalistischen Programm in die Revisionskonferenz zum Maastrichter Vertrag, zumal Major sehr genau darum wusste, dass das Vertragswerk von 1993 für viele seiner Parlamentarier bereits die Endstufe der Europäischen Integration markierte. Das im *White Paper* „*A Partnership of Nations*“ festgehaltene restriktive Programm der Konservativen trug deutlich Majors Handschrift, spiegelte in einzelnen Bereichen aber auch den wachsenden Einfluss der Euro-Skeptiker wider. Sie hatten dieses Standpunktpapier nach der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages überhaupt erst eingefordert und an seiner Entwicklung maßgeblichen Anteil gehabt.⁹²² Die zunehmende Stärke der Euro-Skeptiker bestätigte auch eine Meinungsumfrage britischer Wissenschaftler unter konservativen Abgeordneten zur Europapolitik und zur anstehenden Regierungskonferenz:

Abbildung 7: Backbench Conservative Attitudes to European Integration

Statement	Strongly agree or agree %	Neither agree nor disagree %	Strongly disagree or disagree %
1. The disadvantages of EC membership have been outweighed by the benefits	59	9	32
3. People who believe in free trade cannot support the EU as it has turned out	32	11	57
5. Enlargement is the best means to arrest the centralisation of political power in the EU	56	24	20
6. Sovereignty cannot be pooled	64	6	30
8. The continental system of jurisprudence as practised by the European Court of Justice is a threat to liberty in Britain	56	16	28

⁹²⁰ Wallace, H. 1995/96: 370. Vgl. Stephens 1997: 336.

⁹²¹ Schwarz 1997: 48. Vgl. auch Baker/Gamble/Ludlam 1995: 231/232 und Stephens 1997: 335. Die Major-Regierung hatte im April 1996 nur eine Mehrheit von einem Abgeordneten im Unterhaus.

⁹²² Vgl. stellvertretend No Turning Back Group 1994: 25.

9. An Act of Parliament should be passed to establish explicitly the ultimate supremacy of Parliament over EU legislation	56	16	28
10. Britain should adopt the social protocol	5	2	93
12. Inflexibility in European labour markets is the principal cause of unemployment	71	12	17
21. In principle there should be a Union strategy on Deregulation	54	9	37
32. Agriculture should be handled under subsidiarity at the national level	72	5	23
33. Border controls should be handled under subsidiarity at the national level	74	7	19
37. Subsidiarity reinforces the federalist tendency in the EU	31	12	57
40. EMU is not realisable	61	4	35
41. EMU is not desirable	61	9	30
47. The establishment of a single EU currency would signal the end of the UK as a sovereign nation	51	11	38
49. The 1996 IGC should abolish QMV	20	14	66
51. Any reform of QMV should be based on the relative populations of member states	63	15	22
54. The 1996 IGC should not increase the supranational powers of EU institutions	88	5	7
57. The Council of Ministers should be the supreme institution in the EU	80	4	16
62. The key to closing the 'democratic deficit' is strengthening the scrutiny by national parliaments of the EU legislative process	82	12	15

Quelle: Baker/Gamble/Ludlam 1995⁹²³

⁹²³ Baker/Gamble/Ludlam 1995: 221-232. Die Umfrage, an der sich 38 Prozent der Abgeordneten sowie neun Prozent der Minister beteiligten, fand im April 1994 statt, als die Euroskeptiker bereits ihren Forderungskatalog für die IGC 1996 aufgestellt hatten.

Abbildung 5 dokumentiert die minimalistische Position der konservativen Abgeordneten zur weiteren Europäischen Integration sehr deutlich. Immerhin 59 Prozent der Befragten bejahten die Vorteile der EU für Großbritannien – dieses Ergebnis unterstrich, dass nur eine sehr kleine Minderheit der parlamentarischen CP tatsächlich aus der EU austreten wollte (Abb. 5, 1).⁹²⁴ Über die konkrete Ausgestaltung der EU und viele Aspekte der IGR waren die CP-Hinterbänkler aber sehr besorgt. Hier zeichnten sich in der Befragung starke Bedenken und Skeptizismen ab. Stolze 64 Prozent der konservativen Hinterbänkler hielten die britische Souveränität nach wie vor grundsätzlich für nicht teilbar oder übertragbar, 56 Prozent wollten die EU-Gesetzgebung durch einen *Act of Supremacy* eingeschränkt und der nationalen Gesetzgebung untergeordnet sehen (Abb. 5, 6 und 9).⁹²⁵

▪ Erweiterung

Die Haltung der konservativen Regierung und der konservativen Parlamentsfraktion zur Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Staaten fiel eindeutig und harmonisch aus. Die CP hatte sich traditionell für die Erweiterung der EU stark gemacht und räumte ihr aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen Priorität ein.⁹²⁶ Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts sahen die Konservativen die Unterstützung einer Osterweiterung der EU als „eine historische Verantwortung“ der Gemeinschaft zur Einigung des Kontinents und „ein langfristiges britischen Interesse“ an, zumal die EU kein protektionistischer, „gemütlicher, nur nach innen schauender Club“ werden sollte. Damit die Erweiterung der EU um die MOE-Staaten erfolgreich bewerkstelligt werden konnte, forderte die konservative Regierung in ihrem *White Paper* allerdings weniger eine Reform der Entscheidungsstrukturen der EU als in erster Linie eine Korrektur konkreter Politiken der Gemeinschaft. Vor allem die Gemeinsame Agrarpolitik und die Vergabe der Strukturfonds sollten reformiert werden, um die Erweiterung „erfolgreich und bezahlbar“ zu gestalten.⁹²⁷ Für die Euro-Skeptiker der CP hatte eine schnelle Erweiterung noch einen zusätzlichen „Charme“: Abb. 5 zeigt, dass 59 Prozent der befragten Parlamentarier eine rasche Erweiterung

⁹²⁴ Vgl. auch CP 1997b: 718/719.

⁹²⁵ Vgl. zu diesem Abschnitt Baker/Gamble/Ludlam 1995: 222 und Schwarz 1997: 45.

⁹²⁶ Vgl. CP 1997a: 46, CP 1997b: 710 und 726, Rifkind 1996, Howe 1996: 13, CP 1997: 65 und No Turning Back Group 1994: 18/19.

⁹²⁷ Sämtliche Zitate stammen aus H.M. Government 1996: A Partnership of Nations: 103. Vgl. auch Bulmer 1997: 228/229 und Wallace, H. 1997a: 98.

für die beste Möglichkeit hielten einer weiteren Vertiefung der EU vorzubeugen (Abb. 5, 5).⁹²⁸

▪ Europäische Währungsunion

Das innerhalb der CP umstrittenste europapolitische Themenfeld der Europäischen Währungsunion fand im Weißbuch keine Erwähnung, da es kein Verhandlungspart der IGR war. Dennoch finden sich in nahezu allen anderen im Vorfeld der IGR entstandenen Parteidokumenten Stellungnahmen zur EWU, die eine deutliche Diskrepanz zwischen der offiziellen Parteilinie und der Haltung vieler Parlamentarier offenbarten. Sowohl das Wahlmanifest als auch der *Campaign Guide* hielten weiterhin an dem zwischen Major und seinem Schatzkanzler Kenneth Clarke ausgehandelten Kompromiss einer ‚offenen Option inklusive Referendum‘ fest.⁹²⁹ Zusätzlich bestand die Major-Regierung auf Drängen Clarkes darauf, an allen Vorbereitungen zur EWU gleichberechtigt beteiligt zu werden, um auf diese Weise nicht den Anschluss zu verlieren. Diese offizielle Parteilinie hatte bis zum Wahlkampf Bestand. Die bereits 1994/95 erfolgte Umfrage von David Baker, Andrew Gamble und Steve Ludlam zeigt indes, dass viele Parlamentarier diese offizielle Parteilinie nicht unterstützten: Zweidrittel der befragten Parlamentarier hielten eine Europäische Währungsunion weder für wünschenswert noch für realisierbar, 51 Prozent sahen die Einführung einer Europäischen Währung als das Ende der britischen Souveränität an (Abb. 5, 40, 41 und 47).⁹³⁰ Ein Großteil der Parlamentarier sah die Währungsunion als einen fatalen Schritt an, durch den demokratisch gewählten Politikern Instrumente sowie Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik genommen und diese auf ungewählte Institutionen übertragen würden.⁹³¹ Die EWU war also auch im Vorfeld der IGR die Gretchenfrage innerhalb der konservativen Parlamentsfraktion und bildete quasi die Basis „auf der das gesamte europäische Projekt beurteilt wurde“.⁹³²

⁹²⁸ Vgl. Lippert 2001: 7. Die konservativen Hinterbänkler stimmten hier mit Majors IGR-Kurs überein, eine rasche Erweiterung ohne parallele Vertiefung anzustreben, wohingegen viele Föderalisten und Konföderalisten der Parlamentsfraktion genau vor dieser Entwicklung warnten. Vgl. exemplarisch Howe 1990: 694: „*I emphasize that widening and deepening the Community are complements, not opposites*“.

⁹²⁹ Vgl. CP 1997a: 47, CP 1997b: 727/728, CP 1997: 62/63, Whitney/Welsh 1996: 12 und Howe 1996a: 15.

⁹³⁰ Vgl. auch Ludlam 1998: 38/39 und das Positionspapier der Euro-Rebellen von 1995, in dem diese eine vollständige Abkehr vom Plan einer EWU fordern. Body et al. 1995: 4.

⁹³¹ Vgl. exemplarisch die Ausführungen der euroskeptischen No Turning Back Group 1994: 8-10.

⁹³² Wallace, H. 1996/97: 371. Vgl. auch Turner 2000: 184.

▪ **Entscheidungsverfahren und institutionelle Reform**

Hinsichtlich der konstitutionellen Reform der EU zeigte eine deutliche Mehrheit der konservativen Abgeordneten eine große Affinität zu den führenden Euro-Skeptikern der Partei: entweder sollte der bisher erreichte Vertragszustand „eingefroren“ oder aber ein Zurücknehmen der Integration erzielt werden. So sprachen sich in der Umfrage von Baker, Gamble und Ludlam 20 Prozent der Parlamentarier für eine komplette Abschaffung der QME im Ministerrat aus, 63 Prozent der Hinterbänkler plädierten für eine an der Bevölkerungszahl orientierte moderate Reform der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen, die sie nur im Bereich des Binnenmarktes als wirklich notwendig erachteten. 80 Prozent waren dafür, den Ministerrat zur zentralen Institution der EU zu machen und ihm eine stärkere Handlungskompetenz gegenüber der Kommission zuzusprechen (Abb. 5, 49, 51 und 57).⁹³³ Entsprechend unterstützten auch fast 90 Prozent der Befragten die Absicht der Regierung, die supranationalen Gemeinschaftsinstitutionen nicht weiter zu stärken (Abb. 5, 54).⁹³⁴ Die britisch-konservative Regierung entsprach mit der Marschroute ihres *White Papers* überwiegend diesen Forderungen. Sie definierte entschieden ihre Rolle als Verteidigerin des nationalen Vetos, verneinte jegliche Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im MR und drängte auf einen an der Bevölkerungszahl ausgerichteten Stimmschlüssel für die bereits festgelegten Bereiche der QME.⁹³⁵ Dem Europäischen Parlament gestand sie keine weiteren Legislativkompetenzen, insbesondere keine Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens, zu. Vielmehr sollte sich das EP die Achtung der Bevölkerung vorrangig durch eine enge Kontrolle des EU-Budgets sowie die Bekämpfung von Missmanagement und Korruption erarbeiten.⁹³⁶ Weitgehende Einigkeit in der CP herrschte darüber, dass die nationalen Parlamente als „Fokus demokratischer Legitimität“ stärker in die Prozesse der EU und deren Kontrolle eingebunden werden sollten – insbesondere in den Bereichen der Dritten Säule, der

⁹³³ Vgl. auch No Turning Back Group 1994: 28.

⁹³⁴ Vgl. Baker/Gamble/Ludlam 1995: 230-232.

⁹³⁵ Vgl. H.M. Government 1996: A Partnership of Nations: 112/113. Viele Pro-Europäer wie Sir Geoffrey Howe sprachen sich dagegen für eine pragmatische Ausweitung der QME und eine case-by-case-Betrachtung aus. Vgl. Howe 1996: 37 und Howe 1996a: 14-16.

⁹³⁶ Vgl. ebd.: 113 und CP 1997: 67. Die extremste Forderung innerhalb der CP stellten hier die neun Euro-Rebellen auf, die das EP in eine Zusammenkunft von Gesandten umwandeln wollten, die von den nationalen Regierungen bestimmt wurden. Vgl. Body et al. 1995: 4. Die Pro-Europäer in der CP sprachen sich hingegen für eine pragmatische Ausweitung der Kompetenzen des EP und eine deutliche Reduzierung und Vereinfachung der Verfahren des EP aus. Vgl. exemplarisch Welsh/Whitney 1996: 10-14 und Howe 1996: 37.

Innen- und Justizpolitik.⁹³⁷ Die Europäische Kommission, das supranationale Exekutivorgan der EU, fand hingegen kaum Erwähnung. Hier vermerkte die britisch-konservative Regierung lediglich, dass sie keinerlei Kompetenzzuwächsen, „die auf Kosten der individuellen Nationalstaaten gehen“, zustimmen werde.⁹³⁸ Mit Blick auf die avisierte Erweiterung um die MOE-Staaten sprach sich die Major-Regierung für „Team-Präsidentschaften“ und eine deutliche Verkleinerung der Kommission aus, wobei die großen Mitgliedstaaten jedoch zumindest einen Kommissar behalten sollten.⁹³⁹

Die Rolle des EuGH, der die Suprematie europäischen Rechts gegenüber über dem britischem Recht manifestierte, hatte bereits seit Ende der achtziger Jahre für große Verärgerung innerhalb der CP gesorgt. Vor allem die Euro-Skeptiker hatten den EuGH zunehmend als politisches Instrument Brüssels gebrandmarkt und eine Beschneidung seiner Kompetenzen gefordert.⁹⁴⁰ Eine Reihe von EuGH-Urteilen gegen die britische Regierung, vor allem zur von Großbritannien abgelehnten 48-Stunden-Woche, hatte die Ressentiments gegenüber diesem europäischen Organ nur noch gesteigert.⁹⁴¹ 56 Prozent der befragten konservativen Parlamentarier hielten den EuGH Mitte der neunziger Jahre für eine Bedrohung der Freiheit im Vereinigten Königreich (Abb. 5, 8). Die Major-Regierung versuchte daher die Rolle des EuGH zu verringern. Im Weißbuch hieß es dazu unmissverständlich:

„There have been judgements in recent years that have given cause for concern, particularly where they have imposed disproportionate costs on Governments or business, even when they have made every effort to meet their EC obligations. There is concern that the ECJ's interpretation of laws sometimes seems to go beyond what the participating Governments intended in framing these laws.“⁹⁴²

Trotz warnender Stimmen einzelner Pro-Europäer, den EuGH nicht zu diskreditieren, forderten die Konservativen nun ein automatisches Auslaufdatum für EU-Vorgaben, nationale Zeitvorgaben für die Implementierung von EU-Direktiven, eine interne Appellationsmöglichkeit sowie eine Korrekturmöglichkeit für all jene EU-Vorgaben,

⁹³⁷ H.M. Government 1996: A Partnership of Nation: 114. Vgl. zur Rolle der nationalen Parlamente CP 1997: 51, CP 1997b: 732 und 734 und Major 1994: 10/11.

⁹³⁸ CP 1997b: 731. Die Euroskeptiker gingen weiter und forderten eine weitgehende Entmachtung der Kommission. Vgl. No Turning Back Group 1994: 27/8. Die Pro-Europäer verwiesen stattdessen darauf, dass der CP gerade mit Blick auf den Freihandel und den Binnenmarkt an einer Aufwertung der Kommission gelegen sein müsste, da diese sich gegenüber den Mitgliedstaaten behauptete. Vgl. exemplarisch Whitney/Welsh 1996: 10.

⁹³⁹ Vgl. H.M. Government 1996: A Partnership of Nations: 114.

⁹⁴⁰ Vgl. exemplarisch Body et al. 1995: 4.

⁹⁴¹ Vgl. Young, H. 1998: 501/502, Wallace, H. 1996/97: 374.

⁹⁴² H.M. Government 1996: A Partnership of Nations: 116.

die der EuGH nach Ansicht der britischen Regierung in „einer vom Ministerrat niemals intendierten Weise“ interpretiert hatte.⁹⁴³

▪ **Säulenstruktur: GASP, Verteidigungspolitik, Innen- und Justizpolitik**

Gemäß den britisch-konservativen Vorstellungen sollte das Ziel der EU nicht so sehr eine ‚immer engere Union der Völker Europas‘, sondern vielmehr eine ‚Partnerschaft der Nationalstaaten‘ sein. Dies verhiess auch der programmatische Titel des *White Papers* der Major-Regierung. Analog zur eingeforderten zentralen Stellung des Ministerrats drängten die britischen Konservativen daher mit Nachdruck auf eine Beibehaltung der Säulenstruktur, also auf ein weiteres Miteinander von supranationalen und intergouvernementalen Elementen in der EU. Die Konservativen sprachen sich zwar traditionell für eine Stärkung der GASP in der Praxis aus, plädierten dabei aber gleichzeitig für eine strikte Beibehaltung ihres intergouvernementalen Charakters und damit des Konsensprinzips:

*„The CFSP must leave room for areas where national interests diverge; we therefore oppose majority voting. In such crucial matters, Member States must not be outvoted.“*⁹⁴⁴

In ihrem Positionspapier zur IGR machte die Major-Regierung daher klar:

*„If there is no collective will within the European Union to act, it would be unwise to try to force action through artificial voting procedures.“*⁹⁴⁵

Die britischen Konservativen befürworteten aber durchaus eine Verbesserung der Planungen, Strukturen und Instrumentarien der GASP, etwa durch eine deutliche Aufwertung der Arbeit und Rolle des GASP-Sekretariats, häufigere Sitzungen des Politischen Komitees und die Benennung eines EU-Repräsentanten, der außenpolitische Entscheidungen der EU nach außen vertreten sollte.⁹⁴⁶ Was den sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich der GASP betraf, so konzentrierte sich die regierende CP darauf, dass die NATO ihre Führungsrolle zur kollektiven Verteidigung Europas behielt. Die Konservativen lehnten es vehement ab, die Westeuropäische Union als Säule der Regierungszusammenarbeit in die EU einzugliedern. Die WEU sollte als effektiver europäischer Pfeiler der NATO weiterentwickelt werden und mit der EU partnerschaftlich zusammenarbeiten; die Dreieckskonstellation zwischen

⁹⁴³ Ebd. Vgl. auch Fella 2002: 83 und CP 1997b: 735. Vgl. zu den Pro-Europäern exemplarisch Howe 1996a: 15/16.

⁹⁴⁴ Vgl. CP 1997: 66 und No Turning Back Group 1994: 19.

⁹⁴⁵ H.M. Government 1996: A Partnership of Nations: 118.

⁹⁴⁶ Vgl. ebd.: 117/118.

NATO, WEU und EU sollte also beibehalten werden.⁹⁴⁷ Ziel der CP blieb es, den „Zugriff der EU – insbesondere der supranationalen Kommission – auf die europäische Verteidigungspolitik und Verteidigung“ abzuwehren.⁹⁴⁸

Auch in der Innen- und Justizpolitik hielt die britisch-konservative Regierung strikt am intergouvernementalen Prinzip fest: stärkere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ja, Vergemeinschaftung nein. Denn:

„To do so would mean accepting that issues which go the very heart of the relationship between the citizen and the State should no longer be the sole responsibility of national governments, but be set at European level.“⁹⁴⁹

Die CP befürwortete hier – ähnlich wie in der GASP – durchaus effizientere Formen der Kooperation, wollte die Rolle der europäischen Organe etwa in Fragen der Immigrations- und Asylpolitik aber weiterhin stark eingeschränkt sehen. Auch eine Unterzeichnung des Schengener Abkommens zum vollständigen Abbau von Grenzkontrollen lehnte die CP rigoros ab, zumal diese für Großbritannien als Inselstaat eine besondere Bedeutung besaßen. 74 Prozent der befragten Parlamentarier bekräftigten in der Umfrage von Baker, Gamble und Ludlam, dass die Festlegung und Bestimmung von Grenzkontrollen weiterhin den Nationalstaaten überlassen werden sollte (Abb. 5, 33).

▪ Subsidiarität und Flexibilität

Das im Maastrichter Vertrag festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip und seine genaue Ausgestaltung in der EU sorgten in der CP immer wieder für Kontroversen. Über 30 Prozent der befragten Parlamentarier bekannten sich in der Umfrage von Baker, Gamble und Ludlam zu der Meinung der Hardliner unter den Euro-Skeptikern, dass das Subsidiaritätsprinzip letztlich nur die föderalistischen Tendenzen der EU verschleierte (Abb. 5, 37).⁹⁵⁰ Sie positionierten sich damit deutlich gegen die offizielle Politik der Major-Regierung, die das Subsidiaritätsprinzip als effektives Mittel zur Eindämmung der zentralistischen Tendenzen in der Gemeinschaft und seine Festschreibung im Maastrichter Vertrag folglich als eine wichtige britische Errungenschaft ansah. Die britische Regierung forderte daher mit Blick auf die IGR ein Protokoll zur Stärkung und Präzisierung des Subsidiaritätsprinzips, um tatsächlich zu gewährleisten, dass die EU nur dann tätig werden sollte, wenn die Mitgliedstaaten

⁹⁴⁷ Vgl. H.M. Government 1996: A Partnership of Nation: 118-120, Major 1994: 12, Wallace, H. 1995/96: 370 und Winter 1999: 94-96.

⁹⁴⁸ Schwarz 1997: 63. Vgl. auch CP 1997a: 48, CP 1997: Campaign Guide: 732 und CP 1997: 66.

⁹⁴⁹ Außenminister Malcolm Rifkind, in: CP 1997: 50.

selbst nicht ausreichend handeln konnten. Die Major-Regierung betrachtete das Subsidiaritätsprinzip also quasi als Schutzschild, der einer Verlagerung politischer Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene vorbeugen sollte.⁹⁵¹

Als einen ähnlich effektiven Abwehrmechanismus gegen die wachsende Politikgestaltungsmacht der EU sah die britisch-konservative Regierung eine Flexibilisierung der fortschreitenden europäischen Integration an. Gleich zu Beginn des *White Papers* forderte die britische Regierung diese als „eine Lösung für die wachsende Zahl der Mitglieder und die künftige Erweiterung der EU“ ein.⁹⁵² Eine EU der variablen Geometrie, durch die jeder Mitgliedstaat der Union selbst wählen können sollte, an welchen Bereichen der Integration er partizipieren wollte, wurde von Außenminister Malcolm Rifkind seit seinem Amtantritt im Sommer 1995 wiederholt als eine realistische Strategie zur Weiterentwicklung der EU bezeichnet. Damit sollte ein dritter Weg jenseits der Dichotomie von Europäischem Bundesstaat und Europäischer Freihandelszone geschaffen werden.⁹⁵³ Die Vorzüge einer Flexibilitätsklausel, die John Major bereits in seiner Leiden-Rede thematisiert hatte, wurden in der CP weitgehend geteilt. Eine Flexibilisierung der Integration sollte jedoch „open to all, agreed by all“ sein, also auf keinen Fall in ein festes Kerneuropa und ein Großbritannien in der zweiten EU-Reihe münden.⁹⁵⁴

▪ **Soziales Europa und Beschäftigungspolitik**

Völlig unumstritten war weiterhin die Haltung der CP zur Entwicklung eines sozialen Europa. Mitte der neunziger Jahre lehnten nahezu alle befragten konservativen Parlamentarier das Sozialkapitel des Maastrichter Vertrages ab. Damit schlossen sie sich nahtlos der bereits Ende der achtziger Jahre unter Margaret Thatcher erfolgten Argumentation gegen ein europäisches Sozialmodell und für eine Politik von Wachstum, Wettbewerb und Deregulierung an (Abb. 5, 10). Die Kontroverse um die europäische Sozialpolitik kam in der Amtszeit Majors im Grunde nie zum Stillstand. Obwohl die britische Regierung während der Maastrichter Vertragsverhandlungen eine Freistellungsklausel vom Sozialkapitel ausgehandelt hatte, übernahmen viele britische Unternehmen die Regelungen der Europäischen Sozialcharta. Viele briti-

⁹⁵⁰ Vgl. Baker/Gamble/Ludlam 1995: 226 und Spicer 1992: 115.

⁹⁵¹ Vgl. H.M. Government 1996: A Partnership of Nations: 109, CP 1997: 64 und Wallace, H. 1997:a 98.

⁹⁵² Bulmer 1997: 230. Vgl. auch CP 1997: 64/65.

⁹⁵³ CP 1997: 44 und 53 sowie „Die Bindung an den Nationalstaat ist legitim“, in: Süddeutsche Zeitung vom 25. März 1997.

⁹⁵⁴ CP 1997: 48. Vgl. auch CP 1997b: 725.

sche Arbeitnehmerprozessierten zudem vor dem EuGH nach europäischem Recht. Die britisch-konservative Regierung, vor allem aber die Euro-Skeptiker in den parlamentarischen Reihen, hatten daher das Gefühl, dass das britische *Opt-out* in der Sozialpolitik mehr und mehr unterlaufen werde.⁹⁵⁵ Die Konservativen sahen enge europäische Vorgaben in der Sozialpolitik grundsätzlich als schädliche Überregulierung und als wettbewerbs- und investitions-hemmend an.⁹⁵⁶ Im Vorfeld der IGR bekräftigte die britische Regierung daher entschieden ihre Weigerung, das Sozialkapitel zu unterzeichnen und sprach sich ebenfalls gegen eine europäische Beschäftigungs-offensive aus:

*„One of the greatest challenges Europe faces is to cut unemployment and make its businesses competitive. Here Britain is leading the way. We will continue to argue for deregulation and lower costs on Europe’s businesses, the policies that have helped give Britain one of the strongest economies in Europe. We will not put that achievement at risk by signing up to the Social Chapter, which would open the door to imposing the high costs of the European social model on British business.“*⁹⁵⁷

Mit ihrem *White Paper* machte die Major-Regierung insgesamt deutlich, dass sie auf eine Konservierung des bisherigen Integrationsstandes abzielte, „d.h. die Erhaltung der Säulenstruktur, die Rationalisierung des Ministerrates und die Veränderung der Gewichtung der Stimmen bei Abstimmungen, keine neuen Politikbereiche, wenn möglich sogar eine „Repatriierung“ einiger Bereiche (d.h. eine stärkere Version von Subsidiarität) und mehr Machtbefugnisse für die nationalen Parlamente zur Kontrolle von EU-Angelegenheiten.“⁹⁵⁸ Mit ihrem defensiven Programm, das auf einem Minimumkonsens der parlamentarischen CP fußte, war die britische Regierung auf der Revisionskonferenz aber letztlich völlig isoliert. In den Berichten über die Konferenz fand sich wiederholt die Gegenüberstellung „viele von uns“ und „einer von uns“ – eben das Vereinigte Königreich, vertreten durch den konservativen Euro-Skeptiker David Davies.⁹⁵⁹ Viele Regierungen der europäischen Partner hatten sich zu diesem Zeitpunkt bereits darauf eingestellt, dass erst nach der britischen Unterhauswahl im

⁹⁵⁵ Vgl. Holmes 1994: 12/13, No Turning Back Group 1994: 11/12, Wallace, H. 1995/96: 366/367 und Alderman 1998: 11.

⁹⁵⁶ Vgl. CP 1997: 56, CP 1997b: 732 und Davies 1995: 1/2.

⁹⁵⁷ CP 1997a: 46.

⁹⁵⁸ Wallace, H. 1995/96: 370. Vgl. auch George 1996: 52: „As the EU is committed to holding an IGC, the British aim is to turn it as far as possible into a non-IGC, that is a conference that will not make far-reaching changes to the treaties.“

⁹⁵⁹ Vgl. Nugent 1997: 5, Morgan 1997: 27, Winter 1999: 92 und „Einer bremsst“, in: Die Zeit vom 22. März 1996.

Mai 1997 durch eine konstruktivere britische (Labour-) Regierung ein Fortschritt in der EU-Reform erzielt werden könne.⁹⁶⁰

5.1.2.2 Die Ergebnisse von Amsterdam aus der Sicht der Konservativen Partei

Obwohl europaweit als ein äußerst moderates Vertragswerk angesehen, lehnte die konservative Opposition unter ihrem neuen Vorsitzenden William Hague die Ergebnisse des Amsterdamer Vertrages grundsätzlich ab. Denn nach Ansicht der neuen Oppositionsführung hatte der in der Schlussphase von der britischen Labour-Regierung ausgehandelte Amsterdamer Vertrag keineswegs den bisherigen Integrationsstand konserviert, sondern vielmehr einer weiteren Vertiefung Tür und Tor geöffnet. Obwohl die Erweiterung der Europäischen Union in Amsterdam Priorität gehabt habe, sei der Vertrag ausschließlich „ein Sieg für diejenigen, die ein vertieftes, nicht ein erweitertes Europa wollen“, bilanzierte der neue Schatten-Außenminister und konservative Wortführer während der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages im britischen Unterhaus, Michael Howard.⁹⁶¹ Er brachte damit die Mehrheitsmeinung in der konservativen Parlamentsfraktion auf den Punkt und demonstrierte, dass weite Teile der Konservativen die Erweiterung und Vertiefung der EU nach wie vor nicht als einander ergänzende Entwicklungskomponenten, sondern als ein blankes Nullsummenspiel betrachteten. Die konservative Parlamentsfraktion war infolge der Unterhauswahl auf 164 Abgeordnete geschrumpft, von denen nicht zuletzt auch aufgrund eines weiteren Influxes junger euro-skeptischer Thatcher-Anhänger nun nur noch ungefähr ein Viertel zu den pro-europäischen Föderalisten und Konföderalisten zählte. Die konservative Parlamentsfraktion stand nun eindeutig unter euro-skeptischen Vorzeichen, was vor allem die Wahl des Vorsitzenden im Sommer 1997 eindrucksvoll unterstrichen hatte (*siehe Kapitel 5.1.3*).

Der neue Parteiführer William Hague plädierte zwar für einen „frischen Start“ und appellierte an die Einheit der Partei, gleichzeitig konsolidierte er jedoch auch rasch die dominante Position der euro-skeptischen Rechten in der Parlamentsfraktion, indem er Schlüsselpositionen seines Schattenkabinetts an bekannte euro-skeptische Thatcheristen wie Peter Lilley (Schatten-Schatzkanzler), Michael Howard (Schatten-Außenminister), John Redwood (Schattenminister für Handel und Industrie) oder Iain Duncan-Smith vergab.⁹⁶² Vor dem Hintergrund einer nun europafreundlich auf-

⁹⁶⁰ Vgl. Hughes 1996: 6/7 und Nugent 1997: 6.

⁹⁶¹ Vgl. Howard 1997: Official Report vom 12. November: 927.

⁹⁶² Hague 1997: 1/2. Vgl. Turner 2000: 246/247 und Nadler 2000: 235.

tretenden Labour-Regierung konzentrierte sich Hague bis zur Parteikonferenz im Herbst 1997 vor allem darauf, die starre und ineffiziente Parteiorganisation der CP zu reformieren sowie den europapolitischen Disput und Faktionalismus durch eine feste euro-skeptische Linie beizulegen oder zumindest zu minimieren. Er unterstrich, dass Maastricht für ihn und die CP die Endstufe der Integration markiere und befürwortete ein nationales Referendum zum Amsterdamer Vertrag – wohl wissend, dass Premierminister Blair dieses niemals zulassen und die Bevölkerung zudem eher desinteressiert sein würde.⁹⁶³ Hague belegte die Abstimmungen zum Amsterdamer Vertrag zudem mit einem besonders strikten Fraktionszwang (*three-line-whip*), den schließlich nur der frühere Premierminister Sir Edward Heath durchbrach, indem er der entscheidenden Abstimmung fernblieb.⁹⁶⁴ Die konservativen Pro-Europäer wandten sich zwar entschieden gegen Hagues neue europapolitische Linie, stimmten aber aufgrund des für sie unannehmbaren Sozial- und Beschäftigungskapitels letztlich gegen das Amsterdamer Vertragswerk (*siehe Kapitel 5.1.4.2*). Die konservative Oppositionsführung wiederum stemmte sich prinzipiell gegen das Vertragswerk und brachte zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsanträge in die Debatte ein. Diese hatten allerdings keinerlei Aussicht auf Erfolg, da das Unterhaus angesichts der großen Labour-Mehrheit und der zusätzlichen Stimmen der Liberaldemokraten ganz unter pro-europäischen Vorzeichen stand. Die Kernpunkte für die ablehnende Haltung der Konservativen waren weithin bekannt: Zum einen nannte die CP die Belastungen der britischen Wirtschaft und des britischen Arbeitsmarktes durch die Unterzeichnung des Sozial- und des Beschäftigungskapitels, die der konservativen freihändlerlichen Wirtschaftsphilosophie diametral gegenüberstanden. Zum anderen standen die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, die erneute Aufwertung des EP sowie die fehlende Beschneidung der Kompetenzen des EuGH für eine Entwicklung der EU, die die große Mehrheit der konservativen Abgeordneten aufgrund ihres nationalstaatlichen EU-Verständnisses rundheraus ablehnte.⁹⁶⁵

⁹⁶³ Vgl. Nadler 2000: 236 und Paterson/Jefferey 1997: 36.

⁹⁶⁴ Holmes 2000: 8.

⁹⁶⁵ Vgl. Howard 1997: Official Report vom 12. November: 920-927 und Davies 1997: 1/2.

5.1.3 Die Wahl William Hagues zum Parteiführer und die Rolle der Europapolitik während des parteiinternen Wahlkampfes

Nach der verlorenen Unterhauswahl und dem Rücktritt John Majors stand die CP im Sommer 1997 vor der Aufgabe, ihre personelle Führung und inhaltliche Ausrichtung neu zu bestimmen. Die Situation der Konservativen war dabei durchaus vergleichbar mit derjenigen der Labour Party 1983. Nach einer verheerenden Wahlniederlage, die sie nach 18 Regierungsjahren in die ungewohnte Oppositionsrolle zwang und sie darüber hinaus jegliche Repräsentanz in Wales und Schottland und damit den Status einer nationalen Partei gekostet hatte, musste die CP sich nun programmatisch neu ordnen.⁹⁶⁶ Die Europapolitik, die während der späten Thatcher-, vor allem aber während der Major-Jahre für starke intra-fraktionelle Spannungen gesorgt hatte, blieb indes weiterhin „das trennende Thema und dominierte auch die von Majors Rücktritt verursachte Vorsitzendenwahl.“⁹⁶⁷ Die Wahl illustrierte letztlich, in welchem hohem Maß die konservative Parlamentsfraktion bereits durch unterschiedliche europapolitische Zielvorstellungen strukturiert und das Ansehen der Kandidaten durch ihre europapolitische Ausrichtung kategorisiert waren.

In der ersten Runde der Vorsitzendenwahl, die zum damaligen Zeitpunkt noch ausschließlich von den Unterhaus-Abgeordneten vorgenommen wurde, standen vier prominente Euro-Skeptiker – Peter Lilley, Michael Howard, John Redwood und William Hague – dem einzigen pro-europäischen Kandidaten Kenneth Clarke gegenüber.⁹⁶⁸ Der bisherige Vize-Premierminister und bekennende Pro-Europäer Michael Heseltine war aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Wahl angetreten. Der führende Kopf der Euro-Skeptiker, Michael Portillo, hatte seinen Parlamentssitz bei der Unterhauswahl verloren und war damit aus dem Rennen. Die Kandidatenauswahl demonstrierte eindrucksvoll, wie stark sich das europapolitische Gravitationszentrum innerhalb der Parlamentsfraktion zugunsten der Euro-Skeptiker verschoben hatte. Gleichzeitig machte die Vielzahl euro-skeptischer Kandidaten aber auch deutlich, dass sich das heterogene euro-skeptische Lager nicht auf einen einzigen starken

⁹⁶⁶ Vgl. Gilmour/Garnett 1998: 127 und Paterson/Jeffery 1997: 35.

⁹⁶⁷ Paterson/Jeffery 1997: 35.

⁹⁶⁸ Noch 1997 wurde der Vorsitzende der CP ausschließlich von den Abgeordneten im Unterhaus gewählt. Dabei war die Zahl der Kandidaten in den ersten beiden Wahlgängen unbegrenzt, im dritten Wahlgang durften nur noch die beiden bestplatzierten Kandidaten gegeneinander antreten. Im ersten Wahlgang war die absolute Mehrheit und ein 15-prozentiger Stimmenvorsprung vor dem zweitplatzierten Kandidaten notwendig, im zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit. Im dritten Wahlgang gewann schließlich der Kandidat mit dem meisten Stimmen. Erst William Hague reformierte das äußerst fraktionslastige System zur Wahl des Vorsitzenden. Bis dahin hatten die Abgeordneten jegli-

Kandidaten werde einigen können. Die Chancen Kenneth Clarkes, des bekanntesten pro-europäischen Kabinettsmitglieds aus der Major-Zeit, waren von vornherein eher gering. Dennoch konnte der ehemalige Schatzkanzler im ersten Wahlgang respektable 49 Stimmen auf sich vereinen und erzielte damit das beste Votum vor William Hague (41 Stimmen), dem Major-Herausforderer von 1995 John Redwood (27 Stimmen), Peter Lilley (24 Stimmen) und Michael Howard (23 Stimmen). „In diesem ersten Wahlgang schnitt Clarke auch in gleichzeitig abgehaltenen, informellen Abstimmungen der konservativen Wahlkreis-Vorsitzenden in England, Wales und Schottland, der Mitglieder des Europäischen Parlaments, der peers im Oberhaus und der leitenden ehrenamtlichen Parteifunktionäre gut ab: in allen Gruppierungen bekam er mehr als 50 Prozent der Stimmen und bei den Mitgliedern des Europäischen Parlaments sogar 100 Prozent. Hague war der einzige, dem neben Clarke bedeutsame Unterstützung in diesen außerparlamentarischen Abstimmungen zuteil wurde.“⁹⁶⁹ William Hague war zwar schon länger als möglicher Kandidat gehandelt worden, doch hatte er mit seinen 36 Jahren erst wenig ministerielle Erfahrung – von 1995 bis 1997 war er Minister für Wales – sammeln können. Seine programmatische Ausrichtung war – ähnlich der Majors im Jahr 1990 – wenig bekannt und kaum einzuschätzen.⁹⁷⁰ Er galt zwar als ausgeprägter Euro-Skeptiker, aber diese Haltung war in der politischen Praxis „ungeprüft“.⁹⁷¹ Der große Vorteil des jungen Abgeordneten war indes, dass er der jugendlichen Anziehungskraft Tony Blairs am ehesten etwas entgegensetzen konnte und am stärksten für einen personellen Neuanfang stand.

Die Vorsitzendenwahl im Sommer 1997 zeigte einen hohen Organisationsgrad der einzelnen Kandidatenteams und ein großes Engagement aller europapolitischen Faktionen.⁹⁷² Michael Howard veröffentlichte gleich zum ersten Wahlgang ein eigenes europapolitisches Pamphlet, in dem er für eine EU der variablen Geometrie und damit für das grundsätzliche Recht einzelner Mitgliedstaaten auf Freistellungsklauseln und eine *pick-and-choose*-Formel für einzelne Politikfelder warb.⁹⁷³ Direkt nach der ersten Wahlrunde reduzierte sich das euro-skeptische Bewerberfeld erwartungsgemäß deutlich. Die Thatcheristen Peter Lilley und Michael Howard gaben ihre Kandidaturen auf und stellten sich hinter den selbst ernannten „Einheitskandidaten“ Willi-

che Versuche, die Wahl auf eine breitere Parteibasis zu stellen, erfolgreich abgeblockt, da sie die alleinige Kontrolle über die Vorsitzendenauswahl behalten wollten. Vgl. Alderman 1998: 3 und 16.

⁹⁶⁹ Paterson/Jeffery 1997: 36.

⁹⁷⁰ Nadler 2000: 3. Vgl. Alderman 1998: 5.

⁹⁷¹ Nadler 2000: 28/32.

⁹⁷² Vgl. Turner 2000: 232.

⁹⁷³ Vgl. Turner 2000: 239.

am Hague, da dieser Stimmen des linken wie des rechten Flügels erhalten hatte und sie ihm somit am ehesten zutrauten, mit Hilfe ihrer Stimmen Kenneth Clarke zu schlagen. Clarke wiederum stand unter großem Druck, auch Stimmen aus dem euro-skeptischen Lager gewinnen zu müssen, wobei sich die ideologischen Trennlinien der parlamentarischen CP hier als nahezu unüberwindbar erwiesen. Clarke warb wiederholt für die Einheit der Partei und eine umfassende Überarbeitung des parteipolitischen Programms. Zugleich spielte der ehemalige Schatzkanzler die Bedeutung der Europapolitik bewusst herunter und nannte sie „kein Thema“ in der Opposition. Tatsächlich aber hatte der erste Wahlgang deutlich gezeigt, dass gerade die Europapolitik als Projektionsfläche für ideologische Unterschiede innerhalb der Parlamentsfraktion diene.⁹⁷⁴

Der zweite Wahlgang wurde voll und ganz von der Europapolitik beherrscht. Der Veteran der Euro-Skeptiker, Bill Cash, bat alle Kandidaten, sich in seiner Zeitschrift *European Review* zur Europäischen Währungsunion zu äußern und organisierte über das einflussreiche 1922 Komitee zudem ein formales Treffen, in dem sich die Kandidaten den Fragen der Abgeordneten stellen sollten. Hier drohte Hague bei der konservativen Gretchenfrage der EWU zwischen den europapolitischen Lagern der Parlamentsfraktion aufgerieben zu werden. Hatte er noch in der *European Review* davon gesprochen, die Währungsunion prinzipiell abzulehnen, so schloss er eine britische Mitgliedschaft nun nur für die kommenden zwei Legislaturperioden definitiv aus. Den euro-skeptischen Puristen der CP war dies zu pragmatisch und zu vage. Die Pro-Europäer hingegen echauffierten sich über Hagues rein ideologisch motivierte Haltung und seine Ankündigung, nur wer seine europapolitische Linie unterstütze, finde Platz in seinem Schattenkabinett.⁹⁷⁵ John Redwood, der kaum über Gewinnchancen verfügte und dem viele seine Kandidatur gegen John Major im Jahr 1995 noch immer als illoyal auslegten, nutzte die Schwäche Hagues umgehend für sich und manifestierte seinen Ruf als härtester Euro-Skeptiker. Er rief dazu auf, die EWU-Debatte zu beenden, indem eine Mitgliedschaft Großbritanniens für immer ausgeschlossen wurde. Die Haltung der CP zur EU müsse kompromisslos sein.⁹⁷⁶ Clarke wiederum mahnte nach dem ersten Wahlgang in einem Brief an alle konservativen Abgeordneten vor einem Vorgehen, dass die pro-europäischen Abgeordneten völlig isolierte:

„(...) as a leader, I would put together a team that represents all strands of Conservative thinking in order to carry out the necessary policy review. (...) we

⁹⁷⁴ Turner 2000: 240.

⁹⁷⁵ William Hague, in: *The Independent* vom 14. Juni 1997.

⁹⁷⁶ Vgl. Turner 2000: 240-243, Nadler 2000: 36-38 und Alderman 1998: 11/12.

*divide the party if we regard the leadership election as deciding key issue before the process has even started.*⁹⁷⁷

Trotz dieses Appells an die Einheit der Partei und zweier direkt miteinander konkurrierender euro-skeptischer Kandidaten, schaffte es Kenneth Clarke im zweiten Wahlgang nicht, nennenswert in die Reihen der Euro-Skeptiker einzubrechen. Mit 64 Stimmen lag er im zweiten Wahlgang nur hauchdünn vor William Hague (62 Stimmen). John Redwood erhielt immerhin 38 Stimmen. Hague hatte aufgrund der euro-skeptischen Ausrichtung der Parlamentsfraktion erwartet, Clarke bereits in diesem Wahlgang um einige Stimmen zu schlagen und musste nun realisieren, dass sein Auftreten während der Abgeordnetenbefragung sowie sein EWU-Kurs ihn wichtige Unterstützung und Stimmen gekostet hatten.⁹⁷⁸

Im dritten Wahlgang läutete schließlich erst eine unheilige Allianz zwischen Kenneth Clarke und John Redwood William Hagues Sieg ein. Zuvor hatte die euro-skeptische konservative Rechte in einem Dilemma gesteckt, da ihr aussichtsreichster Kandidat William Hague nicht als euro-skeptischer Purist galt und Kenneth Clarke trotz seiner unbestrittenen Führungsqualitäten eine unannehmbare europapolitische Agenda aufwies. So formulierte der Abgeordnete James Cran treffend:

*„There is one candidate who has got the right agenda but I’m not sure he is a heavy hitter in the House, which the leader of the Opposition has to be. And then I’ve got another candidate who is a heavy hitter but who hasn’t got the right agenda, particularly on Europe.“*⁹⁷⁹

Ein Kompromiss zwischen proeuropäischem und euro-skeptischem Kurs erschien nach wie vor undenkbar. John Redwoods Ankündigung, Kenneth Clarke unterstützen zu wollen, um den „Bürgerkrieg“ und die „Balkanisierung der Partei mit vielen kleinen Gruppen, die nur noch über die Medien miteinander kommunizieren“ zu stoppen, stieß in der konservativen Parlamentsfraktion folglich auf nahezu einhellige Ablehnung.⁹⁸⁰ Die plötzliche Allianz zweier Lager, die für völlig unterschiedliche ideologische Traditionen in der CP standen – den pro-europäischen kommunitaristischen *One-Nation*-Kurs und den nationalstaatlich-wirtschaftsliberalen Thatcherismus – erschien schlicht zu unglaublich. Redwoods Unterstützung für Clarke mobilisierte schließlich Margaret Thatcher und Michael Portillo. Die ehemalige Premierministerin und der ehemalige Hoffnungsträger der Euro-Skeptiker intervenierten

⁹⁷⁷ Kenneth Clarke, in: The Independent vom 13. Juni 1997. Vgl. auch Alderman 1998: 11.

⁹⁷⁸ Vgl. Nadler 2000: 38.

⁹⁷⁹ James Cran, in: The Independent vom 18. Juni 1997.

⁹⁸⁰ John Redwood, in: The Times vom 19. Juni 1997. Vgl. auch Paterson/Jeffery 1997: 36, Nadler 2000: 39 und Alderman 1998: 12/13.

entschieden gegen den Clarke-Redwood-Pakt, indem sie gezielt Abgeordnete kontaktierten und diese für Hague einzunehmen versuchten. Thatcher präsentierte sich darüber hinaus ganz bewusst mit William Hague den Medien und erklärte ihn zu ihrem Wunschkandidaten.⁹⁸¹ Hague gewann den entscheidenden dritten Wahlgang gegen Kenneth Clarke schließlich mit 92 zu 70 Stimmen. Die Wahl zeigte nicht nur die dominierende Stärke der Euro-Skeptiker in der neuen Parlamentsfraktion, sondern auch, dass die Europapolitik das entscheidende trennende Themenfeld innerhalb der parlamentarischen CP blieb.

5.1.4 Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages: Konservative Fundamentalopposition

5.1.4.1 Der offizielle konservative Parteikurs

Während der Unterhausdebatte zur Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages sprach sich die konservative Opposition erwartungsgemäß nahezu geschlossen gegen das Vertragswerk aus. Es symbolisierte aus ihrer Sicht einen weiteren Integrationsschritt jenseits des Maastrichter Vertrages, den die CP nicht mehr akzeptieren konnte und wollte. Zentrales Leitmotiv der konservativen Debatte war die Bedrohung des britischen Nationalstaates durch die fortschreitende europäische Integration. Diese Argumentation zog sich als entscheidender roter Faden durch nahezu alle konservativen Wortbeiträge. So fasste Schatten-Außenminister Michael Howard zusammen:

„What makes the Bill doubly significant is that it reduces the powers of this parliament. By simultaneously reducing the ability of the member states to veto European legislation and increasing the power of the European Union to veto that legislation, it diminishes the powers of the House.“⁹⁸²

Die Abgeordnete Angela Browning führte aus, dass jeder europäische Vertrag für sich genommen zwar eher unbedeutend erscheine, alle europäischen Vertragswerke zusammen aber eine europäische Agenda repräsentierten, die mit dem konservativen Leitbild des Europa der unabhängigen Nationalstaaten nicht mehr zu vereinbaren sei.⁹⁸³ Durch den „unaufhörlichen“ Transfer von Kompetenzen nach Brüssel werde das demokratisch gewählte britische Unterhaus weiter in seiner politischen Gestal-

⁹⁸¹ Vgl. Nadler 2000: 42 und Turner 2000: 244/245.

⁹⁸² Howard 1997: Official Report vom 17. Dezember: 413/414. Vgl Spicer 1997: ebd.: 419/420, Winterton 1997: ebd.: 423, Collins 1997: Official Report vom 3. Dezember: 457 und Cash 1998: Official Report vom 19. Januar: 769/770.

tungskraft eingeschränkt.⁹⁸⁴ Umso mehr haderten die Konservativen damit, dass die Labour-Regierung ihrer Ansicht nach keine ausgereifte Vision zur finalen Ausgestaltung der EU hatte, zumal „die europäische Integration Grenzen hat und wir nun ganz nah an diesen Grenzen angelangt sind“, wie der Abgeordnete Tim Collins betonte.⁹⁸⁵ Der Amsterdamer Vertrag verfolge „eine Agenda eines vertieften, nicht eines erweiterten Europa“ und habe damit das für die Konservativen seit Jahren maßgebliche Hauptziel der EU-Erweiterung verfehlt.⁹⁸⁶ „Keine der Reformen, die für künftige Erweiterungen notwendig gewesen wären, wurden angepackt. Es gab keine Eindämmung der Europäischen Bürokratie, keine Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse, keine pan-europäische Liberalisierung, keine ernsthafte institutionelle Reform. Wenn das europäische Ideal für etwas steht, dann doch dafür, dass es alle Völker Europas vereint. Dieses Ziel ist durch den Amsterdamer Vertrag nicht erreicht worden“, beklagte Michael Howard. Dabei ließ er unerwähnt, dass gerade die Konservativen jegliche institutionelle Reform als unnötig abgelehnt hatten.⁹⁸⁷ Howard verwies stattdessen auf die Möglichkeit einer beliebig erweiterbaren ‚À la carte-EU‘, in der jeder Mitgliedstaat seinen Integrationsgrad selbst definieren könne:

„(T)here is a different way forward, which does not require every member state to sign up to absolutely every aspect of every respect of the treaty. If that way forward is taken, it is not necessary to have more qualified majority voting in order for enlargement to take place.“⁹⁸⁸

Gerade die im Amsterdamer Vertrag fest geschriebenen Ausweitungen der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit sowie des Mitentscheidungsrechts des EP waren für die Konservativen ein zentrales Beispiel für die von ihnen perzipierte Bedrohung des unabhängigen, seine Politik frei gestaltenden Nationalstaates. Die Tory-Abgeordneten machten deutlich, dass sie in dieser Frage schon im Vorfeld der IGR-Verhandlungen „eine Linie im Sand gezogen“ hatten und keinerlei Kompetenzzuwächsen des EP und Ausweitungen von QME mehr zustimmen würden, da Großbri-

⁹⁸³ Vgl. Browning 1997: Official Report vom 12. November: 951, Forth 1997: ebd.: 932/933, Taylor 1997: ebd.: 971, Shepherd 1997: Official Report vom 27. November: 1147 und Jenkin 1997: Official Report vom 27. November: 1148.

⁹⁸⁴ Jenkin 1997: Official Report vom 27. November: 1154/1155. Vgl. auch Hayes 1997: Official Report vom 17. Dezember: 431 und 443, Forth 1997: Official Report vom 12. November: 934, Taylor 1998: Official Report vom 19. Januar: 764 und Streeter 1998: ebd.: 783.

⁹⁸⁵ Collins 1997: Official Report vom 12. November: 981. Vgl. auch Swayne 1997: ebd.: 989/990, Prior 1997: Official Report vom 2. Dezember: 201 und Flight 1997: ebd.: 205.

⁹⁸⁶ Streeter 1997: Official Report vom 12. November: 987, Body 1997: ebd.: 960 und Walter 1997: ebd.: 986.

⁹⁸⁷ Howard 1997: Official Report vom 12. November: 923 (Übersetzung der Verfasserin).

⁹⁸⁸ Howard 1997: Official Report vom 12. November: 924.

tannien und das demokratisch gewählte Unterhaus als rechtmäßiger Politikgestalter so jederzeit bei Entscheidungen überstimmt bzw. ausmanövriert werden könnten.⁹⁸⁹ Eine ähnliche Argumentation galt für das größte Streitthema innerhalb der konservativen Parlamentsfraktion, das EU-Projekt einer gemeinsamen Europäischen Währung. Die Tory-Opposition lehnte die EWU entschieden ab, weil sie ihrer Ansicht nach eine eigene britische Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik unmöglich machte und letztlich „die Basis für einen europäischen Super-Staat“ bereitete.⁹⁹⁰ Vor diesem Hintergrund gebe es neben ökonomischen Erwägungen sehr wohl auch „eine konstitutionelle Hürde“ für einen Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EWU, wie der Abgeordnete Christopher Gill während der dritten Lesung im Unterhaus festhielt.⁹⁹¹ Breiten Raum nahm während der Amsterdam-Debatte im britischen Unterhaus neben der EWU erwartungsgemäß der soziale Bereich ein. Auch hier blieben die Konservativen langjährigen Argumenten verhaftet, die auch schon während der Ratifizierungsdebatte zum Maastrichter Vertrag präsent waren. Die Tory-Abgeordneten lehnten das Sozial- und auch das neue Beschäftigungskapitel gleichermaßen ab, da es ihrer Ansicht nach nur eine Belastung für britische Unternehmen darstellte. Dank der Major-Regierung habe Großbritannien sich durch die Freistellungsklausel vom Sozialkapitel den europäischen sozialpolitischen Vorgaben wenigstens halbwegs entziehen können und eine im europäischen Vergleich sehr gute wirtschaftliche Entwicklung, geringe Arbeitslosenquote und wichtige Wettbewerbsvorteile verzeichnen können. Diese Errungenschaften dürften nun nicht durch eine regulierungswütige Labour-Regierung und eine „europäische Blaupause für Unternehmen“, ein „Europäisches Sozialmodell“ zerstört werden.⁹⁹² Das Vereinigte Königreich als „globale Handelsnation“ verfolge das Ziel globalen Freihandels und dürfe sich daher nicht an einengende und wettbewerbsmindernde europäische Sozialvorgaben binden, unterstrich der Abgeordnete Crispin Blunt.⁹⁹³

⁹⁸⁹ Collins 1997: Official Report vom 12. November: 981. Vgl. Browning 1997: ebd.: 955/956, Howard 1997: ebd.: 928, Taylor 1997: Official Report vom 2. Dezember: 241 und Streeter 1997: Official Report vom 3. Dezember: 443 und 451.

⁹⁹⁰ Prior 1997: Official Report vom 2. Dezember: 202. Vgl. ebenso Swayne 1997: ebd.: 205-208, Lewis 1997: ebd.: 208/09 und Gill 1997: Official Report vom 27. November: 1171.

⁹⁹¹ Gill 1998: Official Report vom 19. Januar: 779.

⁹⁹² Brady 1997: Official Report vom 3. Dezember: 408 und Streeter 1997: Official Report vom 12. November: 995. Vgl. auch Howard 1997: Official Report vom 12. November: 925/926, ders. 1997: Official Report vom 2. Dezember: 248-251, Robertson 1997: ebd.: 252/253, Cash 1997: Official Report vom 3. Dezember: 420/421, Collins 1997: Official Report vom 12. November: 979/980 sowie Portillo 1997: 15.

⁹⁹³ Blunt 1997: Official Report vom 3. Dezember: 427. Vgl. auch Letwin 1997: ebd.: 416 und Walter 1997: ebd.: 403/404.

Ein weiterer zentraler konservativer Kritikpunkt während der Ratifizierungsdebatte blieb die im Amsterdamer Vertrag vorgesehene Erweiterung der Zuständigkeiten des Europäischen Gerichtshofes auf einzelne Bereiche der dritten intergouvernemental ausgerichteten Säule. Weite Teile der konservativen Parlamentsfraktion standen dem EuGH ohnehin seit Jahren skeptisch gegenüber, da sie ihn als einen politisch motivierten Gerichtshof ansahen, der „lediglich damit beschäftigt (ist), die Macht der Europäischen Union zu vergrößern.“⁹⁹⁴ Entsprechend unterstrich Michael Howard mit Blick auf den Amsterdamer Vertrag:

*„It is (...) important that the European Court of Justice remains within the remit given it by member states. That much is, or ought to be, common ground to left and right, federalists and non-federalists. There is concern across the EU that the European Court of Justice has taken to exceeding its competence and to adopting its own political agenda. Several judgements (...) have gone beyond what is provided for in the text of the treaties.“*⁹⁹⁵

Die konservative Opposition knüpfte hier nahtlos an die vorherige Major-Regierung an, die sich Mitte 1996 strikt geweigert hatte, den EuGH als letzte Instanz für die Auslegung der Europol-Konvention anzuerkennen. Während der Amsterdam-Debatte im britischen Unterhaus lehnte die konservative Opposition nun analog dazu jegliche Zuständigkeitserweiterung in den empfindlichen Politikbereichen der dritten Säule, wie etwa der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit oder der Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik grundsätzlich ab. Das *Opt-out* der Labour-Regierung in diesem Bereich reichte ihnen bei weitem nicht aus.

Dem intergouvernementalen Prinzip und der Säulenstruktur der EU blieben die Redner der parlamentarischen CP während der gesamten Ratifizierungsdebatte eng verbunden. Sie reagierten daher skeptisch und besorgt auf die Veränderungen in der GASP, vor allem auf die – wenn auch limitierte – Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen bei den Instrumenten der „gemeinsamen Aktion“ und des „gemeinsamen Standpunktes“ sowie die Flexibilisierung der GASP durch die im Amsterdamer Vertrag vorgesehene „konstruktive Enthaltung“. Die Konservativen sahen in dieser Verfeinerung der GASP-Instrumentarien eine schleichende Europäisierung der Außenpolitik, die ihrer Ansicht nach allein in die Kompetenz der Nationalstaaten fiel. Der Abgeordnete Tim Collins sprach daher davon, dass „wir nicht

⁹⁹⁴ Taylor 1997: Official Report vom 12. November: 970. Vgl. auch Cash 1997: Official Report vom 27. November: 1149 und Spicer 1997: Official Report vom 17. Dezember: 421/422.

⁹⁹⁵ Howard 1997: Official Report vom 27. November: 1132. Vgl. Swayne 1997: Official Report vom 2. Dezember: 204 und Letwin 1998: Official Report vom 19. Januar: 780.

einmal in eingeschränktem Maße akzeptieren (sollten), dass die Außenpolitik einer Nation von anderen Nationen diktiert werden kann.“⁹⁹⁶

Diejenigen Neuerungen im GASP-Bereich, die sich auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik bezogen, veranlassten die konservative Opposition vor allem dazu, die von ihnen traditionell unterstützte Vormachtstellung der NATO in der europäischen Verteidigung zu betonen, eine Entwicklung hin zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik und insbesondere eine graduelle Integration der WEU in die Strukturen der EU abzulehnen.⁹⁹⁷ Einstimmig begrüßt wurde hingegen die Freistellungsklausel im Bereich der Grenzkontrollen, für welche die Konservativen jedoch für sich das Lob beanspruchten, da sie noch unter der alten Major-Regierung ausgehandelt worden war.⁹⁹⁸ Die in Amsterdam erfolgte Vergemeinschaftung weiter Teile des Schengen-Besitzstandes lehnten die meisten Tory-Abgeordneten hingegen entschieden ab.

Mit Blick auf die in Amsterdam angestrebte Verbesserung der strikten Beibehaltung des Subsidiaritätsprinzips zeigte sich während der Ratifizierungsdebatte im Unterhaus, dass sich hier nun ganz offenkundig die Kritiker des Subsidiaritätsprinzips innerhalb der konservativen Parlamentsfraktion durchgesetzt hatten. Die Major-Regierung hatte das Subsidiaritätsprinzip immer unterstützt, da es als eine Sicherung gegen eine zu starke Zentralisierung der EU galt. Die Kritiker sahen das im Maastrichter Vertrag erstmals eingeführte Subsidiaritätsprinzip hingegen als ein Feigenblatt an, das nicht zu einer nennenswerten Dezentralisierung von Entscheidungen, sondern im Gegenteil zu einer stärkeren europäischen Reglementierung führte.⁹⁹⁹

In der Gesamtbewertung des Amsterdamer Vertrages stimmten zwar bei weitem nicht alle Tory-Abgeordneten mit der radikalen Haltung Sir Teddy Taylors überein, der davon sprach, dass Großbritannien künftig zu allen Verträgen von vornherein ‚Nein‘ sagen müsse, um weitere Integrationsschritte zu verhindern. Die meisten Parlamentarier vertraten aber sehr wohl die Ansicht ihres Schatten-Staatsministers für Europa, Gary Streeter, dass der Vertrag unannehmbar sei, weil die Labour-Regierung

⁹⁹⁶ Collins 1997: Official Report vom 12. November: 981. Vgl. Browning 1997: ebd.: 954 und Howard 1997: Official Report vom 27. November: 1137/1138.

⁹⁹⁷ Vgl. Blunt 1997: Official Report vom 27. November: 1172/1173 und Streeter 1997: Official Report vom 3. Dezember: 447.

⁹⁹⁸ Vgl. Howard 1997: Official Report vom 12. November: 922 und Collins 1997: ebd.: 978.

⁹⁹⁹ Vgl. Spicer 1997: Official Report vom 17. Dezember: 420-422, Letwin 1998: Official Report vom 19. Januar: 780 und Body 1997: Official Report vom 17. Dezember: 960/961.

während der Verhandlungen in Amsterdam zu viel preis gegeben habe, ohne dafür von den anderen Mitgliedsstaaten Entsprechendes zurückzubekommen.¹⁰⁰⁰

5.1.4.2 Die Argumentation der konservativen Pro-Europäer

Im Gegensatz zur Oppositionsführung betrachteten die seit der Unterhauswahl im Mai 1997 stark marginalisierten Pro-Europäer innerhalb der konservativen Parlamentsfraktion den Amsterdamer Vertrag, den sie für ein eher enttäuschendes und moderates Vertragswerk hielten, nüchtern und pragmatisch. Mehrheitlich begrüßten sie diejenigen Neuerungen, die eine einfachere und effizientere Entscheidungsfindung und Handlungsfähigkeit der wachsenden EU sicherten, z. B. die Flexibilitätsklausel und die durch sie ermöglichte verstärkte Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten in einzelnen Politikbereichen, die Ausweitung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit und die Aufwertung des EP. Die harsche Kritik der Oppositionsführung an der Suspensionsklausel oder am EuGH wollten sie im Unterhaus nicht unkommentiert stehen lassen. Sowohl Kenneth Clarke als auch Sir Ray Whitney und David Curry hielten die Kritik ihrer Oppositionsführung in diesen Bereichen für ideologisch motiviert und überzogen, auch wenn Clarke insgesamt beschwichtigend von „quite a lot of common ground“ in der Europapolitik der konservativen Parlamentsfraktion sprach.¹⁰⁰¹ Eine Bedrohung des Nationalstaates durch die fortschreitende Europäische Integration sahen die Pro-Europäer im Gegensatz zur Oppositionsführung ebenfalls als nicht gegeben an, da, so Clarke, das Ziel eines europäischen Bundesstaates schon lange nicht mehr auf der Tagesordnung stehe:

„The process of ever closer union will continue, but it is a mistake to think that that means a united states of Europe, or that it is a threat to the power of the nation state. A united states of Europe is no longer contemplated by any of the members of the EU.“¹⁰⁰²

Gleichzeitig machte die kleine Gruppe der pro-europäischen Föderalisten und Konföderalisten während der Unterhausdebatte aber energisch deutlich, dass ihnen die Errungenschaften des Vertrages nicht weit genug gingen.¹⁰⁰³ Ebenso wie Kenneth Clarke zeigte sich David Curry enttäuscht darüber, dass die IGR ihre entscheidende Aufgabe, die EU fit für zukünftige Erweiterungen zu machen, nicht bzw. nur unzu-

¹⁰⁰⁰ Vgl. Taylor 1997: Official Report vom 12. November: 969 und Streeter 1997: ebd.: 996.

¹⁰⁰¹ Clarke 1997: Official Report vom 2. Dezember: 199. Vgl. Whitney 1997: ebd.: 238-240 und Curry 1997: Official Report vom 12. November: 945-947.

¹⁰⁰² Clarke 1997: Official Report vom 2. Dezember: 200.

¹⁰⁰³ Vgl. Taylor 1997: Official Report vom 12. November: 918.

länglich gemeistert habe.¹⁰⁰⁴ Aus diesem Grund und auch weil sie das Sozial- und Beschäftigungskapitel aus den oben erwähnten Gründen ebenso energisch wie ihre euro-skeptischen Fraktionskollegen ablehnten, stimmten daher auch die Pro-Europäer – mit nur sehr wenigen Ausnahmen – gegen das Vertragswerk. Die Konservativen traten somit in der Opposition erstmals wieder europapolitisch geschlossen auf, auch wenn die Argumente für das jeweilige Abstimmungsverhalten dabei völlig unterschiedlicher Natur waren.¹⁰⁰⁵

5.1.5 Die innerparteiliche Ebene: Die Marginalisierung der Pro-Europäer

Während der Zeit der Major-Regierung zeichnete sich in der konservativen Parlamentsfraktion eine zunehmende Spaltung und Ideologisierung in der Europapolitik ab. Die parlamentarische CP wurde maßgeblich von den zahlreichen europapolitischen Subgruppen und ihren Forderungen dominiert. Die Mitgliedschaft in diesen Gruppen wies teilweise große Überlappungen auf, der Organisationsgrad der Faktionen war hingegen extrem unterschiedlich. Gleiches galt auch für das programmatische Spektrum der europapolitischen Gruppen, das von überzeugten europäischen Föderalisten bis hin zu gestandenen Anti-Europäern, die einen Austritt aus der EU forderten, reichte.¹⁰⁰⁶ Die Euro-Skeptiker der CP waren in den neunziger Jahren der Major-Regierung in folgenden Gruppierungen/Faktionen organisiert, die allesamt der Thatcheristischen Programmatik eng verhaftet blieben und nach dem Austritt Großbritanniens aus dem Europäischen Wechselkursmechanismus und während der Verhandlungen des Maastrichter Vertragswerkes im britischen Unterhaus einen enormen Aufschwung erlebten:

¹⁰⁰⁴ Vgl. Clarke 1997: Official Report vom 2. Dezember: 193/194 und Curry 1997: Official Report vom 12. November: 946.

¹⁰⁰⁵ Vgl. zur Ablehnung des Sozial- und Beschäftigungskapitels z.B. Curry 1997: Official Report vom 12. November: 946, Taylor 1997: ebd.: 940/941 und Clarke 1997: Official Report vom 2. Dezember: 193/194.

¹⁰⁰⁶ Siehe zur Zuordnung und Charakterisierung der einzelnen Subgruppen der CP vor allem Sowerby 1996: 77-96, Schwarz 1997: 44, Shipley 1995: 86/87 und Turner 2000: 19-31.

Abb. 8: Euro-skeptische und anti-europäische Gruppen in der parlamentarischen CP

1. Conservative Way Forward und No Turning Back

Die nach Margaret Thatchers Rücktritt von Cecil Parkinson und Norman Tebbit gegründete Parlamentariergruppe **Conservative Way Forward** verschrieb sich der Bewahrung des programmatischen Thatchererbes in der CP und der Bewahrung der nationalen und parlamentarischen Souveränität sowie der britischen Verfassung. Gleiches galt für die ebenfalls 1990 gegründete Gruppe **No Turning Back**, deren Ziel es war, ein Wiedererstarken der linken *One Nation*-Politiker innerhalb der CP und eine weitere europäische Integration zu verhindern. Die Gruppe kombinierte die Thatcherschen wirtschaftspolitischen Werte des Freihandels mit traditionellen konservativen Werten des rechten Parteiflügels, insbesondere zur Rolle des Nationalstaates. Mitglieder der Gruppe waren unter anderem John Redwood, Michael Portillo und Iain Duncan-Smith.

2. Die 92-Gruppe

Ebenfalls der Thatcher-Programmatik zutiefst verpflichtet war die **92 Group** um Sir Michael Spicer, die mit rund 40 Abgeordneten für die Renationalisierung der Agrarpolitik und gegen die Vergemeinschaftung von GASP, ZIJP und Währung kämpfte. Michael Spicer war während der Maastricht-Ratifizierung zu einem der bekanntesten Euro-Skeptiker avanciert und hatte seine Vorbehalte gegen den Maastrichter Vertrag in einem Buch veröffentlicht.¹⁰⁰⁷

3. Die Fresh Start-Gruppe

Entschlossen, den Maastrichter Vertrag neu zu verhandeln und keine weiteren europäischen Integrationsschritte mehr zuzulassen war die am rechten Rand der konservativen Parlamentsfraktion anzusiedelnde **Fresh Start-Gruppe**, der auch solche Mitglieder wie der ehemalige Schatzkanzler Norman Lamont angehörten, die einen Austritt aus der EU forderten. Die Fresh Start-Gruppe war mit einem festen Mitgliederstamm von rund 60-90 Tory-Abgeordneten die größte und einflussreichste Subgruppe im euro-skeptischen/anti-europäischen Lager. Sie galt als weitaus dogmatischer in ihrer Europapolitik als die oben genannten euro-skeptischen Gruppen und besaß hervorragende finanzielle Ressourcen.¹⁰⁰⁸ Sie drängte Premierminister Major nach seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden 1995, die IGR zur Revision des Maastrichter Vertrages durch ein dezidiert euro-skeptisches Programm scheitern zu lassen.¹⁰⁰⁹ Gleichzeitig galt sie als „key supporter“ für die Wahl William Hagues zum Parteiführer.¹⁰¹⁰ Die Fresh Start-Gruppe wies Vorwürfe, dass sie eine Partei in der Partei gegründet habe, immer weit von sich. Ihre Zentrale in der Great College Street war jedoch derart gut ausgestattet, dass zeitweise sogar Rufe nach einer Überprüfung der finanziellen Quellen der Gruppe laut wurden. Die Fresh Start-Gruppe hielt regelmäßige Treffen ab und versorgte ihre Hinterbänkler mit ausführlichem Informationsmaterial, damit diese ministeriellen Europainformationen direkt begegnen konnten.¹⁰¹¹

¹⁰⁰⁷ Vgl. Spicer 1992.

¹⁰⁰⁸ Vgl. Ludlam 1998: 32 und 55 sowie Forster 2002: 304.

¹⁰⁰⁹ Vgl. Schwarz 1997: 44 und The Times vom 26. Mai 1995.

¹⁰¹⁰ Vgl. Turner 2000: 29.

¹⁰¹¹ Alderman 1993: 510. Vgl. auch Baker/Gamble/Ludlam 1994: 509.

4. Die Brügge-Gruppe

Ausschließlich auf die weitere Entwicklung der konservativen Europapolitik ausgerichtet war auch die 1989 außerparlamentarisch gegründete **Brügge-Gruppe**. Zu ihren Anhängern gehörten sowohl bekannte konservative Wissenschaftler wie Martin Holmes als auch konservative Parlamentarier. Die Anhänger der Brügge-Gruppe folgten uneingeschränkt den europapolitischen Vorgaben der ehemaligen Premierministerin aus ihrer Brügge-Rede im Jahr 1988 und traten für eine fundamentale Neuverhandlung der britischen Mitgliedschaft in der EU, notfalls auch für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ein.

5. Die Euro-Rebellen

Am äußersten rechten Rand der CP und zeitweise sogar ohne *Party Whip*, da sie 1994 bei der Verabschiedung des EU-Haushalts gegen die Fraktionsdisziplin verstoßen hatten, standen die neun Euro-Rebellen unter Führung Sir Teddy Taylors und Sir Richard Bodys. Sie bestanden auf einer Kündigung des Maastrichter Vertrages und einer entschiedenen Repatriierung fast aller supranational organisierten Politikbereiche. Die Euro-Rebellen forderten u.a. den Rückzug des Vereinigten Königreichs aus der europäischen Agrar- und Fischereipolitik und eine grundsätzliche Ablehnung von GASP und Währungsunion. Das Europäische Parlament sollte in einen ständigen Ausschuss umgewandelt werden, in den die nationalen Parlamente Repräsentanten entsenden. Einen Austritt Großbritanniens aus der EU schlossen die Euro-Rebellen nicht aus.¹⁰¹²

© Monica Heitz 2005

Alle euro-skeptischen und euro-phoben Subgruppen der CP zeichneten sich während der Major-Regierung durch einen hohen Organisations- und Vernetzungsgrad aus, der ihnen einen wichtigen Vorteil gegenüber den pro-europäischen Subgruppen der Partei verschaffte.¹⁰¹³ Zudem profitierten die Euro-Skeptiker und Anti-Europäer von der starken Unterstützung ihres europapolitischen Kurses durch die britischen Medien und die CP-Basis in den Wahlkreisen.¹⁰¹⁴ Diejenigen Abgeordneten, die aufgrund ihrer europapolitischen Haltung tatsächlich konsequent gegen die Major-Regierung stimmten, waren dennoch deutlich in der Minderheit.¹⁰¹⁵ Ihr europapolitischer Kurs sprach, wie die Befragung von Baker/Gamble/Ludlam gezeigt hat, aber schon zu Majors Zeiten eine Mehrheit in der Parlamentsfraktion an. Die konservativen Euro-Skeptiker und Anti-Europäer konnten sich während der Major-Regierung auch zunehmend mit ihren europapolitischen Forderungen durchsetzen. Auf ihr

¹⁰¹² Vgl. Body et al. 1995: 4.

¹⁰¹³ Vgl. u.a. Forster 2002: 303-306.

¹⁰¹⁴ Vgl. Shipley 1995: 85, „Chor der Skeptiker“, in: Die Zeit vom 7. Februar 1997 und „Tory-Festung gegen Europa“, in: Frankfurter Rundschau vom 2. Mai 1996. Die Pro-Europäer der Konservativen griffen die Haltung der britischen Medien Mitte der neunziger Jahre verschärft an. Siehe dazu Sir Edward Heath in Applebaum 1995: 12 und Welsh/Witney 1996: 9.

¹⁰¹⁵ Vgl. Kaiser 1994: 390. Kaiser beziffert die Zahl der harten Euroskeptiker auf höchstens 40.

Drängen hin legte die Major-Regierung ein Positionspapier zur IGR vor, das u.a. institutionelle Reformen der EU komplett ablehnte. Allerdings konnten sich die Euro-Skeptiker und Anti-Europäer weder unter der Führung Majors noch der William Hague mit ihrer zentralen Forderung durchsetzen, eine Beteiligung Großbritanniens an der EWU für immer auszuschließen.

Die Pro-Europäer innerhalb der konservativen Parlamentsfraktion reagierten auf die Herausforderung der sich zunehmend professionalisierenden euro-skeptischen und anti-europäischen Subgruppen in den neunziger Jahren mit der Belebung ihrer eigenen Zirkel und der Gründung neuer Aktionsforen. Dabei war grundsätzlich eine enge Korrelation zwischen der dem linken Parteiflügel zuzuordnenden *One-Nation*-Programmatik und pro-europäischen Ideen festzustellen.¹⁰¹⁶ Die sich überwiegend oder ausschließlich mit europäischen Themen befassenden Subgruppen der Pro-Europäer in den neunziger Jahren waren:

Abb. 9: Pro-europäische Gruppen in der parlamentarischen CP

1. Conservative Group for Europe (und Macleod-Gruppe)

Die älteste pro-europäische Gruppe war die **Conservative Group for Europe (CFGE)**. Ihre Anhänger waren sowohl Föderalisten als auch Konföderalisten. Ziel der Gruppe war es, ein positiveres Bild der Europäischen Union in der britischen Bevölkerung zu schaffen, auf parlamentarischer Ebene einen konstruktiveren Europaansatz der britischen Regierung herbeizuführen und Großbritannien zu einem führenden Gestalter in der Europäischen Union zu machen. Eng mit der CFGE und ihren Zielen verbunden war die **Macleod-Gruppe**, die sich für eine *One-Nation*-Programmatik und eine konstruktive Europapolitik der CP einsetzte. 1996 verfasste die Macleod-Gruppe eine Reihe von Pamphleten, in denen sie sich offen gegen die Euro-Skeptiker und ihren Kurs wandte.¹⁰¹⁷

2. Die Tory Reform Group

Eine ebenfalls seit langem bestehende europapolitische Subgruppe innerhalb der parlamentarischen CP war die von Peter Walker gegründete **Tory Reform Group**. Ihre Anhänger, unter ihnen überwiegend Abgeordnete des EP sowie prominente pro-europäische Abgeordnete und Kabinettsmitglieder wie Michael Heseltine, Douglas Hurd oder Stephen Dorell, setzten sich für ein konstruktiveres Verhältnis zwischen Großbritannien und der Europäischen Union und eine Fortsetzung des Europäischen Integrationsprozesses ein.

¹⁰¹⁶ Vgl. Turner 2000: 26.

¹⁰¹⁷ Vgl. Dorey 1999: 222.

3. Die Positive Europe Group

Ebenfalls noch aus der Thatcher-Zeit stammte die **Positive Europe Group**, die 1989 nach der Europawahl gegründet worden war und rund 50 Mitglieder umfasste. Sie war eine überwiegend konföderalistische Vereinigung und unterhielt enge Kontakte zur überparteilichen Europäischen Bewegung, die in Großbritannien von dem Föderalisten Hugh Dykes geführt wurde.¹⁰¹⁸

4. Das Action Centre for Europe

Die wichtigste neue pro-europäische Gruppe der neunziger Jahre war das **Action Centre for Europe (ACE)** unter Michael Welsh. Es wurde 1994 quasi als Netzwerk für die pro-europäischen Gruppen gegründet, um diese in der parlamentarischen CP aus ihrer Defensivposition gegenüber den Skeptikern herauszuführen. Das ACE stellte neben der CFGE die bedeutendste Bewegung konservativer pro-europäischer Parlamentarier seit der Referendumskampagne 1975 dar. Initiatoren und Mitglieder dieser konföderalistischen Subgruppe waren unter anderem der frühere Bank of England-Chef Lord Kingsdown, Lord Geoffrey Howe, Sir Leon Brittan und Schatzkanzler Kenneth Clarke. Die Gruppe setzte sich für Großbritanniens Teilnahme an der EWU ein und lehnte gleichzeitig föderalistische Entwicklungen sowie die traditionelle Dichotomie zur Finalität der EU – Europäischer Bundesstaat – Europäischer Staatenbund – ab.¹⁰¹⁹ Sie wurde unter anderem vom CBI und weiten Teilen der Londoner City unterstützt.

5. Conservative Mainstream

1996 reagierte das Kabinettsmitglied David Hunt auf die zunehmende Euroskepsis von Regierung und Parteiführung mit der Gründung des **Conservative Mainstream**, das er als weiteres Netzwerk der pro-europäischen Gruppen und als programmatische Rückkehr zur konservativen Mitte verstand.¹⁰²⁰

© Monica Heitz 2005

Wie Applebaum treffend analysiert, agierten die Pro-Europäer der CP trotz zunehmender Professionalisierung und Organisation während der Zeit der konservativen Major-Regierung fast ausschließlich auf parlamentarischer Ebene, während sie das Feld der Medien und der Basis zu sehr den Euro-Skeptikern überließen, die es im Umgang mit der eurokritischen Murdoch-Presse allerdings auch leichter hatten.¹⁰²¹ Einzelne pro-europäische Parlamentarier wie Alan Howarth, Peter Thurnham und Emma Nicholson verließen aus Protest gegen Majors europapolitischen Kurs die Partei. Andere Parlamentarier wie der europäische Föderalist Hugh Dykes riefen

¹⁰¹⁸ Vgl. Applebaum 1995: 12.

¹⁰¹⁹ Vgl. The Independent vom 20. Oktober 1994, Sowemimo 1996: 80, Stephens 1997: 323 und Ludlam 1998: 32/33.

¹⁰²⁰ Vgl. Seldon 1997: 650, Dorey 1999: 222 und The Times vom 27. Mai 1996.

¹⁰²¹ Vgl. Applebaum 1995: 12/13 und Wallace, H. 1997: 678/679. Vgl. zur britischen Presse auch Ludlam 1998: 36.

John Major dazu auf, parteiübergreifende Allianzen mit New Labour und den Liberaldemokraten zu schließen, um etwa in der Frage eines EWU-Beitritts eine parlamentarische Mehrheit an den konservativen Euro-Skeptikern und Anti-Europäern vorbei zu organisieren.¹⁰²² In weiten Teilen scheuten sich die Pro-Europäer jedoch, ihre Überzeugungen klar auszusprechen, was vor allem für ihre Haltung zur EWU galt. Hier überließen sie meist prominenten Vertretern aus der Wirtschaft oder den konservativen Europaabgeordneten das Feld. Erst im Rahmen der IGC 1996 und im Wahlkampf 1997 zeigten die Pro-Europäer eine starke Medienpräsenz und ein beherztes Eingreifen, als die Euro-Skeptiker den Wahlkampf zu sehr an ihre eigenen europapolitischen Vorstellungen banden. Dies galt vor allem für Schatzkanzler Kenneth Clarke, den profiliertesten und wichtigsten Pro-Europäer in Majors Kabinett, aber auch für Douglas Hurd, der nach seinem Rückzug aus dem Kabinett als parlamentarischer Hinterbänkler vehement seine pro-europäische Überzeugung vertrat.¹⁰²³ Auch wenn die Pro-Europäer nach der Maastricht-Debatte stärker für eine konstruktive Europapolitik einstanden, darf doch die Entwicklung nicht übersehen werden, dass Mitte der neunziger Jahre bereits zwei von drei Abgeordneten der Konservativen Partei, einstmals charakterisiert als *Party of Europe*, eigenem Bekunden nach im euro-skeptischen Lager standen.¹⁰²⁴ Majors zunehmend euro-skeptische Züge tragender europapolitischer Kurs reflektierte somit ausdrücklich eine Mehrheitsmeinung in der parlamentarischen CP.¹⁰²⁵ Zudem sank angesichts der ideologisch aufgeheizten Europapolitik in der CP auch zunehmend die Loyalität gegenüber dem Parteiführer, was beispielsweise der wegen der EWU-Debatte erfolgte Rücktritt des Ministers David Heathcoat-Amery und sein freiwilliger Rückzug auf die Hinterbänke belegen. Die Subgruppen und die wachsende *Think-Tank*-Bewegung im Umfeld der konservativen Partei in den 1990er Jahren zeigt deutlich die wachsende Entschlossenheit der konservativen Parlamentarier, unabhängiger von der Partei zu agieren und ausreichende Informationen zur Europapolitik zu erhalten, um mit den Ministern auf gleicher Augenhöhe zu diskutieren.¹⁰²⁶

¹⁰²² Vgl. Dorey 1999: 222. Auch Hugh Dykes verließ später die CP und schloss sich den Liberaldemokraten an.

¹⁰²³ Die Einschätzung zu Kenneth Clarke stammt u.a. vom ehemaligen britischen EU-Kommissar, Sir Leon Brittan. Vgl. Stephens 1997: 342. Vgl. zu Douglas Hurds Stellungnahmen im Unterhaus vor allem Stephens 1997: 350/351. Vgl. zu den Pro-Europäern im Wahlkampf „Die Meute führt noch munter Wahlkampf“, in: Frankfurter Rundschau vom 29. April 1997 und „Prominente Tories fordern positives Verhältnis zur EU“, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. September 1996.

¹⁰²⁴ Vgl. Schwarz 1997: 44 und Sowemimo 1996: 83-85.

¹⁰²⁵ Vgl. Ludlam 1998: 52 und 55 und Wincott/Buller/Hay 1999: 107.

¹⁰²⁶ Vgl. Forster 2002: 304.

Die Euro-Skeptiker stellten allerdings eine ideologisch heterogene Gruppe dar. Ihre politischen, konstitutionellen und wirtschaftspolitischen Motive für die zunehmende Ablehnung des europäischen Integrationsprozesses reichten von einer Vision angelsächsischer Unabhängigkeit und der Furcht einer weiteren Erosion der nationalen und parlamentarischen Souveränität über die Vision einer Europäischen Freihandelszone bis hin zu einem grundsätzlichen Bekenntnis zur EU bei gleichzeitigen Bedenken gegenüber einzelnen ausgewählten Politikfeldern (z.B. Währungsunion oder Sozialpolitik).¹⁰²⁷ Auch die Pro-Europäer vertraten unterschiedliche europapolitische Ansätze, die sowohl konföderale als auch föderale Organisationsformen für die EU enthielten. Sie alle warben aber einheitlich für eine konstruktivere und pragmatischere Europapolitik der CP, damit Großbritannien eine stärker gestaltende Rolle in der EU übernehmen konnte. Die Pro-Europäer konnten Majors stärker euro-skeptisch geprägten Kurs nicht aufhalten; es gelang ihnen aber zumindest, die britische Option für einen möglichen Beitritt zur EWU bis zur Wahl 1997 offen zu halten.

William Hague übernahm im Sommer 1997 schließlich eine parlamentarische CP, die aufgrund der Unterhauswahl deutlich verkleinert und zudem noch euro-skeptischer geworden war. Hague festigte diesen Kurs als offizielle Parteilinie und marginalisierte die Pro-Europäer. Bereits ein gutes halbes Jahr nach seiner Wahl gehörte kein pro-europäisches Mitglied seinem Schattenkabinett mehr an. Anlass war die Kabinettsentscheidung im Herbst 1997, einen Beitritt Großbritanniens für die Dauer von mindestens zwei Parlamenten (rund zehn Jahre) auszuschließen, die in Abwesenheit der pro-europäischen Mitglieder Ian Taylor, David Curry und Stephen Dorell getroffen wurde. Eine nicht unbedeutende Rolle dürfte aber auch Hagues öffentliche Entschuldigung auf der Parteikonferenz 1997 für den Beitritt des britischen Pfundes in den Europäischen Wechselkursmechanismus 1990 und den *Black Wednesday* gespielt haben.¹⁰²⁸ Ian Taylor kritisierte in seinem Rücktrittsschreiben, dass sich die Politik zur Europäischen Währungsunion in der Oppositionszeit deutlich verhärtet habe. Zugleich fügte er hinzu: „Ich bin nicht der einzige in der parlamentarischen Partei, der grundsätzlich für die Europäische Währungsunion ist; ebensowenig bin ich der einzige Kollege, der davon überzeugt ist, dass die konstitutionellen Fragen keine unüberwindbare Hürde für unseren Beitritt darstellen.“¹⁰²⁹ Taylor rief dazu auf, die britische Wirtschaft intensiver auf die EWU vorzubereiten und endlich

¹⁰²⁷ Vgl. Dunleavy 1993: 132, Spicer 1992: 201-203 und Sowemimo 1996: 83-85 und 91.

¹⁰²⁸ Vgl. Turner 2000: 248/249, Nadler 238/239 Holmes 1998: 136 und Holmes 2000: 8/9.

¹⁰²⁹ Taylor, I. 1997: 1.

eine offene nationale Debatte über Großbritanniens Beitritt zur EWU zu führen. Da er seine Argumente zur EWU ins Unterhaus einbringen wolle, kehre er freiwillig auf die Hinterbänke zurück.¹⁰³⁰ David Curry mahnte in seinem Rücktrittsschreiben an Hague, dass die Konservative Partei „für den größeren Teil meines politischen Lebens eine Partei des konstruktiven Engagements in Europa war“. Es sei eine Tragödie, wenn sich diese Position nun umkehren sollte.¹⁰³¹ Der ehemalige konservative EU-Kommissar Sir Leon Brittan machte deutlich, dass viele konservative Pro-Europäer im Falle einer offenen EWU-Kampagne in Großbritannien eine überparteiliche Allianz eingehen und für den Beitritt des Vereinten Königreichs eintreten würden.¹⁰³² Gerade die EWU-Debatte demonstrierte somit, dass Hague in der Opposition zwar eine europapolitisch homogenere, aber keineswegs befriedete Parlamentsfraktion führte.

¹⁰³⁰ Ebd. Vgl. auch Taylor, I. 1997: Official Report vom 2. Dezember: 214-216.

¹⁰³¹ David Curry, in: The Observer vom 2. November 1997.

¹⁰³² Vgl. Turner 2000: 249.

5.2 “A Constructive Engagement in Europe”:

Die Rolle der Europapolitik in Tony Blairs New Labour Party

5.2.1 *A Landslide for a united Party: Die Rolle der Europapolitik in der Labour Partei von der Wahl Tony Blairs bis zum Wahlsieg 1997*

5.2.1.1 *Wechsel in der Führung der Labour Partei von Smith zu Blair*

Im Juli 1994 wurde Tony Blair, ein junger und ambitionierter Labour-Abgeordneter, der sich in der Tradition Kinnocks und Smiths für die weitere Modernisierung seiner Partei einsetzte, neuer Vorsitzender der Labour Partei. Erstmals in der langen Geschichte der Partei wurde im Zuge der unter Smith eingeleiteten strukturellen Reformen ein Parteiführer nicht mehr nach Blockstimmen, sondern nach dem *One member, one vote* – Prinzip gewählt. Blairs überzeugender Sieg galt daher als ein Sieg der Modernisierer innerhalb der Partei.¹⁰³³

Nach dem plötzlichen Herztod seines Vorgängers John Smith erbte Blair eine Partei, die sich in der vergangenen Dekade von einer Politik des Austritts aus der Europäischen Gemeinschaft hin zu einer nahezu geschlossen pro-europäischen Partei gewandelt hatte. Labours Transformation war dabei von der zentralen Einschätzung getragen worden, dass gerade die EG/EU als Instrument und Arena zur Umsetzung der politischen Ziele Labours stärker und konstruktiver genutzt werden konnte und musste. Wie fest diese Politik bereits in der Partei verankert war, zeigte sich kurz nach der gewonnenen Europawahl 1994 nicht zuletzt daran, dass im Gegensatz zur Wahl John Smiths nur zwei Jahre zuvor, diesmal kein euro-skeptischer Kandidat mehr zur Wahl des Parteiführers antrat.¹⁰³⁴ Die Labour-Mitglieder hatten 1994 die Wahl zwischen Tony Blair, Margaret Beckett und John Prescott, da Schattenschatzkanzler Gordon Brown zugunsten Blairs auf eine Kandidatur verzichtet hatte. Blair und Beckett hatten als junge Abgeordnete beide den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Gemeinschaft befürwortet, dann aber im Zuge der *Policy Review* den Wandel zu einer pro-europäischen Politik uneingeschränkt mitgetragen.¹⁰³⁵ Auch Prescott, der zum Gewerkschaftsflügel der Partei gehörte, galt zumindest als vorsichtiger Pro-Europäer.

Auf seiner ersten Parteikonferenz als Vorsitzender der Labour Party mahnte Blair seine Partei 1994 „mehr Mut für Europa“ zu zeigen, denn Großbritannien müsse sich

¹⁰³³ Vgl. Driver/Martell 1998: 12.

¹⁰³⁴ Vgl. George/Haythorne 1996: 119.

¹⁰³⁵ Vgl. Broad 2001: 192.

aktiver in die Gemeinschaft einbringen und Allianzen bilden. Ganz in der Tradition seiner Vorgänger und dem Manifest zur Europawahl 1994 verpflichtet, stellte der Parteiführer in seiner Rede besonders die europäische Sozialpolitik heraus, indem er nachdrücklich für die britische Unterzeichnung des Sozialprotokolls und für die EU-weite Einführung von Mindestlöhnen warb. In Anlehnung an den thematischen Schwerpunkt der Vorjahreskonferenz seiner Partei hob Blair auch erneut auf eine gemeinsame europäische Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit innerhalb der Europäischen Union ab.¹⁰³⁶ Europa müsse, betonte Blair übereinstimmend mit der Fraktionsvorsitzenden der EPLP, Pauline Green, endlich zu einer EU der Bürger und für die Bürger werden, deren praktischer Nutzen sich jedem Einzelnen sofort erschließe.¹⁰³⁷ In einer Rede im *Chatham House* des *Royal Institute of International Affairs* unterstrich Blair – ähnlich wie Major in seiner Frühphase als Premierminister – seine Bereitschaft, Großbritannien zurück ins Zentrum der Europäischen Union zu führen: „(...) (T)he drift towards isolation in Europe must stop and be replaced by a policy of constructive engagement“.¹⁰³⁸ Die Politik des konstruktiven Engagements in Europa wurde zum geflügelten Wort des Labour-Oppositionsführers.

Schien sich somit nach dem Wechsel von Smith zu Blair zunächst eine programmatische und auch eine personelle Kontinuität abzuzeichnen, so machte der neue Parteiführer doch sehr schnell deutlich, dass die inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung seiner Partei für ihn keineswegs beendet war.¹⁰³⁹ Im Gegensatz zu Smith, der die Aufgabe der Opposition eher darin gesehen hatte, auf die inneren Zersetzungskräfte der konservativen Major-Regierung zu bauen statt das Risiko einzugehen, die Wähler durch weitere einschneidende Änderungen in der Labour-Programmatik zu verschrecken, war Blair nicht so stark in der Labour-Tradition verankert. „Ich wurde nicht in diese Partei hineingeboren. Ich habe sie ausgewählt“, lautete ein Kernsatz des neuen Parteiführers, der im Gegensatz zu seinen beiden Mitbewerbern um das Amt als ein Mann „ohne ideologische Habseligkeiten“ galt.¹⁰⁴⁰

Blair nutzte die seit Kinnock und Smith enorm gestärkte Rolle des Parteiführers daher rasch dazu, die Modernisierung seiner Partei weiter gezielt voranzutreiben. Mit

¹⁰³⁶ Vgl. Blair, in: LP 1994a: 104 sowie Antrag zur europaweiten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Composite 50), in: LP 1993b: 31 und LP 1994: 6-8.

¹⁰³⁷ Vgl. Blair, in LP 1994a: 98 und 104 und Green, in LP 1994a: 154. Vgl. zur Sozialpolitik als “major selling point” Weinmann 1999: 93/94.

¹⁰³⁸ Blair 1995: “Britain in Europe”. Rede im Royal Institute of International Affairs vom 5. April 2005, zitiert aus Young, H. 1998: 485.

¹⁰³⁹ Vgl. Holden 2002: 189.

¹⁰⁴⁰ Rentoul 1995: 425 und Holden 2002: 125 (jeweils Übersetzung der Verfasserin). Vgl. auch Pateron/Henson 1995: 28 und Applebaum 1997: 49.

Peter Mandelson wurde nach dem Sieg Blairs im Juli 1994 eine der Schlüsselfiguren für den programmatischen und strukturellen Wandel der Partei zurück in den Führungszirkel der Labour Party geholt. Mandelson, unter Kinnock Kommunikationsdirektor der Partei, sollte dafür sorgen, dass Labours Potenzial für ein effizientes Kommunikations- und Kampagnenmanagement mit Hilfe professioneller Techniken der Werbung, Vermarktung und Medienarbeit noch besser ausgeschöpft werde.¹⁰⁴¹ Darüber hinaus reaktivierte Blair auch Philip Gould, der ebenso wie Mandelson an führender Stelle für Neil Kinnock gearbeitet und zudem den Kampagnenbegriff „New Labour“ geprägt hatte.¹⁰⁴² Diesen Begriff machte Blair sich nun zu eigen. New Labour sei bereits 1983 geboren worden, betonte Blair mit Blick auf den programmatischen Wandel und die veränderte Mitgliederstruktur seiner Partei, die nun zu über 50 Prozent in der Mittelschicht verankert und auf „cross-class alliances“ der britischen Wähler angewiesen war, um die Regierungsmacht zu erlangen.¹⁰⁴³ Blair wollte die sich wandelnde Labour Party deshalb noch stärker in der Mitte der Gesellschaft platzieren und sie dem Wähler mit Blick auf die spätestens 1997 anstehende Unterhaus-Wahl als moderne, regierungsfähige Alternative zu den Konservativen empfehlen.

Symbolträchtigster Akt für diese zunehmende Verankerung Labours in der Mitte der konservativen britischen Gesellschaft war der von Blair initiierte Ersatz der sozialistischen Verstaatlichungsklausel in der Labour-Satzung durch die so genannte neue *Clause IV* auf einem Sonderparteitag im Frühjahr 1995. Hier präsentierte Blair seine Vision einer sozialen britischen Gesellschaft und eines „Dritten Weges“ zwischen Sozialismus und Thatcherismus.¹⁰⁴⁴ Die neue *Clause IV*, so Blair, schaffe alte Labour-Werte keineswegs komplett ab, aber sie biete Antworten für die moderne Bürgergesellschaft des 21. Jahrhunderts. Mit der Abänderung der *Clause IV* und der weiteren Eindämmung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Labour Party zeichnete Blair seiner Partei den von ihm angedachten Weg deutlich vor. Dieser sollte die Labour Party über den post-keynesianistischen sozialdemokratischen Revisionismus, den Kinnock eingeleitet und Smith konsolidiert hatte, hinausführen. Nicht mehr der intervenierende Staat, der John Smith vorgeschwebt hatte, sondern ein aktiver und

¹⁰⁴¹ Vgl. Driver/Martell 1998: 13.

¹⁰⁴² Vgl. Holden 2002: 122/123.

¹⁰⁴³ Fielding 2000: 19. Vgl. Holden 2002: 124 und Blair, in: Financial Times vom 22. Mai 1995.

¹⁰⁴⁴ Blair, in: LP 1995: Special Conference – Clause IV: 290. Vgl. Schwarz 1997: 67 und Driver/Martell 1998: 7/8. Blair suchte zudem die Aussöhnung mit den Mitgliedern der 1981 von enttäuschten Labour-Parlamentariern gegründeten SDP, die nun mehrheitlich der LDP angehörten. Einige frühere SDPLer wie Roger Liddle und Derek Scott kehrten zur Labour Party zurück.

ermöglichender Staat stand im Zentrum der pragmatischen Überlegungen Blairs.¹⁰⁴⁵ Dazu begab sich der neue Parteiführer durchaus auch auf konservatives Terrain: *Law and order*, wettbewerbsorientierte, freihändlerische und dynamische Wirtschaftspolitik, sozialkonservative Wohlfahrtspolitik, Patriotismus, eine konstruktive, auf Einfluss und Interessendurchsetzung abzielende Europapolitik, Investitionen in Erziehung und Ausbildung – viele dieser zentralen Programmpunkte New Labours, vor allem die Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik, waren klassische „konservative Patente“.¹⁰⁴⁶

Trotz vereinzelter vehementer Gegenstimmen zur überarbeiteten *Clause IV* und einer hinter vorgehaltener Hand geäußerten Kritik an Blairs autokratischem Führungsstil stimmten knapp zwei Drittel der Delegierten auf dem Sonderparteitag für den veränderten Kurs Blairs. Die Durchsetzung der neuen *Clause IV* galt als ein großer Sieg Blairs, der ihn im Amt des Parteiführers deutlich stärkte, sie war aber auch gleichbedeutend mit einer weiteren Schwächung der Parteilinken in der Labour Party, die schon unter Kinnock begonnen hatte.

Wie aber wirkte sich die unter Blair forcierte weitere programmatische Entwicklung der Labour Party auf die Europapolitik der Partei aus?

5.2.1.2 *Labours Europapolitik zwischen programmatischer Überzeugung und zunehmendem euro-skeptischen Meinungsklima in Großbritannien*

Das programmatische Erbe John Smiths

Angesichts des programmatischen Modernisierungsprozesses der Labour Party seit Mitte der achtziger Jahre, in dem die Europapolitik als „Agent des Wandels“¹⁰⁴⁷ einen zentralen Platz eingenommen hatte, und der ambivalenten Haltung der Konservativen Partei zum Europäischen Integrationsprozess hätte der neue Parteiführer Tony Blair Mitte der neunziger Jahre durchaus die Möglichkeit wählen können, seine Partei offensiv und unverbrüchlich mit dem programmatischen Etikett der *Party of Europe* zu versehen. Diese Überlegung zur Profilbildung greift jedoch zu kurz, denn schon in seiner frühen Phase als Parteiführer musste Blair eine schwierige Balance zwischen der geschlossen pro-europäischen Überzeugung weiter Teile seiner Partei

¹⁰⁴⁵ Vgl. Fella 2002: 33, Anderson/Mann 1997: 33, Helms 1995: 456/7, Holden 2002: 115 und 120 sowie Laybourn 2000: 135/136.

¹⁰⁴⁶ Schwarz 1997: 68. Vgl. Applebaum 1997: 46/47, Turner 2000: 226/227 und Fielding 2000: 18 sowie zur Anbindung an die US-Demokraten Holden 2002: 118.

¹⁰⁴⁷ Kinnock, zitiert aus Holden 2002: 185.

einerseits und dem zunehmend euro-skeptischen Klima in Großbritannien sowie den europapolitischen Attacken der Konservativen Partei andererseits finden.

Als Tony Blair 1994 zum Parteiführer gewählt wurde, hatte sein Vorgänger John Smith bereits den Fuß vom europapolitischen „Gaspedal“ der Labour Party genommen.¹⁰⁴⁸ Mit Blick auf die gerade erfolgte schwierige Ratifizierungsdebatte des Maastrichter Vertragswerkes im britischen Unterhaus hatte sich der Schotte, der seine persönliche pro-europäische Ausrichtung in der Öffentlichkeit konsequent vertrat, ab 1993 bewusst für eine stärkere Zurückhaltung der Partei in der Europapolitik entschieden, um erneut aufkeimende parteiinterne Konfrontationen zu Fragen der Souveränität oder der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vermeiden. Dass einige wenige Labour-Abgeordnete noch immer starke Vorbehalte gegenüber dem Europäischen Integrationsprozess hegten, hatte der Maastrichter Ratifizierungskampf im Unterhaus deutlich gezeigt.

Aus Smiths Sicht sprachen aber auch parteiexterne Gründe für eine zurückhaltende Neuverortung der Europapolitik auf Labours Oppositionsagenda: Der härter werdende Kampf im parteipolitischen Wettbewerb zwischen der geschwächten konservativen Regierung und der Labour Partei, die zunehmend euro-skeptische Ausrichtung der regierenden Konservativen und die sich im Schatten der Maastricht-Ratifizierung immer deutlicher abzeichnende euro-skeptische, bisweilen gar europafeindliche Haltung weiter Teile der britischen Bevölkerung.¹⁰⁴⁹ Die Karikierung John Smiths als „*Monsieur Qui, the poodle of Brussels*“ durch Premierminister John Major während der Unterhaus-Debatte zum Europäischen Gipfel von Ioannina 1994 bestärkte Labour nochmals in diesem Kurs.¹⁰⁵⁰ Auch die Attacken der Konservativen Partei auf das gemeinsame Manifest der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas (PES) zur Europawahl 1994, dem sich auch die Labour Party angeschlossen hatte, gingen nicht spurlos an der Parteiführung vorüber. Konfrontiert mit dem konservativen Vorwurf, sie betreibe den „Ausverkauf Großbritanniens“ an die Europäische Union, wich die Labour Partei zurück und entwickelte ein eigenes Manifest, in dem sie sich unter anderem von den PES-Forderungen nach einer Ausweitung der Qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat und der europaweiten Einführung einer 35-Stunden-Woche deutlich distanzierte.¹⁰⁵¹ Die alte Labour-Tradition

¹⁰⁴⁸ Holden 2002: 99. Vgl. auch ebd.: 113 und Paterson/Henson 1995: 29.

¹⁰⁴⁹ Vgl. British Social Attitudes Survey 1998: 185: „*Voters in all main parties have become more Eurosceptic in the period 1992 to 1997.*“

¹⁰⁵⁰ Vgl. Young, H. 1998: 454.

¹⁰⁵¹ Vgl. LP 1994: 22 und Fella 2002: 44/45.

des „placing party before issue“ im adversativen politischen System Großbritanniens war in der Europapolitik offenkundig wieder aufgelebt.

1993 und 1994 begann Labour mit Rücksicht auf das politische Klima darum vorsichtigere und zurückhaltendere Töne in der Europapolitik anzuschlagen – eine Haltung, die Tony Blair ab 1994 nahtlos weiterführte. Er unternahm in den folgenden Jahren bis zur Unterhauswahl nicht den Versuch, der zunehmenden öffentlichen Euroskepsis in Großbritannien durch ein beherztes und entschiedenes Eintreten für den Europäischen Integrationsprozess zu begegnen. Vielmehr bemühte er sich, seine Partei als nicht zu pro-europäisch zu präsentieren und mitunter gar die Bedeutung der europäischen Ebene als Rahmen der nationalen Politikgestaltung herunterzuspielen.¹⁰⁵² Blairs oberstes politisches Ziel war es, die konservative Partei in der Regierungsverantwortung abzulösen. Nach 15 Jahren in der Opposition war der Erwartungsdruck in der eigenen Partei 1994 enorm; durch Blairs große Popularität in der Bevölkerung wurde dieser Druck noch vergrößert.¹⁰⁵³

Als Parteiführer stand Blair folglich ab 1994 gerade in der Frage der europapolitischen Ausrichtung vor einer großen Herausforderung: Er musste sich der Europapolitik schon allein wegen der bereits feststehenden Intergouvernementalen Regierungskonferenz (IGR) zur Revision des Maastrichter Vertrages, die 1996 beginnen sollte und somit in die Phase des Wahlkampfes in Großbritannien fallen würde, programmatisch stellen. Zur Zeit von Blairs Amtsantritt war zudem längst offenkundig geworden, dass aufgrund der bevorstehenden Erweiterung der EU mit der IGR weitere supranationale Formen der Entscheidungsfindung verbunden sein würden, auch wenn der Maastrichter Vertrag für viele konservative Abgeordnete bereits die höchste Stufe der für sie zu akzeptierenden Europäischen Integration darstellte. Blair wusste also um bevorstehende weitere Integrationsschritte.¹⁰⁵⁴

Ab dem Sommer 1994 stellte sich daher zunehmend die Frage, wie Blair die künftige Europapolitik seiner Partei konkret ausgestalten würde. Eine Untersuchung der noch unter der Führung von John Smith ausgearbeiteten Labour-Dokumente zur Europapolitik zeigt, dass die Labour Party 1993 – anders als die Konservativen – durchaus konstruktiv und offen auf die Herausforderungen der Erweiterung und Vertiefung der EU eingegangen war.¹⁰⁵⁵ Die Reformdokumente waren dabei stark durch eine klassisch sozialdemokratische Perspektive geprägt. Kernthemen waren Demokratie und

¹⁰⁵² Vgl. Holden 2002: 18, 102-104 und 116, Fella 2002: 2, Hix 2000: 59-62 und Turner 2000: 225.

¹⁰⁵³ Vgl. Anderson/Mann 1997: 1-25.

¹⁰⁵⁴ Vgl. u.a. Fella 2002: 2, Holden 2002: 18, Hix 2000: 59-62 und Turner 2000: 225.

Transparenz, Bürgernähe und Bürgerrechte, eine politisch kontrollierte EZB und eine an realer Konvergenz ausgerichtete Währungsunion sowie eine gestärkte soziale EU mit einer aktiven Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Entsprechend urteilt Fella:

„The emphasis that both (party documents, Anm. der Verf.) Prosperity Through Co-operation and the 1994 EP election manifesto placed on European economic co-ordination and a European recovery programme with active policies to promote employment and the promotion of real economic convergence to ensure the sustainability of the EMU project reflected this social democratic conception of the EU, on which Labour occupied common ground with its PES colleagues.“¹⁰⁵⁶

Vor allem die Stärkung von Demokratie und Transparenz innerhalb der EU gehörten zu den zentralen Forderungen der britischen Sozialdemokraten. Diese Schwerpunktsetzung resultierte zu einem großen Teil auch aus den Erfahrungen der Parlamentsfraktion während der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages. Viele Labour-Abgeordnete der *Tribune Group* hatten den Maastrichter Vertrag aufgrund des von ihnen bemängelten Demokratiedefizits der EU abgelehnt. In einem auf dem Parteitag von 1993 verabschiedeten Reformdokument forderte die Labour Party daher eine effizientere Kompetenzzuordnung und Verantwortlichkeit innerhalb der EU sowie eine Vereinfachung der Entscheidungsmechanismen. Mit Blick auf die an Fahrt gewinnende Debatte zur Konstitutionellen Reform in Großbritannien stellte die Labour Party zudem analog zu den Liberaldemokraten eine Verknüpfung zwischen der weiteren Ausgestaltung der EU und einer Modernisierung und Dezentralisierung des britischen Staatswesens her.¹⁰⁵⁷ Die Partei zeigte sich aufgeschlossen für eine drastische Vereinfachung der Europäischen Verträge, sie war aber vorsichtig gegenüber der Idee einer Europäischen Verfassung, da diese ihrer Ansicht nach symbolhaft die Entwicklung der EU hin zu einem eigenen staatlichen Gebilde manifestierte. Deutlich aufwerten wollte die Partei die Rolle des EP.¹⁰⁵⁸ Erstmals und als einzige britische Partei schlug die Labour Party vor, dass die Europäische Kommission ihr Gesetzesinitiativrecht mit dem EP und dem MR teilen sollte. Jedes europäische Gesetz sollte zudem vom EP genau geprüft werden und seiner grundsätzlichen Anerkennung bedürfen. Eine effizientere Kontrolle der EU-Entscheidungen sah Labour darüber hinaus durch eine enge Zusammenarbeit des EP mit den nationalen Parlamenten ge-

¹⁰⁵⁵ Vgl. LP 1993 und LP 1993a.

¹⁰⁵⁶ Fella 2002: 50. Vgl. auch Ladrech 2000: 63-80 und zur Währungspolitik/EWU Fella 2002: 40/41.

¹⁰⁵⁷ Vgl. LP 1993: 34.

¹⁰⁵⁸ Vgl. LP 1994: 9.

währleistet.¹⁰⁵⁹ Die Forderung nach transparenten Entscheidungsprozessen der EU verknüpften die britischen Sozialdemokraten auch mit einem Rechtsanspruch der europäischen Bürger, offizielle Dokumente einsehen zu dürfen. Dies sollte ebenfalls für das britische System gelten – seit 1993 stritt die Partei hartnäckig für einen *Freedom of Information Act* in Westminster.¹⁰⁶⁰ Sehr positiv stand die Labour Party traditionell der Forderung nach vertraglich festgehaltenen Menschen- und Bürgerrechten sowie einer stärkeren sozialen Rolle der EU gegenüber. Die offene Deklaration der britischen Sozialdemokraten, dass sie als Regierungspartei umgehend das *Opt-out* der konservativen Regierung zum Sozialprotokoll des Maastrichter Vertrages zurückzunehmen und das Protokoll unterzeichnen würden, gehörte zu den europapolitischen Standardäußerungen der Labour Party.¹⁰⁶¹

Weniger eindeutig stand die Partei der konkreten Ausgestaltung effektiverer Entscheidungsmechanismen und der Weiterentwicklung der EU insgesamt gegenüber. Die Dokumente blieben im Bereich der institutionellen Reform entsprechend vage, auch wenn der Unmut über die mangelnde parlamentarische und juristische Kontrolle gerade in denjenigen Politikbereichen, die intergouvernemental geregelt waren, groß war. Hinsichtlich der beiden intergouvernementalen Säulen der EU hatte die Labour Party ein weitaus größeres Interesse an der künftigen Ausgestaltung der Innen- und Justizpolitik (3. Säule), da diese auf Labours politischer Agenda eine größere Rolle spielte als die Stärkung der EU als internationaler Akteur (2. Säule: GASP). Entsprechend stand im Parteidokument *Prosperity through Co-operation* in einem Abschnitt zur Innen- und Sozialpolitik die Formulierung:

„(...) such co-operation measures should not merely be a function of intergovernmental agreement, but should be brought fully into the community's legal system in line with Labour's commitment to ensuring transparency and accountability in decision-making.“¹⁰⁶²

In der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik spiegelten die Labour-Dokumente dagegen eine für die Partei traditionelle inhaltliche Kongruenz mit der Programmatik der Konservativen wider. Beide britischen Parteien standen einer stärkeren Rolle der EU als internationalem Akteur unentschlossen gegenüber, betonten den Vorrang der Mitgliedstaaten bei der Entwicklung und Formulierung außenpolitischer Standpunkte und beharrten auf dem Prinzip der Einstimmigkeit bei EU-

¹⁰⁵⁹ Vgl. Fella 2002: 35. Vgl. auch LP 1994: 22.

¹⁰⁶⁰ LP 1993: 42/43.

¹⁰⁶¹ Vgl. LP 1993a: 56/57, LP 1994: 11-14 und George/Haythorne 1996: 112.

¹⁰⁶² LP 1993a: 61.

Entscheidungen in diesem Politikfeld.¹⁰⁶³ Auch einer europäischen Verteidigung standen beide Parteien ablehnend gegenüber. Der interparteiliche Konsens basierte darauf, dass beide Parteien die atlantische Allianz mit den USA und die Rolle der NATO als zentrales Verteidigungsbündnis des Westens präferierten und diese folglich nicht durch einen europäischen Alleingang in Verteidigungsfragen gefährden wollten.¹⁰⁶⁴

Die Labour-Dokumente aus der späten Smith-Zeit machen deutlich, dass die Partei – bei einigen inhaltlichen Parallelen zur regierenden CP – insgesamt als der pragmatischere und pro-europäischere britische Verhandlungspartner für die kontinentalen Mitgliedstaaten eingeschätzt werden konnte. Die Labour Party galt, vor allem innerhalb der PES, längst als ein „seriöser (Mit-)Spieler bei der anstehenden Überarbeitung des Vertragswerkes.“¹⁰⁶⁵ Dies spiegelte sich auch in der herausgehobenen Rolle der Europaparlamentarierin Pauline Green wider. Die Labour-Politikerin wurde 1994 zur Vorsitzenden der PES-Fraktion im EP gewählt, was die Verzahnung und den Austausch Labours mit den europäischen Schwesterparteien noch weiter verstärkte. „Darüber hinaus hatte die Parteispitze um Blair bei Themen, die mit der Notwendigkeit verknüpft waren, die EU näher an die Bürger heranzuführen – wie etwa die Demokratisierung der Entscheidungsfindung, Anti-Diskriminierung, Sozialprotokoll und Beschäftigung – ein (kohärentes) Positionenpaket (aus der Smith-Zeit) geerbt, das nahe am politischen Meinungszentrum innerhalb der EU (...) lag und sich deutlich von den negativen Positionen der Konservativen abhob.“¹⁰⁶⁶

Vorbereitungen auf die IGR: Die *Leader's Working Group*

Unter Blairs Führung konnte in der Labour Party nun zum einen eine weitere Zentralisierung und Bündelung sämtlicher politischer Entscheidungen im Büro des Parteiführers und damit eine zunehmende Konzentration auf den engen Parteiführungszirkel beobachtet werden. Zum anderen räumte Tony Blair der Europapolitik durchaus einen hohen Stellenwert auf der Parteiagenda ein. Beide Entwicklungen spiegelten sich darin, dass Blair bereits kurz nach seiner Wahl auf den Vorschlag des bisherigen Schatten-Außenministers Jack Cunningham einging und eine *Leader's Working Group* (LWG) ins Leben rief, welche die Positionen der Partei zur IGR erarbeiten

¹⁰⁶³ Vgl. LP 1993a: 70 und LP 1994: 26.

¹⁰⁶⁴ Vgl. Fella 2002: 45/46 und Young, J. 1997: 138.

¹⁰⁶⁵ Fella 2002: 49 (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁰⁶⁶ Fella 2002: 48.

und diese mit den europäischen Partnern, insbesondere der PES abstimmen sollte.¹⁰⁶⁷ Blair selbst leitete die Arbeitsgruppe. Er tat dies nicht zuletzt auch aus der Motivation heraus, die Kontrolle über die europapolitische Linie jederzeit in der Hand zu behalten. Er folgte somit Cunninghams Rat, dass vorrangig die Westminster-Parlamentarier und nicht etwa die Europaparlamentarier die Positionen zur IGR vorgeben sollten.¹⁰⁶⁸ Der Parteiführer legte hohen Wert darauf, dass Labour sich in der Opposition professionell auf die IGR vorbereitete, um bei einem Regierungswechsel sofort in alle Punkte der Debatte einsteigen zu können. Hilfreich war dabei, dass der frühere Parteiführer Neil Kinnock 1994 Mitglied der EU-Kommission geworden war und seine Partei nun regelmäßig über die Positionsentwicklungen innerhalb der Europäischen Kommission informieren konnte.¹⁰⁶⁹ Bei der Organisation der LWG standen Blair vor allem zwei Parteikollegen zur Seite: der ehemalige Generalsekretär der Partei, Larry Whitty, der nun die Aufgabe eines Europa-Koordinators übernahm und die Gruppensitzungen organisierte, und der neue Schatten-Außenminister Robin Cook, dem zwar eine eher euro-skeptische Haltung zugeschrieben, gleichzeitig aber auch ein besonders „guter Draht“ zur PES attestiert wurde.¹⁰⁷⁰ Die LWG umfasste sowohl Abgeordnete aus Westminster als auch Labour-Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament wie die PES-Vorsitzende Pauline Green, Wayne David oder den Vizepräsidenten des EP, David Martin. Gerade letztere wirkten im Verlauf der LWG-Arbeit als wichtige Schnittstelle zwischen der Parteiführung und den europäischen Schwesterparteien und sozialdemokratischen Regierungen. Sie demonstrierten sehr deutlich, dass ihr Einfluss auf die Mutterpartei besonders unter John Smith stark angewachsen war.¹⁰⁷¹ Die LWG traf sich zwischen Dezember 1994 und Oktober 1996 zu zwölf Sitzungen, um ein allgemeines Dokument zur Europapolitik und ein Dokument mit Labours detaillierter Position zu einzelnen Themen der IGR zu entwerfen. Sie arbeitete dabei in dem bereits skizzierten Spannungsfeld zwischen einer grundsätzlich pro-europäischen Haltung der Partei und der Angst vor einem mit die-

¹⁰⁶⁷ Die PES hatte ebenfalls eine Reflexionsgruppe zur IGR ins Leben gerufen.

¹⁰⁶⁸ Jack Cunningham hatte Blair im September 1994 in einem Brief vorgeschlagen, ein Leader's Committee zur Vorbereitung auf die Intergouvernementale Regierungskonferenz einzurichten.

¹⁰⁶⁹ Vgl. Fella 2002: 70.

¹⁰⁷⁰ Vgl. zu Whitty v.a. Fella 2002: 58/59 und zu Cook v. a. Paterson/Henson 1995: 32-34. Obwohl Schotte, galt Cook im Gegensatz zu John Smith und Gordon Brown weder als überzeugter Anhänger der Dezentralisierung Großbritanniens noch als überzeugter Pro-Europäer. Als Anhänger der *soft left* seiner Party und Keynesianist stand er einer Einschränkung oder gar Aufgabe nationaler ökonomischer Instrumente im Zuge einer Mitgliedschaft in der EWU eher ablehnend gegenüber. Bereits in seiner Frühphase als Schatten-Außenminister orientierte sich Cook in der Europapolitik jedoch vorsichtig neu und bezog in der LWG eher euphile Positionen. Vgl. zur LWG und ihrer Arbeit vor allem Fella 2002: 56-92, Holden 2002: 136/137 und Paterson/Henson 1995: 40/41.

ser Ausrichtung verbundenen Absinken in der Wählergunst in einem überwiegend euro-skeptischen politischen Klima im Vereinigten Königreich. Vor diesem Hintergrund mahnte Larry Whitty davor, dass sowohl der TUC in Verbindung mit dem ETUC als auch die Europaparlamentarier in Verbindung mit der PES und dem EP eine weitaus föderalistischere Position in Fragen der EU-Reform einnehmen als der Labour Party in Westminster mit Blick auf die Unterhauswahl lieb sein konnte.¹⁰⁷² Das zeigte auch die offene Revolte von 14 Europaparlamentariern zugunsten einer deutlichen Eingrenzung des Vetorechtes nationaler Regierungen. Damit verstießen die Europaparlamentarier unter Führung von Pauline Green medienwirksam, letztlich aber erfolglos, gegen die von Blair vorgegebene offizielle Parteilinie.¹⁰⁷³

Schatten-Außenminister Robin Cook fiel in der LWG die wichtige Rolle zu, die generelle europapolitische Strategie Labours mit Blick auf die IGR zu definieren. Bereits in der zweiten Sitzung der Gruppe legte er ein deutlich sozialdemokratisch geprägtes Strategiepapier vor, das später in weiten Teilen in das offizielle Dokument der LWG *The Future of the European Union* einfließen sollte. Schlüsselemente seines Papiers waren die soziale Dimension der EU, eine aktive Beschäftigungspolitik, eine radikale Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, Bürgernähe, Demokratie und Transparenz, Subsidiarität in Verbindung mit einem Europa der Regionen und der Dezentralisierungsagenda der Labour Party für Großbritannien sowie die Erweiterung der EU und die mit ihr verbundene Notwendigkeit zur Straffung der Entscheidungsmechanismen.¹⁰⁷⁴ In den meisten für die IGR relevanten Punkten erzielte die Gruppe recht schnell einen Konsens. Bei den wenigen aufkommenden Konflikten zeichnete sich jedoch innerhalb der LWG eine deutliche und stets gleichbleibende Trennlinie zwischen den Mitgliedern der Parteiführung und der Unterhausfraktion einerseits sowie den Europaabgeordneten andererseits ab. Sowohl Whitty und Cook als auch Blair neigten hier allerdings manches Mal dazu, die europhilen Positionen der Europaparlamentarier zu unterstützen. So überstimmte Blair seinen Schatten-Innenminister Jack Straw beispielsweise, als dieser sich für eine restriktive Auslegung der Anti-Rassismus- und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen aussprach.

Gerade die in der dritten Säule des Maastrichter Vertrags angesiedelte, intergouvernemental organisierte Innen- und Justizpolitik, die einen wesentlichen Bestandteil der IGR-Agenda darstellte, bot wiederholt Raum für Konflikte. Jack Straw, im Ge-

¹⁰⁷¹ Vgl. Fella 2002: 61/62 und Green, in LP 1994a: 153.

¹⁰⁷² Vgl. Fella 2002: 59.

¹⁰⁷³ Vgl. "Labour MEPs set to ignore Blair in EU vote", in: Financial Times vom 17. Mai 1995.

gensatz zu Robin Cook unverändert europakritisch und sehr auf die Erhaltung der nationalen Kompetenz in diesem Bereich bedacht, gehörte nicht zu den Mitgliedern der LWG.¹⁰⁷⁵ Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, die ideologische Trennlinie innerhalb der LWG offen zu legen, indem er eine medienwirksame Auseinandersetzung mit dem Europaparlamentarier Glyn Ford suchte, um sein eigenes „Terrain“ deutlich abzustecken. Straw sprach sich vehement gegen eine Vergemeinschaftung einzelner Bereiche der Innen- und Justizpolitik aus. So bemerkte er gegenüber den britischen Medien, dass die Europaabgeordneten der Labour Party in Fragen der Grenzkontrollen und der Immigrationspolitik nicht die offizielle Parteilinie wiedergäben und stellte klar: „The issue of border controls and immigration policy must be for the UK government alone to determine and not for European institutions“.¹⁰⁷⁶

Trotz durchaus vorhandener inhaltlicher Auseinandersetzungen präsentierte die LWG bereits 1995 ein zentrales Dokument zur Europapolitik und zur IGR. Nach der Erstellung dieses Dokuments und seiner Annahme durch die Parteikonferenz im September 1995 arbeitete die LWG stärker reaktiv; sie befasste sich während ihrer nun nur noch unregelmäßig stattfindenden Treffen verstärkt mit den neueren Entwicklungen der IGR-Agenda und des IGR-Prozesses, wie etwa mit der in einem gemeinsamen Brief des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl vom 6. Dezember 1995 geforderten Weiterentwicklung der GASP, der Institutionen und der Entscheidungsprozesse der EU. Die Gruppe hatte es zu diesem Zeitpunkt aber bereits durch ihr Positionspapier vermocht, eine kohärente Positionsbestimmung Labours zur IGR vorzunehmen, durch die sie sich deutlich vom minimalistischen Kurs der Konservativen absetzte. Die ergebnisorientierte Arbeit der LWG unterstrich Labours vorhandenen Willen zur Auseinandersetzung mit der fortschreitenden Agenda der EU.

Abschließend betrachtet, war der Positionierungsprozess der Partei zur IGR über die LWG ein von oben initiiertes und kontrolliertes Prozess, da die Standpunkte nur von einem kleinen Führungszirkel der Partei erörtert und formuliert wurden. Im Vergleich zur CP ermöglichten die enge Einbindung der Europaparlamentarier und die Beratungen mit den Gewerkschaften dennoch insgesamt einen pluralistischeren Gestaltungsprozess der Europapolitik. Die noch unter Smith überaus gewichtige Rolle

¹⁰⁷⁴ Vgl. Leader's Working Group 1995.

¹⁰⁷⁵ Straw gehörte vor der programmatischen Erneuerung der Labour Party in den achtziger Jahren zu den Gründungsmitgliedern des anti-europäischen Labour Common Market Safeguards Committee von Peter Shore. Vgl. Anderson/Mann 1995: 251/252.

¹⁰⁷⁶ Straw, in: The Guardian vom 16. Februar 2005.

der Parteikonferenzen als programmatisches Diskussions- und Entscheidungsforum war zu diesem Zeitpunkt aber bereits deutlich zugunsten der Parteiführung verschoben worden.

BSE-Krise und Wahlkampf: Vage europapolitische Stellungnahmen und verdeckte Abstimmung mit den EU-Partnern

Das Ende der LWG im Herbst 1996 stellte eine deutliche Zäsur im Umgang der Labour-Parteiführung mit der Europapolitik während ihrer Oppositionsjahre dar. Im Gegensatz zur äußerst produktiven Frühphase der LWG 1994 und 1995 zeichneten sich während der Endphase ihrer Arbeit zunehmend die Auswirkungen des innenpolitischen Klimas und die Zuspitzung der Konkurrenzsituation zwischen der Labour Party und den Konservativen ab. Sie bewirkten vor allem eine stärker werdende Zurückhaltung Blairs in der Europapolitik. Der defensive Charakter des Europakapitels im Wahlmanifest 1997 und der öffentlichen Stellungnahmen der Parteispitze in den letzten Monaten vor der Unterhauswahl grenzte sich von den positiven Aussagen des LWG-Positionspapiers aus dem Jahr 1995 deutlich ab. Im Wahlkampf der Labour Party spielte die Europapolitik zu keinem Zeitpunkt eine herausgehobene Rolle. Blair selbst schätzte sie als schlechtes und vor allem riskantes Wahlkampfthema ein, das dem Gewinn neuer und vor allem breiter Wählerschichten eher im Wege stehe.¹⁰⁷⁷ Er suchte daher die vage Balance zwischen „einer positiven Rhetorik, inpräzisen Stellungnahmen und einer Mischung aus pro-Europäischem Denken und patriotischen Gefühlen.“¹⁰⁷⁸ Andrew Rawnsley spricht gar davon, dass die Partei im Wahlkampf ihre europapolitische „Überzeugung zugunsten der Zweckmäßigkeit“ aufgegeben und für einen Wahlsieg einen „Faustischen Handel“ mit den euro-skeptischen Medien besiegelt habe.¹⁰⁷⁹ Die Parteiführung nutzte im Umgang mit der Europapolitik somit eher ein Konzept der moderaten Anpassung an das öffentliche Klima als ein Konzept des offensiven Werbens für die EU mit ihrer Leistungsbilanz für Großbritannien. Entsprechend urteilen Paterson und Turnbull:

¹⁰⁷⁷ Vgl. Holden 2002: 135.

¹⁰⁷⁸ Holden 2002: 119. Vgl. auch Wallace, H. 1996/97: 369 und dies. 1997/98: 387 sowie zum vorsichtigen Wahlkampf Labours Driver/Martell 1998: 6/7.

¹⁰⁷⁹ Rawnsley 2000: 73. Rawnsley rekurriert dabei vor allem auf die regelmäßigen Beiträge Blairs im Massenblatt „The Sun“. Am 17 März schrieb Blair beispielsweise: „*We will fight for Britain's interests and to keep our independence every step of the way (...). I am a British patriot. Anybody who believes I would sell my country short has not listened to a word I have said in the past three years. I didn't change the Labour party into the party it is today to give it all away to Europe or anybody else*“.

„The Labour Campaign was fought largely on a pro-European platform, although especially in the latter stages this buckled under a mountain of electorally induced patriotic rhetoric, appealing to ‚Europe on British terms‘.“¹⁰⁸⁰

Dies zeigte sich besonders stark während der BSE-Krise im Frühsommer 1996. Die Revolte der Konservativen Regierung gegen das von der EU verhängte Exportverbot britischen Rindfleisches rückte die enorme Belastung des europapolitischen Kurses der Labour Party durch das innenpolitische Klima deutlich in den Vordergrund. Die Labour Partei zeichnete sich in dieser Phase durch eine große Ängstlichkeit und ein fehlendes Selbstvertrauen, ihren pro-europäischen Kurs zu halten, aus. Entsprechend kritisierte der Liberaldemokrat Andrew Duff, dass die Sorge der Labour-Parteiführung, ihre Politik könne von den Konservativen als „soft on Europe“ gebrandmarkt werden, letztlich dazu geführt habe, dass die Partei zu keiner Zeit des Wahlkampfes eine aufrichtige und konsequente pro-europäische Politik verfolgt habe.¹⁰⁸¹

Tatsächlich kooperierte die Labour-Opposition während der BSE-Krise mit der konservativen Regierung und unterstützte die Politik der Nicht-Kooperation auf europäischer Ebene. In einer Presseerklärung kritisierte Schatten-Außenminister Robin Cook am 28. Mai 1996 zwar die konservative Regierung für ihr diplomatisches Versagen in Brüssel, gleichzeitig unterstrich er aber, dass die Labour Party den Kurs der Regierung „im nationalen Interesse“ unterstützen werde, denn „Britain is more likely to succeed in negotiation if we can demonstrate a national resolve in support of our objectives.“¹⁰⁸² Tony Blair rechtfertigte die Strategie des nationalen Konsenses in der BSE-Frage wolkig damit, dass die Briten sich durch die EU-Politik des Exportverbots unfair behandelt fühlten und an das nationale Interesse denken müssten.¹⁰⁸³ Parteiintern sprach Blair hingegen von wahltaktischen Zwängen, die zum harten und patriotischen Kurs Labours in der BSE-Frage geführt hätten.¹⁰⁸⁴ Dies unterstreicht auch eine Äußerung Blairs gegenüber Paddy Ashdown, in der der Labour-Führer die EU-Partner als „entsetzlich schwach“ und „von der Gewohnheit des Kompromisses beherrscht“ einstufte. Blair bekräftigte, dass er sich nicht auf die Seite der EU stellen werde, weil er nicht ausschließen könne, dass die EU gegenüber den Konservativen in der BSE-Frage doch noch nachgeben und dem politischen Gegner so einen wahl-

¹⁰⁸⁰ Paterson/Turnbull o. J. [1997]: 1. Vgl. Schwarz 1997: 73.

¹⁰⁸¹ Vgl. Duff 1997: 184, Fella 2002: 129 und Stephens 1997: 347.

¹⁰⁸² Cook 1996a.

¹⁰⁸³ Vgl. Blair 1996: Speech to the BDI Conference.

¹⁰⁸⁴ Vgl. Fella 2002: 86.

entscheidenden „Sieg“ bescheren werde.¹⁰⁸⁵ Labours BSE-Kurs sorgte für Unstimmigkeiten mit den in der PES organisierten Schwesterparteien, den Europaparlamentariern und einigen pro-europäischen Abgeordneten in Westminster.

Unabhängig von der BSE-Problematik muss der Labour-Parteiführung aber für die letzte Phase vor der Unterhauswahl eine zwar verdeckt geführte, aber äußerst fleißige und zielstrebige Vorbereitung auf die IGR attestiert werden. Dies macht deutlich, dass Blair der Europapolitik durchaus einen hohen Stellenwert einräumte, auch wenn er diesem Politikfeld im Wahlkampf wenig Platz zugestand. Labours Vorbereitungen zur IGR wurden 1996 und 1997 indes nicht mehr durch die LWG, sondern durch einen neuen, sehr EU-erfahrenen Akteur bestimmt: den ehemaligen britischen Repräsentanten bei der EU, Sir Michael Butler. Von der Parteiführung zu ihrem „EU-Gesandten“ ernannt, nutzte Butler ab der zweiten Hälfte des Jahres 1996 erfolgreich seine exzellenten Kontakte zum britischen Regierungsapparat, besonders zum FCO, und zu den EU-Mitgliedstaaten, um Labour möglichst lückenlose Informationen über die Entwicklung der IGR-Themen, die Haltung der anderen Mitgliedstaaten und die möglichen Reform-Optionen zukommen zu lassen.¹⁰⁸⁶ Butler schuf so die Voraussetzung dafür, dass die Labour Party über seine Kontakte, die zusätzlich vorhandenen engen Verbindungen zur PES und zum EP sowie Kinnocks Informationen aus der Europäischen Kommission schon zu diesem Zeitpunkt eine Verhandlungsstrategie für die IGR im Falle der Regierungsübernahme erarbeiten konnte. Darüber hinaus war Labour über Butler ebenfalls in der Lage, besondere Problembereiche der Partei wie z.B. die Flexibilitätsklausel oder die Innen- und Justizpolitik frühzeitig in die EU hinein zu kommunizieren und damit unerwünschte Entwicklungen innerhalb der IGR zu minimieren. Besonders wertvoll war Butlers enger und regelmäßiger Austausch mit der sozialdemokratischen niederländischen Regierung, die die Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 1997 und damit in der Endphase der IGR innehaben würde. Die niederländische Regierung bildete quasi den „Fokus der Vernetzungsstrategie der Labour-Parteiführung“ in ihrer IGR-Vorbereitung.¹⁰⁸⁷ Die Parteiführung folgte dabei grundsätzlich Butlers Rat, möglichst viele Punkte für die IGR-Verhandlungen offen zu lassen und ein eher vages Europakapitel im Manifest zur Unterhauswahl zu verankern. Die Partei, so Butler, solle pragmatisch und nicht ideo-

¹⁰⁸⁵ Vgl. Ashdown 2000: 435.

¹⁰⁸⁶ Vgl. zur Person Butlers vor allem Young, H. 1998: 177. Vgl. zur Zusammenarbeit Butlers mit der Labour-Parteiführung vor allem LP 1996a: 72/73 und Fella 2002: 133-163 sowie zu Butlers Kontakten zum FCO Fella 2002: 153.

¹⁰⁸⁷ Fella 2002: 139.

logisch argumentieren, um sich von den Konservativen abzuheben. In einem gemeinsamen mit dem EU-Koordinator der Partei, Larry Whitty, verfassten Papier empfahl Butler, dass Labour gegenüber den EU-Mitgliedstaaten einen Neuanfang in der britischen Europapolitik demonstrieren müsse. Es gelte die Positionen, die Labour in der IGR grundsätzlich mittrage, besonders gut zu vermarkten, so dass anschließend sachlich über die Problembereiche der neuen britischen Regierung gesprochen werden könne, ohne dass diese gleich als Bremser der Integration abgestempelt werde.¹⁰⁸⁸

5.2.2 Der Amsterdamer Vertrag aus der Sicht der Labour Party

5.2.2.1 Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU

„Europa steht im Zentrum der internationalen Strategie Labours“, bekundete die Labour Party 1996 in ihrem Parteidokument *The Road to Manifesto*.¹⁰⁸⁹ Zugleich hieß es im Positionspapier *A People's Europe* und dem Bericht des Exekutivkomitees der Partei (NEC) aus dem Jahr 1995, dass Großbritannien endlich aktiv damit beginnen müsse, eine europäische Agenda für sich selbst zu entwickeln, denn die EU bleibe ein Topthema – auch in der Innenpolitik.¹⁰⁹⁰ Ein konstruktives europäisches Engagement zum Wohle Großbritanniens und eine neue Prioritätensetzung innerhalb der EU, die sich stärker an den Bedürfnissen der Bürger statt an institutioneller Arithmetik ausrichten sollte, prägten somit in den letzten Oppositionsjahren die Erwartungshaltung der britischen Labour Party an die EU und ihre weitere Ausgestaltung.¹⁰⁹¹ Dabei bildete das Positionspapier *The Future of the European Union*, das in einen allgemeinen Teil zum britischen Verhältnis zur EU und einen konkreten Teil zum anstehenden Reformprozess gliedert war, die umfassendste und präziseste Positionierung Labours zur IGR-Agenda vor den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag. Ebenso wie die ersten Entwürfe der LWG trug es sehr stark die sozialdemokratische Handschrift Larry Whittys und Robin Cooks. Die intergouvernementale Grundausrichtung Labours in der Europapolitik fand weitaus nachdrücklicher als in der Smith-Zeit Eingang in das Dokument:

„Labour believes that to succeed in addressing the serious challenges that confront us the European Union must be more than a free trade area. That does not mean that we will sign up to a European federal superstate. On the

¹⁰⁸⁸ Vgl. die Hauptpunkte des Butler/Whitty-Papiers in Fella 2002: 153-155.

¹⁰⁸⁹ LP 1996: 3.

¹⁰⁹⁰ LP 1995: 1 und LP 1995a: 33: Das National Executive Committee nannte als Prioritäten *“jobs, security, democracy, decentralisation, improved social rights and a better deal for the consumer”*.

¹⁰⁹¹ Vgl. LP 1995b: 3, LP 1996: 3 und Margaret Wall, in: LP 1996a: 77.

contrary we seek a Europe which is a union of independent member states, coming together because they share common interests (...). Labour in government will adopt a pragmatic approach. We will act to defend and advance our national interests in Europe. We will seek to reform the institutions of Europe where we consider that to be necessary. But unlike the Tories we will act in accordance with our positive vision of Europe."¹⁰⁹²

Diese positive Vision wurde nach Ansicht der Labour Party auch dadurch transparent, dass die britischen Sozialdemokraten im Gegensatz zu den Konservativen über ihre engen Kontakte zu den sozialdemokratischen Schwesterparteien und die herausgehobene Stellung ihrer MEPs auf europäischer Ebene extrem gut vernetzt waren, was sie zu einem erfolgsversprechenden und pragmatischen Partner in der EU werden ließen. Entsprechend betonte die Partei in *The Road to Manifesto*: „A Labour government is well-placed to build the alliances necessary to secure the changes we need and to get the best deal for Britain.“¹⁰⁹³ Das zentrale Positionspapier zur IGR, *The Future of the European Union*, hob dabei vier vitale europäische Interessen der Labour Party hervor: die Erweiterung der EU, die Europäische Währungsunion, demokratischere und effizientere Entscheidungsprozesse sowie soziale Rechte und Maßnahmen zur Beschäftigungspolitik.

▪ **Erweiterung der EU**

Ebenso wie die CP unterstützte die Labour Party traditionell eine Erweiterung der EU. Sie begrüßte sowohl die 1995 vollzogene Erweiterung um Schweden, Finnland und Österreich, die der EU Nettozahler-Staaten und der Labour-Party überwiegend sozialdemokratisch regierte und damit „gleichgesinnte Partnerstaaten“ brachte, als auch die geplante Erweiterung der EU nach Osten.¹⁰⁹⁴ Die Partei hob dabei hervor, dass sie die Aufnahme der MOE-Staaten in die EU nicht nur aus altruistischen Motiven heraus befürworte, denn mit der Erweiterung werde keineswegs nur das historische Vermächtnis von Jalta überwunden. Vielmehr fördere die Einbettung der ehemaligen Ostblockstaaten nach Ansicht der Labour Party massiv die Stabilität und Sicherheit auf dem Kontinent. Zugleich erweitere sie über neue wirtschaftliche Verflechtungen den Europäischen Markt:

“Enlargement to the countries of Central and Eastern Europe will add more than 100 Million people to the Single Market. Allowing them to share in the economic benefits of European integration will help to promote sustainable

¹⁰⁹² LP 1995b: 2. Vgl. auch LP 1996: 1-2 und LP 1997: 37.

¹⁰⁹³ LP 1996: 3.

¹⁰⁹⁴ Vgl. Cook, in: LP 1996a: 72/73, der die Dominanz sozialdemokratischer Regierungen in der EU umschreibt, Wall (NEC), in: LP 1996a: 77, Green, in: LP 1994a: 155 und Paterson/Henson 1995: 39.

economic growth, enhance competitiveness and create new opportunities for British business."¹⁰⁹⁵

Anders als die CP sprach sich die Labour Party nicht für eine bloße Erweiterung der EU aus, sondern sah die Erweiterung und die gleichzeitige Vertiefung der EU als zwei Seiten derselben Medaille an. Ohne eine radikale Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Strukturfonds und der Entscheidungsprozesse der EU werde die Erweiterung eine zu hohe Belastung für den EU-Haushalt und die Arbeitsfähigkeit der Union mit sich bringen.¹⁰⁹⁶ Eine erfolgreiche Erweiterung setzte nach Ansicht der britischen Sozialdemokraten somit eine radikale Reformbereitschaft der EU voraus. Um Mitgliedstaaten und angehende Mitgliedstaaten besser miteinander zu verzahnen, setzte sich die Labour Party für die Einrichtung einer „European Political Area“ ein, die es den angehenden Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa ermöglichen sollte, an den politischen Beratungen der EU schon lange vor ihrer vollständigen ökonomischen Integration teilzunehmen.¹⁰⁹⁷

▪ Europäische Währungsunion

Auch wenn die Wirtschafts- und Währungsunion keinen formalen Verhandlungspart der IGR darstellte, bezog die Labour Party zu diesem zentralen und sich am schnellsten entwickelnden Großprojekt der EU in ihren Positionspapieren grundsätzlich Stellung. Dabei zeichnete sich eine schleichende Veränderung der stark politisch geprägten Smith-Linie zur Währungsunion ab. Die Partei signalisierte weiterhin, dass sie die EWU prinzipiell befürworte, drängte jedoch statt der engen Fokussierung auf monetäre Ziele weiterhin auf eine langfristige „echte Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungen der Mitgliedstaaten“ als Vorbedingung für eine EWU.¹⁰⁹⁸ Echte Konvergenz musste sich nach Ansicht der Labour Party besonders an den Beschäftigungs- und Wachstumszahlen der Mitgliedstaaten orientieren. Auch sollte die EWU durch die Entwicklung des ECOFIN-Rates als politisches Gegengewicht zur EZB stärker demokratisch kontrolliert werden. Die von Smith geäußerten Bedenken zum strikten Zeitplan der EWU sowie seine Forderungen nach einer stärkeren politischen Ausrichtung des Projekts durch Ausgleichs- und Umverteilungsmechanismen inner-

¹⁰⁹⁵ LP 1996: 5. Vgl. auch LP 1995b: 6 und Cook 1996: 2.

¹⁰⁹⁶ Vgl. LP 1995b: 6.

¹⁰⁹⁷ Vgl. ebd.: 7, LP 1996: 5 und Schwarz 1997: 74.

¹⁰⁹⁸ LP 1995b: 7. Vgl. auch LP 1995c: 16/17, Cook, in: LP 1996a: 72, Antrag zur EU (Composite 41), in: LP 1996b: 14 und Cook 1996: 5.

halb der EU, die noch in der Frühphase der LWG diskutiert worden waren, fanden keinen Eingang mehr in Labours EWU-Agenda.¹⁰⁹⁹

Im Gegensatz zur CP behandelte die Labour-Parteiführung einen britischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaftswährung ganz bewusst als eine rein ökonomische Frage; souveränitäts- und verfassungsrechtliche Bedenken wurden weder auf Parteitagen noch in offiziellen Positionspapieren diskutiert. Sowohl Blair als auch sein Schatten-Schatzkanzler Gordon Brown unterstrichen in ihren Reden, dass es keine „politischen Barrieren“ für eine Mitgliedschaft Großbritanniens in der Währungsunion gebe.¹¹⁰⁰ Blair war sich sicher, dass die Teilnehmerstaaten der EWU den politischen Kern der EU definieren würden und Großbritannien hier nicht zurückbleiben dürfe. Aufgrund der kritischen Haltung der Bevölkerung näherte sich Labour im Wahlkampf 1997 allerdings den skeptischen Tönen der Konservativen zumindest rhetorisch stärker an und stellte ihre prinzipielle EWU-Befürwortung zugunsten einer „*wait and see*“-Politik zurück, die analog zur Politik der CP eine „offene Option“ für einen späteren Beitritt Großbritanniens propagierte. In dieser Zeit proklamierte Blair auch die Verfahrensweise der „dreifachen Sperrvorrichtung“: Erst wenn ein Labour-Kabinet, das britische Parlament und schließlich auch die britische Bevölkerung in einem Referendum zugestimmt hätten, werde Großbritannien der EWU beitreten.¹¹⁰¹

▪ Soziale Rechte und Beschäftigungspolitik

Die soziale Dimension der EU und die stärkere Ausrichtung der EU-Politiken auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bürger bildeten auch unter der Parteiführung Blairs eines der wichtigsten Kernthemen der Labour Party.¹¹⁰² Mit den Schlagworten „Ein Europa der Bürger“ und „Größerer Wohlstand und Beschäftigung für alle“ hatten die britischen Sozialdemokraten bereits seit der Parteikonferenz 1993, als die Forderung nach europäischen Impulsen zur Beschäftigungspolitik erstmals zum Schwerpunktthema Labours avanciert war, für einen koordinierten europäischen Ansatz in diesem Politikfeld geworben.¹¹⁰³ Die Partei verwies dabei ab 1995 wiederholt auf das noch

¹⁰⁹⁹ Vgl. dazu LP 1995b: 7 sowie das noch von Smith verantwortete Positionspapier LP 1993a: 49-53 und Fella 2002: 71.

¹¹⁰⁰ Paterson/Henson 1995: 47. Vgl. Hughes/Smith 1998: 95.

¹¹⁰¹ Vgl. „Blair to let voters rule on Europe“, in: The Observer vom 24. Juli 1994, LP 1997: 37, Daniels 1998: 82, Paterson/Henson 1995: 48/49, Paterson 1999: 267 und Stephens 1997: 352/353.

¹¹⁰² Vgl. u.a. die Stellungnahmen der Delegierten Dick Pickering, Ian Wingfield und Margaret Wall (NEC) auf der Parteikonferenz 1996, in: LP 1996a: 73-76.

¹¹⁰³ LP 1995b: 3. Vgl. auch den Antrag für eine europaweite Beschäftigungsstrategie (Composite 49), in LP 1995d: 35, den Antrag zur europaweiten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (Composite 50), in LP 1993c: 31 sowie LP 1993b: 225-230.

unter Kommissionspräsident Jacques Delors erarbeitete Weisbuch *Growth, Competitiveness and Employment* und begrüßte nachdrücklich die Schwedische Initiative im MR und in der Reflexionsgruppe zur IGR für eine Prioritätensetzung zugunsten einer gemeinsamen Beschäftigungsstrategie: „Unemployment in the European Union today stands at around 17.5 million, 5 million of whom are under the age of 25. To restore public confidence in the benefits of integration the European Union needs to show that it can tackle this crisis.“¹¹⁰⁴ Die Labour Party schlug dazu einen konkreten Fünf-Punkte-Katalog vor, der unter anderem eine stärker koordinierte Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten, einen *European Recovery Fund* zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen und Beschäftigungsprojekten, eine effektivere Budgetverteilung zugunsten von Industrie, Forschung und Entwicklung sowie den Aufbau eines trans-europäischen Netzwerks im Bereich von Transport, Telekommunikation und Energie vorsah.¹¹⁰⁵ Anhand dieses Katalogs zeigte sich bereits eine programmatische Verschiebung Labours, denn eine effektive Beschäftigungspolitik stand unter Blair nun deutlicher unter dem Vorzeichen von Wettbewerb und freiem Markt.

Diese starke Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialpolitik galt auch für das Sozialkapitel, das bereits Smith zum Herzstück der Europapolitik Labours erklärt hatte. Das Versprechen der Partei, das in Maastricht von den anderen Mitgliedstaaten unterzeichnete Sozialkapitel zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte direkt nach der Regierungsübernahme für Großbritannien zu unterzeichnen, blieb fester Bestandteil der europapolitischen Programmatik.¹¹⁰⁶ Während der Präsentation seiner *Business Agenda for Europe* stellte Robin Cook aber zugleich fest:

*„European Union social policy should concentrate on establishing a level playing field of minimum standards. It should not be used to impose a large amount of centrally determined social regulation. (...) Most social measures should continue to be determined nationally.“*¹¹⁰⁷

In ihrem offiziellen *Business Manifesto* sprach sich die Labour Party im Frühjahr 1997 schließlich sogar klar gegen eine starke Ausweitung Qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Sozialpolitik aus und vollzog damit den Bruch mit der Programmatik John Smiths. Im Dokument stellte die Partei nüchtern fest, dass die Mitgliedstaaten „keinen Appetit auf einschneidende Arbeitsmarktregulierungen“ hätten. Unter einer Labour-Regierung werde Großbritanniens Rolle folglich vorrangig darin liegen, den Binnenmarkt zu vollenden, Verzerrungen durch „unfaire

¹¹⁰⁴ LP 1996: 4.

¹¹⁰⁵ Vgl. LP 1995b: 3/4, LP 1995c: 17, Cook 1996: 4/5, LP 1996: 4 und Schwarz 1997: 74.

¹¹⁰⁶ LP 1995: 5. Vgl. LP 1995b: 4/5 und Robin Cook, in: 1996a: 71/2.

Staatshilfen“ zu beseitigen und den Wettbewerb zu fördern.¹¹⁰⁸ Dass die Labour Party erstmals überhaupt ein separates Manifest zum Thema Wirtschaft und Handel herausgab, illustrierte nur zu deutlich, wie stark die Transformation der Labour Party zu einer Partei der Mitte unter Tony Blair bereits vorangeschritten war.¹¹⁰⁹

Die Neuorientierung in der sozialen Europaprogrammatik irritierte indes die Gewerkschaften, die Labour-Abgeordneten des EP und auch einige Abgeordnete des Unterhauses. In einem Vermerk an den stellvertretenden Parteiführer John Prescott schrieb Larry Whitty im Frühjahr 1997, dass der britische Gewerkschaftskongress große Bedenken gegen den neuen sozialpolitischen Kurs habe. Labour sei von einer Position „wo wir das Europäische Sozialprotokoll und Europäische Beschäftigungsprogramme enthusiastisch begrüßten“ zu einer ablehnenden Haltung übergegangen. Die Partei befürworte nun plötzlich „die Deregulierung des Arbeitsmarktes“ und spreche sich gegen „die Europäische soziale Partnerschaft“ aus.¹¹¹⁰ Dass diese Bedenken kaum an die Öffentlichkeit drangen, zeigt jedoch, wie stark die Parteiführung bereits die programmatische Ausrichtung der Labour Party dominierte und wie sehr mögliche Unstimmigkeiten dem bevorstehenden Wahlsieg untergeordnet wurden.¹¹¹¹

▪ **Entscheidungsverfahren und institutionelle Reform**

Mit Blick auf die weitere institutionelle Ausgestaltung der EU manifestierten die Dokumente der Partei zwischen 1995 und 1997 überwiegend gängige Labour-Positionen: Ebenso wie die CP lehnte Labour die Bildung eines Kerneuropa mit stärkerem Integrationsgrad, wie es die deutschen CDU-Politiker Karl Lamers und Wolfgang Schäuble und auch der französische Ministerpräsident Edouard Balladur 1994 vorgeschlagen hatten, konsequent ab. Denn ein „two-tier-Europa“ weckte auch in der britischen Oppositionspartei die Angst, dass Großbritannien in die zweite Reihe der EU verbannt werden und darüber hinaus der Zusammenhalt der EU aufbrechen könne.¹¹¹² Im Gegensatz zur CP hatte die Labour Party daher auch große Schwierigkeiten mit einer Flexibilitätsklausel, durch die einige Mitgliedstaaten in ausgewählten Bereichen die Möglichkeit zu einer verstärkten Zusammenarbeit erhalten sollten. Permanente *Opt-out*-Klauseln und ein „À la carte-Europa“, wie John Major es in

¹¹⁰⁷ Cook 1996: 5. Vgl. auch LP 1997a: 12/13.

¹¹⁰⁸ LP 1997a: 12/13. Vgl. auch Schwarz 1997: 75.

¹¹⁰⁹ Vgl. Fella 2002: 161.

¹¹¹⁰ Memo Larry Whittys an John Prescott vom 19. Februar 1997, zitiert aus Fella 2002: 161 (Übersetzung der Verfasserin).

¹¹¹¹ Vgl. Holden 2002: 127.

¹¹¹² Vgl. stellvertretend für viele Parteistimmen Pauline Green, in: LP 1994a: 155.

seiner Leiden-Rede vorgeschlagen hatte, wollte die Labour Party unbedingt vermeiden.¹¹¹³

Die Labour Party befürwortete aber – wie auch schon zu John Smiths Zeiten – eine moderate Ausweitung der Qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im MR in den Bereichen der Industrie-, Umwelt- und Regionalpolitik. Sie sprach sich bewusst dafür aus, dass diese Ausweitung nicht für Steuerfragen und auch nicht für Fragen der sozialen Sicherheit gelten sollte.¹¹¹⁴ Die Partei trat für eine grundsätzliche Neuordnung der Stimmengewichtung im MR ein, die stärker an die Bevölkerungszahlen der Mitgliedstaaten angepasst sein sollte; gleichzeitig setzte sie sich für eine Beibehaltung des nationalen Vetos ein. Weiterhin forderte sie noch immer eine größere Transparenz im MR durch öffentliche Sitzungen und Sitzungsprotokolle.¹¹¹⁵

Im Zentrum der Überlegungen der britischen Sozialdemokraten stand auch unter der Führung Blairs die Aufwertung und Profilschärfung des EP. Die Fokussierung Labours auf das EP leitete sich dabei nicht nur aus dem traditionellen Einsatz der Partei für eine stärkere Demokratisierung der EU und ihrer Entscheidungsprozesse und aus ihrer Prioritätensetzung für ein bürgernahes Europa ab, sondern war auch mit einer „strategischen Kalkulation“ verbunden: Labours Ergebnisse bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1989 und 1994 waren rare Glanzlichter in der Oppositionszeit gewesen. Besonders seit 1994, als die britische Labourgruppe zur größten nationalen Gruppe sowohl in der PES als auch im EP avancierte und einige ihrer Repräsentanten Schlüsselpositionen inne hatten, war Labours Status und Einfluss innerhalb des EP wesentlich höher als in Westminster.¹¹¹⁶ Die Labour Party betonte daher, dass sowohl die nationalen Parlamente als auch das EP eine überaus vitale Rolle bei der Repräsentation ihrer Bürger spielten und ihre Funktion als Kontrollorgane auf nationaler und europäischer Ebene mit Blick auf die EU komplementär und zentral sei. Um das EP aufzuwerten und die Entscheidungsverfahren einfacher und effizienter zu machen, sollten die zahlreichen unterschiedlichen Mitwirkungsverfahren des EP am Gesetzgebungsprozess auf drei Verfahren reduziert werden: Für alle Entscheidungen, die im MR mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden, befürwortete die Labour Party „eine vereinfachte Form der Mitentscheidung“. Bei Entscheidungen nach dem Konsensprinzip sollte das EP beratend mitwirken, internationale Verträge der EU sollten hingegen der Zustimmung des Parlaments bedürfen. Als weitere Vorschläge

¹¹¹³ Vgl. LP 1995b: 9 und die Sue Mallory, in LP 1996a: 75.

¹¹¹⁴ Vgl. LP 1996: 6.

¹¹¹⁵ Vgl. LP 1995b: 11 und LP 1996: 5.

zur Stärkung des EP nannte die Labour Party, dass das EP bei absoluter Mehrheit das Recht erhalten solle, die Kommission verbindlich zu zwingen, dem MR einen EP-Gesetzesvorschlag zu unterbreiten. Diese Forderung blieb leicht hinter der Forderung aus der Smith-Zeit nach einem gemeinsamen Gesetzesinitiativrecht von Kommission und EP zurück, war aber dennoch im Hinblick auf die schwierige öffentliche EU-Debatte in Großbritannien ein beherzter und kategorischer Fingerzeig zur Aufwertung des EP. Die Labour Party trat zudem für ein volles Budgetrecht und damit für eine Stärkung der Kontrollfunktion des EP über die EU-Financen ein. Dies ist vor allem mit Labours Kampf für eine radikale Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und eine bessere Kontrolle der mit ihr verbundenen Ausgaben zu begründen. Die Labour Party sah ein volles Budgetrecht des EP als einen wichtigen Katalysator für eine GAP-Reform an:

„Creating a unified procedure would allow the European parliament to scrutinise wasteful agricultural spending for the first time, hasten reform of the CAP, increase pressure to tackle fraud and end an historic anomaly.“¹¹¹⁷

Darüber hinaus strebte die Labour Party für das EP ein Nominierungsrecht für den Kommissionspräsidenten an und forderte, dass das EP das Recht erhalten sollte, den Kommissionspräsidenten sowie die individuellen Kommissare zu bestätigen oder abzulehnen. Das EP sollte außerdem bei einer Zweidrittel-Mehrheit einzelne Kommissare zum Rücktritt bewegen können. Die nationalen Parlamente erhielten dem Papier gemäß eine noch striktere Kontrolle über ihre nationalen Repräsentanten im MR. Für Minister wurde eine Berichtspflicht gegenüber den zuständigen *Select Committees* angedacht.¹¹¹⁸

Wie Fella zu Recht herausstellt, waren die Aussagen der Labour Party zur zukünftigen Ausgestaltung der Europäischen Kommission weitaus konservativer als diejenigen zum EP und MR. Die Kommission sollte gemäß der bisherigen Tradition weiterhin einen Kommissar pro Mitgliedstaat und zwei Kommissare pro großem Mitgliedstaat – unter ihnen Großbritannien – umfassen.¹¹¹⁹ Dem Kommissionspräsidenten wurde eine größere Gestaltungsfreiheit zugesprochen, da er das Recht erhielt, einzelne Portfolios der Kommissare zu verteilen. In ihrer Arbeit sollte sich die Kommission nach dem Willen Labours aber ebenso wie das EP sehr stark auf einen allgemeinen Gestaltungsrahmen zurückziehen:

¹¹¹⁶ Vgl. Fella 2002: 73.

¹¹¹⁷ LP 1995b: 12. Vgl. zum gesamten Abschnitt über das EP LP 1995b: 11/12.

¹¹¹⁸ Vgl. LP 1995b: 13 und LP 1995c: 17.

¹¹¹⁹ Vgl. Fella 2002: 72 und LP 1995b: 12.

*„It is essential that the Commission and the European Parliament concentrate on setting minimum standards and passing framework legislation. Detailed legislation should be considered only when it is essential to meet agreed objectives.“*¹¹²⁰

Dies stand im engen Zusammenhang mit der Forderung beider großen britischen Parteien nach einer konsequenteren Anwendung des in Maastricht verankerten Subsidiaritätsprinzips, durch das für die Nationalstaaten und Regionen mehr Freiraum zur konkreten Gestaltung und Umsetzung vorgesehen war.¹¹²¹ Die Regionen sollten weiterhin durch den Ausschuss der Regionen in den Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene eingebunden sein. Sie spielten in den Positionspapieren im Vergleich zur Smith-Zeit jedoch keine ausgeprägte Rolle mehr. Nur in dem frühen Dokument *A People's Europe* wurde das Konzept des Europa der Regionen direkt mit einer Dezentralisierung Großbritanniens und einer innerstaatlichen Aufwertung der Regionen verbunden.¹¹²²

▪ Säulenstruktur: GASP, Verteidigungspolitik, Innen- und Justizpolitik

Die Position der Labour Party zur Säulenstruktur des Vertragswerkes lehnte sich an diejenige der Konservativen an. Beide britischen Parteien sprachen sich gegen eine Aufhebung dieser Struktur, die für Labour eine wichtige Balance zwischen supranationalen und intergouvernementalen Elementen der EU darstellte, aus:

*„Although Labour shares the objective of making the existing structure more efficient and democratic, we oppose proposals to merge the second and third pillars into the first. Issues relating to foreign and security policy and justice and home affairs touch on some of the most sensitive areas of national policy. Although priority should be given to improving co-operation in those fields, policy must continue to be determined by national governments.“*¹¹²³

Im Bereich der GASP sprach sich die Labour Party wie schon unter Kinnock und Smith prinzipiell gegen die Vergemeinschaftung der Außen- und Sicherheitspolitik und eine Aufweichung der Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung aus. Auch sollte kein Mitgliedstaat die Möglichkeit eines *Opt-outs* bei gemeinsamen Aktionen im Bereich der GASP erhalten. Die britischen Sozialdemokraten befürworteten aber durchaus eine Verbesserung der Strukturen und Instrumentarien der GASP, etwa durch eine deutliche Aufwertung der Arbeit und Rolle des GASP-Sekretariats und

¹¹²⁰ LP 1995b: 12.

¹¹²¹ Vgl. LP 1995b: 10.

¹¹²² Vgl. LP 1995: 8 und LP 1994c: 3.

¹¹²³ LP 1995b: 9.

durch geeignete Mechanismen zur Einbeziehung des EP. Um letztere sicher zu stellen, war Labour sogar zu einer Vertragsergänzung bereit.¹¹²⁴

Im Bereich der Verteidigungspolitik betonte die Labour Party den Vorrang der NATO als der politischen und militärischen Organisation zur kollektiven Verteidigung Europas. „Labour does not support the establishment of a European army or proposals to give the European Union a military competence.“¹¹²⁵ Die WEU sollte zum europäischen Pfeiler der NATO ausgebaut, jedoch nicht in die Strukturen der EU eingegliedert werden. Hier machte die Labour Party lediglich das Zugeständnis, dass die IGR prüfen solle, inwieweit die Verbindungen zwischen der EU und der WEU verbessert werden könnten.¹¹²⁶

Sehr resolut stellte sich die Labour Party gegen jegliche Form der Vergemeinschaftung im Bereich der Innen- und Justizpolitik. Sie befürwortete zwar eine effizientere Kooperation der Partnerstaaten – besonders in jenen Bereichen, die Tony Blair während seiner Zeit als Schatten-Innenminister von 1992 bis 1994 unter dem Slogan „being tough on crime and the causes of crime“ ins Zentrum seiner Politik gestellt hatte. Sie hielt aber konsequent am intergouvernementalen Prinzip fest. Gerade Fragen der Grenzkontrollen, Immigration und Asyl sollten allein durch die britische Regierung und das Parlament entschieden werden.¹¹²⁷ Die Positionen der Partei im Bereich der Innen- und Justizpolitik trugen deutlich die Handschrift des eher euroskeptischen Schatten-Innenministers Jack Straw, der sich innerhalb der LWG – oftmals mit der Unterstützung Blairs – gegen die Europaparlamentarier durchgesetzt hatte. Entgegen der unter John Smith entwickelten Labour-Position, die sich vorsichtig für eine beginnende Vergemeinschaftung ausgesprochen hatte, sah Straws Linie vor, dass der Bereich der Innen- und Justizpolitik in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip ausschließlich intergouvernemental geregelt werden sollte.¹¹²⁸ Eine Unterzeichnung des Schengener Abkommens zum vollständigen Abbau von Grenzkontrollen lehnte die Labour Party rigoros ab. Nicht durchsetzen konnte sich Jack Straw allerdings mit seiner Forderung nach einer restriktiven Handhabung eines Diskriminierungsverbotes, weil er sich hier gegen traditionelle programmatische Instinkte seiner Partei stellte: So erfuhr das für die gesamte EU durchzusetzende Diskriminierungsverbot auf der Parteikonferenz 1995 sogar noch eine deutliche Präzisierung.

¹¹²⁴ Vgl. ebd.: 14 und Schwarz 1997: 75.

¹¹²⁵ Ebd.: 15. Vgl. auch LP 1996: 12-15 und LP 1997: 38.

¹¹²⁶ Vgl. ebd. und Paterson/Turnbull o. J. [1997]: 2.

¹¹²⁷ LP 1995b: 15.

¹¹²⁸ Vgl. Fella 2002: 75, LP 1995b: 15/16. Vgl. aus der Smith-Zeit LP 1993a: 62 und LP 1994: 21.

Die Delegierten verwiesen während der Debatte mehrfach entschieden auf die Anti-Diskriminierungsgesetze der Labour-Regierungen aus den Jahren 1968 und 1976.¹¹²⁹

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Labour Party sich sehr gut, gründlich und detailliert auf die anstehende IGR vorbereitet hatte. Das unterstreicht, dass die Europapolitik durchaus als ein wichtiges Politikfeld eingeschätzt wurde. Die Partei zeichnete sich durch einen pragmatischen Kurs aus, „der es ihr erlaubte, sich selbst als Partei zu präsentieren, die im ‚mainstream‘ steht“.¹¹³⁰ Der Verhandlungsspielraum für die EU-Mitgliedstaaten erhöhte sich angesichts dieser Labour-Agenda zur IGR enorm, da sie bewusst allgemein und flexibel gehalten war und Neuerungen in einigen ausgesuchten EU-Feldern, etwa der Beschäftigungspolitik, überaus positiv gegenüber stand.¹¹³¹

Auch wenn diese Agenda konstruktiver als die konservative angelegt war und den Wunsch nach einer Führungsrolle Großbritanniens in der EU hervorhob, bestach sie stärker durch ein „inhaltliches Schritthalten“ mit den europäischen Integrationsvorstellungen der führenden EU-Mitgliedstaaten, denn durch eigene Initiativen zur weiteren Ausgestaltung der EU.¹¹³² Die Labour Party wollte ganz offenkundig weder den Anschluss an die EU und die Partnerstaaten verpassen noch die Wählergunst in Großbritannien verlieren; sie sprach sich daher für den zugleich intergouvernemental und pragmatisch geprägten Mittelweg des konstruktiven Engagements aus.¹¹³³ Dabei kristallisierten sich unter Blairs Führung leichte programmatische Veränderungen heraus, die von dem zuvor unter Kinnock und Smith befürworteten traditionellen sozialdemokratischen EU-Modell Labours wegführten.

5.2.2.2 Die Ergebnisse von Amsterdam aus der Sicht der Labour Party

Nach dem überzeugenden Sieg der Labour Party bei der Unterhauswahl im Mai 1997, die ihr eine komfortable Mehrheit von 165 Sitzen eingebracht hatte, wurde der Abschluss der IGR in Amsterdam gleich zur ersten zentralen Amtshandlung der Blair-Regierung.¹¹³⁴ Dabei tat sich die Labour-Regierung insofern leicht, als der

¹¹²⁹ Vgl. LP 1995b: 16.

¹¹³⁰ Fella 2002: 87.

¹¹³¹ Vgl. Paterson/Turnbull o. J. [1997]: 2.

¹¹³² Vgl. Hughes/Smith 1998: 93.

¹¹³³ Vgl. Winter 1999: 103-105.

¹¹³⁴ Auf die Labour Party entfielen 43,3 Prozent (419 Sitze), auf die Konservative Partei 30,7 Prozent (165 Sitze) und die Liberaldemokraten 16,8 Prozent (46 Sitze) der Wählerstimmen. Die britischen Medien und politischen Kommentatoren sprachen übereinstimmend von einem „Erdrutschsieg“. Vgl.

Maastrichter Vertrag bereits die Grenzen des Elitenprojekts EU aufgezeigt hatte und die Erwartungshaltung an die Konferenz äußerst gering war: „Von einer ‚vorsichtigen Weiterentwicklung‘ ohne ‚größere Kompetenzabtretungen und völlig neue Entscheidungsregeln‘ war die Rede, und sogar Helmut Kohl (...) sprach davon, dass ‚(...) vielleicht das eine oder andere Problem nur als Zwischenregelung geregelt wird und man dann in ein paar Jahren weitermacht (...)‘“.¹¹³⁵ Um überhaupt zu Zwischenregelungen zu kommen, setzten die EU-Partnerstaaten im Frühjahr 1997 auf einen Wahlsieg der Labour Party und damit auf einen neuen europafreundlicheren britischen Verhandlungspartner in Amsterdam.¹¹³⁶ Und die neue britische Regierung zeigte sich nach ihrem fulminanten Wahlsieg, der ihr die größte Anzahl an Sitzen im britischen Unterhaus in der gesamten Nachkriegszeit beschert hatte, in der Tat gut vorbereitet und zudem kompromissbereit. Labour komme in dem Wunsch nach Amsterdam, „eine Übereinkunft zu erreichen, und nicht mit der Absicht, eine Übereinkunft zu blockieren“, betonte der neue britische Außenminister Robin Cook bereits unmittelbar nach dem Wahlsieg seiner Partei im Mai 1997.¹¹³⁷ Labour wolle nicht innerhalb der EU isoliert sein, sondern strebe einen „driving seat“ in der EU an, so der Außenminister.¹¹³⁸ Darauf deuteten auch die europapolitischen Initiativen hin, die die Labour-Regierung bereits eine Woche nach der Wahl ergriffen hatte: „Die Zustimmung zur Unterzeichnung der Sozialcharta und die geplante Aufnahme der Europäischen Menschenrechtskonvention in die Rechtsprechung des Vereinigten Königreiches waren beides symbolische Akte, die das britische Engagement in Europa zeig(t)en. Finanzminister Gordon Brown verlieh der Bank von England das Recht, den Zinssatz zu bestimmen – ein psychologisch bedeutender Schritt für den Fall einer Verlegung der Autorität auf eine unabhängige Europäische Zentralbank.“¹¹³⁹ Auf den Willen zu einer engagierten Europapolitik wies auch Blairs Kabinettsbesetzung hin. Mit dem neuen Europaminister Doug Henderson, dem europahilfen Peter Mandel-

Margetts 1997: 180 und Driver/Martell 1998: 6. Dominierende Themen des Wahlkampfes waren die Bildungs-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik. Die Europapolitik spielte insofern eine Rolle, als die Wähler die mit ihr verbundene Zerstrittenheit in der Konservativen Partei negativ als Regierungsunfähigkeit brandmarkten.

¹¹³⁵ Winter 1999: 103. Vgl. auch Young, H. 1998: 489/490 und Fella 2002: 6: *“These review provisions reflected the nature of the TEU itself: a compromise between those member states who sought the development of a more integrated supranational entity, with federal characteristics, and those (notably Britain) who wished to steer the EU towards a more intergovernmental method of cooperation (...)”*

¹¹³⁶ Vgl. Wallace, H. 1997/98: 388.

¹¹³⁷ Cook/Robertson 1997: 3.

¹¹³⁸ Vgl. zum Sozialprotokoll LP 1997c: 29 und LP 1998a: 3. Vgl. zur Führungsrolle Großbritanniens u.a. Herbrink 1997: 14

¹¹³⁹ Paterson/Jeffery 1997: 23.

son, dem der EWU eher aufgeschlossen gegenüberstehenden Schatzkanzler Gordon Brown und dem europafreundlichen früheren Vorstandsvorsitzenden von British Petroleum, David Simon, als Minister für Wettbewerbsfragen erhielten Labour-Politiker mit guten europäischen Kontakten Schlüsselpositionen für besonders stark mit der EU verflochtene Ressorts.¹¹⁴⁰

Premierminister Blair und Außenminister Cook erhielten für ihren konstruktiven Verhandlungsbeitrag in Amsterdam überwiegend gute Noten von den EU-Partnerstaaten.¹¹⁴¹ Die Labour-Regierung selbst sprach von überaus erfolgreichen Verhandlungen, bei denen wichtige Ziele des Labour-Katalogs zur IGR erreicht worden seien. Im britischen Unterhaus stellte Blair im Juni 1997 zufrieden fest, dass Großbritannien nun wieder als verlässlicher und angesehener EU-Partner gelte, New Labour aber gleichzeitig britische Interessen – vor allem in der Asyl- und Immigrationspolitik sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik – erfolgreich verteidigt habe.¹¹⁴²

Letztlich unterschied sich die Europapolitik der regierenden Labour Party in der Praxis nur wenig von jener der Konservativen. Wie schon während Majors Frühphase als Premierminister zeigte sich jedoch: „style matters in EU policies“.¹¹⁴³ Darüber hinaus hatte die Labour-Regierung in Amsterdam aber auch mehr Kompromiss- und Integrationsbereitschaft bewiesen als ihre Vorgängerin. Die politische Philosophie, die Blair prägte, unterschied sich deutlich von der konservativen Major-Regierung. Blair und seine Minister waren weit weniger besessen von Gedanken zur nationalen und parlamentarischen Souveränität und schauten stattdessen nüchtern darauf, welche Vorschläge Großbritannien ihrer Ansicht nach nutzen konnten. Kurzum: Sie brachten weniger „ideologisches Gepäck“ mit in die Verhandlungen und vermochten somit flexibler zu agieren.¹¹⁴⁴ So war Labours Reformwille bei der Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im MR deutlich ausgeprägter als der vieler Mitgliedstaaten.¹¹⁴⁵ Gleiches galt für die Stärkung des EP durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens.¹¹⁴⁶ Positiv verbuchen konnte die neue britische Regie-

¹¹⁴⁰ Vgl. Wallace, H.1997/98: 388, Paterson/Turnbull o. J. [1997]: 1 und Turner 2000: 228.

¹¹⁴¹ Vgl. Grant 1998: 5

¹¹⁴² Blair 1997: Official Report vom 18. Juni, zitiert aus Fella 2002: 204. Vgl. auch Daniels 1998: 92, Winter 1999: 109, Herbrink 1997: 15 und Anderson/Mann 1997: 114/115.

¹¹⁴³ Grant 1998: 6. Vgl. zur Konformität von CP und LP in der Europapolitik Young, J. 1997: 153, Herbrink 1997: 13-15, Fella 2002: 206 und Wallace, H.1997/98: 389.

¹¹⁴⁴ Vgl. Grant 1998: 6, Young, J. 1997: 153 und Turner 2000: 225.

¹¹⁴⁵ Vgl. Henderson 1997: Official Report vom 2. Dezember: 224 und ders. 1997: Official Report vom 12. November: 1000.

¹¹⁴⁶ Vgl. Fella 2002: 205/206, Winter 1999: 106/107 und Paterson/Jeffery 1997: 26.

rung auch die Festschreibung eines moderaten Beschäftigungskapitels, das aber bewusst nicht mit finanziellen Mitteln und gemeinschaftlichen Zuständigkeiten verbunden war.

Letztlich spiegelte das Verhandlungsergebnis des Amsterdamer Vertrags sowohl viele Übereinstimmungen mit dem von der LWG erarbeiteten Papier, aber auch „typisch britische“ Positionen, die auch die Vorgänger-Regierung vertreten hatte, wider.¹¹⁴⁷ So war die Labour-Regierung zwar zu einer Verfeinerung der GASP-Instrumentarien bereit, beharrte aber weiterhin auf dem Konsensprinzip bei Entscheidungen in diesem Bereich. Ebenso sträubte sie sich im Kontext der europäischen Verteidigung erfolgreich gegen eine Eingliederung der WEU in die EU.¹¹⁴⁸ Hier stellte Außenminister Robin Cook klar: „Security and defence are matters which intimately touch on the identity of nation-states. We don't believe any nation state would be willingly out-voted on a matter which touches on its defence.“¹¹⁴⁹ Leichte Konzessionen machte das Blair-Team in der Innen- und Justizpolitik. „Hier konzentrierten sich die Bemühungen auf den Erhalt der nationalen Kontrolle über die Grenzen, eine direkte – wenn auch weniger drastisch vorgetragene – Wiederholung der Position der konservativen Regierung. Das dazu angewandte Mittel war ein Zusatzprotokoll, welches einen langfristigen (...) Ausschluss Großbritanniens gestattete.“ Blair betonte dabei, dass dieses bindende Protokoll zur Sicherung der Grenzkontrollen kein *Opt-out*, sondern ein *Opt-in* zu bestimmten Aspekten des Schengen-Acquis sei, „wenn wir es wollen.“¹¹⁵⁰ Dies konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Labour hier gegen die eigenen Vorsätze verstieß: In der Oppositionszeit hatte sich die Partei stets gegen jegliche *Opt-outs* ausgesprochen, weil sie in jedem Politikbereich der EU mit den anderen Partnern unbedingt Schritt halten und nicht wie die Konservativen eine Politik des „pick-and-choose“ betreiben wollte.¹¹⁵¹ Entsprechend hartnäckig hatte die Labour-Regierung in Amsterdam daher auch versucht, Umfang und Potenzial einer Flexibilitätsklausel möglichst gering zu halten, um ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ zu verhindern. Den Eingang der Klausel in den Vertrag hatte sie indes nicht verhindern können.

Die Partei zeigte sich mit den Ergebnissen ihrer Regierung in Amsterdam überwiegend zufrieden und reagierte auf der Parteikonferenz positiv und geschlossen auf das

¹¹⁴⁷ Vgl. Winter 1999: 112, Applebaum 1997: 58 und Schwarz 1997: 73-75.

¹¹⁴⁸ Vgl. Paterson/Turnbull o.J. [1997]: 2.

¹¹⁴⁹ Cook, in: The Independent vom 14. Mai 1997.

¹¹⁵⁰ Blair, zitiert aus Paterson 1999: 268. Vgl. auch Paterson/Turnbull o. J. [1997]: 2.

¹¹⁵¹ Vgl. Mandelson/Liddle 1996: 167.

Vertragswerk. Kritische oder ablehnende Stimmen finden sich in den Konferenzaufzeichnungen nicht. Der Europaparlamentarier Wayne David lobte den „kreativen Dialog“ und unterstrich ebenso wie seine EP-Kollegin Pauline Green, dass Labour seine wichtigsten Ziele – Impulse zur Beschäftigung, Stärkung des EP, Unterzeichnung des Sozialprotokolls – erreicht habe.¹¹⁵² Die Delegierte Gillian Harris lobte die „effektive Diplomatie der Regierung“ in Amsterdam.¹¹⁵³ John Edmonds von den Gewerkschaften unterstützte vor allem das Beschäftigungskapitel, drängte aber darauf, dass dieses mittelfristig mit mehr Leben gefüllt werden müsse. Edmonds vertrat hier die Position der Parteimehrheit, die sich für eine weitaus schlagkräftigere und stärker vergemeinschaftete Sozialpolitik der EU aussprach (*siehe Kapitel 5.2.4*). Zugleich mahnte er eine konsequente Prioritätensetzung für ein „Europa der Bürger“ an. Die Labour-Regierung sollte sich seiner Ansicht nach noch stärker für eine Reform der GAP einsetzen, so dass bislang an die GAP gebundene EU-Mittel für eine „Initiative zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ frei würden.¹¹⁵⁴ Die Europaparlamentarierin Pauline Green sah die EU nach dem Wahlsieg Labours nun unter sozialdemokratischen Vorzeichen agieren. Sie nutzte das Parteitagforum aber auch, um eine zügige Positionierung der Partei zur EWU anzumahnen. Darüber hinaus appellierte sie an die eigene Regierung, ihre große Mehrheit im Unterhaus langfristig für die Entwicklung und Umsetzung einer eigenen EU-Agenda und einer konkreten Vorstellung zur Finalität der EU zu nutzen, die bislang fehlte.¹¹⁵⁵

5.2.3 Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages im britischen Unterhaus

Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages stellte für die LP aufgrund ihrer großen Mehrheit im Unterhaus keine große Herausforderung dar – das Parlament stand, zumal auch die Liberaldemokraten die Ratifizierung unterstützten, unter proeuropäischen Vorzeichen.¹¹⁵⁶ Im Vergleich zur hitzig und emotional geführten Debatte zur Ratifizierung des Maastrichter Vertrages war der gemäßigte und sachliche Ton, den die Labour-Regierung in der Amsterdam-Debatte anschlug, auffällig.¹¹⁵⁷ Die Abgeordneten diskutierten mit Ausnahme der Konservativen nun auch weitaus

¹¹⁵² Vgl. David, in: LP 1997b: 130 und Green, in: LP 1997b: 55.

¹¹⁵³ Harris, in: LP 1997b: 134.

¹¹⁵⁴ Vgl. Edmonds, in: LP 1997b: 133/134 und das Plädoyer für eine koordinierte Beschäftigungsstrategie im Europa-Antrag der Parteikonferenz (Composite 39), in: LP 1997d: 28. Vgl. zur GAP-Reform Agrarminister Cunningham, in: LP 1997b: 134/135.

¹¹⁵⁵ Vgl. Green, in: LP 1997b: 56.

¹¹⁵⁶ Vgl. Paterson/Jeffery 1997: 22.

stärker über das Vertragswerk selbst als über die Europäische Union und die britische Mitgliedschaft allgemein. Darüber hinaus nutzte die Labour-Regierung im Dezember 1997 gezielt das Instrument der *guillotine*, d.h. sie setzte frühzeitig das Ende der Debatte und den Zeitpunkt der Abstimmung fest, um eine schnelle Ratifizierung zu ermöglichen. Dadurch fand die dritte Lesung der *Amsterdam Bill* bereits nach wenigen Monaten am 19. Januar 1998 statt. Außenminister Robin Cook begründete die Entscheidung der Regierung damit, dass es – wiederum abgesehen von den Konservativen – eine große parteiübergreifende Zustimmung für den Vertrag gebe und der Gesetzentwurf seit der zweiten Lesung bereits eine detaillierte Beratung von 20 Stunden erfahren habe. Er verwies darauf, dass die Konservativen die gesamte Debatte mit stets gleichen Argumenten künstlich aufhielten und noch dazu wiederholt über die EWU diskutierten, obwohl diese nicht Gegenstand des Gesetzentwurfes war.¹¹⁵⁸ Diese durch ständige Wiederholungen geprägte Debattenkultur der Konservativen war nach Ansicht des Labour-Abgeordneten Bill Rammell auch dafür verantwortlich, dass sich die Parlamentarier seiner Partei nicht besonders zahlreich mit Redebeiträgen einbrachten, obwohl sie den Vertrag unterstützten.¹¹⁵⁹

Während der Debatte zielte die Labour-Regierung vor allem darauf ab, sich positiv von der Europapolitik der konservativen Vorgängerregierung abzusetzen. Außenminister Cook, Europaminister Doug Henderson und viele Labour-Abgeordnete betonten übereinstimmend die konstruktiven Verhandlungen, den veränderten Verhandlungston gegenüber den europäischen Partnern, aber auch den entschiedenen Willen Labours, Bündnisse innerhalb der EU zu schließen und eine Führungsposition einzunehmen.¹¹⁶⁰ Cooks Bilanz fiel sachlich und nüchtern aus: Kooperation ist möglich, und wir setzen auf sie, weil sie für uns gewinnbringend ist.¹¹⁶¹ Gleichzeitig argumentierten die Labour-Minister im Unterhaus aber auch auffallend nationalstaatlich. Nahezu identisch zur konservativen Vorgängerregierung während der Maastricht-Debatte unterstrichen sie vor allem den großen Nutzen Großbritanniens durch das beherzte Verhandeln Labours bei der Entstehung des Amsterdamer Vertrages. Für Europaminister Doug Henderson lasen sich die Errungenschaften für Großbritannien folgendermaßen:

¹¹⁵⁷ Vgl. Gapes 1997: Official Report vom 12. November: 948.

¹¹⁵⁸ Cook 1997: Official Report vom 17. Dezember: 408/409.

¹¹⁵⁹ Vgl. Rammell 1998: Official Report vom 19. Januar: 772.

¹¹⁶⁰ Vgl. Cook 1997: Official Report vom 12. November: 913/914, Rammell 1997: ebd.: 956, Vis 1997: ebd.: 989, Henderson 1997: ebd.: 998 und Radice 1997: Official Report vom 3. Dezember: 452/453.

¹¹⁶¹ Vgl. Cook 1997: Official Report vom 12. November: 911.

„We achieved what is widely regarded across Europe as a very British treaty which reflects the British Government’s priorities on: employment, fighting crime, protecting the environment, subsidiarity and an increased role for national Parliaments, measures to counter fraud in the Community, greater openness in the Union, fighting discrimination (...) a recognition NATO’s key role in defence, and retaining the veto for key common foreign and security policy decisions. On all those issues, we went to Amsterdam looking for results – and we got them.“¹¹⁶²

Neben den von Labour stets eingeforderten Vorgaben zur Sozial-, Arbeitsmarkt- und Anti-Diskriminierungspolitik, waren es vor allem strukturelle britische Interessen wie die verstärkte Rolle der nationalen Parlamente, die Bekämpfung von Betrug und Korruption innerhalb der EU, die Manifestierung der Vormachtstellung der NATO in der Europäischen Verteidigung und das von Außenminister Cook mehrfach hervorgehobene Zusatzprotokoll zur Sicherung der britischen Grenzkontrollen, die als maßgebliche Vertragserrungenschaften Amsterdams galten.¹¹⁶³

Wiederholt brachten Labour-Regierung und Abgeordnete darüber hinaus den Amsterdamer Vertrag in einen direkten Zusammenhang mit der notwendigen Erweiterung der Gemeinschaft, die Labour – ebenso wie die konservative Vorgängerregierung 1992 – zu einem Topthema ihrer in Kürze anstehenden britischen Ratspräsidentschaft machen wollte.¹¹⁶⁴ Die klare Botschaft war: Die Ergebnisse von Amsterdam sind nur ein erster Baustein für die Erweiterung der Union, weitere müssen folgen. Und: Ohne eine weitere Vertiefung der EU und auch eine damit einhergehende Ausweitung der QME, wie sie in Amsterdam bereits begonnen wurde, wird die EU diese Erweiterung nicht schultern können.¹¹⁶⁵ Die LP begrüßte die Schwerpunktsetzung zugunsten europäischer sozial- und arbeitsmarktpolitischer Akzente durch die Unterzeichnung des Sozial- und Beschäftigungskapitels. Hier lieferten sich die Abgeordneten der Labour Party mit ihren konservativen Kollegen eine inhaltlich nahezu gleiche Debatte wie zu Zeiten des Maastrichter Vertrages (Flexibilisierung vs. Regulierung des Arbeitsmarktes). Für die meisten Labour-Abgeordneten stand das Sozialkapitel nach wie vor für „einen Mindeststandard an Beschäftigungsfairness in Europa.“¹¹⁶⁶ Die Euro-Skeptiker Ted Rowlands und Denzil Davies machten indes keinen

¹¹⁶² Henderson 1998: Official Report vom 19. Januar: 755. Vgl. auch Cook 1997: Official Report vom 12. November: 910-915 und Official Report vom 17. Dezember: 412.

¹¹⁶³ Vgl. zur Kontrolle durch die nationalen Parlamente Cook 1997: Official Report vom 12. November: 914, Anderson 1997: ebd.: 932, Mackinlay 1997: ebd.: 944 und Rammell 1997: ebd.: 957.

¹¹⁶⁴ Vgl. Cook 1997: Official Report vom 12. November: 918-920 und Anderson 1997: ebd.: 930.

¹¹⁶⁵ Gapes 1997: Official Report vom 12. November: 949 und Rammell 1997: ebd.: 958.

¹¹⁶⁶ Rammell 1997: Official Report vom 3. Dezember: 425. Vgl. auch Gapes 1997: ebd.: 396-398, Henderson 1997: ebd.: 435-437, Cook 1997: Official Report vom 12. November: 912, Rammell 1997: ebd.: 957, Casale 1997: ebd.: 963.

Hehl daraus, dass sie das Beschäftigungskapitel für allzu unverbindlich und damit für eine wertlose Absichtserklärung hielten, da es keinerlei konkrete Zielvorgaben oder Kriterien enthalte.¹¹⁶⁷

Eingang in die parlamentarische Debatte fand auch das Subsidiaritätsprotokoll, das Labour als eine wichtige Präzisierung des Maastrichter Vertrages ansah und bewusst mit seiner Devolutionspolitik für Großbritannien verknüpfte. So stellte Außenminister Robin Cook klar: „Die neue Labour-Regierung legt ebenso großen Wert auf den Grundsatz der Subsidiarität wie es die Konservative Regierung stets getan hat. Wir unterscheiden uns aber dadurch, dass Subsidiarität für uns nicht mit dem Machttransfer von Brüssel nach Whitehall endet. Wir sind ebenso gewillt, Subsidiarität auch zu Hause zu praktizieren (...).“¹¹⁶⁸

Die im Vertrag verankerten Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierungen sowie die erstmals festgehaltene Suspensionsklausel, die mit Blick auf die Einhaltung der Menschen- und Grundrechte als Sanktionsmechanismus der EU nach innen zu verstehen ist, fanden die volle Zustimmung der Labour-Parlamentarier. Beide Bestandteile des Vertrages korrespondierten mit traditionellen Politiken Labours, die auch in allen Positionspapieren zur IGR festgehalten waren.¹¹⁶⁹

Dem intergouvernementalen Prinzip und der Säulenstruktur der EU blieb die Labour Party genauso verhaftet wie die CP. So unterstützten nahezu alle Redner die weiterhin intergouvernementale Ausrichtung der GASP und die Untermauerung der Vormachtstellung der NATO für die europäische Verteidigung. Stellvertretend für viele Parlamentarier sprach der Abgeordnete Donald Anderson hier vom „praktischen Geist des Vertrages“, dessen Veränderungen nur die Mechanismen und Instrumente der GAPS betreffen.¹¹⁷⁰ Austin Mitchell hingegen, Mitglied der LESC und bekennender Euro-Skeptiker, kündigte in der dritten Lesung an, dass er der Abstimmung fern bleiben werde, da er dem Amsterdamer Vertrag auf keinen Fall zustimmen könne. Hierbei spielten auch die Vereinbarungen zur GASP eine Rolle. Die angestrebte weitere Ausgestaltung der WEU hatte nach Mitchells Ansicht die Konsequenz, dass die

¹¹⁶⁷ Vgl. Rowlands 1997: Official Report vom 27. November: 1140/1141 und Davies 1997: ebd.: 1151.

¹¹⁶⁸ Cook 1997: Official Report vom 12. November: 912.

¹¹⁶⁹ Vgl. etwa Cook 1997: Official Report vom 12. November: 915, Anderson 1997: ebd.: 929, Murphy 1997: ebd.: 983 und Henderson 1997: Official Report vom 2. Dezember: 246.

¹¹⁷⁰ Anderson 1997: Official Report vom 12. November: 931. Vgl. Gapes 1997: ebd.: 951, Murphy 1997: ebd.: 983 sowie Gapes 1997: Official Report vom 27. November: 1132.

EU auf Kosten der Mitgliedstaaten ein „eigenes Dasein“ in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik erreichen werde.¹¹⁷¹

Im Bereich der Innen- und Justizpolitik lag der Fokus neben der Sozialpolitik und der Frage der Grenzkontrollen vor allem auf der Stärkung Europols, die die Labour-Parlamentarier im Sinne der Blair-Vorgabe „being tough on crime and the causes of crime“ als verbesserte europaweite Koordination in diesem Bereich begrüßten.¹¹⁷²

Einige an der Debatte beteiligten Labour-Parlamentarier – Pro-Europäer wie Euro-Skeptiker – ließen aber auch durchblicken, dass die Errungenschaften des Vertragswerks ihnen zum Teil nicht weit genug gingen oder aber Defizite aufwiesen. So bemängelte der Euro-Skeptiker Austin Mitchell, dass auch der Amsterdamer Vertrag das demokratische Defizit nicht behoben, geschweige denn klare Zuständigkeiten zwischen den Ebenen der EU geregelt habe. Sein Fazit: Das gerade auch von seiner Partei immer wieder beschworene „Europa der Bürger“ sei zwar ein attraktives Konzept, das aber überhaupt nicht umgesetzt werde.¹¹⁷³ Auch die Pro-Europäer unterstrichen die Notwendigkeit, die EU näher an die Bürger zu bringen und dies zu einem zentralen Thema der britischen EU-Ratspräsidentschaft zu machen.¹¹⁷⁴ Dazu gehörte für sie neben Demokratisierung und Transparenz in der Union vor allem auch eine Ausbalancierung der Finanzen und Ressourcen der EU durch eine Reform der GAP, so dass mehr Mittel für bürgernahe Politiken wie etwa die Beschäftigungspolitik ausgegeben werden konnten.¹¹⁷⁵

Obwohl der Amsterdamer Vertrag keine neuen Bestimmungen zur EWU enthielt, nahm diese während der Ratifizierungsdebatte im Unterhaus breiten Raum ein. Nach den Worten Austin Mitchells stellte sie auch für die Labour Party „den wirklichen Kampf über die Wirtschaft“ dar – entsprechend breit war das Meinungsspektrum zum monetären Projekt der EU und entsprechend häufig meldeten sich hier die ansonsten völlig marginalisierten Euro-Skeptiker der Partei zu Wort.¹¹⁷⁶ Der Abgeordnete Ted Rowlands hielt die strengen EWU-Kriterien für unvereinbar mit einer aktiven EU-weiten Beschäftigungspolitik und fragte daher kritisch: „Was hätte Vorrang – Die Kriterien der Währungsunion oder das Ziel einer hohen Beschäftigungsrate?“¹¹⁷⁷ Ebenso wie Denzil Davies kritisierte Rowlands die strenge Fokussierung der

¹¹⁷¹ Mitchell 1998: Official Report vom 19. Januar: 763.

¹¹⁷² Vgl. stellvertretend Pound 1997: Official Report vom 12. November: 935/936.

¹¹⁷³ Vgl. Mitchell 1998: Official Report vom 19. Januar: 763.

¹¹⁷⁴ Vgl. Anderson 1997: Official Report vom 12. November: 931 und Casale 1997: ebd.: 963.

¹¹⁷⁵ Vgl. Gapes 1997: Official Report vom 27. November: 1163.

¹¹⁷⁶ Mitchell 1998: Official Report vom 19. Januar: 764.

¹¹⁷⁷ Rowlands 1997: Official Report vom 27. November: 1141.

EWU und ihres ausführenden Organs, der EZB, auf die Wahrung der Preisstabilität. Auch hielten beide feste Wechselkurse für die gesamte EU in ihrer großen wirtschaftlichen Heterogenität schlichtweg für den falschen Weg. Überhaupt sei es schon erstaunlich, so Rowlands, dass New Labour seine interventionistische Tradition radikal abgestreift und sich einem flexiblen Arbeitsmarkt verschrieben habe, gleichzeitig aber ein derart korporatives und interventionistisches Projekt wie die EWU unterstützen wolle. Auch Davies' Urteil zur Notwendigkeit einer EZB fiel eindeutig aus: „Die gute alte britische Verfassung passt sehr gut zur globalen Wirtschaft.“¹¹⁷⁸ Nick Palmer, Bill Rammell und Mike Gapes widersprachen den Überlegungen ihrer euroskeptischen Fraktionskollegen. Kein Nationalstaat habe mehr die alleinige Souveränität und Kontrolle über seine ökonomischen Entscheidungen, das habe der *Black Wednesday* 1992 nur allzu deutlich gezeigt. Ihr Fazit: Wolle Großbritannien nicht innerhalb der EU isoliert sein, müsse es früher oder später auf den EWU-Zug aufspringen.¹¹⁷⁹

5.2.4 Die innerparteiliche Ebene: Heterogenes Meinungsspektrum zur EU bei Dominanz der Parteiführung

Die Europapolitik Labours in der Zeit von 1994 bis zur Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages im britischen Unterhaus spricht dafür, dass der in den achtziger Jahren eingeleitete programmatische Wandel der Partei vom Austritt aus der EG hin zu einer Befürwortung der Europäischen Integration dauerhaft und genuin war. Die große Mehrheit der Parlamentsfraktion war nach der Kinnock- und Smith-Ära prinzipiell pro-europäisch eingestellt. Dieser Trend wurde durch den Influx junger Abgeordneter in das Unterhaus 1987, 1992 und vor allem 1997 deutlich stärker. Im Vergleich zu den Konservativen zeigte sich innerhalb der Parlamentsfraktion der LP ein entgegengesetztes Generationenphänomen: War in der LP vor allem die kleiner werdende Zahl älterer Abgeordneter eher euro-skeptisch oder anti-europäisch eingestellt, so galt dies in der CP besonders für die jüngeren Abgeordneten, die in der Post-Thatcher-Ära 1992 und 1997 vermehrt ins Parlament eingezogen waren.¹¹⁸⁰ Ent-

¹¹⁷⁸ Vgl. Rowlands 1997: Official Report vom 27. November: 1143 und Davies 1997: ebd.: 1152-1154 (Direktzitat stammt aus Spalte 1154).

¹¹⁷⁹ Vgl. Gapes 1997: Official Report vom 12. November: 949, Rammell 1997: Official Report vom 27. November: 1169/1170, Palmer 1997: ebd.: 1182.

¹¹⁸⁰ Vgl. Paterson/Henson 1995: 30, Fella 2002: 32, Baker/Seawright 1998: 57 und 74-77, Daniels 1998: 89/90, Broad 2001: 193 und Holden 2002: 132.

sprechend bekräftigte auch der Labour-Abgeordnete und bekennende Euro-Skeptiker Austin Mitchell 1995 sarkastisch, dass der programmatische Wandel seiner Partei genuin war: „1984 waren wir nicht länger für den Austritt, sondern für eine Neuverhandlung der Römischen Verträge, (...) 1987 waren wir pro-europäisch, 1992 enthusiastisch über Europa und nun sprudeln wir nur noch so vor Enthusiasmus.“¹¹⁸¹ Bereits ein Jahr zuvor hatte Baroness Tessa Blackstone, Labour-Mitglied des britischen Oberhauses, insistiert, dass die Labour Party zwar noch immer einige wenige Euro-Skeptiker in ihren Reihen habe, diese aber wie „erloschene Vulkane“ seien, die keinen oder nur noch einen äußerst marginalen Einfluss auf die Partei hätten.¹¹⁸²

Eine Befragung von Unterhaus- und Europaabgeordneten der Partei aus den Jahren 1995 und 1996 zeigt indes, dass es auch unter der Führung Tony Blairs Mitte der neunziger Jahre durchaus noch ein äußerst heterogenes Meinungsspektrum und ein latentes Spaltungspotenzial zum Europäischen Integrationsprozess und seiner weiteren Entwicklung gab.¹¹⁸³ Das zeigt auch die Revitalisierung des einzigen institutionalisierten Forums der EU-Gegner und Euro-Skeptiker in der Partei, des LCMSC, im Jahr 1995, das nun in die *Labour Euro-Safeguards Campaign (LESC)* umbenannt wurde. Die LESG, die nach eigenen Angaben von rund 60 Abgeordneten unterstützt wurde, publizierte regelmäßig Stellungnahmen zur EU, insbesondere zur EWU, die sie sowohl aus souveränitäts- als auch aus wirtschaftspolitischen Gründen strikt ablehnte. Über die Abgeordneten Peter Shore, Denzil Davies, Nigel Spearing, Tony Benn und Austin Mitchell im Unterhaus sowie Lord Jay und Lord Stoddart im Oberhaus war die LESG parlamentarisch auch Mitte der neunziger Jahre noch gut vernetzt; sie stand sinnbildlich dafür, dass die Partei zwar europapolitisch geschlossen auftrat, es aber unterhalb der Oberfläche nicht unbedingt war.¹¹⁸⁴

¹¹⁸¹ Austin Mitchell, zitiert aus Baker/Gamble/Ludlam/Seawright 1996: 354 (Übersetzung der Verfasserin).

¹¹⁸² Baroness Blackstone, in: *The Observer* vom 15. Mai 1994 (Übersetzung der Verfasserin).

¹¹⁸³ Vgl. Baker/Gamble/Ludlam/Seawright 1996 und Baker/Seawright 1998.

Abbildung 10: Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration

Membership and Sovereignty	Strongly agree or agree %	Neither agree nor disagree %	Strongly disagree or disagree %
1.1 Britain should withdraw from the European Union	MP 7	3	90
	MEP 7	0	93
	Back 9	5	86
	Front 0	0	100
1.2 The disadvantages of EC membership have been outweighed by the benefits	MP 52	11	37
	MEP 59	0	41
	Back 55	11	34
	Front 38	14	48
1.4 The globalisation of economic activity makes European Union (EU) membership more, rather than less necessary for the UK	MP 88	2	10
	MEP 86	0	14
	Back 83	3	14
	Front 100	0	0
1.5 Sovereignty cannot be pooled	MP 30	11	59
	MEP 14	14	72
	Back 34	10	56
	Front 20	15	65
1.7 Subsidiarity reinforces the federalist tendency in the EU	MP 36	32	32
	MEP 32	22	46
	Back 40	35	25
	Front 30	25	45

Quelle: Labour Parliamentarians and European Integration Survey, ESRC/Nottingham Trent University 1995/96, abgedruckt in: Baker/Seawright 1998¹¹⁸⁵

Wie Abbildung 8 zeigt, stellte die breite Mehrheit der Labourabgeordneten Mitte der neunziger Jahre die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens nicht mehr in Frage. Die Forderung nach einem Rücktritt Großbritanniens aus der EU fand unter den von Baker, Gamble, Ludlam und Seawright befragten Parlamentariern nur noch äußerst marginale Zustimmung, im Schattenkabinett überhaupt keine (Abb. 8, 1.1). Stattdessen unterstrich eine große Mehrheit der Parlamentarier, dass die Mitgliedschaft in der EU in Zeiten einer globalisierten Wirtschaft sogar noch an Bedeutung und Notwendigkeit zunehmen werde (Abb. 8, 1.4). Diese Einschätzungen manifestierten nochmals deutlich Labours Wandel zu einer pro-europäischen Partei. Der Eindruck wird jedoch dadurch geschmälert, dass sich lediglich eine knappe Mehrheit der befragten

¹¹⁸⁴ Vgl. Austin Mitchells Vorwort, in Rowley 1996: 1/2 und „Labour Eurosceptics Challenge Blair on Sovereignty“, in: Financial Times vom 7. Juni 1995.

¹¹⁸⁵ Der Fragebogen der Studie enthielt insgesamt 95 Fragen zum Europäischen Integrationsprozess. Die Verschickung erfolgte im Rahmen von vier Mailings zwischen dem 10. November 1995 und dem 27. Februar 1996. Der Fragebogen wurde von 33 Prozent der Abgeordneten in Westminster und 47 Prozent der Europaparlamentarier der Labour Partei ausgefüllt und zurückgeschickt. Vor allem angesichts der wiederholten Aufforderungen der *Labour Whips*, den Fragebogen nicht zu bearbeiten, galt diese Rücklaufquote als Erfolg.

Parlamentarier davon überzeugt zeigte, dass die Vorteile der Mitgliedschaft in der EG/EU insgesamt gegenüber den Nachteilen überwogen (Abb. 8, 1.2.). Nach wie vor spaltete zudem der mit dem Europäischen Integrationsprozess verbundene schwierige Souveränitätsaspekt die Labour-Parlamentarier. Ein Drittel der Hinterbänker hielt das Poolen von Souveränität weiterhin nicht für möglich (Abb. 8, 1.5). Die Parlamentarier waren auch in ihrer Haltung zum Subsidiaritätsprinzip gespalten, das 40 Prozent der Hinterbänker und selbst 30 Prozent des Schattenkabinetts als ein Instrument zur Stärkung zentralistischer Tendenzen in der EU ansahen – und damit einer zentralen Argumentation der Euro-Skeptiker folgten (Abb. 8, 1.7).

Abbildung 11: Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration

Economic and Monetary Union		Strongly agree or agree %	Neither agree nor disagree %	Strongly disagree or disagree %
2.1 The establishment of a single EU currency would signal the end of the UK as a sovereign nation	MP	21	5	74
	MEP	18	4	78
	Back	28	6	66
	Front	0	0	100
2.2 There should be a national referendum before the UK enters a single currency	MP	50	10	40
	MEP	28	31	41
	Back	56	10	34
	Front	35	15	50
2.4 The UK should not seek to meet the EMU convergence criteria if the result is increased unemployment in Britain	MP	78	16	6
	MEP	64	20	16
	Back	81	13	6
	Front	71	24	5
2.5 A single currency as set out in the Maastricht Treaty will institutionalise neo-liberal economic policy in Britain	MP	29	33	38
	MEP	24	21	55
	Back	31	37	32
	Front	29	19	52
2.7 Britain should never permit its monetary policy to be determined by an independent European Central Bank	MP	42	20	38
	MEP	21	18	61
	Back	44	22	34
	Front	40	15	45

Quelle: Labour Parliamentarians and European Integration Survey, ESRC/Nottingham Trent University 1995/96, abgedruckt in: Baker/Seawright 1998

Mit Blick auf die EWU folgte die große Mehrheit der Parlamentarier – nahezu 80 Prozent – Tony Blairs Marschroute, dass eine einheitliche Europäische Währung durchaus vereinbar mit Großbritanniens Rolle als souveräner Nationalstaat sei (Abb. 9, 2.1).¹¹⁸⁶ Gemäß der Studie hatte das monetäre Projekt der EU dennoch unzweifel-

¹¹⁸⁶ Vgl. Blair 1995.

haft das größte europapolitische Spaltungspotenzial in Partei und Fraktion. Im Jahr 1996 sprachen sich 64 Prozent der Wahlkreiskandidaten Labours für einen Beitritt Großbritanniens zur EWU aus.¹¹⁸⁷ Dem gegenüber standen 50 Abgeordnete, die offen für ein Referendum zur EWU votierten;¹¹⁸⁸ rund 60 Labour-Abgeordnete meldeten kurz vor der Unterhauswahl 1997 „bedeutende Vorbehalte“ gegenüber der EWU an.¹¹⁸⁹ Die Untersuchung von Baker, Ludlam, Gamble und Seawright zeigt dabei, dass die Hauptsorgen, die die Labour-Abgeordneten mit der EWU verbanden, vorrangig mit den ökonomischen Konsequenzen für Großbritannien zu tun hatten, aber auch die besonders von Labour kritisierte Unabhängigkeit der EZB und Aspekte der parlamentarischen und nationalen Souveränität spielten eine Rolle. So hatte die *Campaign Group* der Parteilinken ebenso wie Abgeordnete, die eher zum rechten Parteiflügel zählten, Vorbehalte gegenüber den Auswirkungen der EWU auf den Arbeitsmarkt als auch auf die nationale Gestaltungskraft in der Wirtschaftspolitik. Eine substantielle Minderheit der Abgeordneten, fast ein Drittel, war sich sicher, dass die Maastricht-Kriterien eine neo-liberale Wirtschaftspolitik institutionalisierten und damit die Ressourcen für sozial-, gesundheits- und bildungspolitische Maßnahmen stark eingrenzen würden. Ein weiteres Drittel der befragten Abgeordneten (abzüglich des Schattenkabinetts) enthielt sich bewusst der Abstimmung (Abb. 9, 2.5).¹¹⁹⁰ Deutliche Ablehnung rief bei rund 40 Prozent der Abgeordneten (ausgenommen die Europaabgeordneten) nach wie vor die Aufgabe der eigenen Währungspolitik zugunsten einer unabhängigen politisch nicht kontrollierten EZB hervor – eine Position, die innerhalb der Fraktion schon unter der Führung John Smiths sehr stark vertreten worden war (Abb. 9, 2.7).¹¹⁹¹ Ein Referendum über den Beitritt zur EWU, das die Labour Party 1997 im Wahlkampf dann auch propagierte, forderten Mitte der neunziger Jahre vor allem die Hinterbänkler, aber immerhin auch 35 Prozent des Schattenkabinetts (Abb. 9, 2.2). Gerade in der EWU-Frage waren somit Mitte der neunziger Jahre durchaus Trennlinien zwischen den Hinterbänklern und dem Schattenkabinett einerseits, aber auch eine wahrnehmbare Abstufung zwischen dem Schattenkabinett in Westminster und den Europaparlamentariern andererseits festzustellen.¹¹⁹²

¹¹⁸⁷ Vgl. Daniels 1998: 90/92.

¹¹⁸⁸ Vgl. The Guardian vom 28. Mai 1996.

¹¹⁸⁹ Paterson/Jeffery 1997: 26.

¹¹⁹⁰ Vgl. Labour Euro-Safeguards Campaign 1995.

¹¹⁹¹ Vgl. Labour Euro-Safeguards Campaign 1995a und Rowsley 1996: 10.

Abbildung 12: Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration

The Social Dimension	Strongly agree or agree %	Neither agree nor disagree %	Strongly disagree or disagree %
3.1 Harmonization of social policies should not be an EU objective	MP 9	8	83
	MEP 0	7	93
	Back 9	6	85
	Front 10	14	76
3.2 Britain should support the Swedish proposal to make the pursuit of full employment an EU Treaty obligation	MP 91	6	3
	MEP 100	0	0
	Back 92	5	3
	Front 85	10	5
3.3 Convergence of working standards should be a key objective of EU integration	MP 80	17	3
	MEP 90	3	7
	Back 81	14	5
	Front 85	15	0
3.4 Reduction of social costs placed on employers is essential to job creation in the EU	MP 4	16	80
	MEP 4	24	72
	Back 6	17	77
	Front 0	14	86
3.5 Inflexibility in European labour markets is the principle cause of employment	MP 3	7	90
	MEP 3	14	83
	Back 5	3	92
	Front 0	14	86

Quelle: Labour Parliamentarians and European Integration Survey, ESRC/Nottingham Trent University 1995/96, abgedruckt in: Baker/Seawright 1998

Die soziale Dimension der EU stellte für die befragten Parlamentarier auch Mitte der neunziger Jahre eindeutig das Herzstück der Europapolitik Labours dar. Die Stellungnahmen der Abgeordneten enthüllen, dass die Partei auch unter der Führung Blairs noch immer eine Partei mit starken kollektivistischen und interventionistischen Wertvorstellungen geblieben war.¹¹⁹³ Die Antworten in Abb. 10, 3.1 bis 3.3 zeigen nahezu Einstimmigkeit in der Westminster- und EP-Fraktion in ihrem Wunsch nach einer aktiven europäischen Sozialpolitik und einer EU-weiten Harmonisierung von sozialpolitischen Maßnahmen und Arbeitsstandards. Darüber hinaus sollte das Ziel einer Vollbeschäftigung unbedingt in den EU-Verträgen verankert werden. Einhellig lehnten die befragten Parlamentarier ab, dass eine Entlastung der Arbeitgeber bei den Sozialkosten ein essentieller Baustein zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU sei (Abb. 10, 3.4). Die Position zur Arbeitsmarktsituation war ebenfalls eindeutig: Die Inflexibilität der europäischen Arbeitsmärkte sahen die Labour-Parlamentarier keinesfalls als Hauptgrund für die hohe Arbeitslosigkeit in Eu-

¹¹⁹² Vgl. Baker/Seawright 1998: 64 und Baker/Gamble/Ludlam/Seawright 1996: 358/359.

ropa an (Abb. 10, 3.5). Diese Ergebnisse der Untersuchung deuteten ein weiteres mögliches Konfliktpotenzial innerhalb der Partei an, da sich die Parteiführung um Tony Blair gerade in sozialpolitischen Fragen bereits Mitte der neunziger Jahre stärker an der Politik der konservativen Vorgängerregierung orientierte.¹¹⁹⁴

Abbildung 13: Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration

Dirigisme	Strongly agree or agree %	Neither agree nor disagree %	Strongly disagree or disagree %
4.1 People who believe in national economic management cannot support the EU as it has turned out	MP 34	16	50
	MEP 39	7	54
	Back 38	17	45
	Front 25	15	60
4.2 Public ownership remains crucial to the achievement of social justice	MP 68	9	23
	MEP 76	14	10
	Back 69	9	22
	Front 70	10	20
4.3 In principle there should be Union strategies on: a. infrastructure b. training e. privatisation	MP 88	7	5
	MEP 92	4	4
	Back 92	3	5
	Front 81	14	5
	MP 77	13	10
	MEP 96	0	4
	Back 84	8	8
	Front 62	24	14
	MP 42	13	45
	MEP 40	12	48
	Back 46	11	43
	Front 33	15	52
4.6 The EU's budget should be enlarged	MP 34	25	41
	MEP 78	11	11
	Back 41	23	36
	Front 15	25	60
4.7 An increase in Cohesion Funds is essential for enlargement of the EU	MP 84	8	8
	MEP 82	7	11
	Back 82	11	7
	Front 86	0	14

Quelle: Labour Parliamentarians and European Integration Survey, ESRC/Nottingham Trent University 1995/96, abgedruckt in: Baker/Seawright 1998

Abbildung 11 zeigt, dass sich bei den Labour-Parlamentariern zudem eine „gewisse Doppeldeutigkeit“ bei der Frage abzeichnete, inwieweit eine sozialdemokratische

¹¹⁹³ Vgl. Baker/Seawright 1998: 83.

Regierung sich interventionistischen Maßnahmen verschreiben sollte.¹¹⁹⁵ Eine Mehrheit der Abgeordneten stimmte der Aussage zu, dass die Mitgliedschaft in der EU und ein eigenständiges nationales ökonomisches Management miteinander vereinbar seien; eine recht große Minderheit – vor allem bei den Hinterbänklern (38 Prozent) und erstaunlicher Weise auch bei den Europaparlamentariern (39 Prozent) – negierte dies jedoch (Abb. 11, 4.1). Die befragten Labour-Parlamentarier unterstützten insgesamt durchaus die Einführung EU-weiter Interventionsstrategien, etwa zu Infrastruktur, Ausbildung (Abb. 11, 4.3, a. und b.) oder industriellen Investitionen. Eine EU-weite Strategie zu Privatisierungen stieß hingegen auf ein überwiegend geteiltes Echo, das Schattenkabinett sprach sich mehrheitlich dagegen aus (Abb. 11, 4.3, e.). Darüber hinaus befürwortete eine große Mehrheit der befragten Parlamentarier trotz der Revision der Clause IV des Parteistatuts im Jahr 1994 die Aussage, dass Staats-eigentum ein bedeutender Baustein zur Erlangung sozialer Gerechtigkeit sei (Abb. 11, 4.2). Eher widersprüchlich erschienen die Stellungnahmen zur Fiskalpolitik. Zwar sprach sich eine breite Mehrheit (jenseits der Europaparlamentarier) gegen eine Vergrößerung des EU-Etats aus, gleichzeitig unterstützten Vierfünftel der Parlamentarier angesichts der bevorstehenden Erweiterung der EU aber bewusst eine Aufstockung der Kohäsionsfonds (Abb. 11, 4.6 und 4.7).

Abbildung 14: Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration

The IGC and Democratic Deficit	Strongly agree or agree %	Neither agree nor disagree %	Strongly disagree or disagree %
5.1 The 1996 IGC should not increase the supranational powers of EU institutions	MP 38	24	38
	MEP 18	11	71
	Back 42	22	36
	Front 28	24	48
5.4 The European Parliament should be given the right to initiative EU legislation	MP 78	8	14
	MEP 82	4	14
	Back 75	8	17
	Front 85	10	5
5.5 All proposed EU legislation should be voted on by the European Parliament	MP 71	13	16
	MEP 93	0	7
	Back 70	11	19
	Front 70	20	10
5.9 Britain should block the use of QMV in the areas of foreign an defence policy	MP 44	13	43
	MEP 31	10	59
	Back 34	15	51
	Front 65	10	25

¹¹⁹⁴ Vgl. Blair 1995.

¹¹⁹⁵ Baker/Seawright 1998: 67 und Baker/Gamble/Ludlam/Seawright 1996: 360.

5.10 A single European Army would undermine rather than underpin the security of the UK	MP	27	24	49
	MEP	30	22	48
	Back	31	19	50
	Front	16	37	47
5.11 Britain should not participate in the lifting of border controls as specified in the Schengen Agreement	MP	26	21	53
	MEP	14	4	82
	Back	25	21	54
	Front	30	15	55
5.13 The continental system of jurisprudence as practised by the European Court of Justice is a threat to liberty in Britain	MP	7	22	71
	MEP	4	4	92
	Back	10	26	64
	Front	0	10	90
5.15 The key to closing the 'democratic deficit' is strengthening the scrutiny by national parliaments of the EU legislative process	MP	73	16	11
	MEP	29	25	46
	Back	74	15	11
	Front	67	19	14
5.16 Regional devolution offers the best way to close the 'democratic deficit' in an integrated Europe	MP	63	24	13
	MEP	57	18	25
	Back	62	24	14
	Front	62	29	9

Quelle: Labour Parliamentarians and European Integration Survey, ESRC/Nottingham Trent University 1995/96, abgedruckt in: Baker/Seawright 1998

Mit Blick auf die anstehende IGR zur Revision des Maastrichter Vertrages zeigte sich anhand der Befragung, dass sich die Labour-Parlamentarier in Westminster im Gegensatz zu ihren Kollegen im EP nur vorsichtig und äußerst gespalten für eine stärkere supranationale Ausgestaltung der EU aussprachen (Abb 12, 5.1). Konform zur Labour-Programmatik zeichnete sich eine breite Mehrheit für eine Aufwertung des EP ab, das als direkt gewähltes Organ an allen Gesetzesvorhaben beteiligt werden und das Recht der Gesetzesinitiative erhalten sollte (Abb. 12, 5.4 und 5.5). Als Schlüssel zur Behebung des „demokratischen Defizits“ der EU sahen die befragten Parlamentarier (mit Ausnahme der Europaabgeordneten) allerdings ebenso wie die Konservativen vor allem eine stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente an, welche die EU-Gesetzgebung noch strenger kontrollieren sollten (Abb. 12, 5.15).

Darüber hinaus kristallisierte sich in der Befragung heraus, wie stark die von John Smith angestoßene Dezentralisierungs- und Regionalisierungspolitik sowohl für Großbritannien als auch für die EU bereits in der Partei verankert war. Zwei Drittel der Labour-Abgeordneten unterstützten für die EU eine Dezentralisierungspolitik, die die subnationale Ebene stärken und zugleich das „demokratische Defizit“ der EU deutlich abschwächen sollte (Abb. 12, 5.16).¹¹⁹⁶

¹¹⁹⁶ Vgl. zum hohen Stellenwert der Dezentralisierungspolitik auf Labours programmatischer Agenda auch die Wortbeiträge von Sandra Parsons, David Hurst, Beverly Klein, George Robertson, Stella

In der Frage einer Ausweitung der QME zeichnete sich bei den befragten Parlamentariern eine deutliche Mehrheit ab, die eine solche Ausweitung ebenso wie die Parteiführung für den richtigen Weg hin zu effizienteren Entscheidungsstrukturen in der EU hielt. Eine Abweichung von der Parteiführung zeigte sich jedoch bei der konkreten Benennung derjenigen Bereiche, in denen zukünftig ebenfalls mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden sollte. Hier waren die Parlamentarier in ihren Einstellungen tief gespalten. Entgegen der Marschroute der Parteiführung, die sich in der Außen- und Sicherheitspolitik für die Beibehaltung des Vetos ausgesprochen hatte, fand eine Mehrheit der Hinterbänker QME in diesem Politikfeld durchaus akzeptabel (Abb. 12, 5.9).

Uneinigkeit zwischen der offiziellen Parteilinie und der Einstellung der Parlamentarier gab es interessanter Weise auch in Bereichen der zweiten und dritten Säule des Maastrichter Vertrages. Im Vergleich zur Parteiführung standen die befragten Abgeordneten einer gemeinsamen Europäischen Armee weitaus weniger skeptisch gegenüber (Abb. 12, 5.10). Zudem sprachen sie sich mehrheitlich für eine Teilnahme am Schengener Abkommen aus, die von Schatten-Innenminister Jack Straw rigoros abgelehnt wurde (Abb. 12, 5.11). Auch die von den Euro-Skeptikern wiederholt ins Argumentationsfeld geführte „alien rule“ durch die Rechtsprechung des EuGH spiegelte sich in der Befragung nicht wider; eine breite Mehrheit sah den EuGH keineswegs als Bedrohung britischer Freiheiten an (Abb. 12, 5.13).¹¹⁹⁷

Die Ergebnisse der Befragung unterstreichen insgesamt deutlich, dass das komplexe Politikfeld der Europapolitik auch Mitte der neunziger Jahre eine große Bandbreite an Bewertungen und Einschätzungen hervorrief. Ein latentes Spaltungspotenzial zeigte sich bei Fragen der EWU und des nationalen ökonomischen Managements, Einschätzungen zur Souveränität und Subsidiarität oder der Ausweitung supranationaler Entscheidungsmechanismen in Folge der IGR. Hier bestätigte die Befragung eine Entwicklung, die bereits Anfang der neunziger Jahre zu beobachten war: Die Befürwortung oder Ablehnung der Europäischen Integration verlief quer durch beide Parteiflügel. Sowohl im linken als auch im sozialdemokratischen rechten Flügel standen sich Euro-Skeptiker und Pro-Europäer nahezu in gleicher Zahl gegenüber. Es war somit nicht allein die marginalisierte Parteilinke, die als euro-skeptisch identifi-

Matthews, Anne Begg, Ron Davies und Helen Liddell zum Europa der Regionen und zur konstitutionellen Reform in Großbritannien auf der Parteikonferenz 1994, in: LP 1994a: 231-239.

ziert werden konnte.¹¹⁹⁸ Dass dieses parteiinterne Spaltungspotenzial kaum an die Öffentlichkeit drang, war 1995/96 sicherlich sowohl der Perspektive eines bevorstehenden Wahlsieges als auch der Dominanz der Parteiführung zuzuschreiben.

Die Dominanz der Parteiführung

Als Parteiführer besaß Tony Blair von Anfang an einen bedeutenden Gestaltungsspielraum in seiner Partei. Aus dieser großen Autonomie in der Politikgestaltung entwickelte sich ab 1994 eine permanente Dominanz der Parteiführung gegenüber dem zentralen Exekutivgremium NEC und den Delegierten der Parteikonferenzen – auch in der Europapolitik.¹¹⁹⁹

„Die Parteikonferenz, vormals das souveräne Organ der Politikgestaltung Labours, diente nun nur noch dazu, das von der LWG vereinbarte Politikdokument zur IGR abzunicken. (...) Konventionelle Prozesse der Politikgestaltung wurden während der Erarbeitung des Wahlmanifests für die Unterhauswahl 1997 völlig umgangen. Ein dem Wahlprogramm vorausgegangenes Dokument „New Labour, New Life for Britain“ war vom Büro des Parteiführers erstellt und den Parteimitgliedern quasi als fait accompli lediglich zur Zustimmung vorgelegt worden; die Möglichkeit, Änderungsanträge zu stellen, bestand nicht.“¹²⁰⁰

Leise Zweifel am programmatischen Kurs des neuen Parteiführers wurden zugunsten der Einigkeit der Partei und des angestrebten Regierungswechsels grundsätzlich hinten angestellt. Damit konnte sich Labour gut von der in sich zerstrittenen CP abheben.¹²⁰¹

Trotz dieser operativen und auch programmatischen Dominanz war Blairs Haltung zur Europapolitik ambivalent und schwer einzuschätzen. Spielte sie bei seiner Bewerbung um das Amt des Parteiführers im Sommer 1994 noch überhaupt keine Rolle, so räumte er ihr mit Blick auf die bevorstehende IGR durchaus einen hohen Stellenwert ein. Integrationsfreundliche Reden im Ausland und die enge Interaktion mit den „europäisierenden“ Gruppen der Partei und ihres Umfeldes (EPLP, PES und TUC) in den ersten Jahren wichen während der BSE-Krise einer defensiven europapolitischen Rhetorik und kurz darauf auch einem europapolitisch defensiven Wahlkampf. Rückblickend kann Blairs Haltung zur Europapolitik in der Zeit zwischen

¹¹⁹⁷ Vgl. „Labour Eurosceptics Challenge Blair on Sovereignty“, in: Financial Times vom 7. Juni 1995.

¹¹⁹⁸ Vgl. zu den LP-Parteiflügeln und ihrer Haltung zum Europäischen Integrationsprozess Baker/Seawright 1998: 85.

¹¹⁹⁹ Vgl. Paterson/Henson 1995: 28, Driver/Martell 1998: 12, Daniels 1998: 92, Laybourn 2000: 133/134.

¹²⁰⁰ Fella 2002: 128 (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. Mitchell 1994: 695-697, der die Parteistruktur als in hohem Maße „von der Parteiführung gesteuert“ umschreibt.

1994 und der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages in erster Linie als sach-, nutzen- und erfolgsorientiert charakterisiert werden; er selbst bezeichnete sie als „konstruktives Engagement“.¹²⁰² Die Europapolitik stellte für Blair nie ein primäres Politikfeld an sich dar; er beachtete und begleitete den Europäischen Integrationsprozess dennoch sehr wohl. Trotz des defensiven Umgangs mit dem EU-Thema während des Wahlkampfes galt die LP in diesem Bereich als die kompetentere und vor allem die geschlossener und diszipliniertere britische Partei.¹²⁰³ Dies zeigte sich ganz besonders während der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages. Mittels ihrer großen Mehrheit setzte die Labour-Regierung diese im Unterhaus schnell und geräuschlos durch.

¹²⁰¹ Vgl. Paterson/Henson 1995: 30.

¹²⁰² Blair 1996a: 211.

¹²⁰³ Vgl. Paterson/Jeffery 1997: 9/10.

5.3 *Euro-Reformists: Der Reformgedanke rückt ins Zentrum der Europapolitik der Liberaldemokraten*

5.3.1 **Liberaldemokratische Europapolitik zwischen Maastricht und Amsterdam**

5.3.1.1 *Konsolidierung und Wandel: Zunehmender Kampf um die politische Mitte und strategische Annäherung an New Labour*

Die Zeitspanne zwischen 1993 und 1997 war für die britischen Liberaldemokraten eine Phase der Konsolidierung und des Wandels zugleich. Zahlreichen Wahlerfolgen, durch die sich die Partei als starke Drittpartei in der britischen Parteienlandschaft endgültig etablierte, standen eine programmatische Verbreiterung der politischen Agenda und eine Politik der vorsichtigen Annäherung an die Labour Party gegenüber.

Auf kommunaler Ebene war die Partei zur zweitstärksten Kraft avanciert; sie konnte deutliche Wachstumsraten in der Wählergunst verzeichnen. 1994 stellten die Liberaldemokraten landesweit erstmals mehr Mitglieder in den Stadt- und Gemeinderäten als die Konservativen; 1996 hielten sie 5.100 Ratssitze, während die Tories lediglich über 4.700 Sitze auf kommunaler Ebene verfügten.¹²⁰⁴ Die liberaldemokratische Philosophie der von unten wachsenden Machtbasen durch eine starke *grassroots*-Bewegung innerhalb der Partei verzeichnete angesichts der erkämpften politischen Koalitionen auf lokaler Ebene durchaus Erfolge.¹²⁰⁵ Auch auf nationaler Ebene setzte die Partei die seit Beginn der neunziger Jahre zu verzeichnenden Siege bei Nachwahlen zum Parlament kontinuierlich fort. Nicht zuletzt aufgrund ihres großen Kampagnen- und Rekrutierungspotenzials in kurzfristig angesetzten Wahlkämpfen gewann sie zwischen 1993 und 1997 die Nachwahlen in den konservativ dominierten südlichen Wahlkreisen Newbury, Christchurch und Eastleigh sowie im nördlichen Wahlkreis Littleborough & Saddleworth. Darüber hinaus liefen in Westminster mit Emma Nicholson und Peter Thurnham zwei konservative Abgeordnete zu den Liberaldemokraten über, so dass diese ihre Fraktionsgröße bis zum Ende der Legislaturperiode von 20 auf insgesamt 26 Sitze steigern konnten. Auch bei der Europawahl 1994 erzielten die Liberaldemokraten einen Durchbruch und errangen erstmals zwei Sitze im EP. Den Höhepunkt der Wahlerfolge markierte jedoch die Unterhauswahl im Mai

¹²⁰⁴ Vgl. Stevenson 1996: 37/38, McIver 1996a: 185, Cook 2002: 214 und 221 sowie Dutton 2004: 278 und Turner 2000: 168.

¹²⁰⁵ Vgl. LD 1994f: 2, Ingle 1996: 126, Cook 2002: 218 und Sturm 1997: 334.

1997, in der die Liberaldemokraten 46 Sitze gewannen und damit die höchste Abgeordnetenzahl im Unterhaus seit 1929 stellten.¹²⁰⁶ Entsprechend bilanziert Stevenson: “By any objective standard, whether share of the vote, number of MPs, number of local councillors, by-election successes or party membership, there were substantial gains.”¹²⁰⁷

Dieser Festigung als starke Drittpartei und der Verbreiterung der Wählerbasis stand jedoch ein sich rasch veränderndes Parteienumfeld gegenüber, das für die Liberaldemokratische Partei ein großes Risiko barg: Die Liberaldemokraten hatten Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre vor allem von der Zerstrittenheit der Konservativen in der Frage der Europäischen Integration und von der vielfach perzipierten mangelhaften wirtschaftlichen Kompetenz der Labour Party profitiert. Die Liberaldemokraten besaßen trotz ihrer Stimmengewinne auch in den neunziger Jahren nach wie vor keine zufriedenstellende Bindungskraft an ihre Wähler und waren daher weiterhin stark auf negative Entwicklungen in den beiden großen britischen Parteien angewiesen.¹²⁰⁸

Somit standen die Liberaldemokraten vor einer großen Herausforderung: Einerseits wurden sie überwiegend von Wählern der Mittelklasse gewählt, die Partei der Mittelklasse waren aber auch Mitte der neunziger Jahre noch immer die Konservativen. Gleichzeitig drängte die Labour Party, deren Agenda seit ihrer *policy review* starke Parallelen zur liberaldemokratischen Programmatik aufwies, unter John Smith und noch stärker unter Tony Blair in die politische Mitte. Für die Liberaldemokraten wurde es daher zunehmend schwieriger, eine eigene programmatische Nische zu finden, durch die sie sich von den großen Parteien absetzen und im hart umkämpften mittleren Wählerspektrum behaupten konnte.¹²⁰⁹ So klagte Parteichef Paddy Ashdown 1994:

“I have been building the Party to fill a certain gap in politics, which I know is there and which would give us a real electoral appeal. But then along comes Blair with all the power of Labour behind him, and fills exactly the space I have been aiming at for the last seven years!”¹²¹⁰

Ashdown schlug seiner Partei daher bereits kurz nach der Unterhauswahl 1992 eine strategische Revision und eine Neupositionierung im britischen Parteiensystem vor, die die Liberaldemokraten stärker an die damals noch von John Smith geführte La-

¹²⁰⁶ Vgl. Cook 2002: 236/237 und Fieldhouse/Russell 2001: 713.

¹²⁰⁷ Stevenson 1996: 38.

¹²⁰⁸ Vgl. Dutton 2004: 277, Curtice 1996: 200 und Stevenson 1996: 38.

¹²⁰⁹ Vgl. Curtice 1996: 194-200, Cook 2002: 214 und McIver 1996: 16/17.

¹²¹⁰ Ashdown 2000: 273. Vgl. auch ebd.: 463 und Jones 1996: 79.

bour Party heranzuführen sollte. In einer Rede in Chard, die Dutton als die „wahrscheinlich wichtigste seiner gesamten Karriere“ bezeichnet, unterstrich Ashdown mit Blick auf die vierte Wahlniederlage der Labour Party seit 1979, dass die britischen Sozialdemokraten es offenkundig nicht mehr schafften, aus eigener Kraft die Unterhauswahl zu gewinnen.¹²¹¹ Er schlug daher eine strategische „Einheit der progressiven Kräfte“¹²¹² vor:

*„Our contribution, if it is to be successful, must reach out beyond the limits of our own Party. Our role is to be the catalyst, the gathering point for a broader movement dedicated to winning the battle of ideas which will give Britain an electable alternative to Conservative government.“*¹²¹³

Die bisherige Äquidistanz zu den beiden großen Parteien sollte nach Ashdowns Ansicht zugunsten eines „new centre-left movement“ aufgegeben werden, zumal die nun eindeutig vom rechten sozialdemokratischen Flügel dominierte Labour Party programmatisch einen „natürlichen Verbündeten“ darstellte und die Konservativen die eigentliche Gegenkraft zu den Liberaldemokraten bildeten.¹²¹⁴ Der Parteiführer plädierte in Chard deshalb dafür, einerseits die Rolle der Liberaldemokraten als radikale programmatische Vordenker und eigenständige politische Kraft weiter auszubauen. Andererseits sollte sich die Partei aber auch auf einen interparteilichen Dialog mit der Labour Party zugunsten einer „nicht-konservativen“ politischen Agenda für Großbritannien vorbereiten. Zentrale Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit Labour war dabei, dass die britischen Sozialdemokraten der Einführung des Verhältniswahlrechts auf nationaler Ebene verbindlich zustimmen sollten.¹²¹⁵

Ashdowns Überlegungen zum so genannten *realignment*, einer neu gelagerten Zusammenarbeit zwischen Labour und Liberaldemokraten, führte bereits während der Parteiführerschaft von John Smith zu ersten Treffen zwischen führenden Politikern beider Parteien. Angesichts dieses informellen Austausches kam es in den liberalen Parteireihen zu einer großen Gegenwehr – Ashdowns strategisches Projekt fand überwiegend keine Zustimmung.¹²¹⁶ Die Frage eines *realignments*, die die gesamte Legislaturperiode bis 1997 und auch die frühe Zeit der Blair-Regierung bestimmen sollte, enthüllte eine „fundamentale Dichotomie in der Liberaldemokratischen Partei über die Bestimmung der Partei, die Richtung ihrer Entwicklung und ihr Verhältnis

¹²¹¹ Dutton 2004: 277. Vgl. zur Labour-Analyse in der Rede von Chard Ashdown 2000: 592.

¹²¹² Dutton 2004: 276.

¹²¹³ Ashdown 2000: 593 (Anhang: Chard-Rede). Vgl. zum Spielraum, den Ashdown durch eine Kooperation mit Labour gewinnen wollte, auch Becker 2002: 174.

¹²¹⁴ McIver 1996a: 174 und 181. Vgl. auch Curtice 1996: 201.

¹²¹⁵ Vgl. Ashdown 2000: 594 und Dutton 2004: 281.

¹²¹⁶ Vgl. Cook 2002: 215.

zu anderen Parteien.“¹²¹⁷ Viele Liberaldemokraten sahen ihre Partei als eine radikale Alternative zu beiden großen Parteien an und lehnten daher eine – wie auch immer gelagerte – Zusammenarbeit mit der Labour Party rundherum ab. Die Abgeordnete Liz Lynne, die in ihrem eigenen Wahlkreis stärker gegen Labour denn gegen die Konservativen kämpfen musste, ging in ihrer Kritik sogar soweit, dass sie Ashdown einen nicht mit der Parlamentsfraktion abgestimmten Alleingang und eine massive Schädigung des Parteiimages vorwarf.¹²¹⁸ Andere Parteimitglieder sahen einem Mitte-Links-Bündnis dagegen mit vorsichtiger Neugier entgegen. Insgesamt überwog jedoch die Angst, dass die Labour Partei sich im Zuge einer Kooperation noch mehr von der liberaldemokratischen Programmatik einverleiben und schließlich die gesamte Agenda der Partei übernehmen würde.¹²¹⁹ Auf ihrem Parteitag sprachen sich die Liberaldemokraten daher 1993 für die Fortsetzung der Strategie der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit aus.

Die weitere Transformation der Labour Party unter Tony Blair und die gute Koalitionsszusammenarbeit von liberaldemokratischen und sozialdemokratischen Kommunalpolitikern in zahlreichen Stadträten ließen die Option eines von Tony Blair vorgeschlagenen gemeinsamen „Dialogs der Ideen“ jedoch Mitte der neunziger Jahre wieder an Bedeutung gewinnen.¹²²⁰ Trotz der nicht verstummenden Stimmen in der liberaldemokratischen Partei, die vor einem schwindenden politischen Profil und einer Marginalisierung ihrer Partei im Zuge einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten warnten, und vereinzelter kritischer Stimmen in der Labour Party, fanden ab Sommer 1994 regelmäßige informelle Treffen der beiden Parteispitzen statt. In ihnen sollten die Möglichkeiten einer *Lib-Lab*-Zusammenarbeit in einer Labour- oder Koalitionsregierung und eine Kooperation in einzelnen Politikfeldern, allen voran in der Frage einer innerstaatlichen Verfassungs- und Wahlrechtsreform, ausgelotet werden.¹²²¹ Die Europapolitik spielte bei diesen Sitzungen kaum eine Rolle. Vielmehr

¹²¹⁷ McIver 1996a: 175. (Übersetzung der Verfasserin).

¹²¹⁸ Vgl. Ashdown 2000: 164. Ashdown bekennt darin, dass er nie ein schwierigeres Treffen mit einem Parlamentskollegen erlebt habe.

¹²¹⁹ Vgl. LD 1992: Minutes of the Federal Executive 16/5/92, zitiert aus McIver 1996a: 185.

¹²²⁰ Vgl. McIver 1996a: 185, Cook 2002: 225-228 und Ingle 1994: 107.

¹²²¹ Vgl. vor allem Ashdown 2000: 242/243, 276-289, 380-561. Ashdowns Tagebuchaufzeichnungen aus den Jahren 1992 bis 1997 behandeln kaum ein anderes Thema als die geheimen Gespräche mit der Labour-Partei und sind somit ein deutlicher Fingerzeig auf die zentrale Bedeutung der Kooperationsgespräche für die Liberaldemokraten. Zu den kritischen Stimmen, die sich gegen eine *Lib-Lab*-Zusammenarbeit wandten, gehörten auf liberaldemokratischer Seite der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alan Baith und die Abgeordneten Sir Cyril Smith, Simon Hughes und Liz Lynne. Vgl. *The Independent* vom 28. Mai 1995, Cook 2002: 228 und Becker 2002: 174. In der Führungsriege der Labour Party sprach sich besonders Jack Straw gegen eine interparteiliche Kooperation aus. Vgl. *The Guardian* vom 29. Mai 2005.

zeigte sich in den geheimen Gesprächen zwischen beiden Parteien, wie stark sich die Verbreiterung und Auffächerung der liberaldemokratischen politischen Agenda zugunsten innenpolitischer Themen bereits auf den vormals herausgehobenen Stellenwert der Europapolitik ausgewirkt hatte. Zwar gab es in der Europapolitik inhaltlich keinen liberaldemokratischen Kurswechsel, sie war jetzt aber deutlich erkennbar nur noch ein Politikfeld unter vielen (*siehe Kapitel 5.3.1.2*). Darüber hinaus galt die Europapolitik zwischen den Liberaldemokraten und der Labour Party als unstrittig, da sie in beiden Parteien durch einen pro-europäischen Grundkonsens getragen wurde.¹²²²

Im Mai 1995 signalisierte Paddy Ashdown erstmals indirekt ein Ende der Äquidistanz zu den beiden großen Parteien, indem er eine Kooperation mit den Konservativen rigoros ausschloss, diese Option für die Labour Party aber bewusst offen ließ.¹²²³ Parallel dazu war die Glasgower Parteikonferenz im gleichen Jahr von dem deutlichen Versuch dominiert, eine „separate, klar unterscheidbare Identität für sich selbst herauszuarbeiten“¹²²⁴, wobei gerade die Bildungspolitik und die Forderungen nach einer radikalen konstitutionellen Reform eine große Rolle spielten. Das zeigte deutlich, dass sowohl die Parteibasis als auch viele führende Liberaldemokraten weiterhin fürchteten, über eine Kooperation mit Labour letztlich mindestens so viele Wählerstimmen zu verlieren wie sie gleichzeitig hinzugewonnen werden könnten.¹²²⁵ Große Sorge bereitete den Liberaldemokraten auch, dass viele Parteimitglieder, die von der SDP gekommen waren, nun zu Tony Blairs New Labour (zurück-) wechselten.¹²²⁶ Auch Ashdown war gefangen zwischen dem riskanten Projekt des *realignment*, das den Liberaldemokraten mehr politischen Gestaltungseinfluss sichern sollte, und grundsätzlichen Zweifeln am Nutzen des von Blair immer wieder beschworenen gemeinsamen Projekts. So schrieb Ashdown im Juni 1995:

„I am becoming really worried. I can't see a role for us. If the Tories collapse completely I suppose we could become HM Opposition. But then what? Our policies are too close to Labour's for us to be a genuine Opposition and the

¹²²² Vgl. dazu auch Ashdowns Wiedergabe eines Gesprächs mit Blair: *„He is determined to stick to Europe and will make a pro-European speech at his Conference: „It is one of those issues on which you have to mark your line, then stick to it through thick and thin.“* (Blair).

¹²²³ Cook 2002: 227.

¹²²⁴ Cook 2002: 230.

¹²²⁵ Vgl. MacIver 1996a: 188 und Stevenson 1996: 38. Vgl. zudem Ashdowns angedeutete Gespräche mit u.a. Nick South, Alain Baith, Paul Tyler und Menzies Campbell in Ashdown 2000: 467-469 und die offene Kritik der Abgeordneten Liz Lynne, Sir Cyril Smith und Chris Davies, in: The Times vom 23. November 1996 und The Times vom 29. Dezember 1996.

¹²²⁶ Ashdown war beispielsweise sehr enttäuscht über den Wechsel von Roger Liddle und Dick Newby. Erstgenannter wurde später Blairs europapolitischer Berater. Vgl. Ashdown 2000: 364.

*Tories would simply recover again. Meanwhile, Labour has stolen our ground comprehensively.*¹²²⁷

Trotz dieser Bedenken zeichnete sich vor der Unterhauswahl eine erste feste Kooperation ab: Im Oktober 1996 gaben die beiden Parteien bekannt, dass sie ein gemeinsames Komitee einrichten würden, in dem New Labour und die LD einen Fahrplan zur inneren Verfassungsreform – eines der wichtigsten politischen Projekte für die Liberaldemokraten – erarbeiten wollten. Dieses parteiübergreifende Komitee sollte konkrete Vorgaben für eine Reform des britischen Oberhauses, die Einführung eines Verhältniswahlrechts, eine prinzipiell freie Einsicht in politische Dokumente und eine Dezentralisierung des politischen Systems, zunächst in Schottland und Wales, machen. Das gemeinsame Komitee war das Resultat vieler Gespräche zwischen dem liberaldemokratischen Sprecher für konstitutionelle Belange, Robert Maclennan, und New Labours Schatten-Außenminister Robin Cook; es sollte einen ersten Grundstein für eine gemeinsame Partnerschaft legen.¹²²⁸ Zudem signalisierte die Labour Party, dass sie sich bei der anstehenden Unterhauswahl bei den für die Liberaldemokraten aussichtsreichsten Wahlkreisen bewusst zugunsten der Drittpartei zurückhalten werde – die Partei sprach sich also offen für eine taktische Stimmabgabe aus, die seit 1992 enorm zugenommen hatte. Der Labour-nahe *Daily Mirror* veröffentlichte kurz vor der Wahl eine entsprechende Liste mit Wahlkreisen, in denen die Liberaldemokraten die Konservativen schlagen konnten, wenn die Labour-Sympathisanten taktisch wählten.¹²²⁹ Die konkrete Form einer *Lib-Lab*-Zusammenarbeit nach einer gewonnenen Wahl blieb allerdings weiterhin unklar.¹²³⁰

5.3.1.2 Stellung und Ausgestaltung der Europapolitik zwischen 1993 und 1997

Nicht nur in der strategischen Ausrichtung der Partei, sondern auch in der Europapolitik zeichneten sich in der Zeit zwischen dem Maastrichter und dem Amsterdamer Vertrag bei den Liberaldemokraten Kontinuität und Wandel zugleich ab: So erfuhr die europapolitische Programmatik im Grunde keine richtungsweisenden Änderun-

¹²²⁷ Ashdown 2000: 324.

¹²²⁸ Vgl. zum Joint Committee on Constitutional Reform vor allem Ashdown 2000: 471/472, Cook 2002: 233, Dutton 2004: 283 und Margetts 1997: 183. Das Komitee legte seinen gemeinsamen Bericht im März 1997 vor. Vgl. LD 1997e.

¹²²⁹ Vgl. Ashdown 2000: 477, Dutton 2004: 284, Paterson/Jeffery 1997: 13 und Fieldhouse/Russell 2001: 713.

¹²³⁰ Ashdown unterschied grundsätzlich zwischen einer „*minor co-operation*“, in der die Parteien nur locker und informell zusammenarbeiten sollten, und einer „*major co-operation*“ bzw. dem „*big thing*“, wo eine feste Partnerschaft in den zentralen Politikfeldern angestrebt werden sollte, die aller-

gen und blieb in ihren Kernpunkten konstant. Die Partei „verkaufte“ ihre Europapolitik nun aber nicht mehr an hervorgehobener Stelle, sondern vertrat ihre Überzeugungen insgesamt defensiver und weniger öffentlichkeitswirksam. So entschied sie sich 1993/94 für ein zusätzlich zum ELDR-Manifest zu erarbeitendes eigenes Manifest zur Europawahl. Das sollte „stärker als Kampagneninstrument denn als Katalog politischer Vorschläge“ genutzt werden und sich „genauso stark mit innenpolitischen wie mit europapolitischen Themen“ befassen.¹²³¹ Diese bewusste Ausweitung der Agenda auf innenpolitische Themen vor und während der Europawahl kann vor allem mit der wachsenden Einsicht der Liberaldemokraten begründet werden, dass eine zu starke Konzentration auf ihr europapolitisches Engagement die Partei letztlich eindeutig Stimmen kosten werde, zumal die ohnehin stark eurokritisch geprägte Haltung der Bevölkerung seit Maastricht noch zugenommen hatte.¹²³²

Die liberaldemokratischen Überlegungen zur Weiterentwicklung der EU wurden nun zudem von der Notwendigkeit einer umfassenden EU-Reform geprägt. Die Liberaldemokraten machten keinen Hehl daraus, dass sie mit der Post-Maastricht-EU nicht zufrieden seien.¹²³³ Unter der Überschrift „*A Blueprint for Reform*“ zog die Partei in ihrem Europawahlprogramm deutliche Konsequenzen aus der turbulenten Maastricht-Ratifizierung, den schlechten Referendum-Ergebnissen und dem bürgerfernen Image der EU:

*„It is clear from the battles over the ratification of the Maastricht Treaty (...) that the process by which European integration has evolved so far must be radically changed. Maastricht marked the last gasp of the old closed, elitist intergovernmental approach to reform; an approach which, as Liberal Democrats consistently stated, effectively excluded the peoples of Europe.“*¹²³⁴

Die Liberaldemokraten begrüßten daher – vor allem mit Blick auf die Erweiterung der Union – die für 1996 anberaumte IGR zur Reform der EU, auch wenn diese als Methode nicht den Vorstellungen der Partei entsprach. Sie befürwortete die Einberufung eines Konvents, der bewusst Parlamentarier mit einschließen sollte. Die Vorstellungen der Liberaldemokraten zur Reform der Union waren weiterhin an der klassischen Programmatik der Partei ausgerichtet:

dings nicht notwendig in eine Koalitionsregierung münden musste. Vgl. Ashdown 2000: 386-388, 410-413, 421-428.

¹²³¹ Rich 1994: 1.

¹²³² Vgl. Clarke/Curtis 1998: 101, Fieldhouse/Russell 2001: 723/724, Wallace, H. 1993/94: 368 und British and European Social Attitudes Survey 1998: 185: „*Voters in all main parties have become more Eurosceptic in the period 1992 to 1997.*“

¹²³³ Vgl. LD 1994g: 1.

¹²³⁴ LD 1994: 4.

*„(The) (...) belief in democracy, decentralisation and diversity forms the core of the Liberal Democrat vision of a reformed Europe.“*¹²³⁵

Hatte in den achtziger Jahre der Binnenmarkt die europapolitische Agenda dominiert, so musste nach Ansicht der Liberaldemokraten in den neunziger Jahren die politische Union im Vordergrund der Europäischen Integration stehen. Die Partei betonte ihren „positiven“ und „praktischen“ Ansatz, der in Einklang mit dem Bekenntnis zu einer bürgernahen EU vor allem darauf abzielte, die europäischen Entscheidungsabläufe transparenter und demokratischer zu gestalten, mehr Kompetenzen auf die regionale und lokale Ebene zu verlagern und starke direkte Beziehungen zwischen den britischen Regionen und den EU-Institutionen, vor allem im Hinblick auf die Verteilung der Regional- und Strukturfonds, aufzubauen.¹²³⁶ Die direkte Verknüpfung einer föderal ausgestalteten EU mit einem dezentralen Wandel von Staatlichkeit in Großbritannien blieb ein vorherrschendes europapolitisches Motiv der Liberaldemokraten:

*„We have set out (...) our commitment to the comprehensive decentralisation of power to the nations and regions of Britain and the strengthening and democratisation of local government. This fits in well with the evolution of the European Union. The EU provides the framework (...).“*¹²³⁷

In diesem Zusammenhang operierte die Partei zunächst keineswegs defensiv, sondern bewusst offensiv mit dem Föderalismusbegriff. Sie tat dies, weil sie ihr föderales Bekenntnis als ein Alleinstellungsmerkmal ansah, und die Konservativen die Liberaldemokraten gerade in diesem Punkt aggressiv angriffen, indem sie ihnen eine vorsätzliche Zerstörung des britischen Staatssystems vorwarfen:

*„In Britain, the Conservatives have done their best to twist the meaning of the word ‚federal‘ out of all recognition, to equate with their bogey of a centralised Brussels superstate. It is hardly surprising that they should ascribe centralising tendencies to others, when they have such an appalling record of centralisation within the UK. They fear the idea of decentralised federalism because they know that in reality it implies a reversal of their centralised authoritarian approach to government (Hervorhebung der Autorin).“*¹²³⁸

Neben dem übergeordneten Bekenntnis zu einer dezentral-föderalen EU bildeten die folgenden drei Themen die wesentlichen Schwerpunkte der europapolitischen Programmatik der Liberaldemokraten: die Erweiterung der EU um ehemalige EFTA-Staaten wie Schweden und Finnland und um die Staaten Mittel- und Osteuropas, die Reform der EU-Institutionen und der liberaldemokratische Einsatz für Wirtschaft

¹²³⁵ LD 1994: 19.

¹²³⁶ Vgl. LD 1994: 4/5. und LD 1993g: 1. Die Partei sprach sich nun sogar für eine deutliche Ausweitung der EU-Ausgaben für die Regionen aus. Vgl. LD 1993: 15.

¹²³⁷ LD 1994: 18. Vgl. auch LD 1993h: 1.

¹²³⁸ LD 1994: 5. Vgl. LD 1993c: 1.

und Wettbewerb im Rahmen einer konsequenten Vollendung des Binnenmarktes und der WWU.

Für die Partei war die Aufnahme der „wohlhabenden und stabilen Demokratien“ im Rahmen der zweiten Nord-Erweiterung Mitte der neunziger Jahre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur ungleich größeren Herausforderung einer Aufnahme der MOE-Staaten. Die Liberaldemokraten traten ebenso wie die beiden großen britischen Parteien für eine für alle europäischen Demokratien offene EU ein. Ihrer Ansicht nach sollte die EU schon im Vorfeld der Ost-Erweiterung über die Initiative eines „neuen Marshall-Plans“ nachdenken und vorausschauend in den wirtschaftlichen Auf- und Ausbau der mittel- und osteuropäischen Staaten investieren.¹²³⁹ Das Engagement der Partei für eine rasche Ost-Erweiterung der EU war unmittelbar verknüpft mit der Forderung nach einem „gestärkten supranationalen und föderalen Rahmen der Europäischen Gemeinschaft als Grundlage für ein erweitertes Europa.“¹²⁴⁰ Die Erweiterung und Vertiefung der EU bildeten somit für die Liberaldemokraten ebenso wie für die Labour Party zwei Seiten der gleichen Medaille.

Im Gegensatz zu den beiden großen britischen Parteien hatten die Liberaldemokraten zur Weiterentwicklung und institutionellen Reform der EU weitreichendere Vorstellungen. Die Drittpartei wollte die Säulenstruktur des Maastrichter Vertrages komplett aufheben und die Außen- und Sicherheitspolitik sowie zentrale Bereiche der Innen- und Justizpolitik wie Immigration und Asylfragen sowie die Bekämpfung der internationalen Kriminalität, in den Kompetenzbereich der EG überführen. Die Liberaldemokraten begründeten dies mit den bislang gemachten negativen Erfahrungen in der intergouvernementalen Zusammenarbeit: Politische Entscheidungen schritten nur auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners voran, gingen oftmals an der Kontrolle der nationalen Parlamente vorbei, seien zumeist schlecht koordiniert und fielen nicht in den Zuständigkeitsbereich von EP oder Europäischem Gerichtshof.¹²⁴¹ Die Aufhebung der Säulenstruktur sollte jedoch nicht gleichbedeutend sein mit einem „Freibrief“ für eine uneingeschränkte Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz der EU. Vielmehr wollten die Liberaldemokraten eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Ebene erreichen:

¹²³⁹ LD 1994: 6/7 und 13 sowie LD 1994g: 2.

¹²⁴⁰ LD 1993f: 1.

¹²⁴¹ Vgl. LD 1994: 19 und 12/13, LD 1994b: 1 und LD 1993: 15.

„(T)he European Union must find a new way of working that concentrates their efforts on the limited number of big issues that really matter and where only they can influence and act.“¹²⁴² (Hervorhebung im Programm)

Die Liberaldemokraten sahen originäre Aufgabenfelder der EU vor allem in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Wirtschafts- und Währungspolitik sowie im transeuropäischen Wettbewerb, im Umwelt- und Verbraucherschutz und im Binnenmarkt.¹²⁴³ Wo möglich, sollte die EU nur Rahmenvorgaben setzen und die konkrete Umsetzung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip der nationalen, regionalen oder lokalen Ebene überlassen. Eine konkrete Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips bedeutete für die Liberaldemokraten indes auch, „that some powers currently exercised at European level should be handed back (completely) to national or local government.“¹²⁴⁴ Diese tief mit der dezentralen Philosophie der Partei verbundene Forderung spiegelte sich auch in dem Appell der Liberaldemokraten wider, den Ausschuss der Regionen als „Gegengewicht zur zentralen Macht der Kommission und dem Parlament“ und als „Forum der autonomen Regionen der EU“ deutlich aufzuwerten.¹²⁴⁵

Im Mittelpunkt einer demokratischeren Entwicklung der Entscheidungsabläufe der EU stand für die Liberaldemokraten traditionell das aufgrund seiner Direktwahl vom Bürger unmittelbar legitimierte EP:

„Liberal Democrats’ chief aim is to make the European Union more democratic. This means making the common EU institutions more representative and shifting power away from the Council, where state sovereignty is pooled, towards the Parliament, where the sovereignty of the people resides.“¹²⁴⁶

Das EP sollte nach einem europaweit einheitlichen Verhältniswahlrecht gewählt und über eine drastische Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens stärker an der Europäischen Gesetzgebung beteiligt werden. Im Gegensatz dazu charakterisierten die Liberaldemokraten, die den Konservativen in diesem Punkt programmatisch diametral gegenüberstanden, den MR als „das größte Problem der EU“. Nationale Minister, so die Liberaldemokraten, könnten sich oftmals hinter der Intransparenz des MR verstecken und ihre eigenen, manchmal unpopulären Entscheidungen in diesem Gremium bewusst verschleiern, indem sie in Brüssel und London völlig unterschiedliche Stellungnahmen abgaben und das Mehr-Ebenen-System somit geschickt für die

¹²⁴² LD 1994: 5. Vgl. auch LD 1994b: 1 und LD 1993c: 1.

¹²⁴³ Vgl. LD 1994: 4 und LD 1994b: 1.

¹²⁴⁴ LD 1994: 18.

¹²⁴⁵ Ebd. Vgl. auch LD 1994i: 1 und LD 1994g: 2.

¹²⁴⁶ LD 1994: 17. Vgl. auch LD 1993: 15.

Zufriedenstellung unterschiedlicher Öffentlichkeiten nutzen. Oftmals missbrauchten sie die EU, namentlich die Kommission, als „Sündenbock“ für Entscheidungen, die sie selbst mitgetragen hätten. Der MR sollte daher nach den Vorstellungen der Liberaldemokraten offen tagen und die meisten Entscheidungen mit dem EP zusammen treffen. Zentrale Institutionen der EU seien schließlich die Kommission und das EP, hieß es dazu im Wahlmanifest der britischen Drittpartei. Sie forderte, die Kommission mit Blick auf die neuen Mitglieder der EU deutlich zu verschlanken. Denn nur so konnte sie nach Ansicht der LD auch weiterhin handlungsfähig bleiben. Genauso wie für Großbritannien forderten die Liberaldemokraten auch für die EU eine verbindliche Grundrechte-Charta, um die EU direkter an die Bürger zu binden.¹²⁴⁷

Klassisch liberale Ansichten vertraten die Liberaldemokraten in dem für sie wichtigen Themenfeld der europäischen Wirtschaftspolitik. Sie bekannten sich wie schon vor und während der Maastricht-Ratifizierung unverbrüchlich zu Binnenmarkt und Währungsunion, deklarierten die Unabhängigkeit der *Bank of England* als wichtigen Schritt auf dem Weg Großbritanniens in die Währungsunion und warben für einen Beitritt Großbritanniens direkt in der ersten Gruppe.¹²⁴⁸ Sie forderten entschieden eine Aufhebung der beiden konservativen *Opt-outs* zur WWU und zum Sozialprotokoll, zumal letzteres ohnehin schon von den meisten Unternehmen und Firmen in Großbritannien umgesetzt werde.¹²⁴⁹ Der Binnenmarkt sollte zügig vollendet und auf den Telekommunikations-, Energie-, Einzelhandels- und Finanzsektor ausgeweitet werden – eine Forderung, die die Liberaldemokraten mit der regierenden CP und unter Blair auch zunehmend mit der Labour Party verband. Staatliche Subventionen sollten eingedämmt werden, um einen fairen Wettbewerb zu forcieren, gleichzeitig forderten die Liberaldemokraten stärkere Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen, Forschung und Entwicklung – hier stimmten sie stärker mit der Labour Party überein.¹²⁵⁰ Unverändert hoch war der Einsatz der Partei für eine durchgreifende Umweltpolitik der EU; als einzige britische Partei ging sie sogar so weit, eine eigene europäische Energiesteuer zu fordern.¹²⁵¹ Einig waren sich die Liberaldemokraten mit den beiden großen Parteien, dass mit Blick auf die Erweiterung der EU eine der größten Herausforderungen in der Reform der GAP lag. Der Drittpartei schwebte eine „Gemeinsame Landschaftspolitik“ in Trägerschaft der Staaten und Regionen

¹²⁴⁷ Vgl. zu diesem Abschnitt ebd.

¹²⁴⁸ Vgl. LD 1994g: 2, LD 1993e: 2, LD 1994: 11 und LD 1993: 15.

¹²⁴⁹ Vgl. LD 1994: 7/8 und LD 1994g: 2.

¹²⁵⁰ Vgl. LD 1994: 6/7 und LD 1994g: 1.

¹²⁵¹ Vgl. LD 1993e: 2, LD 1994: 8/9.

vor, in der die Unterstützung der Landwirte zwar einen wichtigen, aber keineswegs exklusiven Bereich bilden sollte.¹²⁵²

Trotz dieses detaillierten EU-Reformprogramms setzte die Partei im Europawahlkampf in erster Linie auf innenpolitische Themen:

„(T)he 1994 European election campaign, which concentrated on domestic issues, tried to play down the Liberal Democrats' longstanding support for federal Europe and promoted the idea of a referendum following the 1996 intergovernmental conference, gave the impression of an attempt to cash in on the government's domestic problems while hiding its own (electorally unpopular) European enthusiasm.“¹²⁵³

Der hohe Anteil innenpolitischer Themen war innerhalb der Partei umstritten, in den Worten Paddy Ashdowns aber „a price worth paying“, da die Liberaldemokraten trotz der hohen Sympathiewerte für die Labour Party mit ihrer innenpolitisch dominierten Kampagne erstmals zwei Mandate im EP errungen hatten.¹²⁵⁴ Für die Liberaldemokraten war die Europawahl zudem eine wichtige Testwahl für die nächste Unterhauswahl. Daher unterzogen die Wahlkreise und das FPC die Ergebnisse einer besonders umfassenden Nachbetrachtung und Bewertung. Die Anmerkungen und Überlegungen im FPC zum Umgang mit der eigenen europapolitischen Programmatik waren dabei widersprüchlich: So kritisierte der europapolitische Sprecher Russell Johnston wie schon nach der Unterhauswahl 1992, dass die Partei ihre europapolitische Überzeugung zu sehr zugunsten innenpolitischer Themen in den Hintergrund gerückt habe und stärker auf einen positiven Europawahlkampf mit Hilfe des ELDR-Manifests hätte setzen sollen. Zudem habe die Partei nicht klar und ehrlich genug hinter der Entscheidung gestanden, das nationale Veto deutlich einzuschränken.¹²⁵⁵ Das FPC gab eine zu hohe Konzentration auf die Innenpolitik zu und hielt fest: „We underestimated the extent to which the national press wanted to cover Euro issues.“¹²⁵⁶ Zeitgleich zu diesen Stellungnahmen für ein beherzteres Eintreten der Partei in der Europapolitik zeigte die interne Parteibefragung der wahlkämpfenden Basis aber, dass die EU im Grunde das am schlechtesten zu vermittelnde und von den Wählern am wenigsten geschätzte Thema der Wahl gewesen sei.¹²⁵⁷ Das galt besonders für das Föderalismusbekenntnis, die Reformvorschläge zur Weiterentwicklung

¹²⁵² Vgl. LD 1994: 9/10, LD 1994g: 2 und LD 1993: 15.

¹²⁵³ Brack 1996: 95.

¹²⁵⁴ Ebd. Vgl. zu den beiden Sitzen, die Graham Watson und Robin Teverson im liberaldemokratischen „Stammland“ in Somerset und Cornwall gewannen, vor allem Ashdown 2000: 264/265, Rallings/Thrasher 1996: 221 und Clarke/Curtis 1998: 100.

¹²⁵⁵ LD 1994a: 1. Vgl. auch LD 1994c: 1.

¹²⁵⁶ LD 1994c: 1.

der EU-Institutionen und das Eintreten für die Währungsunion. Konträr zur FPC-Haltung unterstützten die Wahlkreis-Aktivistinnen daher die starke Einbeziehung innenpolitischer Themen in die Europawahl; nur eine Minderheit sprach sich für einen rein europapolitischen Wahlkampf aus. Für die Liberaldemokraten setzte sich somit das Dilemma fort, dass sie auf der einen Seite mit der Europapolitik durchaus ein programmatisches Alleinstellungsmerkmal in der britischen Öffentlichkeit besaßen, der Wähler dieses Thema aber schlicht nicht goutierte, so dass die Partei letztlich auf ihre innenpolitische Agenda zurückgreifen musste.

In dem Parteidokument „*The Liberal Democrat Guarantee*“ aus dem Jahr 1995, das auf die Unterhauswahl vorbereiten sollte, spielte die Europapolitik daher nur eine untergeordnete Rolle. Im Gegensatz zu den früher hervorgehobenen fünf politischen ‚E’s‘, zu denen die Europapolitik stets fest gezählt hatte, bestimmten nun vorrangig nur noch drei Themenbereiche – Bildung, konstitutionelle Reform und eine umweltfreundliche Wirtschaftspolitik – die Agenda der Partei:

*„These three main policy areas had not only been mapped out by Liberal Democrat policy strategists to separate the party from both Conservative and Labour, but also as the areas on which Liberals would put pressure on a future Labour government to take action. Indeed, it was clearly vital for the Liberals to be seen to have a separate identity from the new Blairite Labour Party.“*¹²⁵⁸

Diese eigenständige Identität konnte die Europapolitik den Liberaldemokraten angesichts einer sich noch stärker zur sozialdemokratischen und pro-europäischen Volkspartei wandelnden Labour Party nicht mehr bieten. Die Europapolitik wurde daher in dem Parteidokument eher nachrangig und vor allem unter dem Reformaspekt beleuchtet – die Liberaldemokraten sahen sich weitaus stärker als noch zu Beginn der neunziger Jahre in der Rolle der „Euro-Reformists“.¹²⁵⁹

Die Sprache, in der sie die wesentlichen Ziele der Europapolitik umrissen, war zurückhaltender als zu Beginn der neunziger Jahre. Das „föderale Europa“ stand nicht mehr an hervorgehobener Stelle. Im Gegensatz zur Zeit der Maastricht-Ratifizierung, als die Partei noch kontrovers über ein Referendum debattiert hatte, herrschte nun Konsens darüber, dass die britische Bevölkerung in einem Referendum über die Ergebnisse der IGR 1996 abstimmen sollte.¹²⁶⁰

¹²⁵⁷ Vgl. King 1994: 2 und exemplarisch den Fragebogen der Liberal Democrats in Lancaster South LD 1994d: 1/2 sowie LD 1994e.

¹²⁵⁸ Cook 2002: 229. Vgl. auch LD 1995a: Draft: 2-5. Ashdown hatte das zentrale Thema der konstitutionellen Reform auch in seiner Alternative Queen’s Speech benannt. Vgl. Cook 2002: 230.

¹²⁵⁹ Interview mit Michael Moore vom 12. Februar 2002. Vgl. auch LD 1995a: 6.

¹²⁶⁰ Vgl. LD 1995a: 6.

Eindeutiger Gegner in der Europapolitik waren die Konservativen, von denen sich die Liberaldemokraten weitaus besser abgrenzen konnten als von der Labour Party. Umso stärker musste sich die Partei gegen Attacken der Konservativen wehren, die vor allem auf die von den Liberaldemokraten hergestellte Verknüpfung zwischen einer Dezentralisierung in Großbritannien und einer föderalen EU abzielten. Die Konservativen, die ihren Kampf für die britische Union zu einem Hauptwahlkampfthema machen wollten, kritisierten, dass die Liberaldemokraten die „organische Natur“ der britischen Verfassung nicht verstünden und mit ihrer Devolutionspolitik „Vandalismus“ an derselben ausübten.¹²⁶¹ Zudem warf die Regierungspartei der LD äußerst öffentlichkeitswirksam eine „Doppelzüngigkeit“ in der Europapolitik vor, da die Liberaldemokraten sich in einem internen Parteipapier selbst als „zu föderalistisch“ in der Europafrage bezeichnet und für mehr Zurückhaltung in der Europapolitik plädiert hatten.¹²⁶²

Diese europapolitische Negativpresse löste die kurzfristige Euphorie der Liberaldemokraten über den Beitritt der konservativen Abgeordneten Emma Nicholson ab, die gerade auch wegen der europafreundlichen Politik der Liberaldemokraten gewechselt hatte.¹²⁶³ Das an die Öffentlichkeit gelangte interne Dokument machte erneut deutlich, dass die Liberaldemokraten zwar grundsätzlich an ihrer europapolitischen Programmatik festhielten, mit Blick auf den Wähler aber auch „Angst vor der eigenen Courage“ hatten und sich daher in ihrer Rhetorik dem europapolitischen Meinungsklima im Vereinigten Königreich eher anpassten, statt es aktiv umzugestalten. Der Mittelweg lag für die Liberaldemokraten in einer noch stärkeren Betonung der Notwendigkeit, die EU im Sinne einer dezentralen und demokratischen Ausgestaltung zu reformieren, was auch Paddy Ashdowns ungewöhnlich harsche Kritik an der Arbeitsweise der EU auf der Parteikonferenz 1996 erklärt.¹²⁶⁴

Im Zuge der BSE-Krise 1996 knüpften die Liberaldemokraten wieder an ihr lange Zeit offensiv vorgetragenes EU-Bekenntnis an und stellten sich als einzige Partei entschieden gegen die konservative Regierung. Ashdown kritisierte mit breiter Unterstützung seiner Parlamentsfraktion Majors Politik der Nicht-Kooperation mit der EU als verheerende „Kriegserklärung an Europa“ und das schlechte Krisenmanage-

¹²⁶¹ CP 1996: 85 und CP 1997b: 830/831. Vgl. zum von den Konservativen beschworenen „Ausverkauf britischer Souveränität“ auch Davies 1996: 1/2.

¹²⁶² Vgl. CP 1996: 81/82, CP 1997b: 746 und Cook 2002: 231/232. Vgl. zum internen Papier der Liberaldemokraten The Daily Telegraph vom 22. Januar 1996.

¹²⁶³ Vgl. Ashdown 2000: 368-376. Im Oktober 1996 folgte auch der konservative Abgeordnete Peter Thurnham, jedoch nicht wegen der integrationistischen Europaopolitik der Liberaldemokraten, sondern vorrangig wegen ihrer Kommunalpolitik. Vgl. Ashdown 2000: 464-467.

ment der Tories als „too little, too late, and not enough to restore the market“. Major habe „die Außenpolitik in die Hand seiner Euro-Skeptiker“ gegeben und verspiele damit die Zukunft der britischen Fleischindustrie.¹²⁶⁵ Der liberaldemokratische Parteiführer ärgerte sich besonders darüber, dass angesichts der aufgeheizten euro-skeptischen Stimmung im Unterhaus überhaupt keine sachliche Argumentation zur BSE-Frage möglich war. Noch enttäuschter waren die Liberaldemokraten aber über die Haltung ihres „geheimen Verbündeten“, der Labour Party, die sich – wie Blair gegenüber Ashdown versicherte – angeblich ausschließlich aus Wahlkampfgründen an die Seite der Konservativen gestellt hatte. So bemerkte Ashdown in seinem politischen Tagebuch:

*„Labour are really worrying me. (...) Their inability to take a clear position on Europe is in stark contrast to Blair’s private statements to me that they can be relied on for Europe.“*¹²⁶⁶

Die Liberaldemokraten lehnten die defensive Politik der Anpassung an Medien und Meinungsumfragen, die sie selbst zeitweilig praktiziert hatten, in der BSE-Krise entschieden ab und pochten auf eine klare Linie zugunsten der EU-Vorgaben. Unterstützung fanden sie dabei in der britischen Medienlandschaft lediglich durch die *Financial Times* und den *Independent*.

Im stark durch innenpolitische Themen dominierten Unterhaus-Wahlkampf 1997 verfolgten die Liberaldemokraten in der Europapolitik nun ebenfalls wieder eine offensivere Strategie – nicht zuletzt wohl auch, da sie sich jetzt nicht mehr nur von der euro-skeptisch argumentierenden konservativen Regierungspartei, sondern zunehmend auch von der vorsichtig-defensiven Labour Party abheben konnten. Die unveränderte Zielvorstellung der Liberaldemokraten eines dezentralen Großbritannien in einer dezentral-föderalen EU wurde im Manifest aber nicht mehr erwähnt. Stattdessen stellten die Liberaldemokraten in ihrem Wahlmanifest ihre Rolle als positiver Reformmotor für die EU heraus.¹²⁶⁷ Mit ihrer prinzipiellen Befürwortung der Währungsunion und ihrer Unterstützung des Sozialprotokolls griff die Partei die europapolitische Zurückhaltung der Labour Party und die europapolitische Kritik der Konservativen in der Öffentlichkeit an und beanspruchte so für sich das „Etikett“, als einzige britische Partei eine konsistent pro-europäische Agenda zu haben.¹²⁶⁸ Die

¹²⁶⁴ Vgl. Cook 2002: 233.

¹²⁶⁵ Ashdown 2000: 430/431 und 417. Vgl. auch den Brief an Premierminister Major vom 22. Mai 1996, abgedruckt in: Ashdown 2000: 432/433.

¹²⁶⁶ Ashdown 2000: 434.

¹²⁶⁷ LD 1997: 57.

¹²⁶⁸ Vgl. LD 1997b: 9/10, LD 1997c: 8/9.

Liberaldemokraten fochten weiterhin am vehementesten für eine innere Verfassungsreform. Ihr Ziel: „a more broadly European shape“ für das britische System.¹²⁶⁹ Wie schon 1992 galten die Liberaldemokraten auch im Wahlkampf 1997 als die „least disliked party“ und Paddy Ashdown als kompetentester und zugleich weit über die Parteigrenzen hinweg geschätzter Parteiführer.¹²⁷⁰ Die Liberaldemokraten gewannen schließlich 46 Sitze im britischen Parlament, zu einer Koalition mit der Labour Party kam es aber nicht.¹²⁷¹

5.3.2 Der Amsterdamer Vertrag aus der Sicht der Liberaldemokraten

5.3.2.1 Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU

Die Liberaldemokraten sahen die für 1996 anberaumte IGR als einen entscheidenden Schritt für die Fortentwicklung der EU im liberaldemokratischen Sinne an. Die Konferenz stellte für sie einen „definierenden Moment“ für die Post-Maastricht-EU – vor allem mit Blick auf die Herausforderung der Erweiterung und den sich immer stärker abzeichnenden „Verlust des aktiven Engagements der Bürger“ – dar.¹²⁷² Angesichts ihrer „verwundbaren“ Position als einzige integrationistische Partei, die ihren Kurs aber mitunter nur zögerlich vertrat, wollten die Liberaldemokraten nun für die IGR klarer und präziser eine „idealistische und konstruktive Europapolitik“ artikulieren.¹²⁷³

Die IGR barg nach Ansicht der Liberaldemokraten Risiken und Chancen zugleich: Das Risiko eines von Deutschen und Franzosen ins Gespräch gebrachten Kerneuropa, das die Liberaldemokraten ebenso wie die CP und LP ablehnten, da sie die Gefahr einer Fragmentierung der EU sahen und Großbritannien von der Kerngruppe aufgrund seiner *Opt-out*-Politik ausgeschlossen wäre. Außerdem verstieß die Schaffung eines Kerneuropa nach Ansicht der Liberaldemokraten gegen „den Geist der Erweiterung“, da sich die neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa unweigerlich in der zweiten Reihe der EU wiederfinden würden.¹²⁷⁴ Die IGR barg aber auch die Chance auf eine gemeinsame demokratischere und dezentralere Neugestaltung der

¹²⁶⁹ Vgl. Ashdown 2000: 485.

¹²⁷⁰ Fieldhouse/Russell 2001: 716. Vgl. auch ebd.: 718/19 und Cook 2002: 235.

¹²⁷¹ Cook 2002: 234 und Margetts 1997: 185-188.

¹²⁷² Vorwort Charles Kennedy, in: LD 1995: 2

¹²⁷³ Vorwort Charles Kennedy in, LD 1995: 2. Der Beratungsprozess zur IGR schloss traditionell alle Ebenen der Partei ein.

¹²⁷⁴ LD 1996: 8.

EU, um diese fit für die Erweiterung um die Staaten des ehemaligen Ostblocks zu machen.

Grundsätzlich verfolgten die Liberaldemokraten zwei Ziele für die IGR: Sie wollten Großbritanniens Einfluss in der EU sowie bei der Weiterentwicklung der EU gezielt erhöhen, da das Vereinigte Königreich ihrer Ansicht nach ein originäres Interesse daran haben musste, aktiver und zentraler Teil der EU zu sein. Dazu sollte Großbritannien künftig eine „intelligente Diplomatie“ des Bündnisschließens verfolgen, statt sich im Zuge des konservativen „appeasement“ gegenüber den eigenen Euro-Skeptikern immer weiter in die Isolation zu flüchten.¹²⁷⁵ Zweites Ziel der Liberaldemokraten war es, durch institutionelle Reformen und die stärkere Zuwendung zu bürgernahen Politikfeldern wie der Beschäftigungs-, Bildungs- oder Umweltpolitik („Invest in people“) ein dezentrales, bürgerfreundliches Europa zu schaffen.¹²⁷⁶ Dazu gehörte auch, dass die Liberaldemokraten sich für ein Referendum über die Ergebnisse der IGR einsetzten, da dieses „die Politiker zwingen würde, ihre Vorschläge zu erklären und die Bürger zu überzeugen.“¹²⁷⁷

▪ Erweiterung

Die Liberaldemokraten sahen die Erweiterung der EU um die MOE-Staaten als die größte Herausforderung und zentrale Aufgabe der EU im kommenden Jahrzehnt an. In Anlehnung an die „Gründerideale“ der Gemeinschaft sah die Partei die EU in der moralischen Verpflichtung, eine offene Gemeinschaft für alle neuen Demokratien des Kontinents zu sein. Die EU sollte daher die Staaten des ehemaligen Ostblocks zügig aufnehmen, und durch die politische und ökonomische Einbindung der MOE-Staaten nach den „Dekaden des Totalitarismus“ zu mehr Stabilität und Prosperität auf dem gesamten Kontinent beitragen.¹²⁷⁸ In der vehementen Fürsprache der Partei hinsichtlich der Erweiterung der EU standen somit nicht so sehr wirtschaftliche Gesichtspunkte, sondern vor allem moralische Überlegungen im Sinne des liberaldemokratischen „progressiven Internationalismus“ und sicherheitspolitische Aspekte der Stabilisierung der ehemaligen Ostblockstaaten im Mittelpunkt der Argumentation.¹²⁷⁹ Die EU sollte durch ihre Unterstützung und spätere Aufnahme der ehemaligen

¹²⁷⁵ Die beiden direkten Zitate entstammen LD 1996: 6 und LD 1996a: 2.

¹²⁷⁶ LD 1996: 7. Vgl. zu den beiden Zielen: LD 1996: 7-10, LD 1996a: 4 und LD 1996b: 1.

¹²⁷⁷ Ashdown 1995: 26. Vgl. auch LD 1996: 10, LD 1995: 8 und LD 1996a: 5.

¹²⁷⁸ LD 1995: 4.

¹²⁷⁹ Vgl. ebd. und LD 1996: 10.

Ostblockstaaten als zentraler Akteur zu einer „stabilen und demokratischen europäischen Ordnung“ beitragen.¹²⁸⁰

▪ **Institutionelle Reform der EU und Rolle der nationalen Parlamente**

Wurde die Erweiterung der EU als wichtigstes Ziel der liberaldemokratischen Agenda für die Weiterentwicklung der Union genannt, so war es dennoch die institutionelle Reform, die das Herzstück der liberaldemokratischen Europapolitik bildete.¹²⁸¹ Für die Liberaldemokraten war eine umfassende Reform der Entscheidungsmechanismen der EU und eine Veränderung ihrer institutionellen Arithmetik eine unmittelbare Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit und effiziente Arbeit einer EU mit 20 oder mehr Mitgliedern. Darüber hinaus machten die Liberaldemokraten gerade die unübersichtlichen und komplizierten EU-Strukturen maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Bürger keinen Bezug zur Union entwickelten und deren große Leistungsbilanz nicht erkannten.¹²⁸²

Die grundlegenden Ziele der Liberaldemokraten zur institutionellen Reform der EU blieben unverändert: Die britische Drittpartei strebte eine „Demokratisierung“ der Institutionen und eine „Veränderung der Machtbalance“ zwischen den Institutionen an.¹²⁸³ Das EP als von den Bürgern direkt legitimiertes Organ der EU blieb das Zentrum des liberaldemokratischen Europaverständnisses. Es sollte mehr „Verantwortung und Autorität“ erhalten und – analog zur Wahlreform-Forderung der britischen Drittpartei für Großbritannien selbst – mittels eines einheitlichen Verhältniswahlrechts zeitgleich in allen Staaten der EU gewählt werden.¹²⁸⁴ Die Entscheidungsverfahren mussten nach Ansicht der Partei drastisch auf die drei Verfahren der Mitentscheidung, Zustimmung und Anhörung reduziert werden; bei der Gesetzgebung sollte das EP dem MR gegenüber gleichberechtigt sein.

Traditionell forderten die Liberaldemokraten eine engere Verzahnung und stärkere Interaktion zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten. Sie hoben hier das „antiquierte konstitutionelle Gefüge“ des eigenen britischen Systems, in dem die Regierung ihrer Ansicht nach zu stark über das Parlament dominierte, hervor. Die Drittpartei pochte daher auf eine verbesserte Kontrolle und ein größeres Mitspracherecht des Parlaments – besonders in den intergouver-

¹²⁸⁰ LD 1996: 6.

¹²⁸¹ Vgl. LD 1996a: 2/3, LD 1996: 6 sowie 9/10.

¹²⁸² Vgl. LD 1996: 9-11 und LD 1996a: 4.

¹²⁸³ Ashdown 1995: 16.

¹²⁸⁴ LD 1995: 6. Vgl. ebd.: 7, LD 1996: 13 und LD 1996a: 9.

nemental organisierten Politikfeldern der GASP und der ZIJP – über ein *Joint Committee* von nationalen Parlamentsmitgliedern und Europaabgeordneten.¹²⁸⁵ Zudem sollte das britische Unterhaus dem oder den britischen Kandidaten für den Posten eines EU-Kommissars künftig zustimmen müssen, also auch hier ein Mitspracherecht erhalten.¹²⁸⁶

Die Europäische Kommission sahen die Liberaldemokraten gerade in einer erweiterten EU als wichtigsten Motor der Gemeinschaft an. Sie sollte „reformiert werden, ohne demontiert zu werden“.¹²⁸⁷ Hatten die Liberaldemokraten noch 1995 für die kleineren EU-Staaten eine Rotation der Kommissarsposten durchaus in Erwägung gezogen, damit das Kollegialorgan schlank und handlungsfähig blieb, so setzten sie sich nun dafür ein, dass jeder EU-Mitgliedstaat – auch die kleineren Staaten – weiterhin einen Kommissar entsenden könne.¹²⁸⁸ Der bereits 1995 geäußerte Reformgedanke der Liberaldemokraten, die Portfolios der Kommission einzugrenzen und neu zuzuschneiden fand nun seine Fortsetzung: Die Partei forderte, die Ressorts zu reduzieren und einzelnen Kommissar-Teams zuzuleiten. Weiterhin unumstritten war für die Drittpartei, dass die Kommission als originär europäisches Organ und Impulsgeber der EU ihr alleiniges Gesetzesinitiativrecht behalten sollte. Allerdings wollten die Liberaldemokraten die Rolle des EP bei der Zusammensetzung der Kommission dadurch stärken, dass es dem Kommissionspräsidenten und den einzelnen Kommissaren zustimmen musste.¹²⁸⁹

Den größten Reformbedarf wiesen die Liberaldemokraten dem Ministerrat zu. Sie griffen vor allem dessen mangelnde Transparenz und Offenheit scharf an: „It is unacceptable for decisions to be taken by the Council in secret and for the fallout to be blamed on bureaucrats in the Commission“, betonte Parteichef Ashdown.¹²⁹⁰ Und im IGR-Dokument der Partei hieß es zum MR: „Für das derzeitige geheime und unkontrollierbare System der Entscheidungsfindung, in dem Technokratie Demokratie ersetzt, gibt es keine Verteidigung.“¹²⁹¹ Daher sollte der MR in seiner Funktion als Legislativorgan offen tagen; zugleich sollten strengere Vorgaben für die detaillierte Berichterstattung durch Minister im britischen Unterhaus zeitnah nach MR-Sitzungen gemacht werden. Die Partei forderte, das komplizierte, durch Verwal-

¹²⁸⁵ LD 1996: 13.

¹²⁸⁶ Vgl. LD 1996: 13 und Ashdown 1995: 16. Vgl. zum gesamten Abschnitt zum EP auch LD 1996:a: 6/7.

¹²⁸⁷ LD 1996: 13.

¹²⁸⁸ Vgl. LD 1995: 4 und LD 1996: 13/14.

¹²⁸⁹ Vgl. ebd.

¹²⁹⁰ Ashdown 1995: 25.

tungsbeamte geprägte Arbeitssystem des MR zu vereinfachen. Einen konkreten Entwurf für eine neue Struktur gab es aber nicht. Besonders wichtig war den Liberaldemokraten, dass das EP als das von den Bürgern legitimierte Organ durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens und die Ausweitung der Entscheidungen des MR mit qualifizierter Mehrheit (QME) gleichberechtigt am Gesetzgebungsprozess beteiligt werden sollte. Die Ausweitung der QME hielten die Liberaldemokraten mit Blick auf die Handlungsfähigkeit einer erweiterten EU sowie transparentere und bürgerfreundlichere Entscheidungsabläufe für „sinnvoll und notwendig“.¹²⁹² Sie regten daher an, QME in möglichst vielen Bereichen, unter anderem in der EU-Außenpolitik, nicht aber bei Vertragsrevisionen und EU-Finanz- und Budgetfragen, anzuwenden. Die Abstimmungen sollten dem Prinzip der doppelten Mehrheit folgen, da dieses eine Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen explizit mit einschloss.¹²⁹³

▪ **Kompetenzen der EU, Subsidiarität und Dezentralisierung**

Die Liberaldemokraten betonten in ihren Parteidokumenten zur IGR konsequent, dass ein weiterer Souveränitätstransfer der Mitgliedstaaten auf die Union in einzelnen Politikbereichen für den Erfolg einer erweiterten EU notwendig sei. Sie machten aber gleichzeitig deutlich, dass dieser Souveränitätstransfer keine „Einbahnstraße“ darstellten dürfe: Die EU sollte in deutlich weniger Politikbereichen ausschließliche Kompetenzen haben, dafür in diesen aber effizienter arbeiten:

*„EU institutional reform is essential to restore public confidence in Britain and in other countries. This requires a more effective EU, focussing on a narrower range of policy areas, with detailed regulation returned to lower levels where this can be effective.“*¹²⁹⁴

Oder in den Worten Paddy Ashdowns:

*„The Europe we are building requires a pooling of sovereignty, but also a decentralisation of power. In the new Europe, regions will be stronger and local communities will be stronger, too. The state will remain a powerful means of identity, but it will not be the exclusive means for doing this.“*¹²⁹⁵

Das im Maastrichter Vertrag verankerte Subsidiaritätsprinzip, von den Liberaldemokraten Anfang der neunziger Jahre zunächst kritisch beäugt, hatte nach Ansicht der britischen Drittpartei nicht zu der gewünschten klaren Kompetenzabgrenzung zwischen europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene geführt. Es konnte letzt-

¹²⁹¹ LD 1996: 9.

¹²⁹² Vgl. LD 1996: 12.

¹²⁹³ Vgl. LD 1996: 13, LD 1995: 5/6 und LD 1996a: 8.

¹²⁹⁴ LD 1996a: 4. Vgl. auch LD 1996: 9/10.

¹²⁹⁵ Ashdown 1995: 20. Vgl. auch LD 1996a: 5.

lich nur dann erfolgreich umgesetzt werden, wenn es auch das zentralistische britische politische System erfasste.¹²⁹⁶ Eine stärkere Entscheidungsmacht und -fülle für die kommunale und regionale Ebene in Großbritannien war für Parteichef Ashdown zudem unmittelbar damit verbunden, dass das Unterhaus dann mehr Zeit für „genuine nationale“ Themen und eine intensivere Kontrolle der EU-Gesetzgebung habe.¹²⁹⁷ Die EU sollte sich auf Bereiche wie die Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Wirtschafts- und Währungspolitik, den transeuropäischen Wettbewerb oder den Umwelt- und Verbraucherschutz konzentrieren. Andere Politikfelder, welche die Liberaldemokraten allerdings nicht konkret benannten, sollten dagegen zurück in die Hände der Mitgliedstaaten oder auch der Regionen gelegt werden.¹²⁹⁸

Massiv gestärkt und noch weiter in den europäischen Integrationsprozess integriert werden sollte die regionale Ebene. Den im Maastrichter Vertrag verankerten Ausschuss der Regionen sahen die Liberaldemokraten als einen „wichtigen ersten Schritt“ an, um lokale und regionale Entscheidungsträger auf EU-Ebene partizipieren zu lassen.

- **Säulenstruktur: Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Innen- und Justizpolitik**

Eine zentrales Ziel der Liberaldemokraten für die IGR war es, die in Maastricht verankerte Säulenstruktur, die für die Bereiche der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Innen- und Justizpolitik eine intergouvernementale Zusammenarbeit jenseits der EG-Strukturen vorsah, aufzubrechen. Die britische Drittpartei begründete diese Forderung vor allem mit der mangelnden Demokratie und Bürger-nähe des intergouvernementalen Entscheidungsprozesses:

„This has led to uneven levels of democratic accountability and transparency, adding weight to allegations that „Brussels“ is secretive – that citizens cannot trace or influence the source of laws that affect their daily lives.“¹²⁹⁹

Vor allem die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, die die Interessen und Rechte der Bürger in den Augen der Liberaldemokraten mit am stärksten berührte, sollte daher in die erste Säule, also in die Europäische Gemeinschaft, eingliedert werden. Die Partei begründete ihre Forderung damit, dass auf diese Weise Einfluss und Kontrollmöglichkeiten des EP, des EuGH und der nationalen Parlamente deut-

¹²⁹⁶ LD 1996: 9. Vgl. auch und LD 1996b: 1 und LD 1995: 7.

¹²⁹⁷ Ashdown 1995: 26.

¹²⁹⁸ LD 1995: 7/8.

¹²⁹⁹ LD 1996a: 3.

lich erhöht würden. Zudem könne die Europäische Kommission in ihrer Rolle als Impulsgeber dann viele Bereiche der ZIJP, wie etwa die weitere Entwicklung und Ausgestaltung des Europäischen Polizeiamts Europol, gezielt vorantreiben.¹³⁰⁰ Die Liberaldemokraten plädierten dafür, auch den so genannten Schengen-Besitzstand in den Rechtsrahmen der EG zu überführen. Das sollte allerdings erst dann geschehen, wenn die Bürger sicher sein konnten, dass „ihre Außengrenzen tatsächlich vollständig gesichert sind und Kriminelle sich keinen Vorteil durch den Abbau der staatlichen Grenzkontrollen verschaffen können.“¹³⁰¹ Auch in der Kriminalitätsbekämpfung strebten die Liberaldemokraten eine intensivere Zusammenarbeit an, da die EU durch den Binnenmarkt und die fortschreitende Umsetzung des Schengener Abkommens zu einem einheitlichen kriminalgeographischen Raum geworden war. Besonders wichtig für die Liberaldemokraten: Die britische Regierung sollte die ZIJP-Agenda während der IGR „an vorderster Front“ mitgestalten; eine Politik der weiteren *Opt-outs* lehnte die britische Drittpartei kategorisch ab.

Weitere Integrationsschritte forderten die Liberaldemokraten ebenfalls für die in der zweiten Säule verankerte Gemeinsame Außen – und Sicherheitspolitik. Sie sprachen hier aber bewusst von einer langen Übergangsphase bis zu einer Vergemeinschaftung der GASP, da gerade die Außen- und Sicherheitspolitik ein „Herzstück nationaler Souveränität“ war. Das bislang praktizierte Konsensprinzip in der Außenpolitik war jedoch für die Liberaldemokraten in einer EU mit 15 und mehr Mitgliedern nicht mehr praktikabel. Es hatte mitunter zu einer fatalen Politik des Nichthandelns geführt, wie der Konflikt auf dem Balkan anschaulich gezeigt hatte. Die Partei sprach sich deshalb für eine Aufweichung des Konsensprinzips durch ein „consensus minus one“-Prinzip aus, so dass ein einzelner Mitgliedstaat eine Entscheidung nicht mehr blockieren konnte. Mehr noch: „Once the principles of common positions have been agreed, we further support decision-making on the „joint actions“ taken to implement them by qualified majority.“¹³⁰²

Vorteile sahen die Liberaldemokraten auch weiterhin in einer stärkeren Kooperation im Verteidigungsbereich: „Die Sicherheit Europas ist Großbritanniens Sicherheit. Der effektivste Weg, Kosten zu sparen und Großbritanniens Verteidigungsanstrengungen zu maximieren ist das Teilen von Einrichtungen und Ausrüstung mit unseren

¹³⁰⁰ Vgl. LD 1996: 18, LD 1996a: 7 und LD 1995: 15.

¹³⁰¹ LD 1996: 19 und LD 1995: 15.

¹³⁰² LD 1996: 16. Vgl. LD 1995: 11/12.

kontinentalen Partnern.“¹³⁰³ Entgegen ihrem noch Anfang der neunziger Jahre vertretenen, stärker durch eine zentrale Rolle der OSZE geprägten Verständnis einer Europäischen Sicherheitsarchitektur, rückten die Liberaldemokraten nun ebenso wie die beiden großen britischen Parteien die NATO in den Mittelpunkt. Gegen eine engere An- und spätere vollständige Einbindung der WEU in die EU sperrte sich die Partei nicht mehr, da diese Entwicklung “eine konstruktive Antwort” auf die Forderung der USA nach stärkeren europäischen Verteidigungsstrukturen sei und die NATO als zentrales Bündnis nicht gefährde.¹³⁰⁴

▪ Europäische Währungsunion

Mit Blick auf die ebenfalls 1997 anstehende, jedoch separat zur IGR zu treffende Entscheidung, ob die dritte Phase der WWU 1999 beginnen sollte, fügten die Liberaldemokraten ihren zentralen Positionspapieren zur IGR bewusst jeweils ein Kapitel zur Wirtschafts- und Währungsunion hinzu. Schließlich sahen sie ihre politische Unterstützung für die EWU als „zentral für das liberaldemokratische Programm für Großbritannien“ an und stuften sie als „logische Erweiterung des Binnenmarktes und notwendigen Schritt zur Fortentwicklung der EU“ ein.¹³⁰⁵ Die Währungsunion gehörte für die Liberaldemokraten eindeutig zu jenen Politikfeldern, in denen die Gestaltungskompetenz auf der europäischen Ebene liegen sollte. Die Zerstrittenheit der Konservativen über die Währungsunion und die zögerlich-unentschiedene Politik der Labour Party verurteilten die Liberaldemokraten scharf, da sie „schon jetzt deutlichen Druck auf das britische Bankensystem verursacht“ habe. Die britische Drittpartei forderte für die Briten eine aktive Beteiligung an der konkreten Planung der Währungsunion und eine Teilnahme in der Startgruppe, denn: „The notion that outside the single currency, Britain would have more control over its economic policy is illusory. The world currency markets would force Britain to follow whatever economic policies were operating within the single currency area or suffer devaluation.“¹³⁰⁶ Die politische Verpflichtung zur Währungsunion sollte durch ein Programm der ökonomischen Vorbereitung – Anti-Inflationspolitik, finanzielle Konsolidierung, Investitionen in Bildung, Ausbildung und Innovation, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – ergänzt werden.¹³⁰⁷

¹³⁰³ LD 1996: 15 (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. auch LD 1995: 12-14.

¹³⁰⁴ Vgl. LD 1996: 16.

¹³⁰⁵ LD 1996b: 1 und LD 1996: 20. Vgl. auch LD 1996a: 14.

¹³⁰⁶ LD 1996: 21.

¹³⁰⁷ Vgl. LD 1996: 21, LD 1995: 9/10.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Liberaldemokraten ihrer europäischen Vision eines dezentralen Großbritannien in einer dezentralen EU treu blieben, nach dem Maastrichter Vertrag aber einen weitaus größeren Reformbedarf als noch zu Beginn der neunziger Jahre sahen. Die EU war in ihren Augen noch immer zu kompliziert, zu elitär und ministeriell geprägt, als dass ihre Leistungsbilanz von den europäischen Bürgern honoriert werden könne. Klare Kompetenzabgrenzungen zwischen der europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Ebene, einfachere Entscheidungsstrukturen und Politikbereiche, die die Bürger stärker ansprachen, sollten daher dafür sorgen, dass die Bürger bei der Weiterentwicklung der EU positiv „mitgenommen“ würden.

5.3.2.2 *Die Ergebnisse des Amsterdamer Vertrages aus der Sicht der LD*

Für die Liberaldemokraten war der Amsterdamer Vertrag nur ein kleiner Schritt vorwärts, ein bescheidener Vertrag, bei dem sich Errungenschaften und Versäumnisse nahezu ausglich.¹³⁰⁸ Seine Bedeutung lag für die britische Drittpartei darin, dass der Vertrag einen ersten Schritt zur „Aussöhnung“ zwischen Großbritannien und seinen EU-Partnern markierte. Ansonsten sahen die Liberaldemokraten das Vertragswerk als eine Zwischenstation auf dem Weg zu einer weitreichenderen institutionellen Reform der EU an, so dass sie es nicht einmal für nötig hielten, die moderaten Ergebnisse des Vertrags in einem direkten Bürgervotum zur Disposition zu stellen:

*„Although it marks significant process in the federal direction, the Treaty of Amsterdam does not introduce constitutional innovation of a kind that requires in the United Kingdom context a referendum. Indeed, in some ways it moderates the terms of the Treaty of Maastricht.“*¹³⁰⁹

Der Amsterdamer Vertrag hatte aus Sicht der Liberaldemokraten die „Anomalien von Maastricht“, die durch dessen Kompromiss zwischen föderaler und intergouvernementaler Vision, kleinen und großen EU-Staaten sowie liberalen und sozialdemokratischen Gestaltungsmodellen entstanden waren, nur bedingt beseitigen können.¹³¹⁰ Auf der „Habenseite“ verbuchte die Partei eindeutig die Stärkung der europäischen Organe: Das EP war durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens im Gesetzgebungsprozess, durch die Reduzierung der Entscheidungsverfahren und durch seinen Anspruch auf Zustimmung zum EU-Kommissionspräsidenten in den Worten

¹³⁰⁸ Vgl. Interview mit Andrew Duff vom 12. Februar 2002.

¹³⁰⁹ LD 1997d: 10.

der LD zum „Hauptbegünstigten“ des Vertrags avanciert; das Initiativrecht der Kommission war geschützt, die Gestaltungskraft des Kommissionspräsidenten gestärkt und der Zuständigkeitsbereich des EuGH erweitert worden.¹³¹¹ Als besondere Errungenschaft werteten die Liberaldemokraten, dass die in Artikel 138 (4) beschriebenen gemeinsamen Prinzipien zur Wahl des EP der liberaldemokratischen Forderung nach einem einheitlichen (Verhältnis-) Wahlrecht sehr nahe kamen. Zustimmung fanden auch die Veränderungen in der Innen- und Justizpolitik, vor allem die Überführung der Visa-, Immigrations- und Asylpolitik in die erste Säule durch die Eingliederung in den EG-Vertrag:

*„This step is in line with Liberal Democrat policy. First, the democratic procedures of the European Commission, Council and Parliament and the jurisdiction of the European Court of Justice are extended to legislation in this sensitive area. Second, the principle of freedom of movement of people within the European Union moves closer to becoming reality.“*¹³¹²

Mit der Überführung des Schengen-Besitzstandes in den Rechtsrahmen der EG wurde eine weitere Forderung der Liberaldemokraten erfüllt. Die Entscheidung der Labour-Regierung, für Großbritannien eine Sonderregelung in Form eines *Opt-outs* bzw. *Opt-in-later* aus dem neuen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ und dem Schengen-Acquis auszuhandeln, hielt die Drittpartei für fahrlässig und falsch, da das Vereinigte Königreich sich durch diese zusätzliche Freistellungsklausel weiter vom Zentrum der EU entfernte.¹³¹³ Positiv verbuchten die Liberaldemokraten die Unterzeichnung des Sozialprotokolls, die Festschreibung eines Nachhaltigkeitsgrundsatzes, den sie im Rahmen ihrer europäischen Umweltagenda lange gefordert hatten, die Verankerung einer Suspensionsklausel bei der anhaltenden Verletzung von Menschen- und Grundrechten durch einen Mitgliedstaat. Auch die infolge einer britischen Initiative im Vertrag festgehaltenen Anti-Diskriminierungsmaßnahmen befanden sich in Einklang mit liberaldemokratischer Programmatik.¹³¹⁴ Unzufrieden waren die Liberaldemokraten hingegen mit den mangelnden Fortschritten im Institutionengefüge und in den Entscheidungsabläufen der EU, da die EU-Mitgliedstaaten es nicht vermochten hatten, die Union ausreichend auf ihre Erweiterung vorzubereiten, geschweige denn einfachere, für die Bürger nachvollziehbare Entscheidungsmechanismen zu schaffen. So nannte die Mängelliste der Liberalde-

¹³¹⁰ LD1997d: 3/4.

¹³¹¹ Vgl. LD 1997d: 7/8 und Heath 1998: Official Report vom 15. Januar: 512.

¹³¹² Vgl. LD 1997d: 4 und LD 1997a: 1.

¹³¹³ Vgl. LD 1997d: 5 und Heath 1998: Official Report vom 15. Januar: 562.

¹³¹⁴ Vgl. LD 1997d: 5/6. Vgl. speziell zum Nachhaltigkeitsgrundsatz LD 1996a: 17 und LD 1997a: 1. Vgl. ebenso Heath 1997: Official Report vom 12. November: 973.

mokraten unter anderem, dass die Stimmengewichtung im Rat nicht reformiert, die Kommissionsgröße nicht festgelegt und die Ausweitung der QM im MR nicht adäquat an die Ausweitung der Mitentscheidungsbefugnisse des EP angepasst worden war.¹³¹⁵ Auf breite Ablehnung stieß die in Amsterdam beschlossene Flexibilitätsklausel, die eine verstärkte Zusammenarbeit einzelner EU-Partner in bestimmten Politikbereichen ermöglichen sollte. Die Liberaldemokraten lehnten diese Klausel ebenso wie die CP und die LP ab, da sie das „*Opt-out-Land*“ Großbritannien automatisch in die zweite Reihe der EU-Mitgliedstaaten katapultieren würde. Die britische Drittpartei hielt die Vereinbarung zur Flexibilitätsklausel allerdings für so kompliziert, dass ihre tatsächliche Anwendung „unwahrscheinlich“ war.¹³¹⁶ Beklagt wurde darüber hinaus der in den Augen der Liberaldemokraten unzureichende Fortschritt im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, die nach wie vor intergouvernemental verankert war.¹³¹⁷

Insgesamt war für die Liberaldemokraten trotz ihrer Kritik an den „Unzulänglichkeiten“ des Vertrages völlig klar, dass sie seine Ratifizierung im britischen Unterhaus geschlossen unterstützen würden, um die Weiterentwicklung der EU voranzutreiben. Kritik äußerten sie als einzige britische Partei an der Methode der Vertragsreform selbst. Sie wollten die IGR durch einen offen tagenden Konvent abgelöst wissen, in den vor allem die Volksvertreter einbezogen werden sollten.

5.3.3 Die Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages: Die pro-europäische Opposition

Anders als bei der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages, als sie oftmals als Zünglein an der Waage agieren konnten, fiel den Liberaldemokraten bei der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages aufgrund der großen Mehrheit der Labour Party im britischen Unterhaus keine zentrale Rolle zu. Die Parlamentsfraktion sah sich daher in der Rolle der pro-europäischen Opposition, die ihre Überzeugungen vertrat, ohne dabei Mehrheitsbeschafferin zu sein. Vor diesem Hintergrund wollte die Drittpartei zumindest eigene Akzente in der Debatte setzen; sie konzentrierte sich darum darauf, den Ratifizierungsprozess mit eigenen Änderungs- und Ergänzungsanträgen konstruktiv zu begleiten. Die Marschrichtung war unumstritten: Trotz seiner Mängel wollten die Liberaldemokraten den Amsterdamer Vertrag geschlossen unterstützen,

¹³¹⁵ Vgl. LD 1997d: 8 und Interview mit Andrew Duff vom 12. Februar 2002.

¹³¹⁶ LD 1997d: 8.

da dieser der Anfang für ein bürgerfreundlicheres Europa sein könne, wie die beiden liberaldemokratischen Hauptredner in der Unterhausdebatte, Menzies Campbell und David Heath, betonten.¹³¹⁸ Außerdem vermochten es die Konservativen nach Ansicht der Liberaldemokraten nicht, eine „kohärente Alternative“ zur gerade im Unterhaus diskutierten Weiterentwicklung der Europäischen Integration aufzuzeigen.¹³¹⁹ Für einen großen Wurf hielt die britische Drittpartei den Vertrag nach wie vor nicht; Campbell und Heath nannten ihn schlicht „bescheiden“.¹³²⁰ Die Argumentation der Labour Party, die den Amsterdamer Vertrag als diplomatischen Triumph darstellte und die der Konservativen, die den Vertrag ein Desaster für den Nationalstaat nannten, lehnten die Liberaldemokraten als überzogen und nicht überzeugend ab.¹³²¹ Sie sahen weite Strecken der Ratifizierungsdebatte als unfruchtbar und ideologisch motiviert an, und äußerten sich deshalb nur zu zentralen inhaltlichen Punkten des Vertragswerks.¹³²²

Kritik übten Campbell und Heath vor allem an den mangelhaften Ergebnissen zur institutionellen Reform, die weder der Herausforderung der Erweiterung gerecht würden noch eine Demokratisierung, sowie eine größere Offenheit und Bürgernähe bewirkt hätten.¹³²³ Um die Labour-Regierung „anzutreiben“, stellten die Liberaldemokraten daher einen eigenen Antrag zur institutionellen Reform der EU. Sie forderten die Labour-Regierung auf, im Vorfeld zur nächsten IGR einen konkreten Positions- und Zielkatalog zur institutionellen Reform zu entwerfen und ihn dem Unterhaus frühzeitig vorzulegen.¹³²⁴

Die Liberaldemokraten bekannten sich während der Ratifizierungsdebatte grundsätzlich zu ihrer europäischen Vision einer föderalen EU. So unterstrich Menzies Campbell während der dritten Lesung:

„I have no complaint about the notion of a federal Europe. (...). I have argued the case in the House, and so has my party, for a long time (...). Federalism allows one to define clearly and ambiguously the powers of the respective Parliaments. In my view it is a proper solution to the government of the United Kingdom, and in due course, if the peoples of Europe want to bring it about, it

¹³¹⁷ Vgl. Campbell 1997: Official Report vom 12. November: 941.

¹³¹⁸ Campbell 1997: Official Report vom 12. November: 942 und Heath 1997: Official Report vom 12. November: 974/975. Vgl. Interview mit Andrew Duff vom 12. Februar 2002, der den Vertrag zumindest als einen „step forward“ einstufte.

¹³¹⁹ Campbell 1998: Official Report vom 19. Januar: 758.

¹³²⁰ Heath 1997: Official Report vom 12. November: 972 und Campbell: Official Report vom 12. November: 937.

¹³²¹ Heath 1997: Official Report vom 12. November: 972.

¹³²² Vgl. Campbell 1998: Official Report vom 17. Dezember: 417.

¹³²³ Vgl. Campbell 1997: Official Report vom 12. November: 938 und Heath 1997: Official Report vom 12. November: 972/973.

¹³²⁴ Vgl. Heath 1998: Official Report vom 15. Januar: 537/538.

may be a proper solution to the way in which Europe should organise itself."¹³²⁵

Besondere Beachtung schenken die Liberaldemokraten dem „Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“, das dem Amsterdamer Vertrag anhing und das sie als einen Fortschritt auf dem Weg zur strikten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips betrachteten. In einem eigenen Antrag betonten David Heath und Menzies Campbell nochmals, dass das Subsidiaritätsprinzip sich von der EU über die nationale Ebene hinaus auch auf die regionale und lokale Ebene erstreckte, was im britischen Unterhaus gerne und oft vergessen werde. Gleichzeitig plädierten sie für eine strikte Anwendungs- und Erfolgskontrolle direkt im Unterhaus. Dazu David Heath:

„Our amendment seeks to make that (assessment, Anm. der Verf.) a clear discipline on the Government, so that we will have debates on the Floor of the House that will enable us to take up cases where we believe the principle has not been acceded to by the European Union and challenge such action.“¹³²⁶

Äußerst zwiegespalten waren die Liberaldemokraten in ihrer Beurteilung des Beschäftigungskapitels und des neu eingerichteten Beschäftigungsausschusses der EU, da sie die Beschäftigungspolitik als ein originäres Handlungsfeld der Nationalstaaten ansahen und ihrer liberalen Wirtschaftspolitik folgend „Deregulierung und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und eine Reduzierung der Lohnnebenkosten“ für die entscheidenden „Schlüsselemente zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ hielten. Der Beschäftigungsausschuss dürfe nicht zu einem „talking shop“ werden, vielmehr müsse die britische Labour-Regierung den engen Abstimmungsprozess mit britischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen suchen und das flexible „angelsächsische Arbeitsmarktmodell“ aktiv in die Debatte des Beschäftigungsausschusses einbringen, so die Liberaldemokraten.¹³²⁷

Einen zentralen Punkt ihrer eigenen EU-Agenda griffen die Liberaldemokraten während der Unterhausdebatte zur Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages mit ihren Anträgen für mehr Transparenz und eine effizientere Kontrolle europäischer Initiativen und Vorschläge durch die nationalen Parlamente auf.¹³²⁸ Die Liberaldemokraten zogen diese Anträge schließlich zurück, weil Europaminister Doug Henderson ihnen während der Debatte zusagte, eine Überprüfung und Verbesserung des Berichtswes-

¹³²⁵ Campbell 1998: Official Report vom 19. Januar: 758/759.

¹³²⁶ Heath 1998: Official Report vom 19. Januar: 709. Vgl. auch Heath 1997: Official Report vom 12. November: 974 und Campbell 1997: Official Report vom 12. November: 941.

¹³²⁷ Heath 1997: Official Report vom 3. Dezember: 406. Vgl. Interview mit Andrew Duff vom 12. Februar 2002.

¹³²⁸ Vgl. Heath 1998: Official Report vom 19. Januar: 736-739 und LD 1997a: 1.

sens der einzelnen Ministerien nach MR-Sitzungen vornehmen zu lassen. Dieses überparteiliche Arrangement während der Debatte zeigte die zahlreichen informellen und formellen Verbindungen, die zwischen den LD und der Labour Party aufgebaut worden waren.

Mit einem weiteren *Amendment* scheiterte die Drittpartei ob der Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus erwartungsgemäß: Sie bekräftigte zwar ihre volle Unterstützung für eine verstärkte polizeiliche Kooperation im Rahmen von Europol, beharrte aber auf den „Freiheiten und dem Schutz des Individuums“. Sie forderte daher eine genaue Abklärung der Immunität von Europol-Polizisten, die auf britischem Boden agierten.¹³²⁹ Europaminister Doug Henderson sprach hier von einer Debatte der Zukunft und machte darauf aufmerksam, dass die Europol-Konvention bei einer Ausweitung des Aufgabenfeldes einstimmig geändert werden sollte.

5.3.4 Die innerparteiliche Ebene: Geschlossenheit in der Rolle als *Euro-Reformists*

In der Zeitspanne vom Maastrichter Vertrag bis zur Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages zeichnete sich die liberaldemokratische Parlamentsfraktion weiterhin durch europapolitische Geschlossenheit aus. Es gab weder organisierte Gruppen noch informelle Zirkel, die vom pro-europäischen Kurs der Partei abwichen und sich gegen die Unterstützung des Vertragswerkes aussprachen. Auch Nick Harvey, der sich selbst als Euro-Skeptiker einstuft, stimmte ohne Bedenken für den Amsterdamer Vertrag, da er diesen nicht als „bedeutenden Marsch hin zu mehr Integration“ und damit nicht als eine ähnlich zentralistische Zäsur wie den Maastrichter Vertrag ansah.¹³³⁰ Im Gegensatz zu den beiden großen Parteien wurden die Liberaldemokraten somit nicht durch europapolitische Schismen in ihrer Parlamentsfraktion geleitet. Vielmehr stellte die Fraktion nach wie vor einen recht homogenen Block dar. Die Liberaldemokraten lebten weiterhin eher von der „angenehmen Spannung zwischen der Parteiführung einerseits und der Basis und den Aktivisten andererseits“.¹³³¹ Da aber gerade die liberaldemokratischen Parteiaktivisten überzeugte Integrationisten und „vehemente Pro-Europäer“ sind, gab es in der Europapolitik auch zwischen Parteiführung und Aktivisten keine offen zutage tretenden inhaltlichen Spannungen oder

¹³²⁹ Vgl. Heath 1998: Official Report vom 19. Januar: 740-742 und 745/746, Cambell 1998: Official Report vom 19. Januar: 743/744 und Beith 1998: Official Report vom 19. Januar: 746 und 748/749.

¹³³⁰ Interview mit Nick Harvey vom 23. November 2004.

¹³³¹ Russell/Fieldhouse 2005: 84. Vgl. Ingle 1996: 120.

Konflikte.¹³³² Der Europaabgeordnete Andrew Duff begründet die Abstinenz kontroverser Diskussionen auf den Parteikonferenzen entsprechend damit, dass es in der Partei „keine wirkliche Opposition zu den europäischen Schlüsselthemen gibt“.¹³³³ In den Augen Nick Harveys dagegen liegt der europapolitische Konsens vor allem darin begründet, dass Parteiführung und Aktivisten die Parteikonferenzen dominieren und eine „rationale und ausbalancierte Europa-Debatte“, an der auch die euro-skeptischen Mitglieder der Basis offen teilnehmen, verhindern.¹³³⁴

Interessant ist, dass die Parteimitglieder der liberaldemokratischen Basis Umfragen zufolge tatsächlich kaum pro-europäischer als die Mitglieder der beiden großen britischen Parteien sind. Dennoch werden die Liberaldemokraten auf nationaler Ebene vor allen anderen Themen mit ihrer pro-europäischen Haltung identifiziert. Trotz der offenkundig großen inhaltlichen Bandbreite brachen in den neunziger Jahren keine öffentlichen Konflikte über den europapolitischen Kurs aus. Das kann damit begründet werden, dass die große organisatorische und kulturelle Lücke zwischen der Parteiführung und der Parlamentsfraktion einerseits und den völlig autonom agierenden Parteigliederungen in den Kommunen andererseits unterschiedliche Sichtweisen auf die Europapolitik ermöglichte und erlaubte. Die Partei ging mit der unterschiedlichen Handhabung der Europapolitik in den einzelnen Parteigliederungen eher gelassen um, wie das Beispiel Nick Harveys deutlich zeigt. Er wurde in seinem Kreis in North Devon seit 1992 gerade wegen seiner offenen euro-skeptischen Haltung gewählt.¹³³⁵ Die Parteiführung besitzt bis heute keine umfassenden Möglichkeiten zur Kontrolle ihrer einzelnen Parteigliederungen. Ein solches Vorgehen widerspräche aber auch ihrem Verständnis einer dezentral operierenden Partei.

Für die Zeitspanne zwischen 1993 und 1997 ist festzuhalten, dass der grundsätzliche europapolitische Kurs der Liberaldemokraten und die Haltung der Parteiführung zur EU sich inhaltlich kaum gewandelt hatten, die „Wege der Kommunikation“ nach Maastricht aber deutlich vorsichtiger und zurückhaltender wurden und zudem der Reformgedanke stärker in den Mittelpunkt rückte.¹³³⁶ Darüber hinaus entwickelten die Liberaldemokraten ihre Politikagenda zwischen 1992 und 1997, einer Phase wachsender öffentlicher Aufmerksamkeit infolge kommunaler Wahlerfolge, stetig weiter. Dies ging auch auf Kosten der Europapolitik. Diese blieb zwar ein program-

¹³³² Interview mit Matthew Taylor vom 6. Februar 2002.

¹³³³ Interview mit Andrew Duff vom 12. Februar 2002.

¹³³⁴ Interview mit Nick Harvey vom 23. November 2004.

¹³³⁵ Vgl. zu den Mitgliedererhebungen Clarke/Curtis 1998: 99-103 und MacIver 1996: 12. Vgl. zu Nick Harvey vor allem Russell/Fieldhouse 2005: 82/83 und 219-223.

matischer Eckstein der Partei, wurde von den Kampagnenmachern aber als „Verliererthema“ eingeschätzt und daher bis auf das Alleinstellungsmerkmal der Befürwortung der Währungsunion kaum offensiv „verkauft“. Andere Politikfelder wie die Wirtschafts-, Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Umweltpolitik oder die Reform der öffentlichen Dienstleistungseinrichtungen rückten stärker in den Vordergrund und wurden, auch bedingt durch den Influx neuer Abgeordneter nach der Wahl 1997, im Sinne einer „unterscheidbaren Agenda“ und einer „unterscheidbaren Identität“ der Partei weiter ausdifferenziert.¹³³⁷ Parallel dazu erweiterten die Liberaldemokraten auch ihr Wählerterrain; 1997 gewannen sie erstmals neue Hochburgen jenseits des traditionellen liberalen „Stammlandes“ hinzu und erzielten so 46 Sitze im Unterhaus.¹³³⁸ Mit dem konservativen europäischen Förderalisten Hugh Dykes trat im September 1997 noch ein landesweit bekannter ehemaliger konservativer Abgeordneter zu den Liberaldemokraten über.¹³³⁹

Weitaus kontroverser als die Europapolitik wurden vor diesem Hintergrund daher Mitte der neunziger Jahre die strategische Ausrichtung der Partei als „Anti-Konservative Partei“ und ihr Verhältnis zur Labour Party diskutiert, wobei die Vorstellungen hier von einer völligen Unabhängigkeit der beiden Parteien (bevorzugt von den Kommunalpolitikern und der Parteibasis) bis hin zu einer festen Koalition und einer eventuellen späteren Fusion (der Gesamtparteien oder weiter Teile) reichten.¹³⁴⁰ Bei diesen Überlegungen spielte die Europapolitik als Politikfeld der Liberaldemokraten überhaupt keine Rolle.

5.4 Zwischenfazit

5.4.1 Die Konservative Partei

Die Europapolitik der Konservativen Partei lässt sich in den Jahren 1994 bis 1997 vor allem anhand ihres faktionellen Vielklangs charakterisieren. Es waren eindeutig die zahlreichen europapolitischen Subgruppen, insbesondere die euro-skeptischen Gruppen innerhalb der parlamentarischen CP, die die Europapolitik der Konservativen dominierten. Dabei war dem Großteil der pro-europäischen und euro-skeptischen Gruppen gemeinsam, dass sie für das Leitbild eines Europa der Nationalstaaten strit-

¹³³⁶ Interview mit Duncan Brack vom 8. Februar 2002.

¹³³⁷ Vgl. Russell/Fieldhouse 2005: 38, 52, 77/78 und 123.

¹³³⁸ Vgl. Russell/Fieldhouse 2005: 176 und Paterson/Jeffery 1997: 3.

¹³³⁹ Vgl. Ashdown 2000: 500.

ten, wobei sie sich aber in der Frage der Bandbreite der EU-Kompetenzen und des Grades der aktiven Einbringung Großbritanniens in diesen Prozess deutlich unterschieden (*siehe Kapitel 5.1.5*). Die zahlenmäßig sehr kleine und in der Parlamentsfraktion völlig marginalisierte Gruppe der Föderalisten sowie einige Euro-Skeptiker und die Gruppe der Anti-Europäer folgte nicht dem in der Partei vorherrschenden Leitbild des Europa der Nationalstaaten. Eine kleine Minderheit von Euro-Skeptikern fühlten sich dem – auch von Premierminister Major in seiner Leiden-Rede implizit erwähnten – restriktiven Europa à la carte-Gedanken verhaftet, da Großbritannien nach diesem flexibilisierten Modell bessere Wahlmöglichkeiten der Partizipation oder Non-Partizipation und somit größere Freiheiten als Mitgliedstaat der EU hätte. Mitte der neunziger Jahre war in der Konservativen Partei bereits offenkundig, was sich unter der Parteiführerschaft William Hagues noch verschärfte: Das Gravitationszentrum der Partei hatte sich in der Europapolitik stark in Richtung eines patriotischen, bisweilen sogar nationalistischen Euro-Skeptizismus bewegt. Der Nationalstaat und seine Gestaltungskraft waren Ausgangspunkt und Fokus der konservativ-parlamentarischen Betrachtungsweise der Europapolitik. Souveränität sollte weder „nach oben“ an die EU, noch „nach unten“ an die Regionen abgegeben werden. Weiße Teile der Konservativen sahen daher eine weitere Integrationsentwicklung auf europäischer Ebene und eine Devolutionsentwicklung im eigenen Land gleichermaßen als Bedrohung für den britischen Nationalstaat an.¹³⁴¹ Das Verhältnis von Europäischer Union und britischem Nationalstaat wurde zunehmend als Nullsummenspiel interpretiert. Eine große Mehrheit der konservativen Parlamentarier stand künftigen Vertragsrevisionen zur Weiterentwicklung der Union negativ gegenüber. Weitere Kompetenzen an die EU sollten auf keinen Fall abgegeben, vielmehr EU-Kompetenzen wie etwa in der Agrarpolitik auf die nationalstaatliche Ebene zurückgeholt werden. John Majors zunehmend Status-quo- und nationalstaatlich orientierter Verhandlungsstil auf europäischer Ebene reflektierte somit ausdrücklich eine Mehrheitsmeinung in der parlamentarischen CP.

¹³⁴⁰ Vgl. Russell/Fieldhouse 2005: 2-4 und 71/72 und Ashdown 2000: 410/411, 419, 438, 489 und 495-497.

¹³⁴¹ Vgl. CP 1997a: 49, CP 1997b: 502-507, Howard 1998: Official Report vom 19. Januar: 756, Hayes 1997: Official Report vom 17. Dezember: 434, Thatcher 1996: 10-13, Thatcher 1997: 5/6, Kingdom 1999: 62-67 und Lippert 2001: 108.

5.4.2 Die Labour Partei

Auch die Labour Party verfolgte unter ihrem neuen Parteiführer Tony Blair eine nationalstaatlich orientierte Europapolitik, wobei sie eine positive Rhetorik mit einer konstruktiven und pragmatischen Politik auf europäischer Ebene verband, da diese ihrer Ansicht nach am besten britischen Interessen diene. Die Partei zeigte sich im Vergleich zu den Konservativen kooperationswilliger und stärker in Zügen einer „Win-win-Situation“ für Großbritannien und die europäische Ebene denkend.¹³⁴² Obwohl sie prinzipiell einem intergouvernementalen Modell verhaftet blieb, sah sie sich somit beispielsweise durchaus in der Lage, „unter der Voraussetzung der Verbesserung der Effizienz von Entscheidungsprozessen“ einer Ausweitung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit zuzustimmen.¹³⁴³ Die konservative Major-Regierung hatte diese aus Souveränitätsgründen prinzipiell abgelehnt. Die Labour Party wog somit Kosten und Nutzen bei europapolitischen Entscheidungen nüchtern und pragmatisch ab und versprach sich von einer aktiven Teilnahme am europäischen Integrationsprozess Vorteile für das Vereinigte Königreich. Zugleich meldete die Labour Party unter Tony Blair einen Führungsanspruch in der Europäischen Union an, wobei sie sich als Wortführer der sozialdemokratisch regierten Länder, aber auch als Gegengewicht zum stärker integrationistisch wirkenden Führungsduo Deutschland und Frankreich verstand.¹³⁴⁴ Blair selbst bezeichnete Großbritannien unter New Labour als modellhafte „21st century nation“, die einen „enlightened patriotism“ verfolge und sich deshalb in die Weiterentwicklung der EU einbringe, um eigene Interessen aktiv und kraftvoll umzusetzen.¹³⁴⁵ Vor diesem Hintergrund ist Roland Sturms Bewertung zuzustimmen:

„Die Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit der neuen britischen Regierung könnte in der Europäischen Union als Angleichung grundsätzlicher politischer Ziele zwischen Großbritannien und der französisch-deutschen Zusammenarbeit alter Prägung fehlinterpretiert werden. Die Regierung Blair ist aber weit davon entfernt, sich auf europapolitische Grundsatzdebatten einzulassen. Es geht eher darum, den Spielraum britischer Politik zu nutzen (...). Großbritannien beteiligt sich nun als eine der führenden Nationen in Europa am europapolitischen Diskurs, wird aber weiterhin eine energische Politik der pragmatischen Vertretung britischer Interessen betreiben.“¹³⁴⁶

¹³⁴² Vgl. LP 1996: 2 und LP 1995c: 17.

¹³⁴³ Sturm 1997a: 154.

¹³⁴⁴ Vgl. Robertson 1996: 60, Herbrink 1997: 24 und Hughes/Smith 1998: 93.

¹³⁴⁵ Blair, in: LP 1997b: 68 und 72. Vgl. auch David, in: LP 1996a: 70.

¹³⁴⁶ Sturm 1997a: 154.

Ausgangspunkt und Fokus britischer Europapolitik blieb folglich auch unter New Labour der Nationalstaat und seine Rolle innerhalb des Mehrebenensystems der EU, da die Bürger sich über den Nationalstaat definierten und das Europa der Regionen (noch) kein ausgereiftes Konzept sei, wie der Labour-Politiker George Robertson betonte.¹³⁴⁷

Aus den Parteidokumenten und Aussagen der Parteiführung lässt sich zudem ableiten, dass in der Labour Party unter Tony Blair eine Verschiebung von dem stärker integrationsbejahenden sozialdemokratischen EU-Modell der Smith-Zeit zu einem an konservative Präferenzen angelehnten wirtschaftsliberalen, pragmatischen EU-Modell erfolgte. Dieses wurde von der Parteibasis zwar nur in Teilen akzeptiert, nicht aber offen bekämpft.¹³⁴⁸ Institutionell zeichnete sich eine stärkere Präferenzierung von Ministerrat und Europäischem Rat anstelle des zu Smith-Zeiten favorisierten EP ab.

Die Labour Party äußerte sich zu keinem Zeitpunkt offen zu ihren Finalitätsvorstellungen zur EU. Sie verwies stattdessen auf den evolutionären Charakter der EU und die supranationalen wie intergouvernementalen Elemente des Maastrichter Vertrages.¹³⁴⁹ Zugleich hob sie die zentrale Rolle des Nationalstaates wiederholt hervor.

5.4.3 Die Liberaldemokraten

Die Liberaldemokraten wurden angesichts eines zunehmenden europakritischen Meinungsklimas in Großbritannien zwar rhetorisch deutlich vorsichtiger, vertraten in ihrer europapolitischen Programmatik aber weiterhin konsequent das Leitbild der EU als Föderation. Die britische Drittpartei verknüpfte dabei weiterhin den geforderten Dezentralisierungsprozess in Großbritannien mit der weiteren Ausgestaltung des Mehrebenen-Systems der EU hin zu einer Föderation.¹³⁵⁰ Mit der EU verbanden sie daher im Gegensatz zu den beiden britischen Volksparteien „more than networks of governmental co-operation“.¹³⁵¹ In ihrer Programmatik betonten nicht so sehr die intergouvernemental geprägten Organe der EU, sondern vielmehr die Europäische Kommission als impulsgebendes Gemeinschaftsorgan, welches EU-Interessen und nicht nationalen Interessen verpflichtet sei, sowie das EP als direkt von den Bürgern

¹³⁴⁷ Vgl. Robertson 1996: 62.

¹³⁴⁸ Vgl. Fella 2002: 222.

¹³⁴⁹ Vgl. Robertson 1996: 59, Holden 2002: 132/133 und Fella 2002: 5.

¹³⁵⁰ Vgl. LD 1996b: 1 und LD 1995b:1.

¹³⁵¹ LD 1994i: 2.

legitimiertes europäisches Organ.¹³⁵² Ähnlich wie für das Vereinigte Königreich mahnten die Liberaldemokraten aber auch für die EU eine stärkere dezentrale Ausgestaltung an. Zur klaren Regelung der Kompetenzen der einzelnen politischen Ebenen (EU – Mitgliedstaaten – Regionen – Kommunen) innerhalb des EU-Systems sprachen sie sich für die Erarbeitung einer europäischen Verfassung aus.

¹³⁵² Vgl. Heath 1998: Official Report vom 15. Januar: 512/513 und 536.

6 Die EU erweiterungsfähig machen: Der Vertrag von Nizza

6.1 *A stronger Britain in a wider Europe: New Labour und die EU-Reform*

6.1.1 Die ersten Regierungsjahre: Europapolitische Initiativen der Blair-Regierung und anhaltende Ambivalenz in der Euro-Frage

Schon kurz nach ihrem Regierungsantritt im Mai 1997 war die britische Labour-Regierung bei den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag sowohl aus Sicht der europäischen Partner als auch der eigenen Parteibasis sehr dynamisch in die Europapolitik eingestiegen. Amsterdam war für Tony Blair ein erfolgreicher Europäischer Gipfel, dessen Ergebnisse von seiner Partei überwiegend begrüßt und ohne große Zerwürfnisse mitgetragen wurden. Zudem baute der britische Premier in Amsterdam gute Beziehungen zu seinen Amtskollegen auf und schaffte es, weite Teile der dortigen Agenda aktiv mitzubestimmen.¹³⁵³ Die Blair-Regierung bekräftigte dabei grundsätzlich ihr europapolitisches Leitbild eines Europa der unabhängigen Nationalstaaten sowie ihren unbedingten Willen, in dieser EU der Nationalstaaten als führendes Mitgliedsland die weitere Agenda aktiv und pragmatisch mitzugestalten.¹³⁵⁴ Zugleich sah Blair sich mit seiner politischen Idee des dritten Weges zwischen Sozialismus und Wirtschaftsliberalismus auch unbestritten als neuer moderner Führer der sozialdemokratischen Staaten innerhalb der EU an, wie er schon kurz nach seinem Amtsantritt auf der Konferenz der Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien Europas in Malmö klarstellte. Um in einer modernen Welt wettbewerbsfähig zu sein, müssten die sozialdemokratischen Regierungen stärker auf „Wissen, Fähigkeit, Technologie und Unternehmertum“ setzen, statt auf überholte Konzepte strikter Regulierung und Intervention, so Blairs Credo für wirtschaftliche Reformen in der EU und eine eher restriktive Sozialpolitik, das bei seinen sozialdemokratischen Kollegen ein äußerst geteiltes Echo hervorrief.¹³⁵⁵

Als Schwerpunkte der europapolitischen Agenda der britischen Labour-Regierung zeichneten sich 1997 und 1998 tatsächlich eher klassische britische Themenfelder ab, die auch die konservative Vorgängerregierung präferiert hatte: Die Sozialdemokraten konzentrierten sich auf die zügige Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Staaten, die Vollendung des Binnenmarktes, die Erhöhung der Wirtschaftlich-

¹³⁵³ Vgl. Wallace, H. 1997/98: 390 und Oppermann 2006: 194.

¹³⁵⁴ Vgl. LP 1997, Deighton 2001: 311, Heindrichs 2006: 121 und Holden 2002: 149.

¹³⁵⁵ Blair, zitiert aus: Anderson/Mann 1997: 114. Vgl. Holden 2002: 162 und Fella 2002: 221.

keit der Union und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dies brachte auch Tony Blair selbst auf den Punkt:

*„Of course the two great challenges Europe faces are how we enlarge Europe to take in the aspirant countries wanting to join the Union; and how we build an economically competitive and prosperous Europe for the future (...).“*¹³⁵⁶

Die Labour-Regierung betonte wiederholt die Notwendigkeit einer tiefgehenden Reform der EU, um diese wieder stärker an die Bürger und deren Interessen zu koppeln und so ihre Akzeptanz zu erhöhen. Die Herangehensweise New Labours an die EU blieb dabei pragmatisch: Das Mitwirken in der EU erhöhte nach Ansicht der Partei den Einfluss Großbritanniens als *global player*.¹³⁵⁷ Die EU wurde folglich als gewinnbringender „Mechanismus zum Umgang mit der fortschreitenden Globalisierung“ angesehen, die das Potenzial habe, ein „globales kosmopolitisches Regime“ zu werden.¹³⁵⁸ Die britischen Sozialdemokraten verbanden in ihrer europapolitischen Agenda die Vollendung des Binnenmarktes mit der gezielten Sicherung von Arbeitnehmerrechten und betonten darüber hinaus vor allem so genannte *people's issues*, also bürgernahe, bürgerrelevante Themen wie den Umweltschutz oder die Bekämpfung von internationaler Kriminalität, Terrorismus und Korruption, die allesamt nicht mehr zufriedenstellend auf nationalstaatlicher und regionaler Ebene geregelt werden konnten. Blair fasste diesen pragmatischen nutzen- und ergebnisorientierten Ansatz im Frühjahr 1998 vor der französischen Nationalversammlung wie folgt zusammen:

*„Integrate where it makes sense to do so; if not, we celebrate the diversity which subsidiarity brings.“*¹³⁵⁹

Der britische Premierminister präsentierte sich folglich als starker, aber unsentimentaler Europäer, der vor allem in nationalen Interessen- und Einflusskategorien dachte.¹³⁶⁰ Der Nationalstaat blieb auch unter New Labour der ultimative Rahmen für die Gestaltung der Europapolitik.

Hauptstreitpunkt in der Europapolitik: Die Frage des Beitritts zur EWU

Die wichtigste Herausforderung in der britischen Europapolitik nach dem positiven Auftakt von Amsterdam blieb auch für die neue Labour-Regierung die Haltung zur EWU. Die Labour Party hatte sich seit einigen Jahren prinzipiell für einen Beitritt

¹³⁵⁶ Blair 1998: Rede in Den Haag vom 20. Januar, zitiert aus Lippert 2001: 8.

¹³⁵⁷ Vgl. ebd.

¹³⁵⁸ Giddens 1998: *The Third Way*: 179. Vgl. auch Cook 1999a: 52.

¹³⁵⁹ Blair 1998: *The Third Way* – Rede vor der französischen Nationalversammlung am 24. März, zitiert aus Deighton 2001: 310. Vgl. zum *People's Europe* auch LP 1998b: 91-93.

¹³⁶⁰ Vgl. Stephens 2001: 67/68 und Heffernan 2001: 182.

Großbritanniens zum Euro ausgesprochen und dabei ganz bewusst ausschließlich mit einer ökonomischen Argumentation gearbeitet. Konstitutionelle Barrieren bei einer Einführung des Euro sah sie nach eigenen Angaben nicht.¹³⁶¹ Seit ihrem Regierungsantritt setzte New Labour entsprechende Signale, wie etwa die Entlassung der *Bank of England* in die Unabhängigkeit oder Vorbereitungsinitiativen für die britische Wirtschaft und den öffentlichen Sektor für einen Wechsel zum Euro im Jahr 2002; sie betrieb jedoch gleichzeitig eine äußerst vorsichtige Euro-Rhetorik.¹³⁶² Dies hatte verschiedene Gründe: Zum einen war es für die neue Labour-Regierung „im Sinne eines langfristigen Machterhalts unverzichtbar (...), die meinungsbildenden und auf-lagenstarken britischen Boulevardblätter als potenzielle Unterstützer der eigenen Politik zu gewinnen. Die Euro-Feindlichkeit der (...) Boulevardblätter (war somit) ein nicht zu unterschätzender Faktor, der die Handlungsfähigkeit der Blair-Regierung in der Euro-Frage“ lähmte.¹³⁶³ Zum anderen hatte die Euro-Frage aber auch weiterhin ein großes Spaltungspotenzial in der eigenen Partei und Fraktion. Viele Labour-Parlamentarier lehnten nach wie vor eine Teilnahme an der EWU aus finanz- und wirtschaftspolitischen, aber auch aus souveränitätspolitischen Gründen ab (*siehe Kapitel 5.2.4*). Darüber hinaus hatten sich die Sozialdemokraten bereits in der Opposition auf eine Volksabstimmung zum EWU-Beitritt des Vereinigten Königreichs festgelegt. Mit dem Bekenntnis zur Volksabstimmung hatte die Labour Party die Entscheidungsverantwortung somit zu einem erheblichen Teil ganz bewusst aus den Händen von Parlament und Regierung in die Hände des Volkes gelegt. Diese Entscheidung konnte sie nun nicht mehr rückgängig machen. Die britische Öffentlichkeit lehnte eine Aufgabe des britischen Pfundes seit Jahren konstant mit großer Mehrheit ab.¹³⁶⁴

Die Labour Party war sich somit durchaus im Klaren wie hochsensibel und politisch heikel die Frage eines Euro-Beitritts war und dass sich eine zu forsche Befürwortung des Euros negativ auf den Machterhalt der Partei auswirken konnte. Im britischen öffentlichen Diskurs wird die Währungsunion überwiegend „als ein Angriff auf ein etabliertes Symbol britischer Identität, das Pfund Sterling, empfunden: Es zu verlieren, wäre unumkehrbar. Darüber hinaus wird die EWU auch als Angriff auf die nationale Souveränität verstanden, da die Geldpolitik von der Europäischen Zentralbank

¹³⁶¹ Vgl. Kettell 2004: 52/53.

¹³⁶² Vgl. Paterson/Turnbull o.J. [1997]: 3, Daniels 1998: 85, Deighton 2001: 317, Baker 2001: 281 und Kettell 2004: 54.

¹³⁶³ Heindrichs 2005: 136.

bestimmt würde.“¹³⁶⁵ Gamble und Kelly bezeichneten Labours Umgang mit der EWU ab 1997 vor diesem Hintergrund folglich als den „wahren Test“ für die europapolitische Ausrichtung und Gesinnung der regierenden Sozialdemokraten und für ihren Anspruch auf eine „Führungsrolle“ innerhalb der Europäischen Union, da gerade die EWU als das dominante Entwicklungsfeld der Gemeinschaft galt.¹³⁶⁶

Am 27. Oktober 1997 begegnete Schatzkanzler Gordon Brown der lauter werdenden öffentlichen Diskussion um einen möglichen Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EWU im Unterhaus schließlich mit der Präsentation fünf ökonomischer Bedingungen, die nach Ansicht der Labour-Regierung erfüllt sein mussten, um eine erfolgreiche Euro-Teilnahme zu gewährleisten. Als Kriterien nannte Brown einen zu den anderen EU-Staaten kompatiblen Wirtschaftszyklus Großbritanniens, eine ausreichende Flexibilität im Umgang mit dem allgemeinen ökonomischen Wandel sowie positive Auswirkungen einer Euro-Teilnahme auf das Investitionsklima im Vereinigten Königreich, die Finanzdienstleistungen und den Arbeitsmarkt.¹³⁶⁷ Der Schatzkanzler unterstrich durch die Vorstellung seines Kriterienkatalogs, dass die Labour-Regierung einen Beitritt ihres Landes zum Euro im Gegensatz zur Vorgängerregierung John Majors prinzipiell befürwortete und diese Frage allein aufgrund wirtschaftlicher Beweggründe zu entscheiden war.¹³⁶⁸ 1999 legte die Labour-Regierung zudem einen *National Changeover Plan* vor, der die Wirtschaft über die EWU informieren und auf eine Einführung des Euro in Großbritannien vorbereiten sollte.¹³⁶⁹ Die Labour Party hob sich damit deutlich von der konservativen Opposition unter William Hague ab, die auf ihrem Parteitag beschlossen hatte, eine Einführung des Euros während der beiden nächsten Legislaturperioden des britischen Parlaments zu blockieren.

Die fünf ökonomischen Bedingungen Browns enthielten jedoch auch eine unterschwellige politische Komponente: Die Überprüfung der bewusst allgemein gehaltenen Kriterien blieb stark Auslegungssache, so dass die Blair-Regierung mit Hilfe ihres Forderungskataloges eine gezielte „Politik der Entscheidungsverzögerung“ betreiben konnte.¹³⁷⁰ Sie erhielt auf diese Weise „Zeit und Handlungsspielraum“ in

¹³⁶⁴ Vgl. Gamble/Kelly 2000: 19, Paterson/Turnbull o.J. [1997]: 3, Deighton 2001: 307, Paterson 1999: 270 und Heffernan 2001: 185.

¹³⁶⁵ Deighton 2001: 316.

¹³⁶⁶ Gamble/Kelly 2000: 1. Vgl. auch *The Independent* vom 25. Juni 1998.

¹³⁶⁷ Vgl. LP 1998b: 95, EPLP 1998: 12/13, Heffernan 2001: 181, Heindrichs 2005: 137/138, Holden 2002: 157, Wallace, H. 1997/98: 391.

¹³⁶⁸ Vgl. Laybourn 2000: 151, Paterson 1999: 270, Daniels 1998: 82 und Gamble/Kelly 2000: 17/18.

¹³⁶⁹ Vgl. u.a. BBC 2001: Labour: 1.

¹³⁷⁰ Aspinwall 2003: 363 („*Delayism*“) und Oppermann 2006: 201.

der Euro-Frage und dem mit ihr verbundenen Referendum.¹³⁷¹ Zugleich konnte die Regierung Kontroversen über den Euro in den eigenen parlamentarischen Reihen vermeiden.

Die Labour Regierung blieb somit in der Euro-Frage trotz ihrer breiten parlamentarischen Mehrheit und dem damit verbundenen großen Gestaltungsraum letztlich ambivalent: Es zeichnete sich schnell ab, dass die Regierung trotz einer durchaus dynamischen Vorbereitung auf einen möglichen Euro-Beitritt keine wirklichen politischen Impulse für einen Euro-Beitritt des Vereinigten Königreiches setzen wollte und konnte. Sie nahm zudem keine offensive innenpolitische Kommunikationsstrategie zur Überzeugung der skeptischen Bevölkerung in Angriff.¹³⁷² Dies zeigt, dass der Beitritt des britischen Pfundes auch für die Labour Party trotz der stets bewusst herausgestellten rein ökonomischen Argumentation letztlich eine – heikle - politische Frage blieb. Entsprechend urteilte ein führender Wirtschaftsexperte im britischen Schatzamt zur Frage der Euro-Einführung: „The question in the end is not going to rest on economic arguments but (...) on the nature of the European Union and our part within it.“¹³⁷³ Dieser Frage zur Finalität der EU und der Rolle Großbritanniens in der EU stellte sich aber auch die Blair-Regierung nur vage und unzureichend.

EU-Ratspräsidentschaft: Großes Engagement, mangelnde innovative Agenda

Auch die britische Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1998 war eng mit der Weiterentwicklung der EWU und der britischen Haltung zu diesem zentralen Projekt der EU verknüpft. Die Erwartungen der eigenen Partei an die Präsidentschaft waren nach dem Gipfel von Amsterdam allgemein groß. Entsprechend hieß es auf der Parteikonferenz:

*„(...) We face another test. (...) Britain holds the presidency of the European Union. This will be an opportunity, a golden opportunity to shape the future of our continent (...) Labour will have a chance to create a Europe for the 21st century.“*¹³⁷⁴

Vor allem der Premierminister sah die Ratspräsidentschaft als Möglichkeit an, den Anspruch Großbritanniens auf eine führende Rolle innerhalb der EU zu untermauern und die europapolitische Agenda im britischen Sinne weiter zu entwickeln.¹³⁷⁵ Die Labour-Regierung setzte in ihrem Arbeitsprogramm Schwerpunkte in der Erweite-

¹³⁷¹ Heindrichs 2005: 137. Vgl. auch Kettell 2004: 52.

¹³⁷² Vgl. Grant 1998: 26 und Forster 2002: 306.

¹³⁷³ Sir Alan Budd, in: The Times vom 4. Januar 2002.

¹³⁷⁴ David, in: LP 1997b: 130.

rung der EU, der Wirtschafts- und Binnenmarktpolitik sowie in der Umwelt-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.¹³⁷⁶ Darüber hinaus wollte sie der EWU zu einem erfolgreichen Start verhelfen, auch wenn sie selbst an der Währungsunion vorerst nicht teilnahm. Außenminister Cook versprach zu Beginn der britischen Präsidentschaft einen „fliegenden Start“ insbesondere für die Umsetzung der Osterweiterung. Im März 1998 wurden im Rahmen einer Europa-Konferenz in London die Beitrittsverhandlungen mit der so genannten Luxemburg-Gruppe (Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern) aufgenommen, wobei die Briten hier allerdings stark von der exzellenten Vorarbeit der luxemburgischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1997 profitierten. Die Labour-Regierung betonte während der Konferenz erneut ihre „tiefe Verpflichtung“¹³⁷⁷ zur EU-Erweiterung: Diese stabilisiere Mittel- und Osteuropa, stärke Demokratie und Menschenrechte in den Beitrittsstaaten, fördere den Wirtschafts- und Handelsraum EU, steigere das Gewicht der EU als internationaler Akteur und sei zudem ein zentraler Motor für die notwendigen politischen und institutionellen Reformen der Gemeinschaft.¹³⁷⁸

Über die Erweiterung hinaus hatte vor allem die Erarbeitung wirtschaftlicher Reformen, die Wettbewerb und Beschäftigung fördern sollten, Priorität auf der britischen Agenda. So formulierte Europaminister Doug Henderson:

*„Insofar as any Presidency can set its own priorities, we saw this as one of ours. We believed this is precisely the kind of area where people want action from governments. (...) In practise this meant putting in place and refining the mechanisms to pursue component parts of economic reform – the single market, deregulation, access to venture finance (...) – so as to promote growth, prosperity and jobs.“*¹³⁷⁹

In der Arbeitsmarktpolitik und dem Ruf nach einer drastischen Flexibilisierung des europäischen Arbeitsmarktes zeichnete sich erneut die stark an den Thatcherismus angelehnte und von den anderen sozialdemokratischen Regierungen abweichende Haltung der Labour-Regierung ab: Sie war überzeugt, dass neue Arbeitsplätze dauerhaft nur durch die Vollendung des Binnenmarktes und den Abbau noch existierender Wettbewerbsschranken entstehen konnten. Hier verband sich also eindeutig der „arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Schwerpunkt der britischen Ratspräsident-

¹³⁷⁵ Vgl. LP 1997: 37, LP 1998c: 5, LP 1998a: 6 und Deighton 2001: 312.

¹³⁷⁶ Vgl. Henderson 1998: 564, LP 1998c: 5, LP 1998a: 3, David, in: LP 1997b: 131, Wallace, H. 1997/98: 392/393 und Holden 2002: 168.

¹³⁷⁷ LP 1998a: 11.

¹³⁷⁸ Vgl. Henderson 1998: 565, LP 1998a: 11, LP 1998b: 96, Lippert 2001: 12-14 und Heindrichs 2005: 123-125 und 206/207.

schaft mit der Priorität der Binnenmarkt- und Wirtschaftspolitik.“¹³⁸⁰ Die britische Ratspräsidentschaft zeigte deutlich auf, dass sich die Prioritäten der Labour-Regierung kaum von den Vorstellungen der konservativen Vorgänger-Regierung unterschieden. Entsprechend ist Barbara Lipperts Bewertung zuzustimmen, dass auch die Labour-Regierung kein robustes politisches Konzept für die EU habe und ihr Zugang zur EU prinzipiell eher ökonomisch sei.¹³⁸¹

Die Blair-Regierung wich im Grunde nur in ihrer Herangehensweise an die EU und inhaltlich in der Frage des EWU-Beitritts, dem sie positiv gegenüberstand, von der Vorgänger-Regierung ab.¹³⁸² Sie wollte die EWU-Beitrittskandidaten während ihrer Ratspräsidentschaft politisch unterstützen, was sich jedoch als äußerst schwierig gestaltete. So musste Schatzkanzler Gordon Brown beispielsweise im Juni beim ersten Treffen des Euro-X-Rates der EWU-Teilnehmer den Vorsitz an seinen österreichischen Kollegen abgeben, da Großbritannien bei der EWU außen vor war und somit nicht an der Sitzung teilnehmen durfte.¹³⁸³

Die Labour Party selbst sah die Ratspräsidentschaft ihrer Regierung als gelungen an und lobte Großbritanniens Rolle als fleißiger *agenda setter* für ein „Europa der Bürger“. ¹³⁸⁴ Bei der Erweiterung und der Europäischen Währungsunion habe die britische Präsidentschaft zwei „wahrlich historische Schritte nach vorne gemacht“¹³⁸⁵, in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik „Führungsstärke und Ideen“ gezeigt.¹³⁸⁶ Das große Engagement der Briten und die gute Vorbereitung des Minister- und Beamtenteams wurden in der Tat auf europäischer Ebene ebenso wie die positive Einstellung der Blair-Regierung zur EU und ihre europafreundliche Symbolik stark honoriert.¹³⁸⁷ Inhaltlich betrachtet muss jedoch festgehalten werden, dass das Arbeitsprogramm des britischen Ratspräsidenten „zwar gut ausgearbeitet“ war, jedoch keine „innovativen Veränderungen“ oder Impulse brachte.¹³⁸⁸ Die zentralen Themen der Präsidentschaft, die Erweiterung der Union und die Vorbereitung der EWU, waren keine britischen Initiativen, sondern standen schon seit geraumer Zeit auf der

¹³⁷⁹ Henderson 1998: 567. Vgl. auch LP 1998a: 3.

¹³⁸⁰ Heindrichs 2005: 205.

¹³⁸¹ Vgl. Lippert 2001: 13.

¹³⁸² Vgl. zur Euro-Frage LP 1998b: 95/96.

¹³⁸³ Vgl. Ludlow 1998: 582, Wallace, H. 1998/99: 404 und Holden 2002: 160. Schatzkanzler Gordon Brown hatte sich im Vorfeld der eigenen Präsidentschaft vergeblich darum bemüht, einen Sitz im Euro-X-Rat zu erhalten.

¹³⁸⁴ Vgl. Cook 1998: 127, LP 1998a: 17/18, LP 1999c: 3.

¹³⁸⁵ Henderson 1998: 571.

¹³⁸⁶ LP 1998b: 90. Vgl. auch LP 2001: Policy Handbook – Europe Chapter: 3.

¹³⁸⁷ Vgl. Ludlow 1998: 575 und 577.

EU-Agenda. Vor allem die vorausgegangene luxemburgische Ratspräsidentschaft hatte hier bereits wertvolle Arbeit geleistet.¹³⁸⁹ Das von Außenminister Cook und Europaminister Henderson betont häufig angesprochene Konzept des „Europa der Bürger“ erfuhr während der sechsmonatigen Präsidentschaft und auf dem Abschlussgipfel in Cardiff weder eine genaue Definition noch eine inhaltliche Konkretisierung. Die von Cook in diesem Rahmen immer wieder aufgeführten bürgernahen Themen wie Arbeitsplätze und Umweltschutz, Kampf gegen Terrorismus, Drogen und internationale Kriminalität, gehörten schon seit längerer Zeit zum festen Bestand der allgemeinen EU-Agenda.¹³⁹⁰

Der während der Ratspräsidentschaft vor allem von Blair und Cook geäußerte Führungsanspruch des Vereinigten Königreichs in der EU wurde von den europäischen Partnern wiederum als überzogen und unrealistisch wahrgenommen, zumal die Briten am zentralen EWU-Projekt überhaupt nicht teilnahmen.¹³⁹¹ Zudem blieb die grundsätzliche Frage nach Großbritanniens Platz und Rolle in der EU auch unter der neuen Labour-Regierung weiterhin unbeantwortet:

*„One reason why ministers seldom made major statements on the future of the EU was that they lacked a coherent view on the kind of Europe they wanted. (...) Some of Whitehall’s most senior officials complained bitterly about the government’s refusal to work out a line on Europe.“*¹³⁹²

Dessen ungeachtet erscheint Heindrichs Einschätzung plausibel, dass die Ratspräsidentschaft den starken Willen der Labour-Regierung erkennen ließ, sich aktiv in die Politikgestaltung der EU einzubringen und eigene Interessen auf der europäischen Ebene offensiv zu formulieren. Nach der defensiven Politik der konservativen Regierung konnte sie somit zumindest als Ausdruck einer „partiellen Neuausrichtung der britischen Rolle in Europa“ gewertet werden.¹³⁹³

Europapolitische Initiativen der Blair-Regierung

Hatte die neue Labour-Regierung für die Ratspräsidentschaft noch keine konsistente „europäische Strategie“ entwickelt, so fokussierte sie sich während und vor allem nach der Präsidentschaft schließlich weitaus stärker auf die genaue Ausgestaltung der

¹³⁸⁸ Wallace, H. 1998/99: 403. Vgl. auch Deighton 2001: 313/314, Holden 2002: 168 und 171 sowie Heindrichs 2005: 207.

¹³⁸⁹ Vgl. Ludlow 1998: 574.

¹³⁹⁰ Vgl. Henderson 1998: 570/571, Grant 1998: 12 und Ludlow 1998: 580/581. In der Labour-Programmatik spielte das „*People’s Europe*“ im Sinne einer Konzentration der EU auf Politikfelder, die die Bürger direkt betreffen, jedoch durchgehend eine große Rolle. Vgl. u.a. LP 1998b: 99.

¹³⁹¹ Vgl. Ludlow 1998: 581-583, Paterson 1999: 274 und Deighton 2001: 313/314.

¹³⁹² Grant 1998: 12. Vgl. auch Holden 2002: 173

Europapolitik.¹³⁹⁴ Tony Blair initiierte noch im April 1998 eine Überprüfung der britischen Europapolitik und lud zu verschiedenen Seminaren mit Labour-Politikern und Regierungsbeamten über die Zukunft der EU und Großbritanniens Rolle in der EU ein.¹³⁹⁵ Darüber hinaus setzte der Premier ein weiteres Zeichen für eine stärkere Konzentration auf die Europapolitik, als er im Juli sein Kabinett umbildete und Schlüsselpositionen an die als besonders europhil geltenden Labour-Politiker Joyce Quinn und Peter Mandelson vergab.¹³⁹⁶ Auf dem Regierungsgipfel in Cardiff wurde auf Vorschlag des britischen Gastgebers zudem ein Sondergipfel im Herbst vereinbart, auf dem über die demokratische Legitimität der EU und die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips diskutiert werden sollte.

Gleichzeitig entwickelte die Regierung Blair aktiv eigene europapolitische Initiativen, wodurch sie sich signifikant von der konservativen Vorgängerregierung abhob: Ihr Einfluss auf die europapolitische Agenda zeigte sich vor allem in der Verteidigungs- und der Wirtschaftspolitik. In der Verteidigungspolitik brach die Regierung Blair nicht nur mit der Politik der Vorgängerregierung, sondern auch mit der eigenen Programmatik. Hatte sich Labour noch auf dem Amsterdamer Gipfel gegen weiterführende Kooperationsmodelle in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ausgesprochen, so unterstützte die Blair-Regierung auf dem Europäischen Gipfel im österreichischen Pörschach und in der französisch-britischen Erklärung von St. Malo im Dezember 1998 nunmehr erstmals eine verteidigungspolitische Dimension der EU:

„The European Union needs to be in a position to play its full role on the international stage (...). To this end, the Union must have the capacity for autonomous action, backed by credible, military forces, the means to decide to use them, and a readiness to do so, in order to respond to international crisis (...) acting in conformity with our respective obligations to NATO.“¹³⁹⁷

Der Grund für die veränderte Position der Labour-Regierung lag vor allem in der Balkan-Krise und der Einsicht, dass die Europäer nicht stark genug waren, auf ernsthafte Bedrohungen ausschließlich mit eigenen Mitteln und damit unabhängig von den USA zu reagieren. Die Erklärung der beiden großen Militärmächte innerhalb der EU ließ indes keinen Zweifel daran, dass jede tiefgehende verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten auf einer rein intergouvernemen-

¹³⁹³ Heindrichs 2005: 208.

¹³⁹⁴ Wallace, H. 1997/98: 392. Vgl. auch Holden 2002: 173.

¹³⁹⁵ Vgl. Grant 1998: 12.

¹³⁹⁶ Vgl. Holden 2002: 159.

¹³⁹⁷ Vgl. Joint Declaration on European Defence 1998.

talen Basis verbleiben würde.¹³⁹⁸ Zudem hatte die britische Regierung es in der Erklärung von St. Malo geschafft, den französischen Partner „auf ein Bekenntnis zur übergeordneten Rolle der NATO in der europäischen Verteidigungsarchitektur zu verpflichten“.¹³⁹⁹ Die britische Regierung zielte somit vorrangig darauf ab, Synergien zwischen NATO und EU und eine bessere Lastenverteilung zwischen den USA und Europa herzustellen.¹⁴⁰⁰ Der St. Malo-Prozess diente folglich nicht unbedingt einer Stärkung der europäischen Kompetenz um ihrer selbst willen, sondern sollte dazu beitragen, die EU zu einem stärkeren außen- und sicherheitspolitischen Partner der USA zu machen. Die Regierung Blair demonstrierte mit ihrer verteidigungspolitischen Initiative gegenüber den europäischen Partnern aber klar und deutlich, dass sie durchaus bereit war, sich federführend in die Weiterentwicklung für sie sensibler EU-Politikbereiche einzubringen.¹⁴⁰¹ Auf dem Europäischen Rat in Helsinki im Dezember 1999 führte der britisch-französische Vorstoß schließlich dazu, dass sich die EU-Staaten auf den Aufbau einer europäischen Interventionsgruppe von 60.000 Soldaten einigten.

Die britische Regierung handelte sich für ihre Initiative in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwar die harsche Kritik der konservativen Opposition ein. Sie konnte letztlich aber sowohl auf der europäischen Ebene als auch in Großbritannien selbst mit dem St. Malo-Prozess punkten. Mit dem Verweis auf die Vormachtstellung der NATO für die europäische Verteidigung und die zwischenstaatliche Ausrichtung der europäischen Verteidigungspolitik konnte sie die vorrangig souveränitätsorientierte Argumentation der CP gut entkräften.¹⁴⁰² Zudem zeigten Umfragen, dass die Mehrheit der Briten Blairs verteidigungspolitische Initiative und den Aufbau einer Schnellen Eingreiftruppe unterstützte.¹⁴⁰³ Für die Regierung Blair bot ihr Vorstoß in der Verteidigungspolitik aber auch strategische Vorteile innerhalb der EU: „Gerade weil New Labour ihren Anspruch einer Führungsrolle im Integrationsprozess hinsichtlich der einheitlichen Europäischen Währung nicht gerecht wer-

¹³⁹⁸ Vgl. Volle 2000: 4.

¹³⁹⁹ Oppermann 2006: 197. Vgl. auch Heindrichs 2006: 123/124.

¹⁴⁰⁰ Vgl. auch LP 2001: Election Manifesto: 39.

¹⁴⁰¹ Vgl. Stephens 2001: 71 und Vaz 2001: 282.

¹⁴⁰² Es ist allerdings der Analyse Angelika Volles zuzustimmen, dass sich die Labour-Regierung lange unnötig von der konservativen Opposition in die Defensive drängen ließ. Vgl. Volle 2000: 4/5.

¹⁴⁰³ Vgl. Mori 2000 und Volle 2000: 5.

den konnte, bot sich ihr mit der Verteidigungspolitik die Gelegenheit, in einem zentralen Politikbereich einen Kontrapunkt zu setzen.“¹⁴⁰⁴

Akzente setzte New Labour auch in der europäischen Wirtschaftspolitik. Hier führten die von der Labour-Regierung während ihrer Ratspräsidentschaft eingeleiteten Reformen im Jahr 2000 schließlich zur Erklärung von Lissabon, in der sich die europäischen Staats- und Regierungschefs zu dem Ziel bekannten, die Union zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen.¹⁴⁰⁵ Schwerpunkte bildeten dabei die Vollendung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen, die Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die Liberalisierung des Dienstleistungssektors und eine umfassende Bildungsoffensive.¹⁴⁰⁶ „Insbesondere der Lissabon-Prozess erscheint als Paradebeispiel dafür, wie es der Regierung Blair in den ersten Jahren ihrer Amtszeit (gelingt), ihre innenpolitische Agenda auf die europäische Ebene zu übertragen“ und die EU in der Wirtschaftspolitik von der dirigistischen Agenda Jacques Delors' zu einem eher liberalen Marktmodell zu führen.¹⁴⁰⁷ Europaminister Keith Vaz sprach daher enthusiastisch von einem „historischen Gipfel“, auf dem sich die Staats- und Regierungschefs auf eine ökonomische Reform geeinigt hätten, die „viele Züge des britischen Modells“ in sich trage.¹⁴⁰⁸ Zugleich markierte der Lissabon-Prozess eine Stärkung der intergouvernementalen Dimension der EU, da die ökonomische Reform-Agenda fest in den Händen der Staats- und Regierungschefs lag.¹⁴⁰⁹

Die britische sozialdemokratische Regierung setzte im Gegensatz zu ihrer Vorgängerregierung stark auf verbesserte Partnerschaften und Bündnisse des Vereinigten Königreichs innerhalb der EU: Der St. Malo-Prozess ging auf eine britisch-französische Initiative zurück, der Lissabon-Prozess auf die britisch-spanische Erklärung zur Arbeits- und Wirtschaftsstabilität.¹⁴¹⁰ Neben engeren bilateralen Allianzen versprach sich die Regierung Blair auch einen Vorteil von dem hohen Anteil sozialdemokratischer Regierungen innerhalb der Union. Ihre Regierungsprogramme soll-

¹⁴⁰⁴ Oppermann 2006: 196. Vgl. auch Volle 2000: 4, Deighton 2001: 322/323, Lippert 2001: 8, Grant 1998: 44/45, Holden 2002: 164 und Stephens 2001: 72: „(...) *defence was Blair's substitute for participation in the euro.*“

¹⁴⁰⁵ Schröder 2002: 373. Vgl. zu Labours wirtschaftspolitischer EU-Programmatik auch Cook 2000: 50 und LP 1998a: 9/10.

¹⁴⁰⁶ Vgl. ebd.

¹⁴⁰⁷ Oppermann 2006: 195. Vgl. auch Stephens 2001: 70, Rosamond 2003: 57-59, Deighton 2001: 318 und Wallace, H. 2000/01: 400.

¹⁴⁰⁸ Vaz 2001: 282.

¹⁴⁰⁹ Vgl. Stephens 2001: 71: „*The Lissabon summit (...) formalised the structure instituted at Cardiff in which peer review and benchmarking of policies and performance replaced directives of the Commission.*“

ten besser aufeinander abgestimmt werden, um auf europäischer Ebene noch gestaltungsfähiger zu sein.¹⁴¹¹

6.1.2 Europawahl 1999: New Labour gerät in die europapolitische Defensive

Hatte die regierende Labour Party nach der britischen Ratspräsidentschaft eine dynamische Europapolitik verfolgt und diesem Politikfeld deutlich mehr Gewicht in ihren politischen Erwägungen eingeräumt, so übertrug sich dieser Schwung nicht auf die Vorbereitungen zur Europawahl im Juni 1999. Zuvor hatten Aktivisten an der Basis auf dem Parteitag im Herbst 1998 von der Parteiführung vehement einen offensiven Wahlkampf mit ausschließlich europäischen Themen eingefordert. Die Europaabgeordneten hatten zudem angemahnt, dass die sozialdemokratische Dominanz innerhalb der Union ausgebaut werden müsse, um die europapolitische Agenda noch stärker mitgestalten zu können.¹⁴¹² Die Parteiführung räumte den Vorbereitungen zur Europawahl, nicht zuletzt wegen der heiklen Euro-Frage, dennoch keinen allzu großen Stellenwert ein, was auch die Entscheidung Blairs gegen die Einsetzung eines Strategieexperten zur Leitung und Koordinierung des Wahlkampfes zeigte.¹⁴¹³

Inhaltlich gestaltete die britische Labour Party ihre Kampagne für den Europawahlkampf 1999 ganz bewusst auf der Grundlage eines pan-europäischen Programms der Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien Europas (PES), um ihre enge Kooperation mit den sozialdemokratischen EU-Partnern zu unterstreichen. Außenminister Robin Cook hatte als Vorsitzender der Programmkommission großen Einfluss auf die Entstehung des Dokuments, das folglich eine durchaus starke britische Handschrift trug. Es betonte die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen in der EU und einer zügigen Erweiterung, zudem forderte es eine stärkere außenpolitische Rolle der Union ein. Zugleich hob das Programm jedoch das Europäische Sozialmodell stark hervor, dem die wirtschaftsliberale Blair-Regierung nur äußerst reserviert, die

¹⁴¹⁰ Vgl. Fella 2002: 222.

¹⁴¹¹ Vgl. Wallace, H. 1998/99: 406, Holden 2002: 172, Deighton 2001: 320, Lippert 2001: 120 und Stephens 2001: 70.

¹⁴¹² Vgl. Harrop, in: LP 1998: 131: „*We must resist the temptation of turning the European elections into a mid-term poll. We must go out and fight the election on Europe, and on Europe alone*“. Vgl. ebenso Green, in: LP 1998: 134.

¹⁴¹³ Vgl. Holden 2002: 174/175.

Parteibasis hingegen wohlwollend gegenüber stand.¹⁴¹⁴ Das Wahlprogramm der PES setzte sich zudem für eine zügige Realisierung der EWU ein.¹⁴¹⁵

In ihrem nationalen Manifest zur Europawahl übernahm die Labour-Regierung die wesentlichen Kernpunkte des PES-Programms. Diesen stellte sie aber unmissverständlich ihr europapolitisches Leitbild voran:

„Our vision of Europe is of an alliance of independent nations choosing to cooperate to achieve goals they cannot achieve alone. We oppose a European federal superstate.“¹⁴¹⁶

Die Partei stellte sich als im Gegensatz zur Konservativen Partei europapolitisch geeinte pro-europäische Partei mit „starker Führung“ dar.¹⁴¹⁷ Ihren europapolitischen Kurs bezeichnete sie als „klar in den Absichten“, ergebnisorientiert und frei von Ideologie.¹⁴¹⁸ Großbritannien habe sich unter der Führung der Blair-Regierung einen gestaltenden Platz in den Reihen der EU-Partner erkämpft und die eigene europapolitische Programmatik forciert: „(...) we began to garner support for our new agenda – a pro-reform, pro-enterprise, pro-employment agenda.“¹⁴¹⁹ Mit der heiklen Euro-Frage ging die Labour Party äußerst defensiv um; die Entscheidung über eine Teilnahme Großbritanniens wurde erneut im Prinzip bejaht, letztlich aber als eine von ausschließlich ökonomischen Kriterien bestimmte Entscheidung definiert und dem Wähler ohne einen bestimmten Zeitplan präsentiert.

Die konservative Opposition ging die Frage einer britischen Teilnahme an der EWU hingegen zwar mit klarer Ablehnung, aber offensiv an. Sie setzte allein auf dieses Thema und schloss im Rahmen ihrer von großer Medienaufmerksamkeit begleiteten *Save the Pound*-Kampagne einen Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EWU rigoros mindestens für die nächsten zwei Legislaturperioden des britischen Unterhauses aus (*siehe Kapitel 6.2.1*). Die beiden großen britischen Parteien machten folglich vor allem in der Euro-Frage klar unterscheidbare Politikangebote an den Wähler, so dass sich der Wahlkampf – nicht zuletzt auch aufgrund der straff durchorganisierten lautstarken Kampagne der Konservativen und der vorsichtigen und eher defensiven Kampagnengestaltung der Labour Party zum Euro – auf die Auseinandersetzung allein in dieser Frage zuspitzte.¹⁴²⁰ Oppermann analysiert daher folgerichtig:

¹⁴¹⁴ Vgl. für die Parteibasis exemplarisch Dubbins, in: LP 1998: 130 und Harrop, in: LP 1998: 131. Vgl. ebenfalls Heindrichs 2005: 130 und 144.

¹⁴¹⁵ PES 1999: 8.

¹⁴¹⁶ LP 1999: 16.

¹⁴¹⁷ Ebd.

¹⁴¹⁸ Ebd. Vgl. auch LP 1999: 18.

¹⁴¹⁹ LP 1999: 16. Vgl. auch LP 1999c: 3 und 9-11 und Holden 2002: 151.

¹⁴²⁰ Vgl. Wallace, H. 1999/2000: 400.

„Der Wahlausgang war in dieser Perspektive auch ein Sieg europaskeptischer über pro-europäische Politikangebote, aus dem beide großen britischen Parteien ihre jeweiligen Lehren zogen. Innerhalb der Labour-Partei schärfte ihr schwaches Abschneiden das Bewusstsein um die wahlpolitische Resonanz der europaskeptischen Oppositionsstrategie und die erhöhte Dringlichkeit einer vorsichtigen, defensiven Europapolitik.“¹⁴²¹

Seit dem Jahr 1992 war die Europawahl 1999 die erste landesweite Wahl, in der die Labour Party einen deutlich geringeren Stimmenanteil erzielt hatte als die Konservative Partei.¹⁴²² Die Partei, besonders die Parteiführung zog aus der Wahlniederlage trotz einiger mahnender Appelle nicht die Konsequenz, dass New Labour eine ganzheitliche Strategie zur Weiterentwicklung der EU brauche und offensiver versuchen müsse, die Haltung und Meinung der britischen Öffentlichkeit zur EU zu verändern bzw. umzugestalten. Vielmehr zeigten gerade der Ausgang der Europawahl und die anschließende defensive Ausrichtung der Europapolitik, dass auch das Handeln der Blair-Regierung weiter von einer starken innenpolitischen Bindung determiniert wurde.¹⁴²³ Entsprechend entschied sich Premierminister Blair ganz bewusst auch erst nach der Europawahl dazu, die im Jahr 1999 von verschiedenen pro-europäischen Gruppen wie dem *European Movement* gegründete Informations- und Fundraising-Kampagne *Britain into Europe* zur Unterstützung eines britischen EWU-Beitritts offen zu befürworten.¹⁴²⁴

6.1.3 Der Vertrag von Nizza aus der Sicht der Labour Party

6.1.3.1 Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU

Abweichend von der traditionellen Haltung britischer Regierungen, bei EU-Vertragsrevisionen stark auf die Beibehaltung des Status quo zu achten und auf Reformbestrebungen eher skeptisch zu reagieren, zeigte sich die britische Labour-Regierung gegenüber der anstehenden IGR von Nizza von Anfang an aufgeschlossen. Die Erweiterung der EU um die MOE-Staaten war für die Labour Party ein zentrales Anliegen und sie verstand die auf der IGR zu erarbeitende institutionelle Re-

¹⁴²¹ Oppermann 2006: 198. Vgl. auch Layborn 2000: 151.

¹⁴²² Die Labour Party konnte 28 Prozent der Stimmen für sich gewinnen. Die Anzahl ihrer Sitze im EP fiel von 62 (1994) auf 29. Die Konservative Partei gewann 35,8 Prozent der Stimmen und konnte die Anzahl der Sitze im EP von 18 (1994) auf 36 verdoppeln. Vgl. Meier-Walser 2001: 28 und Heindrichs 2005: 138.

¹⁴²³ Vgl. Heindrichs 2005: 141 und Holden 2002: 19 sowie 176/177.

¹⁴²⁴ Vgl. Wallace, H. 1999/2000: 400 und Hix 2000: 63/64.

form als notwendige Vorbedingung für die Erweiterungsfähigkeit der Union.¹⁴²⁵ Die Blair-Regierung wollte zudem auf dem europäischen Parkett unter Beweis stellen, dass Großbritannien unter Labour-Führung nun ein weitaus aktiverer Gestalter des EU-Systems war. „Die begrenzte Agenda der Regierungskonferenz erleichterte der britischen Regierung die Umsetzung dieser Strategie. Die Regierungschefs aller Mitgliedsländer waren übereinkommen, sich auf die Left-overs von Amsterdam zu konzentrieren, die für die Briten nicht besonders schwer wiegend waren.“¹⁴²⁶ Die britische Labour-Regierung ging daher sehr entspannt in die Verhandlungen. Im Vorfeld der IGR legte sie ein umfassendes *White Paper* zur Intergouvernementalen Regierungskonferenz vor.

Auf die Präsentationen anderer europäischer Politiker wie Deutschlands Außenminister Joschka Fischer oder Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac zur Ausgestaltung der EU nach Nizza reagierte Tony Blair zudem mit einem eigenen Entwicklungskonzept für die EU, das er im Herbst 2000 in einer Rede vor der Warschauer Börse vortrug. Hier sprach Blair ganz in der britischen Tradition zunächst davon, dass die EU-Mitglieder sich stärker auf die Lösung praktischer Fragen als auf abstrakte Diskussionen über die institutionelle Arithmetik der EU konzentrieren sollten. Er bekannte sich aber zugleich unverbrüchlich zur voranschreitenden parallelen Erweiterung und Vertiefung der Union, die er als einander bedingende Prozesse ansah.¹⁴²⁷ Die EU sei mehr als eine ökonomische Freihandelszone, sie sei eine „unique combination of the inter-governmental and the supranational. Such a Europe can, in its economic and political strength, be a superpower; a superpower, but not a superstate.“¹⁴²⁸ Der britische Premierminister blieb dem Leitbild eines Europa der Nationalstaaten somit konsequent verhaftet. Die Mitgliedstaaten der EU bildeten für ihn das Zentrum der EU, da ihre Regierungen und Parlamente demokratisch legitimiert waren, und es zudem seiner Ansicht nach noch keinen europäischen Demos gab:

*“Europe is a Europe of free, independent sovereign nations, who choose to pool sovereignty in pursuit of their own interests and the common good, achieving more together than we can achieve alone.”*¹⁴²⁹

¹⁴²⁵ Vgl. FCO 2000: 4/5, 10-14 und 26, LP 1998b: 93/94 und 96-99, Knight, in: LP 1998: 130, Vaz 2001: 283-285, Wallace, H. 2000/2001: 403, Lippert 2001: 10 und Heindrichs 2006: 125.

¹⁴²⁶ Wallace, H. 2000/2001: 403. Vgl. auch die Aussagen des Europaministers Keith Vaz: Vaz 2001: 281.

¹⁴²⁷ Blair 2000: 189 und 192.

¹⁴²⁸ Blair 2000: 191. Vgl. auch die Überlegungen des *National Policy Forum*: LP 1998b: 99/100.

¹⁴²⁹ Blair 2000: 191.

Eine föderal organisierte EU bestehe den „Test der Bürger“ nicht, zudem würden die mittel- und osteuropäischen Staaten ihre erst jüngst erkämpfte Stellung als freie Nationalstaaten nicht aufgeben wollen.¹⁴³⁰ Blair befürwortete daher eine tiefere EU, die aber überwiegend auf intergouvernementalen Strukturen aufbauen sollte; ein „flexibles, evolutionäres Modell, das keineswegs einen „Endzustand“ für Europa anvisiert“.¹⁴³¹ Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten und eine Europäische Verfassung lehnte der britische Premierminister in Warschau gleichermaßen ab. Ersteres, weil keine Integrationsunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bestehen sollten, so dass der Zusammenhalt der Mitglieder in einer größeren EU nicht gefährdet wurde; letztere, weil die EU kein Staat sei und daher auch keine eigene Verfassung brauche. Statt einer Verfassung forderte Blair einen Kompetenzkatalog (*Statement of Principles*), in dem die Zuständigkeiten der europäischen und der nationalen Ebene konkret festgelegt werden sollten. Die Nationalstaaten konnten dann wiederum individuell festlegen, welche Kompetenzen die regionale Ebene erhalten sollte. Im Gegensatz zu einer Verfassung definierte Blair den Katalog als „a political, not a legal document (...): It could therefore be much simpler and more accessible to Europe’s citizens.“¹⁴³²

Der britische Premierminister wollte die Rolle des Europäischen Rates als zentrales Organ der Staats- und Regierungschefs deutlich aufwerten. Er sollte fortan als zentraler *agenda setter* das Europäische Programm bestimmen. Darüber hinaus sprach sich Blair für ein Zwei-Kammer-System der EU aus. Neben dem EP sollte eine zweite Kammer, bestehend aus Vertretern der nationalen Parlamente, als Kontroll- und Prüforgang geschaffen werden. Blair griff damit eine langjährige Forderung seiner Partei nach einer stärkeren Einbeziehung nationaler Parlamente und einer Vernetzung von EP und nationalen Parlamenten an zentraler Stelle in seiner Rede auf.¹⁴³³

Diese zweite Kammer

„(..) would not get involved in the day-to-day negotiation of legislation – that is properly the role of the existing European Parliament. Rather, its task would be to help implement the agreed Statement of Principles; so that we do what we need to do at a European level but also so that we devolve power downwards. Whereas a formal constitution would logically require judicial review by a European constitutional court, this would be political review by a body of democratically elected politicians. It would be dynamic rather than static,

¹⁴³⁰ Ebd.

¹⁴³¹ Volle 2000: 6. Vgl. auch Grant 1998: 6/7.

¹⁴³² Blair 2000: 195.

¹⁴³³ Vgl. LP 1998a: 14/15 und LP 1998b: 99.

allowing for change in the application of these principles without elaborate legal revisions every time.”¹⁴³⁴

Analog zum Entwicklungskonzept des britischen Premierministers für die EU hob auch das *White Paper* der Regierung hervor, dass die Union auch nach Nizza „eine Mischung aus intergouvernementaler Kooperation und – dort wo es Sinn ergebe - Integration“ bleiben werde.¹⁴³⁵ Im Fokus des Papiers stand ausschließlich die institutionelle Reform der EU, da diese Verhandlungsgegenstand in Nizza sein sollte.

▪ **Institutionelle Reform**

Im Gegensatz zur konservativen Opposition hatte die britische Labour-Regierung keine grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber der Europäischen Kommission, die sie allerdings – genau wie die Konservativen – keineswegs als zentrales Organ der EU definierte. Diese Rolle fiel auch bei New Labour eindeutig dem Ministerrat und dem Europäischen Rat zu. Die Kommission hingegen sollte im Auftrag der Mitgliedstaaten in erster Linie gestalten und verwalten; und in dieser Funktion sprach New Labour ihr durchaus eine „vitale Rolle“ für die EU zu.¹⁴³⁶ Um die Kommission auch in einer deutlich vergrößerten Gemeinschaft funktionsfähig zu erhalten, setzte sich die britische Arbeiterpartei für eine deutliche Verschlankung der Kommission ein. Dazu sollten die großen EU-Staaten – Großbritannien eingeschlossen – grundsätzlich auf ihren zweiten Kommissar verzichten; zudem schlug die britische Regierung eine Deckelung auf 25 Kommissare vor.¹⁴³⁷ Sie plädierte aber auch für eine Neustrukturierung der Arbeitsweise der Kommission, beispielsweise durch die Einführung von Teams aus Senior- und Juniorkommissaren.¹⁴³⁸ Ebenso wie die Liberaldemokraten und die Konservativen forderte auch die britische Labour-Regierung ein, dass im Zuge des Rücktritts der Santer-Kommission stärkere Kontrollen die Arbeit der Kommission begleiten sollten und klare Zielkataloge für die Kommission vereinbart werden müssten, so dass diese in ihrer Arbeit höchste Managementstandards erreiche.¹⁴³⁹

Sie sprach sich aber entschieden dagegen aus, dass das EP einzelne Mitgliedsstaaten entlassen können sollte, da dies das Kollegialprinzip der Kommission und insbeson-

¹⁴³⁴ Ebd.

¹⁴³⁵ FCO 2000: 10. (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁴³⁶ FCO 2000: 16. (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. auch Allen/Smith 2001/2002: 387/388.

¹⁴³⁷ Vgl. u.a. Vaz 2001: 284.

¹⁴³⁸ Vgl. FCO 2000: 17.

¹⁴³⁹ Vgl. LP 1998a: 14 und FCO 2000: 23/24.

dere die „wichtige und vorrangige Rolle der Mitgliedstaaten bei der Nominierung der Kommissare“ unterlaufe.¹⁴⁴⁰

Der Ministerrat als „primäres Entscheidungsorgan in der EU“ sollte nach Auffassung New Labours durch die weitere Ausdehnung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit zukünftig effektiver und schneller arbeiten.¹⁴⁴¹ In dieser Auffassung standen sich die Blair-Regierung und die konservative Opposition, die weitere Mehrheitsentscheidungen im MR aus Souveränitätsgründen kategorisch ausschloss, diametral gegenüber. Die Labour Party sah keine ideologischen Hindernisse für die Ausweitung der QME, sondern argumentierte ausschließlich nutzenorientiert:

„QMV does not weaken Britain’s position in Europe. On the contrary, it helps to pursue an agenda that is in our interests. The Single Market is a prime example of that. It could not have been put in place without qualified majority voting. (...) QMV is already the norm for most Community legislation. (...) What we shall be doing at this IGC is examining the remaining articles to see, whether, with enlargement imminent, QMV should be sensibly extended any further in the interests of efficient decision making.“¹⁴⁴²

Die Labour-Regierung trat im Zusammenhang mit der Ausweitung der QME weiterhin für eine Neuordnung der Stimmengewichtung im MR ein und pochte dabei auf eine stärkere Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen der einzelnen Mitgliedstaaten, da die größeren Mitgliedstaaten ihrer Ansicht nach durch das bisherige System benachteiligt worden waren.¹⁴⁴³ Für die genaue Ausgestaltung der neuen Stimmengewichtung bei Mehrheitsentscheidungen machte sie indes keine engen Vorschriften. Vielmehr betonte die Blair-Regierung, dass sie sowohl mit einer stärker an der Bevölkerungszahl orientierten einfachen Neuordnung als auch mit der Einführung einer so genannten doppelten Mehrheit von Stimmen, Staaten und EU-Bevölkerung einverstanden sei.¹⁴⁴⁴ Von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit sollten grundsätzlich nur die Bereiche Vertragsveränderung, Beitritt neuer Mitgliedstaaten, Steuern, Soziale Sicherheit, Einnahmen der EU, Verteidigung und Grenzkontrollen auf jeden Fall ausgenommen bleiben und hier folglich weiterhin das nationale Veto gelten. Alle anderen Bereiche sollten hingegen pragmatisch Punkt für Punkt auf eine Übertragung in den QME-Mechanismus geprüft werden.¹⁴⁴⁵ Hier stimmte die Labour Party mit den britischen Liberaldemokraten überein.

¹⁴⁴⁰ FCO 2000: 24 (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁴⁴¹ FCO 2000: 18. (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁴⁴² FCO 2000: 20.

¹⁴⁴³ Vgl. auch LP 1998a: 14 und Vaz 2001: 284.

¹⁴⁴⁴ Vgl. FCO 2000: 19.

¹⁴⁴⁵ Vgl. FCO 2000: 20/21 und 23, LP 2001: 38 und Knopf 2006: 164.

Übereinstimmung zwischen LP und LD gab es auch in der Betrachtung des Europäischen Gerichtshofes, den beide Parteien ganz bewusst in ihre Reformüberlegungen für Nizza einbezogen. Im Gegensatz zu den Konservativen, die den EuGH als integrationspolitisches und damit parteiliches Gericht ablehnten, stellte die Labour Partei die positive Rolle des EuGH bei der Vollendung des Binnenmarktes heraus und mahnte an, dass der EuGH auch in einer erweiterten Union effizient funktionieren müsse: „We want a European Court of Justice that acts as a strong and impartial enforcer of the rules“.¹⁴⁴⁶

▪ **Flexibilität / Verstärkte Zusammenarbeit**

Das im Amsterdamer Vertrag erstmalig geschaffene und von der Labour Party und der konservativen Partei gleichermaßen kritisch beäugte Instrument der verstärkten Zusammenarbeit sollte nach Ansicht der britischen Sozialdemokraten nicht geändert werden. Alle britischen Parteien fürchteten – nicht zuletzt aufgrund der Nicht-Teilnahme des Vereinigten Königreichs an der EWU – eine zweigeteilte Entwicklung der EU mit in der Integration voranschreitenden Mitgliedstaaten und in der „zweiten Reihe“ verbleibenden Mitgliedstaaten, zu denen dann auch Großbritannien zählen könnte. Die Labour Party wollte eine starke Anwendung der verstärkten Zusammenarbeit daher vermeiden und die eng und kompliziert gefassten Regeln des Amsterdamer Vertrages möglichst beibehalten. Entsprechend hieß es in einem Positionspapier der Partei:

“We will need to consider how a wider Europe can cooperate successfully with a more closely integrated EMU core. We must avoid a two-tier-Europe divided between the ins and outs, but at the same time provide for flexibility that allows member states at different stages of economic development to move at different speeds.”¹⁴⁴⁷

Eine vorsichtige Flexibilisierung sollte also möglich sein, allerdings weiterhin nur dann, wenn die Mitgliedstaaten keinerlei Bedenken hatten. Die im Amsterdamer Vertrag verankerte Vetomöglichkeit eines EU-Mitglieds gegen eine verstärkte Zusammenarbeit sollte folglich auf keinen Fall aufgehoben werden.¹⁴⁴⁸

▪ **Gemeinsame Agrarpolitik**

Die Gemeinsame Agrarpolitik stand zwar nicht auf der Agenda der Nizzaer IGR, spielte aber in den Positionspapieren und Diskussionen der Labour Party zur Wei-

¹⁴⁴⁶ LP 1998a: 14. Vgl. auch FCO 2000: 22/23.

¹⁴⁴⁷ LP 1998a: 17.

terentwicklung der EU und zur EU-Osterweiterung durchgehend eine zentrale Rolle.¹⁴⁴⁹ Die Labour Party war ebenso wie ihre konservative Vorgängerregierung traditionell eine starke Befürworterin einer GAP-Reform, denn die aus ihrer Sicht protektionistische und marktfeindliche GAP machte fast die Hälfte des EU-Haushaltes aus, band aber nur knapp 5 Prozent der Arbeitnehmer:

*„The UK continues to be one of the strongest advocates of radical CAP reform, and the policy of the Blair government is little different from that of its Conservative predecessors. It is based on progressively removing production-linked support and associated supply controls, and making appropriate compensation payments degressive and time-limited.“*¹⁴⁵⁰

Die Labour Party mahnte somit auch nach den Reformschritten von Berlin im Jahr 1999 im Rahmen der Agenda 2000 weitere umfassende GAP-Reformen an, da nach wie vor wichtige Bereiche der protektionierten Agrarproduktion wie etwa die Quotierung auf dem Milchmarkt keinerlei Änderungen unterworfen waren. Externer Druck durch GATT und WTO sowie der allgemeine Druck zur stärkeren EU-Budgetdisziplin, machten eine über Berlin hinausgehende Reform der kostenintensiven und nicht wettbewerbsfähigen GAP aus britischer Sicht unumgänglich. Die Blair-Regierung unterstützte prinzipiell die Reduzierung von garantierten Preisen und Exportsubventionen, während die direkte Hilfe an die Landwirte erhöht und vom Produktvolumen unbedingt entkoppelt werden sollte. Sie verband zudem die Gestaltung der Agrarpolitik mit einer aktiven Landschaftspolitik sowie einer stärkeren direkten Hilfe für ländliche Regionen.¹⁴⁵¹

6.1.3.2 Die Ergebnisse von Nizza aus der Sicht der Labour Party

Trotz der überwiegend negativen Reaktionen auf die Ergebnisse der Nizzaer IGR in den EU-Mitgliedstaaten war der Gipfel in Südfrankreich aus Sicht von Premierminister Tony Blair ein großer Erfolg. Im britischen Unterhaus stellte der Regierungschef heraus, dass das Hauptziel der IGR, die EU erweiterungsfähig zu machen, schließlich trotz schwieriger Verhandlungen erreicht worden sei.¹⁴⁵² Auch Europaminister Keith Vaz betonte, dass der Weg zur Ost-Erweiterung der EU nun geebnet sei:

*„Nice involved some tough choices for all involved, but the prize of enlargement ensured that in the end we found a way through.“*¹⁴⁵³

¹⁴⁴⁸ Vgl. FCO 2000: 25, LP 1998a: 17 und Heindrichs 2005: 243/244.

¹⁴⁴⁹ Vgl. exemplarisch LP 1998b: 98/99

¹⁴⁵⁰ Lippert 2001: 90.

¹⁴⁵¹ Vgl. LP 1998b: 98ff., Heindrichs 2005: 106- 120 und Lippert 2001: 86-91.

¹⁴⁵² Vgl. Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 349.

¹⁴⁵³ Vaz 2001: 284. Vgl. auch LP 2001a: Europe Chapter: 7.

Der Premierminister sah den Nizzaer Gipfel darüber hinaus aber auch deshalb als großen Erfolg an, weil die britische Regierung es geschafft habe, „britische Schlüsselinteressen“ energisch umzusetzen.¹⁴⁵⁴ Ähnlich wie John Major nach dem Maastrichter Gipfel setzte der Labour-Premier in seiner Rede vor dem britischen Unterhaus stark auf eine nationale Rhetorik, welche die Gewinne für das Vereinigte Königreich und die starke Rolle Großbritanniens in der EU herausstellte. So unterstrich der Regierungschef:

*„It is possible, in our judgment, to fight Britain’s corner, get the best out of Europe for Britain and exercise real authority and influence in Europe. That is as it should be. Britain is a world power.“*¹⁴⁵⁵

Blair hob hervor, dass das Vereinigte Königreich von der neuen Stimmengewichtung im Ministerrat und der Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit profitiere, da die großen Mitgliedstaaten in diesem Verfahren gestärkt worden seien. Zudem habe seine Regierung verhindert, dass die in Nizza vorgestellte Grundrechte-Charta keinen verbindlichen Charakter erhielt. Auch die Regelungen im Verteidigungsbereich entsprächen ganz den britischen Erwartungen und Vorgaben:

*„It was made plain, first, that European defence would operate only when NATO chooses not to be engaged; secondly, that it be limited to peacekeeping, humanitarian and crisis management tasks; and, thirdly (...), that the commitment of national assets to any EU-led operation will be based on ‘sovereign national decisions’.“*¹⁴⁵⁶

Gemessen an Tony Blairs EU-Reformentwurf von Warschau war Nizza für die britische Regierung ebenfalls ein Erfolg. Zum einen wurde die von Blair favorisierte Institution des Europäischen Rates nicht geschwächt. Zum anderen wurden „keine neuen, wegweisenden europäischen Kompetenzen auf dem Politikfeld der den Briten ohnehin suspekten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geschaffen worden, und auch das von Großbritannien kritisch beäugte Instrument der verstärkten Zusammenarbeit blieb in seinen Anwendungsmöglichkeiten streng begrenzt.“¹⁴⁵⁷ Premierminister Blair räumte zwar ein, dass die Ergebnisse von Nizza insgesamt eher „bescheiden“ seien, allerdings im Großen und Ganzen den britischen Erwartungen entsprächen.¹⁴⁵⁸ Mit Blick auf die in Nizza vereinbarte Folgekonferenz zur Zukunft Europas hob die Labour-Regierung ebenso wie früher auch schon der konservative Premier John Ma-

¹⁴⁵⁴ Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 349.

¹⁴⁵⁵ Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 351. Vgl. auch Baker 2001: 286.

¹⁴⁵⁶ Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: col. 349.

¹⁴⁵⁷ Heindrichs 2006: 129. Vgl. auch Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 349/350.

¹⁴⁵⁸ Vgl. Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 357.

jor nach dem Maastrichter Gipfel hervor, dass sich die EU in die britische Richtung entwickelte. So formulierte Europaminister Keith Vaz:

*“Nice was a watershed summit and the implications for the UK are enormous (...). I believe that Nice nailed the myth that EU member states are bent on creating a federal superstate.”*¹⁴⁵⁹

Tony Blair erklärte, dass die Folgekonferenz das Augenmerk ganz im britischen Sinne auf eine Kompetenzbestimmung der europäischen und der nationalen Ebene legen und somit auf das Subsidiaritätsprinzip legen werde.¹⁴⁶⁰ Die Labour Party verfolgte weiterhin einen nutzenorientierten und pragmatischen Ansatz in der Europapolitik und bekräftigte nach dem Nizzaer Gipfel unverändert ihr Leitbild eines Europa der Nationalstaaten.

6.1.4 Die Ratifizierung des Nizzaer Vertrages: Nüchterne Fürsprache der Parlamentsfraktion

Die Labour Partei ging äußerst gelassen und pragmatisch in die parlamentarische Ratifizierung des Vertragswerkes von Nizza. Zum einen verfügte sie – wie schon bei den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag – über eine breite parlamentarische Mehrheit im britischen Unterhaus und hatte nur noch wenige euro-skeptische Abgeordnete in ihren eigenen Reihen. Zum anderen wusste sie um die prinzipielle Zustimmung der Liberaldemokraten für das Vertragswerk. Die Unterhauswahl im Juni 2001, rund einen Monat vor der zweiten Lesung des Nizzaer Vertragswerkes, festigte darüber hinaus Labours Position: Die Partei konnte sich – nicht zuletzt aufgrund der eklatanten Schwäche der konservativen Opposition – 41 Prozent der Stimmen sichern und behielt mit 412 Sitzen weiterhin eine komfortable Mehrheit von 165 Sitzen im *House of Commons*.¹⁴⁶¹ Die Europapolitik spielte bei der Unterhauswahl nur eine marginale Rolle, auch wenn die Tories erneut fast ausschließlich auf die Euro-Frage als Wahlkampfthema setzten.¹⁴⁶² Die Strategie von Parteichef Hague ging dieses Mal jedoch nicht auf: „Mit vermeintlichen Gewinnerthemen, wie Euro, Asyl und Kriminalität sollte die Trendwende geschafft werden. Die Partei ließ sich von den

¹⁴⁵⁹ Vaz 2001: 283. Vgl. auch Baker 2001: 285-287.

¹⁴⁶⁰ Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 358.

¹⁴⁶¹ Die Labour Partei erhielt 41 Prozent (412 Sitze), die Konservative Partei unter William Hague 31,7 Prozent (166 Sitze), die Liberaldemokraten 18,3 Prozent (52 Sitze). Die verbleibenden 29 Sitze gingen an die übrigen Parteien sowie eine Bürgerbewegung. Vgl. Becker 2002: 224-232, Butler/Kavanagh 2002 und Norris 2001.

¹⁴⁶² Beim Ranking der für die Wahl wichtigen Themen kam die Europapolitik nur auf den zehnten Rang. Vgl. Butler/Kavanagh 2002: 237.

Erfolgen bei den Kommunal- und Europawahlen blenden, die sie im Jahr 2000 verbuchen konnte. Bei der Unterhauswahl 2001 war der Euro hingegen kein Gewinnerthema, denn die Regierung hatte sich längst verpflichtet, nichts ohne ein Referendum zu tun.¹⁴⁶³ Innenpolitische Themen wie Bildung, Infrastruktur und Gesundheitswesen waren wahlentscheidend, und hier sprachen die Wähler der Labour Partei letztlich eine höhere Gestaltungs- und Lösungskompetenz zu. Die Labour Partei hielt sich im Wahlkampf in der Europapolitik bewusst zurück, bewarb ihr Engagement in Europa innenpolitisch nicht und suchte auch nicht die offene Auseinandersetzung in der Euro-Frage, da sie diese nach der Wahlniederlage bei der Europawahl als Hypothek empfand.¹⁴⁶⁴

Ähnlich nüchtern und pragmatisch ging die Parlamentsfraktion schließlich auch mit der parlamentarischen Diskussion um den Nizzaer Vertrag um. Der Vertrag wurde als bescheiden und als ein „begrenzter Vertrag“ eingestuft, der jedoch „die praktischen Reformen zur Erweiterung“ möglich machte.¹⁴⁶⁵ „Ohne Nizza keine Erweiterung“ lautete die immer wieder vorgetragene Labour-Formel.¹⁴⁶⁶ Großbritannien sei ein traditioneller und starker Befürworter der Erweiterung der EU, daher hätten die Abgeordneten die Pflicht, den Nizzaer Vertrag zu unterstützen, so Außenminister Jack Straw.¹⁴⁶⁷ Nizza sei nur der erste Schritt hin zu weiteren Reformen der EU, um langfristig für eine erfolgreiche Erweiterung der Gemeinschaft und eine weiterhin handlungsfähige EU zu sorgen, unterstrich Peter Mandelson:

*„Nice is essential to bring about reform so as to pave the way for enlargement, but it only gets us to first base in the wider task of EU reform. Pro-Europeans should be the first to recognise and argue that today’s Europe, with its institutions, working practices and policy priorities, is not perfectly designed for the challenges ahead. Enlargement will profoundly change the European Union.“*¹⁴⁶⁸

Die Labour-Abgeordneten nutzten die Fundamentalopposition der Konservativen gegen den Vertrag von Nizza, um die Politik der eigenen Regierung als realistisch, pragmatisch und nutzenorientiert herauszustellen. Während die CP eine Europapolitik betreibe, die letztlich nur den Austritt Großbritanniens aus der EU zur Folge ha-

¹⁴⁶³ Becker 2002: 231. Vgl. auch Heindrichs 2005: 3.

¹⁴⁶⁴ Vgl. Holden 2002: 158, Oppermann 2006: 199 und Wallace, H. 2000/2001: 405.

¹⁴⁶⁵ Casale 2001: Official Report vom 4. Juli: 347. Vgl. auch Radice 2000: Official Report vom 11. Dezember: 356, Quinn 2001: Official Report vom 4. Juli: 284 und Casale 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1231.

¹⁴⁶⁶ Vgl. exemplarisch Ladyman 2001: Official Report vom 4. Juli: 341, Casale 2001: ebd.: 345, Europaminister Hain 2001: ebd.: 357, Anderson 2001: ebd.: 310 und Hain 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1174-1179.

¹⁴⁶⁷ Vgl. Straw 2001: Official Report vom 4. Juli: 263-268 und Henderson 2001: ebd.: 306/307.

¹⁴⁶⁸ Mandelson 2001: Official Report vom 4. Juli: 300.

ben könne, arbeite Labour an einer guten Position für das Vereinigte Königreich innerhalb der Gemeinschaft. So stellte Außenminister Jack Straw heraus, dass Großbritannien als großes Mitgliedsland von der Neugewichtung der Stimmen im MR profitiere und die in Nizza festgelegte Ausdehnung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit vernünftig und für Großbritannien vorteilhaft sei.¹⁴⁶⁹ „Qualifizierte Mehrheitsentscheidungen“, so der Abgeordnete Marc Hendrick, „sind eine Chance, keine Bedrohung. Sie sind das Öl der Europäischen Union, und die großen Vorteile, die sie gebracht haben, etwa beim Europäischen Binnenmarkt, sind ein Zeugnis für dieses Faktum.“¹⁴⁷⁰ Die Konservativen hätten in der EEA und im Maastrichter Vertrag selbst für eine Ausweitung der QME gestimmt, weil sie eine handlungsfähige EG und einen erfolgreichen Binnenmarkt befürworteten.¹⁴⁷¹ Die Blair-Regierung habe nun bei der Ausweitung der QME ebenfalls eine praktische und vernünftige Punkt-für-Punkt-Abwägung getroffen, um die EU handlungsfähig zu erhalten und britische Kerninteressen zu wahren, so Andrew Miller:

*„Britain has, of course, a veto over such issues as taxation, social security, border controls, defence, the financing of the EU and future changes to treaties. That is a good, solid, principled position.“*¹⁴⁷²

Andere Labour-Abgeordnete pflichteten ihm bei: Die Ausweitung der QME sei aus britischer Sicht wohl durchdacht, pragmatisch, und „based on calculating Britain’s interests“.¹⁴⁷³ Denn das Veto, so Premierminister Blair, gehöre keineswegs Großbritannien allein, und sei daher nicht immer von Vorteil:

*„If the European Union is extended from 15 to 20, 25, 27 or 30, it means that a country the size of, say, Estonia, Lithuania or Slovakia could block essential British national interests using the unanimity rule. Is it not our veto; it is simply the consequence of the unanimity rule enjoyed by everyone. I think that the most sensible approach is to say (...) that we judge it (QME; Anm. der Verf.) on a case-by-case basis.“*¹⁴⁷⁴

Nach der in Nizza festgelegten Stimmengewichtung mit dem Prinzip der doppelten Mehrheit könne Großbritannien als großer Mitgliedstaat zudem kaum ausgebremst werden. Das QME-Konzept stärke somit Großbritannien, denn „das ist kein Rezept, das es kleinen Nationen erlaubt, die Union zu dominieren, oder das gar unsere De-

¹⁴⁶⁹ Vgl. Straw 2001: Official Report vom 4. Juli: 267-271.

¹⁴⁷⁰ Hendrick 2001: Official Report vom 4. Juli: 337 (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁴⁷¹ Vgl. Henderson 2001: Official Report vom 11. Juli: 817-820 und Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 361.

¹⁴⁷² Miller 2001: Official Report vom 11. Juli: 827.

¹⁴⁷³ Hain 2001: Official Report vom 11. Juli: 859. Vgl. auch ebd.: 361, David 2001: ebd.: 852, Hendrick 2001: Official Report vom 17. Juli: 173/174, Rammell 2000: Official Report vom 11. Dezember: 365 und LP 2001a: 10.

¹⁴⁷⁴ Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 361.

mokratie weggibt“, so der Abgeordnete Dr. Stephen Ladyman.¹⁴⁷⁵ Im Übrigen war sich die große Mehrheit der Labour-Abgeordneten darin einig, dass in einer immer größeren EU zukünftig ohnehin noch in weiteren Bereichen mit qualifizierter Mehrheit entschieden werden würde.¹⁴⁷⁶

Auch im Bereich der ESVP, die streng genommen kein Vertragsgegenstand war, stellte die regierende Labour Partei bewusst ihre pragmatisch-realistische EU-Politik gegen die aus ihrer Sicht unrealistischen und ideologisch motivierten Forderungen der konservativen Opposition. Die von der Blair-Regierung angestoßene Entwicklung zum Aufbau einer eigenständigen ESVP und einer Schnellen Eingreiftruppe sah Labour als wichtigen Beitrag zur Stärkung der NATO an: „We believe that a fairer sharing of the defence burden will help to strengthen the Atlantic Alliance.“¹⁴⁷⁷ Entsprechend hob der Abgeordnete Gordon Marsden hervor: „What was agreed at Nice will preserve the character of NATO“.¹⁴⁷⁸ Und der neue Europaminister Peter Hain stellte heraus: „Die NATO ist und wird der Eckstein der kollektiven Verteidigung Europas bleiben.“¹⁴⁷⁹ Die Amerikaner selbst hätten wiederholt darum gebeten, dass die EU endlich eine bessere Verteidigungskapazität aufbaue, unterstrich Premierminister Tony Blair.¹⁴⁸⁰ Die Ergebnisse im Sicherheits- und Verteidigungsbereich seien daher ein „ideales Stück Kooperation, das darauf abzielt, die Europäische Sicherheit zu verbessern und sie weniger abhängig von amerikanischer Beteiligung (...) zu machen“, ergänzte Mark Hendrick.¹⁴⁸¹ Die Schnelle Eingreiftruppe werde nur dann tätig, wenn die NATO sich nicht einbringen wolle, ihre potenziellen Einsätze im humanitären und friedenssichernden Bereich seien zudem konkret definiert. „Such a force is not a European army: it will not be a standing army, but one that comprises volunteer forces from member states, so it cannot be considered a Euro-army (...)“.¹⁴⁸²

Das auch von der Labour Partei kritisch betrachtete Instrument der verstärkten Zusammenarbeit, das in Nizza weiterentwickelt worden war, verteidigten die Labour-Abgeordneten konsequent gegenüber den Änderungsanträgen der konservativen Op-

¹⁴⁷⁵ Ladyman 2001: Official Report vom 4. Juli: 342.

¹⁴⁷⁶ Vgl. u.a. Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 354 und 361/362 und Henderson 2001: Official Report vom 11. Juli: 822.

¹⁴⁷⁷ LP 2001a: 10.

¹⁴⁷⁸ Marsden 2001: Official Report vom 4. Juli: 329.

¹⁴⁷⁹ Hain 2001: Official Report vom 17. Juli: 190 (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁴⁸⁰ Blair 2000: Official Report vom 11. Dezember: 359. Vgl. auch Smith 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1251.

¹⁴⁸¹ Hendrick 2001: Official Report vom 17. Juli: 172.

¹⁴⁸² Hendrick 2001: Official Report vom 11. Juli: 874. Vgl. auch 879/880. Vgl. auch Smith 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1251.

position. Sie verwiesen darauf, dass die verstärkte Zusammenarbeit nur für bereits im Vertrag verankerte Politikbereiche gelte und die erweiterte EU grundsätzlich Mechanismen einer flexiblen Zusammenarbeit und Weiterentwicklung benötige, da bei der wachsenden Zahl an Mitgliedern nicht immer ein Konsens erzielt werden könne:

*“How can the 28-member European Union that we envisage make decisions if we do not use QMV in more instances and do not introduce a mechanism of enhanced co-operation? Without those changes, the European Union would be unworkable and it would be impossible to make decisions. (...) (Enhanced co-operation is) a measure that is modest, workable, and likely to bring great benefit to members of the European Union.”*¹⁴⁸³

Denis MacShane ging sogar noch einen Schritt weiter und lobte die zuvor von der Labour Party abgelehnte Aufgabe des Vetos im Bereich der verstärkten Zusammenarbeit. Es könne nicht sein, dass ein einziger Mitgliedstaat andere Staaten die vorgehen wollten, durch sein Veto aufhalte, so MacShane. Außerdem bleibe das Instrument weiterhin strikten Einschränkungen unterworfen und der Nizzaer Vertrag sehe vor, dass jeder Mitgliedstaat bei Bedenken den Europäischen Rat anrufen könne.¹⁴⁸⁴

Insgesamt argumentierten die Labour-Abgeordneten überwiegend geschlossen, sachlich und ausschließlich am nationalen Nutzen Großbritanniens orientiert. Sie kritisierten aber wie schon während der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages nach wie vor das Demokratiedefizit der EU und die mangelnde Bürgernähe des Elitenprojekts. Die EU müsse wieder eine Verbindung zur Bürgerschaft herstellen, betonte etwa Donald Anderson.¹⁴⁸⁵ Man könne die Zustimmung der Bürger schon lange nicht mehr als garantiert ansehen, unterstrich auch Außenminister Jack Straw mit Blick auf das negative Irische Referendum.¹⁴⁸⁶ Die EU sei zu kompliziert für die Bürger und müsse als demokratische Institution weiterentwickelt werden:

*„The European Union is for Europe’s citizenry, not its political elites. That means focusing discussion not on the process, but on the results of EU co-operation. Only ideologues and specialists are impassioned by esoteric technical issues like the extent of qualified majority voting or the limits of co-decision. People care most about the practical benefits and the added value that they may be able to derive from the EU: more jobs, cleaner streets and less crime. That is where the debate should begin.”*¹⁴⁸⁷

¹⁴⁸³ Hendrick 2001: Official Report vom 17. Juli: 222. Vgl. auch MacShane 2001: ebd.: 227/228 und Connarty 2001: ebd.: 218.

¹⁴⁸⁴ MacShane 2001: Official Report vom 17. Juli: 228.

¹⁴⁸⁵ Vgl. Anderson 2001: Official Report vom 4. Juli: 310.

¹⁴⁸⁶ Straw 2001: Official Report vom 4. Juli: 266.

¹⁴⁸⁷ Straw 2001: Official Report vom 4. Juli: 372. Vgl. auch Stuart 2001: ebd.: 295.

Der ehemalige Europaminister Douglas Henderson gestand dabei selbstkritisch ein, dass die Labour Partei in Großbritannien für die europäische Sache noch weitaus lauter und beherzter eintreten müsse:

*“I fear that too many of my colleagues who share my view on Europe have been too quiescent in their support of that view. It is high time that those of us who believe in the European ideal – and who believe that the EU is a crucial part of the future economic, political and social stability (...) – acted on our responsibility to make that case more loudly.”*¹⁴⁸⁸

Die in Nizza anberaumte IGR zur Zukunft der EU biete eine gute und erneute Gelegenheit eine beherzte öffentliche EU-Debatte zu führen und die EU bürgernäher zu gestalten, hoben die Abgeordneten Joyce Quinn und David Miliband hervor.¹⁴⁸⁹ Die Labour-Abgeordneten erhofften sich von der IGR, dass diese das Demokratiedefizit weiter einschränken, die Kompetenzen der verschiedenen Ebenen – EU, Nation, Region – klar benennen und die EU somit verständlicher und einfacher für die Bürger machen würde.¹⁴⁹⁰ Die EU sei mehr als ein gemeinsamer Markt, sie sei eine ökonomische und politische Union.¹⁴⁹¹ Gisela Stuart und Außenminister Jack Straw stellten aber klar heraus, dass die Labour Party weiterhin ein stark intergouvernemental geprägtes Modell für die EU, eine „union of nation states“ verfolge.¹⁴⁹² Entgegen der Aussagen der Konservativen sei auch der Nizzaer Vertrag „kein Rezept für ein förderales Modell“.¹⁴⁹³

Die wenigen verbliebenen Euro-Skeptiker in der parlamentarischen Labour Partei lehnten den Nizzaer Vertrag aus demokratiepolitischen und finanzpolitischen Gründen ab. Denzil Davies konzessierte zwar, dass Nizza weithaus weniger integrationsistisch als der Maastrichter und der Amsterdamer Vertrag sei, letztlich drehe aber auch dieser Vertrag das Integrationsrad weiter. Davies und der Abgeordnete Alan Simpson verwiesen dabei insbesondere auf die Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit und den einhergehenden Wegfall des Vetos: „If we do away with the veto and move towards qualified majority voting, Governments who have

¹⁴⁸⁸ Henderson 2001: Official Report vom 4. Juli: 305.

¹⁴⁸⁹ Vgl. Quinn 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1203 und Miliband 2001: ebd.: 1256.

¹⁴⁹⁰ Vgl. exemplarisch Straw 2001: Official Report vom 4. Juli: 272.

¹⁴⁹¹ Vgl. Casale 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1230 und ders. 2001: Official Report vom 4. Juli: 345/346.

¹⁴⁹² Straw 2001: Official Report vom 4. Juli: 264. Vgl. Stuart 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1226.

¹⁴⁹³ Straw 2001: Official Report vom 4. Juli: 271 (Übersetzung der Verfasserin).

not been elected by the British people may pass laws for the British people.“¹⁴⁹⁴
Auch die verstärkte Zusammenarbeit beschneide die nationale Demokratie weiter.¹⁴⁹⁵
Der Abgeordnete John McDonnell sprach von einem „schleichenden (...) konstituti-
onellen Wandel, von Vertrag zu Vertrag“¹⁴⁹⁶, Denzil Davies von der Entwicklung hin
zu einem „entstehenden Staat“.¹⁴⁹⁷ Austin Mitchell hob zudem in Übereinstimmung
mit dem LESC hervor, dass der Nizzaer Vertrag seine eigentliche Aufgabe, die Er-
weiterung der Union zu ermöglichen, überhaupt nicht erfülle, zumal eine zufrieden
stellende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik überhaupt nicht Gegenstand der
IGR gewesen sei:

„We have been told several times tonight (...) that this process is about enlargement, but it is not. It is about strengthening the central institutions and weakening the nation states and the power and control of Parliament. (...) That is unsatisfactory to every participant; it is incomprehensible to the public; and it has nothing to do with enlargement. Enlargement comprises two key issues. The first is the Common Agricultural policy, which is unreformed. (...) (More-over) nothing has been said about financing (enlargement).“¹⁴⁹⁸

Auch Alan Simpson kritisierte wiederholt, dass die Kosten der Ost-Erweiterung ü-
berhaupt nicht angesprochen würden und im Unterhaus eine „Alice im Wunderland“-
Debatte stattfinde:

„We are pretending that enlargement can take place (...). We are not acknowledging that stability will have to be delivered in an expanded EU by huge resource transfers from west to east (...). We owe it to the public and to ourselves to be clear about the consequences, and allow the public to make a choice.“¹⁴⁹⁹

Die Vertragsgegner innerhalb der Labour Partei sprachen sich daher – ebenso wie die
conservative Opposition – für ein Referendum zum Nizzaer Vertrag und weitere Ver-
tragsreformen aus. Dies erlaube eine offene EU-Debatte und erlaube es den Bürgern
des Vereinigten Königreichs über die weitere Richtung der EU zu entscheiden.¹⁵⁰⁰
Der Antrag der Konservativen wurde am 18. Juli allerdings mit breiter Mehrheit ab-
gelehnt, da die meisten Labour-Abgeordneten und die Liberaldemokraten keine kon-

¹⁴⁹⁴ Davies 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1193. Vgl. auch ders.: Official Report vom 4. Juli: 290/291, Simpson 2001: Official Report vom 4. Juli: 321 und LESC 2001: 2.

¹⁴⁹⁵ Vgl. Davies 2001: Official Report vom 17. Juli: 206 und LESC 2001: 2.

¹⁴⁹⁶ Mc Donnell 2001: Official Report vom 18. Juli: 373.

¹⁴⁹⁷ Davies 2001: Official Report vom 4. Juli: 291. Vgl. auch ders. 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1195 und LESC 2001: 1.

¹⁴⁹⁸ Mitchell 2001: Official Report vom 4. Juli: 325. Vgl. auch LESC 2001: 1.

¹⁴⁹⁹ Simson 2001: Official Report vom 18. Juli: 362. Vgl. auch ders. 2001: Official Report vom 4. Juli: 319/320 und McDonnell 2001: Official Report vom 18. Juli: 373.

¹⁵⁰⁰ Vgl. etwa Field 2001: Official Report vom 18. Juli: 355/356 und Mc Donnell 2001: ebd.: 374.

stitutionellen Veränderungen, die ein Referendum rechtfertigen würden, erkennen konnten.¹⁵⁰¹

6.1.5 Die innerparteiliche Ebene: Geschlossenes europapolitisches Auftreten und anhaltendes heterogenes Meinungsspektrum

In der ersten Legislaturperiode der Regierung Blair präsentierte sich die parlamentarische Labour Partei in der Europapolitik als geschlossene Partei, die eine nutzenorientierte, pragmatische und in Bereichen wie der Agrarpolitik, Wirtschaftspolitik oder institutionellen Ausgestaltung reformwillige Europolitik des „added value“ für Großbritannien betrieb.¹⁵⁰² Die breite Mehrheit der Abgeordneten in der Fraktion war pro-europäisch eingestellt, da die Mitgliedschaft in der EU Großbritannien große Vorteile brachte und den Einfluss des Landes erhöhte:

*„Labour’s repositioning on the European issue reflects important changes in its policies and programme and an acknowledgement that Europe provides the most appropriate framework to pursue many of its policy objectives, particularly in the economic sphere. For Labour, pro-Europeanism became attractive, feasible and consistent with the party’s policy goals.“*¹⁵⁰³

Die Unterhausfraktion unterstützte daher die von der Blair-Regierung in Amsterdam und Nizza ausgehandelte Weiterentwicklung der EU ohne große Diskussion. Die Fraktionsdisziplin war groß, zumal gerade die Europapolitik ein Element des interparteilichen Wettbewerbs war, da CP und LP hier stark divergierende Politikangebote machten.¹⁵⁰⁴

Die Parteiführung dominierte die Fraktion weiterhin deutlich. Premierminister Blairs Politik- und Führungsstil zeichnete sich nach außen durch eine mediengewandte Präsentation der politischen Programmatik und nach innen durch ein präsidentiales Auftreten und Agieren aus. Wesentliche politische Entscheidungen wurden in einem *Top-down*-Prozess vornehmlich in eng abgegrenzten Führungszirkeln getroffen und anschließend der Partei präsentiert; programmatische Diskussionen wurden von der Parteiführung stark eingegrenzt.¹⁵⁰⁵ New Labour unter Tony Blair zeichnete sich durch eine „akute Sensibilität für internen Dissenz“ aus.¹⁵⁰⁶

¹⁵⁰¹ Vgl. Ladyman 2001: Official Report vom 18. Juli: 379 und Hain 2001: ebd.: 381.

¹⁵⁰² Volle 2000: 2. Vgl. auch LP 2001a: 6 und Daniels 1998: 91.

¹⁵⁰³ Daniels 1998: 92.

¹⁵⁰⁴ Vgl. Shaw 2002: 157-166 und Oppermann 2006: 197.

¹⁵⁰⁵ Vgl. Barker/Byrne/Veall 2000, Holden 2002: 147 und 170 sowie Heindrichs 2005: 3/4.

¹⁵⁰⁶ Forster 2002: 301 (Übersetzung der Verfasserin).

Ungeachtet der geschlossenen offiziellen Parteilinie zur Europapolitik und der starken Parteiführung gab es in Partei und Fraktion aber weiterhin ein heterogenes Meinungsspektrum zu Umfang, Schnelligkeit und Richtung der Weiterentwicklung der EU. Insbesondere die Frage des Euro-Beitritts, die institutionelle Weiterentwicklung der EU, die GASP und die Sozialpolitik bargen weiterhin ein Spaltungspotenzial in Partei und Fraktion. In der Sozialpolitik zeigte sich eine Kluft zwischen der wirtschaftsliberal agierenden Parteiführung und der weiterhin nach einer aktiven und stärker interventionistischen EU-Sozialpolitik strebenden Parteibasis. So insistierte der Parteitagsdelegierte Tony Dubbins 1998, dass das Konzept des *People's Europe* vor allem auf ein soziales Europa abziele und die soziale Dimension entsprechend „weiterentwickelt, ausgebaut und in andere Regionen der Welt weitgereicht“ werden müsse.¹⁵⁰⁷ Er mahnte an, dass die Blair-Regierung sich stärker auf die Arbeitnehmerrechte besinnen und sich von der wirtschaftsliberalen sozialfeindlichen Politik der Thatcher-Jahre verabschieden solle. Auch die Delegierte Katy Thorne mahnte: „Tony is right about the market and social justice being able to go hand in hand. But let us not forget the social justice part.“¹⁵⁰⁸ Die Vorstellungen der Parteibasis zur EU-Sozialpolitik endeten nicht mit der Unterzeichnung des Sozialkapitels, so Thorne. Die Blair-Regierung müsse einen stärkeren Focus auf die Sozialpolitik legen, nur dann vertrete sie eine EU-Vision, „die unsere Werte reflektiert“.¹⁵⁰⁹

Bei der EWU war in der Unterhausfraktion nach wie vor eine große Positionsbandbreite zu beobachten: Sie reichte von einer kompromisslosen Ablehnung eines britischen Beitritts sowohl aus souveränitäts- als auch aus wirtschafts- und finanzpolitischen Gründen, für die vor allem die LESC und die 34 Abgeordnete umfassende *Labour against the Euro*-Gruppe standen, bis hin zu einer uneingeschränkten Befürwortung der Euro-Einführung in Großbritannien.¹⁵¹⁰ Die von der Blair-Regierung betriebene Politik der Entscheidungsverzögerung bei der Euro-Frage war somit nicht nur eine Konzession an die konstante abehnde Haltung von Medien und Bevölke-

¹⁵⁰⁷ Dubbins, in: LP 1998: 130 (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. auch Harrop, in: LP 1998: 132.

¹⁵⁰⁸ Vgl. Thorne, in: LP 1998: 131.

¹⁵⁰⁹ Thorne, in: LP 1998: 130.

¹⁵¹⁰ Vgl. Gamble/Kelly 2000: 11-16, die vier Positionsgruppen innerhalb der Parlamentsfraktion unterscheiden: 1. Die *Opponents* um die LESC, die stark souveränitätsorientiert argumentieren, 2. die *Sceptics*, die durch die Euro-Einführung die Mittel zu einer eigenständigen finanzpolitischen Gestaltung stark eingeschränkt sehen (Überlappungen LESC und *Labour against the Euro*), 3. die Mehrheitsgruppe der *Pragmatists*, die die Vorteile einer EWU-Mitgliedschaft für Großbritanniens als ausschlaggebend ansehen und 4. die *Enthusiasts*, die ein förderales EU-Modell befürworten und die EWU als „besten Rahmen“ zur Umsetzung sozialdemokratischer Programme ansehen. Vgl. ebenfalls George 1998: 15-24, Oppermann 2006: 202/203 und die verschiedenen Pamphlete des euro-

rung zum Euro-Beitritt, sondern auch an die eigene Partei. Tony Blair registrierte sowohl das große Meinungsspektrum in seiner Fraktion als auch den hohen Symbolgehalt, den das britische Pfund in der Bevölkerung genoss, sehr genau. Gamble und Kelly stellen zu Recht heraus, dass gerade in der Euro-Frage daher letztlich nicht ökonomische, sondern politische Gründe für die Ablehnung oder Befürwortung der Labour-Parlamentarier entscheidend waren. Die Vorgehensweise von Regierung und Parlamentsfraktion in der Euro-Frage blieb somit vorsichtig und abwartend.

6.2 Die Konservative Partei:

Euro-Skeptizismus aus Überzeugung und als Oppositionsstrategie

6.2.1 *Save the Pound: Euro-Frage und Europawahl 1999*

Die Wahlniederlage und die neu zu findende Rolle als Opposition im britischen Unterhaus nach 18 Regierungsjahren legten im Jahr 1997 die strukturellen und programmatischen Probleme der Konservativen Partei schonungslos offen: So war die innerfraktionelle Spaltung und Lagerbildung in der Europapolitik längst zu einem lähmenden Strukturprinzip geworden, das auch die Wahl zum neuen Parteiführer im Sommer 1997 dominierte (*siehe Kapitel 5.1.3*). Eine Überbrückung der Lager war – wie der gescheiterte Pakt zwischen dem Euro-Skeptiker John Redwood und dem europhilen Kenneth Clarke gezeigt hatte – nicht mehr möglich. Die Haltung zur Europäischen Integration überlagerte in der Parlamentsfraktion längst sämtliche andere Bereiche der konservativen Programmatik, so dass die Entwicklung einer wieder verstärkt auf den interparteilichen Wettbewerb ausgerichteten Haltung und ein geschlossenes Auftreten von Partei und Fraktion eher unwahrscheinlich war. Entsprechend urteilte der Journalist Hugo Young, dass die Thatcher- und Major-Jahre zwar durchaus eine kontrollierte Regierung ermöglicht, zugleich aber die parlamentarische Partei zerstört hätten.¹⁵¹¹ Der Konservativen Partei brach zudem zunehmend die Basis weg: Gehörten den Tories noch in den fünfziger Jahren über drei Millionen Mitglieder an, so war die Zahl der aktiven Anhänger 1997 auf rund 300.000 geschrumpft.¹⁵¹² Darüber hinaus hatte die Partei auch ihren Status als nationale Partei eingebüßt, weil sie alle Sitze in Schottland und Wales verloren hatte.

Der neue Parteiführer William Hague stand somit vor der Herausforderung, die Partei sowohl strukturell als auch programmatisch zu erneuern und eine Doppelstrategie zu entwerfen, wie die Partei geeint und zugleich verlorene Wähler zurück gewonnen werden konnten. Die Aufgaben waren vergleichbar mit denen der Labour-Partei im Jahr 1983. Hague war dabei aber vor allem mit dem Dilemma konfrontiert, dass die regierende Labour Partei zentrale Bausteine der konservativen Programmatik in ihre eigene *Third Way*-Programmatik übernommen hatte, so dass die Konservative Partei sich inhaltlich nurmehr schwer abgrenzen konnte.¹⁵¹³ Ein gutes Feld hierzu bot nahezu allein die Europapolitik, insbesondere die Frage eines Beitritts zur EWU, die Wil-

¹⁵¹¹ Vgl. Young, H., in: The Guardian vom 20. Mai 1997.

¹⁵¹² Vgl. Turner 2000: 222 und Paterson/Jefferey 1997: 35.

William Hague in den Jahren seiner Parteiführerschaft in den Fokus seiner Programmatik rücken sollte. Die Frage der Weiterentwicklung der Europäischen Union wurde somit für die Konservativen in der Opposition ebenso wie zuvor für die Labour Party zu einem „major element of inter-party competition“.¹⁵¹⁴ Der Parteichef und sein seit Herbst ausschließlich mit prominenten Euro-Skeptikern besetztes Schattenkabinett nutzten die Parteikonferenz im Herbst 1997, um eine offen euro-skeptische Linie als neuen offiziellen Parteikurs zu festigen. Sie versuchten den gerade getroffenen Beschluss des Schattenkabinetts, eine Teilnahme Großbritanniens an der EWU für die nächsten zwei Legislaturperioden (rund zehn Jahre) kategorisch auszuschließen, in diesen neuen Parteikurs zu integrieren. Dies wurde von den nun marginalisierten Pro-Europäern der Konservativen wiederum öffentlichkeitswirksam abgelehnt. Der ehemalige EU-Kommissar Sir Leon Brittan hielt die vom Schattenkabinett getroffene Entscheidung für zu dogmatisch. Er kündigte zudem an, dass sich die Pro-Europäer im Falle einer Referendumskampagne der Blair-Regierung einer überparteilichen Allianz zur Befürwortung der Euro-Einführung im Inselstaat anschließen würden.¹⁵¹⁵ Viele Euro-Skeptiker hingegen hielten selbst die Zehn-Jahres-Regel der neuen Parteiführung für nicht ausreichend, da sie eine grundsätzliche Ablehnung eines britischen EWU-Beitritts bevorzugten. Sie taten dies sowohl aus ökonomischen als auch aus politischen Argumenten heraus. So betonten die Schattenminister Peter Lilley und Francis Maude, dass die Wirtschaftszyklen Großbritanniens und Kontinentaleuropas nicht kompatibel seien und deutliche Strukturunterschiede bestünden, da das Vereinigte Königreich weitaus mehr Handel außerhalb der EU tätige als die anderen Mitgliedstaaten. Zudem sei es das einzige Öl exportierende Land der EU. Großbritanniens Ökonomie bleibe zyklisch und strukturell inkompatibel mit der Euro-Zone.¹⁵¹⁶ Michael Portillo hingegen argumentierte politisch und sprach vom Euro als einem Instrument der politischen Intergration, die er als undemokratischen Prozess ablehnte:

„Neither the Commission, nor the Council of Ministers nor the European central bank is democratically accountable, and neither can they be made so because Europe is not a nation. It follows that the more we transfer decision-

¹⁵¹³ Vgl. u.a. Portillo 1997: 16, John Redwood, in: Turner 2000: 224, Fielding 2000: 22-24, Gilmour/Garnett 1998a: 130, Baker 2001: 280, Gowland/Turner 2000: 213 und Kelly 2001: 197.

¹⁵¹⁴ Hix 2000: 60.

¹⁵¹⁵ Vgl. Leon Brittan, in: The Observer vom 12. Oktober 1997.

¹⁵¹⁶ Die gewählten Auszüge aus den Reden Francis Maudes vom 3. Februar 1999 (Nick Ridley Memorial Lecture) und Peter Lilleys vom 3. Juli 1998 sind abgedruckt in: Holmes 2000: 24/25. William Hague nannte die gleichen Argumente gegen einen Beitritt zur EWU. Vgl. exemplarisch Hague 1998: INSEAD-Rede vom 19. Mai 1998, abgedruckt in Dokumentensammlung Gowland/Turner 2000: 222-224.

making away from the democratic member-states to the undemocratic European Union, the less we shall enjoy democratic accountability.”¹⁵¹⁷

Hague teilte die politischen und ökonomischen Argumente für die Ablehnung eines britischen Beitritts zur EWU, wollte die Nicht-Teilnahme des Vereinigten Königreichs aber dennoch nicht grundsätzlich festschreiben. Auf der Parteikonferenz sprach er davon, dass die Konservativen „in der vorhersehbaren Zukunft“ das Pfund auf keinen Fall aufgeben würden – diese Linie sollte er unverändert auch in den Europawahlkampf 1999 tragen.¹⁵¹⁸ Darüber hinaus bekräftigte der Parteiführer das Leitbild des „Europa der Nationalstaaten“ und unterstrich dass die Europäische Integration an ihren Grenzen angelangt sei:

„(W)e’ve got to have a flexible Europe of nation states. Europe itself is not a nation, and it should not aspire to be a nation (...). I have to tell you, there is a limit to European Integration. And I must say, in my opinion, we are near that limit now.”¹⁵¹⁹

Im Mai 1998 konkretisierte er in einer Rede vor der *Insead Business School* in Fontainebleau seine Aussagen über die Grenzen der Europäischen Integration und zählte drei Argumente für die falsche Entwicklung der EU auf:

„The first (argument) is economic. The European policies that were a natural response to the problems of post war reconstruction are not necessarily appropriate for the future. In place of ideas of intervention and regulation we need to create a free and flexible Europe. My second argument is strategic. The fall of the Berlin Wall has completely changed the challenge facing European states. Bringing prosperity and stability to newly free states is now the most urgent of Europe’s tasks. And the third argument is political. Push political integration too far and accountability and democracy become impossible to sustain.”¹⁵²⁰

Hague betonte, dass das Europaverständnis seiner Partei keineswegs anti-europäisch sei, sondern sich vielmehr internationalen Grundprinzipien verpflichte: Wahrer Internationalismus handle von den Beziehungen zwischen Staaten und nicht von ihrer Integration in einen Super-Staat; der Nationalstaat sei kein altmodisches Konzept, sondern das beste Fahrzeug der echten Demokratie.¹⁵²¹ Hague griff in seiner Rede die wesentlichen Kernpunkte der Bruges-Rede Margaret Thatchers aus dem Jahr 1988 – Kooperation unabhängiger Nationalstaaten, eine pragmatische problemorien-

¹⁵¹⁷ Rede Michael Portillos vom 14. Januar 1998, zitiert aus: Holmes 2000: 25. Vgl. auch Redwood 2001a: 87-91 und 94.

¹⁵¹⁸ Hague 1997a: 2.

¹⁵¹⁹ Hague 1997a: 1.

¹⁵²⁰ Hague 1998: INSEAD-Rede vom 19. Mai, hier zitiert aus Holmes 2000: 10. Vgl. auch Nadler 2000: 240/241 und weitere Auszüge aus der INSEAD-Rede vom 19. Mai 1998, abgedruckt in Dokumentensammlung Gowland/Turner 2000: 222-224.

tierte Europapolitik, Freihandel, Anti-Protektionismus und Anti-Interventionismus – auf und festigte so den europapolitischen Kurs von Partei und Fraktion.

Die britische Ratspräsidentschaft der neuen Labour-Regierung 1998 zeigte indes auf, dass die marginalisierten Pro-Europäer die Parteilinie der Tories zur EU und insbesondere zur EWU keineswegs akzeptierten. In einem offenen Brief an William Hague unterstrichen sie ihre Unterstützung für die Europapolitik der Blair-Regierung und mahnten eine nationale Debatte sowie eine positive Vision über das Verhältnis von Vereinigtem Königreich und EU an:

*„Despite these achievements (of the EU and its member states; Anm. der Verfasserin), Britain’s membership has been marred by a lack of ambition and self-confidence. We have failed to grasp fully the chance for Britain to play a truly leading role in Europe, and through Europe to magnify our influence worldwide. A positive European vision is critical to the nation’s future.“*¹⁵²²

Die EU trage in ihrer Entwicklung ebenso die Handschrift einer britischen Agenda wie auch die Handschrift anderer Mitgliedstaaten und ihrer Präferenzen, so die konservativen Pro-Europäer. Die vehemente Ablehnung der EU in ihrer jetzigen Form durch die konservative Parteiführung sei daher unangebracht und kontraproduktiv. Die Unterzeichner bekräftigten ihre Unterstützung für die Labour-Regierung während der britischen Ratspräsidentschaft und für eine Einführung des Euro in Großbritannien. Hierbei wollten die konservativen Pro-Europäer parteiübergreifend agieren.¹⁵²³ Das offene Bekenntnis der konservativen Pro-Europäer aus Unter- und Oberhaus sowie ihre Kampagne für den Euro stellten heraus, dass die Befürworter der europäischen Integration und ihrer weiteren Entwicklung in der Tory Party nun einen ähnlichen Rebellionsinstinkt entwickelten wie zuvor die Euro-Skeptiker während der Major-Regierung. Trotz oder gerade wegen der Oppositionsrolle ihrer Partei waren sie – ebenso wie zuvor die Euro-Skeptiker – nicht bereit, ihre europapolitischen Auffassungen hinter die Einheit der Partei zu stellen.¹⁵²⁴ Die konservativen Pro-Europäer formten eine neue pro-europäische konservative Gruppe mit Namen *Mainstream*, in die sie ganz bewusst auch andere Faktionen und Zirkel des Mitte-Links-Flügels der Partei einbanden, die sich nicht ausschließlich mit europäischen Fragen beschäftig-

¹⁵²¹ Ebd.: 11.

¹⁵²² Offener Brief der *Europhiles* an William Hague vom 5. Januar 1998, in: Dokumentensammlung Gowland/Turner 2000: 222. Den Brief unterzeichneten Sir Geoffrey Howe, Sir Leon Brittan, Peter Carrington, Kenneth Clarke, David Curry, John Gummer, Sir Edward Heath, Michael Heseline, Chris Patten, Ian Taylor und Christopher Tugendhat. Vgl. auch das Pamphlet Sir Geoffrey Howes zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, in dem er den europapolitischen Kurs der Blair-Regierung explizit lobt. Howe 1998: 195/196.

¹⁵²³ Vgl. Offener Brief der *Europhiles* an William Hague vom 5. Januar 1998, in: Dokumentensammlung Gowland/Turner 2000: 221/222 und Taylor 2002: 2.

ten. Da sowohl die Vereinigung der britischen Industrie (CBI) als auch die Gewerkschaften (TUC) hinter einer Euro-Teilnahme Großbritanniens standen, warb der ehemalige Schatzkanzler Kenneth Clarke wiederholt für eine parteiübergreifende Allianz im Falle eines EWU-Referendums: „I believe that [ministers] could win it if they campaigned hard on a cross-party basis with the support of the CBI, the TUC and the City [of London].“¹⁵²⁵ In einem Pamphlet für die *Conservative Group for Europe* kritisierte Clarke die von Hague als offizielle Parteilinie vorgegebene Zehn-Jahres-Regel zur EWU und sprach sich für rasche Vorbereitungen Großbritanniens für einen EWU-Beitritt seines Landes in der „zweiten Runde“ aus. Konstitutionelle oder souveränitätsbedingte Barrieren, die einen britischen EWU-Beitritt nach Ansicht seiner eigenen Parteiführung behinderten, verneinte Clarke entschieden: “I remain firmly of the view that the pooling of monetary sovereignty involved in joining EMU does not undermine the fundamental political independence and right to its own parliamentary government of any country that joins the project.“¹⁵²⁶ Zudem habe das Vereinigte Königreich durch die Einheitliche Europäische Akte und den Maastrichter Vertrag den Weg zur EWU selbst mitgeebnet und solle die EWU daher nun endlich als eine Realität anerkennen. Zugleich betonte Clarke gemeinsam mit dem früheren Agrarminister John Gummer, der das Nachwort zum Pamphlet verfasst hatte, dass die Konservativen sich wieder auf ihre alte Regierungstugend des klassischen Pragmatismus besinnen und eine unverkrampfte Diskussion zum Euro ermöglichen sollten. Gerade in der Opposition sei Raum für offene Debatten ohne ideologische Scheuklappen. Die Tories müssten auf jeden Fall mit einem gemeinsamen, für alle inhaltlich tragbaren Manifest in die Europawahl gehen.¹⁵²⁷

Hague antwortete auf die offene Kritik der Pro-Europäer und die weitergehende Spaltung seiner Partei, indem er knapp einen Monat vor der Parteikonferenz im Herbst 1998 eine Mitgliederbefragung zum EWU-Beitritt auf den Weg brachte. Er war überzeugt, dass seine Position die Mehrheitsmeinung in der Partei spiegelte. Gemäß der Befragung unterstützten denn auch 84 Prozent der an der Befragung teilnehmenden Parteimitglieder die vom Parteiführer vorgeschlagene Linie einer Nicht-Teilnahme Großbritanniens an der EWU zumindest in den nächsten zwei Legislaturperioden. Diese Position konkretisierte den von John Major geprägten offenen „*Wait*

¹⁵²⁴ Vgl. u.a. Heffer 2000: 6.

¹⁵²⁵ Kenneth Clarke, zitiert aus: Turner 2000: 253. Vgl. zur Haltung von CBI und TUC u.a. Hix 2000: 62 und Hale 1999: 99 und 112-115.

¹⁵²⁶ Clarke 1998: 8.

¹⁵²⁷ Vgl. Clarke 1998: 7-9 und Nachwort Gummer, in: Clarke 1998: 10.

and See“-Kurs zur Euro-Frage, der bereits im Wahlkampf 1997 von den eigenen Abgeordneten unterlaufen worden war. Immerhin rund 52 Prozent der Mitglieder hatten indes erst gar nicht an der von der Parteiführung initiierten Befragung teilgenommen oder aber für einen EWU-Beitritt gestimmt. Die Befragung brachte somit keine abschließende Klärung der Parteilinie zur EWU, marginalisierte die Pro-Europäer aber innerhalb der Parlamentsfraktion weiter.¹⁵²⁸ Im Nachgang der Konferenz sprach Parteiführer William Hague erstmals davon, dass diejenigen, die das Ergebnis der Befragung nicht akzeptierten, die Partei verlassen sollten.

Nicht zuletzt auch auf Druck der Euro-Skeptiker und Anti-Europäer, denen seine europapolitische Haltung nach wie vor als zu weich erschien, entschied sich Hague dafür, die Mitgliederbefragung als inhaltlichen Ausgangspunkt zu nutzen und im Europawahlkampf voll und ganz auf die Euro-Karte zu setzen. Die Konservative Partei gab ein eigenes Manifest zur Europawahl heraus und hob sich in ihrer Ablehnung der EWU bewusst von den europäischen Schwesterparteien und dem gemeinsamen Manifest der Europäischen Volkspartei ab. Der transnationalen Europäischen Volkspartei gehörten die Tories ohnehin bereits seit mehreren Jahren nicht mehr an.¹⁵²⁹ Durch die Fokussierung auf die EU und das EWU-Projekt sollte der Wahlkampf in Großbritannien zu einem *single-issue*-Wahlkampf werden, durch den vor allem in ländlichen Regionen Stimmen gewonnen werden konnten.¹⁵³⁰ Hague prägte mit seinem *Central Office*-Team die kämpferisch-populistischen Slogans *In Europe, not run by Europe* sowie *Save the Pound* und skizzierte zum Auftakt des Wahlkampfes in seiner Budapester Rede seine Vision einer nationalstaatlich geprägten „À la carte-EU“. Während Blair in seiner Karlspreis-Rede im Mai 1999 ein Ende der britischen Ambiguität über Europa forderte und eine führende und konstruktive Rolle Großbritanniens in der EU bekräftigte, skizzierte William Hague das Modell einer flexiblen EU, in der die Mitgliedstaaten künftig grundsätzlich zwischen einer Teilnahme oder Nicht-Teilnahme an einzelnen Politikfeldern und Projekten der EU wählen können sollten. Der konservative Parteiführer verurteilte Missmanagement und Korruption in der zurückgetretenen Europäischen Kommission unter Jacques Santer und kritisierte Pläne zu einer Steuerharmonisierung innerhalb der EU: „The tax harmonisation agenda is a high tax agenda for Britain (...). We should be doing

¹⁵²⁸ Vgl. zur Mitgliederbefragung vor allem BBC 2001: Conservatives: 1, Nadler 2000: 242-245 Turner 2000: 253/254 sowie zur Interpretation der Pro-Europäer vor allem Kelly 2001: 201/202.

¹⁵²⁹ Vgl. CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 5.

everything we can to widen the gap on taxes rather than narrowing it. I want Britain to be the low tax capital of Europe.”¹⁵³¹ Zugleich betonte er erneut seine Ablehnung eines britischen EWU-Beitritts.¹⁵³² Er warnte im Wahlkampf wiederholt davor, dass die Pensionen von Millionen Briten riskiert würden, wenn das Vereinigte Königreich den Euro einführe: „Unfunded pensions systems in Europe were like a ‚ticking time bomb‘ and would involve an inevitable increase in European taxation and debt.“¹⁵³³ Die britische Regierung dürfe auf keinen Fall ihre finanzielle Souveränität aus der Hand geben und ihre nationalen Vorteile verspielen:

„*With our own currency, interest rates can be set specifically for our economic conditions, to reflect the supply and demand for credit in this country. This is a huge advantage for any country, but particularly in Britain where the large number of home owners with mortgages makes our economy particularly sensitive to changes in interest rates. (...) Depriving ourselves of that policy tool would force us to rely on drastic and destabilising adjustments to budgetary policy.*“¹⁵³⁴

Der konservative Oppositionsführer stellte die unterschiedlichen europapolitischen Politikangebote von Tories und Labour Partei während des Wahlkampfes offen und aggressiv heraus und behielt so die Initiative in der Hand. Premierminister Blair reagierte auf den Ein-Themen-Wahlkampf der Konservativen mit einer ausweichenden und vagen EWU-Politik, die letztlich den gesamten Wahlkampf prägen sollte – genau vor dieser defensiven Haltung hatten ihn die konservativen Pro-Europäer zuvor eindringlich gewarnt, da sie den euro-skeptischen Konservativen und der anti-europäischen Presse unnötig viel Raum geben würde.¹⁵³⁵ Die Pro-Europäer der Konservativen unterstützten nicht nur die im Januar 1999 angelaufene überparteiliche *Britain into Europe*-Kampagne pro-europäischer Interessengruppen unter der Führung von Simon Bugby, sondern führten darüber hinaus einen inhaltlich und in Teilen auch organisatorisch von der Parteiführung getrennten Wahlkampf. Zwei euphile Europaabgeordnete der Konservativen zogen sich von ihren Tory-Listenplätzen zurück und gründeten die *Pro European Conservative Party*, die in

¹⁵³⁰ Vgl. Heffer 2000: 7 und 25/26.

¹⁵³¹ William Hague, in: *The Independent* vom 25. Mai 1999.

¹⁵³² Vgl. Holmes 2000: 13/14. Dort sind Auszüge aus der Budapest-Rede des konservativen Parteiführers vom 13. Mai 1999 abgedruckt. Vgl. ebenso Turner 2000: 256.

¹⁵³³ Turner 2000: 257. Vgl. auch Hale 1999: 104/105 und 111.

¹⁵³⁴ Hague 1999: 5. Vgl. auch Hale 1999: 100/101 und Redwood 2001a: 90.

¹⁵³⁵ Vgl. Vorwort von Kenneth Clarke in einer Publikation des Federal Trust zur EU, in: *Dokumentensammlung Gowland/Turner 2000: 224/225.*

nahezu jeder Region des Vereinigten Königreichs antrat, aber letztlich nur 1,4 Prozent der Stimmen errang.¹⁵³⁶

Der Sieg bei der Europawahl gab dem sowohl bei den Pro-Europäern als auch bei den extremen Euro-Skeptikern und Anti-Europäern seiner Partei umstrittenen William Hague letztlich den „dringend benötigten Auftrieb“, um als Parteiführer weiter bestehen zu können.¹⁵³⁷ Die Konservativen erhielten 36 Prozent der Wählerstimmen und stellten mit 36 Abgeordneten die größte britische Parteigruppe im Europäischen Parlament. Die Europaabgeordneten der Konservativen waren überwiegend stark euro-skeptisch, da die Parteiführung die Listenzusammenstellung streng kontrolliert hatte. Sechs der EP-Abgeordneten befürworteten offen einen Austritt Großbritanniens aus der EU.¹⁵³⁸ Die neuen Europa-Abgeordneten verstanden sich vor allem als parlamentarisch-konservative Speerspitze im EP für eine schlankere und besser kontrollierbare EU-Kommission sowie für eine Abkehr von dem aus ihrer Sicht untragbaren Sozialmodell der EU.¹⁵³⁹ Unter den Europaabgeordneten war auch die von der Parteiführung vorgegebene ablehnende Haltung zu einem EWU-Beitritt Großbritanniens völlig unumstritten. Zudem hatten 52 Prozent der Wähler der Einheitswährung auf der Insel eine klare Absage erteilt, indem sie Parteien gewählt hatten, die eine Negativaussage zur EWU getroffen hatten. Die Europaabgeordneten fühlten sich daher ebenso wie die nationale Parteiführung in ihrem Kurs bestärkt.

Allerdings demonstrierte die geringe Wahlbeteiligung von lediglich 23 Prozent auch, dass die Europawahl weiterhin als eine „*second-order*“-Wahl angesehen wurde und vor allem mit der Regierung unzufriedene Wähler sowie starke Europagegner an die Urnen gelockt hatte.¹⁵⁴⁰ Darüber hinaus begünstigte das von der britischen Labour-Regierung erstmals eingeführte Verhältniswahlrecht die kleineren Parteien und sorgte so für eine heterogenere Sitzverteilung. Der Wahlsieg konsolidierte somit zwar durchaus Hagues Position in seiner Partei und die euro-skeptische Programmatik, er war aber bei weitem nicht ausreichend, um von einer substanziellen Erholung und Konsolidierung der konservativen Partei in der Opposition zu sprechen. William Hague selbst zeigte sich nach der Wahl indes zuversichtlich, da er in der Euro-Frage die Mehrheit der Briten auf Seiten der Konservativen sah:

¹⁵³⁶ Vgl. Hix 2000: 66/67 und Turner 2000: 258.

¹⁵³⁷ Nadler 2000: 246 (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁵³⁸ Vgl. Forster 2002: 305

¹⁵³⁹ CP 1999b: 1/2. Vgl. auch Hague 1999i. Der Parteiführer stellte einen Zehn-Punkte-Plan zur Bekämpfung des Missmanagements in der Kommission vor, der unter anderem eine unabhängige Kontrollbehörde sowie eine verkleinerte Kommission vorsah.

¹⁵⁴⁰ Hix 2000: 64.

„We made sure that the European Elections were about Europe. And the British people made sure that they sent a clear and unmistakable message to the Government that they want to be in Europe but not run by Europe and that they want to keep the pound.“¹⁵⁴¹

6.2.2 Der Vertrag von Nizza aus der Sicht der Konservativen Partei

6.2.2.1 Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU

Die britische konservative Partei stand der IGR von Nizza zwar durchaus skeptisch gegenüber, sie lehnte sie aber mit Blick auf die von ihr vehement unterstützte Erweiterung der EU nicht grundsätzlich ab: „Reform is a precondition for us in Europe, not just an option.“¹⁵⁴² Im Sinne einer für alle Demokratien Europas offenen EU sollten die Verhandlungen in Nizza endlich dazu beitragen, die EU rasch erweiterungsfähig zu machen.¹⁵⁴³ Nach Ansicht der Tory Party sollten sich die Verhandlungspartner in Nizza daher auf eine überschaubare Agenda institutioneller und politischer Reformen beschränken. Die Konservativen stimmten in dieser Zielsetzung der IGR mit der Labour Partei und den Liberaldemokraten überein, taten dies aber aus einem grundsätzlich anderen Europa-Verständnis heraus. Die Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaft waren für sie keineswegs zwei einander bedingende Prozesse: „Nice must break the completely artificial link between relentless political integration and enlargement.“¹⁵⁴⁴ Die bevorstehende Erweiterung der EU um die MOE-Staaten stand für die Konservativen sinnbildlich für die Entscheidung der Mitgliedstaaten, welche weitere Entwicklung die EU nehmen sollte:

„Enlargement of the EU has crystallized that choice as never before. Europe is now at a fork in the road. It will be choosing one of the two routes.“¹⁵⁴⁵

Einerseits könne die EU weiter agieren wie bislang. Sie könne eine weitere Harmonisierung und Integration anstreben und noch mehr Entscheidungen auf die Brüsseler Ebene verlagern:

„They can continue down the route towards ever more majority voting, towards one currency, one tax policy, one employment policy, one defence policy, one legal area – in short, taking Europe towards what Tony Blair calls a superpower, but what is in effect a superstate, step by step. This is the route

¹⁵⁴¹ Hague 1999: 2/3. Vgl. auch CP 1999a: 1/2. Die CP bezog sich dabei auf eine ICM-Umfrage, in der sich die rund 1.200 Befragten zu den Kernaussagen der Tory-Kampagne äußern sollten und diese zumeist mit 70 Prozent und mehr befürworteten.

¹⁵⁴² CP 1999d: 1. Vgl. auch ebd.: 5/6, CP 1999h: 1/2, CP 2000a: 1 und Hague 2000: 5.

¹⁵⁴³ Vgl. CP 1999: 2, CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 8 und CP 2001a: 2.

¹⁵⁴⁴ CP 2000k: 9.

¹⁵⁴⁵ Hague 2001: 287.

the EU has chosen so far. And it is precisely this which has delayed enlargement.”¹⁵⁴⁶

Wer die erfolgreiche Erweiterung der EU wolle, müsse hingegen auf die “alternative Vision für die Zukunft der EU“ der Konservativen Partei setzen, in deren Mittelpunkt eine freihändlerische, wettbewerbstarke multiple „À la carte-EU“ sowie die gezielte Stärkung der Nationalstaaten standen.¹⁵⁴⁷ Die EU sollte danach zu einem flexiblen Netzwerk werden, in dem jeder Mitgliedstaat deutlich mehr Gestaltungsraum erhielt. Die Mitgliedstaaten sollten „in unterschiedlichen Kombinationen mit unterschiedlichen Zielen und unterschiedlichen Ausmaßen“ Kooperationsformen wählen:¹⁵⁴⁸

„We have set out plans for a treaty flexibility provision so that, outside the areas of the single market and core elements of an open, free-trading, and competitive EU, countries need only participate in new legislative actions at a European level if they see this in their national interest.”¹⁵⁴⁹

Durch diese gezielte Billigung oder auch Ablehnung neuer EU-Politiken durch die einzelnen Mitgliedstaaten werde das demokratische Defizit der EU beseitigt, da die Entscheidungsmacht an die direkt vom Volk gewählten nationalen Parlamente und Regierungen zurückgegeben werde, argumentierte die Tory-Parteiführung. Das von der Konservativen Partei angestrebte lose EU-Netzwerk sollte zudem die permanenten Spannungen zwischen denjenigen Mitgliedstaaten, die eine weitere Integration befürworteten, und denjenigen Mitgliedstaaten, die diesen Prozess aufhalten oder umkehren wollten, auflösen.¹⁵⁵⁰ Die gezielte Flexibilisierung, so die konservative Parteiführung, sei die beste Antwort auf eine größer werdende EU und ihr Weg sei längst beschritten worden:

„Das Prinzip der Flexibilität besteht in der EU bereits. Nicht nur im Amsterdamer Vertrag (...), sondern auch bei den Opt-outs zur einheitlichen Währung, bei der Westeuropäischen Union und bei den dänischen, irischen und britischen Opt-outs zu einzelnen Aspekten der Asyl- und Immigrationspolitik.”¹⁵⁵¹

Die Vorschläge des deutschen Außenministers Joschka Fischer und des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac zur weiteren Entwicklung der EU lehnten die britischen Konservativen entschieden ab, da sie diese als föderale Ansätze bewerteten und ein föderales EU-Modell ihrer Ansicht nach ein „überholtes, veraltetes Mo-

¹⁵⁴⁶ Hague 2001: 288.

¹⁵⁴⁷ Hague 2001: 288 (Übersetzung der Verfasserin). Vgl. auch Holmes 2000: 28: “A less legalistic, enlarged Europe with a multiple opt-outs to suit individual country preferences.” Und CP 2000: 1.

¹⁵⁴⁸ Hague 2001: 288/289. (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁵⁴⁹ Hague 2001: 289. Vgl. ebenso CP 1999: 2, CP 1999h: 2/3 und Holmes 2000: 15.

¹⁵⁵⁰ Hague 2001: 289.

¹⁵⁵¹ CP 1999h: 3. (Übersetzung der Verfasserin).

dell“ der Gründerjahre war.¹⁵⁵² Die Tory Party in der Opposition schloss sich hier nahtlos an die Brügge-Rede Margaret Thatchers und an John Majors Flexibilisierungsvorschläge für die EU aus seiner Leiden-Rede im Jahr 1994 an. Francis Maude, seit Februar 2000 Schatten-Außenminister der Tories, nannte die Vorschläge der Deutschen und der Franzosen dennoch konstruktiv, da sie die Bestrebungen der einzelnen Mitgliedstaaten klar benannten und so dem britisch-konservativen Leitbild eines flexiblen, offenen, freihändlerischen Europa der Nationalstaaten offen entgegen gestellt werden konnten: „Unlike Tony Blair, Herr Fischer is honest about the direction in which Europe is heading.“¹⁵⁵³ Die Konservative Partei forderte daher im Vorfeld der Nizzaer IGR wiederholt ein, dass auch die britische Labour-Regierung ihre Präferenzen und ihre Vision zur Weiterentwicklung der EU offen legte.¹⁵⁵⁴ Die von Premierminister Tony Blair im Herbst 2000 in seiner Warschauer Rede entwickelten Ideen zur Weiterentwicklung der EU als ‚a superpower, not a superstate‘ lehnte die konservative Opposition dann aber ebenfalls als zu föderalistisch ab:

*„His proposal for an EU Senate is a major step towards a European federation. His proposal for an EU ‘Charter’ of competences is another opportunity to create a European constitution. His proposal for a new EU annual agenda strengthens the powers of EU institutions, not nation states.“*¹⁵⁵⁵

▪ **Institutionelle Reform**

Unter den Vorzeichen einer stärkeren Rolle der Nationalstaaten unterstützten die Konservativen im Vorfeld der Nizzaer IGR zumindest punktuelle institutionelle Reformen, um eine EU von mehr als 20 Mitgliedern weiterhin handlungsfähig zu erhalten. Der Ministerrat sollte künftig überwiegend offen tagen und mehr Informationen für die Bürgerinnen und Bürger bereitstellen. Die britischen Tories stimmten auch einer moderaten Veränderung der Stimmgewichtung im MR zu. Allerdings galt für sie nach wie vor der schon in der Major-Zeit praktizierte Grundsatz: Keine weitere Ausweitung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit und eine strikte Beibehaltung des nationalen Vetos.¹⁵⁵⁶

Die Europäische Kommission sollte deutlich kleiner und schlanker und vor allem stärker kontrolliert werden, um Missmanagement und Korruption effizienter zu unterbinden. Dazu wollten die Konservativen ein unabhängiges Kontrollorgan in Brüs-

¹⁵⁵² CP 1999: 3. (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁵⁵³ CP 2000a: 1. Vgl. auch CP 2000e: 1 und CP 2000f: 2.

¹⁵⁵⁴ Vgl. CP 2000e und CP 2000f.

¹⁵⁵⁵ CP 2000d: 1.

¹⁵⁵⁶ Vgl. CP 1999e: 1-3, CP 1999d: 5 und CP 2000: 1.

sel schaffen und die Zahl der Generaldirektionen deutlich verkleinern, so dass jeder Kommissar nur noch für eine Direktion verantwortlich zeichnete. Zudem sollte das Kollegialprinzip abgeschafft werden und das Europäische Parlament entsprechend die Möglichkeit erhalten, einzelne Kommissare im Falle von Missmanagement oder Korruption zu entlassen. Darüber hinaus sollten einzelne EU-Kommissare für ihren Verantwortungsbereich und das von ihnen verwaltete Budget rechtlich verantwortlich gemacht werden können. Die Reformvorschläge des britischen EU-Kommissars Neil Kinnock zur weiteren Ausgestaltung der Kommission vom Frühjahr 2000 lehnten die Tories als völlig unzureichend ab. Sie sahen in der Kommission zudem grundsätzlich kein Impulsgeber-Organ für die EU. Sie sollte ihrer Ansicht nach deutlich weniger Aufgaben haben, diese dafür aber qualitativ besser ausüben.¹⁵⁵⁷

Das Europäische Parlament, von der Tory-Parteiführung weitaus stärker in seiner Rolle als Kontroll- denn in seiner Rolle als Legislativorgan unterstützt, sollte allein in der ersten Funktion gestärkt werden. So forderten die Konservativen: „Strengthen the European Parliament’s Budgetary Control Committee – as a Financial Control and Public Accounts Committee – to give it legal power to call for persons and papers from the European Commission“.¹⁵⁵⁸ Das EP selbst sollte zudem deutlich verkleinert werden und nach der nächsten Erweiterung der EU maximal 600 Abgeordnete umfassen. Die Kompetenzen des EP im Gesetzgebungsverfahren sollten nicht ausgeweitet werden.

Der Europäische Gerichtshof blieb für die Konservativen weiterhin ein Stein des Anstoßes, da sie ihn als ein politisches und die weitere Integration förderndes Gericht ansahen:

*„There is growing concern that, in its interpretation of EU law, the European Court of Justice often goes well beyond the intentions of those who framed the laws, in pursuit of much closer European integration. This is a highly dangerous approach for a court – as opposed to elected politicians – to take, especially as its decisions are binding and final.“*¹⁵⁵⁹

Die Tories verlangten daher – analog zu den Forderungen aus der späten Major-Zeit – eine Korrekturmöglichkeit für jene EU-Vorgaben, die der EuGH in einer vom Ministerrat nicht intendierten Weise interpretiert hatte (*„reserved power provision“*) und eine größere Transparenz des Gerichtshofes und seiner Arbeit.¹⁵⁶⁰ Der Pro-Europäer

¹⁵⁵⁷ Vgl. CP 1999d: 3/4 und CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 15/16.

¹⁵⁵⁸ CP 1999d: 4.

¹⁵⁵⁹ CP 1999d: 5.

¹⁵⁶⁰ Vgl. CP 1999d: 5/6, CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 11/12 und CP 2001: Election Manifesto: 29.

Ian Taylor wies diese Forderungen als völlig unrealistisch zurück, da die einheitliche und von allen akzeptierte Anwendung des Europäischen Rechts fundamental für das Funktionieren der EU und insbesondere des Binnenmarktes sei.¹⁵⁶¹

Die Konservative Partei stellte im Vorfeld der Nizzaer Verhandlungen insgesamt wiederholt heraus, dass die Organisationsweise und Mitarbeiterphilosophie der Europäischen Union ihrer Ansicht nach in der Gründerzeit stecken geblieben sei und einer dringenden Gesamtreform bedürfe, um die EU an die Transparenz- und Überprüfbarkeitsanforderungen demokratischer Gesellschaften des 21. Jahrhunderts anzupassen.¹⁵⁶² Sie wollte die Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente weiter stärken und die britischen Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich in einem Referendum über weitere Kompetenzübertragungen nach Brüssel entscheiden lassen.¹⁵⁶³

▪ **Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Für die Tories blieb im Vorfeld der Nizzaer Beratungen maßgeblich, dass die Säulenstruktur der Europäischen Union nicht nur weiter bestehen blieb, sondern auch gesichert wurde. Vor allem im Feld der GASP befürwortete die Partei lediglich eine stärkere Kooperation der Mitgliedstaaten auf einer streng intergouvernementalen Basis. Sie hatte daher schon die moderaten Veränderungen im Amsterdamer Vertrag abgelehnt. Eine engere Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik, wie sie die Blair-Regierung in St. Malo angestoßen hatte, lehnte die CP grundsätzlich ab. So bekräftigte Schatten-Verteidigungsminister John Maples im Mai 1999 vor dem Treffen der europäischen Verteidigungsminister in Bonn:

*„We oppose any policy of establishing a European defence identity outside NATO (...). Making Europe’s defences answerable directly to the EU would threaten the very future of NATO and directly weaken the United States’ commitment to the defence of Europe. The proposal to merge the WEU into the EU would also remove a vital link to NATO.“*¹⁵⁶⁴

▪ **Reform der Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik**

Für die konservative Parteiführung unter William Hague war eine erfolgreiche Erweiterung um die MOE-Staaten mit ihren großen Agrarsektoren nur dann möglich, wenn die EU in Nizza weit über die Reformen des Berliner Gipfels vom März 1999

¹⁵⁶¹ Vgl. Taylor, I. 2001: 8/9.

¹⁵⁶² Vgl. CP 1999d: 6.

¹⁵⁶³ Vgl. CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 12.

¹⁵⁶⁴ CP 1999c: 1.

hinaus eine umfassende Reform dieses Politikfeldes anstrebte. Die Tories sprachen sich dabei dafür aus, sowohl die Gemeinsame Agrarpolitik als auch die Fischereipolitik wieder überwiegend an die nationale Ebene zu binden:

„ In Britain, moving to greater national responsibility would allow us to guarantee farmers the same level of support as at present, while still providing a dividend for taxpayers and consumers. The current Common Fisheries Policy is even less defensible. Tony Blair should be pressing for national or local control to be established over our own waters, through zonal management, coastal management or in some other way. ¹⁵⁶⁵

Die Konservativen forderten vehement, dass die Gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik unbedingt auf die Agenda der IGR von Nizza gesetzt wurde.

6.2.2.2 Die Ergebnisse von Nizza aus der Sicht der Konservativen Partei

Für die britisch-konservative Opposition war der von der Labour-Regierung mitausgehandelte Vertrag von Nizza nicht annehmbar. Parteiführer William Hague stellte im Unterhaus klar, dass der Premierminister einen Vertrag mit nach Hause gebracht habe, der die EU in eine falsche Richtung lenke. Über den Vertrag müsse die britische Bevölkerung aufgrund seiner weitreichenden Beschlüsse und konstitutionellen Auswirkungen direkt in einem Referendum abstimmen können, so die Haltung der konservativen Parteiführung. Nur so könne der irreversible Weg zu mehr Integration aufgehalten werden.¹⁵⁶⁶ Die Konservative Partei wollte den Vertrag auf keinen Fall ratifizieren. Er erfüllte ihre Anforderungen, die Erweiterung und eine ökonomisch starke EU im Sinne des Lissaboner Gipfels voranzutreiben, nicht, sondern hatte lediglich die von den Konservativen abgelehnte politische Integration weiter intensiviert.¹⁵⁶⁷ So urteilte Schatten-Außenminister Francis Maude:

„Of course, there are some things at Nice which would be helpful for enlargement. Curbing the size of the Commission is desirable in any event. The reweighting of national votes makes good sense whether or not enlargement takes place. But the rest of the Nice agenda is simply not about enlargement. It is about political integration. ¹⁵⁶⁸

¹⁵⁶⁵ CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 10. Vgl. auch CP 1999: 2 und 1999f: 3.

¹⁵⁶⁶ Vgl. u.a. William Hague, in: CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 18, ders. 2000: Official Report vom 11. Dezember: 353, CP 2000k: 1, Maude 2001: Official Report vom 4. Juli: 278, Spring 2001: Official Report vom 18. Juli: 350-353, Cash 2001: Official Report vom 18. Juli: 368, Taylor 2001: Official Report vom 18. Juli: 376 und CP 2001: Election Manifesto: 30.

¹⁵⁶⁷ Vgl. Hague 2001: 290/291 und die Pressemitteilungen von Schatten-Außenminister Francis Maude und John Redwood: CP 2000g, CP 2000h, CP 2000i, CP 2000j und CP 2000k.

¹⁵⁶⁸ CP 2000k: 8.

Im Zentrum der konservativen Kritik standen vor allem die erneute Ausweitung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat, die Ausweitung des Sozialkapitels sowie die Grundrechte-Charta und die Entwicklungen im Verteidigungsbereich, auch wenn die beiden letzten Bereiche nicht direkt zum Nizzaer Vertragswerk gehörten.¹⁵⁶⁹ Zudem bemängelten die Tories im britischen Unterhaus wiederholt besonders die fehlende umfassende Reform der Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik.¹⁵⁷⁰

6.2.3 Die Ratifizierung des Nizzaer Vertrages: Konservatives ‚Nein‘ zur Vertiefung der Integration

Analog zur Ratifizierungsdebatte des Amsterdamer Vertrages lehnte die Konservative Opposition auch den Nizzaer Vertrag im britischen Unterhaus nahezu geschlossen ab. Die Debatte wurde fast ausschließlich von der euro-skeptischen Parteiführung sowie den bekannten euro-skeptischen und anti-europäischen Hinterbänklern wie Bill Cash und Sir Teddy Taylor geführt. Nur der pro-europäische Abgeordnete Robert Jackson meldete sich zu Wort und stimmte bei der dritten Lesung für das Vertragswerk. Die übrigen Pro-Europäer blieben der Abstimmung und auch der Debatte zum Nizzaer Vertrag überwiegend fern, zumal sie um die pro-europäische Mehrheit von Labour und Liberaldemokraten im Haus wussten.

Leitmotiv der konservativen Argumentation gegen den Nizzaer Vertrag war, dass dieser entgegen der ursprünglichen Intention keinen Vertrag zur Erweiterung der Union darstellte, sondern einen Vertrag, der die politische Integration weiter vorantrieb.¹⁵⁷¹ Damit entfernte sich die EU nach Ansicht der Tories noch weiter vom konservativen Leitbild eines flexiblen, freihändlerischen, offenen Europa der Nationalstaaten, so Schatten-Außenminister Sir Francis Maude:

*“I am afraid that the Bill and the Nice Treaty take Europe in the wrong direction – back to the old world of tightly integrated, centralised regional blocks. That is wrong, and we shall vote against the Bill“.*¹⁵⁷²

¹⁵⁶⁹ Vgl. BBC 2001: Conservatives: 2.

¹⁵⁷⁰ Vgl. exemplarisch Spring 2001: Official Report vom 4. Juli: 353, Maude 2001: ebd.: 282, Swirl 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1245 und CP 2001g.

¹⁵⁷¹ Vgl. Hague 2000: Official Report vom 11. Dezember: 353, Taylor 2000: Official Report vom 11. Dezember: 360, Maude 2001: Official Report vom 4. Juli: 273-276 und 281, Howard 2001: Official Report vom 4. Juli: 292, Ancram 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1181/1182, Djanogly 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1239 und Swirl 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1244.

¹⁵⁷² Maude 2001: Official Report vom 4. Juli: 283. Vgl. auch Cash 2001: Official Report vom 4. Juli: 299, Browning 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1224, Watkinson 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1257 und Baron 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1260.

Insbesondere die erneute Ausweitung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat in über 30 weiteren Bereichen und den damit verbundenen Verlust des nationalen Vetos werteten die Konservativen als schleichenden Demokratieverlust und Schwächung von Parlament und Regierung:

*„Extended QMV will make it even more difficult for our Government to block measures that are not in our national interest, and we should never forget that that is what we are all elected by our constituents to the House to serve. We have consistently opposed the extension of QMV for many years (...) and we continue to oppose it now.“*¹⁵⁷³

Der Nizzaer Vertrag habe entgegen den Forderungen der Konservativen keinerlei Kompetenzen an die Mitgliedstaaten und ihre direkt vom Volk gewählten Parlamente zurückgegeben:

*„We want to draw a line to enable a movement back to national Parliaments and their authority. The main threat to the EU is the disconnection on the peoples of Europe from the EU's institutions and structures.“*¹⁵⁷⁴

Michael Ancram machte daher für die britische Tory Party unmissverständlich klar: „We do not support any further political integration.“¹⁵⁷⁵ Ohne klare Bestimmung des „clear end point“, also der Finalität der EU und der dort vorgesehenen Rolle der Nationalstaaten werde die konservative Partei weiteren Integrationsschritten nicht mehr zustimmen, betonte der Abgeordnete Chris Grayling.¹⁵⁷⁶

Obwohl die Tories selbst wiederholt ein radikales Flexibilisierungsmodell für die weitere Entwicklung der EU vorgeschlagen hatten, lehnten sie die in Nizza getroffenen Beschlüsse zur verstärkten Zusammenarbeit ab. Dies resultierte daraus, dass die konservative Parteiführung die Aufhebung des Vetos in Fragen der verstärkten Zusammenarbeit für falsch befand und weiterhin auf der uneingeschränkten Zustimmung aller Mitgliedstaaten bestand.¹⁵⁷⁷ Der Abgeordnete Bill Cash ging in seiner Kritik wesentlich weiter und nannte die angedachte Flexibilisierung der EU ebenso wie das Subsidiaritätsprinzip ein reines Feigenblatt: „Like subsidiarity, this whole

¹⁵⁷³ Ancram 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1189. Vgl. auch CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 16-21, Taylor 2001: Official Report vom 4. Juli: 266, Howard 2001: Official Report vom 4. Juli: 294, Francois 2001: Official Report vom 4. Juli: 308, Cash 2001: Official Report vom 11. Juli: 832/833, Redwood 2000: 1 und 4, Redwood 2001: Official Report vom 11. Juli: 845/846 und Grayling 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1253/1254.

¹⁵⁷⁴ Spring 2001: Official Report vom 11. Juli: 811. Vgl. auch Maude 2001: Official Report vom 4. Juli: 281, Wilkinson 2001: Official Report vom 11. Juli: 849, Ancram 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1183, Heathcoat-Amory: Official Report vom 17. Oktober 2001: 1212 und Spring 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1264.

¹⁵⁷⁵ Ancram 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1188.

¹⁵⁷⁶ Grayling 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1252.

¹⁵⁷⁷ Vgl. Howard 2001: Official Report vom 4. Juli: 293 und Spring 2001: Official Report vom 17. Juli: 225.

process will promote deeper political centralisation. (...) Individual nation states will possess no emergency brake or veto to prevent other member states from going ahead with further integration. (...) It is a matter of gravitational pull.”¹⁵⁷⁸ Die verstärkte Zusammenarbeit in ihrer jetzigen Form werde daher unweigerlich zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten führen, in dem die langsamere Gruppe der schnelleren langfristig folgen und damit eine stete Vertiefung der Integration in Kauf nehmen müsse. Flexibilität dürfe aber keine Einbahnstraße in diese Richtung sein.¹⁵⁷⁹ Der Abgeordnete kritisierte vor diesem Hintergrund offen die konservative Parteiführung, die sich von einer Flexibilisierung der EU fälschlicherweise noch immer mehr Dezentralisierung und eine Stärkung der nationalen Ebene erhoffe. Er warb offen für komplette Neuverhandlungen über Großbritanniens Mitgliedschaft in der EU und stellte dem Flexibilisierungsmodell der konservativen Parteiführung das alternative Modell einer *Associated European Area* gegenüber. Durch Vertragsveränderungen sollte nicht etwa ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, sondern ein Europa der zwei Sphären geschaffen werden:

*„The countries of Europe would then have a clear choice between these spheres: European government via the inner core, European trade and association, via the Associated European Area. Association members would not be party to any of the governmental aspects of the European Union, focusing instead upon trade and environmental policy narrowly defined and managed through intergovernmental channels. The United Kingdom should play a leading role in establishing the Association; inviting potentially interested countries to discuss the matter at special meeting running in parallel with a European Intergovernmental Conference.”*¹⁵⁸⁰

Nur so konnte Cash zufolge langfristig ein Austritt Großbritanniens aus der EU vermieden werden. Cash vertrat innerhalb der konservativen Parlamentsfraktion klar eine Minderheitsmeinung, aber er war bei weitem nicht der einzige, der Neuverhandlungen mit der EU forderte.¹⁵⁸¹ Die Devise „common market, but no common government“ unterschrieb die Mehrheit der konservativen Abgeordneten ohne zu zö-

¹⁵⁷⁸ Cash 2001: Official Report vom 17. Juli: 196 und 215. Vgl. auch Cash 2001.

¹⁵⁷⁹ Vgl. Cash 2001: Official Report vom 17. Juli: 195 und Djanogly 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1238.

¹⁵⁸⁰ Cash 2000: 1. Vgl. auch Cash 2001: Official Report vom 11. Juli: 830 und Cash 2001: Official Report vom 18. Juli: 368.

¹⁵⁸¹ Vgl. etwa CP 2001c und Redwood 2001. John Redwood forderte entschieden Neuverhandlungen des Vereinigten Königreichs mit der EU, um sicherzustellen, dass Großbritanniens weder an einer europäischen Armee und einer europäischen Währung, noch an anderen zentralisierenden Politiken teilnehme. Darüber hinaus forderte Redwood Großbritannien auf, sich der Amerikanischen Freihandelszone NAFTA anzuschließen. Als erster Schritt zu weltweitem Freihandel sollten die EU und die NAFTA sollten stärker miteinander kooperieren. Vgl. Redwood 2001: 1/2.

gern.¹⁵⁸² Weitere Integrationsschritte wurden rigoros abgelehnt. Besonders harsche Kritik übten die Tories an der Weiterentwicklung des EuGH und der Reform des gemeinschaftsrechtlichen Gerichtssystems in der EU insgesamt. Die EU müsse endlich lernen, weniger zu tun und dies dafür effizienter. Das gelte besonders auch für den Bereich der Gesetzgebung. Der EuGH, „von Natur aus integrationistisch“ angelegt, werde seine erweiterten Kompetenzen nur dazu nutzen, um die Kompetenzen der EU-Ebene weiter zu stärken.¹⁵⁸³ Entsprechend werde er sich auch die auf dem Nizzaer Gipfel separat verabschiedete Grundrechte-Charta zunutze machen, so Edward Leigh:

„We are told constantly that we should not be concerned about the European charter of fundamental rights – because it is not subject to the treaties and will not be enforceable by law – but is there not a smidgen of concern in the Prime Minister’s mind that the European Court will base its future decisions on that charter?“¹⁵⁸⁴

Die britischen Konservativen fürchteten, dass die Grundrechte-Charta eine starke Einwirkung auf das andersgelagerte britische System des *Common Law* haben werde. Sie sahen die Charta zudem als essenziellen Bestandteil einer künftigen EU-Verfassung an, die sie rundheraus ablehnten, da die EU kein Staat sei. Eine EU-Verfassung zerstörte nach Auffassung der britischen Tories endgültig die konservative Vision eines offenen, freihändlerischen Europa der Nationalstaaten:

„A constitution for the EU, which has been proposed by some, would prevent that continual process of renewal, bargaining and change from happening. Far from lumbering from treaty to treaty, as the EU is increasingly prone to do, our vision would achieve a multi-system Europe in which groups of countries – different combinations for different purposes and to differing extents – would proceed to intergrate and co-operate in different ways according to their different choices. That vision represents a more modern, more sophisticated, decentralised EU.“¹⁵⁸⁵

Besonders breiten Raum in der konservativen Unterhausdebatte zum Nizzaer Vertrag nahm der Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Die Abgeordneten der Opposition kritisierten unisono den von Premierminister Tony Blair initiierten St. Malo-Prozess, die Absorption der WEU und ihrer Instrumente in die EU, die Aufwertung des neu strukturierten Politischen und Sicherheitspoliti-

¹⁵⁸² Redwood 2001: 1.

¹⁵⁸³ Spring 2001: Official Report vom 17. Juli: 250. Vgl. auch Cash: ebd.: 252 sowie Spring 2001: Official Report vom 4. Juli: 251/252 und CP 2000k: 4/5 und Redwood 2000: 1 und 3/4.

¹⁵⁸⁴ Leigh 2000: Official Report vom 11. Dezember: 369. Vgl. auch CP 2000k: 7 sowie Spring 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1265 und Ancram 2001: ebd.: 1190.

¹⁵⁸⁵ Maude 2001: Official Report vom 4. Juli: 283. Vgl. auch Spring 2001: Official Report vom 17. Juli: 223, Cash 2001: ebd.: 198 und Ancram 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1189.

schen Komitees sowie die Entwicklung einer schnellen Eingreiftruppe.¹⁵⁸⁶ Diese Schritte symbolisierten für die Konservativen den Aufbau einer von den USA und damit von der NATO unabhängigen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur, einer „European army“.¹⁵⁸⁷ Es gebe keinerlei militärische Notwendigkeit für den Aufbau einer eigenen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstruktur. Im Gegenteil:

“The case is purely political – a challenge to supposed American dominance of NATO, the establishment of a rival power bloc, the creation to what Mr Blair calls a ‚European superpower‘. It is designed by people who are concerned above all with endowing the EU with another of the trappings of statehood.”¹⁵⁸⁸

Insgesamt beherrschten die Konservativen weite Strecken der Unterhausdebatte zum Nizzaer Vertrag, sie konnten aufgrund der klaren Mehrheitsverhältnisse im britischen Parlament aber keinen ihrer Veränderungsvorschläge durchsetzen.

Als bewussten Kontrapunkt zur offiziellen Parteilinie nutzte der pro-europäische Abgeordnete Robert Jackson die Unterhausdebatte dazu, um sich offen zum Nizzaer Vertragswerk zu bekennen. Für ihn ermöglichte der Nizzaer Vertrag die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Staaten und er war darüber hinaus keineswegs ein Vertrag, der unweigerlich die Entwicklung zu einem europäischen Superstaat heraufbeschwor. Großbritannien müsse nun endlich seinen Verpflichtungen gegenüber den MOE-Staaten, insbesondere gegenüber Polen, die es 1939 nicht eingehalten habe, uneingeschränkt nachkommen: „My vote tonight for the ratification of the Nice treaty by the House is my personal contribution to the fulfilment of that historic british obligation.“¹⁵⁸⁹

6.2.4 Die innerparteiliche Ebene:

Euro-Skeptizismus als dominierendes Strukturprinzip

Während der Ratifizierungsdebatte des Nizzaer Vertrages im britischen Unterhaus konstatierte der pro-europäische Abgeordnete Robert Jackson, dass die parlamentari-

¹⁵⁸⁶ Vgl. u.a. Mercer 2001: Official Report vom 17. Juli: 159, Ancram 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1190 und besonders ausführlich Wilkinson 2001: Official Report vom 11. Juli: 867-875.

¹⁵⁸⁷ Spring 2001: Official Report vom 11. Juli: 877 und Cash 2001: ebd.: 887. Vgl. auch Wilkinson 2001: ebd.: 867-875, Spring 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1264/1265, CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 22, CP 2001d und Cash 2001: 10-12.

¹⁵⁸⁸ Schatten-Außenminister Francis Maude, in: CP 2000k: 6. Vgl. auch Armitage 2001: 119 und Redwood 2000: 5.

¹⁵⁸⁹ Jackson 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1228. Vgl. dazu auch Taylor 2001: 9, der im Nizzaer Vertrag ebenfalls die Voraussetzungen für eine Erweiterung der EU gegeben sah.

schen Diskussionen die Realität der europäischen Debatte in Großbritannien gut spiegelten: Die Trennung in der Europapolitik gehe über die Parteigrenzen hinweg – es gebe weiterhin unterschiedliche Ansichten innerhalb aller Parteien.¹⁵⁹⁰ Jacksons Einschätzung ist durchaus zuzustimmen, dennoch muss für die Konservative Partei ab 1997 festgehalten werden, dass sich die vom neuen Parteiführer William Hague vorgegebene offizielle euro-skeptische Parteilinie stark verfestigte, so dass für die wenigen verbliebenen Pro-Europäer kaum noch Raum blieb, ihre Haltung ausreichend darzustellen. Das Meinungsspektrum innerhalb der parlamentarischen CP hatte sich im Laufe der neunziger Jahre immer weiter in Richtung Euro-Skeptizismus verschoben: Eine Abgeordnetenbefragung Mitte 1998 zur Europäischen Integration ergab, dass über ein Viertel der Konservativen Abgeordneten einen Austritt aus der EU befürworteten und Zweidrittel eine Aufgabe des Pfundes als das Ende des britischen Nationalstaates bewerteten. 61 Prozent sprachen sich dafür aus, dass die Europäische Kommission ihr Recht verlieren sollte, Gesetze zu initiieren und 90 Prozent lehnten rigoros jegliche Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat ab.¹⁵⁹¹ Die Umfrageergebnisse zeigten gerade im Vergleich zu den Vorgängererhebungen aus den Jahren 1994 und 1996 den wachsenden euro-skeptischen Trend in der parlamentarischen CP eindrucksvoll auf. Die stärksten Einstellungsveränderungen innerhalb der Parlamentsfraktion zur Europäischen Integration waren nach den Parlamentswahlen 1987 und 1992 zu beobachten, als der Influx euro-skeptischer Thatcheristen besonders hoch war. Diese Abgeordneten lehnten zwar die Europäische Integration nicht per se ab, strebten aber eine streng an der Brügge-Rede der ehemaligen Premierministerin orientierte weitere Ausgestaltung der EU an. Die große Mehrheit der Tory-Abgeordneten blieb über den gesamten Zeitraum der neunziger Jahre diesem von Thatcher vorgegebenen nationalstaatlich und nahezu ausschließlich wirtschaftsintegrationistisch orientierten EU-Kurs verhaftet. Auch der Influx der Tory-Parlamentarier nach der Wahl im Mai 1997 orientierte sich in der Europapolitik überwiegend an diesen Vorgaben.¹⁵⁹²

Das Bekenntnis zu einer pro-europäischen oder aber euro-skeptischen Grundhaltung zur Europäischen Union war in der konservativen Parlamentsfraktion vor allem eine Frage der Generation. Ehemalige Minister sowie Abgeordnete, die dem Parlament schon seit den siebziger Jahren angehörten, tendierten gemäß der Umfrage eher zu

¹⁵⁹⁰ Vgl. Jackson 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1226.

¹⁵⁹¹ Vgl. Cowley 2000: 464. Philip Cowley wertet in seinem Artikel die jüngsten Befragungen des *Members of Parliament Project (MPP)* der Universitäten Sheffield und Nottingham Trent aus.

einem offenen Bekenntnis zum europäischen Integrationsprozess und seinen Vorteilen für das Vereinigte Königreich. Sie waren in weiten Teilen EU-Konföderalisten im Sinne Ashfords (*siehe Kapitel 1.2*), befürworteten also ebenfalls das Leitbild eines Europa der Nationalstaaten, wobei die Integrationsbereiche und -tiefen, die sie für sinnvoll und richtig erachteten, jedoch unterschiedlich ausfielen.¹⁵⁹³ Dieser zahlenmäßig kleinen Gruppe der so genannten *Grandees* stand in den neunziger Jahren eine rasch wachsende Zahl ausgeprägter Euro-Skeptiker und Anti-Europäer gegenüber. Der Euro-Skeptizismus in der Tory Party hatte dabei viele Facetten: Er reichte von der fundamentalen Ablehnung der EU (Anti-Europäer) und dem Unmut über einzelne Politikfelder wie die EWU bis hin zu politischen und verfassungspolitischen Motiven zur Ablehnung einer tiefer gehenden Integration. Auch die mit der freihändlerischen Wirtschaftsphilosophie der Konservativen begründete Ablehnung des so genannten EU-Sozialmodells mit seinen intervenierenden und regulierenden Instrumenten spielte eine wichtige Rolle – übrigens kritisierten auch gestandene Befürworter der europäischen Intergration die europäischen Sozialvorgaben.¹⁵⁹⁴

Die wenigen verbliebenen Pro-Europäer im Parlament wie Ian Taylor, David Curry oder Robert Jackson waren in der Opposition völlig isoliert, ihre Positionen wurden aber mit der Unterstützung der pro-europäischen Granden um Geoffrey Howe, Edward Heath und Douglas Hurd weiterhin zumindest in Teilen in die Öffentlichkeit transportiert.

De facto konnte die ab 1997 nahezu geschlossen euro-skeptisch agierende konservative Parlamentsfraktion die Gesetzgebung im Bereich der Europapolitik so gut wie gar nicht beeinflussen, sie hatte aber einen hohen Einfluss auf den öffentlichen Meinungsbildungsprozess zur EU. Der Europawahlkampf mit der Konzentration auf die Euro-Frage und die sich daran anschließende Dauerkampagne des Parteiführers William Hague zur Beibehaltung des britischen Pfundes sind dafür gute Beispiele.¹⁵⁹⁵ Da die Unterhauswahl im Jahr 2001 direkt in die Ratifizierungsphase des Nizzaer Vertragswerkes im britischen Unterhaus fiel, spielte die konservative Parteiführung erneut die ‚Europa-Karte‘ aus und fokussierte einen Negativwahlkampf zu EWU und Europäischer Verfassung. Auch unter William Hague wurde dabei die Weiterent-

¹⁵⁹² Vgl. Hix 2000: 60 und Cowley 2000: 465 sowie 469-471.

¹⁵⁹³ Vgl. u.a. Patten 2001: 34/35 und 38, Howe 1999: 4-9 und Taylor 2002.

¹⁵⁹⁴ Vgl. vor allem Forster 2002: 307 sowie Johnson 2001, der die Haltung der Anti-Europäer vor allem mit der Wichtigkeit von *nationhood* und *self rule* sowie dem Demokratiedefizit der EU begründet. Vgl. zur Sozialpolitik u.a. Taylor 2002: 3.

¹⁵⁹⁵ Vgl. exemplarisch zur Dauerkampagne für die Beibehaltung des britischen Pfundes CP 2000c, CP 1999g, CP 1999j, CP 2001: Election Manifesto: 29, CP 2001e: 1-3, CP 2001f und Hague 2001a.

wicklung der EU und die von Labour bereits in ersten Schritten angegangene konstitutionelle Reform in Großbritannien zu einer dezentraleren Ausgestaltung des Vereinigten Königreichs unter negativen Vorzeichen miteinander verbunden und als Gefahr für den politischen Zusammenhalt Großbritanniens dargestellt.¹⁵⁹⁶ Die hohe Niederlage der Konservativen in der Parlamentswahl führte zwar erwartungsgemäß zum Rücktritt William Hagues, bewirkte aber keine Neuausrichtung der konservativen Europapolitik, sie blieb „ideologisch“.¹⁵⁹⁷ Mit Iain Duncan-Smith setzte sich erneut ein Euro-Skeptiker gegen den europhilen pragmatischen Kenneth Clarke im Rennen um die Parteiführung durch. Duncan-Smith gehörte bereits während der Maastricht-Debatte zu den euro-skeptischen konservativen Rebellen im Unterhaus und hatte im Schattenkabinett Hagues zentrale Positionen eingenommen. Eine Änderung des europapolitischen Kurses war somit in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

¹⁵⁹⁶ Vgl. u.a. Portillo 1997: 14, CP 2001e, Pierre/Stoker 2000: 34/35 und Harrop 2001: 299-303.

¹⁵⁹⁷ Garnett 2004: 371. Vgl. zur Unterhauswahl 2001 und Hagues Rücktritt auch Kelly 2004: 347.

6.3 *Local where possible, European where necessary:* *Die Liberaldemokraten und der Vertrag von Nizza*

6.3.1 **Die Europapolitik der Liberaldemokraten nach Amsterdam: Forderung nach einer europäischen Verfassung und einer Teilnahme an der EWU**

Nach der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages im britischen Unterhaus bildeten für die Liberaldemokraten vor allem die zügige Weiterentwicklung der Europäischen Union durch eine erneute Vertragsrevision und die Teilnahme Großbritanniens an der EWU das Zentrum ihrer europapolitischen Agenda. Der Amsterdamer Vertrag wies nach Ansicht der britischen Drittpartei viele Mängel und nicht geklärte institutionelle Fragen auf, die nun – gerade auch mit Blick auf eine erfolgreiche Erweiterung und demokratische Ausgestaltung der Union – schnell angegangen werden mussten:

„(...) Es gibt immer noch viel zu tun, um die von uns verfolgte konstitutionelle Übereinkunft für die Union zu erreichen, so dass die Bürger genau wissen, wie, von wem und von wo aus sie regiert werden. Die Einigung auf eine neue Regierungskonferenz rund um das Jahr 2000 gibt hier Anlass zur Hoffnung.“¹⁵⁹⁸

Die Liberaldemokraten waren zwar mit der Methode der Intergouvernementalen Regierungskonferenz zur Vertragsrevision nach wie vor nicht einverstanden, da sie eine parlamentarische Beteiligung ausschloss, sie konzentrierten sich aber vorrangig auf das Erreichen ihrer inhaltlichen Ziele zur weiteren Entwicklung der EU:

„Die Liberaldemokratische Agenda muss sich nun (nach Amsterdam, Anm. der Verf.) ebenfalls weiter bewegen: hin zu einer Kampagne für einen frühen Beitritt des britischen Pfundes zur Währungsunion, hin zu einer Reform der Landwirtschafts- und Fischereipolitik, des EU-Budgets und der Strukturfonds – und hin zu einer gezielten Nutzung der Erweiterung für die Sicherheit und Prosperität ganz Europas sowie hin zu einer Sicherung der Europäischen Stimme in Weltangelegenheiten.“¹⁵⁹⁹

Die Liberaldemokraten sahen sich noch stärker als bereits Mitte der neunziger Jahre in der Rolle der EU-Reformer, deren Ziel eine vielfältige, demokratische und vor allem dezentrale Union war. „We are pro-Europe, but clear about its limits and firm on its failings“, lautete die Kernbotschaft der Partei in ihrem zentralen Dokument zur Aktualisierung und Weiterentwicklung der eigenen politischen Agenda nach der Unterhauswahl 1997.¹⁶⁰⁰ Oder wie es Lord Wallace formulierte: „(...) In some areas Europe needs to be stronger and in other areas the Commission is already doing too

¹⁵⁹⁸ LD 1997d: 8.

¹⁵⁹⁹ Ebd.: 10.

¹⁶⁰⁰ LD 1998: 106. Vgl. auch LD 1999b: 1.

much. The line that we are going for: Europe needs to do less better”.¹⁶⁰¹ Die Liberaldemokraten beobachteten mit Sorge, dass das erklärte EG-/EU-Ziel eines immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker in den vergangenen Jahren ausschließlich mit einer stetig voranschreitenden Zentralisierung von Entscheidungen auf der europäischen Ebene verknüpft worden war und setzten dieser Entwicklung ihre eigene dezentrale Philosophie entgegen: „Local where possible, European where necessary“.¹⁶⁰² Die Partei plädierte deshalb für klare Zuständigkeiten innerhalb des Mehr-Ebenen-Systems der EU:

*„The hotchpotch of European treaties should now be clarified (...) Decentralisation, greater openness and accountability, a clear distribution of power between regions, Member States and the EU itself, these are the foundations upon which the new Europe must be built. Liberal Democrats believe that the time has come to start to consolidate these principles into a ‘Constitution of Europe’. This would be a guarantee of citizens’ and states’ rights, not a blueprint for centralisation.“*¹⁶⁰³

Durch die in einer europäischen Verfassung geregelte eindeutige Zuordnung politischer Kompetenzen zu den einzelnen Ebenen und eine Vereinfachung des Europäischen Rechts versprachen sich die Liberaldemokraten eine erhöhte Transparenz innerhalb der EU, einen Schutz gegen eine zu hohe Machtkonzentration auf der europäischen Ebene und einen dauerhaften stabilen und effektiven Rahmen für die demokratische Weiterentwicklung der Union. Unmittelbar mit den Forderungen nach einer europäischen Verfassung war für die Partei ihre traditionelle Forderung nach einer konstitutionellen Reform und dezentralen Ausgestaltung des Vereinigten Königreichs verbunden.¹⁶⁰⁴ Die Anstrengungen der Partei in diesem Bereich blieben groß, sie arbeitete hier 1997 und 1998 eng mit der regierenden Labour Party zusammen: Fünf Liberaldemokraten arbeiteten in einem eigens gegründeten *cabinet committee* zur konkreten Umsetzung einer konstitutionellen Reform in Großbritannien mit, im Dezember 1997 wurde zudem die vom Liberaldemokraten Roy Jenkins geleitete Kommission zur Reform des Wahlrechts ins Leben gerufen.¹⁶⁰⁵

Diese punktuelle Zusammenarbeit mit der Labour Party und ihr grundsätzliches Verständnis als ‚konstruktive Opposition‘, die überwiegend mit dem Programm der Labour-Regierung sympathisierte, hielt die Liberaldemokraten allerdings nicht davon ab, einzelne Aspekte der Politik New Labours gezielt zu kritisieren. Im Zentrum

¹⁶⁰¹ Interview mit Lord William Wallace vom 19. Dezember 2001. Vgl. auch Clegg 2000.

¹⁶⁰² Ebd. Vgl. auch Interview mit Nick Harvey vom 23. November 2004.

¹⁶⁰³ LD 1998: 106/107. Vgl. auch LD 1998a: 18.

¹⁶⁰⁴ Vgl. LD 1998a: 4/5 und 18 sowie LD 1998: 8-11.

¹⁶⁰⁵ Vgl. Dutton 2004: 286-289 und Cook 2002: 241-243.

stand hier der aus der Sicht der Liberaldemokraten fehlende Wille und Einsatz der Regierungspartei für eine öffentliche Debatte über und einen schnellen Beitritt Großbritanniens zur EWU. Die LD forderten von der Regierung wiederholt eine positive Stellungnahme zum Euro-Beitritt Großbritanniens sowie die verbindliche Festlegung eines Termins für ein entsprechendes Referendum ein.¹⁶⁰⁶ Das prinzipielle Bekenntnis der britischen Drittpartei zur Europäischen Währungsunion und einer Teilnahme des Vereinigten Königreichs an diesem zentralen EU-Projekt unterschied die Liberaldemokraten klar von den beiden großen britischen Parteien und sicherte ihnen erneut ein Alleinstellungsmerkmal in der Europapolitik.¹⁶⁰⁷ Für die Partei hatte das Euro-Projekt sowohl eine ökonomische als auch eine politische Dimension:

*„Currency involves issues of state sovereignty and is not just a technical medium of financial transaction, and currency change implicates not only bankers and businessmen, but the citizen too – electors as well as consumers.“*¹⁶⁰⁸

Für die Liberaldemokraten lagen die Vorteile einer einheitlichen Europäischen Währung und einer Teilnahme Großbritanniens an dieser EWU klar auf der Hand: „EMU consolidates and deepens the Single Market via transparent, consistent pricing across Europe.“¹⁶⁰⁹ Zudem stellte die EWU nach Ansicht der britischen Drittpartei einen guten Rahmen für eine stärkere ökonomische Koordinierung her, und die mit der EWU verbundene monetäre und fiskalische Disziplin garantierte eine größere ökonomische Stabilität, geringere Inflation und niedrigere Zinssätze „als Großbritannien sie während der gesamten bisherigen Nachkriegszeit genossen hat“.¹⁶¹⁰ Die Liberaldemokraten stellten aber auch heraus, dass eine Teilnahme an der EWU durchaus Risiken barg: „Much depends on a general commitment to market disciplines within EMU and more specifically on the UK joining on the right conditions“.¹⁶¹¹ Drei Konditionen mussten nach Ansicht der Partei unbedingt erfüllt werden, damit Großbritannien der EWU erfolgreich beitreten konnte: Die EWU musste fest auf den Maastrichter Kriterien gegründet sein, Großbritannien musste diese Kriterien erfüllen, und die Bevölkerung musste der EWU in einem Referendum zustimmen.¹⁶¹² Dieses Referendum sollte nach Ansicht der Liberaldemokraten „so früh wie möglich“ noch in der laufenden Legislaturperiode abgehalten werden. Die

¹⁶⁰⁶ Vgl. LD 1998a: 20, LD 1999f: 1, LD 1999h: 1 und Bruce 1999a: 1.

¹⁶⁰⁷ Vgl. Russell/Fieldhouse 2005: 125.

¹⁶⁰⁸ Duff 1999: 5. Vgl. auch Cable 1999: 9.

¹⁶⁰⁹ Cable 1999: 7.

¹⁶¹⁰ Cable 1999: 8. Vgl. auch LD 1998a: 20.

¹⁶¹¹ Ebd.

¹⁶¹² Vgl. LD 1998a: 20 und Duff 1999: 16.

britische Drittpartei verurteilte daher zunehmend die zögerliche Haltung der Labour Party in der EWU-Frage. Sie warf ihr vor sich hinter den von Schatzkanzler Gordon Brown 1997 verkündeten fünf ökonomischen Bedingungen für einen Beitritt Großbritanniens – ein kompatibler Wirtschaftszyklus, ein gutes Klima für Investitionen im Vereinigten Königreich, eine gegen wirtschaftliche Schocks resistente WWU, gute Aussichten für den britischen Finanzsektor und eine WWU, die wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung fördern würde – zu verschanzen. Tatsächlich sei ein Beitritt zur EWU jedoch nicht nur eine ökonomische, sondern vor allem eine hochpolitische Frage.¹⁶¹³ Zudem stellten sie die tatsächliche Messbarkeit der fünf Kriterien in Zweifel:

*„It escaped no one’s notice that few of these criteria lent themselves to quantifiable measurement. The Commons’ Treasury Committee reported that it would not be possible to give a firm assessment of either the success of EMU or the Chancellor’s five tests for at least five years (...).“*¹⁶¹⁴

Der Wirtschaftsexperte der liberaldemokratischen Parlamentsfraktion, Vincent Cable, hielt letztlich nur das Argument der unterschiedlichen Wirtschaftszyklen für ein stichhaltiges Argument, fügte aber zugleich hinzu, dass dieses Problem weder überbewertet werden noch Großbritannien daran hindern sollte, ein frühes Referendum anzustrengen und eine engere Konvergenz vorzubereiten.¹⁶¹⁵ Mit Blick auf die Gründung der Europäischen Zentralbank und den auf 1999 festgelegten Beginn der EWU verwiesen die Liberaldemokraten darauf, dass die Währungsunion längst ein *fait accompli* war, und Großbritanniens Nicht-Teilnahme somit konkrete wirtschaftliche und politische Kosten hervorrufe: Die britische Drittpartei nannte hier beispielsweise geringere Investitionen in die britische Wirtschaft und die Gefahr, dass das Pfund als schwankender ‚Ping-Pong‘ zwischen Dollar und Euro schwebte. Zudem verwies sie auf festgezurrte inflexible Wechselkurse, falls Großbritannien später beitreten sollte, sowie eine Marginalisierung des Vereinigten Königreichs innerhalb der EU bei ökonomischen Entscheidungen, die – wie bereits bei der britischen Ratspräsidentschaft 1998 leidvoll erfahren – zunehmend im Euro-X-Rat der an der EWU teilnehmenden Mitgliedstaaten getroffen wurden.¹⁶¹⁶ Die Oppositionspartei machte der Labour-Regierung daher wiederholt Vorschläge, wie diese die britische Wirtschaft gezielt auf einen schnellen EWU-Beitritt Großbritanniens vorbereiten soll-

¹⁶¹³ Vgl. Cable 1999: 12/16, Duff 1999: 11-14 und LD 1999f: 1.

¹⁶¹⁴ Duff 1999: 11.

¹⁶¹⁵ Vgl. Cable 1999: 16.

¹⁶¹⁶ Vgl. Duff 1999: 19-21.

te.¹⁶¹⁷ Gleichzeitig machten die Liberaldemokraten aber auch deutlich, dass die EWU nur dann erfolgreich sein konnte, wenn die EU insgesamt reformiert würde:

*„The fact that Liberal Democrats have been long standing supporters of EMU makes it more, rather than less, necessary to be frank about the limitations of the present arrangements and the European project in general. There is no need for us to be defensive. There is a ‘democratic deficit’; there has been poor administration, waste, corruption and nepotism in the Commission; the CAP is a continuing scandal. The design and operations of EMU and European integration do not yet correspond to a liberal model, either economically or politically.“*¹⁶¹⁸

Auch bei der Europawahl 1999 standen folglich die Reform der EU zu einer offeneren, demokratischeren und dezentraleren Gemeinschaft sowie das Bekenntnis zur zügigen Teilnahme Großbritanniens an der EWU im Vordergrund der liberaldemokratischen Agenda.¹⁶¹⁹ Die Liberaldemokraten pochten während des Wahlkampfes darauf, dass Großbritannien nach seiner verspäteten Mitgliedschaft in der Gemeinschaft jetzt nicht noch einmal den Fehler machen dürfe, sich von einem zentralen EU-Projekt wie der EWU freiwillig auszuschließen.¹⁶²⁰ Sie warben als einzige Partei offensiv für einen Beitritt zur EWU, die sie als das „entscheidende, noch fehlende Teilstück des Binnenmarktes“ ansahen.¹⁶²¹ In der Währungsfrage bildeten sowohl die souveränitätsorientierten Konservativen als auch die entscheidungsunwillige Labour Party die erklärten Gegner der britischen Drittpartei. So konstatierte Parteichef Ashdown:

*“Labour is too timid to give a lead on Europe. And too focused on tomorrow’s headlines to face up to the need for radical reform of Europe.“*¹⁶²²

Die Liberaldemokraten ärgerten sich vor allem darüber, dass die Labour-Regierung die überparteiliche “Britain into Europe”-Kampagne, die sich ohnehin mehr mit Großbritanniens Mitgliedschaft in der EU insgesamt als mit Fragen zum Euro beschäftigte, nur halbherzig unterstützte. Die britische Drittpartei warb dagegen entschieden für eine breite überparteiliche Bewegung zum Euro und ein schnelles Referendum.¹⁶²³ Der Labour Party sprachen die LD ihren Anspruch auf eine Führungsrolle in der EU ohne ein uneingeschränktes Euro-Bekenntnis rundheraus ab:

¹⁶¹⁷ Vgl. LD 1998a: 21, Cable 1999: 39/40 und Duff 1999: 29/39.

¹⁶¹⁸ Cable 1999: 34.

¹⁶¹⁹ Vgl. LD 1999 und LD 1999c.

¹⁶²⁰ LD 1999: Ashdown – Lib Dem Agenda for Europe. Press Release for Europe: 1.

¹⁶²¹ LD 1999b: 2. Vgl. auch LD 1999h: 1.

¹⁶²² LD 1999b: 1. Vgl. auch LD 1999h: 1.

¹⁶²³ Vgl. Bruce 1999.

*“Labour (...) lack the credibility needed to fulfil Tony Blair’s claims to be a leader in Europe. By sitting on the fence on the Single Currency the Labour Government has forfeited its right to lead.”*¹⁶²⁴

Die Liberaldemokraten präsentierten sich im Wahlkampf betont als einzige britische pro-europäische Reformpartei: „Ebenso wie wir hier zu Hause die Partei der Reform sind, sind wir dies auch in Europa.“¹⁶²⁵ Für die Liberaldemokraten markierte der Rücktritt der Kommission Santer hier einen wichtigen „Wendepunkt“ in der EU. Die Liberalen im Europaparlament waren die ersten gewesen, die eine Abberufung einzelner Kommissare im Falle von Missmanagement und Korruption gefordert hatten. Das Europäische Parlament sollte nun den im Zuge des Kommissionsrücktritts entstandenen Reformeifer innerhalb der EU gezielt dazu nutzen, Missmanagement in den europäischen Institutionen zu bekämpfen.¹⁶²⁶ Eine Europäische Verfassung sollte das europäische System zudem einfacher und durchschaubarer machen. Trotz leichter Stimmenverluste zogen die Liberaldemokraten schließlich mit zehn Abgeordneten ins Europäische Parlament ein und stellten damit erstmals die stärkste Gruppe innerhalb der ELDR-Fraktion.

6.3.2 Der Führungswechsel von Ashdown zu Kennedy: Kontinuität in der Europapolitik

Im Herbst 1999 vollzogen die Liberaldemokraten erstmals seit ihrer Gründung 1988 einen Führungswechsel an der Spitze ihrer Partei, der jedoch keinerlei inhaltliche Neuorientierung der LD in der Europapolitik zur Folge hatte. Paddy Ashdown hinterließ seinem Nachfolger Charles Kennedy nach über elf Jahren eine Partei, die sich programmatisch und organisatorisch „in einem offenkundig robusten Gesundheitszustand“ befand.¹⁶²⁷ Die Mitgliederzahl lag bei knapp 83.000 und zeigte eine steigende Tendenz, die Zahl der lokalen Mandatsträger war seit 1988 um 40 Prozent gestiegen und machte die Liberaldemokraten zur zweitstärksten Partei auf kommunaler Ebene in Großbritannien. In den neuen Parlamenten in Schottland und Wales hatten die Liberaldemokraten 1999 ausreichend Sitze erworben, um gemeinsam mit der Labour Party eine Koalitionsregierung bilden zu können. Zuvor hatte die Partei bei der Unterhauswahl 1997 bereits 46 Mandate errungen und damit zum ersten Mal seit 50

¹⁶²⁴ LD 1999d: 2. Vgl. auch LD 1999e.

¹⁶²⁵ LD 1999: Ashdown – Lib Dem Agenda for Europe. Press Release for Europe: 1 (Übersetzung der Verfasserin).

¹⁶²⁶ Vgl. ebd.: 3.

¹⁶²⁷ Meadowcroft 2000: 436.

Jahren politische Sprecherposten für alle wichtigen Politikbereiche vergeben können. Bedingt durch ihre enge Zusammenarbeit mit der Labour Party seit Mitte der neunziger Jahre hatten die Liberaldemokraten zudem trotz ihres Oppositionsstatus über das gemeinsame *cabinet committee* seit 1997 einen in Großbritannien noch nie da gewesenen Zugang zur Regierung erhalten.¹⁶²⁸

Gerade diese enge Kooperation mit der Labour Party, die auf das Engste mit der Person des Parteiführers Paddy Ashdown verbunden war, war jedoch in der Partei äußerst umstritten. Auch wenn sich nach 1997 erste Erfolge für die Liberaldemokraten abzeichneten – die Labour Party war langjährigen Forderungen der britischen Drittpartei gefolgt und hatte Parlamente in Schottland und Wales eingerichtet sowie bei der Europawahl 1999 erstmals ein Verhältniswahlrecht eingeführt – stand die liberaldemokratische Basis einer zu starken Annäherung an die Labour Party skeptisch gegenüber. Sie sah sich in die Rolle eines ungewollten Juniorpartners gedrängt, dem mittelfristig die eigene politische Agenda und Identität geraubt werden könnte.¹⁶²⁹ Der Widerstand gegen Ashdowns Strategie der zunehmenden Kooperation mit der Labour Party wurde 1998 deutlich spürbar, als der Parteiführer im Exekutivkomitee der Liberaldemokraten eine Ausweitung der eigentlich auf die konstitutionelle Reform begrenzten Politikagenda des gemeinsamen *cabinet committee* auf die Gesundheits-, Sozial-, Bildungs- und Europapolitik ankündigte. Aktivisten an der Basis, die den Verlust der Parteiidentität und eine langfristige Fusion mit Labour fürchteten, formten daraufhin eine ‚Kampagne für die Liberaldemokratie‘, um auf der Parteikonferenz im Frühjahr 1999 gegen Ashdowns ‚Lib-Lab-Projekt‘ konzertiert agieren zu können.¹⁶³⁰ Die wachsende Kritik der Partei an Ashdown richtete sich vor allem gegen dessen autoritären Führungsstil, aber auch seine Nähe zur Labour Party, wie ein Parteiaktivist hervorhob:

*„Paddy very much controlled the Party; very often dragged the party where it didn't necessarily want to go, which I think was his downfall in the end. The joint statement with Tony Blair produced such a reaction in various quarters of the party [that] I think that's when he decided he'd had enough.“*¹⁶³¹

Ashdowns Rücktritt als Parteiführer markierte endgültig einen Bewusstseinswandel in der Partei: die Kooperation mit der Labour Party wurde nun deutlich abgeschwächt. Alle fünf Kandidaten für den Parteivorsitz sprachen sich vorsichtig bis

¹⁶²⁸ Vgl. zu den Parteidaten Alderman/Carter 2000: 312 und Russell/Fieldhouse 2005: 3 sowie 41/42.

¹⁶²⁹ Vgl. Dutton 2004: 291/292. Vgl. auch die Überlegungen von Wallace, W. 1998: 15-19 und Grayson 1998: 14.

¹⁶³⁰ Vgl. Alderman/Carter 2000: 313 und Cook 2002: 246.

¹⁶³¹ Russell/Fieldhouse 2005: 43.

vehement gegen eine weitere Intensivierung des ‚Lib-Lab-Projekts‘ aus, hinzu kam Labours Absage an die Empfehlungen der Jenkins-Kommission zur Wahlrechtsreform Ende 1998, die Zweifel in den liberaldemokratischen Reihen am tatsächlichen Reformwillen der Labour Party noch weiter anwachsen lassen hatte.¹⁶³² Der neue gewählte Parteiführer Charles Kennedy war zwar nicht prinzipiell gegen eine Kooperation mit Labour, plädierte aber für eine langsamere Gangart und inhaltliche Einschränkung. Entsprechend urteilte der Abgeordnete Michael Moore im Frühjahr 2002:

*„We are certainly cooler in our relations with Labour these days. Charles has rightly seen that the big goals when working closer together have not been achieved. But the culture of working together on topics where we agree and opposing where we don't is a good one.“*¹⁶³³

Politischer Hauptgegner der Liberaldemokraten blieben auch unter Kennedy die Konservativen. Der neue Parteiführer wollte die LD mittelfristig als stärkste Alternative zur regierenden Labour Party ausbauen und die Konservativen auf den dritten Platz im Parteienspektrum verdrängen.¹⁶³⁴

Die Europapolitik spielte bei der Wahl des neuen Parteiführers keine Rolle. Kennedy bekannte sich in seiner programmatischen Positionsschrift *„A Vision for New Times“* klar zur dezentralen EU-Programmatik seiner Partei und zu einem schnellen Beitritt Großbritanniens zur EWU.¹⁶³⁵ Programmatische Veränderungen waren in diesem Politikfeld somit nicht zu erwarten, wie der Abgeordnete Nick Harvey rückblickend betont:

*„They (Ashdown and Kennedy; Anm. der Verf.) are pretty much the same. They are both fundamentally pro-European. They are both personally hugely committed. It is almost a religion. Charles Kennedy is more a sort of laid back individual than Paddy Ashdown. Paddy has great enthusiasms for large numbers of things and great energy in pursuing them. Charles doesn't have such sort of strong views, but Europe is one of the great exceptions.“*¹⁶³⁶

Wie schon seit Mitte der neunziger Jahre verstärkt innerhalb der LD zu beobachten, setzte auch Kennedy ab 1999 auf eine insgesamt pragmatischere, weniger offensive Präsentation der europapolitischen Überzeugungen seiner Partei, um den Zugewinn weiterer Wählerschichten nicht zu gefährden. So bemerkt Lord Dahrendorf:

„Charles Kennedy uses a more cautious language about Europe than it was traditional for his predecessor which I suppose is a response to the electorate.“

¹⁶³² Vgl. Russell/Fieldhouse 2005: 43-45 und 72/73 sowie Cook 2002: 243-245 und Dutton 2004: 289.

¹⁶³³ Interview mit Michael Moore vom 12. Februar 2002. Vgl. auch Dutton 2004: 292.

¹⁶³⁴ Vgl. Russell/Fieldhouse 2005: 112 und 191-198 und Dutton 2004: 296/7.

¹⁶³⁵ Vgl. Alderman/Carter 2000: 321.

¹⁶³⁶ Interview mit Nick Harvey vom 23. November 2004.

One mustn't forget that the Liberal Democrats won a lot of their seats in formerly Conservative territory, so they can't totally ignore the views which many Conservatives have about Europe. So, if you look at the speeches you will find a slightly different tune, but nevertheless, I suppose the Liberal Democrats are more prepared than others to accept for instance the constitutional debate which is now beginning."¹⁶³⁷

6.3.3 Der Nizzaer Vertrag aus der Sicht der Liberaldemokraten

6.3.3.1 Vorstellungen und Ziele zur weiteren Ausgestaltung der EU

Die Liberaldemokraten erwarteten von der für das Jahr 2000 anberaumten IGR, dass diese nicht nur mit Blick auf die anstehende Erweiterung die so genannten institutionellen *left-overs* des Amsterdamer Vertrages zügig beseitigte, sondern das Funktionieren der EU insgesamt verbesserte. In verschiedenen Positionspapieren der Partei und einem gemeinsam mit der Labour Party erarbeiteten Dokument zur IGR betonten die Liberaldemokraten den dringenden Reformbedarf der EU:

„(...) (We) believe that our national interests can be most effectively promoted with a constructive agenda that is pro-Europe, pro-enlargement and pro-reform. Our influence will be stronger if we go into negotiations with a positive agenda of our own instead of simply threatening to veto the ideas of others, as in previous IGCs.“¹⁶³⁸

Die Partei machte wiederholt deutlich, dass sie zu ihrem traditionellen Ziel einer offenen, um alle europäischen Demokratien erweiterbaren EU stand. Sie merkte jedoch kritisch an, dass die Erweiterung um die MOE-Staaten ohne eine durchgreifende institutionelle Reform der EU nicht erfolgreich bewältigt werden könne.¹⁶³⁹ Sie erhoffte sich daher von der anstehenden IGR, dass diese sich nach dem Berliner Gipfel, der Reformen des Budgets, der Strukturfonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeleitet hatte, voll und ganz auf die notwendigen institutionellen Reformen konzentrierte. Die Agenda der IGR sollte somit überschaubar bleiben und gut zu verwalten sein, damit der neue EU-Vertrag schnell ratifiziert und der Beitritt der MOE-Staaten nicht unnötig verzögert würde.¹⁶⁴⁰

▪ Institutionelle Reform

Die umfassende Reform der Institutionen und Entscheidungsmechanismen blieb für die Liberaldemokraten die zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Erweite-

¹⁶³⁷ Interview mit Lord Ralf Dahrendorf vom 17. Dezember 2001.

¹⁶³⁸ LD/LP 2000: 1.

¹⁶³⁹ Vgl. ebd.: 2/3.

¹⁶⁴⁰ Vgl. ebd., LD 1998a: 18 und LD 1998: 106/107.

rung der EU auf mehr als 20 bis 30 Mitgliedstaaten und für ein effizientes Handeln und Arbeiten einer derart vergrößerten EU. Mit Blick auf ihr Ideal eines ‚Europa der Bürger‘ mahnten die Liberaldemokraten aber gleichzeitig erneut an, dass die Bürger letztlich nur dann die Arbeit und positive Leistungsbilanz der EU voll anerkennen könnten, wenn die EU-Strukturen übersichtlicher und unkomplizierter würden. Somit sprach für die LD auch der Bürgeraspekt für die Notwendigkeit einer institutionellen Reform.

Den größten Reformbedarf sah die britische Drittpartei nach wie vor beim Ministerrat der EU. Die Liberaldemokraten machten hier Vorschläge zu einer erhöhten Transparenz des Rates, zu seiner Stimmengewichtung und zum Ausmaß der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit. Sie plädierten erneut nachdrücklich dafür, dass der MR als Legislativorgan immer offen tagen und die Stimmergebnisse publiziert werden sollten.¹⁶⁴¹ Zugleich unterstützten die LD nach wie vor grundsätzlich eine weitere Ausdehnung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit, weil ihrer Ansicht nach nur so eine „Lähmung des Entscheidungsprozesses nach der Erweiterung der Union“ verhindert werden konnte.¹⁶⁴² Sie wollten die Ausweitung der QM allerdings einzelfallbezogen prüfen und entscheiden:

*„(...) QMV is already the rule in Community decision-making – already in 1996 80% of Council legislation was agreed under Treaty Articles subject to QMV. These changes have been to the benefit of Britain and Europe in general. Without them it would not have been possible to achieve the single market or agree tough European environmental standards. (...) Britain will judge each proposal for a further extension of QMV on its merits, case-by-case.“*¹⁶⁴³

Ausgenommen von QM sollten lediglich die Bereiche Vertragsänderung, Steuern, Soziale Sicherheit, Verteidigung und Grenzkontrollen bleiben; hier beharrten die Liberaldemokraten weiterhin auf dem Prinzip der Einstimmigkeit. Bei der Frage der Stimmengewichtung im Rat sprach sich die Partei für die Einführung eines Systems der doppelten bzw. dreifachen Mehrheit aus, nach dem bei Abstimmungen sowohl eine Mehrheit der Stimmen als auch der Staaten wie der EU-Gesamtbevölkerung erforderlich sein würde.¹⁶⁴⁴

Die Größe und Zusammensetzung der Kommission sollte nach dem Willen der Liberaldemokraten mittelfristig so geregelt werden, dass jeder Mitgliedstaat einen Kommissar stellte. Allerdings mahnte die Partei an, dass bei einer raschen Ausdehnung

¹⁶⁴¹ Vgl. LD 1998: 107 und LD/LP 2000: 4.

¹⁶⁴² LD 1999h: 1.

¹⁶⁴³ LD/LP 2000: 3/4.

der Gemeinschaft die Kommission als entscheidender Motor und Impulsgeber der EU auch bei dieser Regelung ihre Kohäsion verlieren könnte, da sie schlicht zu groß geraten würde. Ohnehin befürchteten die LD zusehends, dass die Kommission sich von ihrer Rolle des politischen Ideengebers hin zu einer eher verwaltenden Rolle entwickelte. Sie hofften daher, dass möglichst schon auf der nächsten IGR „langfristige Lösungen“ zur Organisation der Kommission gefunden wurden, „etwa eine Deckelung der Anzahl der Kommissare oder eine Veränderung der internen Struktur der Kommission“.¹⁶⁴⁵ Aufgrund des durch Missmanagement- und Korruptionsvorwürfe ausgelösten geschlossenen Rücktritts der EU-Kommission unter Jacques Santer legten die Liberaldemokraten zudem großen Wert auf stärkere Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der Kommission. Sie forderten, dass das EP künftig offenen und vollen Zugang zu allen Dokumenten der Kommission erhalten sollte. Darüber hinaus verlangten die LD aber auch eine Aufweichung des Kollegialprinzips: Einzelne Kommissare sollten im Falle einer Abmahnung/Ablehnung durch das EP zurücktreten müssen und auf diese Weise direkte Verantwortung für Ineffizienz, Betrug oder Missmanagement in ihrem Arbeitsbereich übernehmen.¹⁶⁴⁶

Das von den Bürgern direkt gewählte EP wollten die Liberaldemokraten erneut aufwerten, um „das Demokratiedefizit in der Europäischen Gesetzgebung zu beseitigen“.¹⁶⁴⁷ Das EP sollte als gleichberechtigter Partner an der Gesetzgebung mitwirken und bei sämtlichen Entscheidungen des MR mit qualifizierter Mehrheit das Mitentscheidungsrecht haben. Zudem sahen die Liberaldemokraten das EP nach wie vor als wichtiges Organ für eine größere Offenheit und Überprüfbarkeit des Entscheidungsprozesses in der EU an. Es sollte daher unbedingt stärkere Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Kommission und dem MR erhalten.¹⁶⁴⁸ Die Größe des EP sollte nach der mit der Osterweiterung der EU verbundenen Anpassung der Sitze nicht mehr weiter ausgedehnt werden.

Die Liberaldemokraten bezogen auch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit Blick auf die bevorstehende Osterweiterung der EU erstmals in ihre Reformüberlegungen ein. Sie wiesen die wachsende konservative Kritik am EuGH zurück und hoben bewusst dessen essenzielle Rolle für das Funktionieren der EU und die Vollendung des Binnenmarktes hervor. Daher mahnten sie eine angemessene Aus-

¹⁶⁴⁴ Vgl. LD 1998a: 18, LD 1998: 106 und LD/LP 2000: 3.

¹⁶⁴⁵ LD/LP 2000: 4.

¹⁶⁴⁶ Vgl. LD 1999g: 1 und LD 1999h: 1.

¹⁶⁴⁷ LD 1999h: 1.

¹⁶⁴⁸ Vgl. LD 1998a: 19 und LD 1998: 106.

stattung des Gerichtshofes an, damit er auch weiterhin in einem überschaubaren Zeitrahmen Urteile fällen könne:

*„Reforms will be needed to ensure that it (the ECJ; Anm. der Verf.) is able to deal with the extra workload that incorporating up to thirteen new Member States will inevitably bring. We would welcome consideration at the IGC of proposals put forward by the ECJ for reform, notably the idea of changing the Court’s Rules of Procedure by QMV and a more efficient appeals system.“*¹⁶⁴⁹

Neben diesen aus ihrer Sicht notwendigen institutionellen Reformen zur Erweiterung der EU stellten die Liberaldemokraten im Vorfeld zur IGR ihre traditionelle Forderung auf, nun zügig einen Verfassungskonvent einzurichten. Dieser sollte aus Repräsentanten der Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten, der nationalen Parlamente, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments bestehen und eine Verfassung für die EU ausarbeiten, durch die Kompetenzen und Zuständigkeiten eindeutig geregelt wurden.¹⁶⁵⁰

▪ **Dezentralisierung, Offenheit und Überprüfbarkeit der EU**

In allen Parteidokumenten, die im Vorfeld der IGR 2000 entstanden, stellten die Liberaldemokraten in einem eigenen Kapitel erstmals gesondert vor, wie die EU in ihrer Arbeit offener und überprüfbarer werden konnte und sollte. Als Maßnahmenbündel schlugen die LD hierzu vor: eine systematische Vereinfachung der Europäischen Verträge, eine gleichberechtigte Teilhabe des direkt gewählten Parlaments an der Gesetzgebung, eine effiziente Kontrolle der Europäischen Gesetzgebung durch die nationalen Parlamente sowie eine effiziente Kontrolle von Kommission und Ministerrat durch das EP, eine für alle europäischen Institutionen geltende Charta der Informationsfreiheit, offene Tagungen des Ministerrates sowie eine erweiterte Rolle des Europäischen Rechnungshofes bei der Überprüfung der Ausgaben, insbesondere der Fonds.¹⁶⁵¹ Zugleich machte die britische Drittpartei vehement deutlich, dass eine einseitige Verlagerung von Kompetenzen auf die europäische Ebene ihrer dezentralen Programmatik entgegenstand und die EU das Subsidiaritätsprinzip zukünftig durchgreifend anwenden müsse.

¹⁶⁴⁹ LP/LD 2000: 5.

¹⁶⁵⁰ LD 1999h: 2.

¹⁶⁵¹ Vgl. LD 1998a: 19 und LD 1998: 106/7.

▪ **Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Konsequent setzten sich die LD auch im Vorfeld der IGR im Jahr 2000 für weitere Kooperationsschritte im Bereich der GASP und der europäischen Verteidigungspolitik ein. Gerade im Verteidigungsbereich unterstützten die Liberaldemokraten die Initiativen der Labour Party und der konservativen Vorgängerregierung für eine engere europäische Zusammenarbeit, die die Amerikaner schon seit längerem von den Europäern gefordert hatten. Gemeinsam mit der Labour Party hatten die Liberaldemokraten ein gemeinsames Positionspapier zur europäischen Verteidigungspolitik verabschiedet, dessen Ziel eine „gleichwertige Partnerschaft zwischen Europa und den USA im Rahmen der NATO“ war.¹⁶⁵² Die Vorzüge einer stärkeren Zusammenarbeit auf europäischer Ebene lagen für die Liberaldemokraten klar auf der Hand, zumal die Partei schon seit langem beklagte, dass die verteidigungspolitischen Anstrengungen der einzelnen Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren immer weiter zurückgefahren worden seien. Umso dringender forderten sie daher eine koordinierte Überprüfung der europäischen Verteidigungskapazitäten ein. Auf dieser Bestandsaufnahme aufbauend sollte dann eine stärkere europäische Verteidigungsstruktur entwickelt werden, die das zentrale Verteidigungsbündnis NATO sinnvoll ergänzte:

„If Europe is to have a stronger voice in the world, it must be able to act decisively in support of its foreign policy objectives. We share a commitment that European nations must take more responsibility for defence and create an effective Common Foreign and Security Policy. (...) any new structures will be designed to strengthen the NATO alliance rather than rival it. We therefore remain enthusiastic about the prospects for a stronger European defence capacity.“¹⁶⁵³

Die Liberaldemokraten sprachen sich für eine stärkere Verflechtung der nationalen Streitkräfte und Kommandostrukturen der Mitgliedstaaten durch die Einbindung der WEU in die EU und die Etablierung einer Schnellen Eingreiftruppe aus.¹⁶⁵⁴

6.3.3.2 Die Ergebnisse von Nizza aus der Sicht der Liberaldemokraten

Die Liberaldemokraten akzeptierten den Vertrag von Nizza, allerdings ohne große Begeisterung. Zumindest das Hauptziel der IGR, die EU auf eine größere Erweiterung institutionell hinreichend vorzubereiten, war erreicht worden:

¹⁶⁵² LD 1999a: 1.

¹⁶⁵³ LD/LP 2000: 5. Vgl. auch LD 1998: 110.

¹⁶⁵⁴ Vgl. LD 1998: 19.

*„In a technical sense it can be said that the Treaty of Nice prepared the Union for enlargement. The Amsterdam left-overs were dealt with, though with a lot of infighting.“*¹⁶⁵⁵

Entsprechend bemerkte Parteichef Charles Kennedy direkt nach dem Nizzaer Gipfel im britischen Unterhaus:

*„For Opposition Members who wanted the Nice summit to succeed, it is with a sense of relief, but not rapture, that we look at the outcome. It is good that an outcome was achieved; the alternative would have been a disentanglement of Europe.“*¹⁶⁵⁶

In den parlamentarischen Reihen der LD gab es keinerlei Uneinigkeit über einzelne Aspekte des Nizzaer Vertrages, denn wie der Abgeordnete Matthew Taylor nüchtern konstatierte: „Our view on Nice has been that – sadly – it was not very significant.“¹⁶⁵⁷ Sein Kollege Michael Moore konnte sich an keine „längere, intensive oder gar kontroverse Diskussion während der Sitzungen unserer Parlamentsfraktion“ zum Nizzaer Vertrag erinnern und Nick Harvey bemerkte lediglich, dass das Vertragswerk von den Liberaldemokraten ohne große Diskussion „durch das Parlament geschoben wurde.“¹⁶⁵⁸

Nizza war für die Liberaldemokraten folglich – ebenso wie der Amsterdamer Vertrag – eher eine Zwischenstation auf dem Weg zur ihrer Vision einer offenen, dezentralen, föderalen EU. Der Vertrag von Nizza sei keineswegs das letzte Wort, das zur EU-Reform gesprochen werde, bilanzierte entsprechend die Abgeordnete Patsy Calton.¹⁶⁵⁹ Die LD begrüßten daher als ein besonders wichtiges Teilergebnis des Nizzaer Vertrages, dass hier bereits die Weichen für eine weitere Regierungskonferenz, den so genannten ‚Post-Nizza-Prozess‘ gestellt worden waren. Die Liberaldemokraten hofften darauf, dass dann jenseits der tagespolitischen Integrationsentscheidungen endlich bewusste Entscheidungen zur konzeptionellen Gestaltung der EU getroffen würden und sich ihre Forderung nach einer Europäischen Verfassung mit klaren Kompetenzzuordnungen zu den einzelnen Ebenen und einer konsequenten Anwendung des Subsidiaritätsprinzips erfüllte.¹⁶⁶⁰

¹⁶⁵⁵ LD 2001a: 26.

¹⁶⁵⁶ Kennedy 2000: Official Report vom 11. Dezember: 356.

¹⁶⁵⁷ Interview mit Matthew Taylor vom 6. Februar 2002.

¹⁶⁵⁸ Vgl. Interviews mit Michael Moore vom 12. Februar 2002 und Nick Harvey vom 23. November 2004.

¹⁶⁵⁹ Calton 2001: Official Report vom 17. Juli: 186.

¹⁶⁶⁰ Vgl. Interview mit Andrew Duff vom 12. Februar 2002: „*The Laeken process will put an end to the Treaty of Nice*“. Vgl. ebenso LD 2001: 18.

6.3.4 Die Ratifizierung des Vertrages von Nizza:

Liberaldemokratisches ‚Ja‘ zu einem moderaten Vertragswerk

Wie schon bei der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages fiel den Liberaldemokraten bei der Ratifizierung des Vertrages von Nizza aufgrund der großen Mehrheit der Labour Party im britischen *House of Commons*, die diese bei der Unterhauswahl im Sommer 2001 sogar noch leicht ausbauen konnte, keine zentrale Rolle zu. Die Parlamentsfraktion sah sich erneut in der Rolle der pro-europäischen Opposition, die ihre Überzeugungen vertrat, ohne dabei wie schon zuvor, Mehrheitsbeschafferin zu sein. Angesichts der anstehenden Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Staaten wollten die Liberaldemokraten vor allem eine schnelle Ratifizierung des Vertrages im britischen Unterhaus erreichen. Der außenpolitische Sprecher der LD-Fraktion, Menzies Campbell, bezog als Hauptredner der Liberaldemokraten während der Ratifizierungsdebatte zu allen zentralen Punkten des Vertragswerks Stellung, machte aber auch deutlich, dass die LD – ähnlich wie beim Amsterdamer Vertrag – weite Strecken der von den Konservativen dominierten Debatte im Unterhaus als äußerst destruktiv und rein ideologisch motiviert ansahen. Dies bestätigte auch das liberaldemokratische Mitglied im britischen Oberhaus, Lord William Wallace:

*„(...) (T)he problems we face with Nice is essentially that it is such a weak treaty. There is a battle between those defending such a weak treaty and the small number of European Sceptics who wish to see it as dreadful, as federalism through the backdoor. Part of the problem with the parliamentary discussion is that the Euro-Sceptics tend to dominate the European debate, which means everyone else gets so bored they leave.“*¹⁶⁶¹

Menzies Campbell unterstrich für die Liberaldemokraten erneut, dass der Nizzaer Vertrag zwar keinen großen Wurf für die Entwicklung der EU darstellte, letztlich aber zumindest einen Rahmen für die geplante Erweiterung der EU nach Osten bot, zu der es aus seiner Sicht keine Alternative gab. Er hob besonders hervor, dass die Erweiterung um die MOE-Staaten für die Liberaldemokraten nicht nur eine ökonomische Chance für die EU war, sondern vor allem auch eine politische Dimension – Stabilität, Sicherheit und Stärkung der jungen Demokratien – hatte.¹⁶⁶²

Ein von den Konservativen gefordertes Referendum zum Nizzaer Vertrag lehnten die Liberaldemokraten wie schon beim Amsterdamer Vertrag rundherum ab. Für sie stellte das Vertragswerk im Gegensatz zum Maastrichter Vertrag oder zur noch anstehenden Entscheidung über einen britischen Beitritt zur EWU keine „konstitutio-

¹⁶⁶¹ Interview mit Lord William Wallace vom 19. Dezember 2001.

nelle Wasserscheide“ für Großbritannien dar, die ein Referendum notwendig machen würde.¹⁶⁶³

Als einen der positiveren Aspekte des Nizzaer Gipfels hoben die Liberaldemokraten während der Parlamentsdebatte immer wieder hervor, dass bereits eine neue Regierungskonferenz zur Zukunft der EU vereinbart worden sei. Nach Ansicht der britischen Drittpartei mussten dort endlich die Weichen für eine Europäische Verfassung mit klarer Kompetenzzuordnung zu den einzelnen Ebenen gestellt werden, so dass die Bürger die Zuständigkeiten und Arbeitsweisen der EU verstehen und wieder Vertrauen in diese fassen könnten. Dazu ausführlich Menzies Campbell:

*„I hope that we shall shortly have from the Government a White Paper setting out their views on precisely what will happen and what position they will take at the 2004 intergovernmental conference. A White Paper on the future of Europe has been over-long delayed (...). Other Liberal Democrats and I believe that it is right to argue for a proper constitutional basis for the European Union, to establish clearly and unequivocally the nature of powers and responsibilities of the European Union itself and of constituent Governments, and to establish also the rights of individual citizens. I believe that setting out those points in the proper constitutional framework would go a very long way towards making the people of Europe understand more clearly the nature of the European Union.“*¹⁶⁶⁴

Das liberaldemokratische Bekenntnis zu einer Europäischen Verfassung bildete neben dem Eintreten der Partei für einen Beitritt Großbritanniens zur EWU auch das Herzstück der liberaldemokratischen Europapolitik im Wahlkampf zur Unterhauswahl 2001, der direkt in die Ratifizierungsphase des Nizzaer Vertragswerkes fiel. Dabei sah die LD die 1999/2000 erarbeitete EU-Grundrechtecharta als einen wesentlichen Bestandteil einer EU-Verfassung an.¹⁶⁶⁵ Im Unterhaus wie auch im Wahlkampf griffen die Liberaldemokraten nicht nur die Konservativen wegen ihres euroskeptischen Kurses, sondern auch die Labour Party wegen ihrer „Ängstlichkeit“ und ihres „Mangels an klarer Führung“ in der Frage der Weiterentwicklung der EU sowie einer Teilnahme Großbritanniens an der EWU an.¹⁶⁶⁶ Die Partei forderte von der Labour-Regierung eine offenere und beherztere Vorgehensweise und warb entschieden für ein aktives Bündnis der Pro-Europäer aller Parteien, um eine öffentliche eu-

¹⁶⁶² Vgl. zur Erweiterung vor allem Campbell 2001: Official Report vom 4. Juli: 264 und 286 sowie ders. 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1198.

¹⁶⁶³ Campbell 2001: Official Report vom 4. Juli: 286. Vgl. auch ders. 2001: Official Report vom 18. Juli: 357-359.

¹⁶⁶⁴ Campbell 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1201. Vgl. auch ders. 2001: Official Report vom 4. Juli: 288/289 und ders. 2001: Official Report vom 11. Juli: 813.

¹⁶⁶⁵ Vgl. LD 2001: 18, LD 2001a: 4/5 und 21, Kennedy 2001: 296 und LD 2000: 1/2.

¹⁶⁶⁶ Campbell 2001: Official Report vom 4. Juli: 287, ders. 2001: Official Report vom 11. Juli: 825 und LD 2001a: 16.

ropäische Debatte über die Rolle des Vereinigten Königreichs in der EU und die Zukunft der EU insgesamt voranzubringen.¹⁶⁶⁷

Die Änderungsanträge der Konservativen lehnten die Liberaldemokraten bis auf jene, die einer stärkeren Kontrolle europäischer Gesetzgebung und europäischer Gelder galten, überwiegend als völlig überzogen oder kontraproduktiv ab.¹⁶⁶⁸ Die weitere Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im MR, die die Konservativen besonders hart bekämpften, hielten die LD für absolut vertretbar und sinnvoll, da sie sicherstellte, dass auch eine stark wachsende EU handlungsfähig blieb. Zudem blieb in den von den Liberaldemokraten geforderten Bereichen Vertragsänderung, Steuern, Soziale Sicherheit, Verteidigung und Grenzkontrollen das Veto erhalten. Die grundsätzliche Ablehnung der Konservativen von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit konnte die Fraktion der LD daher nicht nachvollziehen, wie Menzies Campbell herausstellte:

„On matters such as the liberalisation of financial services and transport, how can it possibly be in the interests of the United Kingdom to oppose qualified majority voting when our economy would benefit and our interests would be served? (...) I do not find it easy to understand the necessity to argue against qualified majority voting in all circumstances, even when it is demonstrably in the interests of the people whom we represent.“¹⁶⁶⁹

Ausdrücklich unterstützten die Liberaldemokraten während der Ratifizierungsdebatte die im Verteidigungsbereich erzielten intergouvernementalen Fortschritte und neuen Strukturen wie etwa die Übernahme der Funktionen der WEU und die Entwicklung des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees. Die Vormachtstellung der NATO in der europäischen Verteidigung sahen sie durch eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in diesem Bereich nicht als gefährdet an, im Gegenteil: „If there is a strong European security and defence policy, it will strengthen NATO.“¹⁶⁷⁰ Die auf dem Europäischen Rat in Helsinki vereinbarte Schnelle Eingreiftruppe ergab für die britische Drittpartei insofern Sinn, als die EU bei zukünftigen Krisen, wie beispielsweise auf dem Balkan, handeln konnte, ohne unbedingt auf die Amerikaner angewiesen zu sein. Deren Engagement in Europa konnte und durfte nach Ansicht der LD nicht immer uneingeschränkt vorausgesetzt werden.¹⁶⁷¹

¹⁶⁶⁷ Vgl. Kennedy 2001: 293 und Campbell 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1202/1203.

¹⁶⁶⁸ Vgl. Campbell 2001: Official Report vom 18. Juli: 317.

¹⁶⁶⁹ Campbell 2001: Official Report vom 11. Juli: 824. Vgl. auch LD 2001: 18.

¹⁶⁷⁰ Campbell 2001: Official Report vom 11. Juli: 882/883. Vgl. auch ders. 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1196.

¹⁶⁷¹ Vgl. zum Engagement der Amerikaner Campbell 2001: Official Report vom 11. Juli: 871 und BBC 2001: Liberal Democrats: 2.

*„The rapid reaction force will be a capability at the disposal of either NATO, when it chooses to act, or the European Union, when NATO as a whole has chosen not to act. In either case, NATO planning and command structures should remain in place without any wasteful duplication.“*¹⁶⁷²

Die Stärkung einer engeren europäischen Verteidigungszusammenarbeit war und blieb für die Liberaldemokraten eine sinnvolle Ergänzung zur NATO.

Dass die erstmals im Amsterdamer Vertrag verankerte verstärkte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten im Nizzaer Vertrag handhabbarer gestaltet worden war und nun mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden konnte, löste bei den Liberaldemokraten zwar keine Begeisterung aus, da sie eine EU der unterschiedlichen Integrationstiefen ablehnten. Sie verwiesen im Unterhaus aber darauf, dass die Vorgaben für eine verstärkte Zusammenarbeit eng gesetzt waren und zudem vor allem die Blockadepolitik der konservativen Major-Regierung überhaupt erst zu dieser Entwicklung einer gewünschten Flexibilisierung geführt habe.¹⁶⁷³

6.3.5 Die innerparteiliche Ebene:

Pro-europäischer Konsens und geschlossener Wille zur EU-Reform

Die Liberaldemokraten zeichneten sich auch in der Zeit zwischen 1997 und der Ratifizierung des Nizzaer Vertrages im britischen Unterhaus im Herbst 2001 durch europapolitische Geschlossenheit aus. Der bereits Mitte der neunziger Jahre stärker betonte Reformgedanke rückte dabei noch deutlicher in den Mittelpunkt. Die britische Drittpartei kritisierte, dass die EU sich von den liberaldemokratischen Vorstellungen eines dezentralen *Citizens' Europe* immer weiter entferne und durch die wenig eindeutige Zuordnung von Kompetenzen zu bürokratisch und komplex sei. Das negative irische Referendum zum Nizzaer Vertrag hielt sie daher für einen alarmierenden Fingerzeig auf die mangelnde Bürgernähe der EU.¹⁶⁷⁴ Entsprechend unterstrichen die Liberaldemokraten ihren Reformwillen:

*“It is a misconception that advocating a positive approach to the European Union is somehow the same as offering unquestioning support for everything the EU does. It is not. (...) If we are serious about creating a more successful Europe, a more legitimate Europe, a more stable Europe and a wider Europe, then we must first create a more decentralised, democratic and responsive Europe.“*¹⁶⁷⁵

¹⁶⁷² LD 2001a: 20. Vgl. auch Campbell 2001: Official Report vom 17. Oktober: 1197.

¹⁶⁷³ Vgl. Campbell 2001: Official Report vom 17. Juli: 214.

¹⁶⁷⁴ Vgl. Campbell 2001: Official Report vom 4. Juli: 287.

¹⁶⁷⁵ LD 2001a: 7. Vgl. auch Interview mit Matthew Taylor vom 6. Februar 2002.

Die auf dem Nizzaer Gipfel geäußerten Überlegungen zu einer Europäischen Verfassung sahen die Liberaldemokraten daher als Erfolg für ihre Europapolitik an.¹⁶⁷⁶

Der pro-europäische Grundkonsens der Liberaldemokraten blieb unverändert bestehen, nach wie vor wurde die Partei vor allem mit ihrer europafreundlichen Politik identifiziert.¹⁶⁷⁷ Abgesehen von der Frage des britischen Beitritts zur EWU, wo sie trotz der Zurückhaltung ihrer eigenen Wähler sehr offensiv agierten, waren die Liberaldemokraten insgesamt zurückhaltender in ihrer Kommentierung europapolitischer Ereignisse geworden. Dies erklärt der Abgeordnete Michael Moore folgendermaßen:

„There have been some attempts to roll back the approach to be in favour of anything European. We are a much bigger parliamentary party since 1997, and inevitably there are nuances that haven't been there to the same extent before. Ten years ago, we would have campaigned about Europe all the time. Now, we have got a much more disciplined model. We go out and listen to the people and ask them about the top ten in politics which affect their lives. (...) Always on the bottom, you get Europe mentioned. (...) So, it is just the focus, but not the basic opinion on Europe that has perhaps changed.“¹⁶⁷⁸

Hauptgegner der Liberaldemokraten in der Europapolitik blieben die Konservativen, die nach Ansicht der britischen Drittpartei das negative Meinungsbild der britischen Bevölkerung zur EU nachhaltig heraufbeschworen und geprägt hatten. Um sich gegen die Vorwürfe der Konservativen wehren zu können, gab die Partei daher zur Unterhauswahl 2001 für ihre Aktivisten extra einen eigenen *Campaign Guide* mit Argumentationshilfen zur Europapolitik heraus.¹⁶⁷⁹ Auch wenn es durchaus unterschiedliche Zustimmungsgrade zur Entwicklung der EU gab, stimmte die seit der Unterhauswahl auf 52 Abgeordnete angewachsene Parlamentsfraktion dem Nizzaer Vertrag geschlossen zu. Eine Gruppenbildung war nach wie vor nicht einmal im Ansatz zu erkennen. Entsprechend konstatierte Lord Dahrendorf:

„In the Liberal Democrats, there are a few fairly sceptical people, but you couldn't call it factionalism because there is no intention to form even a dining club, let alone a political group within.“¹⁶⁸⁰

¹⁶⁷⁶ Vgl. ebd.: 8.

¹⁶⁷⁷ Vgl. Dutton 2004: 295 und Fieldhouse/Russell 2001: 723.

¹⁶⁷⁸ Interview mit Michael Moore vom 12. Februar 2002. Vgl. auch Interview mit Lord William Wallace vom 19. Dezember 2001.

¹⁶⁷⁹ Vgl. LD 2001a: 3.

¹⁶⁸⁰ Interview mit Lord Ralf Dahrendorf vom 17. Dezember 2001.

6.4 Zwischenfazit

6.4.1 Die Konservative Partei

Die Europapolitik blieb für die Konservativen auch in der Opposition eines der entscheidenden Politikfelder der parteipolitischen Auseinandersetzung, da die Entwicklung der EU in den neunziger Jahren und das von den Konservativen perzipierte interventionistische Sozialmodell der EU die Kernpunkte konservativer Programmatik – nationale Souveränität und Identität, die britische Union, die ungeschriebene Verfassung und das Freihändlerische Wirtschaftsverständnis – aus Sicht der CP zunehmend unterliefen.¹⁶⁸¹ Die Entwicklung der EU wurde daher noch weitaus stärker als schon zur Regierungszeit John Majors als ein Hindernis für das Erreichen der eigenen politischen und ökonomischen Ziele angesehen. Zwar vertrat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher mit ihrer Forderung nach Neuverhandlungen mit der EU und notfalls einem Austritt aus der EU weiterhin eine Minderheitsmeinung in der CP, die Vorbehalte gegen die weitere Entwicklung der EU und die Einberufung eines Konvents zur Erarbeitung eines Verfassungsvertrages wuchsen in der Partei aber weiter rapide an.¹⁶⁸² Dass die EU als System sui generis eine andere Qualität als bisherige internationale Bindungen und Kooperationen hatte, akzeptierte der überwiegende Teil der CP nicht. Nach Jahren des von den Faktionen dominierten erbitterten Streits über die zukünftige Richtung der konservativen Europapolitik, präsentierte sich die Partei unter der Führung William Hagues europapolitisch weit aus geschlossener, deutlich euro-skeptischer und stärker ideologisch ausgerichtet.¹⁶⁸³

Das Leitbild des Europa der Nationalstaaten wurde weiterhin nach außen kommuniziert, aber stark durch ein restriktiveres Europa à la-carte-Denken überlagert. Die CP betrachtete sich mit ihren radikalen Flexibilisierungs- und Renationalisierungsforderungen als Speerspitze einer Richtungsumkehr im europäischen Integrationsprozess. William Hague betonte verstärkt Großbritanniens Rolle als unabhängiger „influential leader in the world“ und *global player* jenseits der EU.¹⁶⁸⁴ Die konservative Parteiführung sprach der EU lediglich eine wichtige Rolle als Wirtschaftsgemeinschaft zu, lehnte die politische Entwicklung der EU seit dem Maastrichter Vertrag aber überwiegend ab. Die EU habe sich von einem „Pionier der Prinzipien des Freihandels“ zu

¹⁶⁸¹ Vgl. Turner 2000: 258/259 und Kelly 2001: 202.

¹⁶⁸² Vgl. Thatcher 2002: 410 und CP 2001: Campaign Guide – Europe Chapter: 7.

¹⁶⁸³ Vgl. Turner 2000: 260 und Buller 2000: 319.

¹⁶⁸⁴ CP 2001: Election Manifesto: 29. Vgl. auch CP 2000k.

einem überregulierten, in nahezu alle Politikbereiche eingreifenden System entwickelt, das weder Vielfalt noch Freiheiten der Mitgliedstaaten zulasse.¹⁶⁸⁵ Innerhalb der CP zirkulierten daher auch europäische Finalitätsvorstellungen, die die EU lediglich als lockere Zweck- und Wirtschaftsgemeinschaft, als eine freiwillige Assoziation mit unterschiedlichen Partizipationstiefen definierten.

Für die Pro-Europäer und die ältere Generation der CP wies unter anderem der ehemalige stellvertretende Premierminister Geoffrey Howe darauf hin, dass diese Wahl zwischen einer Wirtschafts- und einer politischen Gemeinschaft übertrieben vereinfacht sei, da der Binnenmarkt als Herzstück des Tory-Bekenntnisses zu Europa eine gewisse politische Integration brauche, um erfolgreich gehandelt zu werden. Für ihn als überzeugten Konföderalisten blieb das Europa der Nationalstaaten, welches alle britischen Regierungen seit Harold Macmillan verfolgt hätten, das maßgebliche Leitbild für die Weiterentwicklung der EU.¹⁶⁸⁶

Unter Hague sah die CP weiterhin eine direkte Verbindung zwischen der unter *New Labour* begonnenen Devolution in Großbritannien mit der Einrichtung regionaler Parlamente in Schottland und Wales sowie der weiteren Entwicklung der EU hin zu einem föderalen Superstaat. Beide politischen Entwicklungen sahen die Konservativen als Bedrohung der britischen Union, der britischen Souveränität und der britischen staatlichen Gestaltungskraft an und lehnten sie daher kategorisch ab.¹⁶⁸⁷ Die noch aus der Thatcher-Ära stammende widersprüchliche programmatische Verbindung von Wirtschaftsliberalismus einerseits und einem starken, unabhängigen Nationalstaat andererseits, der nur eine sehr eingeschränkte Definition von Integration zuließ, blieb in der CP weiter vorherrschend.¹⁶⁸⁸

6.4.2 Die Labour Partei

Die Labour Party praktizierte in den späten neunziger Jahren und während der Verhandlungen zum Nizzaer Vertrag weiterhin eine pragmatische Europapolitik, ohne sich eindeutig oder explizit zu einer Finalitätsversion zu bekennen.¹⁶⁸⁹ Das Leitbild des Europa der Nationalstaaten blieb aber weiterhin für das Handeln der regierenden LP maßgeblich:

¹⁶⁸⁵ Vgl. Hague 2000: 5-9 und CP 2001a: 4.

¹⁶⁸⁶ Howe 1999: 4-6. Vgl. auch die Ausführungen des Pro-Europäers Ian Taylor. Taylor 2001 und Taylor 2001a.

¹⁶⁸⁷ Vgl. CP 2001: Campaign Guide- Europe Chapter: 12 sowie Portillo 1997: 14.

¹⁶⁸⁸ Vgl. Turner 2000: 33.

*„Together with virtually all other European countries we do not support a United States of Europe. But we do believe a Europe made up of nation states and offering a unique blend of inter-governmental co-operation where possible and integration where necessary, can be a major force for good (...).“*¹⁶⁹⁰

Zudem betonte die Partei in ihrem Wahlmanifest 2001:

*„We will put democratically elected national governments in the driving seat of EU policy.“*¹⁶⁹¹

Die LP zeichnete sich somit weiterhin im Sinne eines „modern patriotism“ durch eine staatenzentrische und nutzenorientierte Perspektive auf den europäischen Integrationsprozess aus.¹⁶⁹² Die Bereitschaft zur zwischenstaatlichen Kooperation wie auch zur Akzeptanz von Integrationselementen, etwa bei der Zustimmung zur Ausweitung von Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit, war daher deutlich höher als in der CP. Die Kluft zwischen der von Labour praktizierten Europapolitik des konstruktiven Pragmatismus und der immer stärker auf die Verteidigung von britischer Souveränität und britischer staatlicher Gestaltungskraft abzielenden Politik der CP wurde Ende der neunziger Jahre merklich größer.¹⁶⁹³ Die LP definierte sich als ein aktiver Gestalter des europäischen Integrationsprozesses, schloss stärker als die CP Bündnisse und Partnerschaften innerhalb der EU und verschloss sich auch dem institutionellen Reformprozess nicht, was vor allem die Warschauer Rede Tony Blairs zur weiteren Ausgestaltung der EU zeigt.¹⁶⁹⁴ In dieser Rede spiegelte sich erneut deutlich die von der Labour Party präferierte intergouvernementale Ausrichtung der EU wider. Der britische Premierminister nannte die Erweiterung der EU als wichtiges Strukturmerkmal in der Europapolitik und plädierte für ein „flexibles, evolutionäres (EU-) Modell, das keineswegs einen ‚Endzustand‘ für Europa anvisiert“.¹⁶⁹⁵ Die Mitgliedschaft in der EU sah er als Mehrwert für Großbritannien an: Die britische Stimme in der Welt werde stärker, wenn Großbritannien sich stärker in der EU engagiere. Das Vereinigte Königreich sollte im Zuge effektiver Interessenpolitik in der EU eine führende Rolle spielen, da diese zu einer wirtschaftlichen und politischen Supermacht werden könne.¹⁶⁹⁶

¹⁶⁸⁹ Vgl. Holden 2002: 146.

¹⁶⁹⁰ LP 2001: 38. Vgl. auch LP 1998: 16, LP 1998b: 93 und Holden 2002: 149.

¹⁶⁹¹ LP 2001: 36.

¹⁶⁹² LP 2001: 36.

¹⁶⁹³ Vgl. Lippert 2001: 108. Vgl. zum Mix von Entscheidungsverfahren, der auch supranationale Elemente einschließt, vor allem Allen/Smith 2001/2002: 386.

¹⁶⁹⁴ Vgl. Wallace, H. 2000/2001: 405/406.

¹⁶⁹⁵ Volle 2001: 6. Vgl. auch Marhold 2001: 231-234 und Deighton 2001: 314/315.

¹⁶⁹⁶ Vgl. Cook, in: LP 2000 und Holden 2002: 195.

Gleichzeitig blieb die Europapolitik der Labour Party mit Blick auf das euro-skeptische öffentliche Meinungsklima aber auch äußerst ambivalent. Dem Führungsanspruch innerhalb der EU stand weiterhin ein vorsichtig-zögerlicher Umgang mit der Euro-Frage gegenüber. Die Europapolitik blieb bei aller Konsequenz des Leitbildes immer auch taktisch ausgerichtet: Die spätestens seit der Europawahl 1999 verfestigte Meinung „Europe doesn't go with the public“ schlug sich in einer vorsichtig-defensiven Haltung nieder.¹⁶⁹⁷ Entsprechend bemerkte der Journalist Philipp Stephens: „For the past three years, Blair has made Britain's case in Europe. It's time to make Europe's case in Britain.“¹⁶⁹⁸

6.4.3 Die Liberaldemokraten

Die Liberaldemokraten verfolgten auch in den späten neunziger Jahren und im beginnenden 21. Jahrhundert unverbrüchlich ihr Leitbild eines Europa als Föderation. Sie begrüßten den Post-Nizza-Prozess als große Chance, die weitere Ausgestaltung und Finalität der EU zu definieren. Ihrer Ansicht nach sollten die Kompetenzen der einzelnen Ebenen des EU-Systems in einer europäischen Verfassung geklärt und eindeutig zugeordnet werden, so dass das EU-System für die Bürger einfacher und durchschaubarer würde. Das dezentrale Politikverständnis der Partei blieb in ihrer Europapolitik maßgeblich. Die Machtverteilung innerhalb des EU-Systems sollte keine ‚Einbahnstraße‘ zur Stärkung der europäischen Ebene werden, sondern im Sinne des Subsidiaritätsprinzips vor allem die unteren politischen Ebenen stärken:

„It (the EU, Anm. der Verf.) can offer the chance for regions to become the most important level of government after the EU, with far fewer decisions taken in a national context (...).“¹⁶⁹⁹

Die Liberaldemokraten sahen sich daher noch stärker als bereits Mitte der neunziger Jahre in der Rolle der EU-Reformer, deren Ziel eine vielfältige, demokratische und vor allem dezentrale Union war: Europe needs to do less better. Die britische Drittpartei kritisierte, dass die EU sich von den liberaldemokratischen Vorstellungen eines dezentralen *Citizens' Europe* immer weiter entferne und durch die wenig eindeutige Zuordnung von Kompetenzen zu bürokratisch und komplex sei. Das negative irische Referendum zum Nizzaer Vertrag hielt sie daher für einen alarmierenden Fingerzeig auf die mangelnde Bürgernähe der EU. Dass die Entwicklung der EU durch-

¹⁶⁹⁷ Holden 2002: 4 und 177.

¹⁶⁹⁸ Stephens, zitiert aus Holden 2002: 195.

¹⁶⁹⁹ Kennedy 2001: 295.

aus eine aus dem dezentralen Politikverständnis erwachsende stärker werdende EU-Kritik der Liberaldemokraten nach sich zog, zeigt exemplarisch das *Orange Book*, in dem junge liberaldemokratische Mandatsträger genau diesen Punkt immer wieder aufgreifen.¹⁷⁰⁰

¹⁷⁰⁰ Vgl. Marshall/Laws 2004: *The Orange Book. Reclaiming Liberalism* sowie Marks/Wilson 1999: 122.

7 Zusammenfassung

Kein Politikfeld ist in Großbritannien so sehr Kristallisationspunkt für parteiliche und innerparteiliche Auseinandersetzungen und sogar für offene Rebellionen wie die Europapolitik. Mit der Übertragung immer weiterer Kompetenzen auf die europäische Ebene infolge vier aufeinander folgender Vertragsrevisionen zwischen 1985 und 2001, deckt die EU heute quasi alle Politikbereiche von der Agrarpolitik bis zur Wirtschaftspolitik ab. Das Resultat ist ein System *sui generis*, eine neue Art des politischen Mehrebenensystems, in dem die politische Macht auf unterschiedliche Ebenen – europäische, nationale und subnationale Ebene – verteilt ist, und Entscheidungen auf einer Ebene stets die Ergebnisse auf einer anderen Ebene mitgestalten und formen. Die Auswirkungen des EU-Systems auf die britischen Parteien und ihre eigene politische Gestaltungskraft und ihr operatives Umfeld sind folglich enorm. Einen entsprechend großen Raum nimmt in den Parteien des Vereinigten Königreichs daher die Diskussion zur Weiterentwicklung der EU und zu Großbritanniens Rolle in diesem Prozess ein. Entsprechend groß ist auch der Vielklang an Leitbildern und Erwartungshaltungen der Parteien zur Weiterentwicklung und Finalität der EU.

7.1 *Die interparteiliche Ebene*

Diese Studie ging der Frage nach, wie die ausgewählten britischen Parteien den europäischen Integrationsprozess beurteilen, bewerten und ihre eigenen Positionen formulieren. Es sollten der Wandel und/oder die Kontinuität der Leitbilder dieser Parteien zur Ausgestaltung und Finalität der EU dargestellt und analysiert werden.

Als ein erstes Ergebnis lässt sich hier festhalten, dass die drei untersuchten Parteien sich im Untersuchungszeitraum sehr konsequent an ihren jeweiligen Leitbildern zur Weiterentwicklung und Finalität der EU orientiert haben. Dabei vertraten die beiden großen Volksparteien CP und LP das Leitbild des „Europa der Nationalstaaten“, bei dem die Kooperation unabhängiger Nationalstaaten, und ausdrücklich nicht das Integrationselement des europäischen Einigungsprozesses im Mittelpunkt stehen. Die beiden Parteien unterschieden sich dabei zwar deutlich in Stil und Präsentation ihrer Europapolitik auf europäischer sowie nationaler Ebene, nicht aber in der politischen Substanz. Beide Volksparteien verfolgten eine staatenzentrische Perspektive: Sie betrachteten die EU als eine zusätzliche politische Arena für den Nationalstaat, und die Kooperation auf europäischer Ebene als für Großbritannien in vielen Fällen gewinnbringend. Der Fokus von CP und LP lag dabei besonders stark auf der wirt-

schaftlichen Zusammenarbeit. Sowohl die konservative Partei als auch die Labour Partei vertraten bei der praktischen Ausgestaltung der Europapolitik stärker einen pragmatisch-ökonomischen als einen ideell-visionären Politikansatz.

Die britischen Parteien konzipierten ihre europapolitischen Vorstellungen in erster Linie auf der Grundlage ihrer parteipolitischen Programmatik und ihres Staatsverständnisses. So lässt sich die Hinwendung der Labour Party zur EG in den achtziger Jahren vor allem mit der zunehmenden inhaltlichen Kongruenz der eigenen erneuerten Programmatik und der parallelen politischen Entwicklung der EG (Verknüpfung von Binnenmarkt und Sozialpolitik) erklären (*siehe Kapitel 4.2.1.3*). Die im Gegensatz zu beobachtende wachsende Distanzierung der Konservativen von der EG/EU lässt sich ebenfalls vorrangig mit einer wachsenden Kluft zwischen den programmatischen Zielen der Konservativen (starker Nationalstaat, Freihandel und Deregulierung) und der Genese der Politischen Union, einer Ausweitung des supranationalen Strukturprinzips und stärker werdenden Regulierungsprozessen auf der europäischen Ebene in den neunziger Jahren begründen (*siehe Kapitel 4.1, 5.1 und 6.2*). Auch bei den Liberaldemokraten sind die eigene Programmatik und das Staatsverständnis Grundlage für die europapolitische Ausrichtung: Als dezentral organisierte Partei, die sich für den Wandel des hoch zentralisierten britischen Staates in ein föderales dezentrales Staatssystem einsetzte, bejahte sie die europäische Integration und orientierte sich mit Blick auf die Finalität der EU konsequent am Leitbild einer Föderation. Für die Liberaldemokraten war die Mitgliedschaft in der EG/EU mehr als eine zusätzliche Arena der nationalen Politikgestaltung, mehr als eine zwischenstaatliche Kooperation von Partnerstaaten und mehr als ein ökonomisches Projekt. Für sie bedeutete die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft Partizipation in einem eigenen politischen System. Betonten die CP und LP die Rolle des Nationalstaates und des intergouvernementalen Strukturprinzips, so hoben die Liberaldemokraten die eigene Gestaltungskraft der EG/EU durch die Gemeinschaftsorgane und die große Bedeutung des EP als direkte Vertretung der Bürger in Europa hervor.

Bei den beiden britischen Volksparteien ist zudem während des gesamten Untersuchungszeitraums zu beobachten, dass ihr europapolitischer Ansatz ebenfalls von langjährigen tradierten innenpolitischen Bindungen (v.a. starke Bedeutung des Nationalstaates und der nationalen Identität, Beanspruchung einer zentralen Rolle in der Weltpolitik, atlantische An- und Verbindung, Symbolkraft der Parlamentssouveräni-

ät, Betonung der globalen Handels- und Wirtschaftsnation) determiniert wurde.¹⁷⁰¹ Gerade der Umgang mit der EWU und der damit verbundenen Frage nach der Aufgabe des britischen Pfundes hat „die fundamentale Limitiertheit der europäischen Gestaltungsmöglichkeiten einer britischen Regierung, sobald die Deckungsgleichheit zwischen innenpolitischer Bindung der britischen Europapolitik und europapolitischen Zielvorstellungen der Exekutive nicht vorhanden ist“, aufgezeigt.¹⁷⁰² Die seit dem Beitritt Großbritanniens zur EG von britischen Politikern der beiden großen Parteien gepflegte Mentalität der bewussten Abgrenzung zwischen Europa und dem Vereinigten Königreich konnte nie komplett zugunsten eines inklusiven Europaansatzes aufgebrochen werden.¹⁷⁰³ Die Europapolitik wird in Großbritannien innenpolitisch – abgesehen von den Euro-Skeptikern – eher passiv durch Regierung und Parteien kommuniziert.

Die drei untersuchten britischen Parteien unterscheiden sich deutlich in ihrem Grad der Kooperations- und Integrationsbereitschaft. Die Haltung der Konservativen zum europäischen Integrationsprozess entwickelte sich in den neunziger Jahren zunehmend restriktiv und beschränkte sich auf Formen der intergouvernementalen Kooperation, vornehmlich im Bereich der Wirtschaftspolitik. Die Labour Party präferierte ebenfalls die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Rahmen der EU, verschloss sich aber Integrationsschritten nicht prinzipiell. Sie betrieb eine pragmatische und nutzenorientierte Politik des Mehrwerts für das Vereinigte Königreich – auch in für sie politisch schwierigen Themenfeldern. Zudem begriff sie sich als Führungsnation innerhalb der Europäischen Union, wobei allerdings während des Untersuchungszeitraums ein stetes Spannungsverhältnis zwischen diesem Anspruch und der stark national verhafteten Politik bestand. Dem pragmatisch-positiven Engagement in tagespolitischen Fragen der EU und einem britischen Führungsanspruch innerhalb der EU standen unter *New Labour* eine starke innenpolitische Bindung und auch Ängstlichkeit vor einem über Jahrzehnte verfestigten negativen EU-Bild vieler Medien und der Bevölkerung gegenüber. Die Liberaldemokraten zeichneten sich prinzipiell durch

¹⁷⁰¹ Vgl. Heffernan 2001: 187/188, Fella 2002: 207, Holden 2002: 192, Young, J. 2000: 184 und Deighton 2001: 310.

¹⁷⁰² Heindrichs 2005: 144/145.

¹⁷⁰³ Vgl. Heinrichs 2005: 12/13 und Forster 2002: 306: “Over the years (...) little encouragement has been given to strengthening the weak foundations upon which Britain’s commitment to Europe is built.”

eine hohe Integrationsbereitschaft aus, wobei diese fest an ihr föderal-dezentrales Politikverständnis geknüpft war.

In der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzung wurde die Europapolitik von den Parteien grundsätzlich eher zur klaren Abgrenzung von den anderen Parteien oder sogar zur Herausstellung eines Alleinstellungsmerkmals genutzt. Gerade die häufig Schlagwortcharakter habende und sehr emotional geführte Europapolitik ist für die Parteien ein Politikfeld, das häufig zur Profilierung im interparteilichen Konkurrenzkampf eingesetzt wird, so beispielsweise von *New Labour* während der letzten Oppositionsjahre vor der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 1997 oder von den Konservativen unter William Hague während des Europawahlkampfes 1999 mit der *Save the Pound*-Kampagne. Dieser Abgrenzungstaktik ungeachtet, gab es im Untersuchungszeitraum dieser Studie in der britischen Europapolitik durchaus auch das Phänomen des „cross-party networking“. Es handelte sich dabei aber um ein eher punktuellles Phänomen, das stark informelle Züge trug und sich vorrangig auf ein gleiches Abstimmungs- und Argumentationsverhalten im britischen Unterhaus beschränkte. Formen der überparteilichen Zusammenarbeit in der Europapolitik waren zudem sehr viel stärker im euro-skeptischen als im pro-europäischen Lager zu beobachten. Pro-europäische Politiker unterstützten ab 1999 aber wiederum parteiübergreifend die *Britain into Europe*-Kampagne, die nach dem Vorbild der Referendumskampagne von 1975 für ein positives Verhältnis der Briten zur EU und einen Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EWU warb.

7.2 Die parteiinterne Ebene

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die drei britischen Parteien weitestgehend als monolithische Blöcke begriffen, um Komplexität zu reduzieren und die dominierende Auffassung der Parteien zum europäischen Integrationsprozess sowie ihre Orientierung an Leitbildern darstellen zu können. Bei den Parteien handelt es sich indes keineswegs um homogene Gruppen, sie gliedern sich in verschiedene Strömungen, Flügel oder Faktionen. Auch diese Ebene wurde in dieser Studie anhand von fünf forschungsleitenden Fragen näher untersucht.

Dabei ist als wichtigstes Ergebnis festzuhalten, dass das Phänomen der Faktionenbildung, also der Bildung fester thematischer Subgruppen innerhalb der Parlamentsfraktionen, vorrangig ein Phänomen der Konservativen Partei in den neunziger Jahren war, und nicht so sehr ein Phänomen aller untersuchten Parteien. In der Labour Party

spielten europapolitische Subgruppen nur in der frühen Phase des Untersuchungszeitraums noch eine gestaltende Rolle. Unter *New Labour* hingegen war die Kontrolle durch die Parteiführung zu groß, die Parlamentsfraktion zugleich aber auch europapolitisch zu geschlossen. In den späteren Jahren des Untersuchungszeitraums trat nur noch die LESC als feste euro-skeptische Subgruppe innerhalb der Parlamentsfraktion in Erscheinung. Die parlamentarische LD-Fraktion war europapolitisch während des gesamten Untersuchungszeitraums ein nahezu geschlossener, homogener Block.

In der CP war der zu beobachtende Faktionalismus fest an das Politikfeld der Europapolitik geknüpft, da die Europapolitik alle Aspekte nationaler Politik wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Verteidigungs- und Außenpolitik sowie politische und konstitutionelle Themen beeinflusste und somit eine breite Projektionsfläche bot.¹⁷⁰⁴

Die wachsende Bildung europapolitischer Untergruppen innerhalb der Parlamentsfraktion war vor allem eine Antwort auf den unentschlossenen europapolitischen Kurs der Partei seit den späten Thatcher-Jahren. Aufgrund der knappen Stimmenmehrheit der CP im britischen Unterhaus von 1992 bis 1997 hatten vor allem die euro-skeptischen Faktionen eine enorme Macht und trugen Merkmale einer innerparteilichen Opposition. Die euro-skeptischen Gruppen besaßen weitaus größere Rebellionsinstinkte als die pro-europäischen Gruppen und die Europapolitik wurde durch ihren Einfluss zunehmend ideologischer. Innerhalb der CP wuchs die Anzahl der parteiinternen pro- und euro-skeptischen Gruppen in den neunziger Jahren rasant auf eine zweistellige Zahl an, dabei gab es allerdings viele personelle Überlappungen zwischen den Gruppen (*siehe Kapitel 5.1.5*). Darüber hinaus ließen sich in den Gruppen letztlich nur zwei große Strömungen beobachten: die der pro-europäischen Konföderalisten, die für eine aktive Teilnahme Großbritanniens am europäischen Integrationsprozess und das Leitbild eines Europa der Nationalstaaten eintraten, sowie die stärker der Wirtschaftsgemeinschaft und dem Europa à la carte-Gedanken verhafteten Euro-Skeptiker. Die Zahl der Föderalisten sowie der Befürworter eines Austritts aus der EU waren in der parlamentarischen CP gering.

Im Mittelpunkt der innerparteilichen Diskussion in den drei Parteien standen während des Untersuchungszeitraums vor allem die zentralen Themen des Maastrichter Vertrages: die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Politische Union. Der Maastrichter Vertrag stellte eine entscheidende Zäsur in der britischen Europadebatte dar und wirkte wie ein Katalysator auf die Faktionenbildung innerhalb der CP. Seit

¹⁷⁰⁴ Turner 2000: 19.

dem Maastrichter Vertrag war die EWU als entscheidendes Integrationsprojekt der neunziger Jahre das Kernthema in der Europapolitik. Im britischen Unterhaus und innerhalb der Parteien wurden aber auch immer wieder die weitere Integrationsentwicklung der EU generell, das Spannungsverhältnis von Erweiterung und Vertiefung, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, notwendige Reformschritte in der EU (z.B. Agrarpolitik, institutionelle Reform) oder Bereiche der Innen- und Sozialpolitik kontrovers diskutiert.

Die euro-skeptischen Subgruppen innerhalb der CP konnten dabei keinen Erfolg im Sinne einer direkten Beeinflussung der Ratifizierungsprozesse der verschiedenen europäischen Verträge verbuchen. Sie schafften es aber, verstärkt Einfluss auf den europapolitischen Kurs der Partei zu nehmen: So setzten sie die Zusage eines Referendums über den Beitritt zur EWU und die Erstellung eines restriktiven *White Papers* als verbindliche Grundlage zu den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag durch. Unter der Führung von William Hague erfolgten zudem die Festlegung auf eine verbindliche Blockade einer Einführung des Euro für den Zeitraum von zehn Jahren und die *Save the Pound*-Kampagne im Europawahlkampf 1999. Es ist Forster zuzustimmen, dass gerade die Europapolitik ein Politikfeld war, bei dem die Abgeordneten stärker ihrer persönlichen Überzeugung folgten als sich dem Diktat der Parteiführung zu beugen.¹⁷⁰⁵

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass die untersuchten britischen Parteien mit Ausnahme der Liberaldemokraten eine insgesamt ähnlich gelagerte Europapolitik betreiben und ein intergouvernementales Modell der EU bevorzugen. Großbritannien zeichnet sich zwar nach wie vor durch einen „strong sense of separateness“ aus, da die nationale Identität und das Staatsverständnis eine Partizipation im supranationale Züge tragenden EU-System deutlich erschwert.¹⁷⁰⁶ Großbritannien ist aber unter *New Labour* kein halb abgesonderter Partner innerhalb der EU mehr. Ebenso wie die anderen Mitgliedstaaten verfolgen auch die regierenden Parteien im Vereinigten Königreich konsequent ihre nationalen Interessen sowie ihre präferierten Leitbilder zur Weiterentwicklung und Finalität der EU. Langfristig bleibt aber die Frage offen, wie die von *New Labour* betriebene Europapolitik, die sich primär durch eine positivere äußere Darstellungsform bei gleich bleibender Agenda auszeichnet, in der Lage sein

¹⁷⁰⁵ Vgl. Forster 2002: 305.

¹⁷⁰⁶ Young, J. 2000: 188. Vgl. auch Grant 1998: 85.

wird, die innenpolitisch bedingten Handlungsbegrenzungen der britischen Europapolitik dauerhaft aufzubrechen.¹⁷⁰⁷

¹⁷⁰⁷ Vgl. Heindrichs 2005: 271.

8 Literaturverzeichnis

8.1 Quellen und Dokumente

8.1.1 EG/EU-Dokumente, britische Regierungspapiere und Parliamentary Debates

BRITISH AND EUROPEAN SOCIAL ATTITUDES SURVEY (1998): 15th Annual Report. Aldershot, Hampshire.

CDU/CSU-FRAKTION des Deutschen Bundestages (1994): Überlegungen zur europäischen Politik. Bonn.

EINHEITLICHE EUROPÄISCHE AKTE, in: Europa-Archiv 6 (1986), D163-D182.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (1994): Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Trends 1974 bis 1993. Brüssel.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT – EUROPÄISCHE UNION. Die Vertragstexte von Maastricht mit den deutschen Begleittexten. 2., aktualisierte und ergänzte Auflage. Bonn 1993.

FOREIGN AND COMMONWEALTH OFFICE (1992): Britain in Europe. The European Community and our Future. London.

FOREIGN AND COMMONWEALTH OFFICE (1994): The European Elections. Why they matter to you. London.

FOREIGN AND COMMONWEALTH OFFICE (2000): White Paper "IGC: Reform for Enlargement". London.

H.M.GOVERNMENT (1984): White Paper „Europe - The Future“, in: Europa-Archiv 15/1984: D434-D440.

H.M. GOVERNMENT (1996): White Paper „A Partnership of Nations“. The British Approach to the European Union Intergovernmental Conference, in: Schwarz, Klaus-Dieter (1997): Englands Probleme mit Europa. Ein Beitrag zur Maastricht-Debatte. Baden-Baden: 102-145.

H.M. GOVERNMENT (1996): Cabinet Statement on EMU. Press Release, 3 April. London.

HOUSE OF COMMONS Vol. 175 (1990): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Legislation, 28 June. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 523-554.

HOUSE OF COMMONS Vol. 199 (1991): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Community (Intergovernmental Conferences), 20 November. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 269-390.

HOUSE OF COMMONS Vol. 199 (1991): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Community (Intergovernmental Conferences), 21 November. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 436-523.

HOUSE OF COMMONS Vol. 200 (1991): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Council (Maastricht), 11 December. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 859-878.

HOUSE OF COMMONS Vol. 204 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 21 February. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 581-650.

HOUSE OF COMMONS Vol. 208 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 20 May. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 261-470.

HOUSE OF COMMONS Vol. 208 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 21 Mai. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 529-600.

HOUSE OF COMMONS Vol. 208 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. Maastricht Treaty (Danish Referendum), 3 June. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 827-840.

HOUSE OF COMMONS Vol. 210 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Council (Lisbon), 29 June. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 581-598.

HOUSE OF COMMONS Vol. 210 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Community (United Kingdom Presidency), 2 July. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 976-1059.

HOUSE OF COMMONS Vol. 213 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 4 November. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 283-385.

HOUSE OF COMMONS Vol. 214 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities, 24 November. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 758-842.

HOUSE OF COMMONS Vol. 215 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 1 December. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 147-237.

HOUSE OF COMMONS Vol. 215 (1992): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 2 December. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 289-368.

HOUSE OF COMMONS Vol. 217 (1993): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 27 January. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 1046-1132.

HOUSE OF COMMONS Vol. 217 (1993): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 28 January. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 1165-1288.

HOUSE OF COMMONS Vol. 218 (1993): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 1 February. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 24-116.

HOUSE OF COMMONS Vol. 218 (1993): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 4 February. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 501-578.

HOUSE OF COMMONS Vol. 223 (1993): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendmend) Bill, 22 April. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 527-599.

HOUSE OF COMMONS Vol. 224 (1993): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 5 May. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 195-253.

HOUSE OF COMMONS Vol. 225 (1993): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. Treaty of Maastricht (Social Protocol), 22 July. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 519-611.

HOUSE OF COMMONS Vol. 225 (1993): Parliamentary Debates (Hansard): Official Report. Social Policy Protocol (Confidence Motion), 23 July. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 625-714.

HOUSE OF COMMONS Vol. 300 (1997): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 12 November. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 910-1007.

HOUSE OF COMMONS Vol. 301 (1997): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 27 November 1997. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 1129-1188.

HOUSE OF COMMONS Vol. 302 (1997): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 2 December 1997. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 191-256.

HOUSE OF COMMONS Vol. 302 (1997): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 3 December 1997. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 396-459.

HOUSE OF COMMONS Vol. 303 (1997): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 17 December 1997. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 406-458.

HOUSE OF COMMONS Vol. 304 (1998): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 15 January 1998. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 500-579.

HOUSE OF COMMONS Vol. 304 (1998): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 19 January 1998. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 691-787.

HOUSE OF COMMONS Vol. 359 (2000): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. Nice European Council, 11 December 2000. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 349-369.

HOUSE OF COMMONS Vol. 371 (2001): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 4 July 2001. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 263-372.

HOUSE OF COMMONS Vol. 371 (2001): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill (Programme) (No.2), 11 July 2001. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 794-890.

HOUSE OF COMMONS Vol. 372 (2001): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 17 July 2001. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 156-261.

HOUSE OF COMMONS Vol. 372 (2001): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 18 July 2001. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 310-392.

HOUSE OF COMMONS Vol. 372 (2001): Parliamentary Debates (Hansard). Official Report. European Communities (Amendment) Bill, 17 October 2001. London: Her Majesty's Stationary Office: cols. 1172-1273.

JOINT DECLARATION ON EUROPEAN DEFENCE (1998): Joint Declaration issued at the British-French Summit, Saint-Malo, France, 3-4 December. London.

MORI (2000): European Integrated Army Poll. URL: <http://www.mori.com/polls/2000/ms001125.shtml> [Abgerufen am 12. August 2005].

LONDONER BERICHT (1981): Dritter Bericht der Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft an die Staats- und Regierungschefs über die Europäische Politische Zusammenarbeit, in: Europa-Archiv 2: D45-D50.

8.1.2 Konservative Partei

BALL, Martin (1996): The Conservative Conference and Euro-Sceptical Motions 1992-1995. Bruges Group Occasional Paper No. 23. London.

BODY, Sir Richard et al. (1995): House of Commons Policy Paper on Europe, 19 January. London.

BRITTAN, Leon (1990): Europe – The Challenges of Change. Speech to Sixth Formers of Leighton Park School, Reading, 19th January 1990. London.

BRITTAN, Leon (1992): Maastricht and the post-1992 European agenda. Bow Group Annual Lecture. London.

BRITTAN, Leon Sir/REDWOOD, John (1996): Debate: European Union – angel or demon? In: Financial Times vom 16. Mai.

BUTLER, Michael (1991): Simply wrong about Europe. Mrs Thatcher is not thinking straight, in: The Times vom 26. November.

CARRINGTON, Lord Peter (1981): 'Europa. Ein Programm für die achtziger Jahre'. Rede des britischen Außenministers vor dem Übersee-Club in Hamburg am 17. November 1980, in: Europa-Archiv 1: D17-D24.

CASH, Bill/DUNCAN SMITH, Ian (1996): A Response to Chancellor Kohl. A European Germany or a German Europe? Policy Paper of the European Foundation. London.

CASH, Bill (1998): British and German National Interests. London: European Foundation.

CASH, Bill (2000): Associated, not Absorbed. The Associated European Area: A Constructive Alternative to a European State. Policy Paper of the European Foundation. London.

CASH, Bill (2001): Constructive Opposition to the Nice Treaty – the Dangers of European Integration. London.

CLARK, Alan (1998): The Tories. Conservatives and the Nation-State 1922-1997. London.

CLARKE, Kenneth (1998): EMU: The Issues for Britain. London.

CONSERVATIVE PARTY (1979): The Conservative Manifesto 1979. London.

CONSERVATIVE PARTY (1984): European Handbook. London.

CONSERVATIVE PARTY (1987): The Conservative Manifesto 1987: The Next Moves Forward. London.

CONSERVATIVE PARTY (1987a): The Conservative Campaign Guide 1987. London.

CONSERVATIVE PARTY (1988): Setting the pace in Europe. Politics Today No. 17, 11 October 1988. London.

CONSERVATIVE PARTY (1989): The Conservative Party Manifesto for Europe 1989: Leading Europe into the 1990s. London.

CONSERVATIVE PARTY (1989): The European Handbook 1989.

CONSERVATIVE PARTY (1990): Conservative Party Conference, Bournemouth, 9 - 12 October. Verbatim Report of the Platform Speeches. London.

CONSERVATIVE PARTY (1990a): Resolution on Foreign Affairs. Conservative Party Conference, Bournemouth, 9 - 12 October. London.

CONSERVATIVE PARTY (1991): Conservative Party Conference, Blackpool, 8 - 11 October. Verbatim Report of the Platform Speeches. London.

CONSERVATIVE PARTY (1991a): The Campaign Guide 1991. London.

CONSERVATIVE PARTY (1991b): Resolution on Foreign Affairs and Europe. Conservative Party Conference, Blackpool, 8 -11 October. London.

CONSERVATIVE PARTY (1992): Conservative Party Conference, Brighton, 6 - 9 October. Verbatim Report of the Platform Speeches. London.

CONSERVATIVE PARTY (1992a): The Campaign Guide 1992. London.

CONSERVATIVE PARTY (1992b): The Conservative Party Manifesto 1992: The Best Future for Britain. London.

CONSERVATIVE PARTY (1992c): Britain's Presidency of the European Community. Politics Today No. 10, 12 August. London.

CONSERVATIVE PARTY (1993): Conservative Party Conference, Blackpool, 5 - 8 October. Verbatim Report of the Platform Speeches. London.

CONSERVATIVE PARTY (1993a): The Liberal Democrats. The Character of their Politics. Politics Today No. 5, 8 April. London.

CONSERVATIVE PARTY (1994): Conservative Party Conference, Bournemouth, 10 - 14 October. Verbatim Report of the Platform Speeches. London.

CONSERVATIVE PARTY (1994a): The Conservative Campaign Guide 1994. London.

CONSERVATIVE PARTY (1994b): The Conservative Manifesto for Europe 1994: A strong Britain in a Strong Europe. London.

CONSERVATIVE PARTY (1994c): The Labour Party today. Politics Today No. 2, 28 February. London.

CONSERVATIVE PARTY (1994d): Winning the Argument. The 1994 European Elections. Politics Today No. 6, 22 July. London.

CONSERVATIVE PARTY (1996): The Liberal Democrats. At best confused, at worst duplicitous. Politics Today No. 3, 12 April. London.

CONSERVATIVE PARTY (1997): Britain and Europe. Politics Today No. 2, 4 April. London.

CONSERVATIVE PARTY (1997a): The Conservative Manifesto 1997: You Can Only Be Sure With the Conservatives. London.

CONSERVATIVE PARTY (1997b): The Campaign Guide 1997. A Comprehensive Survey of Conservative Policy. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999): In Europe But Not Run by Europe – William Hague Launches Tory Euro-Manifesto. Conservative Party News 1044/99, 18 May. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999a): Widespread Support for Key Tory Messages. Conservative Party News 1287/99, 9 June. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999b): Joint Statement by William Hague and Edward McMillan-Scott, Leader of the Conservatives in the European Parliament. Conservative Party News 1915/99, 15 September. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999c): Maples Says European Defence Plans Could Undermine NATO. Conservative Party News 1145/99, 28 May. London

CONSERVATIVE PARTY (1999d): Making Brussels Work Better – Conservative EP Leader Sets Out Plan. Conservative Party News 1154/99, 31 May. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999e): Howard Sets Out ‘Cast Iron Guarantee’ On British Veto. Conservative Party News 1167/99, 2 June. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999f): Hague Calls On Governments To Work Together To Achieve Global Tariff-Free Trade By The Year 2020. Conservative Party News 3376/99, 29 November. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999g): Conservatives Target University Towns In Fight To Save The Pound. Conservative Party News 1845a/99, 6 September. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999h): Hague: We Need A New Kind Of Europe. Conservative Party News 3458/99, 9 December. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999i): Hague Sets Out 10-Point-Plan To Root Out EU Fraud. Conservative Party News 598/99, 16 March. London.

CONSERVATIVE PARTY (1999j): Statement of William Hague At The Launch Of The Report By The Commission On The £ Sterling Chaired By The RT Hon. Sir John Nott KCB. Conservative Party News 1984/99, 22 September. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000): Blair Must Condemn Prodi’s European Superstate Calls. Conservative Party News 167/00, 25 January. London

CONSERVATIVE PARTY (2000a): Conservatives Will Fight Blair’s Plan to Lead Us into A Centralised European State. Conservative Party News 318/00, 15 February. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000b): Fischer Speech Blows Lid off European Superstate Agenda. Conservative Party News 929/2000, 12 May. London

CONSERVATIVE PARTY (2000c): Statement of William Hague At The Launch Of The Keep The Pound Online Commitment Card. Conservative Party News 1092/00, 7 June. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000d): Blair Wants To Be In Europe And Run By Europe. Conservative Party News 1980/00, 6 October. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000e): Tony Blair Dithers Over The Future Of Europe – A Failure Of Leadership, Says Hague. Conservative Party News 1253/00, 28 June. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000f): It's Time for A Prime Minister Who Will Stand Up For Britain. Conservative Party News 1278/00, 30 June. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000g): Blair's Five Point Plan to A EU Superstate. Conservative Party News 2464/00, 5 December. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000h): Secret Plan for EU Superstate. Conservative Party News 2468/00, 6 December. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000i): Blair Still Misleading the Public over EU Superstate. Conservative Party News 2479/00, 6 December. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000j): Blair Must Not Give Away Veto Lock, Stock And Barrel. Conservative Party News 2486/00, 7 December. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000k): The Nice Summit and the Future of the EU. Conservative Party News 2484/00, 7 December. London.

CONSERVATIVE PARTY (2000l): Blair Has Sold Britain Out To A EU Superstate. Conservative Party News 2508/00, 11 December. London.

CONSERVATIVE Party (2001): The Campaign Guide 2001. A Comprehensive Survey of Conservative Policy. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001): Believe in Britain. The Conservative Manifesto 2001. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001a): Hague Urges Target Dates For Enlargement Of The European Union. Conservative Party News 62/01, 11 January. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001b): Fischer Refers To Countries As Regions of Europe. Conservative Party News 170a/01, 24 January. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001c): Redwood Launches 'Stars & Strife'. Conservative Party News 322/01, 6 February. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001d): Cook Must Tell Washington The Truth On EuroArmy. Conservative Party News 345/01, 7 February. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001e): Conservatives Will Fight Tooth and Nail to Keep The Pound. Conservative Party News 356/01, 8 February. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001f): Maude: Brits Don't Want To Be Part Of EU Superstate. Conservative Party News 360/01, 8 February. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001g): Maude: Cook Is Signing Britain Up To EU Superstate. Conservative Party News 544/01, 26 February. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001h): Maude: Blair misleading British People On Nice Treaty. Conservative Party News 910/01, 10 April. London.

CONSERVATIVE PARTY (2001i): Maude: Unpopular EU debates 'On Ice' Until After Election. Conservative Party News 1053/01, 30 April. London.

CONSERVATIVE POLITICAL CENTRE (Hg.) (1992): Britain in Europe: A United Kingdom with a Developing Community. Speeches delivered at the CPC's 1992 Summer School at Nottingham University. London.

DAVIES, David (1995): „Labour's warm words would not be enough in Brussels“. Conservative Party News 389/95, 21 August. London.

- DAVIES, David (1996): Blair misleads businessmen. Conservative Party News 400/96, 3 July 1996. London.
- DAVIES, David (1996): Liberals propose more powers to Brussels. Conservative Party News 136/96, 15 March. London.
- DAVIES, David (1997): Labour and the Social Chapter. Conservative Party News 1064/97, 9 June. London.
- DAVIES, David (1997): Labour's sell out summit. Conservative Party News 598/97, 7 April 1997. London.
- DUNCAN SMITH, Iain (1997): I'm against the single currency, in: The Daily Telegraph vom 16. April.
- DUNCAN, Alan u.a. (1991): Bearing the Standard. Themes for a Fourth Term. London.
- DYKES, Hugh/GORMAN, Teresa (1996): He barks but he doesn't bite. Debate on the Government's White Paper on Europe, in: The Independent vom 13. März.
- EUROPEAN RESEARCH GROUP (1996): Labour's Federal Agenda for Europe. Hg. Vom Centre for Policy Studies. London.
- FOWLER, Norman (1992): Setting the Agenda – at Home and in Europe, in: CPC (Hg.): Britain in Europe: A United Kingdom with a Developing Community. Speeches delivered at the CPC's 1992 Summer School at Nottingham University. London: 7-10.
- GAREL-JONES, Tristan (1991): Conservatives – the best Party for Britain in Europe. Conservative Party News 298, 6. June. London.
- GAREL-JONES, Tristan (1992): „Now is not the time to throw aside our hard won credibility by lapsing into bad-tempered isolationism“. Conservative Party News 905/92, 22. July. London.
- GAREL-JONES, Tristan (1992a): Europe – the way forward. Conservative Party News 938/92, 26 September. London.
- GAREL-JONES, Tristan (1993): The UK-Presidency. An Inside View, in: Journal of Common Market Studies 2: 261-267.
- GAREL-JONES, Tristan (1993a): „We have scored a remarkable triple whammy“. Conservative Party News 116/93, 20 March. London.
- GAREL-JONES, Tristan (1993b): Ratification of Maastricht essential to UK interests. Conservative Party News 53/93, 19 February. London.
- GAREL-JONES, Tristan (1993c): „Maastricht gives Britain the chance to stamp our vision on Europe“. Conservative Party News 6/93, 16 January. London.
- GAREL-JONES, Tristan (1996): Patriots must be European. We can be good nationalists yet unite in a confederal Europe to protect our place in the world, in: The Independent vom 6. Juni.
- GORMAN, Teresa/KIRBY, Heather (1993): The Bastards - Dirty Tricks and the Challenge to Europe. London.
- HAGUE, William (1997): A Fresh Future for the Conservative Party. London.
- HAGUE, William (1997a): Speech To The Conservative Party Conference in Blackpool, 10 October. Conservative Party News 1336/97. London.

- HAGUE, William (1999): Speech To The European Research Group's Second Congress for Democracy. Conservative Party News 1498/99, 9 July. London.
- HAGUE, William (2000): 'For Our Freedom And Yours' – Flexibility Must Be The Rule In Europe. Speech to the European Democrat Group on the Council of Europe in Crakow. Conservative Party News 195/00, 30 January. London.
- HAGUE, William (2000): Keep the Pound Rally. Conservative Party News 317/00, 15 February. London.
- HAGUE, William (2001): Harmonization or Flexibility, in: Rosenbaum, Martin (Hg.): Britain & Europe. The choices we face. Oxford: 287-292.
- HAGUE, William (2001a): We're Ready for the Election, And We're Ready To Win. Conservative Party News 1089/01, 3 May. London.
- HANNAN, Daniel (1993): Time for a Fresh Start in Europe. London.
- HEATH, Edward (1988): European Unity over the next ten Years: From Community to Union, in: International Affairs 2: 199-207.
- HEATHCOAT-AMORY, David (1996): Divided we stand, in: The Daily Telegraph vom 9. Dezember.
- HEFFER, Simon (2000): What Tories Want. Political Pamphlet. London.
- HESELTINE, Michael (1989): The Challenge of Europe. Can Britain win? London.
- HOLMES, Martin (1994): The Conservative Party and Europe. Bruges Group Occasional Paper No. 17. London.
- HOLMES, Martin (1995): Europe and the Conservative Party. Extracts from the Bruges Group Occasional Paper No. 7, in: Freedom Today 5/1995: 16-18.
- HOLMES, Martin (1998): The Conservative Party and Europe: From Major to Hague, in: Political Quaterly 2/1998: 133-140.
- HOLMES, Martin (2000): William Hague's European Policy. Bruges Group Occasional Paper No. 40. London.
- HOWE, Geoffrey (1990): Sovereignty and Interdependence: Britain's Place in the World, in: International Affairs 4/1990: 675-696.
- HOWE, Geoffrey (1994): Conflict of Loyalty. London.
- HOWE, Geoffrey (1996): Building Europe from the Bottom up: The Case against a European Constitution, in: Philip Morris Institute (Hg.): Does Europe need a Constitution? PMI Paper No. 10. Brussels: 28-38.
- HOWE, Geoffrey (1996a): Has Britain lost her way? Address to a Conference of the Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn, 12 June 1996. London.
- HOWE, Geoffrey (1998): Towards a Common Foreign Policy. Address given by Rt. Hon. the Lord Howe of Aberavon at The 40th Anniversary Congress of The European Institute of Leiden University on 6th November 1998, in: Heukels, T./Blokker, N./Brus, M. (Hg.): The European Union after Amsterdam. Leiden: 195-202.
- HOWE, Geoffrey (1999): Europe: Single Market or Political Union? In: Economic Affairs, December 1999. Oxford: 4-9.
- HUNT, David (1992): Wales: The British and European Dimensions, in: CPC (Hg.): Britain in Europe: A United Kingdom with a Developing Community. Speeches

- delivered at the CPC's 1992 Summer School at Nottingham University. London: 17-22.
- HURD, Douglas (1992): The UK Presidency. Speech given to the European Parliament in Strasbourg, 8 July. Verbatim Service 009/92. London.
- HURD, Douglas (1993): Our Future in Europe. Speech in Banbury, 20 February. Edited by CPC and Conservatives in the European Parliament. London.
- HURD, Douglas (1993a): The Maastricht Treaty and closer European Union. Speech to the Scottish Conservative Party Conference, 13 May. Verbatim Service 11/93. London.
- JACKSON, Robert (o.J. [1983]): Tradition and Reality. Conservative Philosophy and European Integration. London.
- JACKSON, Robert (1995): Weshalb die Briten skeptisch sind. Die nationalen Interessen Großbritanniens gehen in der Europäischen Union nicht auf, in: FAZ vom 13. Dezember.
- JOHNSON, Boris (2001): Ruled by Foreigners, in: Rosenbaum, Martin (Hg.): Britain & Europe. The Choice we Face. London: 197-202.
- LAMONT, Norman (1992): Europe: A Community, not a Superstate. Conservative Political Centre Lecture, 7 October. London.
- LAMONT, Norman (1999): In Office. London.
- LAWSON, Nigel (1993): The View from No. 11. Memoirs of a Tory Radical. London.
- MAJOR, John (1991): The Evolution of Europe. Speech at the Konrad-Adenauer-Foundation in Bonn, 11 March. London.
- MAJOR, John (1992): Text of a Speech in the European Communities (Amendment) Bill, Second Reading Debate. Verbatim Service VS18/92. London.
- MAJOR, John (1993): Britain at the heart of Europe. Speech to the Conservative Group for Europe, 22 April. Verbatim Service 09/93. London.
- MAJOR, John (1993a): Raise your Eyes, there is a Land Beyond, in: The Economist, 25 September: 19-29.
- MAJOR, John (1994): Europe – A Future that Works. Second Annual William and Mary Lecture in Leiden, 7 September. Verbatim Service 12/94. London.
- MAJOR, John (1997): Our Nation's Future. Keynote Speeches on the Principles and Convictions that shape Conservative Policies. London.
- MAJOR, John (1999): John Major. The Autobiography. London.
- NO TURNING BACK GROUP (1989): Europe: Onwards from Bruges. London.
- NO TURNING BACK GROUP (1994): A Conservative Europe 1994 and Beyond. London.
- o.V. (1994): „Wir bestimmen Europas Kurs“. Interview mit Premier John Major über Britanniens Politik in der EU, den Balkankonflikt und die Deutschen, in: Der Spiegel: 17/1994: 24-28.
- o.V. (1994): „Wir sind keine Unruhestifter“. Interview mit dem britischen Außenminister Douglas Hurd über die Konflikte in der Europapolitik, in: Der Spiegel 30/1994: 30-32.

- o.V. (1995): „Zu lange geschwiegen“. Interview mit dem Ex-Premier Sir Edward Heath über den Europa-Streit innerhalb der Konservativen Partei, in: Der Spiegel 8/1995: 176/177.
- o.V. (1995): „Im Kuckucksheim“. Großbritanniens stellvertretender Premierminister Michael Heseltine über sein Land und die Europäische Union, in: Der Spiegel 52/1995: 118-120.
- PATTEN, Chris (2001). Not to use the Giant's Strength, in: Rosenbaum, Martin (Hg.): Britain & Europe. The Choice we Face. London: 31-38.
- PATTERSON, Ben (1990): Was ist britischer Konservatismus? In: European Democratic Group (Hg.): Kurze Einleitung zu modernem Konservatismus. London/Straßburg.
- PORTILLO, Michael (1992): A Vision for the 1990s. London.
- PORTILLO, Michael (1995): Speech at the Conservative Party Conference. Press Release, 10 October. Blackpool.
- PORTILLO, Michael (1997): The Ghost of Toryism Past: The Spirit of Conservatism Future. Autumn Lecture of the Centre for Policy Studies, 9 October. London.
- REDWOOD, John (2000): Not a very nice Treaty. Policy Paper of the Selsdon Group. London.
- REDWOOD, John (2001): Speech to the IG Euro Conference. Conservative Party News 566/01, 2 March. London.
- REDWOOD, John (2001a): Sovereignty and Democracy, in: Rosenbaum, Martin (Hg.): Britain & Europe. The Choice we Face. London: 87-95.
- RIFKIND, Malcolm (1995): Speech to the Royal Institute of International Affairs. Press Release, 21 September. London.
- RIFKIND, Malcolm (1996): Speech to European Research Group. Press Release, 9 February. London.
- ROWLEY, Chris (1996): The Party's over. Labour and the European Union. Bruges Group Occasional Paper No. 22. London.
- SELDON, Anthony (1997): Major. A Political Life. London.
- SPICER, Michael (1992): A Treaty too far: A New Policy for Europe. London.
- STUART, Mark (1998): Douglas Hurd. The Public Servant. An Authorised Biography. Edinburgh.
- TAYLOR, Ian (1993): The Positive Europe. Edited by Conservative Group For Europe. London.
- TAYLOR, Ian (1997): Letter to The Rt. Hon. William Hague MP., Leader of the Opposition (Step down from Shadow Front Bench), 29 October. London.
- TAYLOR, Ian (2001): Full Steam Ahead – the Great National Debate about Europe. Edited by Britain into Europe. London.
- TAYLOR, Ian (2001a): Seen from the Conservative Camp, in: The Federal Trust (Hg.): Federal Britain in Federal Europe? London: 9-21.
- TAYLOR, Ian (2002): Federal Britain in Federal Europe? London.

THATCHER, Margaret (1988): Interview mit der BBC vom 27. Juli 1988 in London (Auszüge), in: Europa-Archiv 16: D454-D457.

THATCHER, Margaret (1988a): The Revival of Britain. Rede vor dem Europakolleg in Brügge am 20. September 1988, in: Europa-Archiv 24: D682-D687.

THATCHER, Margaret (21993): Downing Street No.10. London.

THATCHER, Margaret (1995): The Path to Power. London.

THATCHER, Margaret (1996): Liberty and limited Government. Keith Joseph Memorial Lecture, 11 January, in: Thatcher, Margaret (1999): Complete Public Statements 1945-1998. Database and Compilation. Oxford.

THATCHER, Margaret (1997): Speech to the First International Conservative Congress, 28 September, in: Thatcher, Margaret (1999): Complete Public Statements 1945-1998. Database and Compilation. Oxford.

THATCHER, Margaret (2002): Statecraft. Strategies for a Changing World. New York.

WELSH, Michael/WHITNEY, Ray (1996): Europe: In our Out? An Honest Conservative Debate. London.

8.1.3 Labour Party

BLAIR, Tony (1988): Europe's Challenge, in: The Times vom 15. März.

BLAIR, Tony (1995): Speech to the Friedrich-Ebert-Foundation in Bonn. Press Release, 30 May. London.

BLAIR, Tony (1996): Speech to the BDI Conference. Press Release, 18 June. London.

BLAIR, Tony (1996a): New Britain. My Vision of a Young Country. London.

BLAIR, Tony (2000): A larger, stronger, more democratic Europe. Extracts from the Speech in Warsaw, 6 October, in: Rosenbaum, Martin (Hg.) (2001): Britain & Europe. The choices we face. Oxford: 189-196.

BRIVATI, Brian (Hg.) (2000): Guiding Light. The Collected Speeches of John Smith. London.

BROWN, Gordon (1992): Constitutional Change and the Future of Britain. The First Sovereignty Lecture, 9 March 1992. Charter 88 Trust. London.

COOK, Robin (1996): A Business Agenda for Europe. London.

COOK, Robin (1996a): Press Statement at Launch of 'Labour's Business Agenda for Europe', 28 May. London.

COOK, Robin (1996): Britain and Europe. Address given to the Royal Institute of International Affairs, 6 June. London.

COOK, Robin / ROBERTSON, George (1997): Pressekonferenz am 13. Mai in Paris, in: Britische Botschaft (Hg.): Britische Dokumentation D13. Bonn.

EUROPEAN PARLIAMENTARY LABOUR PARTY (1991): The New Europe. London.

EUROPEAN PARLIAMENTARY LABOUR PARTY (1992): Maastricht – Trick or Treaty? London.

EUROPEAN PARLIAMENTARY LABOUR PARTY (1998): A Single Currency for Europe. London.

HENDERSON, Douglas (1998): The UK Presidency: An Inside View, in: Journal of Common Market Studies 4: 563-572.

KINNOCK, Neil (1984): New Deal for Europe, in: New Socialist 16/1984.

LEADER'S WORKING GROUP on the IGC (1995): IGC 2A – Labour's Agenda for Europe. 9. Januar 1995. London.

LABOUR EURO-SAFEGUARDS CAMPAIGN (1995): New Labour and a Single Currency – Time to Face the Facts. Press Release, 20 July. London.

LABOUR EURO-SAFEGUARDS CAMPAIGN (1995a): A People's Europe and a Single Currency. Press Release, 2 August. London.

LABOUR EURO-SAFEGUARDS CAMPAIGN (1999): Questions and Answers on Corruption and Fraud in the European Union. Bulletin May 1999. London.

LABOUR EURO-SAFEGUARDS CAMPAIGN (1999a): Questions and Answers on Public Expenditure and the European Union. November 1999. London.

LABOUR EURO-SAFEGUARDS CAMPAIGN (2000): Questions and Answers on the December 1999 Helsinki/Tampere Summit. Bulletin March 2000. London.

LABOUR EURO-SAFEGUARDS CAMPAIGN (2000a): Questions and Answers on Proposals for the December 2000 Nice Treaty. Bulletin July 2000.

LABOUR EURO-SAFEGUARDS CAMPAIGN (2000b): Questions and Answers on the Pound and the Euro. Bulletin September 2000. London.

LABOUR EURO-SAFEGUARDS CAMPAIGN (2000c): Questions and Answers on whether the British people have ever been told the truth about the European Union. Bulletin November 2000. London.

LABOUR EURO-SAFEGUARDS CAMPAIGN (2001): Questions and Answers on the Treaty of Nice. Bulletin January 2001. London.

LABOUR PARTY (1984): Annual Conference Verbatim Report of the Labour Party. London.

LABOUR PARTY (1988): Annual Conference Verbatim Report of the Labour Party. London.

LABOUR PARTY (1989): Meet the Challenge. Make the Change. A New Agenda for Britain. Final Report of Labour's Policy Review for the 1990s. London.

LABOUR PARTY (1989a): The Challenge of 1992. European Manifesto 1989. London.

LABOUR PARTY (1990): Annual Conference Verbatim Report of the Labour Party. Blackpool, 30 September - 5 October 1990. London.

LABOUR PARTY (1990a): Looking to the future. A Dynamic Economy, a Decent Society, Strong in Europe. Policy Document. London.

LABOUR PARTY (1991): Annual Conference Verbatim Report of the Labour Party. Brighton, 29 September - 5 October. London.

LABOUR PARTY (1991a): Labour. Opportunity Britain. Labour's Better Way for the 1990s. Policy Document. London.

LABOUR PARTY (1991b): Made in Britain. New Markets, New Technology, New Government. Policy Document. London.

LABOUR PARTY (1991c): Report of the National Executive Committee to the ninetieth Annual Conference of the Labour Party. London.

LABOUR PARTY (1991d): Labour and Political Union. Policy Paper. London.

LABOUR PARTY (1992): Annual Conference Verbatim Report of the Labour Party. Blackpool, 28 September – 2 October 1992. London.

LABOUR PARTY (1992a): It's Time to Get Britain Working Again. General Election Manifesto 1992. London.

LABOUR PARTY (1992b): Pocket Policy Guide. London.

LABOUR PARTY (1993): A New Agenda for Democracy – Labour's Proposals for Constitutional Reform. London.

LABOUR PARTY (1993a): Prosperity through Co-operation – A New European Future. London.

LABOUR PARTY (1993b): Report of the ninety-second Annual Conference of the Labour Party. Brighton, 27 September – 1 October 1993. London.

LABOUR PARTY (1993c): Conference Arrangements Committee Report 1993. London.

LABOUR PARTY (1994): Make Europe work for you. Election Manifesto for the European Parliamentary Election 1994. London.

LABOUR PARTY (1994a): Report of the ninety-third Annual Conference of the Labour Party. Blackpool, 3 October – 7 October 1994. London.

LABOUR PARTY (1994c): Winning for Britain. Labour's Strategy for Industrial Success. London.

LABOUR PARTY (1995): A People's Europe. London.

LABOUR PARTY (1995a): The National Executive Committee Report 1995. London.

LABOUR PARTY (1995b): The Future of the European Union. Report on Labour's Position in Preparation for the Intergovernmental Conference 1996. London.

LABOUR PARTY (1995c): A New Economic Future for Britain. Economic and Employment Opportunities for All. London.

LABOUR PARTY (1995d): Agenda for the ninety-fourth Annual Conference of the Labour Party. Brighton, 2 October – 6 October 1995. London.

LABOUR PARTY (1995e): Special Conference – Clause IV. Blackpool, 29 April. London.

LABOUR PARTY (1996): The Road to the Manifesto. A Fresh Start for Britain. Labour's Strategy for Britain in the modern World. London.

LABOUR PARTY (1996a): The Labour Party Conference Verbatim Report. Blackpool, 30 September – 4 October 1996. London.

- LABOUR PARTY (1996b): Record of Decisions of the ninety-fifth Annual Conference of the Labour Party. Blackpool, 30 September – 4 October 1996. London.
- LABOUR PARTY (1997): Because Britain Deserves Better. General Election Manifesto 1997. London.
- LABOUR PARTY (1997a): Equipping Britain for the Future. Business Manifesto. London.
- LABOUR PARTY (1997b): The Labour Party Conference Verbatim Report, Brighton, 29 September – 3 October 1997. London.
- LABOUR PARTY (1997c): Labour in Government. Delivering the Contract to the People. National Executive Committee Statement to the Labour Party Annual Conference 1997. London.
- LABOUR PARTY (1997d): Record of Decisions for the ninety-sixth Conference of the Labour Party, Brighton, 29 September – 3 October 1997. London.
- LABOUR PARTY (1998): Verbatim Report of the ninety-seventh Conference of the Labour Party. Blackpool, 27 September – 2 October. London.
- LABOUR PARTY (1998a): Europe Consultation Paper. Local Policy Forum. London.
- LABOUR PARTY (1998b): National Policy Forum-Report to the Annual Conference of the Labour Party. London.
- LABOUR PARTY (1998c): Labour's first Year. A Summary of the Government's Annual Report 1997-98. London.
- LABOUR PARTY (1999): Making Britain better for all the People. Manifesto for the European Elections. London.
- LABOUR PARTY (1999a): Verbatim Report of the ninety-eighth Conference of the Labour Party. Bournemouth, 26 September – 1 October. London.
- LABOUR PARTY (1999c): Britain in the World. Consultation Paper. Local Policy Forum. London.
- LABOUR PARTY (2000): Verbatim Report on the ninety-ninth Conference of the Labour Party, Brighton, 24 September – 28 September 2000. London.
- LABOUR PARTY (2001): Ambitions for Britain. Labour's Manifesto 2001. London.
- LABOUR PARTY (2001a): Policy Handbook. London.
- LEADER'S WORKING GROUP (1995): Labour's Agenda for Europe, 9. Januar. London.
- MACSHANE, Denis (1991): Trade Unions and Europe, in: Political Quarterly 3: 351-364.
- MACSHANE, Dennis (1995): Europe's Next Challenge to British Politics, in: The Political Quarterly 1: 23-35.
- MANDELSON, Peter / LIDDLE, Roger (1996): The Blair Revolution. Can New Labour Deliver? London/Boston.
- MITCHELL, Austin (1994): Beckbench Influence. A Personal View, in: Parliamentary Affairs 4: 687-704.

- MITCHELL, Austin (2001): A Tale of two Federalisms, in: The Federal Trust (Hg.): Federal Britain in Federal Europe? London: 23-47.
- OFFICE OF THE LEADER OF THE OPPOSITION (1991): Labour's Approach to the Intergovernmental Conference on Economic and Monetary Union and Subsequent Developments of the European Community. 28. November 1990, in: Europa-Archiv 1: D1-D3.
- PARTY OF EUROPEAN SOCIALISTS (1999): 21 Commitments for the Twenty First Century. Brussels.
- ROBERTSON, George (1990): Britain in the new Europe, in: International Affairs 4: 697-702.
- ROBERTSON, George (1996): Getting away from an adversarial approach to Europe, in: Philip Morris Institute (Hg.): In a larger EU, can all member states be equal? Discussion Paper No. 9. Brussels: 58-67.
- SCOTT, Derek (2004): Off Whitehall. A View from Downing Street by Tony Blair's Adviser. London.
- SHORE, Peter (1993): Leading the Left. London.
- SHORE, Peter (2000): The Euro. Fighting against Federalism. Hg. von der Labour Euro-Safeguard Campaign. London.
- SMITH, John (1991): The Future of the European Community. Address given to the Royal Institute of International Affairs, Chatham House, 29 January 1991. London.
- SMITH, John (1991a): European Community, in: Brivati, Brian (Hg.) (2000): Guiding Light. The collected Speeches of John Smith. London: 144-154.
- SMITH, John (1992): Reforming our Democracy, in: Brivati, Brian (Hg.) (2000): Guiding Light. The collected Speeches of John Smith. London: 176-188.
- SMITH, John (1992a): Running for the Leadership, in: Brivati, Brian (Hg.) (2000): Guiding Light. The collected Speeches of John Smith. London: 159-162.
- SMITH, John (1992b): A Commitment to Change, in: Brivati, Brian (Hg.) (2000): Guiding Light. The collected Speeches of John Smith. London: 167-176.
- SMITH, John (1993): Maastricht, in: Brivati, Brian (Hg.) (2000): Guiding Light. The collected Speeches of John Smith. London: 225-239.
- VAZ, Keith (2001): Taking the lead in Europe, in: Rosenbaum, Martin (Hg.): Britain & Europe. The choices we face. Oxford: 281-286.

8.1.4 Liberaldemokraten

- ALLIANCE (o.J. [1987/88]): Action Programme. Draft Version. London.
- ASHDOWN, Paddy (1988): Speech to the Congress of the European Liberals, Democrats and Reformists (ELDR), 9 December. Luxemburg/London.
- ASHDOWN, Paddy (1989): Citizens' Britain. A Radical Agenda for the 1990s. London.
- ASHDOWN, Paddy (1989a): Letter to Social & Liberal Democrat Euro-Candidates after the European Election, 19 June. London.

ASHDOWN, Paddy (1989b): Speech to the Social and Liberal Democrat Rally for the European Elections in Maidstone. Press Release, 6 June. Maidstone/London.

ASHDOWN (1989c): A New Democratic Europe. Press Release, 15 November. London.

ASHDOWN, PADDY (1989d): The need to deal with the Realities of 1999. Press Release of a Speech in Manchester, 26 May 1989. Manchester/London.

ASHDOWN, Paddy (1989e): East Germany and all that. Brief Summary on the East German Situation and how the Liberal Democrats should play it. London.

ASHDOWN (1990): A New Democratic Europe. Speech to the Royal Institute of International Affairs, Chatham House, 28 June. London.

ASHDOWN, Paddy (1990a): Themes for the Federal Policy Committee in the Coming Year. An Introductory paper. FPC90/4. London.

ASHDOWN, Paddy (1990b): Individual Correspondence. London [LSE-ARCHIV: ASHDOWN 574 10/45 und ASHDOWN 578 10/57]

ASHDOWN, Paddy (1992): Individual Correspondence. London. [LSE-ARCHIV: ASHDOWN 578 10/57 und ASHDOWN 577 12/63]

ASHDOWN, Paddy (1992a): Maastricht. Memo to Russell Johnston, Charles Kennedy and David Steel, 3 June 1992. London.

ASHDOWN, Paddy (1992b): 4 November Debate on Maastricht. Minute to all Liberal Democrat MPs, 26. October. London.

ASHDOWN, Paddy (1992c): Party Strategy and Implications for Policy Development. Federal Policy Committee FPC/92/21. London.

ASHDOWN, Paddy (1992d): Letter to Russell Johnston MP, Charles Kennedy MP, and David Steel MP, on the Social Chapter, 3 December. London.

ASHDOWN, Paddy (1993): Individual Correspondence. London. [LSE-ARCHIV: ASHDOWN 578 10/57]

ASHDOWN, Paddy (1994): Beyond Westminster. Finding Hope in Britain. London.

ASHDOWN, Paddy (1995): How can we make Europe more relevant to voters? In: Philip Morris Institute for Public Policy Research (Hg.): How can the EU's voters have their say? PMI Paper No. 8. Brussels: 16-26.

ASHDOWN, Paddy (2000): The Ashdown Diaries. Vol. 1, 1988-1997. London.

BOGDANOR, Vernon (1992): Letter to Paddy Ashdown (Paving Motion), 1 November. Oxford.

BRACK, Duncan (1996): Liberal Democrat Policy, in: MACIVER, Don (Hg.): The Liberal Democrats. Hemel Hempstead, Harvester Wheatsheaf: 85-110.

BRUCE, Malcolm (1999): Blair should take lead on Euro membership. Press Release, 28 June. London.

BRUCE, Malcolm (1999a): Government Position on Europe remains 'unclear and ambiguous'. Press Release, 27 July. London.

CABLE, Vincent (1999): Preparing for EMU. A Liberal Democrat Approach. Centre for Reform Paper No. 7. London.

CLEGG, Nick (2000): Doing less to do more: A new Focus for the EU. Centre for European Reform Essays. London.

DUFF, Andrew (1990): Memorandum of Evidence to Sub-Committee on Economic, Monetary and Political Union in the House of Lords. London.

DUFF, Andrew (1990a): Setting the Agenda – a Memorandum. Liberal Democrat Working Group on EC Institutions. Cambridge.

DUFF, Andrew (1991): The Treaty of European Union. Policy Paper. Cambridge.

DUFF, Andrew (1991a): European Community Affairs. Letter to Paddy Ashdown, 6 August. Cambridge.

DUFF, Andrew (1991b): Referendum. Letter to Paddy Ashdown, 21 November. London.

DUFF, Andrew (1997): Reforming the European Union. London.

DUFF, Andrew (1999): The Unforseeable Circumstances of Mr Gordon Brown. Edited by The Federal Trust. London: 5-32.

JENKINS, Roy (1989): Euro-Election TV Script, 5 June. London.

JOHNSTON, Russell (1989): A New Democratic Europe, Press Release, 15 November. London.

JOHNSTON, Russell (1990): Letter to Duncan Brack on European Community Policy Working Group, 16 July. London.

JOHNSTON, Russell (1992): Letter to Paddy Ashdown, MP on the European Elections, 5 May. London.

KENNEDY, Charles (2001): An End to Vacillation, in: Rosenbaum, Martin (Hg.): Britain & Europe. The choices we face. Oxford: 293-297.

KING, Ian (1994): Analysis of European Election Candidate Questionnaires. Federal Policy Committee FPC 94/51a. London.

LEAMAN, Alan (1991): EC Social Policy. Memo to all Liberal Democrat MPs, 12 December. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1990): Reshaping Europe. Liberal Democrat Policies for East-West-Relations. Federal White Paper No. 3. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1990a): Conference Motion – Europe. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1990b): Conference Motion – “We, the People”. Towards a Written Constitution (Constitutional Green Paper). London.

LIBERAL DEMOCRATS (1990/91): Liberal Democrat Pocket Guide to Labour Party Politics. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1991): Citizens’ Europe. Federal Green Paper No. 20. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1991a): Ashdown launches „Citizens‘ Europe“. Press Release, 19 June. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1991b): Changing Britain for Good: Europe. Draft to the FPC. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1991c): Shaping Tomorrow – Starting Today. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1991d): Conference Motion – Economic and Monetary Union. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1991e): Conference Motion – Citizens’ Europe (EC Institutions Green Paper). London.

LIBERAL DEMOCRATS (1991f): Conference Motion – Changing Britain for Good. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1992): Changing Britain for Good. The Liberal Democrat Manifesto 1992. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1992a): Pocket Guide to Europe. Hg. von Liberal Democrats’ Publications. Dorchester.

LIBERAL DEMOCRATS (1992b): Conference Motion – A Citizens’ Europe. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1993): Pocket Guide to Liberal Democrat Policies. Dorchester.

LIBERAL DEMOCRATS (1993a): Confidential Co-ordinating Group Report – Maastricht. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1993b): Confidential Paper on European Communities (Amendment) Bill. Order of possible Votes, 17 March. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1993c): Parliamentary Party Comments on Euro Paper. Federal Policy Committee FPC/93/71b. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1993d): A Party for All its Members. Liberal Democrat Structure and Organisation. Policy Briefing No. 2. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1993e): Public Investment; Private Enterprise. Liberal Democrat Policies on the Economy. Policy Briefing No. 29. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1993f): Conference Motion – Central & Eastern Europe in a Wider Community. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1993g): Conference Motion – UK Regions in the European Union. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1993h): Conference Motion – Here We Stand (Constitutional Reform White Paper). London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994): The Constitution. The Federal Party – The Party in England. Dorchester.

LIBERAL DEMOCRATS (1994): Manifesto for the European Parliamentary Elections 1994. Unlocking Britain’s Potential – Making Europe Work for Us. Dorchester/London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994a): Comments of the Parliamentary Party ‘Unlocking Britain’s Potential – Making Europe Work for Us’. Federal Policy Committee FPC/94/32. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994b): Conference Motion – Making Europe Work for Us (European Themes Paper). London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994c): European Election Campaign. FPC 94/51. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994d): 1994 Euro-Election Questionnaire from the Liberal Democrat Policy Unit. Lancaster South Constituency. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994e): 1994 Euro-Election Questionnaire from the Liberal Democrat Policy Unit. Federal Policy Committee FPC 94/5/A. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994f): The Party of the Nineties. A Brief History. Policy Briefing No. 1. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994g): Making the Most of Britain's Membership. The Liberal Democrat Vision for Europe. Policy Briefing No. 41. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994h): Party Policy. How Liberal Democrat Policies are Made. Policy Briefing No. 44. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1994i): Putting People First. Liberal Democrat Principles. Policy Briefing No. 48. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1995): Europe and the 1996 IGC. Federal Policy Consultation Paper No. 23. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1995a): The Liberal Democrat Guarantee. Your Security for a Better Future. Draft to the Federal Policy Committee FPC/95/41. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1995b): Conference Motion – UK Constitution. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1996): Meeting the European Challenge. Policy Paper No. 19. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1996a): Pocket Guide to Europe. Dorchester.

LIBERAL DEMOCRATS (1996b): Constitutional Reform. The Liberal Democrats' Agenda. A Declaration of Aims and Principles. Federal Policy Committee FPC/96/42. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1996c): Constitutional Declaration: Draft Conference Motion. Federal Policy Committee FPC96/42b. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1996b): Conference Motion – Meeting the European Challenge (IGC Policy Paper). London.

LIBERAL DEMOCRATS (1997): Priorities for Britain. Making the Difference. The General Election Manifesto 1997. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1997a): Conference Motion – Treaty of Amsterdam and Agenda 2000 Proposals. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1997b): Night Team Report – Election '97, 7 April. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1997c): Night Team Report – Election '97, 11 April. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1997d): The European Union after Amsterdam. Background Paper. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1997e): Report on the Joint Consultative Committee on Constitutional Reform. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1998): Moving Ahead. Towards a Citizens' Britain. Policy Review. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999): Ambitious for Britain. European Election Manifesto. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999a): Joint Paper on European Defence. Presse Release, 13 May. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999b): Ashdown Rallies Troops for Euro Election – 'Opting Out Means Britain Loses Out.' Press Release, 21 May. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999c): Liberal Democrats back democratisation of Europe and early single currency referendum. Press Release, 24. May. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999d): Lib Dems tackle fraud and waste in Europe. Press Release, 2. June. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999e): ‚Stop spinning from abroad and face up to the Euro’, Bruce tells government. Press Release, 23 June. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999f): Conference Motion – Launch of the Euro. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999g): Conference Motion – Bringing the European Commission to Account. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999h): Conference Motion – Europe – The Way Ahead. London.

LIBERAL DEMOCRATS (1999i): Liberal Democrat Policies: Making Europe work for Us. Policy Briefing No. 43. London.

LIBERAL DEMOCRATS / LABOUR PARTY (2000): Joint Cabinet Committee Paper on the Intergovernmental Conference. London.

LIBERAL DEMOCRATS (2000): Conference Motion – Constitution of the European Union. London.

LIBERAL DEMOCRATS (2000a): Conference Motion – Reforming Governance in the UK (Constitutional Reform Policy Paper). London.

LIBERAL DEMOCRATS (2001): The General Election Manifesto 2001: Freedom – Justice – Honesty. London.

LIBERAL DEMOCRATS (2001a): Campaign Guide 2001: Europe. London.

MARSHALL, Paul / LAWS, David (Hg.) (2004): The Orange Book. Reclaiming Liberalism. London.

MOLE, Stuart (1992): Europe and Democracy. The Case for a Referendum. London.

RICH, Ben (1994): European Election Manifesto and Post-Election ‘Policy Showcase’ Document. Federal Policy Committee FPC/94/21. London.

SOCIAL AND LIBERAL DEMOCRATS (1989): Our different Vision. Values and Themes for Social and Liberal Democrats. London.

SOCIAL AND LIBERAL DEMOCRATS (1989a): A Europe for Democrats. Federal White Paper No. 1. London.

SOCIAL AND LIBERAL DEMOCRATS (1989b): Manifesto for a People’s Europe. The Social and Liberal Democrats’ Programme for the European Elections 1989. London.

SOCIAL AND LIBERAL DEMOCRATS (1989c): Ashdown: Thatcher isolated in Europe, Britain pays the penalty. Press Release, 15 June. London.

SOCIAL AND LIBERAL DEMOCRATS (1989d): East West Relations Committee. Draft Version. London.

SOCIAL AND LIBERAL DEMOCRATS (1989e): After the Cold War. Social and Liberaldemocrat Policies on East-West Relations in the 1990s. Federal Green Paper No. 9. London.

SOCIAL AND LIBERAL DEMOCRATS (1989f): Report on the Madrid Summit. London.

SOCIAL AND LIBERAL DEMOCRATS (1989g): Thatcher's Conditions: Madrid. Position Paper on the Summit. London.

STEEL, David (1989): A New Democratic Europe. Press Release, 15 November. London.

WALLACE, William (1990): Europe and the Myth of Westminster. MEPs must spell out the truth about how our partners see us. In: The Independent vom 24. Januar 1990.

WALLACE, William (1998): The Third Way and the Fourth..., in: Grayson, Richard (Hg.): Liberal Democrats and the Third Way. Centre for Reform Paper No. 4. London: 15-24.

WILSON, Des (1992): Memorandum to Paddy Ashdown and Tim Clement-Jones (Ashdown Tour), 24 September. London.

WILSON, Des (1992a): Speech to Conference in Essex (Election Campaign and Strategy), 18 September 1992. London/Essex.

8.2 Sekundärliteratur

ALDERMAN, Keith/CARTER, Neil (1991): A Very Tory Coup. The Ousting of Mrs Thatcher, in: Parliamentary Affairs 2/1991: 125-139.

ALDERMAN, Keith/CARTER, Neil (1993): The Labour Party Leadership and Deputy Leadership Election of 1992, in: Parliamentary Affairs 1: 49-65.

ALDERMAN, Keith (1993): Legislating on Maastricht, in: Contemporary Record. The Journal of Contemporary British History 3: 499-521.

ALDERMAN, Keith (1996): The Conservative Leadership Election of 1995, in: Parliamentary Affairs 2: 316-332.

ALDERMAN, Keith (1998): The Conservative Leadership Election of 1997, in: The Political Quarterly 1: 1-16.

ALDERMAN, Keith/CARTER, Neil (2000): The Liberal Democratic Leadership Election of 1999, in: Parliamentary Affairs 2: 311-327.

ALEMANN, Ulrich von (Hg.) (1995): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung. Opladen.

ALEMANN, Ulrich von/FORNDRAN, Erhard (1995): Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis. 5. Auflage. Stuttgart.

ALEMANN, Ulrich von/TÖNNESMANN, Wolfgang (1995): Kapitel I. Grundriß: Methoden in der Politikwissenschaft. In: Alemann, Ulrich von (Hg.): Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung. Opladen: 17-140.

ALLEN, David (1990): Britain and the EC. From Thatcher to Major, in: Contemporary European Affairs 4: 165-182.

ALLEN, David / SMITH, Michael (2001/2002): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 385-392.

- ANDERSON, Bruce (1991): John Major. The Making of a Prime Minister. London.
- ANDERSON, Paul / MANN, Nyta (1997): Safety First. The Making of New Labour. London.
- ANSPRENGER, Franz (1998): Erbe des Empire – Bedeutungswandel des Commonwealth. In: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn. (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 354): 405-419.
- APPLEBAUM, Anne (1995): The best lack all conviction, in: The Spectator, 18 February 1995: 12-14.
- APPLEBAUM, Anne (1997): Tony Blair and the New Left, in: Foreign Affairs 2: 45-60.
- ARMITAGE, Michael Sir (2001): The Problems for NATO, in: Rosenbaum, Martin (Hg.): Britain & Europe. The Choice We Face. London: 115-120.
- ASHFORD, Nigel (1983): The Conservative Party and European Integration. Coventry.
- ASPINWALL, Mark (2000): Structuring Europe: Powersharing Institutions and British Preferences on European Integration, in: Political Studies 3/2000: 415-442.
- ASPINWALL, Mark (2003): Odd Man out: Rethinking British Policy on European Monetary Integration, in: Review of International Studies 3: 341-364.
- BAKER, David (2001): Britain and Europe. The Argument continues, in: Parliamentary Affairs 2, Special Issue UK 2000: 276-288.
- BAKER, David/GAMBLE, Andrew/LUDLAM, Steve (1992): More 'Classless' and less 'Thatcherite'? Conservative Ministers and New Conservative MPs after the 1992 Election, in: Parliamentary Affairs 4/1992: 656-668.
- BAKER, David/GAMBLE, Andrew/LUDLAM, Steve (1993a): Whips or Scorpions? The Maastricht Vote and the Conservative Party, in: Parliamentary Affairs 1/1993: 147-166.
- BAKER, David/GAMBLE, Andrew/LUDLAM, Steve Ludlam (1993): 1846...1906...1996? Conservative Splits and European Integration, in: Political Quarterly 4: 420-434.
- BAKER, David/GAMBLE, Andrew/LUDLAM, Steve (1994): The Parliamentary Siege of Maastricht 1993: Conservative Divisions and British Ratification, in: Parliamentary Affairs 1: 37-59.
- BAKER, David/ FOUNTAIN, Imogen/GAMBLE, Andrew/LUDLAM, Steve (1994a): What Tories MPs think about Europe, in: Parliamentary Affairs 3/1994.
- BAKER, David/FOUNTAIN, Imogen/GAMBLE, Andrew/LUDLAM, Steve (1995): Backbench Conservative Attitudes to European Integration, in: Political Quarterly 2: 221-233.
- BAKER, David/GAMBLE, Andrew/LUDLAM, Steve/SEAWRIGHT, David (1996): Labour and Europe. A Survey of MPs and MEPs, in: The Political Quarterly 4: 353-371.
- BAKER, David / SEAWRIGHT, David (Hg.) (1998): Britain for and against Europe. British Politics and the Question of European Integration. Oxford.

- BAKER/David / SEAWRIGHT, David (1998a): A 'Rosy' Map of Europe? Labour Parliamentarians and European Integration, in: BAKER, David / SEAWRIGHT, David (Hg.): Britain for and against Europe. British Politics and the Question of European Integration. Oxford: 57-87.
- BARKER, Anthony/BYRNE, Iain/VEALL, Anjuli (2000): Ruling by Task Force. The Politico's Guide to Labour's New Elite. London.
- BARRY JONES, J. (1999): Devout Defender of the Union: John Major and Devolution, in: Dorey, Peter (Hg.): The Major Premiership. Politics and Policy under John Major 1990 – 1997. London: 126-145.
- BBC (2001): Vote 2001 – Party Policies – Conservatives: Europe. URL: http://news.bbc.co.uk/vote2001/hi/english...party_policies/newsid_1130000/1130901.stm [Abgerufen am 26.05.2001].
- BBC (2001): Vote 2001 – Party Policies – Labour: Europe. URL: http://news.bbc.co.uk/vote2001/hi/english...party_policies/newsid_1146000/1146244.stm [Abgerufen am 26.05.2001].
- BBC (2001): Vote 2001 – Party Policies – Liberal Democrats: Europe. URL: http://news.bbc.co.uk/vote2001/hi/english...party_policies/newsid_1147000/1147020.stm [Abgerufen am 26.5.2001].
- BECKER, Bernd (1999): Mitgliederbeteiligung und innerparteiliche Demokratie in britischen Parteien – Modelle für die deutschen Parteien? Baden-Baden. (Diss.)
- BECKER, Bernd (2002): Politik in Großbritannien. Einführung in das politische System und Bilanz der ersten Regierungsjahre Tony Blairs. Paderborn.
- BENNIE, Lynn / CURTICE, John / RÜDIG, Wolfgang (1996): Party members, in: MACIVER, Don (Hg.): The Liberal Democrats. Hemel Hempstead, Harvester Wheatsheaf: 135-153.
- BERG, Sebastian / KAISER, André (Hg.): New Labour und die Modernisierung Großbritanniens. Augsburg. (= Schriftenreihe des Arbeitskreis Deutsche England-Forschung; Bd. 54).
- BERRINGTON, Hugh (1998): Britain in the Nineties. The Politics of Paradox, in: West European Politics 1: 1-27.
- BERRINGTON, Hugh/HAGUE, Rod (1998): Europe, Thatcherism and Traditionalism: Opinion, Rebellion and the Maastricht Treaty in the Backbench Conservative Party, 1992-1994, in: West European Politics 1: 44-71.
- BERRY, Sebastian (1992): Party Strategy and the Media. The Failure of Labour's 1992 Election Campaign, in: Parliamentary Affairs 4: 565-581.
- BIELING, Hans-Jürgen/LERCH, Marika (Hg.) (2005): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden.
- BIELING, Hans Jürgen/LERCH, Marika (2005): Theorien der europäischen Integration: ein Systematisierungsversuch, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hg.) (2005): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden: 9-40.
- BIELING, Hans-Jürgen (2005): Intergouvernementalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hg.) (2005): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden: 91-116.

- BLAIR, Alasdair (1998): *Swimming with the Tide? Britain and the Maastricht Treaty Negotiations on Common Foreign and Security Policy*, in: *Contemporary British History* 3: 87-102.
- BOGDANOR, Vernon (1993): *The 1992 General Election and the British Party System*, in: *Government and Opposition* 3: 283-298.
- BRACK, Duncan (1996): *Liberal Democrat Policy*, in: MacIver, Don (Hg.): *The Liberal Democrats*. Hemel Hempsted, Harvester Wheatsheaf: 85-110.
- BRIVATI, Brian/JONES, Harriet (Hg.) (1993): *From Reconstruction to Integration. Britain and Europe since 1945*. London.
- BRIVATI, Brian/BALE, Tim (Hg.) (1997): *New Labour in Power. Precedents and Prospects*. London.
- BRIVATI, Brian (Hg.) (2000): *Guiding Light. The collected Speeches of John Smith*. London.
- BROAD, Roger (2001): *Labour's European Dilemmas. From Bevin to Blair*. Houndmills, Basingstoke, Hampshire.
- BROWN, Andrew J. (1992): *The Major Effect. Changes in Party Leadership and Party Popularity*, in: *Parliamentary Affairs* 4: 545-564.
- BULLER, Jim (2000): *Understanding Contemporary Conservative Euro-Scepticism: Statecraft and the Problem of Governing Autonomy*, in: *The Political Quarterly* 3/2000: 319-327.
- BULMER, Simon/GEORGE, Stephen/SCOTT, Andrew (Hg.) (1992): *The United Kingdom and EC Membership Evaluated*. London.
- BULMER, Simon (1994): *Britain and European Integration*, in: Jones, Bill (Hg.): *Politics UK*. London: 632-652.
- BULMER, Simon (1997): *Erwartungen an die Regierungskonferenz 1996*, in: Magiera, Siegfried (Hg.): *Die Zukunft der Europäischen Union*. Berlin: 227-232.
- BULPITT, Jim (1992): *Conservative Leaders and the 'Euro-Ratchet'. Five Doses of Scepticism*, in: *The Political Quarterly* 1: 258-274.
- BUNDESZENTRALE für politische Bildung (Hg.) (1993): *Grundwissen Politik*. Bonn (=Schriftenreihe Studien zur Geschichte und Politik. Bd. 302).
- BUTLER, David/KAVANAGH, Dennis (2002): *The British General Election of 2001*. Houndsmills.
- BUTLER, David/WESTLAKE, Martin (1995): *British Politics and European Elections 1994*. London.
- CHARMLEY, John (1998): *The Conservative Defeat: An Historical Perspective*, in: *Political Quarterly* 2: 118-125.
- CHILDS, David (1995): *Britain since 1945. A Political History*. London.
- CLARKE, Michael (1992): *British External Policy-Making in the 1990s*. London.
- CLARKE, Scott/CURTICE, John (1998): *The Liberal Democrats and European Integration*, in: Baker, David / Seawright, David (Hg.): *Britain for and against Europe. British Politics and the Question of European Integration*. Oxford: 88-107.
- COKER, Christopher (1992): *Britain and the New World Order. The Special Relationship in the 1990s*, in: *International Affairs* 3: 407-421.

- COLE, Alistair (2001): National and Partisan Contexts of Europeanization: The Case of the French Socialists, in: *Journal of Common Market Studies* 1: 15-36.
- COOK, Chris (2002): *A Short History of the Liberal Party*. 6. Auflage. London.
- COWLEY, Philip/ GARRY, John (1998): The British Conservative Party and Europe: the Choosing of John Major, in: *British Journal of Political Science* 2: 473-499.
- COWLEY, Philip (1999): Chaos or Cohesion? Major and the Conservative Parliamentary Party, in: Dorey, Peter (Hg.): *The Major Premiership. Politics and Policies under John Major 1990 – 1997*. London: 1-25.
- COWLEY, Philip (2000): British Parliamentarians and European Integration, in: *Party Politics* 4: 463-472.
- CURTICE, John (1996): Who votes for the centre now? In: Maciver, Don (Hg.): *The Liberal Democrats*. Hemel Hempsted, Harvester Wheatsheaf: 191-204.
- CZADA, Roland/Schmidt, Manfred G. (Hg.) (1993): *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Festschrift für Gerhard Lehbruch. Opladen.
- DAHRENDORF, Ralf: *On Britain*. London 1982.
- DANIELS, Philip (1998): From Hostility to 'Constructive Engagement': The Europeanisation of the Labour Party, in: *Westeuropean Politics* 1: 72-96.
- DEIGHTON, Anne (1990): Missing the Boat. Britain and Europe 1945-1961, in: *Contemporary Record. The Journal of Contemporary British History*. Februar 1990: 15-17.
- DEIGHTON, Anne (2001): European Union Policy, in: Seldon, Anthony (Hg.): *The Blair Effect. The Blair Government 1997-2001*. London: 307-328.
- DENMAN, Roy (1995): Missed Chances. Britain and Europe in the Twentieth Century, in: *The Political Quarterly* 1: 36-45.
- DERBYSHIRE, J.D./DERBYSHIRE (1990): *Politics in Britain*. London.
- DOBSON, Alan (1998): Die 'Special Relationship': Zur Entwicklung der britisch-amerikanischen Sonderbeziehung seit 1945. In: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Bonn (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 354): 420-436.
- DÖHRING, Herbert (1997): Politische Reformen von Thatcher bis Blair. Abschied vom insularen Sonderweg? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B18/1997: 10-21.
- DOREY, Peter (1999): Dispair and Desillusion Around: The Major Premiership in Perspective, in: Dorey, Peter (Hg.): *The Major Premiership. Politics and Policies under John Major 1990 – 1997*. London: 218-249.
- DOREY, Peter (Hg.) (1999): *The Major Premiership. Politics and Policies under John Major 1990 – 1997*. London.
- DRIVER, Stephen/MARTELL, Luke (1998): *New Labour. Politics after Thatcherism*. Bodmin/Cornwall.
- DUNLEAVY, Patrick (1993): The Political Parties, in: Dunleavy, Patrick/Gamble, Andrew/Holliday, Ian/Peele, Gilian (Hg.): *Developments in British Politics* 4. Basingstoke/London: 123-153.

- DUNLEAVY, Patrick/GAMBLE, Andrew/HOLLIDAY, Ian/PEELE, Gillian (Hg.) (1988): *Developments in British Politics 3*. Basingstoke/London.
- DUNLEAVY, Patrick/GAMBLE, Andrew/HOLLIDAY, Ian/PEELE, Gillian (Hg.) (1993): *Developments in British Politics 4*. London.
- DUNLEAVY, Patrick/GAMBLE, Andrew/HOLLIDAY, Ian/PEELE, Gillian (Hg.) (2000): *Developments in British Politics 6*. Basingstoke/London.
- DUTTON, David (2004): *A History of the Liberal Party*. Basingstoke/Hampshire.
- EBERSOLD, Bernd (1995): *Delusions of grandeur. Großbritannien, der Kalte Krieg und der Nahe Osten 1945-1956*, in: JANSEN, Hans-Heinrich / LEHMKUHL, Ursula (Hg.): *Großbritannien, das Empire und die Welt. Britische Außenpolitik zwischen ‚Größe‘ und ‚Selbstbehauptung‘, 1850-1990*. Bochum: 139-168.
- EDWARDS, Geoffrey (1993): *Britain and Europe*, in: Jonathan Story (Hg.): *The New Europe. Politics, Government and Economy since 1945*. Oxford: 207-227.
- EVANS, Eric J. (1997): *Thatcher and Thatcherism. Making of the Contemporary World*. London.
- FELLA, Stephano (2002): *New Labour and the European Union. Political Strategy, Political Transition and the Amsterdam Treaty Negotiation*. Aldershot, Hampshire.
- FIELDHOUSE, Ed / RUSSELL, Andrew (2001): *Latent Liberalism? Sympathy and Support for the Liberal Democrats at the 1997 British General Election*, in: *Party Politics 6*: 711-738.
- FIELDING, Steven (2000): *A New Politics?* In: Dunleavy, Patrick/Gamble, Andrew/Holliday, Ian/Peele, Gillian (2000): *Developments in British Politics 6*. Basingstoke/London: 10-28.
- FISCHER, Kai (1996): *Britische Europapolitik. Von Margaret Thatcher zu John Major*. Mosbach.
- FORSTER, Anthony (2002): *Anti-Europeans, Anti-Marketeers and Eurosceptics: The Evolution and Influence of Labour and Conservative Opposition to Europe*, in: *The Political Quarterly 3*: 299-308.
- GAFFNEY, John (Hg.) (1996): *Political Parties and the EU*. London.
- GAMBLE, Andrew (1988): *The Free Economy and the Strong State. The Politics of Thatcherism*. London.
- GAMBLE Andrew (1994): *Britain in Decline. Economic Policy, Political Strategy and the British State*. London.
- GAMBLE, Andrew / Kelly, Gavin (2000): *The British Labour and Monetary Union*, in: *West European Politics 1*: 1-25.
- GAMBLE, Andrew (2003): *Between America and Europe. The Future of British Politics*. Houndmills, Basingstoke.
- GARNETT, Mark (1997): *Tories I: A Return to One Nation*, in: *New Statesman*, 9 May: 15-16.
- GARNETT, Mark (2004): *The Free Economy and the Schizophrenic State: Ideology and the Conservatives*, in: *The Political Quarterly 4*: 367-372.
- GARRY, John (1995): *The British Conservative Party. Divisions over European Policy*, in: *West European Politics 1*: 170-189.

- GEORGE, Stephen (1991): *Politics and Policy in the European Community*. Oxford.
- GEORGE, Stephen (1992): *Britain and the European Community. The Politics of 'Semi-Detachment'*. Oxford.
- GEORGE, Stephen (1994): *An Awkward Partner: Britain in the European Community*. London.
- GEORGE, Stephen (1994a): Great Britain and the European Community, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*. Januar 1994: 44-55.
- GEORGE, Stephen (1996): The Approach of the British Government to the 1996 Intergovernmental Conference of the EU, in: *Journal of European Public Policy* 1: 45-62.
- GEORGE, Stephen / HAYTHORNE, Dorothy (1996): The Labour Party, in: Gaffney, John (Hg.): *Political Parties and the EU*. London.
- GEORGE, Stephen (1998): Die intellektuelle Debatte in Großbritannien über die Europäische Union. Paris (= *Notre Europe – Studien und Forschung*; No. 5).
- GIDDENS, Anthony (1998): *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*. London.
- GIDDINGS, Philip/DREWEY, George (Hg.) (1996): *Westminster and Europe - The Impact of the EU on the Westminster Parliament*. London.
- GIERING, Claus (1997): *Europa zwischen Zweckverband und Superstaat. Die Entwicklung der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie im Prozess der europäischen Integration*. Bonn.
- GIERING, Claus (1997a): Vertiefung durch Differenzierung - Flexibilisierungskonzepte in der aktuellen Reformdebatte, in: *Integration* 2.
- GIESEL, Katharina D. (2007): *Leitbilder in den Sozialwissenschaften. Begriffe, Theorien und Forschungskonzepte*. Wiesbaden [Diss.].
- GILMOUR, Ian/GARNETT, Mark (1998): *Whatever happened to the Tories. The Conservatives since 1945*. London.
- GILMOUR, Ian/GARNETT, Mark (1998a): The Lessons of Defeat, in: *Political Quarterly* 2/1998: 126-132.
- GOWLAND, David/TURNER, Arthur (Hg.) (2000): *Britain and European Integration 1945-1998*. London.
- GRAHL, John/TEAGUE, Paul (1988): The British Labour Party and the European Community, in: *The Political Quarterly* 1: 72-85.
- GRANDE, Edgar (1993): Die neue Architektur des Staates. Aufbau und Transformation nationalstaatlicher Handlungskapazität – untersucht am Beispiel der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Czada, Roland/Schmidt, Manfred G. (Hg.): *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Festschrift für Gerhard Lehmbruch. Opladen: 51-67.
- GRANT, Charles (1998): *Can Britain lead in Europe?* Edited by the Centre for European Reform. London.
- GRAYSON, Richard (1998): What is the Third Way? In: Grayson, Richard (Hg.): *Liberal Democrats and the Third Way*. Centre for Reform Paper No. 4. London: 6-14.

- GRAYSON, Richard (Hg.): Liberal Democrats and the Third Way. Centre for Reform Paper No. 4. London.
- GREENWOOD, Sean (1992): Britain and European Co-operation since 1945. Oxford.
- GROßE HÜTTMANN, Martin/Fischer, Thomas (2005): Föderalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hg.) (2005): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden: 41-64.
- HALE, David (1999): Great Britain – Reluctant European. London.
- HARROP, Martin (1997): The Pendulum Swings. The British Election 1997, in: Government and Opposition 3/1997: 305-319.
- HARROP, Martin (2001): An Apathetic Landslide. The British Election of 2001, in: Government and Opposition 3/2001: 295-313.
- HEARL, Derek (1994): Britain and Europe since 1945, in: Parliamentary Affairs 1: 515-529.
- HEFFERNAN, Richard (2001): Beyond Euro-Scepticism. Exploring the Europeanisation of the Labour Party since 1983, in: The Political Quarterly 2: 180-189.
- HEINDRICHS, Sebastian (2005): Die Europapolitik Großbritanniens unter besonderer Berücksichtigung der britischen Position zur Osterweiterung der Europäischen Union und der Regierung Blair. Berlin. (Diss.).
- HEINDRICHS, Sebastian (2006): Großbritannien und die Reform der Europäischen Union unter der Regierung Blair, in: Berg, Sebastian/Kaiser, André (Hg.): New Labour und die Modernisierung Großbritanniens. Augsburg. (= Schriftenreihe des Arbeitskreis Deutsche England-Forschung; Bd. 54): 119-142.
- HELMS, Ludger (1995): Labour light. Großbritanniens Arbeiterpartei auf dem Rückweg zur Regierungsfähigkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4: 450-458.
- HERBRINK, André (1997): Britain, Germany and European Integration. Working Paper No. 586 of the Norwegian Institute of International Affairs. o.O.
- HÉRITIER, Adrienne/MINGERS, Susanne/KNILL, Christoph/BECKA, Martina (1994): Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa. Opladen.
- HEYDEMANN, Günther (1994): Großbritannien und Deutschland. Probleme einer „stillen Allianz“ in Europa, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (1994): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 327): 363-373.
- HEYWOOD, Andrew (1994): Britain's Dominant Party System, in: Robins, Lynton/Blackmore, Hilary/Pyper, Robert (Hg.): Britain's changing Party System. London: 10-25.
- HIERZINGER, Roland/POLLAK, Johannes (Hg.) (2001): Europäische Leitbilder. Festschrift für Heinrich Schneider. Baden-Baden.
- HIX, Simon (2000): Britain, the EU and the Euro, in: Dunleavy, Patrick/Gamble, Andrew/Holliday, Ian/Peele, Gillian (2000): Developments in British Politics 6. Basingstoke/London: 47-68.
- HÖRNLEIN, Frank (2000): Leitbilder im Zielsystem der europäischen Integration. Berlin.

- HOFFMANN, Stanley (1983): Reflections on the Nation-State in Western Europe today, in *Journal of Common Market Studies* 4/1983: 21-37.
- HOLDEN, Russell (2002): *The Making of New Labour's European Policy*. London.
- HRBEK, Rudolf (1989): Nationalstaat und Europäische Integration. Die Bedeutung der nationalstaatlichen Komponente für den EG-Integrationsprozeß, in: Haungs, Peter (Hg.): *Europäisierung Europas?* Baden-Baden: 81-108.
- HRBEK, Rudolf (Hg.) (1997): *Die Reform der Europäischen Union. Positionen und Perspektiven anlässlich der Regierungskonferenz*. Baden-Baden.
- HUGHES, Kirsty (1996): The 1996 Intergovernmental Conference and EU Enlargement, in: *International Affairs* 1: 1-8.
- HUGHES, Kirsty/SMITH, Edward (1998): New Labour – New Europe? In: *International Affairs* 1: 93-104.
- HUTTON, Will (1995): *The State We're In*. London.
- INGLE, Stephen (1994): Britain's Third Party, in: Robins, Lynton/Blackmore, Hilary /Pyper, Robert (Hg.): *Britain's Changing Party System*. London / New York: 93-109.
- INGLE, Stephen (1996): Party Organisation, in: MACIVER, Don (Hg.) (1996): *The Liberal Democrats*. Hemel Hempsted, Harvester Wheatsheaf: 113-133.
- IONESCU, Ghita (1994): Turbulence in British Politics. The first two Years of the Major Government, in: *Government and Opposition* 2: 181-200.
- JACHTENFUCHS, Markus (1992): Die EG nach Maastricht. Das Subsidiaritätsprinzip und die Zukunft der Integration, in: *Europa-Archiv* 10: 279-287.
- JACHTENFUCHS, Markus (1993): Ideen und Interessen: Weltbilder als Kategorien der politischen Analyse. MZES Working Paper AB III/Nr. 2. Mannheim.
- JACHTENFUCHS, Markus (2002): *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*. Baden-Baden.
- JACOBET, Cord/YENAL, Alparslan (Hg.) (1993): *Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven*. Bonn (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 317).
- JANNING, Josef (2006): Leitbilder, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.): *Europa von A bis Z*. 9. Auflage. Bonn (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; Bd. 393): 304-310.
- JANSEN, Hans-Heinrich (1992): Großbritannien, das Scheitern der EVG und der NATO-Beitritt der Bundesrepublik Deutschland. Bochum.
- JANSEN, Hans-Heinrich / LEHMKUHL, Ursula (Hg.) (1995): *Großbritannien, das Empire und die Welt. Britische Außenpolitik zwischen ‚Größe‘ und ‚Selbstbehauptung‘, 1850-1990*. Bochum.
- JASMUT, Gunter (1995): *Die politischen Parteien und die europäische Integration*. Frankfurt am Main.
- JEFFREYS, Kevin (1993): *The Labour Party since 1945*. London.
- JESSE, Eckhard (1994): Wahlsysteme und Wahlrecht. In: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hg.) (1994): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Bonn: 174-193.
- JOWELL, Roger/HOINVILLE, Gerald (1976): *Britain into Europe. Public Opinion and the EEC 1961-1975*. London.

- JOHNSON, Dominic (1997): Abschied von der Insel. Großbritannien im Wandel. Bonn.
- JOHNSTON, R.J. (1995): The Conflict over Qualified Majority Voting in the European Union Council of Ministers: An Analysis of the UK Negotiating Stance Using Power Indices, in: British Journal of Political Science 2/1995: 245-254.
- JONES, Alistair (1994): Parties, Ideologies and Issues. The Case of the European Community, in: Robins, Lynton/Blackmore, Hilary/Pyper, Robert (Hg.): Britain's Changing Party System. London: 75-91.
- JONES, Bill (Hg.) (1994²): Politics UK. Hemel Hempstead.
- JONES, Tudor (1996): Liberal Democrat Thought, in: Maciver, Don (Hg.): The Liberal Democrats. Hemel Hempstead, Harvester Wheatsheaf: 63-83.
- JOPP, Mathias / SCHNEIDER, Heinrich / MAURER, Andreas (Hg): Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Perspektiven für die politische Bildung. Bonn.
- JUDGE, David (1986): The British Government, European Union and EC Institutional Reform, in: The Political Quarterly 3: 321-328.
- KAISER, Wolfram (1994): Using Europe and Abusing the Europeans. The Conservatives and the European Community 1957-1994, in: Contemporary Record. The Journal of Contemporary History. August 1994: 381-399.
- KAISER, Wolfram (1996): Großbritannien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1955-1961. Von Messina nach Canossa. Berlin.
- KASTENDIEK, Hans / ROHE, Karl / VOLLE, Angelika (1994): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 327).
- KASTENDIEK, Hans / ROHE, Karl / VOLLE, Angelika (1998): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 354).
- KAVANAGH, Dennis (1990): Thatcherism and British Politics. The End of Consensus? Oxford.
- KAVANAGH, Dennis / SELDON, Anthony (Hg.) (1991): The Thatcher Effect. A Decade of Change. Oxford.
- KAVANAGH, Dennis / SELDON, Anthony (Hg.) (1994): The Major Effect. London.
- KELLY, Richard (1995): Power in the Tory Party. Developments since 1992, in: Politics Review, April 1995: 11-14.
- KELLY, Richard (2001): Conservatism under Hague. The Fatal Dilemma, in: The Political Quarterly 2: 197-203.
- KELLY, Richard (2004): The Conservative Party since 2001, in: The Political Quarterly 4: 347-349.
- KEOHANE, Robert O. (1989): International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory. Boulder, San Francisco and London.
- KETTELL, Steven (2004): Why New Labour Wants the Euro, in: The Political Quarterly 1: 52-59.

- KIMMEL, Adolf (1994): Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen: Grundrechte, Staatszielbestimmungen und Verfassungsstrukturen. In: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hg.) (21994): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Bonn: 23-51.
- KINGDOM, John (1999): Centralisation and Fragmentation: John Major and the Reform of Local Government, in: Dorey, Peter (Hg.): The Major Premiership. Politics and Policy under John Major 1990-1997. London: 45-67.
- KNILL, Christoph (1995): Staatlichkeit im Wandel. Großbritannien im Spannungsfeld nationaler Reformen und europäischer Integration. Wiesbaden (Diss.).
- KNILL, Christoph (1995a): Staatlichkeit im Wandel. Großbritannien im Spannungsfeld nationaler Reformen und europäischer Integration. In: Politische Vierteljahresschrift 4/1995: 655-680.
- KNOPF, Hans-Joachim (2003): Britain and European Integration between 1950 and 1993: Continuity and Change in the Construction of British Nation-State Identity with regard to European Union and British Visions of European Political Order. Florenz (Diss.).
- KNOPF, Hans-Joachim (2006): New Labour und die Europäische Integration: Kontinuität und Wandel in der Entwicklung britischer Identitätskonstruktionen, in: Berg, Sebastian/Kaiser, André (Hg.): New Labour und die Modernisierung Großbritanniens. Augsburg. (= Schriftenreihe des Arbeitskreis Deutsche England-Forschung; Bd. 54): 143-174.
- KOHLER-KOCH, Beate (2001): Die GASP im kommenden Jahrzehnt – Gewappnet für Krisen? In: Hierzinger, Roland/Pollak, Johannes (Hg.): Europäische Leitbilder. Festschrift für Heinrich Schneider. Baden-Baden: 155-170.
- KREILE, Michael (1992): Die Integration Europas. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 23. Opladen.
- KRELL, Gert (2004): Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen. 3., erweiterte Auflage. Baden-Baden.
- LADRECH, Robert (2000): Social Democracy and the Challenge of European Union. London.
- LAURANT, Pierre-Henry: Widening Europe. The Dilemmas of Community Success, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences, Januar 1994: 124-140.
- LAYBOURN, Keith (2000): A Century of Labour. A History of the Labour Party 1900-2000. Stroud.
- LEHMKUHL, Ursula (1995): ‚Größe‘ und ‚Selbstbehauptung‘ als Formeln britischer Weltgeltung, in: JANSEN, Hans-Heinrich / LEHMKUHL, Ursula (Hg.): Großbritannien, das Empire und die Welt. Britische Außenpolitik zwischen ‚Größe‘ und ‚Selbstbehauptung‘. Bochum: 4-29.
- LEITOLF, Jörg (1995): Selbstbehauptung und Parteipolitik. Die Labour Party und Großbritanniens Rolle in der Welt, in: JANSEN, Hans-Heinrich / LEHMKUHL, Ursula (Hg.): Großbritannien, das Empire und die Welt. Britische Außenpolitik zwischen ‚Größe‘ und ‚Selbstbehauptung‘. Bochum: 263-291.
- LINK, Werner (2001): Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. 3., durchgesehene und durch ein Nachwort erweiterte Auflage. München.

- LIPPERT, Barbara (2001): *British and German Interests in EU Enlargement*. London.
- LORD, Christopher (1992): *Sovereign or Confused? The 'Great Debate' about British Entry to the European Community 20 Years on*, in: *Journal of Common Market Studies* 4: 419-436.
- LUDLAM, Steve/SMITH, Martin J. (1996): *Contemporary British Conservatism*. London.
- LUDLAM, Steve (1998): *The Couldron. Conservative Parliamentarians and European Integration*, in: Baker, David/Seawright, David (Hg.): *Britain for and against Europe. British Politics and the Question of European Integration*. Oxford: 31-56.
- LUDLOW, Peter (1993): *The UK Presidency: A View from Brussels*, in: *Journal of Common Market Studies* 2: 246-259.
- LUDLOW, Peter (1998): *The 1998 UK Presidency: A View from Brussels*, in: *Journal of Common Market Studies* 4: 573-583.
- LYNCH, Philip (1995): *The 1995 Conservative Leadership Contest*, in: *Politics Review – November 1995*: 5.
- LYNCH, Philip (1997): *Großbritannien in der Europäischen Union – konstitutionelle Fragen*, in: *Integration* 1: 13-23.
- MACIVER, Don (Hg.) (1996): *The Liberal Democrats*. Hemel Hempsted, Harvester Wheatsheaf.
- MACIVER, Don (1996a): *Political Strategy*, in: MacIver, Don (Hg.): *The Liberal Democrats*. Hemel Hempsted, Harvester Wheatsheaf: 173-190.
- MACRIDIS, Roy (Hg.) (1992): *Foreign Policy in World Politics*. New Jersey 1992.
- MAGIERA, Siegfried (Hg.): *Die Zukunft der Europäischen Union*, Berlin 1997.
- MARGETTS, Helen (1997): *The 1997 British General Election: New Labour, New Britain?* In: *West European Politics* 4: 180-191.
- MARHOLD, Hartmut (Hg.) (2001): *Die neue Europadebatte. Leitbilder für das Europa der Zukunft*. Bonn.
- MAOR, Moshe (1997): *Political Parties and Party Systems*. London.
- MARKS, Gary/WILSON Carole (1999): *National Parties and the Contestation of Europe*, in: Thomas Banchoff/Mitchell P. Smith (Hg.): *Legitimacy and the European Union. The contested Policy*. London: 113-133.
- MARKS, Gary (1996): *European Integration from the 1980s: State-centric versus Multi-level Governance*, in: *Journal of Common Market Studies* 3: 341-378.
- MARR, Andrew (1995): *Ruling Britannia. The Failure and Future of British Democracy*. London.
- MAURER, Andreas (1998): *Der Wandel europapolitischer Grundorientierungen nationaler Parteien in der Europäischen Union*, in: Jopp, Mathias / Schneider, Heinrich / Maurer, Andreas (Hg): *Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Perspektiven für die politische Bildung*. Bonn: 301-364.
- MCKEE, Vinzent (1996): *Factions and Groups*, in: MacIver, Don (Hg.): *The Liberal Democrats*. Hemel Hempstead, Harvester Wheatsheaf: 155-170.

- MEADOWCROFT, John (2000): Is there a Liberal Alternative? Charles Kennedy and the Liberal Democrats' Strategy, in: *The Political Quarterly* 4: 436-442.
- MEIER-WALSER, Reinhard (1994): Großbritannien auf der Suche nach einem Platz im 'Herzen Europas', in: *Außenpolitik* 1: 10-19.
- MEIER-WALSER, Reinhard (1994a): Großbritanniens 'schreckliches Jahr'. Innere Krise und äußere Orientierungslosigkeit als Erbe des Thatcherismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*: 96-105.
- MEIER-WALSER, Reinhard (2001): Die Tories und der "Dritte Weg". Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour. München.
- MENZEL, Ulrich (2001): *Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den Internationalen Beziehungen*. Frankfurt am Main.
- MEYERS, Reinhard (1993): Grundbegriffe, Strukturen und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen, in: *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hg.) (21993): *Grundwissen Politik*. Bonn: 229-333.
- MEYERS, Reinhard (1994): *Begriffe und Probleme des Friedens*. Opladen.
- MEYERS, Reinhard (1997): Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen, in: *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hg.): *Grundwissen Politik*. 3. Auflage. Bonn: 313-434.
- MEYERS, Reinhard (2004): Theorien der internationalen Beziehungen, in: Woyke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. 9. völlig überarbeitete Auflage. Bonn: 450-482.
- MEYERS, Reinhard (2004a): Theorien internationaler Kooperation und Verflechtung, in: Woyke, Wichard (Hg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*. 9. völlig überarbeitete Auflage. Bonn: 482-515.
- MILWARD, Alan S. (1992): *The European Rescue of the Nation-State*. London.
- MOLS, Manfred/LAUTH, Hans-Joachim/WAGNER, Christian (Hg.) (21996): *Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Paderborn.
- MOMMSEN, Wolfgang (Hg.) (1999): *Die ungleichen Partner. Die Deutsch-Britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*. Stuttgart.
- MORAVSCSIK, Andrew (1991): Negotiating the Single European Act: National Interests and Conventional Statecraft in the European Community, in: *International Organization* 1:19-56.
- MORGAN, Roger (1982): The European Policy of the British Conservative Party: Liberal or National Priorities? In: *Politische Grundströmungen im europäischen Integrationsprozeß*. Baden-Baden (= Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V.; Bd. 15): 63-72.
- MORGAN, Roger (1997): Großbritannien und Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B18: 22-30.
- MORI (2000): *European Integrated Army Poll*. URL: <http://www.mori.com/polls/ms001125.shtml> [Abgerufen am 2. November 2005]
- MORRIS, Peter (1996): The Conservative Party, in: Gaffney, John (Hg.): *Political Parties and the EU*. London: 122-138.

- MÜNCH, Holger (2007): Leitbilder und Grundverständnisse in der polnischen Europapolitik. Wiesbaden.
- NADLER, Jo-Anne (2000): William Hague. In his own Right. London.
- NAßMACHER, Hiltrud (1994): Parteiorganisation, Parteiprogramme und Strukturen innerparteilicher Willensbildung. In: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hg.) (21994): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Bonn: 221-257.
- NORRIS, Pippa (Hg.) (2001): Britain votes 2001. Sonderheft der Parliamentary Affairs 4/2001.
- NORTON, Philip (1996): The United Kingdom: Political Conflict, Parliamentary Scrutiny, in: Norton, Philip (Hg.): National Parliaments and the European Union. London.
- NORTON, Philip (Hg.) (1996): National Parliaments and the European Union. London.
- NUGENT, Neill (1993): The European Dimension, in: Dunleavy, Patrick / Gamble, Andrew/ Holliday, Ian / Peele, Gilian (Hg.): Developments in British Politics 4. London: 40-68.
- NUGENT, Neill (1997): Editorial: Preparing, Waiting – and Hoping, in: Journal of Common Market Studies 4: 1-10.
- OPPERMANN, Kai (2006): Der europapolitische Wandel der Labour Party, in: Berg, Sebastian/Kaiser, André (Hg.): New Labour und die Modernisierung Großbritanniens. Augsburg. (= Schriftenreihe des Arbeitskreis Deutsche England-Forschung; Bd. 54): 175-207.
- OSTERHAMMEL, Jürgen (1993): Das britische Empire im 20. Jahrhundert. Hagen.
- PATERSON, William E. /HENSON, Penny (1995): The Labour Party's European Policy. From Patriotic Party to a Party of Europe? In: Paterson, William E./Henley, Penny/Shiple, Peter (Hg.): The European Policies of Labour and Conservative Party in Great Britain. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin: 10-57.
- o.V. (1995): Britain's Constitution, in: The Economist vom 14.10.1995: 27-32.
- o.V. (1995): The Democratic Deficit, in: The Economist vom 28.10.1995: 46-49.
- o.V. (1995): Why Britain needs a Bill of Rights, in: The Economist vom 21.10.1995: 41-44.
- PATERSON, William E./HENSON, Penny/SHIPLEY, Peter (Hg.) (1995): The European Policies of Labour and Conservative Party in Great Britain. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin.
- PATERSON, William E. / JEFFERY, Charlie (1997): Großbritannien nach dem Machtwechsel: New Labour, Devolution und Europapolitik. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin.
- PATERSON, William E. /TURNBULL, Penny (o.J. [1997]): Coming in from the Cold. The New Labour Government and Britain's 'Constructive Engagement' in the European Union. O.O.
- PATERSON, William E. (1999): Großbritannien, Europa und das deutsch-britische Verhältnis, in: Mommsen, Wolfgang (Hg.): Die ungleichen Partner. Die Deutsch-Britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart: 257-274.

- PATZELT, Werner J. (1997): Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung. Passau.
- PFETSCH, Frank R. (1997): Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Prozesse. Eine Einführung. München.
- PILKINGTON, Colin (1995): Britain in the European Union today. London.
- PLATZER, Hans-Georg (1993): Lernprozeß Europa. Die EG und die neue europäische Ordnung. 2. durchgesehene und aktualisierte Auflage. Bonn.
- POLLARD, Sidney (1998): Struktur- und Entwicklungsprobleme der britischen Wirtschaft. In: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (1998): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn(= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 354): 247-279.
- PORTER, Bernard (1983): Britain, Europe and the World, 1850 – 1982. Delusions of Grandeur. London.
- RALLINGS, Colin/THRASHER, Michael (1996): The Electoral Record, in: MacIver, Don (Hg.): The Liberal Democrats. Hemel Hempstead, Harvester Wheatsheaf: 205-223.
- RASMUSSEN, Jørgen (1997): What Kind of Vision is that? British Public Attitudes towards the European Community during the Thatcher Era, in: British Journal of Political Science 2: 112-118.
- RAWNSLEY, Andrew (2000): Servants of the People. The Inside Story of New Labour. London.
- RENTOUL, John (1995): Tony Blair. London.
- REYNOLDS, David (1990): Britannia Overruled. British Policy and World Power in the 20th Century. London.
- RIDDELL, Peter (1992): The Conservatives after 1992, in: The Political Quarterly 4: 422-431.
- RINKE, Bernhard (2006): Die beiden großen deutschen Volksparteien und das "Friedensprojekt Europa": Weltmacht, Zivilmacht, Friedensmacht? Baden-Baden [Diss.].
- ROBERTS, B.C. (1989): Trade Unions, in: Kavanagh, Dennis/Seldon, Antony (Hg.): The Thatcher Effect. A Decade of Change. Oxford 1989: 65-77.
- ROBINS, Lynton / BLACKMORE, Hilary / PYPER, Robert (Hg.): Britain's Changing Party System. London.
- ROHE, Karl/Schmidt, Gustav/Pogge von Strandmann, Hartmut (Hg.) (1992): Deutschland - Großbritannien – Europa. Politische Traditionen, Partnerschaft und Rivalität. Bochum.
- ROSAMOND, Ben (2003): The Europeanization of British Politics, in: Dunleavy, Patrick / Gamble, Andrew / Heffernan, Richard / Peele, Gilian (Hg.): Developments in British Politics 7. Houndsmills: 39-59.
- RUSSELL, Andrew / FIELDHOUSE, Edward (2005): Neither Left Nor Right? The Liberal Democrats and the Electorate. Manchester.
- SARTORI, G. (1976): Parties and Party Systems: A Framework for Analysis. Cambridge.

- SASSOON, Donald (1991): Reflections on the Labour Party's Programme for the 1990s, in: *The Political Quarterly* 3: 365-376.
- SAUDER, Axel (1995): *Souveränität und Integration. Französische und deutsche Konzeptionen europäischer Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges (1990-1993)*. Baden-Baden (Diss.).
- SCHAUER, Hans (1997): Nationale und europäische Identität. Die unterschiedlichen Auffassungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B10/1997: 3-13.
- SCHMIDT, Gustav (Hg.) (1989): *Großbritannien und Europa – Großbritannien in Europa*. Bochum. Sicherheitsbelange und Wirtschaftsfragen in der britischen Europapolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (= Arbeitskreis Deutsche England-Forschung; Bd. 10).
- SCHMIDT, Gustav (1995): Zwischen Empire und Europa: Großbritanniens internationale Position nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jansen, Hans-Heinrich (Hg.): *Großbritannien, das Empire und die Welt: Britische Außenpolitik zwischen 'Größe' und 'Selbstbehauptung'*. Bochum: 201-242.
- SCHMIDT, Manfred G. (1994): Nationale Politikprofile und Europäische Integration. In: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hg.) (21994): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Bonn: 422-439.
- SCHMUCK, Otto/SCHRÖDER, Maximilian (1995): *Der Weg zur Europäischen Union*. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- SCHNEIDER, Heinrich (1977): *Leitbilder der Europapolitik 1. Der Weg zur Integration*. Bonn.
- SCHNEIDER, Heinrich (1992): Europäische Integration: die Leitbilder und die Politik, in: Kreile Michael: *Die Integration Europas*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 23. Opladen.
- SCHNEIDER, Heinrich (1998): Ein Wandel europapolitischer Grundverständnisse? Grundsatzüberlegungen, Erklärungsansätze und Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit, in: Jopp, Mathias / Schneider, Heinrich / Maurer, Andreas (Hg): *Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Perspektiven für die politische Bildung*. Bonn: 19-148.
- SCHÖNWÄLDER, Karen (1997): Großbritannien am Ende des „konservativen Jahrhunderts“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6: 680-689.
- SCHRÖDER, Ulrich (2002): Wirtschaftspolitik, in: Weidenfeld, Werner /Wessels, Wolfgang (Hg.): *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*. 8. Auflage. Bonn (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 393): 369-375.
- SCHULTZENDORFF, Sixt von (1993): *Britische Souveränität gegen europäische Realität. Der europapolitische Meinungskampf in der Conservative Party und der Labour Party zwischen 1975 und 1990*. Bonn (Diss.).
- SCHULZE, Hagen (1994): *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*. München.
- SCHULZE SÜDHOFF, Marion (1999): *Konzeptionen der Europapolitik Großbritanniens seit 1973*. Münster. (unveröff. Magisterarbeit)

- SCHWARZ, Klaus-Dieter (1997): Englands Probleme mit Europa. Ein Beitrag zur Maastricht-Debatte. Baden-Baden. (= Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik; Bd. 47).
- SCOTT, Andrew/PETERSON, John/MILLAR, David (1994): A 'Europe of Regions' versus the British Constitution, in: *Journal of Common Market Studies* 1: 47-68.
- SELDON, Anthony (1994): Britain, Europe and the World 1945-80, in: Jones, Bill (Hg.) (1994): *Politics UK*. Hemel Hempstead: 25-41.
- SELDON, Anthony (Hg.) (2001): *The Blair Effect. The Blair Government 1997-2001*. London
- SEYD, Patrick / WHITELEY, Paul (1992): *Labour's Grass Roots*. Oxford.
- SHAW, Eric (1993): Towards Renewal? The British Labour Party's Policy Review, in: *Westeuropean Politics* 1: 113-132.
- SHAW, Eric (2002): New Labour in Britain: New Democratic Centralism? In: *West European Politics* 3: 147-170.
- SHELL, Donald (1992): The British Constitution 1991-92, in: *Parliamentary Affairs* 1: 3-16.
- SHIPLEY, Peter (1995): Co-operation or Conflict? The European Policy of the Conservative Party in Great Britain, in: Paterson, William E. /Henson, Penny/Shiple, Peter (Hg.): *The European Policies of Labour and Conservative Party in Great Britain*. Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin: 61-110.
- SMITH, Anthony D. (1992): National Identity and the Idea of European Unity, in: *International Affairs* 1: 55-76.
- SMITH, Geoffrey (1992): Britain in the New Europe, in: *Foreign Affairs Herbst/1992*: 155-170.
- SMITH, G. (1996): *Europäische Integration und nationales Verfassungsrecht*. Hagen.
- SMITH, Martin (1994): Understanding the 'Politics of Catch-Up'. The Modernization of the Labour Party, in: *Political Studies* 4: 708-715.
- SMITH, Martin (1995): From Thatcher to Major. Continuity and Change in Conservative Party Politics, in: *Politics Review*, November 1995: 2-5.
- SOWEMIMO, Matthew (1996): The Conservative Party and European Integration 1988-1995, in: *Party Politics* 1: 77-97.
- STEED, Michael (1996): The liberal tradition, in: MacIver, Don (Hg.): *The Liberal Democrats*. Hemel Hempsted, Harvester Wheatsheaf: 41-61.
- STEPHENS, Philip (1997): *Politics and the Pound. The Tories, the Economy and Europe*. London.
- STEPHENS, Philip (2001): The Blair Government and Europe, in: *The Political Quarterly* 1: 67-75.
- STEVENSON, John (1993): *Third Party Politics since 1945. Liberals, Alliance, and the Liberal Democrats*. London.
- STEVENSON, John (1996): Liberals to Liberal Democrats, in: MACIVER, Don (Hg.): *The Liberal Democrats*. Hemel Hempsted, Harvester Wheatsheaf: 23-39.
- STURM, Roland (1992): Auf der Suche nach Kohärenz, in: Rohe, Karl/Schmidt, Gustav, Pogge von Strandmann, Hartmut (Hg.) (1992): *Deutschland - Großbritannien - Europa: Politische Traditionen, Partnerschaft und Rivalität*. Bochum: 253-264.

- STURM, Roland (1997): Großbritannien. Wirtschaft - Gesellschaft - Politik. Opladen.
- STURM, Roland (1997a): Effizienz statt Ideologie? Großbritannien nach der Wahl, in: *Gegenwartskunde* 2: 147-158.
- STURM, Roland (1998): Staatsordnung und politisches System. In: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (1998): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Bonn (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 354): 194-223.
- THOMAS, James (1998): Labour, the Tabloids, and the 1992 General Election, in: *Contemporary British History* 2: 80-104.
- THOMAS, Stafford T. (1992): Assessing MEP Influence on British EC Policy, in: *Government and Opposition* 1: 3-18.
- TINDALE, Stephen (1992): Learning to love the Market. Labour and the European Community, in: *The Political Quarterly* 3: 276-300.
- TÖMMEL, Ingeborg (1997): Die Europäische Union: weniger als ein Staat, mehr als ein Regime? In: Szell, György (Hg.): *Europäische Integration und sozialwissenschaftliche Theoriebildung*. Osnabrück.
- TURNER, John (2000): *The Tories and Europe*. Manchester.
- VARWICK, Johannes (1998): *Sicherheit und Integration in Europa. Zur Renaissance der Westeuropäischen Union*. Opladen (Diss.).
- VOLLE, Angelika (1989): *Großbritannien und der europäische Einigungsprozeß*. Bochum.
- VOLLE, Angelika (1992): Großbritannien, Deutschland und die EG der Zukunft, in: Rohe, Karl/Schmidt, Gustav/Pogge von Strandmann, Hartmut (Hgg.) (1992): *Deutschland - Großbritannien – Europa. Politische Traditionen, Partnerschaft und Rivalität*. Bochum: 169-188.
- VOLLE, Angelika (1994): Der mühsame Weg Großbritanniens nach Europa, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Bonn (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 327): 383-396.
- VOLLE, Angelika (1998): Der mühsame Weg Großbritanniens nach Europa, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hg.): *Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Bonn (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 354): 459-475.
- VOLLE, Angelika (2000): Im Herzen Europas – oder doch nur halbherzig? Großbritannien vor schwierigen Entscheidungen. Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin, 18. Dezember. URL: <http://www.dgap.org/texte/volle.html> [Abgerufen am 9. Januar 2001].
- WAARDEN, Frans van (1993): Über die Beständigkeit nationaler Politikstile und Politiknetzwerke. Eine Studie über die Genese ihrer institutionellen Verankerung. In: Czada, Roland/Schmidt, Manfred G. (Hg.) (1993): *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Festschrift für Gerhard Lehmbruch. Opladen.
- WALLACE, Helen (1988): Britain and Europe, in: Dunleavy, Patrick / Gamble, Andrew/Holliday, Ian / Peele, Gillian (Hg.): *Developments in British Politics* 3. London: 150-172.

- WALLACE, Helen (1995): Britain out on a Limb? In: *The Political Quarterly* 1: 46-58.
- WALLACE, Helen (1997): At Odds with Europe, in: *Political Studies* 4: 677-688.
- WALLACE, Helen (1997a): Great Britain, in: HRBEK, Rudolf (Hg.): *Die Reform der Europäischen Union. Positionen und Perspektiven anlässlich der Regierungskonferenz. Baden-Baden. (=Schriftenreihe des Arbeitskreises Europäische Integration e.V., Bd. 41): 95-102.*
- WALLACE, Helen (1985/1986): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 376-384.*
- WALLACE, Helen (1986/1987): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 398-406.*
- WALLACE, Helen (1987/1988): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 412-418.*
- WALLACE, Helen (1988/1989): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 362-369.*
- WALLACE, Helen (1989/1990): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 365-372.*
- WALLACE, Helen (1990/1991): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 355-372.*
- WALLACE, Helen (1991/1992): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 369-376.*
- WALLACE, Helen (1992/1993): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 355-362.*
- WALLACE, Helen (1993/1994): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 361-368.*
- WALLACE, Helen (1994/1995): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 359-366.*
- WALLACE, Helen (1995/1996): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 365-372.*
- WALLACE, Helen (1996/1997): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 369-376.*
- WALLACE, Helen (1997/1998): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 387-394.*
- WALLACE, Helen (1998/1999): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 403-408.*
- WALLACE, Helen (1999/2000): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 393-400.*
- WALLACE, Helen (2000/2001): Vereinigtes Königreich, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration. Bonn: 399-406.*
- WALLACE, William (1991): Foreign Policy and National Identity in the United Kingdom, in: *International Affairs* 1: 65-80.
- WALLACE, William (1992): British Foreign Policy after the Cold War, in: *International Affairs* 3: 423-442.

- WALLACE, William (1992a): Die britische Haltung zu Europa, in: Mommsen, Wolfgang J. (Hg.): Der lange Weg nach Europa. Historische Betrachtungen aus gegenwärtiger Sicht. Berlin: 123-157.
- WALTZ, Kenneth (1979): Theory of International Politics. Reading, Mass.
- WARE, Richard (1996): The Road to Maastricht. Parliament and the Intergovernmental Conference of 1991, in: Giddings, Philip/Drewery, George (Hg.): Westminster and Europe - The Impact of the EU on the Westminster Parliament. London: 241-260.
- WARE, Richard (1996a): Legislation and Ratification: The Passage of the European Communities (Amendment) Act 1993, in: Giddings, Philip/Drewery, George (Hg.): Westminster and Europe - The Impact of the EU on the Westminster Parliament. London: 261-295.
- WEHLING, Hans-Georg (Hg.) (1992): Großbritannien. Stuttgart.
- WEINMANN, Georg (1999): Britische Wege nach Europa. Der integrationspolitische Wandel der Labour Party und der Gewerkschaften Großbritanniens. Eine lerntheoretisch angeleitete Analyse unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Sozialpolitik. Baden-Baden (= Nomos Universitätschriften Politik; Bd. 6).
- WESSELS, Wolfgang / LIPPERT, Barbara (1993): Erweiterungskonzepte und Erweiterungsmöglichkeiten, in: Jacobeit, Cord/ Yenal, Alparslan (Hg.): Gesamteuropa. Analysen, Probleme und Entwicklungsperspektiven. Bonn (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bd. 317): 439-457.
- WESTLAKE, Martin (1997): Mad Cows and Englishmen - The Institutional Consequences of the BSE-Crisis, in: Journal of Common Market Studies. Annual Review 1997: 11-27.
- WHITE, Brian (1992): British Foreign Policy, in: Macridis, Roy (Hg.): Foreign Policy in World Politics. New Jersey: 7-31.
- WILLIAMS, Hywel (1998): Guilty Men. Conservative Decline and Fall 1992–1997. London.
- WILLIAMS, Shirley (1995): Britain in the European Union. A Way Forward, in: Political Quarterly 1: 5-22.
- WINCOTT, David (1996): Federalism and the European Union: The Scope and Limits of the Treaty of Maastricht, in: International Political Science Review 4: 403-415.
- WINCOTT, David / BULLER, Jim / HAY, Colin (1999): Strategic Errors and/or Structural Binds? Major and European Integration, in: Dorey, Peter (Hg.): The Major Premiership. Politics and Policies under John Major 1990 – 1997. London: 87-107.
- WINTER, Karin (1999): Die deutsch-britischen Beziehungen im Rahmen der EG/EU. Von Maastricht bis Amsterdam. Köln (= Kölner Arbeiten zur Internationalen Politik; Bd. 11).
- WOLF, Dieter (2005): Neo-Funktionalismus, in: Bieling, Hans-Jürgen/Lerch, Marika (Hg.): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden: 65-90.
- WOLLENWEBER, Leif-Erik (1998): Der Widerspenstigen Zähmung? Großbritannien in der Europäischen Union. Duisburg (= Duisburger Materialien zur Politik- und Verwaltungswissenschaft; Bd. 4).

WOYKE, Wichard (1998): Die Europäische Union. Eine erfolgreiche Krisengemeinschaft. München.

WRIGHT, Martin (1995): Power Politics. London.

YOUNG, Hugo (1989): One of Us. A Biography of Margaret Thatcher. London.

YOUNG, Hugo (1998): This Blessed Plot. Britain and Europe from Churchill to Blair. London.

YOUNG, John W. (1993): Britain and the European Unity, 1945-1992. London.

YOUNG, John W. (1997): Foreign, Defence and European Affairs, in: Brivati, Brian/Bale, Tim (Hg.): New Labour in Power. Precedents and Prospects. London: 137-155.

YOUNG, John W. (2000): Britain and the European Unity, 1945-1992. London.

ZIMMERLING, Ruth (1991): Externe Einflüsse auf die Integration von Staaten. Zur politikwissenschaftlichen Theorie regionaler Zusammenschlüsse. Freiburg/München.

8.3 Ausgewertete Zeitungen und Zeitschriften

8.3.1 Großbritannien

- The Daily Telegraph
- The Economist
- The Guardian
- The Independent
- The Observer
- The Times

8.3.2 Deutschland

- Der Spiegel
- Die Zeit
- Die Welt
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
- Frankfurter Rundschau
- Süddeutsche Zeitung

9 Abkürzungsverzeichnis

ACE	Action Centre for Europe
CBI	Confederation of British Industries
CCO	Conservative Central Office
CERG	Conservative European Reform Group
CGFE	Conservative Group for Europe
COREPER	Comité des Representans Permanents (Ausschuss der Ständigen Vertreter)
CP	Conservative Party
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EP	Europäisches Parlament
EPLP	European Parliamentary Labour Party
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europäischer Rat
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUROPOL	Europäische Polizeibehörde
EWKM	Europäischer Wechselkursmechanismus
EWU	Europäische Währungsunion
EVP	Europäische Volkspartei
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
FO	Foreign Office
FPC	Federal Policy Committee (Liberal Democrats)
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
IGR	Intergouvernementale Regierungskonferenz
LCMSC	Labour Common Market Safeguards Committee
LD	Liberal Democrats
LESC	Labour Euro-Safeguards Campaign
LP	Labour Party
MEP	Member of the European Parliament
MOE	Mittel- und osteuropäische Länder
MP	Member of Parliament
MR	Ministerrat
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NEC	National Executive Committee (Labour Party)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PES	Party of European Socialists and Social Democrats
QME	Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit
QMV	Qualified Majority Voting
TUC	Trade Union Congress
USA	United States of America
WEU	Westeuropäische Union
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
ZIJP	Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik

10 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Untersuchungsschema der Dissertation
Abbildung 2	Großtheorien und Leitbilder – Gegenstand und Funktion
Abbildung 3	Britische Leitbilder zur Weiterentwicklung und Finalität der EU
Abbildung 4	Interessensphären Großbritanniens
Abbildung 5	Einfluss des <i>Black Wednesday</i> auf das öffentliche Vertrauen in John Major, die Leistungen der Regierung und die wirtschaftlichen Aussichten
Abbildung 6	Conservative Party Conference Motions on Europe 1992-1995
Abbildung 7	Backbench Conservative Attitudes to European Integration
Abbildung 8	Euro-skeptische und anti-europäische Gruppen in der parlamentarischen CP
Abbildung 9	Pro-europäische Gruppen in der parlamentarischen CP
Abbildung 10	Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration – Membership and Sovereignty
Abbildung 11	Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration – Economic and Monetary Union
Abbildung 12	Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration – The Social Dimension
Abbildung 13	Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration – Dirigisme
Abbildung 14	Labour Parliamentarians' Attitudes to European Integration – The IGC and Democratic Deficit

11 Verzeichnis der Interviewpartner

Interviewpartner	Funktion	Datum / Ort
CONSERVATIVE PARTY		
William Cash	Parlamentsabgeordneter; Vorsitzender der European Foundation	5. Februar 2001 European Foundation, 61 Pall Mall, London
Lord Geoffrey Howe	Mitglied des Oberhauses; Ehemaliger Stv. Premierminister, Schatzkanzler und Außenminister	4. Dezember 2001 House of Lords, London
Lord Douglas Hurd	Mitglied des Oberhauses; Außenminister im Kabinett Major	28. Februar 2002, City of London
Robert Jackson	Parlamentsabgeordneter	7. November 2001 House of Commons, London
Lord Norman Lamont	Ehemaliger Schatzkanzler	12. Dezember 2001 Belli Group 5 Stanhope Gate, London
Ian Taylor	Parlamentsabgeordneter	27. Februar 2002, Portcullis House, London
LABOUR PARTY		
Lord Joel Barnett	Mitglied des Oberhauses	18. Dezember 2001 House of Lords, London
Denzil Davies	Parlamentsabgeordneter	13. November 2001 House of Commons, London
Roger Liddle - <i>OFF THE RECORD</i> -	Mitglied des Beraterstabs von Premierminister Tony Blair (Europapolitik)	4. Dezember 2001 10 Downing Street, London
Derek Scott - <i>OFF THE RECORD</i> -	Mitglied des Beraterstabs von Premierminister Tony Blair (Wirtschafts- und Finanzpolitik)	24. Oktober 2001 10 Downing Street, London
Nick Sigler - <i>OFF THE RECORD</i> -	Europareferent Parteizentrale der Labour Party	11. Februar 2002 Millbank Tower, London
Gisela Stuart	Parlamentsabgeordnete	18. Oktober 2001 House of Commons, London

LIBERAL DEMOCRATS		
Duncan Brack	Ehemaliger Director of Policy der Liberaldemokraten	8. Februar 2002 Royal Institute of International Affairs Chatham House, London
Lord Ralf Dahrendorf	Mitglied des Oberhauses	17. Dezember 2001 London School of Economics, London
Andrew Duff	Europaabgeordneter	12. Februar 2002 National Liberal Club 1 Whitehall Place, London
Nick Harvey	Parlamentsabgeordneter	23. November 2004 Portcullis House, London
Michael Moore	Parlamentsabgeordneter	12. Februar 2002 Portcullis House, London
Greg Simpson	Mitarbeiter der liberaldemokratischen Parlamentsfraktion (Außen-, Europa- und Verteidigungspolitik)	13. Dezember 2001 House of Commons, London
Matthew Taylor	Parlamentsabgeordneter	6. Februar 2002 Portcullis House, London
Lord William Wallace	Mitglied des Oberhauses	19. Dezember 2001 London School of Economics, London
ANDERE		
David Cowling	BBC London	13. Dezember 2001 BBC Westminster, London
Martin Donolly <i>- OFF THE RECORD -</i>	Mitarbeiter Cabinet Office	5. Dezember 2001 70 Whitehall, London

